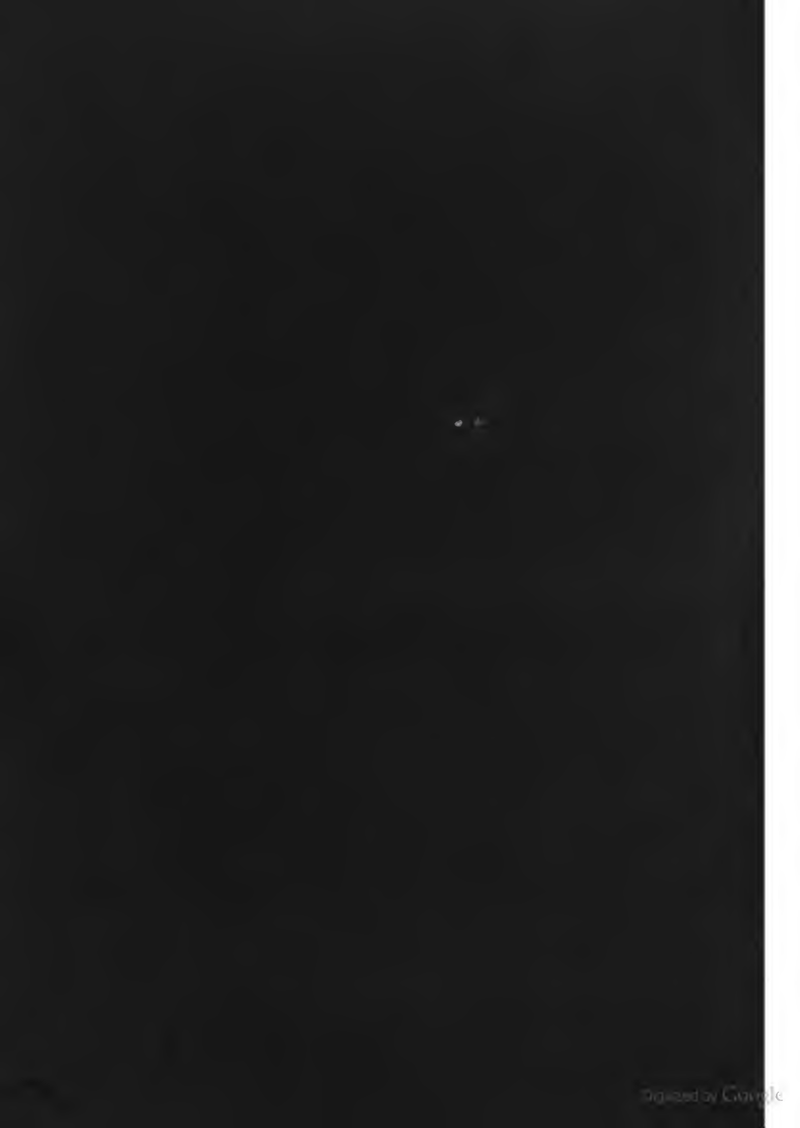
DIE POLITISCHE STURM- UND DRANGPERIODE BADENS

Leonhard Müller




THE
UNIVERSITY
OF CHICAGO
LIBRARY





Die

politische Sturm- und Drangperiode Badens



= Erster Teil =

1840 — 1848

Von

Leonhard Müller

1905

Verlag und Druck der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei

G. m. b. H. in Mannheim

Erster Teil 1840—1848

Motto:

„Unter keiner Bedingung einen gewaltsamen Umsturz! Er führt immer dahin, daß die Schlechten oben ankommen, und die Freiheit und das Recht nicht gewonnen werden, sondern zu Grunde gehen."

Karl von Rotteck.

Vorwort.

Aus hundert Büchern ein hunderteinstes zu machen — wäre bei der Masse von Schriften über die badische Revolutionszeit ein leichtes gewesen. Allein „so" habe ich meine Aufgabe nicht aufgefaßt. Was ich mir vornahm, war etwas anderes: ich wollte zunächst die Stadien der Entstehung und Entwickelung zu ihrem Rechte gelangen lassen, die Menschen „in des Lebens Drang" zeigen, die tiefer liegenden Probleme bloßlegen, die herrschenden Gegensätze und treibenden Kräfte aufweisen, die tausendfältigen Beziehungen zum Leben der Gegenwart anklingen lassen.

Die Grundsätze der Darstellung sind dieselben wie in der „badischen Landtagsgeschichte" geblieben. Nur der äußere Aufbau hat sich ein wenig geändert. „Kunstgeschichtsschreibung" ist nicht meine Art. Was die Form angeht, so halte ich es mit meiner Lesergemeinde, die sich — ich sage es mit einem gewissen Stolze — hauptsächlich aus der heranwachsenden jüngeren Generation rekrutiert. Diese kritisch angelegten Köpfe, welche neue Wege zu neuen Zielen suchen, stehen, wie ich aus dem deutschen und geschichtlichen Unterrichte in den oberen Klassen unserer Mittelschulen weiß, purem schöngeistigen Raisonnement kühl bis ans Herz hinan gegenüber; was sie wollen und was ich ihnen geben wollte, ist ein schlichtes, beherzt ausgesprochenes und mit guten Proben belegtes Urteil: hausbacken' Brot mit einem frischen Trunk aus den Quellen.

Mit dem Bewußtsein, daß der Dienst des Vaterlandes und der Freiheit ein „strenger Dienst" ist, bin ich auch an die vorliegende, für ein badisches Landeskind ebenso undankbare als schwere Arbeit gegangen. Die vielen und manchmal unübersteigbaren Hindernisse[1]), die sich mir in den Weg stellten,

[1]) Um wenigstens mein Gewissen zu salvieren, richtete ich auch diesmal eine Eingabe an die Direktion des Generallandesarchivs, erhielt aber wiederum den Bescheid, „daß eine Einsichtnahme der im Großh. Haus- und Staatsarchiv beruhenden Akten, welche die politische Geschichte Badens in den Jahren 1840—1850 zum Gegenstande haben, nicht gestattet werden kann". Nun, ich wußte mich zu trösten; denn die leitenden Staatsmänner der vierziger Jahre kannten die Öffentlichkeit wenigstens in der Form der — — Flucht in die Öffentlichkeit. Auf der anderen Seite erlebte ich die Freude, daß alle Gemeinden und fast alle Privaten in der liberalsten Weise meinen Wünschen entgegenkamen. Ganz besonderen Dank schulde ich der Familie Mittermaier in Heidelberg, welche mir den wertvollen Briefwechsel des ehemaligen Kammerpräsidenten Geh. Rat Mittermaier zur Verfügung stellte, und dem Herrn Oberregierungsrat Dr. Adam in Stuttgart, welcher mir die reichen Schätze der „landständischen Bibliothek" des Königreichs Württemberg erschloß.

dürfte nur derjenige zu würdigen wissen, der sich einmal in diesen ungeheuren Stoff und in seine noch ungeheuerlichere Überlieferung vertieft hat. Tragischer als diese äußeren und inneren Schwierigkeiten hat mich die Empfindung berührt, daß wir den großen Problemen, welche uns die vierziger Jahre gebracht haben, noch lange nicht ruhig genug gegenüberstehen. Wohl habe ich mein Urteil über die handelnden Personen aus den Quellen zu schöpfen gesucht, welche schon vor dem Märze des Jahres 1848 flossen; allein die folgenden Worte eines Zeitgenossen wollten mir nicht aus dem Sinne kommen: „Man hat keinen Begriff von solchen Zeiten, wenn man nicht etwas gekostet hat von dem Fieber, das alsdann die Menschen schüttelt und ihnen eine ganz eigene Denk- und Gefühlsweise einhaucht“. Wie gerne ich aber auch in diesem Bewußtsein die ritterliche Pflicht, den Gegner zu achten und den Besiegten zu schonen, übte: überall habe ich mit dem Gefühle der Verantwortung meinem engeren Vaterlande gegenüber die Feder geführt, überall habe ich den Dingen und Menschen, insbesondere den „Rufern im Streite“ ins Auge gesehen; denn der historische Publizist, der auch heute noch „hierhin und dorthin“ wanken wollte in seinem Urteil,

„der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter“.

Karlsruhe, 1. Januar 1905.

Leonhard Müller.

Inhalt des I. Bandes.

Erstes Kapitel — Der Verfassungsstreit



Zu Anfang des fünften Jahrzehntes des 19. Jahrhunderts waren die Blicke aller Patrioten Deutschlands auf die Rheingrenze, Preußen und Baden gerichtet.

Die Kriegsdrohung Thiers aus Anlaß der diplomatischen Niederlage Frankreichs in der ägyptischen Frage versetzte Alldeutschland in leidenschaftliche Erregung. Die Idee einer französisch-russischen Allianz tauchte auf. Man fürchtete, daß die wehrlose deutsche Südwestgrenze dem ersten Ansturme des Feindes erliegen werde. Selbst Leute, die sonst die tiefsten Bücklinge vor der Weisheit Louis Philipps machten, die sonst in tiefster Ehrfurcht vor der Kraft des deutschen Bundestages erstarben, hatten das bange Gefühl, daß im Rücken der französischen Regierung eine unheimliche, unberechenbare Macht laure, daß im Falle eines Revolutionskrieges die Militärverfassung des Bundes einen furchtbaren Stoß erhalten werde. In Wort und Schrift wurde die Frage der Aufstellung eines Beobachtungsheeres, der Errichtung von Landwehren, der Herstellung fester Positionen am Oberrhein erörtert. Der alte Parteihader verstummte. Die Männer des Volkes stiegen einen Augenblick höher in der Wertschätzung der oberen Regionen; politische Untersuchungen wurden niedergeschlagen; der bestgehaßteste Mann Deutschlands, Karl von Rotteck, durfte auf seinen Lehrstuhl zurückkehren. Die mißhandelte, in die Fremde getriebene Jugend — unter ihr Karl Mathy — stellte sich der Heimat und dem Vaterlande wieder zur Verfügung. „Niemand", so rief Nebenius damals in einer Schrift, betitelt „das südwestliche Deutschland, seine Stimmung, Ansichten und Wünsche in Beziehung auf die gegenwärtigen politischen Konjunkturen", mit nationalem Stolze den Franzosen zu, „niemand, welcher politischen Meinung er auch angehöre, welche Wünsche er für die Entwickelung der inneren Zustände Deutschlands oder seines engeren Vaterlandes hege, will eure Hilfe; wer den heiligen Boden unseres Vaterlandes mit den Waffen betritt, ist unser Feind, zu welchen politischen Systemen und Grundsätzen er sich bekennen möge".

Mit überschwenglichen Illusionen blickte man allerwärts nach Preußen. Durch die Abhängigkeit von Österreich und Rußland war der Glanz des Sternes,

der 1813 so schön für das Vaterland aufgegangen war, fast erloschen. Die Gründung und Erweiterung des Zollvereins hatte den Süden mit dem Norden wieder in nähere Verbindung gebracht. Mit Ungeduld erwartete die gebildete Welt Deutschlands den Augenblick, wo die preußische Monarchie in die Reihe der Verfassungs- und Rechtsstaaten eintreten und der Druck von ihrem geistigen und politischen Leben genommen werde. Als Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840 den Thron bestieg und das gegebene Wort seines Vaters einzulösen versprach, schien endlich die Zeit erfüllet zu sein, von der Gneisenau schon am 18. August 1814 die schönen Worte an Arndt geschrieben hatte: „Es gibt kein festeres Band, um die Einwohner der zu erwerbenden Länder an unsere älteren zu knüpfen, als eine gute Konstitution. Überdies müssen wir dadurch die Meinung in Deutschland für uns gewinnen. Das erwirbt uns den Primat über die Geister. Der dreifache Primat: der Waffen, der Konstitution, der Wissenschaften — ist es allein, der uns zwischen den mächtigen Nachbarn aufrecht erhalten kann".

Kaum war das dräuende Unwetter vorübergegangen, als alles, was mit dem deutschen Bunde zusammenhing, in die alte Erbärmlichkeit und Schwäche zurückfiel. Das neu erwachte Nationalbewußtsein des deutschen Volkes, durch die Bewegung des Jahres 1840 in seinen Grundtiefen aufgerüttelt, ließ sich aber nicht wieder in den früheren Zustand zurückversetzen. Je bitterer es in seinen Hoffnungen auf Preußen durch die Regierung Friedrich Wilhelms IV. enttäuscht wurde, desto aufmerksamer folgte es dem siegreichen Kampfe, welchen das badische Volk, geführt von der liberalen Opposition, mit den alten Gewalten führte. Längst ruhte ja sein Auge auf der deutschen Südwestecke, wo Nebenius[1]) weiland die Idee des Zollvereins koncipiert und den ersten Nachweis der praktischen Ausführbarkeit geliefert hatte, wo Liebenstein[2]) einst mit staatsmännischem Geiste und klassischer Sprachgewalt das nationale und liberale Banner entrollt hatte, wo Rotteck[3]) eben erst den treuen Lebenskampf des freien deutschen Mannes mit dem Leben beschlossen hatte.

Die Kriegswolken waren kaum verzogen, als zu Anfang des Jahres 1841 die Ergänzungswahlen für den Landtag die alten politischen Gegensätze wieder heraufbeschworen. Kecker als je zuvor lebte das, was man in badischen Volkskreisen „die Reaktion" nannte, wieder auf. Sie trug kein Bedenken, die vaterländische Grundstimmung für ihre geheimen und offenen Zwecke auszubeuten. Unter der Maske deutscher Nationalgesinnung warnte sie vor „ausländischen", „französischen" Institutionen, wie Repräsentativ-Verfassungen, Preßfreiheit, Schwurgerichten, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichts-

[1]) Badische Landtagsgeschichte I. 35, 108 II. 17. IV. 29, 57.

[2]) Vergl. die beiden ersten Bände der badischen Landtagsgeschichte (Bild im 1. Band).

[3]) Vergl. die vier Bände der badischen Landtagsgeschichte (Bild im 1. Band).

verfahrens, und predigte die Rückkehr zum „deutschen" Ständewesen, wo jeder Stand seine eigenen Interessen vertreten und keine chimärische Volksvertretung bestanden habe.

Hinter den Kulissen holten der Präsident des Staatsministeriums Freiherr von Reizenstein[1]) und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Freiherr von Blittersdorff[2]) zu einem entscheidenden Schlage gegen den Liberalismus aus; denn sie glaubten, die Gunst des Augenblickes benützen zu müssen, „um das System der Regierung ein für allemal fest auszuprägen". Von den insgeheim ausgeheckten Wahlfeldzugsplänen der Regierung hat nur die Denkschrift des Großhofmeisters von Berckheim[3]) aus dem Jahre 1840 das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Nach einer bewegten Klage über die Verfassung, die nur zu treu dem Vorbilde der französischen Charte „nachgemodelt" sei, schärfte der greise Wahlminister von 1825 der Regierung die „dringende Notwendigkeit" und „heilige Pflicht" ein, der „faktieusen Partie der Bewegung" einen festen Damm entgegenzusetzen, und brachte schließlich sein altes Wahlrezept[4]) mit folgendem neuen Zusatz in empfehlende Erinnerung: „Dabei muß aber noch bemerkt werden, daß die Beamten, um jener Aufgabe mit Erfolg Genüge leisten zu können, die politische Farbe der Regierung kennen müssen, ohne daß bei ihnen hierüber irgend ein Zweifel obwaltet; sie müssen also bestimmt wissen, daß die Regierung ungeteilt nur ein Prinzip anerkennt und in allen seinen Konsequenzen auch befolgt".

Trotz aller Ungunst der Verhältnisse, obwohl die Beamten — um im Stile Berckheims zu reden — „von dem persönlichen Vertrauen, das ihre Amtsuntergebenen in sie setzten", den ausgiebigsten Gebrauch machten, gelang es doch der liberalen Opposition, ihren bisherigen Besitzstand zu wahren. Freilich, die Stimmung in liberalen Kreisen war keine hoffnungsfreudige. „Was wird uns das Jahr 1841 bringen?" — so fragte und antwortete der Abg. Bader in einem Briefe vom 3. Januar 1841 — „Wahrscheinlich wenig Gutes. Kriegesschwangere Gewitterwolken schweben über Europa, und wenn das Gewitter, so nahe die Wolken auch sind, nicht selbst zum Ausbruch kommt, so wirkt das längere Verweilen derselben doch nachteilig, und manches dürfte versucht werden, was man sich bei heiterem Himmel nicht auszuführen getraute." Bald kam die Kunde, daß der Kammerpräsident Mittermaier[5]), welcher einst so glücklich zwischen Ludwig Winter[6]) und Karl von Rotteck vermittelt hatte, schmerzlich

[1]) Badische Landtagsgeschichte I. 133, III. 142, IV. 5.

[2]) Badische Landtagsgeschichte II. 8, 167, 240, III. 120, 142, IV. 10.

[3]) Badische Landtagsgeschichte II. 7, 112, III. 44, 66.

[4]) Badische Landtagsgeschichte III. 6, 25.

[5]) Badische Landtagsgeschichte III. 72, IV. 18. (Bild im 3. Band.)

[6]) Badische Landtagsgeschichte I. 75, 177. II. 17, 54, 186. III. 5, 10, 14, 45, 71, 95, 153. IV. 8.

bewegt durch den Tod seines hoffnungsvollen ältestens Sohnes, in bitterem Unmut über das herrschende Regiment sein Mandat niedergelegt habe. Vergebens suchte der greise Oppositionsführer Itzstein den hochverdienten Mann, der klar die Grenze seiner Vermittlungstätigkeit erkannt hatte, zum Wiedereintritte in die Kammer zu bewegen:

„Ich höre mit Schrecken, daß Du aus der Deputiertenkammer ausgetreten wärest... Ich müßte Deinen Austritt tief beklagen, schmerzlich fühlen den Verlust eines Mannes, dem sich stets mein ganzes Herz zugewendet, der mir so oft mit gutem Rat beistand... Also ist die Trauerbotschaft doch zur Wahrheit geworden! Du willst dich von den treuen Freunden trennen, und es genügte nicht, daß der treffliche Rotteck uns entrissen wurde. Auch Du willst von dem Kampfplatze abtreten und der Sache des gefährdeten Vaterlandes eine seiner vorzüglichsten Stützen entziehen!"

Welche Stunde geschlagen habe, erkannte man aber erst, als die Regierung im Wahlkampfe ihre Stoßkraft hauptsächlich gegen die liberale Rechte[1]) richtete. Diese Mohren hatten ihre Schuldigkeit getan und konnten gehen. Während die einen sich wieder fester an die liberale Opposition anschlossen, traten die anderen mit Würde vom politischen Schauplatz ab. Wehmütig klagte der ehemalige Wortführer Merk in einem Briefe vom 1. Februar 1841 einem Freunde:

„Mit diesem Landtag wendet sich auch meine parlamentarische Laufbahn. Zwar hat keiner von uns den Dank der Regierung, wie es scheint, erworben; doch können wir ruhig in unser Inneres blicken und das Selbstzeugnis geben, daß wir als redliche patriotische Männer zusammengewirkt und manch Gutes für das allgemeine Beste gefördert haben. Jeder tat, was er vermöge seiner innewohnenden Kraft tun konnte. Den Dank, ihr Herren Minister, verlangen wir nicht."

Unter solchen Umständen war es für die liberale Partei ein Glück von großer politischer Tragweite, daß der heimgegangene Kammerführer Rotteck bei seinen Lebzeiten die Sorge für einen tüchtigen jungen Nachwuchs über jede andere gestellt und in seinen letzten Tagen durch seine weitreichenden publizistischen Verbindungen die Einberufungsordre an Karl Mathy hatte ergehen lassen.

Als Mathy am 1. Januar 1841 als Redakteur der neu gegründeten „Badischen Zeitung" seine politische Tätigkeit in der Heimat wieder aufnahm, hatte er, obwohl erst 34 Jahre alt, eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Schon im Hause seines Vaters, der einst die Wandlung vom katholischen Theologen zum protestantischen Philologen unter schweren Kämpfen vollzogen hatte, war des Lebens Ernst an ihn herangetreten. Nachdem er das Lyceum seiner Vaterstadt Mannheim durchlaufen und auf der Universität Heidelberg sich kameralistischen und juristischen Studien gewidmet hatte, begab er sich, von jugendlicher Schwärmerei und edlem Freiheitsdrange fortgerissen, nach Paris in der Absicht, von dort aus seine junge Kraft in den Dienst der griechischen Sache zu stellen.

[1]) Vergl. Bad. Landtagsgeschichte IV. 19.

Um einige Illusionen ärmer kehrte er bald wieder in die Heimat zurück und bereitete sich auf das kameralistische Staatsexamen vor. Nachdem er im Jahre 1829 mit dem Prädikate „sehr gut befähigt" unter die Finanzpraktikanten aufgenommen worden war, ging er unter die Journalisten und handelte — was er zeitlebens als sein größtes Glück bezeichnete — nach dem alten Wahrspruche:



Karl Mathy

„Jung gefreit hat noch niemand gereut". Doch auf solchem Grunde ließ sich kein solider eigener Herd bauen. Seine zu scharfer Kritik und beißender Ironie neigende Federkraft erregte das Wohlgefallen Rotteds und der liberalen Kammerführer, das Mißfallen seiner dienstlichen Vorgesetzten und des Finanzministers von Boeckh. Kein Wunder, wenn der Redakteur des „Zeitgeist" und

Verfasser des „Kalif Achmet"[1]) nur eine kleine Weile auf der badischen Kameralpraktikantenliste figurierte. Mit allen möglichen polizeilichen Chikanen und Untersuchungen wurde Mathy aber heimgesucht, als bekannt wurde, daß seine redaktionelle Tätigkeit sich auch auf die Unterstützung politischer Flüchtlinge erstrecke. Solche Moritat mußte gerochen werden, und die Mainzer Zentralkommission ordnete im Jahre 1835 die Verhaftung an. Von Sander und Rotteck über die drohende Gefahr unterrichtet, beschloß er, durch die Flucht in die Schweiz sich der hl. Hermandad des deutschen Bundes zu entziehen. Fünf Jahre lang aß er nun das Brot der Verbannung. Es schmeckte nicht besser als das der „Freiheit" in der Heimat. Täglich mußte er den schweren Kampf ums Dasein für sich und die Seinen kämpfen, nur gestützt von seiner tapferen und treuen Frau. Von wiederholten Reklamationen der deutschen Großmächte gespornt, hetzte die maßgebende konservative Partei in der Schweiz ihn von einem Ort zum anderen. Endlich fand er eine Stelle als — Schulmeister zu Grenchen im Kanton Solothurn.

Auf diesem ungewöhnlichen Lebenswege war Mathy ein ernster, in sich gefesteter Charakter geworden. Die vielen bitteren Erfahrungen hatten ihn schweigsam und verschlossen gemacht, so daß, wer sein intimeres Vertrauen gewinnen wollte, aus demselben Holze geschnitzt sein mußte. Die natürliche Neigung zur Ironie war durch den beständigen Kampf zwischen Ideal und Wirklichkeit mehr verstärkt als vermindert worden. Als eifriger Mitarbeiter am Staatslexikon war Mathy auch in der Ferne mit den heimischen Freunden in steter Fühlung geblieben, und kaum war im Jahre 1840 die Untersuchung gegen ihn zu Ende gegangen, als er, ihrem Rufe folgend, nach Baden zurückkehrte, um zunächst seine gewiegte, mehr durch Bilder und Gleichnisse als durch abstrakte logische Deduktionen wirkende Federkraft wieder in den Dienst der freisinnigen Sache und des engeren Vaterlandes zu stellen.

Während so die politische Entwicklung nach den kritischen Tagen des Jahres 1840 wieder in das alte Geleise zurückzukehren schien, nur mit dem Unterschiede, daß im Wechsel der Zeiten auch die Kräfte sich erneuerten, beschwor die Regierung beim Beginne des Landtages von 1841 einen Streit herauf, der den Dingen bald eine andere, in ihren Folgen überaus verhängnisvolle Richtung geben sollte.

Am 17. April 1841 wurde der Landtag eröffnet. Die Thronrede sagte mit Ausnahme des längst spruchreifen Strafgesetzbuches nur Vorlagen über das Bundesverteidigungssystem und einige materielle Gegenstände zu. Die Schlußworte: „Damit habe Ich die Ergebnisse bezeichnet, die Ich von diesem Landtage erwarte", ließen deutlich den Charakter des neuen Kurses erkennen.

[1]) Badische Landtagsgeschichte III. 153.

Doch auch die liberale Seite der Volksvertretung benützte die erste Sitzung zu einer demonstrativen Kundgebung ihres Geistes. Nachdem der Alterspräsident Itzstein[1]) in jugendlicher Weise seines Amtes gewaltet und dem verstorbenen Abg. Rotteck einen ergreifenden Nachruf[2]) gewidmet hatte, erhoben sich insbesondere die Anhänger der Winter'schen Richtung, um den Tod des heimgegangenen Oppositionsführers zu beklagen und zu geloben, fortan nach seinen Grundsätzen handeln zu wollen; so ließ sich nach den Schlußworten Welckers: „Ja, so lange in Deutschland, so lange in dieser Kammer noch edle Herzen erglühen für Wahrheit und Recht, so lange mutige Männer dafür kämpfen, so lange wird v. Rotteck Andenken in Ehre und Segen stehen", der Abgeordnete Bader also vernehmen:

„Bei mir und mehreren meiner Herren Kollegen waltet noch ein weiterer Grund der Verehrung und Dankbarkeit gegen den Verstorbenen ob. Er war unser Lehrer. Schon als Jünglinge vernahmen wir aus seinem Munde die Grundsätze, die er sein ganzes Leben hindurch mit allen seinen Kräften geltend zu machen suchte, Grundsätze, die uns später auf der mit ihm gemeinschaftlich betretenen Bahn als Richtschnur dienten und auch für die Folge dienen werden. Wir werden sein Andenken dadurch am würdigsten ehren, wenn wir fortan in seinem Geiste und nach seinen Grundsätzen handeln und wirken."

Zum erstenmale maßen sich die Kräfte in den geheimen Adreßdebatten. Der Präsident des Justizministeriums wollte die erneute Bitte um eine Strafprozeßordnung durchaus nicht wieder in die Adresse aufnehmen lassen. Mit allen Mitteln bekämpfte der Finanzminister den Wunsch, daß die Eisenbahnarbeiten in dem durch das Gesetz von 1838 bestimmten Umfang fortgesetzt werden mögen. Und als die Kammer den Passus der Thronrede, welcher von der Pflichterfüllung gegenüber dem Bunde handelte, mit dem Satze beantwortete: „Gleiche Bereitwilligkeit zu jeglichem Opfer — wir sprechen es aus vor Ihrem erhabenen Throne — werden Ew. Kgl. Hoheit bei Ihrem ganzen Volke finden, wenn die Verteidigung von Fürst und Vaterland gegen feindliche Angriffe, woher sie kommen mögen, dazu aufruft", drohte Blittersdorff, daß der Großherzog die Annahme der Adresse verweigern werde, wenn die Worte „gegen feindliche Angriffe, woher sie kommen mögen" nicht gestrichen würden. Erst nach drei Wochen erblickte diese „Dankadresse" das Licht der Welt.

Es war indessen diese Adreßdebatte nur das Vorspiel zu einem größeren Drama. Den Mitgliedern der Opposition, Oberhofgerichtsrat Peter und Hofgerichtsrat Aschbach, war der Urlaub zum Landtag versagt worden. Dieser Schritt erinnerte an die längst vergangene Zeit nach den Karlsbader Konferenzen, wo die Regierung das Recht der Urlaubsverweigerung für sich in Anspruch genommen, auf die Einsprache der Kammer hin jedoch nicht aufrecht erhalten hatte. Während aber im Jahre 1820 eine neue Wahl nicht angeordnet worden war,

[1]) Badische Landtagsgeschichte II. 131, III. 35, 60, 105, IV. 17, 97. (Bild im 2. Band.)

[2]) Badische Landtagsgeschichte IV. 138.

glaubte jetzt der Freiherr von Blittersdorff — denn der Präsident des Ministeriums des Innern Staatsrat von Rüdt war nur sein Werkzeug — das ausgegrabene Kriegsbeil durch Anordnung neuer Wahlen verschärfen und an den Beamtenabgeordneten „ein für alle Mal" ein Beispiel statuieren zu müssen.

Gleich als ob der ganzen Verfassung der Krieg erklärt worden wäre, wurde im Lande und in der Kammer die Kunde von der im Ministerrate beschlossenen Urlaubsverweigerung aufgenommen. Selbst die konservative Rechte empfand großes Mißbehagen über die ihr von der Regierung zugedachte unwürdige Rolle. Die liberale Mitte war tief verstimmt: erst die Vorgänge beim Tode Winters[1]), dann die Pensionierung von Nebenius[2]), jetzt dieses dritte „Quos ego" des Freiherrn von Blittersdorff. Nur die liberale Opposition, geführt von Itzstein und Sander[3]), behielt den Kopf oben. Sie glaubte — was sich auch bewähren sollte — die Diplomaten Reizenstein und Blittersdorff zunächst mit diplomatischem Geschütz bedienen zu müssen. Ob auch einzelne, von Unmut fortgerissen, rollenwidrige Seitensprünge machten, dem Landtage den Rücken kehren oder extreme Anträge stellen wollten: das Gros blieb unerschütterlich auf dem Kampfplatze und folgte einer wohl gezielten Taktik, indem es die Wahlprüfungen ohne besondere Übertreibung erledigte, weises Maß mit Initiativanträgen hielt, ohne Anstand die Verlängerung des Zollvereins, die außerordentlichen Militärausgaben und das halbjährige Budget vom 1. Juli bis 31. Dezember 1841 genehmigte. Auf diese Weise behielt die Opposition in der die ganze Session beherrschenden Urlaubsfrage die Führung und bewahrte ihr bestes Pulver trocken für den wahrscheinlichen Fall der Auflösung.

Die Kommission, welche zur Prüfung der strittigen Frage niedergesetzt wurde, bestand aus 9 Mitgliedern, von denen 4 der liberalen Mitte, 3 der liberalen Opposition und 2 der konservativen Rechte angehörten. In ihrem Namen erstattete der Abgeordnete Bekk[4]) einen sachlichen, maßvoll gehaltenen Bericht, in welchem er die Vorgeschichte der strittigen Frage durchging, das angesprochene Recht der Urlaubsverweigerung nicht anerkannte, das angeordnete weitere Wahlverfahren für null und nichtig erklärte und das einstimmige Votum der Kommission dahin zusammenfaßte, die Regierung möge die betreffenden Wahlen einstellen, die Wahlakten vorlegen und die Hindernisse aus dem Wege räumen, welche dem Eintritte der beiden Abgeordneten im Wege stünden.

Am 7. Mai fand die Diskussion statt. Die Verteidigung der Regierung wurde von den Ministern Blittersdorff, Boeckh[5]), Jolly[6]) und Rüdt geführt.

[1]) Badische Landtagsgeschichte IV. 10.
[2]) Badische Landtagsgeschichte IV. 12.
[3]) Badische Landtagsgeschichte IV. 112. (Bild im 4. Band.)
[4]) Badische Landtagsgeschichte III. 78. IV. 111. (Bild im 3. Band.)
[5]) Badische Landtagsgeschichte I. 155. II. 202. III. 30, 103. IV. 12, 36, 94.
[6]) Badische Landtagsgeschichte IV. 83.

Alle umgingen die Frage nach dem wahren Grunde und gaben die kategorische Erklärung ab, daß die Regierung keinen Finger breit nachgeben werde. Boeckh wies auf den Weg, den die „Weisheit" der Fürsten 1834 eröffnet habe, nämlich den Streit durch ein Bundesschiedsgericht zur Entscheidung zu bringen; Blittersdorff machte höhnisch auf den Weg der Vorstellung, Beschwerde und Anklage aufmerksam. Der Sprecher der konservativen Rechte suchte den Kommissionsbericht durch neue Gründe zu stützen. In wirkungsvoller Weise traten die Anhänger der Winter'schen Richtung nach einander mit dem Bekenntnis auf den Plan, daß dieser Schritt geeignet sei, den letzten Rest des Tafeltuches, der noch zwischen ihnen und der Regierung bestünde, zu zerschneiden.

Mit ihrer ganzen Stoßkraft antwortete die liberale Opposition, indem sie in der Aufrollung dieser Frage eine Mißachtung des öffentlichen Rechtes und der öffentlichen Moral erkannte und die Regierung für die unseligen Folgen verantwortlich machte. Unter dem donnernden Beifall des ganzen Hauses und der Galerie schloß der Abgeordnete Sander mit den denkwürdigen Worten, die bald sein Bildnis zieren sollten: „Kommt's aber zum Kampfe, so wird das badische Volk in diesem Saale Männer finden, deren Mut im Kampfe nur wächst, und die seine Rechte ohne Furcht zu wahren wissen". Bei der namentlichen Abstimmung wurden die Kommissionsanträge einstimmig von den anwesenden 57 Abgeordneten angenommen.

Alle Welt hatte erwartet, daß die Regierung nach diesem einmütigen Kammervotum ihre großen Worte in die Tat übersetzen und die Ständeversammlung auflösen werde. Statt aber diese Konsequenz zu ziehen, antwortete das Staatsministerium am 12. Mai, daß die Urlaubsverweigerung „in Folge einer höchsten Entschließung" ergangen sei, und daß es sich außer Stande sehe, dem Ansinnen der Volksvertretung „in irgend einer Weise" zu entsprechen. Diese auf die Einschüchterung der Beamten berechnete Erwiderung machte in allen Kreisen, welche die Person des Großherzogs nicht in den Parteikampf gezogen wissen wollten, den schlechtesten Eindruck. Die Mißstimmung wurde noch verstärkt, als einige drastische Beispiele bekannt wurden über die Art, wie sich der Ingrimm einzelner Mitglieder der Regierung Luft gemacht habe. Von dem Präsidenten des Staatsministeriums Freiherrn von Reizenstein erzählte man die Äußerung: „Lieber eine schlechtere Kammer als eine mit solchen Beamtenintelligenzen". Der Kabinettssekretär erklärte einem Abgeordneten, welcher um diese Zeit in den Landtag eintrat und seine Aufwartung bei Hofe machen wollte, aus allerhöchstem Auftrag: „S. K. Hoheit sind nicht geneigt, einen Staatsdiener, welcher Mitglied der zweiten Kammer ist, zu empfangen". Ein Blittersdorff'scher Artikel der „Allgemeinen Zeitung" richtete am 21. Mai 1841 geradezu beleidigende Vorwürfe und Insinuationen an die Adresse der Beamten in der zweiten Kammer:

„Der durch diese Pragmatik in seiner Existenz gesicherte Staatsdiener erlangte eine einflußreiche Stellung in der Kammer und alle Annehmlichkeiten, welche daraus abflossen, am leichtesten und sichersten durch eine mehr oder minder weit getriebene Opposition; denn der Beamte, der sich dem System der Regierung entschieden anschloß, kam, wie offen gesagt wurde, in den Geruch des Servilismus und stand bald isoliert und ohne Einfluß auf seine Kollegen da. Dem opponierenden Staatsdiener dagegen war es leicht, Gleichgesinnte um sich zu reihen; dadurch wird die Regierung genötigt, sein Votum als ein solches zu betrachten, auf das besonderes Gewicht zu legen sei, und das man daher im allgemeinen zu gewinnen oder dessen man sich wenigstens für wichtigere Vorlagen zu versichern habe. Auf solche Weise konnte der Staatsdiener Popularität und Gunst der Regierung — utile dulci — vereinigen. Letztere verscherzte er auch dadurch nicht, daß er der Regierung zuweilen in Materie oder Form etwas schroff entgegentrat, indem dies als eine Notwendigkeit anerkannt wurde, damit er seine Wirksamkeit in der Kammer nicht einbüße. Selbstverstanden geschah dies jeweils, wo es sich um sogenannte Prinzipienfragen oder um das Interesse der Kammer als Korporation handelte. Da mußte der Staatsdiener zeigen, daß er vor allem Volksvertreter sei und den liberalen Ideen der Zeit huldige; dabei mußte man es ihm noch verdanken, wenn er durch klug ersonnene Auswege oder halbe Maßnahmen einem völligen Bruch vorzubeugen oder die Niederlage der Regierung wenigstens in der Form zu mildern suchte. Dies war, abgesehen von einigen entschiedenen und heftigen Widersachern der Regierung und einigen anderen, die sich zu einer untergeordneten Rolle resignierten, im allgemeinen die Richtung, welche die Staatsdiener mit mehr oder weniger Erfolg in der zweiten Kammer einschlugen."

Am 22. Mai, an demselben Tage, als dieser Artikel in Karlsruhe eintraf, beschloß die zweite Kammer nach einem neuen Berichte des Abg. Bekk mit allen gegen die drei Stimmen des Professors Platz, Regierungsdirektors Baumgärtner, Geh. Referendärs Regenauer der Einladung des Herrn von Blittersdorff Folge zu leisten und den Beschwerdeweg an den Großherzog anzutreten. Obwohl die Opposition sich von diesem Schritte keinen Erfolg versprach, da ohne Zustimmung der ersten Kammer diese Beschwerde nicht bis zum Throne gelangen konnte, blieb sie doch, aller Obstruktionsgelüste einzelner Mitglieder ungeachtet, auf dem Posten. Dagegen erregte es im Lande das größte Aufsehen, als zwei der zahmsten Kammermitglieder, die Abg. Lauer und Speyerer, die Ständeversammlung freiwillig mit der Erklärung verließen, „sie hätten dem Leichenbegängnisse L. Winters beigewohnt, aber dem Umsturze seines Systems wollten sie nicht beiwohnen".

Am 28. Juni 1841 verwarf die erste Kammer einstimmig die Beschwerde der zweiten. Sie faßte ihre Ansicht dahin zusammen, „daß zwar das Recht der Urlaubsverweigerung jetzt schon gesetzlich so fest begründet sei, daß hierüber eine Vereinbarung mit den Ständen nicht weiter nötig erscheine, daß dagegen, wie aus dem Gange der Verhandlungen erhelle, eine direkte gesetzliche Bestimmung für den eigentümlichen Fall mangle, wenn ein Staatsdiener, seine Stellung verkennend, die Wahl zwischen unvereinbarlichen Funktionen nicht zu treffen wisse und so Konflikte herbeiführe, auf deren Beseitigung für die Zukunft Bedacht zu nehmen sei".

Der Geist, welcher über den Verhandlungen schwebte, entsprach ganz der traurigen Rolle, welche die Adelskammer überhaupt in den vierziger Jahren spielte. Die hohen, von der Regierung ernannten Beamten und Militärs bildeten die Kerntruppe. Die Universitäten schickten in der Regel keine Mitglieder aus ihrer Mitte, sondern gefügige, mit der Regierung durch dick und dünn gehende Werkzeuge, die ihnen von oben auf irgend einem unterirdischen Wege aufoktroniert wurden. Den Reigen führte der Exminister von Berckheim. Hören wir, wie er auch am 28. Juni 1841 seines Chorführeramtes waltete: wenn die Regierung in dem Urlaubsstreite nachgegeben hätte, so hätte er sie wegen Verletzung der Verfassung und Veräußerung von Thronrechten in den Anklagezustand versetzen müssen. Diesen Dienern des Regenten, „in früheren Zeiten fürstlichen oder herrschaftlichen Dienern, in neueren Zeiten Staatsdiener genannt", müsse die Lehre beigebracht werden, daß unsere Verfassung „nur und allein in dem unbedingten Herrscherwillen" ihre Grundlage habe, daß man seinerzeit den ursprünglichen Begriff deutscher Landstände gemäß dem Landtage nur allein das Recht der Steuerbewilligung, sowie das Recht der Beschwerde über Verwaltungsmißbräuche hätte zugestehen sollen.

Als die zweite Kammer hierauf die Urlaubsangelegenheit wiederum in die Abteilungen wies, ging die Regierung mit Drohungen und Einschüchterungsversuchen aller Art gegen diejenigen Beamtenabgeordneten vor, die sich nicht zur Rolle der freiwilligen Regierungskommissäre hergeben wollten. Alle Zeitungsstimmen und Adressen, die sich für die Sache der Volksvertretung aussprachen, wurden mit Polizeigewalt niedergeschlagen. Infolge dieses Hochdruckes entstand sowohl bei der weiteren Beratung in der Kommission als auch in der Kammer am 17. Juli ein heftiger Zwiespalt der Meinungen: die eingeschüchterten Beamten modificierten ihre Stellung und suchten die Streitaxt mit einer lendenlahmen Erklärung zu Protokoll zu begraben; die Mutigeren aber wollten an die Regierung die direkte Aufforderung gerichtet wissen, von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch zu machen, und als sie mit ihrer Ansicht nicht durchdrangen, suchten sie der Protokollverwahrung eine möglichst bittere und herausfordernde Form zu geben:

„Die Kammer erklärt, daß weder die Verhandlungen in der ersten Kammer und die dort von den Kommissären der Regierung ausgesprochenen Grundsätze, noch der erfolgte Beschluß jener Kammer ihre Ansicht und ihre feste Überzeugung in dieser Sache zu verändern im stande gewesen sei, daß sie vielmehr fortwährend in der Urlaubsverweigerung für die Abg. Aschbach und Peter eine Verletzung des verfassungsmäßigen Bestandes der Kammer erkennen müsse, deshalb in Erwägung der hieraus hervorgehenden Unvollständigkeit der Vertretung des ganzen Landes und in Erwägung der weitern Folge, daß für zwei Wahlbezirke, deren Vertreter von der Regierung zurückgehalten werden, Steuern bewilligt werden müßten, sich zur Schlußfassung über andere als ihre eigene Konstituierung betreffende Gegenstände nicht ferner befugt zu erkennen vermöge, und darum für ihre

Pflicht halte, diese Überzeugung der Regierung offen auszusprechen, damit sie von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen veranlaßt sein könne."

Bei Gelegenheit dieser aufregenden Debatte lenkte der soeben an Lauers Stelle neu eingetretene Abgeordnete Friedrich Daniel Bassermann zum erstenmale die öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Person. Als Sprosse einer angesehenen



Friedrich Daniel Bassermann

Kaufmannsfamilie war er am 24. Februar 1811 in Mannheim geboren. Da der schwache Körper und der starke Geist in jungen Jahren beständig miteinander rangen, sah er sich genötigt, den bereits betretenen höheren Bildungsgang mit der kaufmännischen Lehre zu vertauschen. Nachdem er mehrere Jahre im Auslande zugebracht und philosophisch-historische Vorlesungen an der Universität

Heidelberg gehört hatte, kehrte er wieder zu seinem praktischen Berufe nach Mannheim zurück. Bald berief ihn das Vertrauen seiner Mitbürger zu dem Amte eines Obmannes des Bürgerausschusses. In dieser parlamentarischen Vorschule betätigte er einen auf die höheren Güter der Menschheit, insbesondere Schule, Theater und Politik gerichteten Geist. Jetzt, wo er eben das wahlfähige Alter erreicht hatte, hätten die Mannheimer keinen Besseren nach Karlsruhe schicken können; denn Bassermann vereinigte mit kaufmännischer Praxis und wissenschaftlicher Bildung eine bedeutende Redegabe. Während die liberalen Kammerführer durch ihren langjährigen Umgang mit Blittersdorff auch halbe Diplomaten geworden waren, sprach der Mund des streitbaren, hochbegabten jungen Landstandes aus, wovon das Herz des badischen Volkes voll war:

„Man wird zugeben, daß, wenn ein Staatsdiener, der zugleich Volksvertreter ist, nicht die Überzeugung hat, die die Regierung an den Tag legt, wenn er aus Überzeugung nicht das System billigen kann, dem die Regierung huldigt, und wenn er sich durch das über seinem Haupte hängende Racheschwert nicht abhalten läßt, seine Überzeugung gleichwohl auszusprechen, dieser Diener ein edler und charakterfester Mann ist. Solche charakterfeste Männer hatte bisher die badische Kammer, und Baden, ja zum Teil Deutschland, waren stolz auf sie. Solche edle Männer will aber unser jetziges Ministerium nicht mehr. Solche innere Größe und Tugend verträgt sich nicht mehr mit dem System der Demoralisation, denn die Herrn Minister haben in der ersten Kammer erklärt, daß man — um mit den eigenen Worten des Herrn von Blittersdorff zu sprechen — hier nicht Männer, sondern nur Instrumente wolle, die man zerbrechen und wegwerfen könne."

Mit 47 gegen 8 Stimmen bekundete die Kammer, daß sie nach wie vor an ihrer Rechtsüberzeugung festhalte. Und wie ein elektrischer Schlag wirkte die unbarmherzige Kriegsführung Bassermanns auf das Land, welches die diplomatisierende Fuchsmethode Itzsteins schon längst über die Berge zu den sieben Zwergen gewünscht hatte.

Da die Regierung bei dieser Stimmung des Landes die Auflösung wie das Feuer fürchtete, hielt sie auch jetzt noch mit dieser ultima ratio des konstitutionellen Lebens zurück. Dagegen vertagte sie am 4. August die Ständeversammlung und gab am darauffolgenden Tag den Landboten ein Manifest mit auf den Weg zu den heimatlichen Penaten, dessen Schluß folgendermaßen auf die Protokollverwahrung antwortete:

„Wir beklagen die Verirrung Unserer zweiten Kammer, sowie ihr, wohl nur auf mißverstandener Konsequenz beruhendes Festhalten an einmal gefaßten Beschlüssen, geben Uns jedoch gerne der Hoffnung hin, sie werde bei ruhiger Erwägung eine richtigere Ansicht gewinnen.

Zu Unseren geliebten Untertanen hegen Wir das Vertrauen, daß sie, von dem treuen und verfassungsmäßigen Wirken Unserer obersten Staatsbeamten aus langer Erfahrung überzeugt, deren standhafte Verteidigung Unserer verfassungsmäßigen Rechte in jeder Hinsicht billigen, am wenigsten daher ungebührlichen Verdächtigungen Gehör schenken werden, welche sich einzelne Ständemitglieder gegen dieselben erlaubten.

Von Unseren Dienern sind wir gewärtig, daß sie keine Gelegenheit versäumen werden, irrige Ansichten rücksichtlich des fraglichen Gegenstandes zu berichtigen und jedem Versuch mit Nachdruck zu begegnen, der zur Verbreitung solcher Ansichten gemacht werden könnte.

Gegeben zu Karlsruhe, den 5. August 1841. Leopold."

Die nun folgende Zeit der Vertagung war eine Ära dumpfer Gewitterschwüle, wo die Zensoren dafür sorgen mußten, daß ja nicht irgendwo ein reinigender Lufthauch verspürt werde. Umso gefährlicher war das, was man im ganzen Lande von Munde zu Munde fortpflanzte: daß, was man erlebt, nur der Anfang vom Ende des konstitutionellen Lebens sei. Wie herrlich weit man es auf diesem Wege seit 1819 gebracht habe, daran wurde man gerade jetzt wieder erinnert, als am 24. August der tapfere Präsident des Landtages von 1841 Duttlinger[1]) einem schweren Gehirnleiden erlag. In ihm betrauerte das engere Vaterland einen seiner besten Söhne. Wie sein Vorgänger und Nachfolger auf dem Präsidentenstuhle, die Abgeordneten Mittermaier und Bekk, gehörte auch Duttlinger zu jenen verdienten altliberalen Beamten, die eine hohe Mittelstellung zwischen der Regierung und der Opposition einnahmen; ihre wissenschaftliche Bildung ließ sie bei allen Beratungsgegenständen die allgemeinen Gesichtspunkte erfassen, ihr praktischer Blick führte sie zu den Rücksichten, die man überall der Schwierigkeit in der Anwendung zu tragen hat. Gleichweit entfernt von niedriger Hingebung wie von starrem Widerspruchsgeist vereinigten sie würdige Selbständigkeit der Gesinnung mit weiser Berücksichtigung der Verhältnisse.

Wie auch der Regierungsapparat arbeiten mochte: der öffentliche Geist ließ sich in den vierziger Jahren nicht mehr wie früher in Fesseln schlagen. Mit welch' lebhafter Teilnahme die gebildeten Kreise Deutschlands dem badischen Verfassungskonflikte gefolgt waren, sollte die erste größere Reise einer süddeutschen Kammernotabilität nach Norddeutschland zeigen. Als nämlich Welcker[2]) im September 1841 Leipzig, Dresden, Berlin, Kiel und Hamburg besuchte, wurde er mit Ehren aller Art überhäuft. Allüberall wurde das Thema variiert, wie Baden durch seine parlamentarischen Vorkämpfer der Lehrer für Deutschland geworden. Und wie trefflich verstand sich Welcker auf die Kunst, bei solchen Gelegenheiten zu repräsentieren, die Freuden des Mahles durch kernige Trinksprüche zu würzen! Trat er gar mit seinem markigen, festen Gesichte, seinem schönen, schwärmerischen Auge an das Fenster oder auf den Balkon, um seine Spezialität zu üben und ein Fackelständchen der studierenden Jugend entgegenzunehmen, so wollten draußen und drunten die Klänge „was ist des Deutschen Vaterland" und „Freiheit, die ich meine" kein Ende nehmen. Die Polizeipräsidenten der Städte, die er besuchte, oder

[1]) Badische Landtagsgeschichte I. 82. 138, III. 17. (Bild im zweiten Band.)

[2]) Badische Landtagsgeschichte III. 115. (Bild im 3. Band.)

an denen ihn sein Weg vorüberführte, waren glücklich, als sie diesen Störenfried wieder „fern im Süd" wußten. Die badische Regierung beantwortete diese Reise quer durch Norddeutschland am 28. Oktober 1841 mit der abermaligen Pensionierung des politischen Triumphators.

Um dieselbe Zeit stand auch Karl Mathy vor der schweren Frage, ob er nicht den Staub der Heimat aufs neue von den Füßen schütteln solle. Hoffnungsvoll hatte er am Anfange des Jahres die Feder aufgenommen, voll Resignation wollte er sie am Ende niederlegen. Obgleich er sich der größten Maßhaltung und Reserve befliß und nur die zahmsten Zuschriften veröffentlichte, fand er keine Gnade in den Augen der Zensur. Am 1. Juli mußte er seine „Badische Zeitung" in eine „Nationalzeitung" verwandeln, da jene Überschrift zu „irrigen, der Großh. Regierung nachteiligen Unterstellungen" geführt hatte und „ein jedes Mißversändnis beseitigender Titel" gewünscht wurde. Ganz besonders straff wurden aber die Zügel angezogen, als die Zeit der Vertagung kam und der Zensor in jedem Artikel einen zweiten „Kalif Achmet" witterte. So nahm er denn am 27. Dezember 1841 von seinen Lesern Abschied:

„Die Zensur der Nationalzeitung wird seit einiger Zeit in eigentümlicher Weise geübt. Zeitungsberichte sogar, mit Angabe der Quellen aus anderen deutschen Blättern entlehnt, wurden gestrichen; was in Sachsen, in Preußen, in Frankfurt — ja im Frankfurter Journal! — die Zensur passiert war, fand keine Gnade vor der Zensur der Nationalzeitung. Eigene Aufsätze und Korrespondenzen wurden verstümmelt, daß nur unkenntliche Trümmer übrig blieben. Unsere Leser haben oft genug die Spuren der Zensur in den Spalten unseres Blattes bemerkt; könnten wir ihnen die hingeschlachteten Gedanken und Nachrichten vorlegen, sie würden staunen ob des „umsichtigen" Verfahrens. Die Nationalzeitung konnte sich weder hinter den löschpapierenen Mantel politischer Farblosigkeit verstecken, noch hatte sie die Verwendung mächtiger Patrone zu ihren Gunsten anzusprechen.... Ich begreife recht wohl, warum so viele wackere Patrioten es verschmähen, ihre Gedanken einer Zensur vorzuwerfen, wie sie in Europa, außer Deutschland nur noch das unglückliche Italien kennt (Rußland wollen wir dem Weltteile zurechnen, der seine Hauptländermassen umfaßt). Dagegen hoffe ich, daß man mir es auch nicht verübeln werde, wenn ich es müde bin, unter die Parias der Presse, unter die deutschen Zeitungsschreiber zu gehören."

Zu diesem aufreibenden Kleinkriege mit den Zensoren kamen schwere Schicksalsschläge, welche seine Familie und die seines Verlegers heimsuchten. Schon war der Entschluß gefaßt, einem Rufe in die Schweiz zu folgen und wieder zu dem geliebten Lehramte zurückzukehren; da gelang es Friedrich Bassermann in letzter Stunde, den Freund und Patrioten, der die heimischen Dinge allzu pessimistisch beurteilte, der vaterländischen Sache zu erhalten. Längst hatte nämlich die liberale Opposition das tiefe Bedürfnis gefühlt, anstelle der langatmigen, langsam erscheinenden und wenig gelesenen amtlichen Protokolle ein Organ zur möglichst gedrängten, schnellen und vollständigen Mitteilung der Ständeversammlungen zu besitzen. Wiederholt brachte

sie diesen Gegenstand in der Kammer zur Sprache, wo sie natürlich zu dem „möglichst gedrängt, schnell und vollständig" noch ein „möglichst unparteiisch" hinzufügte. Allein, wie hätte ein solcher Plan in dieser Zeit zur Ausführung gelangen sollen? Liebenstein hatte einst bei einer ähnlichen Debatte geäußert: „Gebt mir Preßfreiheit und einen Publizisten ersten Ranges, und ich stelle dieses Ei des Kolumbus auf den Kopf!" Wie es mit der Preßfreiheit um diese Zeit bestellt war, haben wir oben gesehen. Und nun fehlte nicht viel, so hätte das engere Vaterland auch noch den erstklassigen Publizisten, der in den Beilagen zur „Badischen Zeitung" und „Nationalzeitung" zum erstenmal dieses Ideal nach Menschenmöglichkeit verwirklichte, in die Fremde gestoßen! Glücklicherweise wurde diese Sachlage dadurch zum Besten gewendet, daß zu Anfang des Jahres 1842 die liberale Partei eine „Landtagszeitung" ins Leben rief und Mathy zum Redakteur derselben bestellte.

Am 10. Januar 1842 trat der Landtag wiederum zusammen. Die Kluft zwischen der Regierung und ihren zur Ordnung gerufenen Beamtenabgeordneten und den Anhängern der Winter-Rotteck'schen Richtung wurde täglich tiefer. Die liberale Opposition trat, der hinter ihr stehenden Volksstimmung sich bewußt, kriegslustiger als früher auf. Ihr neues Organ, die Landtagszeitung, fand so große Verbreitung, daß bald die Frage der Lebensfähigkeit überwunden war und die höheren Gesichtspunkte der politischen Publizistik in den Vordergrund gerückt werden konnten. Ein gereizter Ton störte die Fortsetzung der Budgetberatungen. Der Urlaubsstreit beherrschte auch dieses letzte Stadium des Landtages. Durch die Versetzung des Oberhofgerichtsrates Peter von Mannheim an das Bezirksamt Adelsheim hatte die Regierung neues Öl in die lodernde Flamme gegossen. Es wurde daher bei der Beratung des Budgets des Oberhofgerichtes die schärfste Abrechnung mit dem Präsidenten des Justizministeriums Staatsrat Jolly gepflogen. Wieder war es der Abgeordnete Bassermann, welcher den Apfel abschoß:

„So kömmt man, wenn man sich einmal erlauben darf, das Gesetz zu umgehen, zur Verhöhnuug desselben, und so wird das Wort in Erfüllung gehen, welches auf dem letzten Abschnitt des vorigen Landtags der Minister des Auswärtigen in einer andern Kammer geäußert hat: Er sagte, Staatsdiener sind in unsern Augen Instrumente, welche, wenn wir sie nicht mehr gebrauchen, zerbrechen.

Aus politischen Gründen verweigert man den Staatsdienern den Urlaub, aus politischen Gründen entfernt man einen von ganz Deutschland geachteten Lehrer von seinem Lehrstuhle, weil man sich über die ihm gewordenen Huldigungen ärgert, die man freilich nicht selbst eingeerntet haben würde. Ich kann mir wohl denken, daß bei einem Staatsministerium Augenblicke vorkommen, wo die Leidenschaft solche Maßregeln verlangt, dann aber ist es am Justizminister, nicht nachzugeben, und seine Gerichte zu verteidigen, und kann er dieses nicht — ich weiß nicht, ob er es nur getan hat — so würde ich an dessen Stelle wohl so viel Gefühl meines Amtes in mir getragen haben, daß ich augenblicklich mein Amt niedergelegt haben würde. Ein französischer, ein englischer Minister würde unter solchen

Umständen es mit seiner Ehre unverträglich halten, auch nur einen Tag länger an seiner Stelle zu bleiben."

Als bei diesen Worten alle freiwilligen und unfreiwilligen Regierungskommissäre ihre Mißbilligung laut zu erkennen gaben, fuhr der junge Kämpe sonder Furcht und Tadel fort:

„Denjenigen Abgeordneten, die mich durch Lärm und Geschrei zu unterbrechen versuchten, bemerke ich, daß so wenig ich von ihnen verlange, daß sie meine Ansicht teilen, so wenig trachte ich nach einem Einklange mit ihren Gesinnungen. Man mag mir entgegen lärmen oder schreien, so viel man will; ich bleibe unerschüttert. Auf das, was Herr Staatsrat Jolly über den Ton meiner Rede bemerkt hat, antworte ich ihm: Man spricht jetzt so viel vom deutschen Nationalcharakter, ich habe in dem deutschen Nationalcharakter keine schönere Seite gefunden als die Sitte, seine Meinung ohne Rückhalt auszusprechen. Daher sagt man auch, wenn jemand offen redet: er spricht deutsch. Dies tue ich auch. Ich spreche deutsch."

Der Urlaubsstreit sollte am 18. Februar mit dem Manifeststreite enden. Die liberale Opposition hatte bis zur entscheidenden Stunde, wo der Abg. Itzstein „eine Frage an die Herren Regierungskommissäre" richten wollte, die Anträge, welche sie in diesem Betreffe stellen wollte, in tiefes Dunkel gehüllt. Nachdem der Interpellant, von den traurigen Vorgängen, die sich mittlerweile im Wahlbezirke Peters abgespielt hatten, ausgehend, die Verfassungswidrigkeit des von keinem Minister unterzeichneten Manifestes vom 5. August 1841 dargetan hatte, stellte er in seiner diplomatisch sondierenden Weise zunächst die Anfrage an die Minister, ob sie die Verantwortlichkeit übernehmen wollten.

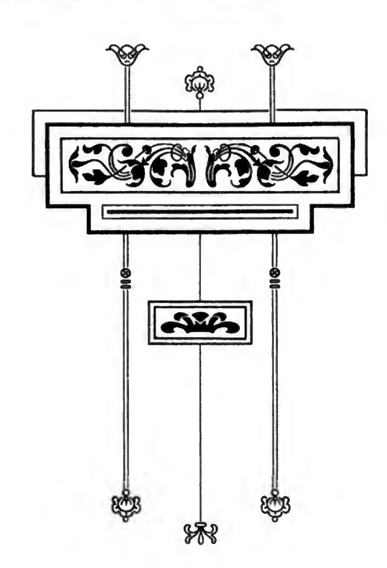
Blittersdorff ging nun in die ihm gestellte Falle mit der Erklärung: „Ich könnte darauf erwidern, daß ich nicht verantwortlich sei, ich könnte ausführen, daß die Contrasignatur durch die Minister verfassungsmäßig durchaus nicht so fest steht, wie er behauptet. Ich könnte aus formellen Gründen diese Frage ablehnend beantworten, weil, mir wenigstens, die allgemeine Verfügung, daß alle von dem Staatsoberhaupt ausgehenden Entschließungen contrasigniert werden müssen, nicht bekannt ist. Indes will ich sie als ausgemacht annehmen. Insofern gehe ich darüber hinaus. Wir sind keineswegs Willens, uns den öffentlichen Handlungen des Großherzogs zu entziehen, vielmehr sind wir vollkommen bereit, die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, gleichviel, ob sie contrasigniert sind oder nicht".

Diese Antwort enthob die Opposition der schwierigen Lage, den Regenten in die Verhandlungen ziehen zu müssen. Nach allen Regeln der Kunst zog sie jetzt, allen voran der pensionierte Welcker, vom Leder: eine ordentliche Regierung stehe in der Kammer Rede und Antwort und verstecke sich nicht in verfassungswidrigen Manifesten hinter die Person des Großherzogs; der richtige Weg wäre gewesen, von der schlecht unterrichteten Kammer an das

besser unterrichtete Volk zu appellieren; hier läge nicht ein einziger Fall vor, sondern ein ganzes gegen die konstitutionelle Verfassung gerichtetes System.

Die Vertretung der Regierung war der Schwierigkeit dieser Situation nicht gewachsen. So hochfahrend die Minister Boeckh und Blittersdorff früher aufgetreten, so kleinlaut waren sie jetzt geworden, so ohnmächtig standen sie diesem Feuerbrande gegenüber. Auch ihre Schutztruppe versagte vollständig, da keine vorbereitende Verabredung vorhergegangen war. So endete denn dieser Tag mit einer völligen und kläglichen Niederlage der Regierung: mit 31 gegen 26 Stimmen wurde der Antrag des Abg. Itzstein angenommen, daß die Kammer dem Manifeste vom 5. August einen verfassungsmäßigen Charakter nicht einzuräumen vermöge, und daß sie in dem Bewußtsein, nach Überzeugung, Pflicht und Eid gestimmt zu haben, den gegen sie ausgesprochenen Tadel, als sie nicht treffend, ablehnen müsse.

„Die Ständeversammlung ist aufgelöst“ — also lautete lakonisch am 19. Februar 1842 die Antwort der Regierung.







Zweites Kapitel — Der Landtag von 1842



Kaum waren die Würfel gefallen, als die Regierung nach einem wohlvorbereiteten Plane den Wahlkampf einleitete. Zunächst wurden auf Grund einer „höchsten Entschließung" vom 24. Februar sämtliche Zensoren dahin instruiert, „daß den fliegenden Blättern oder Broschüren, sowie den Artikeln, die zur Aufnahme in die öffentlichen Blätter des Landes bestimmt sind, und welche den Zweck haben, daß bestimmte Personen zu Abgeordneten gewählt oder nicht gewählt werden sollen, die Druckerlaubnis bis zur Vollendung der Wahlen verweigert werden soll". Am 1. März erging sodann ein Zirkularschreiben des Präsidenten des Ministeriums des Innern an die Regierungsdirektoren, in welchem ausgeführt wurde, daß die Regierung es nicht nur als ein Recht, sondern als eine Pflicht betrachte, auf die bevorstehenden Wahlen einzuwirken, und daß alle Staatsbeamten im gleichen Sinn zu handeln berufen seien. Zu diesem Behufe sollten die Amtsvorstände durch die Gemeindevorgesetzten die Urwähler über ihre Interessen und Pflichten aufklären, durch ihre Polizeiorgane „alle Einwirkungen Dritter" von den Ur- und Abgeordnetenwahlen fernhalten. Als offene Kriegserklärung brachte schließlich die Karlsruher Zeitung vom 7. und 8. März von den Ressortchefs unterzeichnete Reskripte aller Ministerien mit allgemeinen Beschuldigungen gegen die Kammermehrheit und bestimmten Weisungen an sämtliche Staats- und Kirchendiener, von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen und im Sinne der Regierung auf die Wahlen einzuwirken. Zu gleicher Zeit wurden die Beamten, welche am 18. Februar ihrer Überzeugung gemäß gestimmt hatten, mit Strafversetzungen bedacht. Der Finanzrat Hoffmann in Karlsruhe wurde als Obereinnehmer nach Pfullendorf, der Hofgerichtsrat Sander in Rastatt als Amtmann nach Hornberg, der Universitätswirtschaftsadministrator Schinzinger in Freiburg als Revisor nach Rastatt geschickt.

Wer heute die offiziellen Aktenstücke, welche damals vom Stapel gelassen wurden, liest, weiß nicht, ob er mehr den Va-banque spielenden Inhalt oder die sophistische Sprache bewundern soll. Denn alle versicherten hoch und heilig, daß sie nur zum Schutze der „wahren Wahlfreiheit" erlassen worden

seien. Es gäbe ein Buch für sich, wollten wir erzählen, wie vortrefflich der Apparat von dem obersten Postchef Blittersdorff bis zum untersten Postillion funktionierte, wie skrupellos in der Wahl der Mittel die beiden Teile des Wahlprogramms, Aufklärung und Schutz gegen Dritte, in die Wirklichkeit übersetzt wurden. „Sie werden“, soll Blittersdorff dem Regierungsdirektor des Unterrheinkreises befohlen haben, „den Mannheimern sagen, daß wir ihnen den Staatszuschuß zum Theater verweigern, daß wir ein Regiment wegnehmen, daß wir das Oberhofgericht nach Karlsruhe verlegen, daß die Eisenbahn von Darmstadt über Heidelberg geführt wird, daß für Mannheim nicht das Mindeste geschieht, wenn sie wieder solche Liberale in die Kammer schicken. Sie bürgen mir für den Erfolg der Wahlen“. Wären alle diese Drohungen und Versprechungen in Erfüllung gegangen, so wäre kein Stein auf dem anderen geblieben: alle Garnisonen, Gerichtshöfe, Amtssitze, höhere Schulen wären verlegt worden; Straßen und Eisenbahnen durchzögen in den wunderbarsten Krümmungen das Land.

Die Regierung war in des Wortes verwegenster Bedeutung in den Wahlkampf hinabgestiegen; allein die alten Berckheim'schen Rezepte und die neuen Blittersdorff'schen Zutaten sollten nicht mehr helfen. Denn fest und treu stand jetzt das in seinen heiligsten Rechten und Gefühlen verletzte Volk zu seinen Führern und ließ sich nicht mehr wie anno 1825 von einer „Handvoll Junker“ ins Schlepptau nehmen. Freilich: heiß war der Tag und blutig die Schlacht.

Als die Auflösung erfolgte, war man im Hauptquartier der Opposition längst auf den Ernst dieser Stunde vorbereitet; nur glaubte man in der Erwartung, daß die Regierung mit einem neuen Manifeste vor das Volk treten werde, eine abwartende Stellung einnehmen zu müssen; denn auch im männermordenden Wahlkriege ist es durchaus nicht gleichgültig, wer als der Angreifer erscheint und wer im Falle der Notwehr handelt. Als aber die Strafversetzungen bekannt gegeben wurden und die ministeriellen Reskripte erschienen, war der Augenblick zum Handeln und Schlagen gegeben. Mit der Wahlparole: „Baden ist kein Hannover! Nieder mit dem System Blittersdorff! Fort mit der servilen Regierungspartei! Wählt keine Sechsundzwanziger! Hoch die Volkspartei und die Einunddreißiger!“ ging man jetzt ans Werk, und bald meldeten vertraute Eilboten, welche an allen Hauptorten des Landes aus- und eingingen, daß die aktiven Cadres ausgefüllt, die Reserve einberufen, und selbst der Landsturm marschbereit sei.

So große agitatorische und demagogische Talente die Agenten der Regierung auch an den Tag legen mochten: die Radikalen, welche, durch die Schule der Reaktion großgezogen, jetzt zum erstenmal auf den Plan traten und den liberalen Heerbaun verstärkten, ließen sich von ihren Lehrmeistern nicht über-

treffen. Da die heimische Presse nur der Regierungspartei zur Verfügung stand, mußte der Kampf mit ungleichen Waffen und, was noch gefährlicher war, mit auswärtigen Organen geführt werden. Der ganze Zündstoff, welcher sich allmählich an der französischen und schweizerischen Grenze angesammelt hatte, wurde ins Land geworfen. Die Artikel des „Großlaufenburger Rheinboten" und „Straßburger Couriers" waren noch harmlos im Verhältnis zu der Kontrebande, welche die Druckerei in Belle-vue bei Konstanz über die Grenze schwärzte. Es fand eine Massenverbreitung von Flugschriften statt, welche das Motto „Freiheit, Gleichheit und Humanität" trugen und die revolutionäre Konstitution des Nationalkonvents von 1793 gegen die „Fürstentyrannen" enthielten. Die zartesten Verhältnisse der Großherzoglichen Familie wurden schonungslos dem großen Haufen preisgegeben, die Mitglieder des Staatsministeriums hochverräterischer Absichten und Handlungen beschuldigt, die Staatsdiener als feige und willenlose Söldlinge und Knechte hingestellt. Kurz vor und während der Wahlschlacht machten die unglaublichsten Wahlmärchen die Runde: hier wurde gesagt, daß die alten aufgehobenen Abgaben wieder eingeführt und die Domänen zur Erhöhung der Zivilliste und der Apanagen ausgeschieden werden sollten; dort wurde erzählt, daß in der Staatskasse ein geheimer Schatz von 500 000 Gulden entdeckt worden sei, und daß aus dieser unterirdischen Quelle die Standes- und Grundherren gespeist würden; dort sang ein Parteipoet das Lied von der „Hochburg im Jahre 1842":

„Von einem adelsstolz raubsüchtigen Geschlechte
Ist ach! des edlen Fürsten Thron umringt.
Ihm huldigen jetzt nur bezahlte Knechte
Derweil des Volkes Liebe sinkt und sinkt."

Die Urwahlen endeten mit einer völligen Niederlage der Regierung. Nach ihrem Ausfalle hätten drei Vierteile der Abgeordneten der Opposition angehören müssen. Allein die vielen Hintertreppen des indirekten Wahlrechtes setzten die Regierung instand, das ungünstige Resultat etwas zu korrigieren. Eine halboffizielle, pseudoliberale Broschüre „Sollen wir eine Oppositionskammer wählen? Sendschreiben eines badischen Wahlmannes an seine Kollegen" suchte dem „schlichten Wahlmann" zu helfen, „die Wahrheit von dem Schein und das Echte von dem Falschen zu unterscheiden". Der Minister des Innern ordnete die möglichste Beschleunigung der Abgeordnetenwahlen an und schärfte seinen Organen nochmals die Sorge für „gute Wahlen" ein. Die Oberamtmänner beehrten in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger selbst die Frauen der Wahlmänner mit ihrem Besuche und führten in ihrer Eigenschaft als Wahlkommissäre den Wahlmännerkollegien zu Gemüte, daß, wer den Großherzog liebe, dem Kandidaten der Opposition seine Stimme nicht geben dürfe. Alle diese Machenschaften in letzter Stunde vermochten jedoch nicht das allgemeine

Wahlresultat dahin zu modifizieren, daß eine Mehrheit für die Regierung herausgekommen wäre. Als nach dem Zusammentritt der Ständeversammlung am 23. Mai die Opposition ihrerseits sich anschickte, die Korrekturen der Regierung abermals zu korrigieren, stellte es sich heraus, daß nur etwa 25 ganze ministerielle Abgeordnete sich in der Kammer befanden. Dagegen verfügte das liberale Oppositionsfähnlein in allen entscheidenden Fragen über eine fest in sich geschlossene Majorität, und seine Führer, durch Doppelwahlen ausgezeichnet — die Schläfe des Manifestinterpellanten Itzstein schmückte gar dreifacher Lorbeer — brannten vor Kampfbegierde, mit den Wahlreskriptsministern auf offenem Schlachtfelde zusammenzutreffen.

Nachdem die Appellation an das Land für die Regierung so ungünstig ausgefallen war, lenkten sofort einige Mitglieder des Ministeriums ein. Ehe noch der Landtag zusammentrat, wurden einige Broschürenfabrikanten unter pseudoliberaler Flagge ausgesandt, um die Friedenspfeife anzuzünden. Man solle doch den unseligen Streit über die Urlaubsangelegenheit und das Großh. Manifest aufgeben und den dringenden materiellen Interessen die gebührende Rücksicht schenken — so lautete die Quintessenz der politischen Weisheit dieser den Kopf in den Sand steckenden Hofbeschwichtigungsräte.

Mit einem ähnlichen Programm trat dann auch die Regierung bei der Landtagseröffnung am 23. Mai vor die neue Volkskammer. Anstelle einer feierlichen Thronrede verlas der Präsident des Ministeriums des Innern von Rüdt die nüchterne Erklärung, daß dem Landtage nur die auf das Budget und den Eisenbahnbau bezüglichen Gesetzentwürfe vorgelegt würden. Die Kurie versagte, wie man annahm, auf einen Wink von Karlsruhe, dem Abg. Pfarrer Kuenzer den Urlaub, so daß wenigstens der Schein der Aufrechterhaltung des Prinzips gewahrt werden konnte.

Unterdessen war es Blittersdorff nicht gerade nach Wunsch und Willen gegangen. Selbst in Kreisen, die ihm sonst nahe standen und fleißig sekundierten, machte man geltend, daß er bei der Interpellation über das Manifest nicht glücklich operiert, dadurch die nachfolgende Wahlniederlage und die jetzige schwierige Position der Regierung heraufbeschworen habe. Als solche Stimmen gar aus dem „Auslande" an sein Ohr drangen, richtete er an den österreichischen Bundespräsidialgesandten von Münch-Bellinghausen am 25. Juni 1842 einen Brief, in welchem er seine bisherige Politik zu rechtfertigen und diesen „hochvermögenden" Schutz- und Schirmherrn für sein neues Aktionsprogramm zu gewinnen suchte.

Um dieses neue Entwicklungsstadium der Blittersdorff'schen Politik zu verstehen, müssen wir uns noch einmal die Grundzüge des alten Programms vergegenwärtigen. Die Liberalen glaubten, daß das „System Blittersdorff" planmäßig darauf ausgehe, die Volksvertretung in eine Regierungsmaschine,

die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes in Gnadensachen, die moderne Repräsentativverfassung in eine altständische mit fürstlicher und ministerieller Allmacht zu verwandeln. Sie hatten sich allmählich folgende Vorstellung von dem „monarchischen" Prinzip des Ministers gebildet: Der Regent ist bei Ausübung seiner Rechte an die Bestimmungen der Verfassung gebunden — soweit er es für nützlich erachtet; ist dieses nicht der Fall, so kann ihm niemand wehren, die in seiner Person vereinigten Rechte der Staatsgewalt so auszuüben, wie er es für gut hält; die Minister sind nur dem Regenten, nicht der Kammer verantwortlich, und wenn sie es für gut finden, irgend eine Regierungshandlung der landständischen Kontrolle zu entziehen, so decken sie sich mit dem Schilde des fürstlichen Namens, wodurch jeder Erörterung ein Ziel gesetzt ist; die Staatsdiener sind lediglich ministerielle Werkzeuge und müssen auch als Abgeordnete Ordre parieren.

Wie wir heute wissen, bewegte sich der Minister im großen und ganzen im Rahmen der geheimen Wiener Konferenzbeschlüsse von 1834. Was er an dem Winter'schen System besonders auszusetzen hatte, bestand darin, daß Regierung und Stände sich fortwährend Konzessionen zur Realisierung „liberaler Phantasieen" gemacht hätten. Die „Purifizierung" der Regierung durch die Entfernung des Nebenius war der erste, die „Purifizierung" der Volksvertretung durch die Statuierung einiger Exempel an den „Diener-Abgeordneten" war der zweite selbständige Schritt. Nun sollte der entscheidende dritte Schritt getan werden. Durch die Neuwahlen zum Landtage von 1842 war er zu der Überzeugung gekommen, daß er den Kampf mit dem Liberalismus auf der ganzen Linie aufnehmen müsse:

„Indem die Kammer — so führte er in dem obenerwähnten Briefe aus — den Urlaubsstreit zur Verfassungsangelegenheit erhob, regte sie alle in dem Großherzogtum befindlichen liberalen Elemente auf, und es diente dieser Streit daher auch als Prüfstein, um zu ermessen, welchen Umfang und welche Bedeutung die liberalen Ideen in dem Großherzogtum bereits gewonnen hätten. — Diese Probe wurde angestellt, als die Regierung sich durch die offensiven Schritte der II. Kammer genötigt sah, auch ihrerseits weiter zu gehen und zuerst das Manifest des Großherzogs zu erlassen und dann die Kammer aufzulösen. Das hierdurch zu Tage geförderte Resultat war gleich wenig erfreulich, als das der in der II. Kammer angestellten Probe. — Es ergab sich, daß im Verlaufe der letzten zwölf Jahre der Liberalismus in dem Großherzogtum eine weite Verbreitung erhalten hatte, und daß die in der zweiten Kammer so oft und eindringlich vorgetragenen ultraliberalen Lehren auf einen nur zu fruchtbaren Boden gefallen waren. Die Regierung gewann die Überzeugung, daß dieses Übel noch eine größere Bedeutung habe, als das Übergewicht der Beamtenaristokratie in der Kammer. — Die neuen Wahlen zur Ständeversammlung fielen zu Gunsten der radikalen Partei aus. — Die inneren Schäden waren somit ans Tageslicht getreten und dadurch die Möglichkeit gegeben, die erforderlichen Heilmittel anzuwenden.

Worin haben nun diese Heilmittel zu bestehen? — Man irrt sich wohl nicht, wenn man annimmt, daß die Hauptquelle des Übels in der langen Dauer und der öfteren

Wiederholung der Landtage, so wie darin zu finden ist, daß die Regierung den Ständen über alles Mögliche Rede und Antwort gab, und auf diese Weise faktisch eine Mitregierung begründete. — Es ist also die Stellung der Regierung zur zweiten Kammer, welche zunächst verändert werden muß. — Dies ist bereits insofern geschehen, als die Staatsdiener durch einige Exempel, die statuiert wurden, belehrt worden sind, daß sie stets noch von der Regierung abhängig sind, und daß sie sich nicht ferner überheben dürfen, wenn die Regierung nicht gezwungen werden soll, ihre Existenz an der Wurzel anzugreifen. Nebstdem aber muß der praktische Wirkungskreis der Stände beschränkt und die Dauer der Landtage abgekürzt werden. — Dies soll dadurch bewirkt werden, daß den Ständen dieses Mal nichts vorgelegt worden ist, als was sich auf das Budget bezieht, wodurch es möglich gemacht werden soll, die Geschäfte binnen kurzer Zeit zu beendigen. — Ein gleiches Verfahren soll auch in Zukunft eingehalten werden, und es ist zu hoffen, daß die dermalen gefaßten guten Vorsätze zur Ausführung kommen werden. Noch eingreifender dürfte der Umstand wirken, daß sich dermalen zwei Parteien in der Kammer gebildet haben, die sich einander schroff gegenüberstehen. In den früheren Kammern bestand keine eigentliche ministerielle Partei, vielmehr bildete die Kammer ein Ganzes, mit selbständig wirkenden korporativen Ansichten und Interessen, von denen sich die Mitglieder keiner Farbe trennen mochten. Deshalb hatte die Regierung stets die ganze Kammer gegen sich, so oft es sich von sogenannten Prinzipienstreitigkeiten handelte, welche die Ausdehnung der Gewalt der zweiten Kammer, den Ruf ihrer Freisinnigkeit, ihres Patriotismus usw. betrafen. — Nur bei eigentlichen inneren Landesangelegenheiten zeigten sich verschiedene Ansichten in der Kammer, und man beliebte diejenigen Mitglieder, welche den Vorschlägen der Regierung in der Regel den Vorzug gaben oder entgegenstehende Ansichten zu vermitteln trachteten, mit dem Namen ihrer Anhänger zu belegen. — Die Regierung hatte mithin in den Fragen, wo es ihr wesentlich darauf ankommen mußte, sich auf einen Teil der Kammer zu stützen, keine ihr unbedingt ergebenen Anhänger, sondern nur in Fragen, deren Entscheidung in dem einen oder dem anderen Sinne relativ indifferent war und auf keinen Fall von Einfluß auf ihr Ansehen und ihre Würde sein konnte. Eine Folge davon war, daß man im In- wie im Auslande darüber im Zweifel sein mußte, worin denn eigentlich das System der Großherzoglichen Regierung bestehe, indem man es nicht zu begreifen vermochte, wie eine Kammer, die beinahe zur Hälfte aus Großherzoglichen Dienern zusammengesetzt war, in Prinzipienfragen jederzeit die der Regierung und dem Bundessystem widerstrebenden Ansichten einstimmig verteidigen und geltend zu machen suchte. — Diesem Zustande der Dinge, der für die Mitglieder der Regierung nachgerade unerträglich geworden war, ist nunmehr ein Ende gemacht. Es ist in der Kammer eine Partei ins Leben gerufen worden, welche sich auch in Prinzipienfragen nicht mehr von der Regierung zu trennen vermag, und die mit der Opposition auf eine Weise zerfallen ist, daß eine Vereinigung der ganzen Kammer gegen die Regierung nicht zu besorgen steht. —

Je weniger sich die Regierungskommissäre in die Kammerdebatten mischen, desto mehr Selbständigkeit wird die Regierungspartei erlangen, und desto sicherer wird man auf sie bauen können. — Dies ist ein Hauptgrund, aus dem die Regierungskommissäre sich nicht mehr, so wie früher, in corpore in der Kammer einfinden, vielmehr die Kammer ihre Streitigkeiten unter sich ausfechten lassen. Zugleich wird dadurch der Vorteil erreicht, daß die Mitglieder des Staatsministeriums persönlichen Angriffen weniger ausgesetzt sind und ihre Würde umso leichter zu erhalten wissen. — Wenn die zweite Kammer nicht mehr im täglichen Verkehr mit den ersten Staatsbeamten steht und diese ihr nicht sofort über alles Rede und Antwort erteilen, muß die Bedeutung derselben notwendigerweise sinken. — Nebstdem wird von der Regierung auf strenger Beobachtung der Geschäftsordnung bestanden.

Da indessen diese Beobachtung nur insofern möglich ist, als die Majorität der Kammer sie ernstlich will, was dermalen aber noch weniger als früher der Fall ist, so erübrigt nichts, als durch Nichtteilnahme an geschäftsordnungswidrigen Verhandlungen den Dissenz der Regierung zu beurkunden und etwaigen Beschlüssen der Kammer zum Voraus ihre Wirkung zu entziehen. — Noch verspreche ich mir die fernere gute Folge, daß die Regierung genötigt ist, die Verfassungsurkunde strenger zu ihren Gunsten auszulegen, als früher nur zu häufig geschah. Da man die landständischen Angelegenheiten nicht mehr gleichsam en famille traktiert, wird jeder Teil gezwungen, genauer auf seine Rechte und Befugnisse zu sehen, und es steht zu hoffen, daß die Regierung dadurch wieder in den Besitz von manchen Rechten kommen werde, die faktisch auf die Landstände übertragen worden waren."

Gar zu gerne hätte Blittersdorff dieses gegen den Liberalismus und Konstitutionalismus gerichtete System auf den Adel als Korporation und eine konfessionelle Partei gebaut. Allein ein Blick auf die badischen Verhältnisse zeigte ihm, daß hier zu Lande nur die Beamtenaristokratie als Stütze für seine Politik in Betracht komme:

„Es hat sich durch die letzten Ereignisse auf das Klarste herausgestellt, welches der innere Zustand des Großherzogtums ist. Von einem Adel als Korporation und mit bedeutendem Einfluß, von einer kirchlichen Partei ist keine Rede. Wenn es sich von den Elementen der Regierung handelt, kommen sie so gut wie gar nicht in Betracht. Die Einflußreichen im Lande zerfallen in zwei Klassen, in den Beamtenstand im weiteren Sinne, und in die offenen Anhänger des Prinzips der Volkssouveränität, mit ihren verschiedenen Schattierungen. — Eigentlich monarchisch Gesinnte befinden sich unter den Beamten nur wenige, dagegen wohl Anhänger der Regierung d. h. der jeweiligen Gewalthaber. — Ein Mittelstand, wie in Frankreich, auf den die Regierung sich stützen könnte, ist nicht vorhanden, oder doch noch nicht zur klaren Einsicht seines Interesses gekommen. Wenn unter den wohlhabenderen Bürgern auch viele gut Gesinnte sind, so gehören sie zu den Furchtsamen, welche sich Verdruß ersparen wollen, und aus denen daher die Regierung nichts zu machen weiß. Da nun die Regierung nicht daran denken kann, sich der eigentlichen Demokraten als Stützpunkt zu bedienen, so erübrigt ihr nichts, als die Beamtenaristokratie zu Hülfe zu nehmen, um mittelst dieser die Radikalen im Zaume zu halten. — Die Disziplinierung der Beamten ist daher das dringendste, was dermalen zu erzielen ist; diese ist aber ohne Einheit des Kommandos und ohne Energie nicht gedenkbar. — Prüft man, welcher Farbe die Mehrzahl der Angestellten angehört, so muß man eingestehen, daß das landständische Wesen, wie es durch den verstorbenen Minister Winter organisiert worden ist, bisher ihr Ideal gewesen ist. Da dieses System aber nicht mehr fortgesetzt werden kann, vielmehr notgedrungen ein strengeres Regierungssystem an seine Stelle treten muß, so werden sie sich auch diesem neuen Systeme zuwenden, allein nur unter der Voraussetzung seiner festen Begründung und seiner Dauer. Es müssen mithin eklatante Schritte geschehen, um dieses System dem Großherzogtum als ein unabänderliches zu bezeichnen."

Der Adressat dieses Briefes wäre wohl nicht würdig gewesen, an der Spitze der bundestäglichen Diplomaten zu stehen, wenn er die Schlußfolgerung der Blittersdorff'schen Ausführungen nicht verstanden hätte, welche in dem Satze gipfelten, daß nur, wenn alle Fäden der Regierungsgewalt in einer Hand zusammenliefen, das neue System auf festen Grund gebaut sei. So deutete denn die Antwort des Grafen von Münch-Bellinghausen, welche

sich mit diesem Programm einverstanden erklärte, am 7. Juli 1842 einen Weg zu diesem Ziele an:

„Wenn Eure Excellenz übrigens am Schlusse Ihres Schreibens erwähnen, daß Sie nur das Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten zu vertreten haben, so möchte ich mir die Bemerkung erlauben, daß in den deutschen Bundesstaaten der Minister des Äußern auch den Gang der inneren Angelegenheiten, den übrigen Bundesregierungen und dem Bunde gegenüber zu vertreten hat; denn da Deuschland einen auf Erhaltung gemeinsamer Sicherheit und Ruhe gegründeten Staatskörper bildet, so ist dadurch schon bezeichnet, daß der Gang der innern Angelegenheiten in einem Bundesstaate niemals ohne Rückwirkung auf die andern Bundesstaaten sein kann, und insofern wird auch in jedem Bundesstaate dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit Recht wesentlicher Einfluß auf den Gang der Regierung des Landes zugestanden werden müssen."

Die Ausführung dieses neuen Blittersdorff'schen Aktionsprogrammes wäre wohl nur in einem absoluten Staate möglich gewesen; allein nicht einmal bei dem Scheinkonstitutionalismus der Gegenwart ließ es sich verwirklichen; denn in diesem Augenblicke der empfindlichen Niederlage und Not, wo die Opposition unter dem lautesten Beifall des Landes ihre schärfsten Akkorde anschlug, fehlte im Staatsministerium jede Einheit und Energie. Boeckh und Jolly, die einst mit Ludwig Winter zusammen verantwortliche Ratgeber der Krone gewesen, sahen jetzt ein, daß sie von Blittersdorff zu weit sich hatten fortreißen lassen. Über diese Grenze hinaus wollten sie nicht mehr mitmachen; und so vereinigte man sich schließlich im Staatsministerium auf den Plan, jeden Tag die Geschäfte des Tages zu besorgen, nach Möglichkeit sich in die Dinge zu schicken, nach der Bewilligung des Budgets den Landtag zu schließen und bei dieser Gelegenheit den Großherzog in einer Art Landtagsabschied das sagen zu lassen, was man auf dem Herzen habe. Um aber diesen Plan durchführen zu können, mußte Blittersdorff sich vollkommen passiv während dieser Landtagssession verhalten und, so schwer es ihm auch fiel, aus der Not eine Tugend machen. „Geduld, Geduld und wieder Geduld" — von dieser Mixtur, die ihm von Wien und Frankfurt aus wiederholt verschrieben wurde, mußte er stündlich einen guten Eßlöffel voll nehmen, und als sein Ressort auf der Tagesordnung der zweiten Kammer stand, mußte seine Abwesenheit im Bade mit einem „vom Großherzog wegen Gesundheitsrücksichten erbetenen Urlaub" entschuldigt werden. Wie fest aber der „Schwerkranke" im Sattel saß und sich nach wie vor der Gunst des Hofes erfreute, zeigt der Pfeil, den er für den Fall eines unvorhergesehenen Bruches mit der Volksvertretung in seinem Köcher zurückbehalten hatte:

„Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß, wenn die Stände neuerdings aufgelöst werden müßten, bevor die Ansichten der Menge sich wiederum berichtigt haben, zu besorgen stände, daß wir noch eine schlechtere Kammer als die dermalige erhielten. Die Opposition hat nun einmal das Wahlgeschäft in ihrem Sinne organisiert, und so lange die Regierungspartei sich nicht eben so konsolidiert hat, wie die Oppositionspartei, vermag die Regierung

nicht mit entscheidendem Erfolg auf die Wahlen einzuwirken. Zur Konsolidierung der Regierungspartei ist aber, wie ich schon oben bemerkte, Zeit erforderlich. — Ich wäre sogar nicht abgeneigt, im Falle es zum Bruche mit den Ständen kommen müßte, was ich dermalen nicht vorhersehe, dem Refurs an den Bund den Vorzug vor einer Auflösung zu geben. Ein Bruch wäre nur wegen des Budgets gedenkbar, sei es, daß die Stände überhaupt ihre Zustimmung versagten oder die Beratungen dergestalt verzögerten, daß es einer Verweigerung gleichkäme, oder die Bewilligung des Budgets an unzulässige Bedingungen knüpfen usw. — In einem solchen Falle könnte in Erwägung gezogen werden, ob den Ständen die Bestellung eines Kompromißgerichts in Vorschlag zu bringen sei. — Sollten sich die Stände hierauf nicht einlassen, wie anzunehmen ist, so würde eine Anzeige der Großh. Regierung von dem Vorgefallenen an die Bundesversammlung genügen, um ihr den status quo zu sichern und ihr alle gedenkbare Zeit zu lassen, die Gemüter zu kalmieren und die Stände erst alsdann, wenn es ihr konveniert, wieder einzuberufen."

Während solche Staatsstreichsgedanken, die in ihrem letzten Ende dem Verfassungsleben den Todesstoß gegeben hätten, in Regierungskreisen erwogen wurden, hatte der Landtag seinen Anfang genommen. Die Prüfung der Wahlen nahm diesmal den dritten Teil der ganzen Session in Anspruch. Der Vorschlag des Wahlministers von Rüdt, nur in eine allgemeine Diskussion der strittigen Prinzipien einzutreten, wurde von der Mehrheit kurzer Hand abgetan, da man wohl wußte, warum die Regierung einer gründlichen Behandlung der einzelnen Fälle aus dem Wege gehen wollte. Dagegen beliebte es der über die Majorität verfügenden Opposition, von dem Besonderen zum Allgemeinen emporzusteigen. Mit beißendem Spotte wurden alle großen und kleinen Mittel der Regierungsdirektoren, Oberamtmänner und Wahlkommissäre dem Lande zu Nutz und Frommen für künftige Fälle vorgeführt. Durch krasse Beispiele von Mißbrauch der Amtsgewalt wurde diese Abschreckungstheorie besonders wirksam illustriert. Wie die Opposition häufig die Grenze überschritt und Dinge, die sie früher nicht beanstandet hatte, vor ihr Forum zog oder auf Grund von falschen Verdächtigungen urteilte, so nahmen die Regierungskommissäre und ihre Getreuen in der Kammer alles, auch die schreiendsten Mißgriffe und Vergewaltigungen, in Schutz. Wiederholt gab die Regierungspartei, geführt von dem Hofgerichtsdirektor Trefurt — der im Jahre 1831, wo es ungefährlich gewesen, zu den Freisinnigsten der Freisinnigen gehört hatte — zu so stürmischen Szenen Anlaß, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Mit dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte, von oben mit geheimen Instruktionen und giftigen Waffen versehen, rückte sie ins Feld, als die Prüfung der Wahl des Abg. Mathy auf der Tagesordnung stand.

Durch die Redaktion der „Landtagszeitung" war Mathy mit den Mitgliedern der liberalen Opposition in nähere Verbindung getreten. Beim bewegten Abschiede am 19. Februar waren alle darin eins, daß auch der Landtagsberichterstatter zu den bisherigen Erfolgen wesentlich beigetragen

habe, und daß ihm ein Platz innerhalb der Landtagsfraktion gebühre. Mit aller Behutsamkeit mußte aber vorgegangen werden, um Mathy, der über nicht viel mehr als seine Federkraft verfügte und im Geruche eines Ultraradikalen stand, in einem Bezirke unterzubringen. Nachdem in Konstanz zunächst ein Einunddreißiger, dessen Doppelwahl feststand, gewählt worden war, erschien plötzlich Itzstein mit dem neuen Kandidaten auf dem Plane, und der einflußreiche Redakteur der „Seeblätter", Fickler, empfahl ihn als einen Mann, dem „unerschütterlicher Charakter, vielseitige Kenntnisse, mannigfaches Wirken im Interesse der Volkssache und große Opfer, die er seiner Überzeugung gebracht", als beste Empfehlung vorausgingen.

Längst hatte die Stadt Konstanz das Mißfallen Blittersdorffs auf sich gezogen und mit Einstellung der Hafenarbeiten büßen müssen. Jetzt schickte sie ihm diesen Abgeordneten von der gefährlichen Sippe derer von der Feder auf den Hals, von dem die Thurgauer Zeitung gleich nach der Wahl geschrieben hatte: „Wir gestehen, wir berichteten das Gerücht, daß die Wahl der Stadt Konstanz auf ein solches Individuum fallen könnte, als einen Scherz. Sie würde einem radikalen Schweizerdorfe kaum wohl anstehen, aber nicht einer Stadt, welche einen ehrenvollen Namen aufweist". Kein Wunder, wenn alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um Mathys Wahl zu kassieren. Schweizer Zeitungen, fliegende Blätter, Abschriften von Leumundszeugnissen, die sonst gar nicht zu den Wahlakten gehören, wurden auf den Tisch des Hauses gelegt und allerhand dunkle Andeutungen über frühere politische Umtriebe, Teilnahme an dem „jungen Deutschland" und „jungen Europa" ausgesprengt. Die gegen ihn gehetzte Regierungspartei mußte die Wahl aus den verschiedensten Gründen anfechten. Aus dem Umstande, daß ihm die Gemeinde Grenchen in neuester Zeit das Ehrenbürgerrecht verliehen hatte, sollte ihm jetzt ein Strick gedreht werden. In der verletzendsten Weise wurden seine Vermögensverhältnisse zur Sprache gebracht und darauf hingewiesen, daß der Abgeordnete durch kein anderes materielles Band an sein Vaterland geknüpft sei, als durch ein Weinpatent. Während dieser Teil der Anklage den in Karlsruhe und Freiburg durch den Hochdruck des Beamtenapparats gewählten Abgeordneten aus dem Bürgerstande Goll und Wagner zufiel, mußten die Abgeordneten Regenauer — gleich seinem Chef Boeckh ein guter Finanzbeamter, aber ein schwacher Charakter — und Trefurt die „Flecken an dem öffentlichen Charakter" zur Sprache bringen und sich darüber entrüsten. Meisterhaft, wie niemals weder vorher noch nachher die badische Parlamentsgeschichte ein ähnliches Beispiel aufzuweisen hat, wurde Mathy von den Abg. Itzstein, Sander, Welcker, Bassermann verteidigt. Mit 35 gegen 12 Stimmen wurde seine Wahl für unbeanstandet erklärt, nachdem auch der über den streitenden Parteien stehende Abg. Bekk sein gewichtiges Wort zu

Gunsten Mathys in die Wagschale geworfen und der Abg. Bassermann den schwer angegriffenen Freund auf die folgende Weise herausgehauen hatte:

„Wenn wir den Grundsatz aufstellen — und leider ist er in Deutschland vielfach aufgestellt und gerade den Gutmütigsten aufgebürdet worden — daß wer einmal in Untersuchung war, sogleich ein verdächtiger Mann wäre, meine Herren, dann würden die besten Menschen in unsern Tagen verdächtig sein. Denn diejenigen, die sich wie ein Rohr biegen, die ihren politischen Charakter ganz anschmiegen an die Wendungen der Politik, werden nicht verfolgt, aber diejenigen, die sich treu bleiben, die im Sturm der Zeiten wie eine Eiche dastehen und lieber Verfolgungen über sich gehen lassen, als ihre Überzeugung opfern, werden eher verfolgt. Ich glaube nichts weiter beifügen zu müssen, ich will nur erinnern, wohin es käme, wenn wir dem Grundsatz, aus politischen Gründen eine Wahl zu verwerfen, huldigen würden. Darnach könnte ich ja z. B. sagen, der Abgeordnete Trefurt, der in den Jahren 1831 und 1833 der liberalste Mann war und jetzt der Führer der Ministeriellen ist, er hat in meinen Augen nicht den politischen Charakter, welcher in einer badischen Kammer gezeigt werden muß, und könnte deshalb sagen, ich stimme gegen seine Wahl, er gefällt mir nicht. Wohin würde es kommen mit einem solchen Grundsatze?“

Nach den Wahlprüfungen, deren Nachklänge bis ans Ende der Session im Ständesaale widerhallten, konstituierte sich die Kammer und bestellte die Abgeordneten Bekk, Bader und Sander zu Präsidenten; die beiden erstgenannten hatten sich im Urlaubsstreite durch ihre furchtlose Berichterstattung ausgezeichnet; der letztere war — wie bemerkt — bei Einleitung der Wahlen zur Strafe als Amtmann nach Hornberg versetzt worden, hatte aber mit Niederlegung seines Amtes geantwortet und war wieder zur Advokatur nach Rastatt zurückgekehrt. Während die Kommissionen sich nun in die Budgetarbeiten vertieften, spielte auf der öffentlichen Landtagsbühne der Kampf gegen das, was man das „System Blittersdorff“ nannte; denn darüber waren die Liberalen aller Schattierungen, wenn sie auch nicht tiefer in die Geheimnisse der hohen Politik eingeweiht waren, einer Meinung, daß die wesentlichsten Verfassungsrechte und die bescheidendsten liberalen Errungenschaften auf dem Spiele stünden, daß dem Liberalismus in seiner Gesamtheit der Kampf gelte, daß Blittersdorff der Hauptfeind sei.

Am 1. Juli leitete der Abg. Itzstein mit einer Motion über die Ministerialwahlreskripte den Angriff ein, worauf am 25. Juli der Abg. Sander als Berichterstatter die weitere Prozeßführung übernahm und ein allgemeines Mißtrauensvotum in Antrag brachte. Bei diesem ersten Entwicklungsstadium des Wahlreskriptsstreites hatten die ministeriellen Abgeordneten die Abwesenheit der Regierungskommissare damit zu entschuldigen gesucht, daß die Minister am „Tage der großen Schlacht“ auf ihrem Posten stehen und den Kampf aufnehmen würden. Als jedoch dieser Tag, der 19. August, anbrach, erschien der Geh. Referendär Eichrodt mutterseelenallein auf dem Plane, verlas eine Erklärung der Regierung, daß der Kommissionsantrag verfassungswidrig sei,

und suchte, von der dichtgedrängten Menge mit Hohnlachen begleitet, schleunigst wieder unter Gottes freien Himmel zu kommen.

Nachdem diese Flucht in die Öffentlichkeit glücklich bewerkstelligt war, läutete der Abg. Goll, unterstützt von den Abg. Schaaff und Trefurt, das Friedensglöcklein:

„Lassen Sie uns die alte Rechnung ausgleichen und eine neue eröffnen, in welche wir die Erfahrungen der Vergangenheit, nicht aber das, was die künftige so notwendige Eintracht unter uns stören könnte, mit herüber nehmen. Sie alle kennen das Zauberwort: Friede. Gestatten Sie deshalb auch einem Ihrer Mitglieder aus dem Bürgerstande, Sie um diesen längst ersehnten Frieden, damit aber auch zugleich um die Tagesordnung zu bitten."

Mit diesen Friedensschalmeien, die nur zu sehr an bekannte Vorgänge im Fabelreiche erinnerten, kam aber die Regierungspartei bei der liberalen Opposition schön an, und als sie daraufhin ihr wahres Gesicht zeigte und den Hagel der Angriffe durch den Hinweis auf die gegnerischen Wahlumtriebe zu parieren suchte, trat der Liberalismus auf der ganzen Gefechtslinie in Aktion. Von dem Allgemeinen, der Wahlreskriptsfrage, stieg man jetzt zu dem Besonderen und Besondersten, dem Freiherrn von Blittersdorff, hinab. Die wenigen noch übrig gebliebenen Reste der Winter'schen Richtung datierten den Anfang des Unglücks von Ludwig Winters Tod, und ihr Führer Bader schloß seine tief bewegte Rede wie folgt:

„Dem ruhigen Beobachter war es unerklärbar, wie man zu allen diesen verkehrten Maßregeln kommen konnte. Man hätte glauben sollen, daß, wenn auch nicht die Schranken der Gesetzlichkeit, doch die Schranken der Klugheit die Regierung davon hätten abhalten sollen. Hatte man denn ganz vergessen, daß man Gerechtigkeit und Humanität, die einzigen richtigen Führer in der Politik, niemals ungestraft verlassen kann? War man so verblendet, daß man glauben konnte, es sei von dem Schreckenssystem, zu dem man gegriffen, irgend ein günstiger Erfolg zu erwarten? Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Quelle, aus welcher in der letzten Zeit so viel Unheil für das Land hervorgegangen ist, ganz versiegen und der so sehr ersehnte Frieden bald wiederkehren möge."

Die liberale Opposition rückte in drei Gruppen kampfesfreudig in die Schlacht. Allen voran traten mit großen Reden die alten und jungen Führer, Itzstein und Welcker, Sander und Bassermann auf den Plan. Der Abg. Sander, zu dem jetzt, wo er sein Amt auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt hatte, die gesamte liberale Jugend wie einst zu Rotteck emporblickte, schloß seine abermalige Abrechnung mit Worten, die ihn würdig dieser Führerschaft erscheinen ließen:

„Eine neue Zeit verdrängt die alte, und einen Warnungsruf hat sie erschallen lassen, sich ihr anzuschließen, in so manchem, was geschehen ist und wird, und wer sich dieser neuen Zeit nicht anschließt, wird gewaltsam von ihr ergriffen und weiter mit ihr fortgerissen werden, als wenn er es freiwillig tut. Wer sich hier widersetzt, wird vernichtet, erdrückt und zertrümmert werden. Das ist die rächende Hand der Nemesis, der früher oder später alle diejenigen heimfallen, die den Rechten des Volks und den vernünftigen Fortschritten der Zeit sich entgegen stellen." (Allgemeines Bravo!)

Die Volksstimme repräsentierten die Abg. Gottschalk, Bürgermeister von Schopfheim, und Reichenbach, Bürgermeister von Buchholz. Reichenbach meinte:

„Ich kann und darf dies sagen, weil ich aus dem Volke komme, und wohl mehr als mancher andere mit ihm vertraut bin, daß das Zutrauen der Bürger zu der Regierung im höchsten Grade erschüttert ist, und nur noch Mißtrauen, gestützt auf die Furcht vor Mißhandlung, existiert. Wie oft habe ich während jener drei Monate von ganz ruhigen Mitbürgern sagen hören, diesesmal hat die Regierung wahrlich dem gesunden Menschenverstand Hohn gesprochen, oder wie früher geäußert wurde, ihnen mit der Hand in das Gesicht geschlagen, diesmal, scheint es, will man mit uns Bürgern eine Tragödie spielen. Nimmermehr, wir sind zu jeder Stunde bereit, wenn es gilt für unsern erhabenen Fürsten und für das Vaterland Gut und Blut zu opfern, aber nie und nimmer der Spielball und die Knechte unserer Minister zu werden.

Dies ist die Stimme der Bürger, wie ich sie kenne, die Volks-Stimme, die da Gottes Stimme ist, und die keine Diplomatie und am wenigsten die des Blittersdorff'schen Ministeriums zu unterdrücken vermag."

In demselben Maße, als das Berckheim-Blittersdorff'sche Regiment die selbständigen Denker und Charaktere des badischen Beamtentums aus dem Ständesaale hinausdrängte, führte es das radikale Advokatentum hinein. Das sollte sich zwar späterhin bitter rächen, allein in diesem Augenblicke, wo dem Gesamtliberalismus der Krieg erklärt war, wo Karlsruhe den Führer der Blittersdorff'schen Schar stellte, war dieser extreme Flügel ein wirksamer Bundesgenosse. Von dieser Seite wurde durch den Abg. Richter, Advokat in Achern zu dem Kommissionsantrag der verschärfende Zusatz in Antrag gebracht, „daß die Herren Minister das Vertrauen des Landes gänzlich verloren haben und mit Segen und Gedeihen nicht mehr länger fortregieren können". Weitaus der bedeutendste Sprecher dieser Richtung war der erst durch eine Nachwahl in die Kammer berufene Abgeordnete für Weinheim-Ladenburg: Friedrich Hecker.

Hecker, bei seinem Eintritt in den badischen Landtag erst 31 Jahre alt, gehörte gleich Mathy und Bassermann zu dem liberalen Nachwuchs. Hatten jene die Schule des Lebens und der Aufenthalt im Auslande zu frühreifen, ernsten Männern gemacht, so war Hecker — der, 1811 zu Eichtersheim als der Sohn eines Freiherrlichen Rentamtmanns geboren, in Altheidelberg studiert und in Mannheim sich als Hofgerichtsadvokat niedergelassen hatte — nur wenig über die fröhliche Pfalz hinausgekommen und auch nach seinem Einzug ins Philisterland ein flotter Bursche geblieben. Verschieden wie die Lebensreife war auch die Bildungsstufe. Während Mathy zu den besten wissenschaftlichen Mitarbeitern des Rotteck-Welcker'schen Staatslexikons gehörte und über gründliche Kenntnisse auf dem Gebiet der Finanzen und des Handels verfügte, während Bassermann ein vertieftes historisches Wissen und einen durch das Geschäfts- und Gemeindeleben verschärften praktischen Blick besaß, hatte Hecker nach Vollendung seiner Studien verhältnismäßig wenig getan,

um seine Allgemeinbildung zu läutern und zu vertiefen. Dagegen war er, dem schon Mutter Natur zu dem gewinnenden Äußern die Rednergabe in den Schoß gelegt hatte, ein dialektisch gewandter, routinierter, vielgesuchter Anwalt geworden. In den aufregenden Wahlkämpfen der Blittersdorff'schen



Friedrich Hecker

Zeit und in dem ewigen Kleinkrieg, welchen die Presse in Mannheim mit den „Musterzensoren" führte, hatte er seine ersten politischen Sporen verdient. Um sich über dieses agitatorische Niveau zu erheben und zu einem klaren politischen System durchzuringen, dazu fehlte ihm nicht nur die gründliche und vielseitige Bildung, sondern auch die zähe Arbeitskraft. Der zum Erzen-

trischen neigende Phantast und Enthusiast, der sich oft von dem ersten besten Parteigenossen einpauken und von seinem sanguinisch-cholerischen Temperamente zu ungestümer Rede und Tat fortreißen ließ, war häufigem Gemüts- und Stimmungswechsel unterworfen. Dabei hatte er alle Fehler seiner Vorzüge: Selbstüberschätzung, Beifallsliebe, Mangel an Disziplin. Wie Itzstein die Abgeordneten aus den bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen für die Sache der Opposition gewann, so wußte Hecker das Publikum auf den Galerien und in den Volksversammlungen für sich einzunehmen. Auch am 19. August, wo er in der Kammer debütierte, führte er sich ein als Meister in der Kunst, dem Gegenstande der Tagesordnung die agitatorische Seite abzugewinnen, durch drastische Bildersprache sich in die Herzen der Zuhörer einzuschmeicheln, das „mündige" Volk zu reizen und zu elementaren Ausbrüchen der Entrüstung und des Beifalls fortzureißen:

„Wer im bürgerlichen Leben einen Wehrlosen verunglimpft und einen Toten schmäht, dem folgt die Verachtung. Haben aber die Minister anders gehandelt? Nein, sie haben einen Wehrlosen mißhandelt und einen Toten beschimpft. Durch die Fesselung der Presse haben sie den Mitgliedern der aufgelösten Kammer unmöglich gemacht sich zu verteidigen, sie haben sie in den Stand der Wehrlosigkeit gesetzt und ihnen gleichwohl die bekannten Zirkulare nachgeschickt. Nachdem die Existenz der Kammer politisch nicht mehr vorhanden war, haben sie sie gleichwohl in Zirkularen herabzuwürdigen gesucht, und dies heißt einen Toten beschimpfen."

„Endlich aber, und dies ist mir das Ärgste, hat man selbst das heilige Gewand der Priester nicht geschont. Auch diese sollten sich im Staube der Wahlumtriebe herumtreiben. Der Priester, sage ich, der an Sonn- und Festtagen in den Fällen der Not, der Krankheit und des Todes Worte des Trostes sprechen soll, wozu ihn die Würde seines Amtes beruft, er, der als Lehrer des Volks von der Kanzel aus das Volk zur Moralität und Religion durch und durch führen soll, der Priester also sogar in seinem priesterlichen Gewand wurde mißbraucht, um sich in die Wahlumtriebe zu mischen. Wie kann aber das Volk noch seine frühere Achtung gegen einen Priester bewahren, den es auf solchen Abwegen getroffen hat! Es kommt aber ein noch gefährlicherer Punkt in Betracht. Wo bleibt, frage ich, die Moral des Volkes, wenn durch schriftliche Versprechungen, welche die einzelnen Wahlmänner beurkunden mußten, sie verbindlich gemacht werden, an ihrem Wahleide nicht zu halten, wenn man ihnen sagt, ihr unterschreibt dies und jenes ohne Rücksicht auf euern Eid, und stimmt wie ihr unterschrieben hat; wie ist dies vereinbar mit dem Wahleide, und wie sehr kommt hier die Menschenfurcht in Anschlag, denn glaubt man ein schüchterner Mann werde seine Stimme oder seine Sinnesart ändern, wenn er sieht und weiß, daß er im Fall einer solchen Änderung durch die Gewalt verfolgt wird? Man hat daher, indem man sich solche Handschläge geben ließ, die Moralität des Volkes tief untergraben, dadurch, daß man die Heiligkeit des gegebenen Wortes als etwas Leichtsinniges hinstellte, daß man Treue und Glauben als Bagatellsache erklärte, sobald es sich nur um die Durchführung eines politischen System handelt. Die Folgen dieser Zirkulare, um sie in einem Kollektivwort zusammen zu fassen, heißen Volkskorruption. Daß das Volk brav geblieben ist, daran sind wahrlich die Herren Minister nicht schuldig. Es hat aber wirklich seinen braven Sinn bewährt. Es hat auf die Appellation, die man an dasselbe richtete, durch die Mehrheit dieser Kammer geantwortet, und darin liegt auch die beste Widerlegung der

Bemerkung des Abg. Trefurt, daß das Volk unmündig sei, und nicht wisse, was es tue, ja daß sogar einzelne Mitglieder der frühern Kammern bei Abgabe ihrer Stimme nicht gewußt hätten, was sie tun. Ich bedaure, daß bei solchen Grundsätzen der Abg. Trefurt nur noch in diesem Saale sitzen mag. Ich möchte von keinem unmündigen Volke gewählt sein, und keine Kollegen neben mir haben, von denen ich wüßte, daß sie nicht wissen, was sie tun."

„Wenn wir daher ein Mißtrauensvotum in das Protokoll legen, so tun wir nichts als unsere Pflicht. Ob hintennach Friede wird, werden die Minister zeigen, falls sie es nicht vorziehen ihren Amtsstab niederzulegen, indem das Volk kein Vertrauen mehr zu ihnen hat, und ihnen den Amtsstab nicht mehr länger anvertrauen will, den sie zu Verfassungsverletzungen mißbraucht haben. (Allgemeines Bravo auf der Galerie.)

Mit 34 gegen 24 Stimmen fiel die Entscheidung gegen die Minister-Reskripte. Der Schluß des Mißtrauensvotums lautete:

„Die Kammer beklagt, daß diese Maßregel und die Art ihrer Ausführung nicht allein höchst verderblich auf die Moralität des Volkes einwirken, sondern auch das Vertrauen der Bürger zu den Beamten wesentlich schwächen, und zum großen Nachteile für die Staatsverwaltung den Glauben an deren Verfassungstreue und Gesetzesliebe, mithin eine Hauptgrundlage ihrer moralischen Kraft und Wirksamkeit erschüttern mußte. Die Kammer sieht sich daher in Erfüllung ihrer gleich heiligen Pflichten gegen Fürst und Vaterland genötiget, diese ihre entschiedene Überzeugung feierlich auszusprechen und in ihre Protokolle niederzulegen."

Während die liberale Mehrheit in allen Fragen, welche die Verfassung betrafen, keinen Spaß verstand, schlug sie im übrigen eine ganz andere Taktik ein. Wie selbst Blittersdorff in seinem obengenannten Briefe gestand, ging ihre Gesamttendenz in dieser Zeit nicht weiter, als das Ministerium, das seinen Namen trug, zu stürzen und ein Ministerium Nebenius-Bekk-Mittermaier an dessen Stelle zu bringen. Der jetzige Kammerführer Sander, durch und durch ein Verstandsmensch, war auf dem parlamentarischen Boden wie zu Hause. Wo es nicht anders ging, wo er und die anderen im Vordertreffen stehenden Abgeordneten sich bereits zu weit vorgewagt hatten, als daß sie bei einer entscheidenden Abstimmung wieder hätten zurück können, pflegte er durch Abkommandierung derjenigen, die nicht auf so exponiertem Posten standen, sein Ziel zu erreichen. Namentlich hielt er die radikal angehauchten Jungen in scharfer Zucht. Der feurige Hecker ließ sich nur von ihm leiten; aber auch der gerade Bassermann und der bedächtige Mathy bedurften in dieser Zeit noch sehr des Zügels eines erfahrenen Parlamentariers; denn es gab Augenblicke, wo der letzgenannte Abgeordnete leidenschaftlich aufbrausen und persönlich verletzend werden konnte; nichts weniger als militärfromm war er im Jahre 1842 gegen die Erhöhung des Kontingentes und höchst unzufrieden, als er in der Kommission nicht mit dem Antrage auf Verwerfung, im Notfalle Steuerverweigerung, durchdringen konnte.

Wäre es nach dem Willen dieser Heißsporne gegangen, so hätte Blittersdorff den schönen Triumph, die badische Verfassungsangelegenheit vor den

Bundestag zu bringen und dort ad Calendas Graecas zu vertagen, feiern können. Allein die alten Praktiker Itzstein und Sander lenkten die Dinge anders. Man legte zwar Einsprache gegen die Art der letzten Landtagseröffnung ein und behielt sich das Recht vor, auch auf solche ministerielle Mitteilungen durch eine Adresse zu erwidern, benutzte aber den Zeitpunkt der Volljährigkeit des Erbgroßherzogs zu einer „getreuen" Loyalitätskundgebung. Auch hütete man sich, den Urlaubsstreit in der früheren Weise fortzuspinnen. Die Kurie hatte nämlich den Abg. Kuenzer diesmal mit der Begründung nicht beurlaubt, derselbe möchte, „angezogen von dem Schimmer politischer Tätigkeit, sich angewöhnen, das seelsorgliche Amt, das er sich doch zum Lebensberufe gewählt, als untergeordnet oder als Nebensache zu betrachten". Weitentfernt, den hinter den Kulissen sich bereits freuenden Kreisen den Gefallen zu erweisen, zu dem Konflikte mit der Regierung noch einen solchen mit der Kurie zu fügen, begnügte man sich mit der Aufforderung, die Regierung möge die notwendigen Schritte bei der Leitung der Kirche tun, und als diese natürlich erfolglos verliefen, nahm man am Ende der Session mit einer feierlichen Rechtsverwahrung vorlieb.

Auch in Bezug auf die übrigen Fragen der inneren und äußeren Politik blieb man bei der prinzipiellen Aussprache stehen und brachte, ohne sich über die herrschende Windrichtung irgendwelchen Illusionen hinzugeben, in Motionen, Kommissionsanträgen, Diskussionen die alten liberalen Forderungen und die neuen Bedürfnisse des Landes in Erinnerung. Da man mit gutem Grunde fürchtete, daß, falls es zum Äußersten käme, die Regierung mit Einstellung des populären Eisenbahnbaues antworten werde, ging man bei der Vorbereitung und Beratung des Budgets mit einer ganz ungewöhnlichen Maßhaltung zu Werke. Keine Mühe wurde gescheut, um die Arbeiten rechtzeitig fertig zu stellen; selbst nicht gerade notwendige und dringende Ausgaben wurden in der Absicht, auch den Schein einer feindseligen, unsachlichen und systematischen Opposition zu vermeiden, bewilligt.

Mit 58 gegen 2 Stimmen wurde am 7. September das Budget bewilligt; nur mit der größten Selbstüberwindung gab die Opposition durch den Mund des Budgetpräsidenten Itzstein ihre Zustimmung:

„Da wir an dem Abschluß des Budgets stehen, so erlaube ich mir noch einige Worte: Die Auflösung der letzten Kammer ist im verfassungsmäßigen Wege erfolgt, das Volk mußte durch neue Wahlen antworten und hat geantwortet. Die gegenwärtige Kammer trat zusammen. Eine bewegte, eine unruhige Sitzung ist an uns vorübergegangen, vorübergegangen in Folge der unseligen Zirkulare der Minister, in Folge der diesen Zirkularen gegebenen Ausführung, in Folge der von dem ganzen Lande mißbilligten Versetzung einzelner Diener, so wie in Folge des Systems überhaupt, nach welchem die Herren Minister gehandelt haben. Heute stehen wir an dem Schluß unserer Sitzung, und heute handelt es sich um die Frage, ob wir die Mittel des Staats in die Hände der Minister und der Regierung

legen sollen. Ich habe über diesen schweren Punkt mit mir Rat gepflogen, ich habe mir ohne Furcht vor dem bekannten Beschluß der Bundesversammlung in Betreff der Budgetsverweigerung — weil ich keine Furcht kenne, wo die Pflicht mir gebietet — diese Frage selbst beantwortet, und wie ich dies sagen zu dürfen glaube, in echt konstitutionellem Sinne beantwortet. Ich will, wenn immer möglich, keinen weitern Anlaß geben zu neuen Beunruhigungen zwischen Regierung und Ständen und dem Volk, deshalb auch die Steuern bewilligen und die Mittel des Staats in die Hände der Herren Minister legen. Ich blicke dabei auf die höchste Person, welcher die Zügel des Staats übergeben sind, auf den Regenten, dem das Volk mit Liebe anhängt, und dem die Kammer gleiche Liebe und Verehrung zollt, der aber auch mit dem Volke innig verbunden ist, der das Volk liebt, und das Wohl des Volkes will. Er wird in die eine Wagschale legen das Vertrauen und die Liebe des Volkes und in die andere Wagschale das System der Minister, und ich bin überzeugt, daß in seiner Hand derjenige Teil der Wage, worin das System der Minister liegt, als der leichtere gefunden wird. Davon hoffe ich Hülfe und bewillige deshalb die Steuern."

Am 9. September wurde der Landtag durch eine Rede des Freiherrn von Rüdt geschlossen. Der Großherzog ließ zwar der Art der Budgetbehandlung alle Gerechtigkeit widerfahren, aber wiederum ließ er sich bestimmen, die Blittersdorff'sche Politik mit seiner Person zu decken:

„Endlich soll ich Ihnen noch erklären, daß Seine Königliche Hoheit in den von den Vorständen der Ministerien zur Sicherung der Wahlfreiheit ergriffenen Maßregeln nur die Erfüllung einer denselben obgelegenen Pflicht zu erkennen vermögen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hegen die feste Zuversicht, daß Ihre Räte und Diener sich durch die Anfeindungen und Beschuldigungen, denen sie in der jüngsten Zeit ausgesetzt gewesen, in der Erfüllung ihres schwierigen Berufes nicht werden irre machen lassen. Höchstdieselben wollen übrigens das seither Vorgefallene gerne der Vergessenheit übergeben und nähren die Hoffnung, Ihren getreuen Ständen künftig nur Ihre Huld und Gewogenheit bezeigen zu können."

Nur ein kleines Rumpfparlament nahm diese Botschaft entgegen. Ein Teil der Opposition befolgte das Beispiel Blittersdorffs und blieb zu Hause. Traurig berichtete der preußische Gesandte von Radowitz am 10. September 1842 über diese feierliche Schlußsitzung: „So wurde dieser Landtag geschlossen unter dem Lebehoch weniger, dem Schweigen vieler, der peinlichen Stimmung der Mehrzahl".



Drittes Kapitel ❧ Der Sturz Blittersdorffs



Kaum waren die Landboten in der Heimat angelangt, als ihnen eine Hochflut von Broschüren, wie sie kein anderer Landtag erlebte, auf dem Fuße nachfolgte. Den Reigen eröffnete die Regierung selbst durch eine vom 9. September, dem Tage des Landtagsschlusses, datierte Schrift des Präsidenten des Ministeriums des Innern von Rüdt „über die Wahlen zum Landtag von 1842". Rüdt scheint indessen nur den Namen hergegeben zu haben, denn in den Papieren des Freiherrn von Blittersdorff findet sich folgende Stelle: „Was über die Wahlumtriebe der Opposition zu sagen ist, wird durch ministerielle Abgeordnete gesagt werden, und die Regierung wird sich vorbehalten, je nach dem Resultate der Verhandlung das Land durch eine eigene Staatsschrift über den wahren Stand der Sache zu belehren. – Mit der Entwerfung einer solchen Staatsschrift will ich mich beschäftigen, um doch etwas getan zu haben". Dieses durch und durch sophistische Machwerk, welches sich nicht scheute, die geheimen Wahlerlasse des Ministers Winter an die Regierungsdirektoren mit gehässigem Kommentar der Öffentlichkeit preiszugeben, suchte die schweren Anklagen der Kammer dadurch zu parieren, daß es die Wahlagitation der Opposition schwarz in schwarz malte und die Regierung als das unschuldig verfolgte Kind hinstellte, das eigentlich nichts weiter getan habe, „als was zum Schutze der Wahlfreiheit der Bürger notwendig schien".

Gleich Blittersdorff und seinem Propheten Rüdt beteiligte sich natürlich auch die Karlsruher Zeitung eifrig an der Arbeit, der Opposition vergiftete Pfeile nachzusenden. Sie meinte, ein Wahlzensus für die Wähler würde dem neuen Systeme der Minister den Sieg verschafft haben, und zog aus den Budgetverhandlungen den Schluß, daß die Kammermajorität außer stande gewesen sei, „die Verwaltung mit Grund oder auch nur in wesentlichen Punkten zu tadeln". Eine andere Parteischrift aus dem Regierungslager, betitelt „Die badische Regierung und die Landstände im Jahre 1842" kam in Frankfurt heraus und war darauf berechnet, den Großherzog und die großen Bundesmächte gegen die Kammer scharf zu machen. Auch die pseudoliberalen Broschürenfabrikanten tauchten wieder auf und

suchten in hofbeschwichtigungsrätlicher Manier der Regierung zu Hilfe zu kommen. Selbst der Großh. Oldenburgische Staatsrat Hannibal Fischer richtete vom „altdeutschen patriarchalischen Prinzip" gleißnerische „Freundesworte eines deutschen Mannes an das badische Volk". Mit allen diesen Pamphleten konnte jedoch die Regierung den allgemeinen Eindruck, welchen ihre auf dem Landtage beobachtete Taktik gemacht hatte, nicht verwischen. Nicht das Ansehen der Opposition, die in der zweiten Kammer das große Wort geführt und bei aller Reserve eine große Energie entwickelt hatte, sondern die Autorität der Regierung, die sich rat- und hilflos zeigte und erst jetzt, wo die Landboten weit vom Schusse waren, den verlorenen Mut wieder fand, hatte im In- und Auslande einen schweren Stoß erhalten.

In dem Bewußtsein, pflichtgemäß dem antikonstitutionellen Systeme Blittersdorffs entgegengetreten zu sein und namhafte Opfer für ihre Überzeugung gebracht zu haben, waren die Mitglieder der liberalen Opposition nach dem üblichen Abschiedsmahle auseinandergegangen. Der Publizist unter ihnen, Karl Mathy, hatte bereits einen neuen Gedanken ausgeheckt, wie man in der Zeit von einem Landtag zum anderen, wo die „Landtagszeitung" nicht zu ihren Lesern sprechen durfte, trotz Zensur in enger Fühlung mit den gebildeten politischen Kreisen bleiben könne. Indem er nämlich von der Zensurfreiheit für Werke über 20 Bogen Gebrauch zu machen beschloß, gab er jetzt unter Mitwirkung der Abgeordneten Bassermann, Bekk, Bissing, Sander, Welcker und Zittel einen Band kleiner Abhandlungen in Lieferungen unter dem Titel „Vaterländische Hefte" heraus. In diesem Organ wurden die schwebenden Zeit- und Streitfragen von kompetenten Kritikern in ernstem, sachgemäßem Stile behandelt. Der Herausgeber selbst schrieb gedankenreiche Aufsätze über Handels- und Finanzfragen und führte die Verteidigung der Kammeropposition in seiner durch überlegene Ironie und Satire gewürzten Weise; so charakterisierte er z. B. das Größenverhältnis der Wahlumtriebe: „Wenn die Opposition eine mit Vogeldunst geladene Pistole ansetzen konnte, so hat dagegen die Regierung mit Kanonen geschossen", und travestierte die Angriffe Hannibal Fischers auf die Preßfreiheit:

„Also merkts Euch, Ihr Bürger! Wenn in Deutschland Preßfreiheit bestünde, so würdet Ihr ohne Entdeckung vergiftet, Euere Töchter würden aus Anlaß einer Badereise verunglimpft, Euer Kredit vernichtet. Die Reichen würden von den Armen totgeschlagen und methodische Brandstiftung und Aufstände als Mittel angegeben, um den Armen zu helfen. Vor diesem Schauder erregenden Unheil schützt Euch nur die Zensur. Und nun komme noch einer und verlange Preßfreiheit! Ihr seht, England und Frankreich, Schweden und Norwegen, Dänemark, die Niederlande, die Schweiz usw., alle die Länder, welche sich keiner Zensur erfreuen, sind bereits vergiftet, verunglimpft, bankerott, totgeschlagen und in Asche gelegt. Nehmt Euch in acht! O, wenn Börne noch lebte; das wäre ein Fund für ihn. Wir können solche Gründe gegen die Preßfreiheit nicht widerlegen."

Nach dem Landtagsschlusse stand die Frage: wird Blittersdorff gehen oder bleiben? im Mittelpunkte des politischen Interesses. Alle möglichen Gerüchte machten die Runde. Wie man während des Landtages von 1842 in liberalen Kreisen dem Minister nicht zugetraut hatte, daß er aus Unmut über den Ausgang der Wahlen oder aus Furcht vor Verantwortlichkeit den Sitzungen fern geblieben sei, sondern angenommen hatte, daß er die getäuschte Erwartung, eine willfährige Kammer zu erhalten, durch einen zweiten Versuch in Erfüllung zu bringen suchen werde, so täuschte man sich auch jetzt darüber nicht, daß er nach wie vor seinen Platz an der Sonne des badischen und österreichischen Hofes habe. War nicht gerade während des Urlaubsstreites der Fürst von Metternich in Karlsruhe abgestiegen und im Schlosse wie ein Halbgott empfangen worden? Waren nicht die badischen Prinzen nach Wien geschickt worden, um dort ihre Ausbildung zu erhalten?

War auch diese stärkste Wurzel der Blittersdorff'schen Kraft so leicht nicht zu bewältigen, so erlebte die liberale Partei doch jetzt nach getaner Arbeit eine Zeit, wo die Wahrheit des Sprichwortes „viel Feind', viel Ehr!" und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Waffenbrüderschaft die Herzen aller ihrer Mitglieder höher schlagen ließ. Ehe wir den Faden weiterspinnen und erzählen, daß solch' schöne Tage, wie sie die Opposition nach ihrer Generalabrechnung mit Blittersdorff erlebte, bei dem beständigen Wechsel des Mondes nicht ewig zu währen pflegen, wollen wir uns durch einen frischen Trunk aus dem badischen Volksbrunnen für die weitere mühsame, bergauf und bergab durch tiefe Parteischluchten führende Wanderung stärken.

Zu den entschiedensten Mitgliedern der Opposition gehörten, abgesehen von den allen vorankämpfenden älteren und jüngeren Führern, wie Itzstein, Welcker, Sander, Mathy und Bassermann, besonders die bürgerlichen und bäuerlichen Abgeordneten, welche Itzstein so sehr an seine Person gefesselt hatte, daß sie während des Landtages unter einem Dache mit ihm zu wohnen pflegten. Die Hauptrepräsentanten dieser sogenannten „Itzstein'schen Kaserne" waren die Abgeordneten Gottschalk, Grether und Reichenbach. Der Schopfheimer Fabrikant Gottschalk, eine fast herkulische Gestalt, besaß die Gabe, die liberalen Grundsätze im biedersten, gemütlichsten und treuherzigsten allemannischen Dialekte zur Darstellung zu bringen. So oft es sich darum handelte, daß im parlamentarischen Konzerte die „Volksstimme" gehört werde, kam er sogleich hinter den ersten Offizieren der Partei. Der Altbürgermeister Grether von Lörrach war der älteste Kammerveteran. Seit er im Jahre 1819 mit Liebenstein zusammen die Fahrt nach Karlsruhe angetreten hatte, gehörte er zu den Treuesten der Treuen. War ein bürgerliches Mitglied im Begriff, irgend einem ministeriellen Händedruck zu erliegen, so wurde er von dem Parteivater ausgesandt, einen letzten Rettungsversuch zu machen. Für den jüngeren Nach-

wuchs war er mit seinem gramdurchfurchten Antlitz und vor der Zeit gebleichten Haare eine lebendige Mahnung, „das Pfand zu lösen, das sie — die ältere Generation — eingesetzt“. Der Bürgermeister von Buchholz im Breisgau, Reichenbach, war ein Bauernaristokrat, der es nicht liebte, wenn die „Bettellüt“ regieren. Wenn er trotzdem seiner Zeit für die Abänderung der Gemeindegesetzgebung gestimmt hatte, so hatte er dies getan, weil ihm niemand nachsagen durfte, daß er auch nur ein einziges Mal von der Stange abgewichen sei. Mehr als einmal soll der mit einer guten Dosis Bauernschlauheit ausgestattete Mann in bewegten Wahlzeiten die gefährlichsten Gegner matt gesetzt haben, denn „er kannte seine Leute, und seine Leute kannten ihn“. „Treu wie Gold“ waren auch die Abgeordneten Binz, Bürgermeister von Gündlingen, Mayer, Bürgermeister von Ebringen, Hund, Bürgermeister von Renchen, Dörr, Bürgermeister von Rheinbischofsheim, Heimburger, Landwirt von Ottenheim, Bleidorn, Kaufmann in Durlach, Lenz, Kaufmann in Pforzheim, Helbing, Fabrikant in Emmendingen, Mez, Fabrikant in Freiburg, u. a.

Auch während des Landtages blieb die Opposition in steter Fühlung mit dem Volke. Deputationen brachten Dankadressen und Geschenke, wie Ehrenbecher und Eichenkränze. Vor größeren Aktionen liefen Bier- und Weinsendungen in Fässern und Flaschen ein. An den großen parlamentarischen Schlachttagen kamen die Parteifreunde oft 40—50 Stunden weit her. Die Flügeltüre des Sitzungssaales wurde geöffnet, und herein strömten Männlein und Weiblein in hellen Haufen. Die Stufen vor den Sitzen der Regierungskommissäre und Kammersekretäre wurden mit „ständischer“ Galanterie den anwesenden Deputiertenfrauen reserviert. Auf den Plätzen der Abgeordneten durften die früheren Kammerveteranen oder Mitglieder anderer deutscher Ständeversammlungen den Verhandlungen folgen. Da die Abgeordneten bei solchen Anlässen nur mit Mühe zu ihren Plätzen gelangen konnten und auf den vordersten Sitzen kaum sichtbar waren, mußten in den Zwischenräumen besondere Schranken angebracht werden.

Nach dem Landtage begaben sich die Abgeordneten in ihre Bezirke, um Rechenschaft von ihrer Verwaltung abzulegen. Von Festkommissionen wurden sie von einem Ort zum anderen geleitet. Vorträge einer Sängerrunde und Trinksprüche auf die Manen Rotteck's, — dessen Bild, geschmückt mit einem Immortellenkranz, den Saal zierte, — die liberale Opposition und den Abgeordneten des Bezirkes würzten das frugale Festmahl. Der Deputierte gelobte, „daß ihn auch der nächste Landtag wieder in den Reihen der Opposition finden werde, und gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, gerade von den Schwarzwäldern gewählt zu sein, deren Gesinnung rein ist wie die Luft auf ihren Höhen, und deren Willen fest ist wie die Urfelsen ihrer Heimat“.

Die politische Freundschaft knüpfte oft das Band persönlicher Freundschaft. Weite Reisen wurden nicht gescheut, um bei Tauffestlichkeiten die Patenstelle zu übernehmen. An dem Grabe hervorragender Parteigenossen wurden ergreifende Nachrufe gesprochen. Seit die Konstanzer Bürgerschaft den Tod Rottecks zu einer politischen Demonstration großen Stils benutzt hatte, mußten die Polizeibehörden auch die Zensur der Leichenordnungen strenger handhaben. Als am 21. April 1842 der im Urlaubsstreite gemaßregelte Hofgerichtsrat Aschbach in Freiburg beerdigt werden sollte, ließ das Stadtamt nicht zu, daß ein Gespann von sechs weißen Rossen den Leichenwagen ziehe. Da nur zwei Pferde angeschirrt werden durften, wurden die vier anderen von jüngeren Bürgern vorausgeführt — was natürlich erst recht die öffentliche Aufmerksamkeit erregte. Noch kläglicher war das Fiasko der hl. Hermandad, als sie die Beschreibung des Itzsteinfestes, welches die Opposition am 22. September 1842 feierte, gewaltsam aus der Druckerei entfernen ließ und jeden mit fünf Gulden bestrafte, der auf eine „Itzstein-Medaille" subskribiert hatte. Diese Denkmünze wurde in Kopenhagen von C. Christensen angefertigt. Auf der einen Seite befand sich, stark hervortretend, Itzsteins Brustbild, auf der anderen das Bild der Freiheit, vor ihm der Altar des Vaterlandes, darauf die Verfassungsurkunde, von dem Schilde der Freiheit beschützt. Als die Abdrücke dieser Medaille nach Mannheim gelangten, wurden sie dem Jubilar in Anwesenheit von Deputierten aus 14 Städten und 41 Landbezirken überreicht.

Das literarische Leben der deutschen Südwestecke bewegte sich in schroffem Gegensatze zu der romantischen Epoche. Das junge Deutschland und die politische Lyrik behaupteten, gerade weil sie von Bundeswegen verpönt waren, das Feld. Zu den alten Klängen von mondumglänzter Zaubernacht kamen die grellen Töne der Sturmvögel der Revolution. Ein neues Gedicht oder Lied mit scharf pointierter Tendenz war ein Ereignis, das über alle bureaukratisch-fiskalisch-polizeiliche Bedrängnisse des Tages hinweghalf.

Das Lob der badischen Opposition wurde in allen Tonarten gesungen. Die Lokalpoeten stellten ihre Waffen meist in den Dienst der Wahlpolitik; so erzählte z. B. der Altvogt Andres in seiner „Geschichte des badischen Landtags von 1842" den aufhorchenden Bauern in einer Schwarzwälder Dorfschenke:

„Bürgermeister Schanzlin saß immer nur da
Und sagte für die Regierung jedesmal Ja,
Sah ihm aber der Amtmann Böhme in's Gesicht,
So mukierte der Kanderer Schanzlin sich nicht.
Drum hoff' ich, statt den Schanzlin von Kandern
Nehmen die Schopfheimer künftig einen Andern;
Sie werden einsehen, daß wie die Faust auf das Auge
Schanzlin als Vertreter des Volkes tauge."

Auf einer etwas höheren Warte, wenn auch noch auf den Zinnen der Partei, standen die Produktionen, in welchen die Dichter der „unpolitischen Lieder“, „Gedichte eines Lebendigen“, „Lieder eines kosmopolitischen Nachtwächters“ die Opposition feierten. Von den drei Gedichten, welche R. Prutz „Badens zweiter Kammer“ 1842 widmete, seien nur folgende Akkorde wiedergegeben:

„Auf der Eschenheimer Gassen
Zu Fränkfurt an dem Main
Da schläft still und verlassen . . .
— — — — — — —
Der Itzstein und der Welcker,
Die gehen kühn voran:
Schon tummeln sich die Völker,
Schon bricht der Morgen an.“

Der Leibpoet der badischen Opposition war aber Hoffmann von Fallersleben. Er stand nicht nur mit der Verlagsbuchhandlung Bassermann-Mathy in geschäftlicher Verbindung, sondern auch mit den Häuptern der liberalen Partei in freundschaftlichem Verkehre. Bei Welcker in Neuenheim, bei Itzstein in Mannheim und Hallgarten war er wie zu Hause. Von dieser Operationsbasis aus machte er größere Touren zu den Lahrer und Lörracher Freunden. Wo immer der Dichter einkehrte, war er ein gern gesehener Gast, denn er pflegte die besten seiner Lieder und Gedichte wie z. B. „Lied eines abgesetzten Professors“, „Hohes Lied vom Zensor“, „Alles mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis“, selbst vorzutrag'en und vorzusingen. Während seines Aufenthaltes zu Lahr entstand am 24. November 1844 das folgende Lied „Der Bürgermeister von Seckenheim“; es beruhte auf einer Tatsache und wurde nach der Melodie: „Kaum hatte der Adam die Eva erblickt“ gesungen:

1. Der Amtmannn, der Amtmann, der schmunzelt und spricht:
„Ich bitt euch, ihr Bauern! o wählt den doch nicht;
2. Weil's Bessere noch und Gescheitere gibt,
Die sind nur bei unserer Regierung beliebt.
3. Doch wenn ihr nach unserem Willen nicht tut,
So geht es euch Bauern wahrhaftig nicht gut.
4. Es kann die Regierung euch schaden gar viel,
Wenn ihr die Liberalen nicht laßt aus dem Spiel.“
5. Der Bürgermeister nicht lang sich besinnt,
Antwortet dem Amtmann geschwind wie der Wind:
6. „Herr Amtmann, Herr Amtmann, ei was er auch spricht,
Vom Nutzen und Schaden, das kümmert uns nicht.
7. Wir wählen nach unserem Bauernverstand
Zum Besten für uns und das Vaterland.
8. Wir Bauern, wir brauchen zu unserm Gedeih'n
Nichts weiter als Regen und Sonnenschein.
9. Und Regen und Sonnenschein gebt ihr uns nicht
Und Regen und Sonnenschein nehmt ihr uns nicht!“

Seitdem die „Mannheimer Abendzeitung" geschrieben hatte: „Wahrhaftig, ein Lied von Hoffmann wirkt mehr als 100 Zeitungsartikel", ließen die Organe der Gegenpartei dem Dichter, der sich, wie es in seinem Passe hieß, „der Gesundheit wegen" im Lande aufhielt, keine Ruhe mehr. Im „Mannheimer Morgenblatt" erschien folgendes Bulletin: „Wir sahen ihn 12 Schoppen Bier im „Roten Schaf" genießen und hören heute, daß ihm diese Arznei gut bekommen sei. Dies zur Beruhigung aller jener, welche für die Gesundheit des gefeierten Mannes fürchten". Bald überwachten ihn auch die Organe der Regierung auf Schritt und Tritt, und am 26. November 1844 erging ein hoher Ministerialerlaß, „wonach dem Professor Hoffmann auf den Grund seiner Reden und Gedichte aufregenden und verdächtigenden Inhalts das Gastrecht im Großherzogtum gekündigt werden soll" [1]).

Unter solch' ernsten und heiteren Erlebnissen kam der 22. August 1843, der 25. Jahrestag der Verfassung, heran. Die Regierung, die nicht gerade ein reines Gewissen in konstitutionellen Dingen hatte, legte eine ganz unwürdige Haltung an den Tag. Wagte sie auch nicht, die Feier mit ihrem Interdikt zu belegen, so nahm sie doch an den wenigen Staatsbeamten, die sich an dem „Oppositionsfeste" beteiligten, kleinliche Rache und bedrohte die Bürgermeister für den Gebrauch der Glocken mit Arrest. Dagegen veranstaltete die liberale Partei ein großes Volksfest. Allüberall standen die Abgeordneten und Gemeindebeamten an der Spitze. Ein jedes Städtchen hatte seine besondere Feier mit Böllerschüssen, Festessen, Trinksprüchen. Im Bade Griesbach fand eine Zentralfeier mit Itzstein als Festredner statt. Die meisten Redner behandelten das Thema: was ist die Verfassung? was haben wir durch sie erreicht? was können wir noch mit ihrer Hilfe erreichen? Hecker brachte „ein Hoch dem edlen Geber, den Manen des Großherzogs Karl". Die Trinksprüche galten dem Geber und Wiederhersteller der Verfassung, der Mehrheit der Volksvertretung, dem badischen Volke, dem deutschen Vaterlande. Viele auswärtige Gäste nahmen begeisterten Anteil. Sammlungen für politische

[1]) Drei Jahre gingen ins Land. Mit Nebenius und Bekk hielt ein anderer Geist seinen Einzug ins Ministerium des Innern. Von Ende März bis Mitte Mai 1847 weilte Hoffmann wiederum bei seinen badischen Freunden zu Gaste. Der Frühling im Neckartal wurde aber diesmal für ihn ein — Liebesfrühling. Selbst ein großes Welcker'sches Deputiertenessen vermochte nicht, den fahrenden Sänger zu seiner früheren Liebe, Freiheit und Vaterland, zurückzuführen. Johanna Kapp hatte es ihm angetan. Die herrlichen „Johannalieder" entstanden. Allein — — „es wär' zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein". Johanna, selbst dichterisch hoch begabt, trug schon seit sechs Jahren einer anderen Liebe Freud und Leid und deutete ihm am Schlusse eines Ghasels an, daß sie ihm nicht mehr als die Freundeshand bieten könne:

„Ich muß mich Deiner Liebe freuen,
Sie ist so wunderschön und rein!
Dir kann ein Frühling sich erneuen,
Doch — — — Freunde laßt uns immer sein!"

Märtyrer wurden veranstaltet, die Armen und Schulkinder bewirtet. Mit dankbarer und rührender Pietät gedachte man der treuen Toten, besonders Rottecks. Jetzt, wo der große Volksmann nicht mehr unter den Lebenden weilte, fühlte man erst recht, was man an ihm besessen hatte. Schon am Vorabende war sein Grab mit Blumen und Kränzen geschmückt, und am Festtage selbst wallten die Gäste vor dem Mahle hinaus, um an seiner Ruhestätte sich für die Kämpfe des Tages zu stärken. In Alt-Heidelberg sprach ein Student die Worte: „Uns ist das schöne Los geworden, für jene Palladine der Volksfreiheit mit allen unsern Kräften, mit allem unserem Herzblute bis zum letzten Atemzuge zu kämpfen. Und wenn wir in der Geschichte für solch tüchtiges und gesinnungskräftiges Handeln ein Vorbild suchen, so ist es vor allen Karl von Rotteck wert, daß wir nach ihm schauen, um Charaktergröße zu lernen".

Unter den obwaltenden Verhältnissen war das Verfassungsfest zu einer imposanten Demonstration gegen das herrschende Regiment geworden, und die Zensoren hatten unter dem Drucke der Umstände geradezu erbärmlich ihres Amtes gewaltet. Die liberale Partei antwortete ihnen wiederum mit einem „über 20 Bogen zählenden Buche", betitelt „die Verfassungsfeier"; im Vorworte schrieb der Herausgeber Mathy:

„Das Buch hat noch einen besonderen Zweck. Es enthält eine Berufung an das höchste Tribunal, an die öffentliche Meinung, gegen das Verfahren der Zensur. Die Leser werden Stellen antreffen, die in solchen [ ] Klammern eingeschlossen sind. Diese wurden sämtlich von der Zensur in verschiedenen Zeitungen gestrichen. Man wird finden, daß hauptsächlich Erinnerungen an das große deutsche Vaterland, Wünsche für die Erfüllung der Verheißung in der Bundesakte, daß alle deutsche Staaten landständische Verfassungen erhalten sollen, der Ausdruck der Erwartung, daß die den Deutschen versprochene Preßfreiheit endlich ins Leben treten werde — gestrichen wurden, kurz, daß Deutschland und sein gutes Recht der Zensur ein Dorn im Auge ist. Man wird ferner bemerken, daß die Zensur nicht allen mit gleicher Elle mißt; daß der nämliche Gedanke hier gestrichen wird, dort stehen bleibt; mit einem Worte, daß die Zensur eine durchaus verwerfliche, unsittliche, rechtswidrige Einrichtung ist, unter deren Pesthauch kein frisches, gesundes Leben gedeihen kann."

Kaum war das Verfassungsfest vorüber, als ein Hofskandal die öffentliche Aufmerksamkeit weit über die badischen Grenzen hinaus erregte. Schon seit Jahren kämpften die Großherzogin Sophie und der kommandierende General Markgraf Wilhelm um den dominierenden Einfluß. Als nun am Abend des 5. September 1843 anläßlich eines Duells das Haus des vertrauten Bankiers der Großherzogin, Moritz von Haber, vom Karlsruher Pöbel zerstört wurde, trat weder die aufgebotene Polizeimannschaft noch das requirierte Militär mit Eifer in Aktion. Ja, es stellte sich heraus, daß beurlaubte Soldaten und Offiziersburschen unter den Excedenten waren. Da die Regierung den Zeitungen untersagte, irgend etwas über diesen Krawall und seine

Vorgeschichte zu drucken, nahmen Broschürenfabrikanten und Bänkelsänger auf Jahrmärkten den für sie wie geschaffenen Stoff in eine Behandlung von allen seinen Seiten.

Auch Blittersdorff, der gewagte Geldgeschäfte liebte, stand in vertraulichem Verkehre mit dem Abenteurer. Mit banger Sorge sah er dem Beginne des Landtages entgegen. Des Loses Tücke hatte es zwar gefügt, daß unter den 15 zum Austritt bestimmten Abgeordneten fast alle Führer der Opposition waren. Allein die geplante „Konsolidierung der Regierungspartei" gelang bei den Neuwahlen im Herbste des Jahres 1843 nur insoweit, als einige ministerielle Bürger durch ministerielle Beamte ersetzt wurden. So spielte denn bald auf dem politischen Theater zu Karlsruhe der vorletzte Akt von Blittersdorffs Glück und Ende. Im Lande war die Erbitterung gegen den Minister inzwischen auf ihren Höhepunkt gestiegen. Metternich in Wien und Münch-Bellinghausen in Frankfurt hatten nur freundliche Worte. Länger konnte der herrschsüchtige Mann die verordnete Geduldprobe nicht ertragen. „Er oder Ich" — so hatte er im Jahre 1839 mit Nebenius abgerechnet. Die Alternative, vor die er jetzt den Großherzog stellte, lautete nicht mehr so kavaliermäßig und junkerhaft. Lassen wir den mit einem großen Schuldkonto belasteten Minister selbst „den einfachen und getreuen Hergang der Sache" erzählen:

„Da es nicht fehlen kann — so schrieb er am 5. November 1843 an die auswärtigen badischen Gesandten — daß mein plötzlicher Rücktritt aus dem Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten im Auslande der verschiedenartigsten Beurteilung unterliegen wird, halte ich mich wegen meiner langjährigen persönlichen Beziehungen zu E. Excellenz für verpflichtet, Ihnen den wahren Sachverhalt und meine Motive in möglichster Kürze privatim mitzuteilen. Sie wissen, in welche Stellung ich durch mein früheres Auftreten in der Kammer und insbesondere durch den Urlaubsstreit geraten bin. Ungeachtet ich nichts verschuldet hatte, was meinen Kollegen nicht gleichfalls zur Last fiel, mußte ich dennoch von Anfang an alles getan haben, und wurde im ganzen Lande als der Minister verschrieen, welcher Unfrieden aussäe und die Verfassung umstürzen wolle. Je offener und bestimmter ich meine Prinzipien ausgesprochen hatte, desto größer war der Haß meiner Gegner. Ich hatte gehofft, daß seit dem letzten Landtage eine hinreichende Änderung in dieser Stimmung eingetreten sein würde, um wenigstens soviel zu bezwecken, daß man mich nicht ferner zur Zielscheibe persönlicher Angriffe machen würde. In dieser Hoffnung sah ich mich getäuscht. Zwar hatten meine Kollegen inzwischen ihren Frieden gemacht oder standen im Begriff, ihn zu machen, mich aber traf stets noch derselbe Haß. Aus verschiedenen Landesteilen kamen die bestimmtesten Berichte ein, daß die Opposition beabsichtige, mir meine Stellung durch die persönlichsten Angriffe so unerträglich zu machen, daß ich von selbst zurücktreten müßte. Ich hatte somit zu erwägen, was ich unter diesen Verhältnissen zu tun hätte. Ich mußte bei meinem Erscheinen in der Kammer gewärtig sein, daß ich sehr bald auf einen Punkt getrieben würde, wo ich mit meiner Person nicht ferner bezahlen konnte, und wo die Regierung statt meiner eintreten mußte. — Deshalb mußte ich mich der Regierung zum voraus und für alle Fälle versichern, indem sie es

nicht darauf ankommen lassen konnte, daß ich während des Landtags meinen Rücktritt nehmen mußte. Der Regierung konnte ich mich aber nicht anders versichern, als indem ich eine entscheidende Probe anstellte, welchen Wert meine Person für sie hatte, und inwiefern man mir Opfer bringen würde.

Ich reichte sonach S. K. H. dem Großherzog mein Entlassungsgesuch ein und verband damit die Bitte, mir entweder eine andere weniger anstrengende Stelle zu verleihen oder mich zu pensionieren. Da ich gerade an den Augen sehr leidend war und dieserhalb ernstliche Besorgnisse hegte und zum teil noch hege, so nahm ich hiervon Veranlassung, mein Gesuch zu motivieren. — Der Großherzog war über mein Gesuch ungemein frappiert und drückte den Wunsch aus, daß ich bleiben möchte. Meine seitherigen Kollegen vereinigten sich mit diesem Wunsche. — Etwas Weiteres wurde mir jedoch nicht geboten. Dies konnte mir, wie begreiflich, nicht genügen, da ich mich in einer exceptionellen Stellung befand und daher moralischer Garantieen anderer Art bedurfte, um einer feindseligen, böswilligen und in der parlamentarischen Taktik wohlbewanderten Opposition gegenüber aufzutreten. — Ich bestand daher auf meiner Entlassung, erklärte mich gleichwohl eventuell zum Bleiben bereit, wenn der Großherzog meinen Ansichten und Gesinnungen ein weiteres Organ im Staatsministerium in der Person des Geh. Legationsrats von Marschall verleihe, damit ich, wenn politische Krisen eintreten, doch einer intelligenten Unterstützung gewiß sei, und die Stände dadurch die Ueberzeugung erhielten, daß sie mich nicht ungestraft würden angreifen können. Dieser Vorschlag, dem der Großherzog persönlich nicht abgeneigt schien, fand bei den übrigen Departementschefs, insbesondere dem der Finanzen und der Justiz, den entschiedensten Widerstand, indem sie darin einen Versuch erblickten, mich über sie zu erheben, und mir eine Suprematie im Staatsministerium anzumaßen. Die Explikationen, die dadurch herbeigeführt wurden, zeigten auf das deutlichste, daß eine Spaltung im Staatsministerium bestehe, die unheilbar sei und nur deshalb nicht früher zum Durchbruch kam, weil ich mich seit dem letzten Landtag zur Passivität bequemt hatte. Ich stand noch fest bei den Prinzipien des Urlaubsstreites, meine Kollegen befanden sich auf der Basis der Transaktion. Auch erklärte der Finanzminister und der Präsident des Justizministeriums, daß sie, im Falle Herr von Marschall ins Staatsministerium ernannt würde, um ihren Rücktritt bitten müßten. — Hierdurch wurde ich bewogen, um so fester auf meiner Entlassung zu bestehen, die mir am Ende auch bewilligt wurde. Zu meinem Nachfolger wurde der seitherige Bundestagsgesandte von Dusch ernannt, den ich in Frankfurt zu ersetzen bestimmt bin. Dies ist der einfache und getreue Hergang der Sache.





Viertes Kapitel: Der Landtag von 1843/45



Blittersdorff war gefallen, weil er die verfassungsmäßige Gerechtsame des Landes angetastet hatte. Geschlagen in der Kammer, besiegt bei den Wahlen, vereinzelt im Kabinette war ihm schließlich nichts anderes als ein wenig ehrenvoller Rückzug auf den Frankfurter Posten übrig geblieben. Mit dem Sturze des Ministers hatten zwar die absolutistischen und scheinkonstitutionellen Tendenzen einen tödlichen Stoß erlitten, allein der Sieg war damit noch keineswegs zu Gunsten der konstitutionellen Monarchie entschieden; denn systematisch war das Band des Vertrauens zwischen Regierung und Volksvertretung, zwischen Beamten und Bürgern gelockert, systematisch war das Ansehen, die Autorität und die sittliche Kraft der natürlichen Stützen der Regierung untergraben worden, und die Erstlinge seiner Aussaat hatte der scheidende Minister noch selbst gesehen, wie seine Worte bezeugen: „Die Keime des Radikalismus sind allerwärts aufgegangen, sie stehen in schönster Blüte".

Die Regierung konnte nur dann die unseligen Folgen der Blittersdorff'schen Politik beschwören, wenn sie sich nicht nur ehrlich von den antikonstitutionellen Tendenzen des Ministers lossagte, sondern auch entschlossen das reaktionäre System, das er für die innere Landespolitik vorgezeichnet hatte, über Bord warf. Konservatives oder liberales Regiment — das war die Frage.

Nachdem der Störenfried Blittersdorff aus den Augen — wenn auch nicht aus den Sinnen — war, schien es eine Zeitlang, als ob die trüben politischen Verhältnisse Badens sich wieder aufhellen wollten. Manche Anzeichen sprachen dafür, daß die Regierung wieder zu dem früheren Kurse zurückkehren werde. Von dem bisher in Anspruch genommenen Urlaubsrechte machte nur die Kurie dem Abg. Kuenzer gegenüber Gebrauch; dagegen wurde der Domänenverwalter Hoffmann von Pfullendorf als Zollvereinskommissär nach Stettin befördert. Auch beim Zusammentritte der Ständeversammlung am 23. November 1843 ließ es die Regierung an freundlichen Worten und einigen entgegenkommenden Gesetzesvorlagen nicht fehlen.

Unter solchen Umständen schien sich beim Beginne des Landtags eine Wandlung innerhalb der Volksvertretung zu vollziehen. Die ministeriellen Abgeordneten schwenkten wie die Unteroffiziere ein. Die friedliebenden Beamten und Bürger, welche sich aus der Winter'schen Ära in diese Zeit hinübergerettet hatten, fingen an, wieder das hohe Lied von Vertrauen um Vertrauen zu singen. Einige unsichere Kantonisten der Opposition, die irgend einen heißen lokalen Wunsch auf dem Herzen hatten, verstärkten ihre Reihen. Etwa acht bis zehn Abgeordnete taten sich zu einer sogenannten bürgerlichen Mittelpartei zusammen. Sie ließen sich einreden, „daß es sich für sie zieme, selbständig, unabhängig, nach eigener, freier Überzeugung, ihre Stimmen abzugeben; daß sie ebensowenig von der Opposition, als von der ministeriellen Partei sich leiten lassen dürften; daß es vielmehr ihre schöne Aufgabe sei, die Extreme zu vermitteln und im Sinne der Versöhnung, des Friedens und der Eintracht zwischen der ihnen entgegenkommenden Regierung und den Ständen zu wirken". Da die Stimmen dieser „unabhängigen" Bürger den Ausschlag gaben, geschah es, daß die Opposition bei den ersten entscheidenden Kommissionswahlen für die Beratung der Rechtsgesetzentwürfe, des Budgets und der Petitionen überflügelt wurde. Auch führte der Paroxismus dieses Versöhnungsfiebers dahin, daß die Kammer durch eine bloße Interpellation über die berüchtigten Septemberszenen in Karlsruhe zur Tagesordnung überging.

Angesichts dieser Verhältnisse kam es innerhalb der bisherigen liberalen Majorität zu scharfen häuslichen Auseinandersetzungen. Die Führer der Opposition wollten nichts von einem Frieden wissen, den man dadurch erziele, daß man über Rechte und Grundsätze transigiere. Sie waren der Meinung, daß man nur durch eine entschiedene Haltung und einen konsequenten Gang der Reaktion Boden abgewinne.

Wie recht sie hatten, sollte der weitere Verlauf der Dinge erweisen. Die Regierung hielt nur „bis auf bessere Zeiten" an sich, um nicht den Bogen allzu straff zu spannen und sich nicht den Folgen einer abermaligen Auflösung auszusetzen. Zu allem Überflusse erklärte die offiziöse Presse, daß man nicht daran denke, „in der Sache etwas nachzugeben und Konzessionen an die Demokratie zu machen". Solche Erfahrungen verleideten den guten Bürgern, aber schlechten Politikern die ihnen aufgeredete Schaukelpolitik. Die meisten kehrten bald zu der alten Fahne zurück und suchten fortan durch treue Anhänglichkeit den Schaden, den sie durch ihre Vertrauensseligkeit angerichtet hatten, wieder gut zu machen. Als bei dieser Gelegenheit zum erstenmale die Abgeordneten nach ihrem politischen Glaubensbekenntnis die Plätze einnahmen, und der auf die Linke wandernde Sander von seinem Nachbar gefragt wurde, warum er seinen alten Platz verlasse, anwortete er: „Schlechte Gesellschaft verdirbt gute Sitten". Dieser demonstrative Platz-

wechsel war mehr auf die leise tretenden Elemente innerhalb der eigenen Partei als auf die konservative Rechte gemünzt; nur ungern bekannten diese auf solche Weise Farbe. „Das giftige Zeug", meinte der Abg. Knapp, „war nicht, solange Rotteck lebte; man hat auch die Köpfe aneinander verstoßen, aber man ist wieder zusammengekommen, hat gegessen und getrunken, und dann war es wieder vorbei."

Nachdem durch solche und andere Mittel die nötige Parteidisziplin wiederhergestellt war, wartete die von Sander geführte Opposition ruhig die weiteren Schritte der Regierung ab. Während sie den zurückgebliebenen Blittersdorff'schen Werkzeugen in konsequentem Kampfe das Leben sauer machte, arbeitete sie mit den Ministern, die sie für verfassungsfreundlich hielt, in loyaler Weise das Landtagspensum durch.

Auf diesem Landtage wurden endlich die seit 1819 schwebenden großen Rechtsfragen um einen bedeutsamen Schritt ihrer Lösung näher gebracht. Seit den im Jahre 1840 gepflogenen Verhandlungen[1]) hatte die Volksvertretung keine Session vorübergehen lassen, ohne die Regierung daran zu erinnern, daß ihre Schuld auf diesem Gebiete täglich größer werde. Da aber der ganze Gesetzgebungsapparat in der Zwischenzeit aus den uns bekannten Gründen nicht funktionierte, sah sich der Landtag von 1843 vor die mühevolle Aufgabe gestellt, das ungeheure Material, das sich angehäuft hatte, noch einmal durch- und aufzuarbeiten. Ohne die zähe Arbeitskraft des Präsidenten des Justizministeriums Jolly und die parlamentarische Routine des Kammerpräsidenten und Vizekanzlers des Oberhofgerichtes Bekk wäre das frachtbeladene Schiff wohl auch jetzt noch in der Nähe des Hafens gestrandet, denn die Zahl der Juristen in der Kammer war groß.

Die vier Gesetzentwürfe, welche die Regierung vorlegte, betrafen die privatrechtlichen Folgen der Verbrechen, das Strafgesetzbuch, die Gerichtsverfassung und die Strafprozeßordnung. Das „Verfahren in Strafsachen" war auf den Grundsatz der Öffentlichkeit und Mündlichkeit gebaut und führte statt des bisherigen Inquisitionsprozesses den Anklageprozeß und die Staatsanwaltschaft ein. Tief beklagte die Opposition, daß die Regierung diese Gelegenheit nicht auch ergriffen habe, um den alten Wunsch der Kammer auf Einführung der Schwurgerichte zu erfüllen. Den Hauptgegenstand der Debatte bildete der § 206 der Strafprozeßordnung, der lautete: „Die für die Schlußverhandlung bestimmte Sitzung ist öffentlich in dem Maße, daß erwachsenen Personen männlichen Geschlechts der freie Zutritt gestattet wird." Die Motive zu dem Regierungsentwurf sprachen der Frau überhaupt den Beruf ab, staatsbürgerliche Rechte auszuüben, und gaben der Befürchtung

[1]) Vergl. Bad. Landtagsgeschichte IV. 82.

Ausdruck, daß öffentliche strafgerichtliche Verhandlungen für sie wie für unerwachsene Personen eine Schule des Lasters werden könnten.

Der Abg. Welcker eröffnete die Debatte, indem er ausführte, daß die Zulassung der Frauen vorteilhaft auf den Ton der Verhandlung und für eine sittlichere öffentliche Meinung wirke. Schon die alten Deutschen hätten, wie Tacitus erzähle, würdiger und tapferer angesichts ihrer Frauen gekämpft. Auch im badischen Landtag habe sich diese Praxis bewährt. Der Präsident des Justizministeriums, Staatsrat Jolly, glaubte „im Interesse der guten Sache" gegen die Zulassung sprechen zu müssen. Das Weib habe die Bestimmung, im Hause und in der Familie zu wirken. In Frankreich seien die Gerichtsverhandlungen von den Frauen als eine Art Schauspiel angesehen worden, was sich mit der Würde und dem Ernst derselben nicht vertrage.

Nach diesem Vorpostenscharmützel griff der Abg. Mathy in das Gefecht ein. Er stellte den Antrag, dem § 206 die einfache Fassung zu geben: „Die für die Schlußverhandlung bestimmte Sitzung ist öffentlich". Der zweite, die Frauen betreffende Teil seiner Rede leidet keinen Auszug; denn er zeigt uns den nachmaligen badischen Staatsminister „in sînen besten zîten, bi sînen jungen tagen":

„Und nun gar die Frauen! Sollen wir über sie hier eine vormundschaftliche Gewalt üben, der wir allen übrigen Lebensverhältnissen, der wir namentlich im bürgerlichen Rechte zu unserer Ehre entsagt haben! Soll das Gesetz gegen sie aussprechen, was die Bildung, was die Sitte verbietet? Soll das Gesetz sie beschränken, wo ihnen das Recht zur Seite steht? Ich will mich — nach der Warnung des Herrn Präsidenten des Justizministeriums — nicht im Lobe der Frauen ergehen, ich will nicht schildern, welchen Einfluß das Weib als Gattin und Mutter übt, wie die Gegenwart der Frauen zu Recht und Wahrheit nicht minder, als einst zum Kampf und Sieg begeistert. Es wäre dies allerdings eine angenehme, eine dankbare, aber in Ihrem Kreise, meine Herren, wohl eine überflüssige Aufgabe. Aber daran will ich erinnern, daß die Achtung, daß die Behandlung der Frauen ein Maßstab ist für den Bildungsgrad des einzelnen Mannes wie des ganzen Volkes. Könnte ich meine Zustimmung einer Gesetzesstelle geben, die da erklärt, die Frauen sind von den öffentlichen Gerichtssitzungen ausgeschlossen, so würde ich glauben, mich einer Roheit schuldig gemacht zu haben. Was würden Sie sagen, meine Herren, wenn ich den Antrag stellen wollte, dem § 206 den Zusatz beizufügen: „Die am Orte wohnenden, erwachsenen Personen weiblichen Geschlechts haben der öffentlichen Gerichtssitzung beizuwohnen, bei Vermeidung der Strafe, womit die ausbleibenden Zeugen bedroht sind." — Sie würden sagen, dieser Zwang wäre nicht nur Unrecht, er wäre eine Lächerlichkeit. Aber, meine Herren, indem ich dies zugebe und deshalb den Antrag nicht stelle, sage ich umgekehrt, wenn Sie die Frauen zwingen, aus dem Saale zu bleiben, so begehen Sie ein nicht geringeres Unrecht, und — wenn nicht einen Abderitenstreich, doch einen böotischen. Die Extreme berühren sich hier, wie in anderen Fällen; ich will weder das Eine noch das Andere, ich will das in der Mitte liegende Recht, welches darin besteht, daß das Gesetz der Frauen gar nicht erwähne, sondern es der Sitte überlasse zu bestimmen, in welchen Fällen das Erscheinen der Frauen in den Gerichtssälen zulässig ist.

Wenn Sie die Frauen von den Gerichtsverhandlungen ausschließen wollen, so seien Sie konsequent und schließen Sie dieselben auch von dem Gesetz überhaupt aus; machen Sie ein Strafverfahren für „erwachsene Personen männlichen Geschlechts". Wenn Sie aber dies nicht wollen, wenn Sie die Frauen zwingen, als Zeugen, als Angeklagte vor Gericht zu erscheinen, wie die Männer, wenn Sie dieselben verurteilen oder freisprechen, wie die Männer, — so lassen Sie die Frauen auch zuhören, wie die Männer. Die Frauen gehen nicht in jede Versammlung, von denen sie kein Gesetz ausschließt; sie werden auch nicht in jede Gerichtssitzung gehen. Sie werden es vermeiden, bei solchen Fällen zu erscheinen, wo man mit Fingern auf sie deuten und sagen würde: Seht die Frau, seht das Mädchen, sie ist hier, obgleich es sich für sie nicht schickt. Überlassen Sie dies getrost der Sitte und dem Anstandsgefühle, lassen Sie die Frau in den Gerichtssaal treten, wenn das eigene Gefühl ihnen sagt, daß sie nicht nur ernste Belehrung und Lebenserfahrung daselbst finden — die sie ja brauchen, so gut wie wir, — sondern daß ihre Anwesenheit auch dazu beitrage, die feierliche Stimmung, das Gefühl für Wahrheit und Recht in der Brust der Männer zu erhöhen.

Ich stimme für die volle Öffentlichkeit, insbesondere gegen die Ausschließung der Frauen, die ich — ich wiederhole es — für eine Roheit halten würde".

Staatsrat Jolly: Die Argumentation des Abg. Mathy würde etwa dahin führen, daß man die Frauen vor allen Dingen für berufen erkläre, öffentliche Aemter zu bekleiden, ja sogar als Abgeordnete gewählt zu werden.

(Mathy: Sie sitzen auf Thronen. — Bassermann: Viktoria. — Rindeschwender: Würde manchmal nichts schaden.)

Auf den jungen Heißsporn Mathy folgte der greise Führer Itzstein. Er konstatierte, daß in Spanien „neuerdings eine ganz junge Königin auf den Thron gehoben" worden sei, und daß in anderen Ländern die Frauen sich auch in öffentlichen Stellungen bewährt hätten. Auch bei uns gäbe es bereits Posthalterinnen, welche die Zügel vortrefflich zu führen pflegten. Die Gegengründe des Herrn Staatsrat Jolly hätten ihm keineswegs eine andere Überzeugung beibringen können:

„Wie! der Herr Staatsrat, welcher die Richterstellen besetzt, oder doch auf ihre Anstellung wesentlichen Einfluß hat, sollte die von ihm selbst aufgestellten oder empfohlenen Männer so wenig kennen, daß er sie schwach genug hält, sich durch die schönen Augen einer Frau, durch ihr liebliches Aussehen, zur Verletzung ihrer heiligen Richterpflicht, zu einem unrichtigen Erkenntnisse bringen zu lassen? Das kann ich nicht glauben! Denn wahrlich! Es gibt noch andere Blicke und Winke, viel bedeutender, als jene eines schönen Weibes! Und doch darf und kann ich mich dem Glauben nicht hingeben, daß solche Winke — ich will deutlicher reden — daß die eröffneten Aussichten auf Beförderung, auf Zulage, auf sonstige Auszeichnungen, irgend einen Richter in der Ausübung seiner Richterpflicht wankend machen werden!"

Der rauhen Kriegsführung Mathys, der suffisanten Schleichmethode Itzsteins fühlten sich die Gegner offenbar nicht gewachsen; denn sie hielten sich scheu im Hintertreffen und rückten erst mit der Sprache heraus, als der Abg. Gottschalk sie mit der Bemerkung herausforderte:

„Ich freue mich, daß bisher mit Ausnahme der Regierungskommission keine Einsprache gegen den Antrag des Abg. Mathy gefallen ist. Ich halte eine gegenteilige Bestimmung auch für eine Unmöglichkeit."

(Auf der Rechten: Oh! Oh! — Schaaff: „Was man doch nicht alles hören muß in der Welt!")

Der Abg. Junghanns spielte sich jetzt auf einmal als großer Freund der Öffentlichkeit auf, der nicht haben wollte, daß die öffentlichen Sitzungen allzuoft wegen Gefahr für die Sittlichkeit in geheime verwandelt werden müssen. Der Abg. von Stockhorn bewaffnete sich mit der Autorität Ulpians: „Ne contra pudicitiam, sexui congruentem, alienis causis se immisceant". Der Abg. Böhme verwies die Frau auf die Bestimmung, welche ihr vom Schöpfer gegeben worden sei. Wie das Frauenvolk vorzugsweise zu Hinrichtungen ströme, so werde es auch bei öffentlichen Gerichtssitzungen die für die Männer bestimmten Plätze vorwegnehmen. Der Vergleich mit den öffentlichen landständischen Verhandlungen sei nicht glücklich gewählt:

„Meine Herren! Es sind in diesem Saale schon Fälle vorgekommen, wo die Frauen von der Galerie sich entfernen mußten. Ich erinnere Sie an die Verhandlungen über die Hundetaxe, wo etwas näher auf die Ursachen der Wut eingegangen werden mußte, ich erinnere Sie an die Verhandlungen über das Landesgestüt. Wir sahen damals, daß die meisten Frauen sich entfernten, jedoch erst, nachdem selbst die gewählteste Sprache sie in Verlegenheit gebracht hatte; wir sahen aber auch, daß einzelne ihre Plätze behielten, ich nehme an, weil sie nicht leicht aus dem Gedränge sich zurückziehen konnten, welches sie umgab; und wir lesen in öffentlichen Blättern, daß in Frankreich die Damen bereits so weit gekommen sind, bei Reden, vor denen sie erröten müssen, die Gesichter hinter die Fächer zu verstecken, jedoch dessen ungeachtet auf ihrem Platze auszuhalten; und da hier wie in allen Dingen die Gewohnheit manches mit sich bringen könnte, was kein Gewinn wäre, so dürfen wir es nicht bloß dem Anstands- und Schicklichkeitsgefühle überlassen, sondern wir müssen durch eine gesetzliche Bestimmung der guten Sitte, die wir erhalten wollen, zu Hülfe kommen, und das bessere Gefühl unserer Frauen und Töchter vor einer Klippe bewahren, die, wie das Gift der Clauren'schen Romane, die sich, Gott Lob! überlebt haben, in unser öffentliches und in unser Familienleben einschleichen könnten."

Nach den konservativen Rednern trat der Abg. Bassermann auf den Plan, ein Meister in der Kunst, am Schlusse einer Debatte Generalabrechnung zu halten. Hören wir nur, wie er den konservativen Hauptredner Böhme und den Präsidenten des Justizministeriums Jolly aus dem Sattel streckte:

„Warum verbieten Sie ihnen das Theater nicht? Auf den deutschen Bühnen, mit Ausnahme einiger gut geleiteten, jetzt auch der Karlsruher, herrschen jene leider so beliebten französischen Stücke, die unter gefälligem Gewande die größte Unschicklichkeit zur Unterhaltung bieten. Wollten Sie deswegen den Frauen und Mädchen das Theater verbieten? Gewiß nicht; Sie würden darin eine arge Bevormundung erblicken. Aber das Ausschließen aus den Gerichtssitzungen wäre nichts anders. Meine Herren! Lieber wollte ich meine Tochter in eine Gerichtssitzung führen, wo die Unsittlichkeit doch nicht in verlockenden Reizen, sondern mit dem Eindruck des strafenden Ernstes erscheint. Und hier sage ich, daß ich für ein Mädchen den Blick in die Menschen- und Männerwelt, wie sie

wirklich ist, sogar für wohltätig halte. Er wirkt wohltätiger, als die sorgfältige Absperrung und Täuschung, in der man sie erhält, und aus der sie dann oft zu spät durch die Wirklichkeit gerissen werden.

Der Herr Staatsrat Jolly sagt: Die Bestimmung des Weibes sei die, zu Hause zu bleiben und sich um öffentliche Verhandlungen nicht zu bekümmern. Meine Herren! Wie können wir Männer uns anmaßen, dem weiblichen Geschlechte seine Bestimmung vorzuzeichnen! Sind wir denn über unsere eigene Bestimmung schon so einig, oder streiten nicht die Männer darüber, ob es die Bestimmung des Menschen sei, sich hier durch Vervollkommnung auf ein Jenseits vorzubereiten, oder ob es unsere Bestimmung sei, mit der körperlichen Verwesung auch geistig unterzugehen? Welcher Mann will dieses große Rätsel lösen? Wir können es nicht, und dennoch wollen wir, weil wir die Stärkeren sind, zu der anderen Hälfte des Menschengeschlechts sagen: Dies ist deine Bestimmung! Ja, die Türken sprechen so zu ihren Weibern und diktieren ihnen eine Bestimmung, die ich hier nicht näher bezeichnen will. Nein, so wie der Mann sich mit Freiheit zu seiner Bestimmung muß entwickeln können, so auch das Weib, und daher sage ich dem Abg. Böhme, der den Frauen, aus Achtung für sie, die Türen verschließen will: die Frauen achtet man nur dann, wenn man ihnen die Freiheit läßt, sich ihre Bestimmung ebenso selbständig zu wählen, wie wir Männer dies können."

Mit 29 gegen 27 Stimmen wurde der Antrag des Abg. Mathy zum Beschlusse der Kammer erhoben, nachdem der Berichterstatter Hecker die Frau als die freie Genossin des Mannes, als die Bürgerin, als die Erzieherin von Männern gefeiert und die konservativen Gegner wie folgt apostrophiert hatte:

„Die Herren, welche vorhin so ungalant gegen das schöne Geschlecht zu Felde gezogen sind, setzen sich einem schweren Verdachte aus, nämlich dem Verdachte, bedeutend unter der Last des heimischen Pantoffels zu seufzen; denn es pflegt zu geschehen, daß die armen Ehemänner, die zu Hause unter jenem Regimente stöhnen, öffentlich recht selbständig tun und denken, es geht doch in einem hin, wenn ich heimkomme; ich habe doch den Schein gerettet. Sie werden ihre Reden bitter büßen müssen, und statt erste Helden und Liebhaber werden sie die Rollen der mürrischen Alten übernehmen." (Allgemeine Heiterkeit.)

Für solche Anträge war in der ersten Kammer der vierziger Jahre keine Heimstätte. Der Kommissionsbericht des Geh. Rates von Reck stellte den lakonischen Satz auf: „Die deutsche Hausfrau gehört nicht in den Gerichtssaal, dies bedarf in Deutschland keines Beweises." Alles, was die Kammer aus dem Eigenen hinzufügte, bestand in dem Zusatze zu dem Regierungsentwurfe: „Ist die angeschuldigte Person eine Frauensperson, so wird auf deren Antrag auch Frauenspersonen, deren Anzahl der Präsident bestimmt, der Zutritt gestattet."

Die Gerichtsverfassung brachte die langersehnte Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege mit Errichtung von kollegialischen Kriminalämtern. Die Vorzüge des neuen Kriminalstrafgesetzbuches bestanden darin, daß es den Begriff einer jeden strafbaren Handlung genau und scharf bestimmte, in den Strafandrohungen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Humanität pflegte und dem richterlichen Ermessen die nötige Freiheit gewährte, in der Strafausmessung die Umstände des einzelnen Falles zu würdigen. Dagegen hatte sich der politische Grundgedanke der Ministerialprotokolle von 1834 auch in diese

gesetzgeberische Arbeit eingedrängt. Auf Abänderung der Bundesverfassung war eine schwere Zuchthausstrafe gesetzt. Nicht nur die regierenden Fürsten, sondern auch die Bundestagsabgesandten, Prinzen und Diplomaten der „befreundeten Häuser" sollten durch strenge Strafandrohungen geschützt werden. Die Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe war in jeder Hinsicht ein würdiger Vorläufer der großen Verhandlungen des Frankfurter Parlaments und des ersten deutschen Reichstages in diesem Betreffe. Mit 37 gegen 19 Stimmen wurde die Beibehaltung beschlossen. Im Zusammenhange damit wurden auch die Entschädigungen für Verbrechen in einem Gesetzbuche über die privatrechtlichen Folgen der Verbrechen geregelt. Nachdem über diese vier Entwürfe eine Vereinbarung der drei Gesetzgebungsfaktoren zustande gekommen war, wurde die Frage, auf welche Weise die gesetzlich bestimmten Strafen ausgeführt werden sollten, durch einen fünften Gesetzentwurf, um dessen Verbreitung sich insbesondere der Ministerialrat von Jagemann große Verdienste erworben hatte, im Sinne des sogenannten pensylvanischen Systems — Grundsatz der Einzelhaft, Verbindung der Strafe mit Besserung — entschieden. Das Strafgesetzbuch wurde am 6. März 1845 verkündet. Da aber noch so gut wie alle Vorbereitungen für die Einführung der Gerichtsverfassung und Strafprozeßordnung zu treffen waren, wurde im § 1 des Einführungsediktes bestimmt, daß es zugleich mit der Strafprozeßordnung in Wirksamkeit zu treten habe. Elegisch blickte der Präsident des Justizministeriums, der hinter den Kulissen schwere Kämpfe mit den anderen Ressorts ausgefochten hatte, nach getaner Arbeit in die nächste Zukunft. In dankbarer Erinnerung an die große vorbereitende Arbeit der früheren Gesetzgebungskommission schickte er am 20. Mai 1845 dem Geh. Rate Mittermaier das fertige Werk, indem er hinzufügte: „Die Einführung, schon an sich ein schwieriges Geschäft, wird freilich noch auf manche Hindernisse stoßen, und das Schlimmste steht nach den Erfahrungen, die ich bei Beratung der Gesetze machte, unfehlbar wieder von denjenigen zu gewärtigen, die vor allen Dingen wünschen, daß man sie als Freunde betrachte."

Die Entwickelung des Staatshaushaltes zeigte im fünften Jahrzehnte bis zum Jahre 1847 eine stetig steigende Tendenz. Die Einnahme betrug 1842[1]): 15588741 fl. 34 kr., 1843: 15902271 fl. 54 kr., 1844: 16202170 fl. 58 kr., 1845: 17104167 fl. 39 kr., 1846: 17479035 fl. 37 kr., 1847: 17210400 fl. 44 kr. Die Ausgabe betrug 1842: 14913420 fl. 16 kr., 1843: 15663166 fl. 30 kr., 1844: 15835580 fl. 10 kr., 1845: 15971514 fl. 4 kr., 1846: 17550162 fl. 23 kr., 1847: 17826628 fl. 25 kr. Bei der andauernd günstigen wirtschaftlichen Lage war es nicht nur möglich, den ordentlichen Staatsauf-

[1]) Das Jahr 1841 ist wegen Verlegung des Rechnungstermins vom 1. Juni auf den 1. Januar nicht berücksichtigt.

wand zu bestreiten, sondern es blieb auch jährlich noch ein bedeutender Teil der Einnahme übrig; dieser Einnahmeüberschuß betrug 1842: 1418867 fl. 36 kr, 1843: 1011412 fl. 34 kr., 1844: 1125430 fl. 55 kr., 1845: 2242722 fl. 15 kr., 1846: 1116586 fl. 37 kr., 1847: 802990 fl. 53 kr. In der Budgetperiode von 1843/45 waren diese Überschüsse weit stärker als man vermutet hatte, was hauptsächlich mit dem allgemeinen Umschwung von Industrie und Handel zusammenhing, belief sich doch das reine Zolleinkommen des Vereins auf den Kopf der Bevölkerung 1841: 76, 1842: 78, 1843: 86, 1844: 87, 1845: 91, 1846: 87, 1847: 89 kr. Regierung und Volksvertretung verwandten diese beträchtlichen Überschüsse nicht nur zur Vervollkommnung der Staatsanstalten und zu Kulturverbesserungen, sondern auch zur Verminderung der Staatsschuld in den Jahren 1842—1847 von 18185390 fl. 37 kr. auf 15099676 fl. 31 kr.

Die Kritik, welche die Volksvertretung dem Staatshaushalte angedeihen ließ, bewegte sich unter dem Szepter Itzsteins in dem alten, bewährten Geleise.[1]) Ein besonders wachsames Augenmerk richtete die Kammer auf alle Vorgänge mit den Domänen; sie hielt es für ihre Pflicht, dem künftigen Geschlechte die Rechtsüberzeugung unangetastet zu übermitteln, daß der § 59 der Verfassung nur in einer „oktroyierten" Verfassung möglich gewesen sei: „Nach den wahren Grundsätzen", so lautete das Urteil Mathys, „sind die Domänen Staatsgut, ihr Ertrag zum Unterhalt des Fürsten und seiner Familie, dann zur Bestreitung des Staatsaufwandes bestimmt; erst dann und in dem Maße, als der Ertrag dazu nicht hinreicht, treten Steuern ein. Nach den falschen Grundsätzen sind sämtliche Domänen Patrimonialeigentum des Regenten und seiner Familie; es steht in dem Belieben des Regenten, den Betrag, solange er es für gut findet, der Bestreitung der Staatskasse zu überlassen."

Da die Beamten mit wenigen Ausnahmen unter Blittersdorff sich ganz servil in den Dienst der Reaktion gestellt hatten und auch nach dem Sturze desselben in der Erwartung, daß die dereinstige Rückkehr nur eine Frage der nächsten Zukunft sei, und daß die Tage jedes anderen Systems gezählt seien, fortfuhren, die liberale Partei im Gemeinde- und Staatsleben aufs feindseligste zu befehden, mußte das richtige Verhältnis der Volksvertretung zu der Beamtenwelt im Grunde erschüttert werden. Es war nur eine natürliche, wenn auch höchst schädliche Folge, daß die Opposition diese „Gegenpartei", die bei jeder Gelegenheit gegen sie bis in die Museen und Lesezirkel mobil machte, bei der Budgetberatung nicht mit Handschuhen anfaßte und ihre staatsbürgerlichen Rechte zu beschneiden drohte. Solch' ungesunde Verhältnisse konnten nur überwunden werden, wenn die Staatsbeamten sich zu einer höheren Auffassung von ihrem Berufe durchrangen und wenn der fromme

[1]) Badische Landtagsgeschichte IV. 97.

Wunsch in Erfüllung ging, den die Opposition immer und immer wieder in die Protokolle niederlegte, daß es endlich einmal der Regierung gefallen möge, durch Vorlage eines Beamtengesetzes bezw. Normaletats der Beamtengehalte der zunehmenden Willkür bei Anstellung, Gehaltsaufbesserungen, Versetzungen und Pensionierungen zu steuern.

Alles atmete jeweils bei der Budgetberatung auf, wenn der Militäretat in sicheren Port gebracht war. Der Landtag von 1841 bewilligte für außerordentliche Rüstungen einen Kredit von 1 152 937 fl. 44 kr. Infolge des Bundesbeschlusses vom 24. Juni 1841, weitere Anordnungen zur Sicherung der Bereitschaft und Schlagfertigkeit des Bundesheeres betreffend, mußte das badische Armeekorps um 5688, von 10 122 auf 15 810 Mann erhöht werden. Dadurch erhob sich das Militärbudget um mehr als 300 000 fl. jährlich über den höchsten früheren Stand. Auch mußten als Beitrag zu den Kosten der Festungen Rastatt und Ulm matrikelmäßig 60 082 fl. jährlich und andere weit größere Summen für Kasernen und Militärhospitalbauten in Karlsruhe und Rastatt eingestellt werden. Der Militäretat betrug 1842: 1 912 506 fl., 1843: 1 908 232 fl., 1844: 1 926 091 fl., 1845: 1 923 417 fl., 1846: 1 980 792 fl., 1847: 1 978 024 fl.

Es kostete die Volksvertretung große Überwindung, sich an diesen Militäraufwand mit seiner stetig steigenden Tendenz zu gewöhnen. Anfangs tröstete sie sich in der Hoffnung, daß dieser höhere Aufwand nur vorübergehend sei, da die Bundeskriegsverfassung mit dem Militärstand beim Ausbruche eines Krieges gerechnet habe, und bat dringend, denselben wieder auf ein den Kräften des Landes entsprechendes Maß zurückzuführen. Allmählich lernte sie aber, sich in die seit 1840 veränderte politische Weltlage zu schicken und den Aufwand bis zu einer fernen europäischen Entwaffnung als unabweislich zu betrachten. Sie wollte aber dann auch etwas für ihr gutes Geld haben, nämlich eine wahre Landesverteidigung, ein wehrhaftes Volk, und erinnerte in diesem Sinne die Regierung auf jedem Landtage an ihr 1841 gegebenes Versprechen, eine Landwehrverfassung nach preußischem Muster einzuführen; denn soviele ungerechtfertigte Ausfälle auch von den Kammertroupiers, die bei dem bestehenden Einstandswesen niemals selbst die Kugel pfeifen gehört hatten, gemacht wurden, in fünf Punkten waren ihre Klagen nur zu begründet: daß die noch zu Recht bestehenden Prügelstrafen nicht zu den wesentlichen Disziplinmitteln gehörten, daß die mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehrenden Soldatenschlägereien nicht gerade auf ein kameradschaftliches Verhältnis schließen ließen, daß nur wenige Offiziere die bewaffnete Macht als eine nationale Einrichtung aufzufassen vermöchten, daß das 8. Korps, zu dem die Badener gehörten, keine vertrauenerweckende Einheit bilde, daß die Inspektionsberichte der Bundesmilitärkommission nichts weniger als infallibel seien.

Die Eisenbahnunternehmungen[1]) nahmen in diesem Jahrzehnte auf dem ganzen Gebiet des Zollvereins einen günstigen Fortgang, sodaß manche die Zeit nicht mehr ferne wähnten, wo ein großes nationales Eisenbahnsystem als weiteres Bindemittel die deutschen Staaten umfasse. Und wie oft schweifte das Auge der süddeutschen Landratten über die engeren Grenzpfähle hinaus auf die weite See, traumverloren dort nach einem anderen Symbol deutscher Einheit und Freiheit suchend! Einstweilen blieb man noch im Lande und stritt sich ehrlich mit seiner Regierung herum; denn solange Blittersdorff oberster Verkehrschef war, stand auch die Eisenbahn im Dienste der Politik. Vielleicht hat sich keine seiner Handlungen so tief dem Gedächtnis der Mit- und Nachwelt eingeprägt als die Behandlung, die er den großen Handels- und Industriezentren Mannheim und Lahr angedeihen ließ. „Lassen Sie sich Ihre Bahn durch Ihren liberalen Abgeordneten bauen!" — so herrschte er eine Lahrer Deputation an. Indem wir an diesen Sünden wider den heiligen Geist und stummen Zeugen einer traurigen Vergangenheit — bei denen allerdings nicht nur politische, sondern auch lokale Interessengegensätze die Hand im Spiele hatten — auch an dieser Stelle vorüberfahren, gehen wir dazu über, die wichtigsten Fortschritte auf diesem Gebiete in summarischer Weise zusammenzustellen.

Die Fortsetzung der Rheintalbahn bildete die stereotype Kammerangelegenheit. Von den Teilstrecken wurden die von Heidelberg-Karlsruhe 1843, die von Karlsruhe-Offenburg 1844, die von Offenburg-Freiburg 1845, die von Freiburg-Schliengen 1847, die von Schliengen-Ebringen 1848 dem Betriebe übergeben. Somit war im Jahre 1850 die ganze Hauptbahn bis auf ein 9 Kilometer langes Stück bei Basel fertiggestellt. Von den Seitenbahnen wurde die von Appenweier nach Kehl 1844, die von Oos nach Baden 1845 eröffnet. Am 25. Februar 1843 wurde die auf den Landtagen von 1841 und 1842 viel umstrittene Main-Neckarbahnangelegenheit durch einen Staatsvertrag zwischen Baden und Hessen definitiv dahin geregelt, daß die Bahn von Frankfurt nach Darmstadt und von hier — statt, wie es der Staatsvertrag von 1838 vorgesehen hatte, nach Mannheim — längs der Bergstraße über Ladenburg und Friedrichsfeld nach Heidelberg geführt werden solle. Am 1. August 1846 fand die Betriebseröffnung durch die dreiköpfige Verwaltung statt. Auf Grund von Gesetzen in den Jahren 1845 und 1846 wurde fast die ganze Hauptbahn mit einem zweiten Geleise versehen. Auch wurde die Regierung ermächtigt, die Konzession zum Bau und Betrieb einer Bahn von Offenburg nach Konstanz und von Durlach über Pforzheim an die württembergische Grenze zu erteilen.

[1]) Badische Landtagsgeschichte IV. 46.

Bis zum Ende des Jahres 1842 wurde der Eisenbahnbau aus Zuschüssen der Amortisationskasse bestritten; als sich aber der Bauaufwand steigerte und zu Anlehen bei Dritten geschritten werden mußte, wurde für Aufnahme, Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld durch das Gesetz vom 10. September 1842, welches als Bestandteil der Verfassung erklärt wurde, eine besondere Kasse, die Eisenbahnschuldentilgungskasse, ins Leben gerufen. Als ständige Dotation für Zinsen, Tilgungsfond und Verwaltungskosten wurde derselben der Reinertrag der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung zugewiesen. Soweit diese Dotation nicht ausreichte, sollte durch das Budget jeweils der erforderliche Zuschuß aus der Staatskasse bestimmt werden.

Bis 1842 waren von der Amortisationskasse 5670150 fl. 45 kr. zum Eisenbahnbau zugeschossen worden. Die Eisenbahnschuldentilgungskasse hatte seitdem zu bestreiten 2769578 fl. 58 kr. für Vergütung dessen, was vor 1842, und 31199643 fl. 15 kr., was in den Jahren 1842—1849 aufgewendet wurde. An ständiger Dotation flossen ihr für die Periode von 1842 aus der Generalstaatskasse 126874 fl. und in den Jahren 1842—1849 an Postrevenüen 2130300 fl., an Eisenbahnrevenüen 5285119 fl. 38 kr. zu. Die Eisenbahnrevenüen betrugen 1842: 20000 fl., 1843: 101700 fl., 1844: 475393 fl. 44 kr., 1845: 870001 fl. 15 kr., 1846: 1112079 fl. 2 kr., 1847: 1031173 fl. 12 kr., 1848: 639899 fl. 52 kr., 1849: 1034872 fl. 23 kr.

Die Dotation reichte nur für Zinsen, Verwaltungskosten und allmähliche Tilgung der Bausumme. Diese selbst mußte vorerst durch Kapitalaufnahme bestritten werden. So wurde durch Gesetz vom 10. September 1842 die Aufnahme eines Anlehens von 12 Millionen Gulden gegen 3½ Prozent Eisenbahnobligationen, durch Gesetz vom 21. Februar 1845 die Aufnahme eines zu 3½ verzinslichen Lotterieanlehens im Betrage von 14 Millionen Gulden, durch Gesetz vom 26. Juli 1848 die Aufnahme von 2½ Millionen Gulden auf unterpfändlich gesicherte Obligationen, durch Gesetz vom 3. März 1849 die Aufnahme von 1½ Millionen Gulden in gleicher Weise wie 1848 angeordnet.

Bei den Debatten über diese Eisenbahnanlehen tauchten allerlei Vorschläge auf, dem Staate die nötigen Mittel auf billigere Weise zu verschaffen, wie z. B. durch vorschußweise Verwendung der Grundstocksgelder und Zehntablösungskapitalien; insbesondere trat der Abg. Mathy für die Ausgabe von Papiergeld in mäßigem Betrage ein und gab sich alle erdenkliche Mühe, der größten Handelsstadt des Landes für den leichteren Umschlag und Umlauf von Geld und Geldeswert ein Bankinstitut zu verschaffen.

Auf dem Landtage von 1843/45 wurde aber nicht nur kräftig aufgebaut, sondern auch herzhaft eingerissen. Zuerst kam das wackelige Gebäude des Ministers des Innern von Rüdt an die Reihe.

Bei den Wahlprüfungen wurde scharf gerügt, daß er bei seinen speziellen Wahlvorschriften immer noch im Geiste des verflossenen Systems gehandelt habe; bei der Behandlung des Falles Kuenzer wurde ihm der Vorwurf gemacht, daß er die Rechte des Staates gegenüber der Kirche nicht gebührend zu wahren verstehe; bei der Interpellation über die Haber'sche Angelegenheit wurde ihm aufs deutlichste zu verstehen gegeben, daß er reifer für den Ruhestand als für das oberste Polizeiamt sei; und als vollends das Kapitel „Bezirksjustiz und Polizei" auf der Tagesordnung stand, wurde er mit einem solchen Hagel von Klagen über seine parteiische Verwaltung überschüttet, daß er es vorzog, nach dem Blittersdorff'schen Vorbild den Rückzug anzutreten. Nur der Ruf persönlicher Unbescholtenheit folgte ihm ins Privatleben, sonst nichts; denn man sah in ihm nicht nur den willfährigen Handlanger Blittersdorffs, sondern auch den steifen pedantischen Bureaukraten, in dem das geistlose Schreiberregiment mit seinen kleinen Tücken recht eigentlich verkörpert war.

Ungleich schwieriger war es, den unsichtbaren Ministerpräsidenten von Reizenstein aus dem Sattel zu heben. Längst hatte jedoch Itzstein auch ein Kräutlein für ihn gefunden. Schon im Frühjahr 1843 hatte er die alten und jungen Führer der Opposition in Hallgarten um sich versammelt und ihnen insgeheim die Mitteilung gemacht, daß er im Besitze von Aktenstücken mit der Unterschrift des verantwortlichen badischen Ministers von Reizenstein sei, die keinen Zweifel darüber aufkommen ließen, daß im Jahre 1834 zu Wien eine Art Fürsten- und Ministerverschwörung stattgefunden habe. Als zarte Anspielungen während der ersten Epoche dieses Landtages — er wurde am 1. August 1844 auf vier Monate vertagt — nicht zu dem gewünschten Resultate führten, veröffentlichte in der Urlaubszeit der Abg. Welcker eine über 20 Bogen starke Schrift, betitelt: „Wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation". Durch dieses Werk, welches nicht nur das geheime Schlußprotokoll der Wiener Konferenzen von 1834, sondern auch die Protokolle der Karlsbader Konferenzen von 1819 dem „Gottesgericht der öffentlichen Meinung" übergab, sollte der kommende Winterfeldzug eingeleitet werden.

Just um dieselbe Zeit, als die zweite Auflage dieses Büchleins unterwegs nach Karlsruhe war, kam von dort die offizielle Kunde, daß der Ministerpräsident von Reizenstein sich in den Ruhestand zurückgezogen habe und durch den Finanzminister von Boeckh ersetzt worden sei. Die übrigen Ernennungen aber, welche dieser Ministerwechsel und die neue Schöpfung eines Staatsrats im Gefolge hatten, zeigten aller Welt, daß der 78 Jahre alte Herr vor seinem „freiwilligen" Abschiede dafür Sorge getragen hatte, daß die Bäume der Opposition nicht in den Himmel wüchsen; denn weit entfernt, die Kandidaten der Opposition, Nebenius und Bekk ins Ministerium zu ziehen, waren gerade diejenigen Beamten in diese hohen Stellungen berufen oder durch

andere Beförderungen ausgezeichnet worden, die seit Jahren den heftigen Parteikampf mit den Liberalen in der Kammer und im Lande geführt hatten.

Die liberale Opposition, welche der Meinung gewesen war, daß, nachdem der Purpur gefallen, der Herzog nachfolgen müsse, nahm auf der Stelle den Fehdehandschuh auf. Sander konnte jetzt der sogenannten „unabhängigen bürgerlichen Mittelpartei" die Früchte ihrer Taktik zeigen. In der zuversichtlichen Erwartung, daß endlich einmal ihren billigen Wünschen an höchster Stelle durch die Berufung Bekks in das Ministerium Rechnung getragen werde, getäuscht, schlossen sich nun auch diese Elemente fester wieder an die Opposition an. Ein ganz anderer Ton machte die Musik.

Obgleich die Finanzverwaltung Boeckhs die starke Seite der Regierung war, lieferte sie doch den Beweis, daß auch ein guter Ressortchef seine Zeit hat. Seit 30 Jahren hatte das Steuersystem keine wesentliche Änderung mehr erfahren. Die Grund- und Häusersteuer war der Reform bedürftig, denn mittlerweile war eine Landesvermessung vorgenommen und die Methode zur Ermittelung des Reinertrags verbessert worden; die Gewerbesteuer paßte nicht mehr für die großen industriellen Unternehmungen der Neuzeit; und — was in dieser sozial tief aufgeregten Zeit als ein schreiendes Unrecht empfunden wurde — der Kapitalist war immer noch von jeder Steuer befreit. Alle groß angelegten Motionen Bassermanns, alle gründlich abgefaßten Berichte Mathys vermochten nicht, das Herz des alten Boeckh zu rühren. Als am 12. Juli 1844 dieser Gegenstand wieder einmal auf der Tagesordnung stand und die Volksvertretung nur auf Einführung der Kapitalsteuer drang, war die Ministerbank wie gewöhnlich leer und die in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete anwesenden Ministerialdirektoren Regenauer und Rettig entpuppten sich als die entschiedensten Gegner; der letztere nannte gar die Kapitalsteuer — — — „einen großen Schnitzer in der Nationalökonomie". Vergebens rückten die jungen Oppositionsführer, ein jeder in seiner Weise, den sozialen Gesichtspunkt in erste Linie:

Bassermann: „In den reichsten Ländern steigt die Armut der unteren Klassen bis zu einer schaudererregenden Höhe und während die Gelehrten sich in dicken Büchern über die Mittel, dem zunehmenden Pauperismus zu steuern, streiten, führt unversehens die Verzweiflung endlich zu der schreckens- und umwälzungsschwangern Theorie des Kommunismus, die kein Eigentum mehr gelten läßt und die Schöpfung neu verteilen will. Möge der Staat die Anhänger dieser Theorie auch noch so streng verfolgen, sie werden ihr doch nie die innere Lebenskraft nehmen, solange sie ihre öffentlichen Mittel vorzugsweise von denen erheben, die selbst keine besitzen, und diejenigen freilassen, die das Glück ohnehin reichlich bedacht hat."

Mathy: „Es bringt die Befreiung der Geldmacht von jedem unmittelbaren Beitrag zu den Staatslasten eine gefährliche Frucht zur Reife, den aus der Mitte der Arbeitskraft, welche sich ihrer Stärke täglich mehr bewußt wird, aufkeimenden Gedanken, daß, wie der Grundbesitz seinen Tag gehabt, und wie dieser Tag heute der Geldmacht

leuchtet, so auch die Arbeit ihren Tag haben werde, wo sie auf Kosten der übrigen Güterquellen herrlich und in Freuden leben könne".

Hecker: „Ja, der Kommunismus existiert, soweit die Weltgeschichte reicht, er hat das Jubeljahr hervorgebracht, er hat die Römer auf den heiligen Berg geführt, er hat die Gracchen auf das Forum gerufen, er hat Metzler und Florian Geyer die Bauern in dem Bauernkrieg anführen lassen, er hat dem Jahre 1789 mit allen seinen Folgen sein Dasein gegeben. Dieser große Kommunismus heißt Hunger, Elend, Armut und Pauperismus."

Wie bei dem Finanzminister von Boeckh die Sache, so gab bei dem Ministerpräsidenten von Boeckh die Form zu den lebhaftesten Debatten Anlaß. Seine Amtsführung lieferte den Beweis, daß ein Ressortminister nicht eo ipso auch zum leitenden Staatsmanne tauglich ist. Wie er schon bei früheren Anlässen durch leichte Reizbarkeit und maßlose Heftigkeit die Politik der Regierung nicht immer zu einem guten Ende geführt hatte, so kam jetzt, wo er an die Spitze des Staatsministeriums getreten war, der launische, rechthaberische, von seiner Unentbehrlichkeit durchdrungene Bureaukrat erst recht zum Vorschein. Es mag sein, daß auch die von den Exministern inspirierte auswärtige Presse, welche in fadenscheiniger Absicht die neuen Minister als verkappte Demokraten und ihre Gesetzesvorlagen als Unheil bringende Konzessionen an den Liberalismus hinstellte, das ihrige dazu beitrug, daß Boeckh bei jeder Gelegenheit glaubte, der Versammlung den Meister zeigen zu müssen. Obgleich die Volksvertretung ihm, dem um den Staatshaushalt verdienten Manne, mehr als dem Herrn von Blittersdorff nachsah, so waren doch die starken Individualitäten der Opposition keineswegs gewillt, alle Herausforderungen aus seinem Munde ruhig hinzunehmen, zudem einige unter ihnen das lebendige Gefühl hatten, daß sie auch an positiver Schaffenskraft dem Greise am Regierungstisch überlegen seien. Wiederholt beschwor der Ministerpräsident durch unüberlegte, trotzige, selbstherrliche Aussprüche wie z. B.: „Die Ausgabe ist gemacht, sie bleibt gemacht, und Ihr Beschluß führt also zu nichts!" solch' stürmische Debatten herauf, daß die Mehrheit der Kammer nur durch alle möglichen beruhigenden Erklärungen von ihrem Entschlusse zurückgebracht werden konnte, die Antastung ihrer Rechte, insbesondere des Budgetrechtes, mit der Verweigerung des Budgets zu beantworten.

Den heftigsten Sturmlauf unternahm aber die Opposition gegen die reaktionäre Polizeiverwaltung des Ministerialdirektors Rettig. Rüdts unmittelbarer Nachfolger Eichrodt, ein Emporkömmling der Blittersdorff'schen Ära, war schon mehrere Monate nach seiner Ernennung von einem Schlaganfall dahingerafft worden. Man war darauf gefaßt, daß wieder ein waschechter Nepote Blittersdorffs seinen Einzug ins Ministerium des Innern halten werde. Während des Interregnums versah Rettig, das routinierteste Werkzeug der Kamarilla, die Geschäfte. Sein Interregnum zeigte durch Devotion nach oben und Brutalität nach unten die seltsamsten Blüten. Nicht nur das Petitions-

recht wurde durch Beschlagnahme der Ämter in Frage gestellt: auch die schwersten Eingriffe in die Gemeindeordnung ließen sich servile Beamte zu Schulden kommen, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Bei Beratung des Gemeindegesetzes hatte der Regierungskommissär seiner Zeit erklärt, „es verstehe sich von selbst“, daß einem Manne, der mit großer Mehrheit zum Bürgermeister gewählt sei, die Bestätigung nicht versagt werde; jetzt verstand sich das Umgekehrte von selbst. Der niedrigsten Denunziation war Tür und Tor geöffnet, und es wurden nicht selten kriechende, mit sittlichen Makeln behaftete, aber „gesinnungstüchtige“ Leute bestätigt. Der Ministerialdirektor Rettig, welcher anstelle des verstorbenen Eichrodt die Verteidigung des Ministeriums des Innern führte, sagte zwar nicht, daß die Regierung keine liberale Bürgermeister bestätige, allein es bedeutete dasselbe, wenn er ausführte, daß die Regierung „Männern, die ins Wirtshaus gehen, die Zeitungen lesen und sich um fremde Angelegenheiten kümmern“, die Bestätigung versage.

Unter den Abgeordneten, welche dieses „Polizeiregiment“ auf Tod und Leben bekämpften, tat sich besonders der Abg. Mathy hervor; tief in die herrschenden Gegensätze der Zeit schauend, führte er in einer der letzten Sitzungen des Landtages von 1843/45 aus:

„Ich kehre zur Hauptsache zurück und frage zunächst, welches werden die Wirkungen eines solchen Verfahrens sein? Sicher keine anderen als: Untergrabung des annoch im Volke lebenden Sinnes für Gesetz, Ordnung und Recht, Störung des Friedens und damit des Gedeihens für Gemeinden, Demoralisation des Volkes.

Frage ich aber nach dem Namen dieses Systems, so wird es mir schwer, einen solchen zu finden. Es ist nicht Reaktion, denn diese hat doch eine Fahne, die sich sehen lassen darf, ein Ziel, das sie erreichen will. Hier aber sehe ich keine Fahne und kein Ziel; ich sehe nichts als die schlechten Mittel der Reaktion und deren verderbliche Folgen.

Ich erkenne in diesem Verfahren nichts Anderes, als die Bemühungen der Bevormundung, der Vielregiererei, die sich in Alles mischt, alles Gute lähmt, nicht nur in der Politik, sondern auch in Wissenschaft und Kunst, in Handel und Gewerbe, weil sie keine freie Bewegung zugibt und von Allem, was geschieht, für sich profitieren will. Dieses Bemühen, Alles zu leiten und zu maßregeln, ist es, was die Justiz zur Dienerin der Leidenschaft herabwürdigt, die öffentliche Meinung der Presse fälscht; denn Hand in Hand mit dem Verfahren bei den Bürgermeisterwahlen geht die Zensur, schlimmer als jemals, die man, es ist fast nicht zu begreifen, in den Hauptstädten des Landes den Jesuiten in die Hände gegeben hat. Es ist das nämliche Bestreben, welches sich die Verwaltungsmacht bedient, um diejenigen zu bedrücken, welche noch Charakter und Selbständigkeit haben; das nämliche, welches den Krieg in die Gemeinden sät.

Wenn ich zuletzt die Frage aufwerfe: Woher kommt es denn, daß Anfänge, daß Versuche so trauriger Art in unserem Lande auftauchen, so bin ich um die Antwort verlegen. Ich sage nicht mit einer gewissen philosophischen Schule: Alles, was ist, ist vernünftig, weil es ist; aber ich behaupte mit allen Kennern der Geschichte, daß jede Erscheinung sich aus der Hauptrichtung der Zeit als notwendig ableiten und erklären läßt.

Unsere Zeit aber strebt in Deutschland unverkennbar nach einer öffentlichen Verständigung zwischen den Regenten und Völkern zum beiderseitigen Wohle. Über die

Grundlagen dieser Verständigung ist die gebildete öffentliche Meinung einig. Sie sind Selbstverwaltung der Gemeinden und Übung der Polizei durch die Bürger. Teilnahme des Volkes an der Rechtspflege durch öffentliches Verfahren und Geschworene. Teilnahme an der Gesetzgebung und Besteuerung durch Landstände. Freie Äußeruug der Meinung, insbesondere über alle Fragen des politischen, kirchlichen und sozialen Lebens durch die Presse. Dieses Streben nach öffentlicher Verständigung ruft als natürlichen Gegensatz geheime Verabredungen hervor, wie uns solche in den Wiener Beschlüssen vor Augen stehen, sodann andere Gegenwirkungen, wie sie uns heute vorliegen. Denn, indem jenes Streben, Thron und Vaterland stärkt, schwächt es diejenigen, welche bisher in der Mitte zwischen Fürst und Volk allein regieren wollten, die da wollen, daß das Volk nicht teilnehme an seinen eigenen Angelegenheiten, daß es nicht in das Wirtshaus gehe, keine Zeitungen lese, sich nicht kümmere um das, was in andern Gemeinden vorgehe. Diese sind es, der Polizeistaat ist es, welcher sieht, wie ihm durch die Trennung der Justiz von der Verwaltung die Justiz aus den Klauen kömmt, wie sie einstweilen nur im öffentlichen Verfahren vor die Augen des Volkes tritt. Der Polizeistaat sieht scheel dazu und läßt sich zu Maßregeln verleiten, die wir hoffentlich als seine letzten Zuckungen betrachten dürfen.

Könnte die Korruption siegen, dann wehe dem Vaterlande. Damit sie nicht siege, wünsche ich zunächst aus voller Seele, daß in dem Rate, wo die Männer ausgewählt werden, welche die Geschäfte des Landes leiten, ein guter Geist walte, damit ein Mann an die Spitze der Geschäfte trete, zu dessen Charakter und Redlichkeit das Volk Vertrauen haben kann.

Dann werden auch solche Erscheinungen nicht wiederkehren, wie wir heute sie beklagen."

Unter solchen Umständen glaubten die Führer der Opposition mit einer weithin sichtbaren Demonstration die Landtagsbühne von 1843/45 verlassen zu müssen. Am Tage vor der Abstimmung über das Budget hielt der Ministerpräsident um gutes Wetter an: „Da wir in diesem Augenblicke", meinte er, „die streitenden Teile sind und keiner entscheiden kann, so müssen wir uns auf den Standpunkt eines dritten Unbeteiligten erheben. Auf dem Höhepunkt des unbeteilgten Dritten angekommen, werden wir zu einander sprechen: Ein Mißverständnis hat uns getrennt; es ist gehoben, wir sind einig." Sieben Abgeordnete — Bassermann, Gerbel, Hecker, Itzstein, Mathy, Richter, Sander — bestanden gleichwohl auf ihrem früher gegebenen Worte und machten diesen Gang „auf den Höhepunkt" nicht mit.

Am 22. Februar 1845 erfolgte der Schluß des Landtages mit dem Ausdrucke des Dankes für die umfangreiche Arbeit auf dem Gebiete der Rechtspflege; dagegen hütete man sich diesmal, durch die Erfahrung gewitzigt, eine Zensur über das allgemeine Betragen der Volksvertretung auszusprechen.





Fünftes Kapitel ✤ Die kirchenpolitischen Fragen



Zu der hochgradigen politischen Spannung kam eine nicht minder tiefgehende religiöse Erregung, die in Verbindung mit jener schon im Jahre 1845 zu einem die Situation grell beleuchtenden Vorspiele der Revolution führte. Um die Todfeindschaft der streitenden Parteien und insbesondere die Stellung des Liberalismus zu den kirchlichen Streitfragen in diesem und den folgenden Jahrzehnten zu verstehen, müssen wir zunächst zu den Anfängen der Bewegung zurückkehren.

Als Blittersdorff an die Arbeit ging, dem liberalen Verfassungsstaate „die besseren Prinzipien zu substituieren", fehlte zu seinem großen Leidwesen eine fest in sich geschlossene, größere konfessionelle Partei, auf die er sein System hätte stützen können. Bei der herrschenden Grundstimmung des Volkes und seiner Repräsentanten war es aber ein äußerst gewagtes Spiel, von leitender Stelle aus, wie im politischen Prinzipienstreite, die Initiative zur Bildung einer solchen Partei zu ergreifen. Schon in den dreißiger Jahren war die Position der Regierung in kirchenpolitischen Fragen eine besonders schwierige gewesen. Auf der einen Seite stand die Volksvertretung, die, soweit das katholische Glaubensbekenntnis in Betracht kam, fast nur Freunde der Wessenberg'schen Reformbestrebungen zählte; auf der anderen Seite drängte, von einer zwar nicht großen, aber einflußreichen Zahl kirchlicher Heißsporne gehetzt, die oberste Kirchenbehörde zur Abstellung einer Reihe prinzipieller und lokaler Beschwerden. Angesichts dieser Sachlage hatten die Minister Winter und Nebenius eine vermittelnde Praxis geübt und alle Mittel aufgeboten, um eine öffentliche Besprechung der kirchlichen Streitfragen im Lande und in der Presse so viel als möglich hintanzuhalten. Auf die Dauer war solch' ein Friedenszustand unhaltbar, und es fragte sich nur, welche von beiden Richtungen den Krieg in der Öffentlichkeit vom Zaune brechen werde. Der traurige Ruhm, die Brandfackel zu dem großen Kirchenstreite ins Land zu werfen, sollte einem Blittersdorff'schen Werkzeuge, dem Geh. Archivar und Direktor des Generallandesarchives Mone, zuteil werden.

Mone war ein gelehrter, vielseitig gebildeter und unermüdlich tätiger Mann, der sich um die heimische Literatur und Geschichte große Verdienste erwarb. Neben seiner literarischen Sammeltätigkeit entfaltete er aber eine publizistische, die an politischer Schlangenmenschlichkeit das Mögliche leistete. Man kann sagen: er hat allen politischen Systemen, die Baden von 1818–1849 erlebte, als Konservativer gedient. Der junge Mone sah in der Konstitution das Allheil Badens und erinnerte die Fürsten an ihre heiligen Versprechungen. Wie aber der Wind in den oberen Regionen umschlug, dämmerte auch ihm die Erkenntnis, daß für das schöne Land zwischen See und Main eigentlich eine Vertretung der Interessen und Stände das Richtigere wäre. Dann ging er als Redakteur der „Karlsruher Zeitung" von 1831–1835 für das Winter'sche System durch Dick und Dünn; als er auf diesem Wege glücklich bis zum Großsiegelbewahrer des Landes emporgestiegen war, setzte er beim Tode Winters diesem seinem Gönner ein literarisches Denkmal, das nur den einen Fehler hatte, daß es – damals nicht veröffentlicht wurde und erst in unseren Tagen das Licht der Welt erblickte; denn mittlerweile war ein anderer Stern am Himmel aufgegangen und hatte eine neue politische Konstellation heraufgeführt. Jetzt kam ihm die Erleuchtung, daß ein „vernünftiger Absolutismus, wie ihn Blittersdorff erstrebte", das allein Richtige sei, und als ein treuer Diener seines Herrn schwang er von 1840–1842 die Geißel der Zensur. Sollen wir erzählen, daß der „weise Enom" des „Kalifen Achmet" 1849 unter dem Diktator Brentano ruhig die Jahrbücher des Reiches weiterführte?

Wie H. von Andlaw[1]) immer die Worte im Munde führte: „Gott gehört meine Seele, Rom mein gläubig Herz!" so bekannte sich Mone zu dem Wahlspruche: „Haltet fest zur Kirche!" Sein auf lebendiger Überzeugung beruhender Eifer für die ihm heilige Sache der Kirche war es auch, der – man mag sonst über ihn urteilen, wie man will – seine Feder bei Abfassung der Schrift „Die katholischen Zustände in Baden, 1841" führte. Seine Arbeit war in der Hauptsache eine gegen die unmittelbaren Vorgänger Blittersdorffs und Rüdts gerichtete Streitschrift, die aber weit ausholte und alle kirchlichen Kontroversen seit der Entstehung des Großherzogtums von neuem aufrüttelte. Sie war nach allen Regeln der Kunst abgefaßt: obwohl sie bittere Feindschaft zwischen Katholiken und Katholiken, Katholiken und Protestanten, Katholiken und der „protestantischen" Regierung säte, versicherte sie doch, von der reinsten Liebe zum Frieden eingegeben zu sein; während sie behauptete, daß das katholische Kirchenwesen weder in die Rechte des Staates noch in die der anderen Konfessionen eingreife, heuchelte sie, daß die Katholiken, von aller Welt verstoßen, systematisch unterdrückt würden; doch fuhr sie in ihrer „auf-

[1]) Vergl. Badische Landtagsgeschichte IV. 79.

richtigen" Friedensliebe fort: „Ihr Kummer wird Worte, ihre Duldung Sprache bekommen!" Um aber nicht als ein „unbegründetes Pamphlet" zu gelten und den Schein der historischen Treue zu erwecken, ließ sie eine allerliebste Blütenlese von Urkunden mit der versteckten Drohung folgen: „Diejenigen aber, welche sich der Bedrückung schuldig gemacht, mögen aus der Schrift abnehmen, daß wir mehr wissen, als wir zur Zeit für nötig erachten zu sagen, und daß schon dieses schwer auf ihnen lastet."

Mones Schrift, die anonym bei Manz in Regensburg erschienen war, erregte im Lande das größte Aufsehen. Man suchte den Verfasser in den Kreisen H. von Andlaws. Da der Zensor Mone den Gipfel der Verstellungskunst damit erklommen hatte, daß er heftige Ausfälle auf die Zensur machte, dachte niemand an eine Persönlichkeit, die mit der obersten Zensurbehörde in engster Fühlung stand, die mit dem Direktor des Ministeriums des Innern Eichrodt befreundet war, und die zu Blittersdorff und dem Großherzog in vertraulichem Verhältnis stand. Es war natürlich, daß, nachdem einmal von dieser Seite die Streitaxt ausgegraben war, die gegnerische Presse die Antwort nicht schuldig blieb, und daß bald die öffentliche Besprechung kirchlicher Angelegenheiten einen ungewöhnlich gereizten und leidenschaftlichen Charakter annahm. Die „Badische Zeitung", die „Freiburger Zeitung", die „Seeblätter", der „Deutsche Kurier", die „Allgemeine Zeitung" und andere Blätter ließen dem anonymen Pamphletisten die wohl verdiente derbe Abfertigung zuteil werden. Mit vornehmer Ruhe und überlegener Sachkenntnis folgte Nebenius, der wohl den hohen Auftraggeber und die hehre Gönnerschaft, welche hinter Mone stand, kannte, in einer gleichfalls „Die katholischen Zustände in Baden" betitelten Broschüre Schritt für Schritt den tendenziösen Ausführungen des Pamphlets, freilich ohne daß es ihm gelang, den verkappten Autor zur Öffnung des Visiers mit der Bemerkung zu zwingen: „Allerdings mag es für jeden, der in seinem Gemüte leicht aufzureizen ist, nicht klug sein, in einen Streit sich einzulassen, in welchem die Gegner ihre Pfeile aus der Dunkelheit absenden. Ich folgte dem Rufe meiner inneren Stimme und gebe der Leidenschaftlichkeit der Parteien meine Person willig preis. Überhaupt wenig empfindlich gegen persönliche Angriffe, fühle ich mich in meinem Bewußtsein stark genug, selbst Verunglimpfungen gleichgültig hinzunehmen, zumal wenn ihren Effekt die Anonymität der Urheber in den Augen aller Wohldenkenden von selbst vernichtet."

Mones Brandschrift erfüllte gleichwohl in den Kreisen, für welche sie berechnet war, ihren Zweck; denn diese lasen zwar nicht die Gegenschrift des Nebenius, wohl aber waren sie für den Kommentar zugänglich, mit welchem um dieselbe Zeit die Nachricht kolportiert wurde, daß die seit dem Jahre 1812 auf den Befehl Napoleons geschlossenen Freimaurerlogen die zu ihrer Reha-

bilitierung nötigen Schritte bei der Regierung getan hätten. Es ergingen Aufforderungen zur Gründung eines Vereins, welcher die nötigen Organisationen schaffen sollte. Ein süddeutsches katholisches Kirchenblatt wurde mit der ausgesprochenen Aufgabe ins Leben gerufen, die positiven und konservativen Prinzipien in Kirche und Staat zu verfechten und nicht nur dem kirchlichen, sondern auch den weiteren Kreisen des religiösen und politischen Lebens seine Aufmerksamkeit zu schenken. Die heilige Schar, welche sich um dieses Organ vereinigte, besaß weithin reichende auswärtige Verbindungen. Sie überwachte Staat und Kirche in allen ihren Beziehungen und hatte die Wiederherstellung der mittelalterlichen Machtstellung auf ihre Fahne geschrieben. Als im Jahre 1842 der Erzbischof Demeter durch den Tod von seiner schweren Bürde erlöst wurde, bot diese Partei ihren ganzen Einfluß auf, um ihm einen Nachfolger zu geben, der das Schifflein Petri ganz nach ihrem Sinne lenke. Ihr Augenmerk fiel auf Hermann von Vicari, welcher von der früheren Regierung zu den „weniger genehmen" Kandidaten gezählt worden war und schon unter seinem Vorgänger in der Frage der gemischten Ehen sich auf den intoleranten Standpunkt gestellt hatte. Schon bei der Wahl Vicaris am 15. Juni 1842 verlautete, daß dieser 69jährige, kindlich anspruchslose, mit einer gehörigen Dosis schwäbischen Eigensinns ausgestattete, weniger durch hohe Geistesgaben als durch ein reines Gemütsleben ausgezeichnete, rednerisch unbegabte Greis der rechte Mann auf dem rechten Posten sei, wofern ihm — ein tüchtiger Hofkaplan und ein gewiegter Kanonist zur Seite stünde. Schon im folgenden Jahre wurde dieser Hofkaplan in der Person des blutjungen, im Sinne des kanonischen Rechts und der aufstrebenden ultramontanen Partei erzogenen Adolf Strehle gefunden. Worauf es zunächst ankam, deutete Blittersdorff in seinem Gratulationsschreiben an: er kenne keine angenehmere Aufgabe als den Oberhirten zu unterstützen; früher sei die ständige Klage gewesen, daß der Erzbischof die Disziplin zerfallen lasse unter dem Vorwande, daß ihm die erforderliche Gewalt mangle; er glaube nicht, daß man ihm in der Handhabung der Disziplin in den Weg treten werde. Da die Regierung die Kurie nicht nur in der Handhabung der Disziplin unterstützte, sondern auch ihren anderen Wünschen entgegenkam, eilten der Erzbischof und sein Hofkaplan in den Jahren 1842—1845 von Erfolg zu Erfolg. Die Verhandlungen über die Errichtung eines collegium theologicum führten zu dem gewünschten Resultate. Das Priesterseminar wurde nach der ehemaligen Benediktinerabtei St. Peter auf dem Schwarzwalde verlegt. Nach der Eröffnung des theologischen Konviktes wurde die Errichtung von niederen Konvikten ins Auge gefaßt; da bei der Beschaffenheit der Volksvertretung auf staatliche Unterstützung solcher Institute nicht zu rechnen war, errichtete der Erzbischof in Freiburg aus eigenen Mitteln

ein Knabenseminar. Kaum war dieses Beispiel gegeben, als Sammlungen, Vermächtnisse, freiwillige Schenkungen einliefen, um auch an anderen Orten die Gründung solcher Anstalten zu ermöglichen. Am 13. März 1845 wurde die landesherrliche Genehmigung zur Einführung des Ordens der barmherzigen Schwestern gegeben. „Vertrauen um Vertrauen", so schrieb der Erzbischof an den Ministerialdirektor Rettig, „sei unsere Losung auch bei der Sache des Ordens, in einer Zeit, wo Thron und Altar für einander gegen ihre gemeinsamen Feinde stehen sollen."

Diese Rückkehr zum Alten, die von dem unermüdlich tätigen Hofkaplan Strehle besonders auch durch Wiedererweckung des kirchlichen Bruderschaftslebens in seinen vielen Formen gepflegt wurde, mußte natürlich das entgegengesetzte Extrem nähren und das kirchenfeindliche Lager verstärken. Wie es in den Wald hallte, so schallte es wieder aus demselben zurück. Das waren noch die maßvollsten Stimmen, die sich etwa wie folgt hören ließen: Seht! Keine der zahlreichen Konzessionen findet Gnade in ihren Augen; überall, wo der Staat sich nicht unbedingt unterwirft, wird über Verletzung der heiligsten Rechte geschrieen; durch Nachgiebigkeit werden sie nur in ihren exorbitanten Tendenzen bestärkt; es gibt keine Ruhe, bis alles wieder zu den Füßen des Krummstabes liegt! In eine ganz andere Kerbe schlugen die außerhalb jedes kirchlichen Lebens stehenden radikalen Kreise. Sie antworteten mit romanhaften Schilderungen mittelalterlich-hierarchischer Schreckensherrschaft, zerpflückten krasse scholastische Ideen und bedienten einzelne Fälle von Teufelsaustreibungen mit ihrem stereotypen Wortschatz: Pfaffen, Papisten, Obskuranten, Dunkelmänner, Finsterlinge, Römlinge, Jesuiten, Kosaken der Reaktion.

So standen denn die beiden Kriegslager bereits herausfordernd einander gegenüber, als die Ausstellung des Rockes in Trier und der offene Brief Ronges einen Kriegslärm verursachte, durch den die Stimme leidenschaftsloser Maßhaltung, Gerechtigkeit, Weisheit und Toleranz schlechterdings nicht mehr durchzudringen vermochte. Nur einzelne Stimmen versprachen sich nicht viel von der neuen deutsch-katholischen Bewegung, die ihre Nahrung mehr aus politischem als aus religiösem Boden zog. Die Liberalen aller Schattierungen gönnten nicht nur dem Ultramontanismus diese Plage, sondern nahmen auch innigen Anteil an der weiteren Entwickelung der kleineren Gemeinden in den Städten Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Konstanz und Stockach. Ihre Führer waren mit ganzer Seele dabei, namentlich seitdem der mit ihnen befreundete Heidelberger Literarhistoriker Gervinus mit seiner Schrift „Die Mission der Deutschkatholiken" die Hauptwaffe geschmiedet hatte, deren sie bei dem bevorstehenden parlamentarischen Kampfe bedurften, um über die Gegner, wenn auch nicht in der Sache, so doch im Redetournier den Sieg davonzutragen. Bisher hatte nämlich die Deutsch-Katholikenfrage meist auf

dem religiösen bezw. theologischen Gebiet gespielt und bei der indifferenten Grundstimmung der Bevölkerung nur schwache Sympathie gefunden; nun rückte Gervinus sie unter den alles beherrschenden nationalen Gesichtswinkel: „Es gibt einen anderen Standpunkt, auf dem man in diesen Erscheinungen die Keime einer großen Geschichte und reichen Entwickelung des Volkslebens für Jahrhunderte entdecken kann." Von diesem Standpunkte — der auch in der Form, wie er vertreten wurde, sich wie Tag und Nacht von dem der Gegner unterschied — kam das gefeierte Mitglied der „Göttinger Sieben" zu dem Resultate, daß das Streben nicht nur auf die Errichtung einer deutschkatholischen Sekte, sondern auf die Gründung einer sich um die christliche Moral und das Johannische Testament der Liebe scharenden christlich-deutschen Nationalkirche gerichtet sein müsse. „Für unsere Zukunft", führte der Verfasser am Schlusse aus, „gibt es vielmehr kein größeres Losungswort, um das sich doch alle, die es mit Deutschland gut meinen, einträchtig versammeln möchten, als daß wir eine große nationale Reformation bedürfen .... Wir haben in unserer Zollvereinigung eine erste Gelegenheit ergriffen, diese Einigung auf die wesentlichste Basis, die der äußeren Interessen, aufzubauen; es bietet sich die große Gelegenheit dar, sie auf Übereinstimmung der geistigen Bildung und religiösen Versöhnung zu gründen."

Wenn man heute diese Schrift liest und sich den Charakter der Regierung und Regierten, den Indifferentismus der Gebildeten und Gelehrten, die Unwissenheit der Menge, die Ruhesucht der Fürsten und ihrer Diener, die großen Zerstörungen der inneren und äußeren Politik in damaliger Zeit vergegenwärtigt, so erscheint das Problem, das den historischen Denker so weit über die Grenzen des Raumes und der Zeit hinwegtrug, unter einem Gesichtspunkte doch wohl begreiflich, ja, sogar notwendig: solch' festen nationalen Grundes, aber auch solch' schwärmerischen Gedankenfluges bedurfte es, um den dreißigjährigen Kampf, der nun folgen sollte, vorzubereiten und die mit ihren heiligsten Gefühlen im österreichischen Lager stehenden Gegner — auch in diesem Erziehungsfeldzuge wird uns Gervinus als einer der ersten Vorkämpfer begegnen — mit der Einheit unter Preußens Führung auszusöhnen.

Wesentlich anders dachte der greise Freiherr von Wessenberg über die kirchlichen Zeit- und Streitfragen. Die vertraulichen Briefe, welche er um diese Zeit mit dem kleinen Häuflein seiner Getreuen, insbesondere mit dem Geh. Rate Mittermaier in Heidelberg wechselte, eröffnen uns einen tiefen Einblick in die Werkstätte seines Glaubens und Hoffens. Tief war er von der Notwendigkeit kirchlicher Reformen überzeugt, allein von der deutschkatholischen Bewegung erwartete er nicht das Heil:

„Daß das Unternehmen der sogenannten Deutschkatholiken Sie keineswegs anspreche, konnt' ich mir denken. Das Leipziger Glaubensbekenntnis ist ein Luftgebild

ohne alle haltbare Grundlage. Auf ein solches läßt sich ebensowenig als auf irgend ein philosophisches System ein Kirchengebäude, am wenigsten ein volkstümliches gründen. Wenn sich diese Erscheinung samt ihrer Tendenz nicht mit einer der Abteilungen des Protestantismus verschmelzt, so wird sich höchstens daraus eine eigene neue Abteilung desselben entwickeln. Unserer alten katholischen Kirche ist und bleibt sie fern und fremd. Die Grundlagen und Grundrichtungen dieser Kirche sind vortrefflich, und sie brauchen nur in ihrer Reinheit aufgefaßt und von den trübenden Elementen, die sich nach und nach angesetzt haben, gereinigt zu werden, um in Zukunft immer mehr anerkannt zu werden und stets herrlichere Früchte zu bringen. In meinem Werk über die Concilien habe ich dies nach dem beschränkten Maß meiner Kräfte darzustellen gesucht. Zugleich glaube ich aber auch, das unabweisliche Bedürfnis einer unaufhörlichen Bekämpfung von Ausartungen und Mißbräuchen oder eines nie erschlaffenden Strebens nach Reform innerhalb der Schranken kanonisch-gesetzlicher Ordnung nachgewiesen zu haben. Nur ein staarblinder oder ganz verblendeter Katholik kann meines Erachtens jetzt die Notwendigkeit einer solchen Verbesserung unserer kirchlichen Zustände bezweifeln, und es kann sich vernünftigerweise nur darum handeln, in welchem Maße und auf welchen Wegen sie mit dem größten Vorteil für die Religion und ihre Bekenner herbeigeführt werden können. Für notwendig halte ich sie nicht nur, damit kein tieferer Verfall und ein weiteres Verderbnis im Schoß unserer Kirche selbst eintrete, sondern auch damit eine Auflösung des Christentums außer unserer Kirche verhindert, und damit Europa vor Erneuerung von Religionskriegen und dem Einbruch einer neuen Barbarei bewahrt werde."

Über die fast unübersteigbaren Hindernisse gab er sich keiner Täuschung hin. Er sah auf der einen Seite die temporisierende, aller Einheit und Zusammenstimmung ermangelnde Behandlungsweise der Staatsregierungen, auf der anderen die geschlossene Gegnerschaft der Ultramontanen und Jesuiten:

„Daß bei uns Katholiken die ultramontane Partei nicht nur in Italien, Frankreich und der Schweiz, sondern auch in Deutschland bei weitem die stärkste sei, läßt sich nicht verkennen. Sie wehrt und sträubt sich aus allen Kräften gegen jede unbefangene Beratung über die kirchlichen Zustände und wird täglich kühner in der Verteidigung alles Mißbräuchlichen. Unsere Theologen wetteifern miteinander, hierfür in dialektischer Kunst die alten Scholastiker zu überbieten.

Endlich hat der ohne Widerspruch der Mächte hergestellte Jesuitenorden mit seinen verschiedenen Verzweigungen mittelst seiner bekannten Künste bereits wieder einen Machteinfluß erworben, der sich nicht nur jeder kirchlichen Verbesserung mit Starrheit und Schlauheit widersetzt, sondern auch längst verschwundene Ausartungen und Mißgestalten wiederherzustellen sich bestrebt. Das Ankämpfen gegen diesen Orden, das Ihre italienischen Freunde verlangen, tut allerdings not; dasselbe wird aber, solange der Orden Bestand hat, zu nichts führen. Hier tritt wieder der Fall ein, wie zur Zeit Clemens' XIV. Nur die förmliche Aufhebung kann dem Unwesen abhelfen. Ohne diese Maßregel ist bei dem dermaligen Zustand der Dinge keineswegs zu hoffen, daß die anderen Maßregeln zur Herbeiführung einer weisen, echt christlichen und umsichtigen Kirchenverbesserung gelingeu und ihr Ziel erreichen werden."

Trotz aller bitteren Erfahrungen hielt Wessenberg an der Überzeugung fest, daß es der Kirche in ihrem Organismus an Mitteln nicht fehle, um die menschlichen Entstellungen, Runzeln und Makeln zu beseitigen und den in

Deutschland um sich greifenden Geist liebloser Unduldsamkeit und ungeregelten Strebens nach willkürlichen Gestaltungen des Kirchentums zu bannen. Unter allen kanonischen Institutionen erschien ihm die regelmäßige Abhaltung und zweckmäßige Einrichtung der Diözesan- und Provinzialsynoden als das tüchtigste und wirksamste Reformmittel. Auf diesem schon von dem tridentinischen Konzil vorgezeichneten Wege hoffte er, daß dereinst der wahre, reine Katholizismus obsiegen werde. „Nur dürfen — so mahnte er ohne Unterlaß — seine Freunde nicht aufhören, seine Grundsätze in Schutz zu nehmen und ins Licht zu stellen."

Während der Freiherr von Wessenberg nur noch für den engeren Kreis der Freunde schrieb, führten unter Kuenzers Führung die Geistlichen des Seekreises den alten Streit mutig, wenn auch bei den obwaltenden Verhältnissen ohne einen Hoffnungsschimmer, weiter. Die Mehrzahl der neuesten katholischen Schriften — so führten sie 1845 selbst in einer Petition an den Erzbischof aus — stehe im Widerspruch mit der Bildung des Volkes, und der helle Geist, der ehedem in dem bischöflichen Seminar von Konstanz heimisch gewesen, werde jetzt durch unwürdige Nebenandachten, zum Aberglauben verleitende Bilder usw. gewaltsam ausgetrieben.

Auch der katholische Stiftungsvorstand von Heidelberg richtete wiederholt in den Jahren 1845 und 1846 vortrefflich begründete und maßvoll gehaltene Vorstellungen an den Erzbischof um Abhaltung von Synoden. Allein weitentfernt den Geist der Eingabe zu würdigen, ließ sich die Kurie ungefähr also vernehmen: Wir finden an unserer heiligen Kirche nichts, was zu ändern und zu bessern ist. Wir haben nicht die Kirche zu bessern, sondern uns selbst. Habt kindliches Vertrauen auf uns, die wir vom hl. Geist gesetzt sind, die Diözese zu leiten. Ein Handschreiben des Erzbischofs an den Geh. Rat Mittermaier fand Synoden aus dem Grunde nicht für notwendig, „weil alles in unserer Kirche einheitlich mit dem Oberhaupt der Kirche und den Konzilien reguliert ist, und statt einer Synode ein Ordinariatskollegium beratend mit dem Bischof ordnet, daß alles gebührend beobachtet werde".

Geradezu widerlich und abstoßend auf alle, welche den Gebrauch der Vernunft noch nicht ganz eingestellt hatten, wirkte die Art und Weise, wie die von dem Professor Buß und Theologen Stolz geleitete Presse das Volk mit „Erbauungsschriften" heimsuchte und die Gegner, insbesondere den ehrwürdigen Wessenberg bekämpfte. „Könnte mich jemand", so führte in dieser Zeit der Historiker Schlosser in seinem Kolleg aus, „in den Schoß der katholischen Kirche bringen, so wäre es ein edler Bischof wie dieser; die bellenden Hunde des Fanatismus schrecken aber glücklicherweise uns alle, die wir Christum und seine himmlische Kirche verehren, von der Türe der papistischen Kirche zurück."

Da sich die jungen deutsch-katholischen Gemeinden gleich beim Beginne der Bewegung von der katholischen Kirche lossagten, war die Stellung der innerhalb der Kirche befindlichen Kreise die einer scharf ausgeprägten Kampfposition. Der Erzbischof rief in einer Eingabe an die Staatsregierung vom 10. März 1845 den staatlichen Schutz der kirchlichen Rechte an, warnte durch einen Hirtenbrief in der Karwoche das Volk vor „treu- und eidbrüchigen Priestern", ermahnte in einem Rundschreiben vom 17. März den Klerus, im Religionsunterricht, in der Christenlehre und Predigt seine Pflicht zu tun, und forderte die Dekane in einem Zirkulare von demselben Tage auf, über die Agitation der neuen Sekte zu wachen und zu berichten. Auch wurde unter seiner Ägide ein neues Organ, die „Süddeutsche Zeitung" gegründet, in welcher die Hauptredakteure Strehle und Buß dem Volke zu Gemüte führten, daß der Deutsch-Katholizismus „von religionslosen, sittlich verkommenen und revolutionären Subjekten" ausgehe und von allen Glaubensfeinden, insbesondere den Freimaurern, unterstützt werde. Als Ronge und Dowiat sich gar im Lande blicken ließen, wurde der Fanatismus der Massen und selbst der Unverstand der Kinder angerufen, um durch Roheiten der bedenklichsten Art ihnen den Aufenthalt zu verleiden.

Die Regierung befand sich bei dieser Lage der Dinge in einer schwierigen Position. Sie tat zunächst, was sie unter keinen Umständen hätte tun dürfen. Statt die so wenig lebenskräftige Bewegung der freien Luft zu überlassen, wo sie von selbst verkümmert wäre, ließ die Regierung ihre Polizei und Zensur die Kastanien für den Ultramontanismus aus dem Feuer holen, und zwar in einer Weise, die alle Freunde der religiösen und politischen Freiheit auf den Plan rufen mußte. Um diese unbegreiflichen Schritte zu begreifen, müssen wir einer Begleiterscheinung gedenken, die zwar noch sehr der Aufklärung bedarf, die aber seiner Zeit ein äußerst wirksamer historischer Faktor gewesen. Seit Blittersdorffs Weggang nach Frankfurt pflegte das liberale Volk die „Kamarilla" als seinen gefährlichsten Widersacher zu bezeichnen. Dazu rechnete es den Kreis von hochgestellten Staats- und Kirchenbeamten, welche die intimste Umgebung des Großherzogs ausmachten, insbesondere wurden die Namen des Geh. Hofrats Frei, Vorstand des Geh. Kabinetts, und des Oberstkammerherrn Graf von Broussel in diesem Zusammenhange genannt; ein ganz unheimlicher Einfluß wurde einem Beamten dritten Ranges, dem Geh. Kabinettsexpeditor Hacker, zugeschrieben. Um die Tatsache, daß gerade ausgesprochene und fanatische Anhänger der ultramontanen Richtung das Ohr des Großherzogs und der Großherzogin besaßen, zu erklären, nahm man seine Zuflucht zu Erklärungen, die wie weiland zu Großherzog Ludwigs Zeiten das Ansehen der Krone schwer schädigen mußten. Der Hofhistoriograph Mone, hieß es, sei im Besitze von Akten, deren Veröffentlichung dem Großh.

Hause ans Leben ginge. Ja, das tolle Gerücht fand Glauben, daß der Großherzog heimlich katholisch geworden und daß das ganze Ministerium durch die Jesuiten erkauft sei. Regenauer und Rettig galten als die gefügigsten und geschicktesten Werkzeuge der Kamarilla.[1])

Unter des Letzteren Verantwortung wurde auch im Herbste 1844, als die Deutsch-Katholikenbewegung ihren Anfang nahm, der Amtmann von Uria-Sarachaga in das große Hauptquartier der Opposition nach Mannheim geschickt. Dieser junge Mann, ein Spanier von Geburt, stand durch den General von Cassolaye, welcher seine Mutter weiland aus dem Süden entführt hatte, und durch den Ministerialassessor von Meysenbug, den späteren Minister der auswärtigen Angelegenheiten, mit den höchsten Kreisen in Karlsruhe, Frankfurt, Wien und Rom in Verbindung. Es dauerte nicht lange, so stellte Uria seine beiden Vorgesetzten, den Regierungsdirektor Schaaff und den Stadtdirektor Riegel, die doch auch schon alles Mögliche und Unmögliche im Kampfe gegen

[1]) Bis hierher hatten wir geschrieben, als uns das Zeugnis Ludwig Häussers im zweiten Bande der „Gegenwart" zuverlässige Kunde brachte; es möge unsere Ausführungen ergänzen, zumal es an freimütiger Aussprache nichts zu wünschen übrig läßt:

„Die Ernennung Rettigs, die Eichrodt unterzeichnet hatte, war ein Werk der Kamarilla, d. h. jener Zwischenregierung, die auch in Baden wie anderwärts den konstitutionellen Grundsatz zur Lüge machte und hinter den Kulissen ihr in doppeltem Sinne unverantwortliches Unwesen trieb. Es gab solcher Einflüsse in Baden verschiedene: die biegsame und auf sich selbst zu wenig vertrauende Persönlichkeit des Regenten öffnete solchen Intriguen die Tür. Der zweite Bruder des Großherzogs, Markgraf Wilhelm, übte seit langem solchen Einfluß. Es fehlte diesem Prinzen nicht an militärischen Verdiensten, noch an einem scharfen praktischen Verstande; seine determinierte, kurz angebundene Individualität mochte dem unentschlossenen Bruder imponieren. In ein konstitutionelles Regiment taugte der herrschsüchtige, an blinden militärischen Gehorsam gewöhnte und in bonapartistischen Erinnerungen aufgewachsene Mann durchaus nicht. Und doch übte er sichtbar großen Einfluß: nicht nur das Militärwesen wurde mehr als dienlich nach seinem Ermessen und Gutbefinden geleitet, sondern auch in der Verwaltung, namentlich in der Besetzung von Stellen war der markgräfliche Einfluß häufig mit Händen zu greifen. Durch seine Gemahlin hing er mit den pietistischen Tendenzen zusammen, und diese suchten an ihm wieder ihre Stütze. So hatte der Markgraf seinen Hof, übte einen Regierungseinfluß und eine Protektion, der, wie man glaubte, nichts widerstehen könnte. Traurig genug, daß hohe Regierungsbeamte in einem konstitutionellen Staate sich, gleichviel ob in Wahrheit oder trüglich, das Armutszeugnis ausstellten, an des Markgrafen Einfluß seien die eigenen besseren Vorschläge gescheitert. Schlimmer noch, daß die öffentliche Meinung den Markgrafen für jene feindselige und fremde Haltung verantwortlich machte, die das Militär eine Zeit lang geflissentlich gegen die Bürger einnahm, oder gar, daß man die leitenden Fäden einer verworfenen Intrigue, die im Herbst 1843 zu einem europäischen Skandale führte, in den mit dem markgräflichen Hofe zusammenhängenden Kreisen aufsuchte.

Ward von diesen Seiten auf die Regierungshandlungen ein oft nachteiliger und jedenfalls unpopulärer Einfluß geübt, so befanden sich in der nächsten Umgebung des Regenten noch andere Elemente, die als die ständige Kamarilla hinter der verantwortlichen

den Liberalismus geleistet hatten, durch die unerhörtesten Eingriffe in die verfassungsmäßigen bürgerlichen Rechte in Schatten.

Doch der Baron von Uria sollte seinen Baron von Struve finden. War jener im linden Süden zu Hause, so war dieser im rauhen Norden, in Livland als Sohn eines Diplomaten 1805 geboren. Nachdem er weder als Attaché bei der Oldenburger Bundestagsgesandtschaft noch als Landgerichtsassessor bei den Oldenburger Gerichten Befriedigung gefunden hatte, war er nach Mannheim übergesiedelt, wo er zunächst als höchst mittelmäßiger Advokat lebte. Von dem leidenschaftlichen Drange getragen, die Menschheit von Baden aus glücklich zu machen, wandte er sich bald theologischen und philosophischen Studien zu, schrieb ein „Lehrbuch über Phrenologie", „Briefe über Staat und Kirche", „Briefwechsel eines ehemaligen und jetzigen Diplomaten", „Gallerie berühmter Männer". Da diese größeren schriftstellerischen Arbeiten wenig Anklang fanden, ging er 1845 als Redakteur des „Mannheimer Journals" zu dem Berufe über, in dem er eine für sein Adoptivvaterland höchst verhängnisvolle Rolle spielen sollte.

Regierung operierten. Leere Höflinge wie der Oberhofmeister Graf Broussel, oder gemeine Schreiberseelen, wie der allmählich zum Geheimen Kabinettsrat hinauftitulierte Sekretär Frei, bildeten vorzugsweise diese Zwischenregierung, die sich zwischen Thron und Volk drängte und den vorhandenen Riß zwischen beiden nach Kräften vergrößerte. Wohldienerische Servilität und Kriecherei nach oben, brutaler Hochmut nach unten — diese Leibfarbe der Höf- und Günstlinge aller Zeiten — machten auch die Karlsruher Kamarilla kenntlich. So geistlos und unbedeutend die Personen waren, so verderblich ihr Einfluß. Ihnen war der zurückgezogen lebende Fürst, dessen Gemüt mannigfach verbittert, mit einem unseligen Vertrauen ergeben; sie nur bestärkten in ihm jene gereizte feindselige Stimmung gegen die konstitutionellen Vertreter des Volkes, welche die letzten Kämpfe geweckt hatten. Sie teilten Lohn und Strafe aus im Sinne des Blittersdorff'schen Systems; oft bestand der Lohn freilich nur in leeren Titeln und Bändern, oft wurde auch der Fähigere und Verdientere durch den Schützling der Kamarilla verdrängt. Wenn im Schloß der alte Ton durchklang gegen die „Wühler und Demagogen", wenn der Großherzog im persönlichen Verkehr, statt der angeborenen Herzensgüte zu folgen, die strafende Herrschermiene zeigte, wenn er absichtlich die Ständeversammlung nicht mehr persönlich eröffnete, sondern, wie man sich wenigstens im ganzen Lande erzählte und auch glaubte, am Tage der Eröffnung — auf die Saujagd auszog, so sprach sich in solchen Schritten der politische Takt und das Zartgefühl der Kamarilla aus. Man mag das Kleinigkeiten nennen, aber auf solche Kleinigkeiten achtete die öffentliche Stimme, und solche Kleinigkeiten waren es, welche das frühere herzliche Einvernehmen zwischen Fürst und Volk gründlich zerstörten.

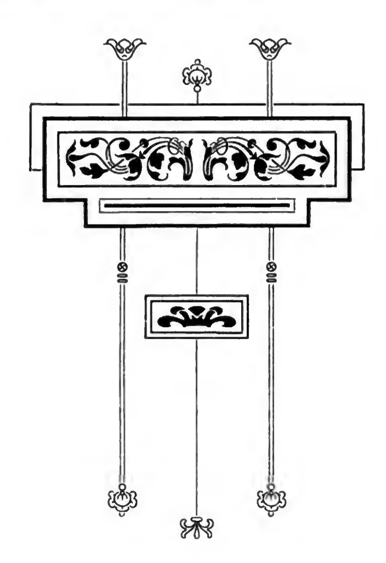
Wenn dann auch ein versöhnender und verständiger Schritt des Ministeriums beruhigte, dazwischen kamen Ernennungen und Beförderungen, die auch den gutmütigsten Optimisten irre machten. Man nannte das Haus in Karlsruhe, wo die Kulissenregierung empfing und sich huldigen ließ, und stolze, hochmütige Herren von der Bureaukratie schämten sich nicht, dort die Schleppträger eines ganz gewöhnlichen Schreibers zu machen, weil er zum Ohr des „Herrn" den Zutritt hatte. Die geheime Geschichte mancher Regierungsmaßregel verlief sich bis in diesen Kreis, der mit der Ehre und der Wohlfahrt des Landes wie des Thrones ein unverantwortliches Spiel trieb.

Auf diesem Lebenswege hatte Gustav von Struve, der als Vegetarianer nichts von dem gemütlichen süddeutschen Wesen besaß und dem ein gleich extravagantes Weib zur Seite stand, in starrer und strenger Konsequenz alle Entwicklungsstadien von rechts nach links durchgemacht. Als Publizist entfaltete er eine ungemein rührige und tätige Kraft. Mit Leichtigkeit arbeitete er sich in die verschiedensten Materien ein, ohne freilich in die Tiefe zu dringen oder originelle Gedanken zu prägen. Für eine Idee, die er einmal ergriffen, konnte er alle, selbst die äußersten Konsequenzen ziehen. Als er die Redaktion des „Mannheimer Journals" übernahm, fühlte er sich nicht nur als Mann von Bildung von dem rohen Tone der radikalen Presse zurückgestoßen, sondern er war auch fest entschlossen, „keineswegs eine wesentlich oppositionelle Stellung, sondern eine mehr positive Richtung einzuschlagen". In der Schule des Musterzensors von Uria sollte er jedoch bald von solchen Anwandlungen geheilt werden. Auf der ständigen Wanderung zwischen Redaktionsstuhl und Gefängnis, wobei er bei den Kollegialgerichten ebenso viel Glück als bei den Verwaltungsbehörden Unglück hatte, bekehrte er sich mählich zu dem sozialistischen Zukunftsglauben und beschloß, für seine Person den ungleichen Kampf mit der Polizei des gesamten „Militär- und Priesterstaates" aufzunehmen, „um die bereits herrschende Mißstimmung zu vergrößern und dadurch den Zeitpunkt einer Krisis näher herbeizuführen". Dieser ausgesprochenen Absicht verdankten seine 20 Bogen Werke „Aktenstücke der badischen Zensur und Polizei" das Leben, in denen er seine Rekursschriften samt den Artikeln, auf welche sie sich bezogen — die gestrichenen Stellen mit roten Farben — veröffentlichte. Über eine kleine Weile, und es sammelte sich um den schmächtigen Mann, dessen kleiner, in ein spitzes Kinn auslaufender Kopf täglich neue Proben eines ungewöhnlichen Demagogentalents ablegte, eine Jüngerschar, die in ihrem Fleisch und geistige Getränke weit von sich weisenden Herrn und Meister, wenn auch nicht einen neuen Heiland, so doch einen zweiten Vorläufer Johannes verehrte.

Als Ende September 1845 die deutsch-katholischen Prediger auch nach Mannheim kamen, und die Polizei mit dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte jedes zugunsten der neuen Bewegung geschriebene oder gesprochene Wort niederschlug, während die ultramontane Presse sich der vollständigsten Schimpffreiheit erfreute, verwandelte sich der Kampf Struves gegen Uria in einen Kampf der Stadtbehörde gegen die Staatsbehörde. Nachdem eine Versammlung, welche in einem öffentlichen Lokale über die gesetzlichen Gegenmaßregeln beraten sollte, als staatsgefährlich verboten und der Rekurs gegen dieses Verbot verworfen worden war, forderten 86 achtbare Bürger auf Grund der §§ 38 und 39 des Gemeindegesetzes den Stadtrat auf, den großen Gemeindeausschuß zu versammeln, um eine Eingabe an die Staatsregierung und die Zweite Kammer

über den unerträglichen Zensurdruck und die gröbliche Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit vorzubereiten. Als am 19. November 1845 dieser legale Akt gegen den erst am Vorabend ausgesprochenen Willen des Stadtamtes stattfinden sollte und eben der Hofgerichtsadvokat Eller im Begriffe war, die geplante Petition zu begründen, da hörte man plötzlich Trommelwirbel und Pferdegetrappel: fast die ganze Infanterie und Kavallerie der Garnison rückte an; der Regierungsdirektor Schaaff stürzte ohne die geringste Würde in Ton und Haltung in den Saal, ließ die Aufruhrakte verlesen und forderte den General von Gayling auf, seines Amtes zu walten.

Ruhig ging hierauf die Versammlung auseinander. War schon vorher das Ansehen der Zivilbehörde auf den Nullpunkt gefallen, so erlitt jetzt der Respekt vor der Militärbehörde einen schweren Schlag, und von diesem Tage an nahm die Demagogie für sich das Recht in Anspruch, die bewaffnete Macht, die sich als einen Spielball der Partei des Herrn von Uria mißbrauchen ließ, in ein Werkzeug für ihre Zwecke zu verwandeln.







Sechstes Kapitel: Der Landtag von 1845



Die vielen und energischen Vorstöße der Opposition während des Landtages von 1843/45 hatten wenigstens das eine erfreuliche Ergebnis im Gefolge, daß Nebenius am 28. März 1845 wiederum an die Spitze des Ministeriums berufen wurde. Mit großer Genugtuung wurde die Kunde von dieser Ernennung in liberalen Kreisen aufgenommen, wenn man auch wohl berechtigte Zweifel darüber hegte, ob dieses Ressort, zumal in dieser bewegten Zeit, der rechte Posten für den subtilen, kameralistischen Denker und milden humanen Charakter sei. Dazu, daß der theoretische Scharf- und Feinsinn dem politisch-praktischen Sehvermögen Abbruch tat und die nötige Energie des Willens und Charakters fehlte, kam ein anderes: Nebenius übernahm in dem ganz richtigen Gefühle, daß seine Zeit vorüber sei, den Ruf ins Ministerium nur für solange, bis ein geeigneter Ersatzmann gefunden sei. Ein schweres Augenleiden, das er sich einst durch Überanstrengung zugezogen hatte, zwang ihn, sich in die Geschäfte mit dem Ministerialdirektor Rettig so zu teilen, daß ihm nur der Verkehr mit den anderen Ministerien und die allgemeinen Vorträge und Verfügungen übrig blieben. Wie man seine gutmütige Schwäche und übermäßige Loyalität schon am Ende des Jahres 1843 dazu gebracht hatte, eine halboffizielle Rechtfertigung des berüchtigten Haberskandals zu verfassen, d. h. die schmutzige Wäsche der hohen Aristokratie rein zu waschen, so ließ er sich auch jetzt bestimmen, mit seinem guten Namen eine Verwaltung zu decken, deren treibende Kraft der unverantwortliche Ministerialdirektor und die hinter ihm stehende Kamarilla war.

Unter ihrem Schutz und Schirm bildete sich eine geheime Nebenregierung, die an dem Präsidenten des Innern vorbei zu ihrem Ziele zu gelangen suchte. An die Beamtendeputierten dieser Richtung hing sich außer der Kammer ein Troß von Leuten, welche sich durch Denunziationen aller Art zu empfehlen suchten. Im Oberlande liefen die Fäden in Freiburg, im Unterlande in Mannheim zusammen. Ihren mächtigen Einfluß verspürte man in allen Zweigen der Administration, insbesondere in demjenigen Teile der inneren Verwaltung, welcher in unmittelbarer Berührung mit dem Volke stand, wie

Polizei, Zensur, Genehmigung von Bürgermeisterwahlen, Zuweisung kleinerer Dienststellen, Arretierungen, Untersuchungen usw.

Unter dem frischen Eindruck der Ereignisse, die sich eben in Mannheim zugetragen hatten, trat am 22. November 1845 der Landtag zusammen. Die Opposition kehrte verstärkt in den Ständesaal zurück. Nur Sander, der erste Offizier der Liberalen, fehlte, am 9. März 1845 vom Tode bezwungen. Sein Hingang war ein schwerer, unersetzlicher Verlust für die liberale Partei; denn seit er in der Blittersdorff'schen Zeit Amt und Würde geopfert hatte, war er, ganz in die Fußstapfen Rotteck's einlenkend, auf jeder Session größer geworden. Unübertroffen in der Erwiderung, hatte er nicht nur die jüngeren kampffrohen Parteifreunde, so oft sie sich zu weit vorgewagt, mit Meisterschaft herausgehauen, sondern auch, was noch viel mehr heißen wollte, an parlamentarische Taktik und Disziplin gewöhnt. Während die radikale Presse, die solche „Inkonsequenz" nicht verstehen konnte und wollte, nur mühsam ihren Groll verhielt, widmete ihm Hecker in der ersten Sitzung dieses Landtages einen ergreifenden Nachruf:

„Gestatten Sie mir, meine Herren, an dem Tage, an welchem wir unsere Arbeiten als treue und wahrhaftige Gesandte des Volkes beginnen wollen, dem Gedächtnisse des Herzens eine Gabe darzubringen, des edlen Geschiedenen uns zu erinnern, nach welchem unser innerster Gedanke fragen wird in den Stunden, da wir nach der Lösung ernster Fragen ringen, wie sie unsere wunderbar verschlungene Zeit auf jeder Welle des Tages daherträgt, nach welchem er fragen wird in den Stunden parlamentarischer Kämpfe: Ist kein Sander da? Die Sache des Volkes ist um ein großes Herz ärmer geworden. Sander war es durch die Kraft seines reichen Geistes vor Tausenden geboten, zu dem Schimmer äußerer Ehren emporzusteigen; aber dem Volke und des Volkes Freiheit, den Armen und Gedrückten schlug sein edles Herz, und seine Ehre war es, in der Hütte genannt zu werden, statt zu glänzen im Schmuck der Großen und in ihren Sälen. Sander hatte nie vergessen, daß er früher Bürger war als Beamter, und er trat ab vom Amte, um Bürger bleiben zu können. Er besaß, was unsere Zeit mehr bedarf als jede andere, Gesinnung. Wie oft hat seine Energie, die rasche Folge seiner Gründe, der gewaltige Strom seiner Beredsamkeit den Wankenden ermutigt, den Zweifler überzeugt und den Freund begeistert! Selbst der Gegner, den er mit den mächtigen Schlägen seines Geistes zermalmte, konnte ihm die Bewunderung nicht versagen; und wenn er trotz der Gewalt seiner Gründe bei der Abstimmung unterlag, konnte er mit dem Stolze des Römers sagen: victrix causa deis placuit, sed victa Catoni. Und Sie meine Herren von dieser Seite des Hauses, wir haben einen unermüdlichen Freund verloren, der stets kampfgerüstet den Ermüdeten unterstützte; der im Rate unerschöpflich, im Handeln unter den Ersten stand. Sander unter anderen Verhältnissen auf die politische Arena gelangt, Sander in dem hohen Rate einer großen Nation, würde Blätter der Weltgeschichte füllen, der Nachwelt zur Bewunderung. Der deutsche Boden hatte nicht Raum, auf dem dieser gewaltige Geist sich entfalten konnte. Adolf Sander wurde zu spät geboren und starb zu frühe. Aber solange es noch Männer gibt, die da glauben, daß die Freiheit nicht bloß ein fliehender Traum ist, und deren Herz erglüht für ewige Rechte der Menschheit, solange möge sein Name als Parole gehen in dem Kampfe um die höchsten geistigen Güter. Den Manen Sanders!"

Angesichts der schreienden Mißgriffe in der Verwaltung war die Opposition fest entschlossen, auf diesem Landtage ganze Arbeit und reinen Tisch zu machen zumal der Großherzog die Ständeversammlung nicht persönlich eröffnete und die Regierung nur das Budget und ein Landwehrverfassungsgesetz in Vorlage brachte. Nachdem sie schon bei den Wahlprüfungen von ihrem numerischen Übergewichte Gebrauch gemacht hatte, begann am 9. Dezember der Abg. Welcker den Frontalangriff mit dem Antrage, die Erklärung der Regierung mit einer Adresse zu beantworten, „in welcher auf eine angemessene Weise auf die Gefahren des bisherigen ministeriellen Systems und auf die Notwendigkeit einer vollkommenen Verwirklichung und Beschützung aller verfassungsmäßigen Rechte hingewiesen werde". Der Motionsteller ließ in bitterem Tone die allgemeinen und besonderen Klagen gegen das herrschende System Revue passieren, unterschied in subtiler Weise zwischen der Person des Nebenius' und dem System, das Rettig handhabte, behandelte mit beißendem Spotte den Herrn von Uria als den eigentlichen Träger der Regierungsgewalt und stellte vom allgemeinen vaterländischen Standpunkte die entscheidende Frage der nächsten Zukunft: „Soll und muß denn auch das deutsche Volk, wie das englische und französische und viele andere, auf dem Wege furchtbarer Revolution, des Thronumsturzes, des Bürgerkrieges die Freiheit erwerben, oder soll es im friedlichen gesetzlichen Verein der Regierungen und Bürger auf die hohe freie Entwicklungsstufe vordringen?"

Solche schwarzsichtige Prophezeiungen, die Welcker nur zu häufig dem herrschenden Systeme entgegenschleuderte, wurden von der ministeriellen Partei mit einem Hohne begleitet, durch den deutlich der Glaube an die eigene Unsterblichkeit hindurchklang. Aber auch die liberale Opposition überschritt wiederholt die feine Grenzlinie, welche den Regenten von seinem verantwortlichen Ministerium scheiden soll. Der Abg. Mathy, welcher seit dem Tode Sanders die führende Rolle übernahm, stellte dem engeren Programm der Regierung die vielen materiellen und ideellen Wünsche des Volkes gegenüber und schoß am Schlusse seiner Rede einen tief verwundenden Pfeil ins Regierungslager ab:

„Ebensowenig als den wirtschaftlichen Interessen des Volkes in der Eröffnungsrede Rechnung getragen wurde, dürften sich die geistigen und politischen Belange, welche den Maßstab der Tüchtigkeit und Lebensfähigkeit einer Nation bilden, irgend einer Berücksichtigung erfreuen. Und doch liegt gerade hier, wie der Abg. Welcker so trefflich ausgeführt hat, daß ich jedes weitere Wort für überflüssig halte, der faule Fleck des Staatskörpers. Eine von außen herein geleitete Kamarilla, deren Häupter und Werkzeuge durch keine edeln Bande an das Vaterland geknüpft sind, entwindet die Zügel des Staates den Händen besserer Regierungsmänner, verfolgt ihre schlechten Zwecke durch Zensur und Polizeigewalt gegen die Verfassung und die Gesetze und fordert in einem Blatte, welches neuerlich erst zum Regierungsorgan erhoben worden ist, zum Umsturz des Ministeriums, zur Ein-

setzung einer reaktionären Regierung auf. Und dabei mißbraucht die Kamarilla den Namen des Fürsten und gibt vor, aus seiner Seele zu lesen.

Wenn es jemals Not getan, die Gesinnungen des Landes durch den Mund seiner Vertreter vor den Thron zu bringen, so ist jetzt der Augenblick gekommen, und darum unterstütze ich den Antrag des Abg. Welcker.

Man droht uns mit der Reaktion, aber auf solche Drohungen zu horchen, wäre dumm und niederträchtig zugleich, im Hinblick auf die allgemeine Regung des deutschen Volkes, zum Schutze seiner Glaubensfreiheit und seiner grundsätzlichen Rechte gegen die Übergriffe finsterer Gewalten und ihrer beschränkten Werkzeuge, sowie angesichts der Pflichten, die wir gegen das Land übernommen haben.

Solchen Drohungen, die ich zu meiner Verwunderung von dem Herrn Regierungskommissar vernommen habe, setze ich eine Warnung für badische Staatsmänner entgegen. Ein neueres Geschichtswerk sagt, daß Baden seine Vergrößerung dem Wohlverhalten gegen Frankreich und der Verwandtschaft mit Rußland verdanke. Man scheint solche Stützen nicht hinlänglich dauerhaft für einen deutschen Staat gehalten zu haben und fügte die Verfassung hinzu, die ihre Wurzeln in den Herzen des Volkes geschlagen hat. Geben Sie einer reaktionären Kamarilla die Verfassung preis, so ist Baden nur noch die letzte napoleonische Schöpfung in Deutschland. Bedenken Sie dies — ich schweige." (Der Vortrag wird mit tiefer Stille angehört und mit Beifall begleitet.)

Unter solcher Geburtshilfe kam Boeckh zu der Einsicht, daß sein „konservatives Grundsystem" nicht mehr ausreiche, daß man der „neuerungssüchtigen" Zeit doch einige Zugeständnisse machen müsse; in einer Denkschrift, welche das Datum des folgenden Tages, des 10. Dezember 1845 trägt, führte er aus:

„Unsere neuerungssüchtige Zeit muß vor allem gegen die Gesetze des Überstürzens bewahrt werden, daher ein konservatives Regierungssystem in allen Staaten, welche es bisher nicht unterließen, veraltete, mit den Zeitverhältnissen in offenen Widerspruch geratene Staatseinrichtungen zu reformieren, geboten erscheint. Zu diesen Staaten gehört das Großherzogtum ohne allen Zweifel.

Mit dem Konservatismus ist aber bei uns, wie in anderen Staaten, die sich mit uns in ähnlichen Verhältnissen befinden, die Aufgabe der Zeit nicht vollständig gelöst. Glaubte man auch vor Jahren, alle Bedürfnisse befriedigt zu haben, war es vielleicht auch wirklich der Fall, die Zeit hat neue entwickelt und dringt auf deren Verwirklichung, und es scheint mir daher ein Gebot der Klugheit, neben dem konservativen Grundsystem das des Fortschrittes nicht ganz zu vernachlässigen."

Nach dem Frontalangriff gegen das Regierungssystem wurde am 15. Dezember durch den Abg. Zittel die deutsch-katholische Frage in einer besonderen Motion zur Sprache gebracht und damit ein Zankapfel angeschnitten, welcher das „konservative Grundsystem" nebst seinen liberalen Kautelen über den Haufen werfen sollte. Der freisinnige Antragsteller galt in den vierziger Jahren für „sehr gemäßigt". Im Jahre 1802 in Schmieheim geboren, hatte sich der Pfarrerssohn wieder dem Stande des Vaters gewidmet und als Seelsorger der Kaiserstuhlgemeinde Bahlingen von 1834—1848 nicht nur durch berufliche, sondern auch durch seine volkstümliche Schriftstellertätigkeit sich einen weithin bekannten Namen gemacht. 1842 von dem katholischen Bezirk Etten-

heim in den Landtag geschickt, gehörte der protestantische Pfarrer mit der großen schlanken Statur, dem offenen Gesichte, der schön gebauten Stirn, den feurigen mit einer Brille bewaffneten Augen, dem schwarzen Haar auch bald zu den angesehensten Mitgliedern der Ständeversammlung. Unter den Rednern



Karl Zittel

der Kammer nahm er eine hervorragende Stelle ein, da seine zwar leidenschaftslose, aber doch begeisterungsvolle Sprache nicht im mindesten durch die Gewohnheit, viel auf der Kanzel zu sprechen, beeinträchtigt wurde.

Von diesem Manne konnte man voraussetzen, daß er in würdiger Weise seinen Gegenstand behandeln werde. Nachdem Zittel die Bemerkung voraus-

geschickt hatte, daß er das Wort ergriffen habe, „nicht um als Protestant dem Katholiken entgegenzutreten, sondern um als Volksvertreter ein heiliges Menschenrecht zu wahren“, und nachdem er für die Kammer das Recht und die Pflicht reklamiert hatte, alle Zeitbewegungen, welche das Volk in nachhaltiger Weise beeinflussen, vor ihr Forum zu ziehen, ging er nach einem Rückblick auf die Geschichte der Deutsch-Katholikenbewegung dazu über, die Haltung der Regierung einer scharfen Kritik zu unterziehen und die Frage aufzuwerfen, wo denn da die vielgerühmte verfassungsmäßige Gewissensfreiheit bleibe? Indem der Redner sodann den Nachweis zu erbringen suchte, daß die allgemeine Religionsfreiheit keine Gefahr für Religion, Kirche und Staat bringe, und indem er an die vielen und schweren Opfer erinnerte, die das deutsche Volk für seine Glaubens- und Gewissensfreiheit gebracht habe, deren Früchte nun durch den mit „Riesenschritten vorwärtsschreitenden, die aufkeimende Saat der Aufklärung und Duldung niedertretenden Jesuitismus“ in Frage gestellt würden, stellte er den Antrag auf staatliche Anerkennung und Gleichstellung der Deutsch-Katholiken mit den anderen christlichen Religionsgesellschaften. Da auch der Führer der Rechten dem Antrage zustimmte und die Regierung sich in diesem Stadium auf die einfache Erklärung beschränkte, sie habe nur getan, wozu sie durch ihre Pflicht und die Gesetze verpflichtet sei, wurde einstimmig die Drucklegung und Beratung der Motion beschlossen.

Gleich als ob die Zeit der vier letzten Dinge angebrochen wäre, begann während der Weihnachtsferien die ultramontane Presse Lärm zu schlagen, und Hofrat Dr. Buß setzte in einer Broschüre „Das Rongetum in der badischen Kammer“ Himmel und Hölle in Bewegung, wie wenn in dem Abg. Zittel der leibhaftige Antichrist aufgestanden wäre. So hoch Gervinus flog, so niedrig nistete Buß. Wer den Abg. Buß Ende der dreißiger Jahre im badischen Landtage[1]) gesehen hatte, der erkannte ihn nicht wieder: so fanatisch, arrogant und demagogisch war er in der Zwischenzeit geworden. Mit den gehässigsten Verdächtigungen überschüttete er die Anhänger des deutsch-katholischen Glaubensbekenntnisses und die Majorität der zweiten badischen Kammer. Daß er ihre Reden „Dampfbomben öffentlicher Lüge, Unwissenheit und Unverschämtheit nannte“, war im Verhältnis zu den eingestreuten Denunziationen das weniger schlechte Mittel, das seinen Zweck heiligte. In demselben Augenblick, in dem er das katholische Volk Badens zur Selbsthilfe aufrief, richtete er feierliche ekstasische Beschwörungen an die Adresse des Thrones. Katholisch-österreichisch und protestantisch-preußisch — waren ihm die tieferen Gegensätze, und in der höchsten Tonart sang er das Lob des „schönen“ Österreich und pries „des Kaisers Majestät“, daß sie ihren Landen durch ein einfaches „Handbillet“ gezeigt hatte, wie man der neuen Sekte begegnen müsse. „Zu-

[1]) Badische Landtagsgeschichte IV. 91.

vörderst die Auflösung der Kammer beantragen", rief er den Männern der Regierung zu: „Eine kurze Zukunft für dieses Leben steht noch vor euch; es geht stark gegen Abend zu Gott und seinem Gericht. Bedenkt es!"

Nachdem auch das Ordinariat in Freiburg einen Notruf hatte erschallen lassen, öffneten sich alle Schleusen des Himmels und regneten Petitionen auf die zweite badische Kammer herab. Von der Kanzel herab wurde das Volk gefragt, ob es sein Kirchenvermögen an das neue Heidentum abtreten wolle. Flugblätter wie „Die Rongerei und die Landstände", „Landwehr gegen den badischen Landstand", wurden unter die Schulkinder verteilt; selbst alte Frauen in Stiftern wurden um ihre Unterschriften angegangen; denn, hieß es, der Großherzog wolle wissen, ob sie katholisch bleiben oder „rongisch" werden wollten. Bittschriften, die sich in den bittersten Schmähungen und Beschuldigungen ergingen, liefen täglich beim Geh. Kabinette ein. Als ein würdiges Seitenstück zu den Schulzenadressen von 1825[1]) möge hier die Petition der Gemeinden Dogern und Birndorf Platz finden:

„Die Deputierten berufen sich immer so gern auf den Willen des Volkes; gut, wir sind auch ein Teil des Volkes, erklären aber und vielleicht neun Zehnteile der Katholiken mit uns, daß wir uns in unsern Abgeordneten schrecklich getäuscht haben, und daß sie sich nach unserer Meinung einen unerhörten Mißbrauch unseres Vertrauens zu Schulden kommen lassen. Nicht um zu verleumden, nicht um unsern erhabenen Fürsten zu kränken und auf die kleinlichste Weise zu schulmeistern, nicht um unsere heilige Kirche zu lästern und Zwietracht und Haß im Vaterlande anzufachen, nicht um unsere Kirchenangelegenheiten von derartigen Leuten, die davon nichts verstehen, ordnen zu lassen, nicht um der Schuljugend eine wenig bildende Unterhaltung zu bereiten, bezahlt das Volk die ungeheuren Diäten an solche Schreier. Da diese aber, wie die Erfahrung schon lange gelehrt, nichts Anders zu tun wissen, so wird die Welt — die vernünftige wenigstens — es begreiflich finden, wenn wir an dem Throne Ew. Königl. Hoheit unsere Überzeugung als die Stimme des Volkes dahin aussprechen, daß jede Verfassung durch solche Volksvertreter zum großen Unglück eines Landes wird, und daß diese Abgeordneten, die sich durch ihre Kreaturen in die Kammer hinein zu drängen wissen, es dahin gebracht haben, wenn das badische mündige Volk wohl von seiner mehr als 1800jährigen Kirche, nicht aber von der durch einen Haufen solcher Wichte mißbrauchten Verfassung Heil und Segen erwartet. Über alle diese Vorkommnisse tief in der Seele betrübt, wagen die untertänigst Unterzeichneten Ew. Königl. Hoheit zu bitten: der Motion des Abg. Zittel, wenn dieselbe wider Erwarten zur allerhöchsten Vorlage kommen sollte, keine Folge zu geben, wenn nicht unsägliche Verwirrung im ganzen Lande entstehen soll, und ferner durch die Ew. Königl. Hoheit zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel dem unnützen und dabei so teuern Getriebe der gegenwärtigen Kammermajorität ein Ende zu machen, indem das Volk sein inniges Vertrauen in Ew. Königl. Hoheit und höchst Ihre Regierung setzt."

Die liberale und radikale Presse blieb die Antwort nicht schuldig. Mit Vorliebe ging sie der pikanten Entstehungsgeschichte der ultramontanen Bittschriften nach und verfolgte die Fäden bis nach München und Luzern. Da

[1]) Vergl. Badische Landtagsgeschichte III. 3.

in Mannheim schon die bloße Anzeige, daß eine liberale Petition zum Unterzeichnen aufliege, vom Zensor gestrichen wurde, nahm der Streit auf der Landtagsbühne immer häßlichere Dimensionen an. Durch die täglich in größerer Anzahl einlaufenden Petitionen aufs höchste gereizt, verlor die Opposition nicht selten jedes Maß und suchte um jeden Preis eine Erlösung von dem herrschenden Übel herbeizuführen. Das Gebiet der Rechnungsnachweisungen gab Anlaß, das heikle Kapitel der Ordensverleihungen anzuschneiden, eine beschwerende Vorstellung über den Militäretat an den Großherzog zu richten, den „früheren Minister, jetzigen Bundestagsgesandten, auf geeignetem Wege, etwa durch Abzug an seiner Besoldung, zum Ersatz des Betrages von 908 fl. 20 kr. anzuhalten". Als vollends der Abg. Soiron wegen einer Äußerung bei Begründung seiner Motion über die Polizeistrafgewalt von einem jungen Offizier mit den Worten gestellt wurde: „Sie sind ein niederträchtiger, infamer Hundsfott, und wenn Sie sich hierfür keine Satisfaktion nehmen, so sind Sie der ehrloseste Schuft unter der Sonne und wert, daß ihnen jedes alte Weib ins Gesicht speit", wurde kein Pardon mehr gegeben. Mit der ganzen Lauge ihres Hohnes und Spottes begleiteten natürlich die liberalen Führer in der Kammer die Übergabe der gegnerischen Petitionen, zumal wenn diese durchblicken ließen, daß der Präsident des Ministeriums des Innern ihren letzten Wünschen im Wege stände; da war der Abg. Mathy so recht in seinem Elemente:

„Es fehlte nur noch eine Petition auf Scheiterhaufen und Autodafes, um Ketzergerichte und einen zweiten Herzog Alba . . . . Die Kamarilla sehe sich in ihrer Existenz durch die Stimmung des Landes und der Kammer bedroht, richte ihre giftigen Pfeile gegen diejenigen Mitglieder der Regierung, welche sich der Reaktion nicht in die Arme warfen; das gehe aus allem hervor, aus den Stimmen und Organen der Kamarilla, welche die unteren und mittleren Behörden zur Widersetzlichkeit gegen die mit der Kammer verbündete Zentralstaatsgewalt auffordern. Wie, wenn jene Partei einmal ein solches Übergewicht in unserem Lande erhielte, daß auch die Regierung ihr in die Hände fiele?"

Die Regierung suchte anfangs einem Konflikte möglichst aus dem Wege zu gehen. Der Gedanke, mit dem jubilierenden Ultramontanismus einen Pakt schließen und die Herrschaft teilen zu müssen, war einigen nicht ganz gläubigen Regierungsmännern viel unheimlicher und peinlicher als die Notwendigkeit, sich durch eine liberale Kammermajorität kontrollieren zu lassen. Auch der Großherzog ließ die Abgeordneten Baumgärtner, Fauth, Speyerer und Dennig, von denen die beiden ersteren zur ministeriellen Partei, die beiden letzteren zur Winter'schen Richtung gehörten, zu sich bescheiden und sprach ihnen den Wunsch aus, nach Kräften zu einer Annäherung der beiden einander so schroff gegenüberstehenden Parteien zu wirken. Allein höher, immer höher gingen die Wogen. Zu Anfang Februar 1846 ging der Petitionensturm in einen Petitionenorkan über. Die Abgeordneten der Rechten keuchten förmlich unter den Bergen von Unterschriften, die sie herbeischleppen mußten,

um ihre übereilte Abstimmung vom 15. Dezember wieder gut zu machen. Der politische Hintergedanke, der Ruf nach Auflösung der Kammer trat immer deutlicher zu Tage. Die schwarze Presse verteilte bereits die Beute. Die hohe Aristokratie, das fremde Diplomatentum, die reaktionäre Bureaukratie, der protestantische Pietismus, alle Elemente, die durch den fortschreitenden Geist der Freiheit gefährdet schienen und etwas für sich konservieren wollten, vereinigten sich mit der Partei der Kamarilla zu gemeinsamem Schlage und erhoben schon ein Triumphgeschrei von einem Ende des Landes zum anderen. Schließlich konnte auch die Regierung der Versuchung nicht mehr widerstehen. Als am 9. Februar 1846 die Kammer in den Kampf über die Welcker'sche Adressemotion eintreten wollte, erklärte der Präsident des Ministeriums des Innern mit bewegter Stimme, daß die Versammlung aufgelöst sei. Der Kammerpräsident erhob sich und sagte: „Meine Herren, unsere Geschäfte sind zu Ende, leben Sie wohl!"

Nach der Auflösung traten die Parteien sofort in den Wahlkampf ein. Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich aller Volksschichten von dem Palaste in der Residenz bis zu der Hütte auf dem Schwarzwalde und dem Odenwalde. Hatte sich der Wahlkampf des Jahres 1842 in der Hauptsache zwischen den Organen der Regierung und des Volkes abgespielt, so wurde jetzt die Schlachtlinie durch das Einschwenken des ultramontanen Fähnleins ausgedehnter, die Kampfesstimmung durch die Mobilmachung des religiösen Elements gehässiger. Der Großherzog ließ den Petitionären gegen die Zittel'sche Motion durch die Regierungsdirektoren antworten, daß er den „Ausdruck dieses Vertrauens und die Äußerungen treuer Anhänglichkeit an seine Person" mit lebhaftem Vergnügen entgegengenommen habe, und daß er ihre „hohen und heiligen Interessen" schützen werde. Die Verwaltungsbeamten begaben sich in ihre Bezirke und teilten „Zivilverdienstmedaillen" aus. Die konservativ-ultramontane Partei bildete in Mannheim ein Zentralkomitee, welches durch Zeitungen, Flugschriften und „Entschädigungen aller Art" auf die Wahlen einzuwirken suchte. „Eure Petitionen sind die Blüten gewesen und haben euch überall große Ehre gemacht, gute Wahlen sind aber erst die Früchte" — also schallte es von den Kanzeln.

Die linke Seite der Kammer hatte sich in der letzten Zeit des Landtages in zwei Fraktionen geschieden, von denen die eine um jeden Preis reinen Tisch machen wollte, während die andere keine Gelegenheit zu einer Kammerauflösung bieten zu dürfen glaubte, um dem gefährlichen Odium zu entgehen, daß die Opposition die Schuld trage, wenn nichts zustande komme. Im Angesichte der großen gemeinsamen Gefahr vergaß man diese häuslichen Differenzen und kam überein, auf die Wiedererwählung aller Mitglieder der liberalen Majorität hinzuwirken. Mit dem Aufrufe: „Zeigt, daß ihr der Freiheit wert seid! Tue jeder das Seine!" trat dann die geschlossene liberale

Partei in Aktion. Ihr Wahlapparat funktionierte vorzüglich. Itzstein leitete von Mannheim aus die Agitation. Die zu Ehren der heimkehrenden Abgeordneten veranstalteten Festlichkeiten boten Gelegenheit, über die Ursachen der Auflösung und die neuen Wahlen zu sprechen, Trinksprüche auf die Urwähler und den Bürgermut auszubringen. Der Tod des Abg. Grether von Lörrach gab Anlaß, in Rede und Stilübungen das Bild eines „nie wankenden Volksfreundes" zu zeichnen. Mathy leitete von Karlsruhe aus die Presse. An die Stelle der „Landtagszeitung" trat jetzt sein fast täglich erscheinendes „Wochenblatt als Fortsetzung der Landtagszeitung". Erst veröffentlichte er populäre Motionen und Petitionen, die auf dem aufgelösten Landtage nicht zur Sprache gekommen, und zeigte an der Hand von Aufsätzen, die aus der Feder des Abg. von Soiron stammten, daß das badische Land schon einmal ein ähnliches, konservativ-ultramontanes „Junker- und Pfaffenregiment" in den zwanziger Jahren gehabt habe. Dann nahm er die gegnerischen Preßstimmen aufs Korn, verteidigte die angegriffenen liberalen Blätter und bereitete durch die raschesten Mitteilungen über den günstigen Gang der Wahlbewegung den Boden für weitere Erfolge. Es gäbe ein Buch für sich, wollten wir erzählen, wie er den offiziösen Preßknecht, den Wertheimer Professor Platz, bis in den letzten Schlupfwinkel trieb. Mit der ausgesuchtesten Bosheit behandelte er die „Geister, welche die Regierung gerufen", den „schwarzen Landsturm" und „die Sendlinge und Söldlinge des jesuitischen Wahleinwirkungskomitees". Und als die Schlacht geschlagen und Sieg geblasen war, da fragte er mit bitterem Spotte, wo denn die „hellen" Haufen des „schwarzen" Landsturmes geblieben, und schloß mit der höhnischen Bemerkung: „Es wäre besser gegangen, wenn die Weiber über 50 Jahren hätten mitstimmen dürfen."

Die Wahlen waren im ganzen Lande bis auf einige wenige, die man in Reserve behalten wollte, auf den 3. April 1846 angeordnet worden. Während man in hohen und höchsten Kreisen noch am Abend dieses Tages auf eine Regierungsmehrheit von Zweidritteln rechnete, wußte man im liberalen Lager bereits um die Mittagszeit, daß der Sieg der Opposition zugefallen sei. An allen Stationen der Eisenbahn stand die harrende Menge und begrüßte die einzelnen Resultate mit lautem Jubel. Schließlich zählte man 36 „Volksmänner" und 27 „Regierungsmänner". Dieses glänzende Resultat hatten die Liberalen in erster Linie der Einigkeit aller Volksfreunde, in zweiter der Uneinigkeit der Gegner zu verdanken. So sehr diese in ihrem Hasse gegen den Liberalismus zusammenstimmten, so feindselig stießen sie sich untereinander ab, als es zum Handeln kam, zumal auch die Regierung die Kanditaten der Ultramontanen nicht ohne weiteres für die ihrigen unterschieben lassen wollte. Der Abg. Dr. Buß war die einzige „Frucht" des Petitionssturmes. „Indessen — so ließ sich damals eine prophetische Stimme

hören — verbreitet St. Peter fort und fort seine Zöglinge über das Land; was diese vermögen, das wird die Zukunft lehren."

Nach dieser schweren Niederlage befand sich die Regierung in einer Sackgasse, aus welcher nur der freiwillige Rückzug oder der gewaltsame Durchbruch mit Hilfe eines Staatsstreiches führen konnte. Wie früher die offene, drohende aristokratische Reaktion, so war jetzt das konservative bureaukratische Regiment, das „in der Sache" nichts nachgeben wollte, gescheitert. Auch der schwarze Landsturm hatte es nicht zu retten vermocht. In dieser Not streckte selbst Blittersdorff die Waffen. In einer Denkschrift vom 8. April 1846 behandelte er die Frage: „Welcher Plan ist zu entwerfen, damit die Großh. Regierung einen festen Standpunkt für die Zukunft gewinne?" und kam zu dem Schlusse, daß auch das Regiment der „bürgerlichen Staatsdienerschaft" seine Rolle ausgespielt habe:

„Was ist in dieser Lage der Sachen zu tun?

Soll die Verfassung aufrecht erhalten werden, so ist keine Regierung möglich, welche nicht über die Majorität der Stände verfügt. Eine wiederholte Auflösung der Stände wird dem gegenwärtigen Ministerium, solange es seine bisherige Farbe behält, keine Majorität verschaffen; es läßt sich im Gegenteil mit Gewißheit vorhersagen, daß nach jeder Auflösung die Oppositionspartei verstärkt wieder erscheinen werde, weil man sich immer weniger mit der reinen Beamtenherrschaft befreunden wird.

Eine Änderung des Systems ist somit notwendig. Worin soll diese bestehen?

Nichts ist nachteiliger, als sich in den öffentlichen Angelegenheiten des Staates Illusionen hinzugeben und vor der Evidenz der Tatsachen die Augen zu verschließen.

Es ist nun einmal Tatsache, daß sich aus der landständischen Verfassung des Großherzogtums, vermöge natürlicher Entwickelung, das repräsentative Regierungssystem herausgebildet hat. Dieses System verlangt nunmehr seine formelle Anerkennung. Diese Anerkennung kann ihm nicht versagt werden. Es wäre denn, daß der Großherzog den Kampf mit demselben persönlich aufnähme und durchführte.

Zu solchen rein persönlichen Entschlüssen, die auf die eigene Gefahr ausgeführt werden müssen, bedarf man keines fremden Rates, und niemand wird sich unterfangen, einen solchen zu erteilen. Diese Frage ist daher nicht zu untersuchen.

Ist der Großherzog aber gezwungen, wenn Höchstderselbe Sich nicht persönlich bloßstellen und den ganzen Kampf allein durchfechten will, das parlamentarische System anzuerkennen, so ist die notwendige Folge davon, daß ein Ministerium gebildet werde, das die Majorität der Stände für sich habe und dieselben zu leiten vermöge. Nur so läßt sich das Ansehen und die Würde der Regierung wiederherstellen, die völlig zu Grunde gehen müßten, wenn dem gegenwärtigen Ministerium etwa die Rolle zugeteilt werden sollte, sich den Diktaten der Majorität zu fügen.

Ein Ministerium Bekk, verstärkt durch liberale Notabilitäten der zweiten Kammer unter Beimischung irgend eines monarchischen Elements als Garantie für das Ausland ist daher nunmehr an der Zeit, und man wird nicht umhin können, sich mit dieser Idee vertraut zu machen... Kommt es dazu, daß S. K. H. dem Herrn Bekk oder irgend einem der Führer der Liberalen den Vorschlag zur Bildung eines neuen Ministeriums überträgt, so wird noch mancherlei zu überlegen oder vorzukehren sein, worüber ich mich aber nicht wohl äußern kann."





Siebentes Kapitel — Der Landtag von 1846



Der bittersten Not gehorchend, mußte man sich jetzt mit der „Idee", zu einem liberalen Regimente überzugehen, vertraut machen. Aber wie weit war noch der Weg von der Ideenwelt bis zur aufrichtigen und ehrlichen Tat? Zunächst überbrachte der Markgraf Wilhelm dem Staatsminister von Boeckh die Mitteilung, daß die Präsidentenstelle des Staatsministeriums aufgehoben werde und die Zeit des Ruhestandes für ihn gekommen sei. „Ohne nach den Motiven zu forschen", soll er, wie sein Biograph, der nichts von der vorhergehenden Wahlschlacht zu wissen scheint, rühmt, die Botschaft entgegengenommen haben. Mit ihm schied ein treuer Diener seines Herrn und verdienter Staatsbeamter aus dem aktiven Dienste. Das freisinnige badische Volk weinte ihm keine Thräne nach, denn zu ihm hat der ehemalige Skribent und nachmalige Präsident des Staatsministeriums mit seinem subaltern bureaukratischen Zuge nur in den Zeiten sich bekannt, wo es nicht gefährlich war, liberal zu sein.

Nach der Pensionierung Boeckhs wurde der Vizepräsident des Oberhofgerichts und Kammerpräsident Bekk ins Ministerium berufen. Zu einem weiteren Schritte konnte sich der Großherzog nicht entschließen. Wenn je, so wäre in diesem Augenblicke die Bildung eines Ministeriums durch Bekk und liberale Kammernotabilitäten nötig und möglich gewesen. Die Staatsraison verlangte es, und die deutschen Großmächte hätten, wie Blittersdorff in der obengenannten Denkschrift des Näheren ausführte, geschehen lassen müssen, was sie nicht ändern konnten. Allein, dazu gehörte ein staatsmännisch beherzter Entschluß, und dafür fehlten, wie wir schon im dritten Bande der Landtagsgeschichte[1]) erzählt haben, bei dem Fürsten schon bei seinem Regierungsantritte alle Voraussetzungen. Die fünfzehnjährige Praxis hatte ihn nicht staatskluger gemacht. Auch war der Großherzog, eine wohlwollende und gutmütige Persönlichkeit, von den Trägern des bisherigen Systems viel zu viel in den Parteikampf hinabgezogen und mit Männern umgeben worden, die

[1]) Seite 42.

es ihm unmöglich machten, dem Liberalismus und seinen Repräsentanten gerecht zu werden. Die Kamarilla lenkte ihn und es anders.

Blittersdorff hatte, wie wir heute wissen, seinen Rat zur Umkehr in der perfiden Berechnung gegeben, es werde der neuen Verwaltung nicht gelingen, den Knoten, den die alte geschürzt, zu lösen, und hatte am Schlusse der obenerwähnten Denkschrift angedeutet, daß, falls Bekk berufen werde, „noch so mancherlei zu überlegen und vorzukehren sei, worüber er sich aber nicht wohl äußern könne". Diese lichtscheuen Machinationen, die darauf ausgingen, die weitere Verschlingung des Knotens so zu leiten, daß die Frage: „Wann wird die Rettung kommen diesem Lande?" wiederum durch Blittersdorff, und zwar nach Alexanderweise, gelöst werden müsse, traten in ihrem Effekte zunächst darin sichtbar zu Tage, daß Bekk ohne Portefeuille ins Ministerium berufen wurde, und daß der Einfluß der liberal gestimmten Mitglieder des Ministeriums Nebenius, Dusch und Bekk durch den der konservativ gerichteten Präsidenten des Kriegs-, Justiz- und Finanzministeriums Freydorf, Jolly und Regenauer mehr als paralysiert wurde, zumal auch der Direktor des Ministeriums des Innern Rettig im Amte blieb, der gegen die Trennung der Verwaltung von der Justiz gestimmt, die Kapitalsteuer einen „Schnitzer in der Nationalökonomie" genannt, den Herrn von Uria nach Mannheim geschickt, und Männern, „die ins Wirtshaus gingen, Zeitungen lasen und sich um fremde Gemeindeangelegenheiten bekümmerten", die Befähigung zum Bürgermeisteramte abgesprochen hatte.

Das neue Mitglied des Ministeriums, Geh. Rat. Bekk, war kein Mann von gewöhnlichem Schlage. Er zeichnete sich nicht nur durch ungewöhnlichen juristischen Scharfsinn, sondern auch durch höhere staatsmännische Auffassung aus. An der Spitze des Justizministeriums wäre er unter anderen Verhältnissen, wenn er von dem aufrichtigen Vertrauen des Großherzogs getragen und von gleichgesinnten tatkräftigen Kollegen unterstützt worden wäre, der rechte Mann auf dem rechten Posten, eine glänzende Erscheinung gewesen. Aufrichtig war er den freisinnigen Ideen der Zeit zugetan und hielt ihre Verwirklichung für ein wahres Bedürfnis der modernen Entwickelungsstufe. Insbesondere erkannte er, daß das Verwaltungsgebäude mit seinen bloß polizeilichen, nicht im Volke wurzelnden Füßen einer gründlichen Reform im volkstümlichen Sinne bedürfe. Auch als politischer Charakter hatte er sich trotz aller Anfechtung bewährt. Noch während der Amtszeit Ludwig Winters war er aus dem Ministerium ausgeschieden und wieder zu seinem Richterberufe zurückgekehrt. Als die Wogen der Reaktion unter Blittersdorff am höchsten gingen, und die meisten Beamten-Abgeordneten der ehemaligen Winter'schen Richtung sich scheu aus dem öffentlichen Leben zurückzogen, blieb er furchtlos auf seinem Posten und übernahm die vielfach angefeindete Rolle

des Berichterstatters in der strittigen Hauptfrage. Als ein würdiger Nachfolger Duttlingers nahm er dann von 1842—1846 den Präsidentenstuhl der Kammer ein. Sich hoch über die streitenden Parteien erhebend, hatte er doch ein volles Verständnis für die Aufgabe derselben, ihre Stärke und Schwäche. Die liberale Partei, zu welcher er sich im Grunde der Seele bekannte, schien ihm sowohl vom Standpunkte des Rechts, der rechtsverletzenden Gewalt gegenüber, als auch vom Standpunkte des Fortschritts, der hinter dem Heereszuge der Zeit zurückgebliebenen Gewalt gegenüber, eine hohe Mission zu erfüllen. Was er aber nicht mit in Kauf nahm, das waren die Übertreibungen und Entstellungen, die so oft das Gefolge einer großen Sache bilden. Vermöge seines klaren, kritischen Geistes, der lange Diskussionen in wenigen Linien faßte und in Gesetzesform goß, war er nicht so glücklich, immer nur die eine Seite einer Sache zu sehen und bibelfest an dieselbe zu glauben. Mit dem ganzen Gewichte seiner hohen sittlichen Persönlichkeit eiferte er gegen den gehässigen, von politischem und religiösem Glaubensfanatismus getragenen Ton, welchen, seitdem Blittersdorff das böse Beispiel gegeben, die jüngere liberale Schule anzuschlagen pflegte.

Es gab in Baden keinen Staatsbeamten, welcher eines ähnlichen volkstümlichen Rufes sich erfreute wie Bekk. Seit Jahren war es der ausgesprochene Wunsch der liberalen Partei, daß die Zügel der Regierung in seine Hände gelegt würden. Wenn auf dem früheren Landtage die badische Rechtspflege in eine neue Bahn gelenkt wurde, so war dies wesentlich sein Verdienst; denn mit ungewöhnlicher Ausdauer und bewundernswertem Geschick wußte er auf der einen Seite die Heftigkeit der Opposition zu beschwichtigen und andererseits der konservativen Partei namhafte Zugeständnisse für die Freiheit abzugewinnen.

Die neu gewählte zweite Kammer bestand aus 13 höheren Staatsbeamten, 4 Professoren, 6 pensionierten Beamten, 9 Advokaten, 1 evangelischen Pfarrer, 1 Apotheker, 12 Bürgermeistern, 3 Landwirten, 5 Fabrikanten, 4 Kaufleuten, 3 Buchhändlern. Wenn man den politischen Zuwachs aller Richtungen musterte, so kam man zu der Erkenntnis, daß die politische Intelligenz des Landes erschöpft sei.

Die liberale Opposition machte davon keine Ausnahme. Wohl das bedeutendste neue Mitglied, das sie schon 1845 erhalten hatte, war der in Lahr gewählte Mannheimer Oberhofgerichtsadvokat Alexander von Soiron. Er war ein Mann des gesunden Menschenverstandes, der es liebte, seine Meinung durch ein Beispiel aus seinem Erfahrungskreise zu illustrieren. Mit ganz hervorragenden juristischen Kenntnissen verband er ein vertieftes historisches Wissen. Er ließ sich die Mühe nicht verdrießen, zu den Quellen der badischen Verfassungsgeschichte hinabzusteigen, und als er aus diesem Jungbrunnen wieder zu dem Staube des Tages zurückkehrte und in Mathys „Vaterländischen

Heften" die Frucht seiner Studien veröffentlichte, sah er in dieser Zeit eine Sturm- und Drangperiode, auf die eine ruhigere Ära folgen müsse; ohne Kampf konnte und wollte er sich aber auch diesen „festeren Zustand" nicht denken:

„Ebenso gewiß ist, daß der einmal errichtete festere Zustand nicht ganz derselbe bleiben kann, daß er ausgebildet und nach den Bedürfnissen der Zukunft wird abgeändert werden müssen, wenn unsere Nachkommen mit der Zeit nicht in einem engen baufälligen Haus wohnen sollen. Der nach Vervollkommnung strebende geistige Trieb im Menschen wird solche Ausbildung, solche Veränderungen verlangen. Es wird sich ihm aber der gleichfalls in uns wohnende Geist der Trägheit widersetzen, und wenn selbst alle darüber einverstanden sein sollten, daß eine Veränderung notwendig sei, so werden über das wie „verschiedene Ansichten sich zeigen und bekämpfen. . . . ." Die Folgen eines zu erwartenden geistigen Kampfes über die uns alle berührenden öffentlichen Angelegenheiten wird aber nur der fürchten, der entweder kein rechter Mann oder sich der besten Absichten nicht bewußt ist. Der kräftige, edle Bürger wird die Notwendigkeit der Teilnahme an den jeden berührenden öffentlichen Angelegenheiten und damit auch die Verbindlichkeit zu solcher Teilnahme anerkennen, er wird einsehen, daß das Ziel des Kampfes in diesen allgemeinen Dingen, nur die Erreichung des besten möglichen Zustandes im Staatsleben, dieser Preis des Kampfes noch würdiger ist als der Preis des Kampfes, den jeder einzelne in seinem Privatleben zur Erhaltung und Verbesserung seiner Existenz mit den ihm im Wege stehenden Hindernissen täglich zu kämpfen hat, daß wie in diesem Kampf nur der Schwache, Schläfrige verliert, was der Kräftige, Rüstige gewinnt, in jenem Kampf nur das Schlechte untergeht."

Große Enttäuschungen bereitete die parlamentarische Begabung der Abgeordneten Peter und Kapp. Der erstere war durch den Urlaubsstreit zu ganz unverdientem Rufe gelangt; denn die parlamentarische Praxis zeigte, daß er nur über den gewöhnlichen Phrasenschatz verfügte, wohl ein lenksames Werkzeug der Partei, aber nichts weniger als ein politischer Charakterkopf war. Der Heidelberger Professor Hofrat Kapp, bekannt durch seinen Streit mit Schelling, hatte schon bei seinen philosophischen Vorträgen sich mehr durch konfuse phantastische Überschwenglichkeit als durch klare, wissenschaftliche Theorie ausgezeichnet. In der Kammer war er bald das enfant terrible seiner Partei, da er fast in jeder Sitzung sich zu Vorträgen erhob, deren Länge und Breite in umgekehrtem Verhältnis zur Tiefe stand. Ohne Bedeckung konnte man ihn nicht gewähren lassen, denn bald erging er sich in dunklen, unartikulierten philosophischen Phrasen, bald gab er eine Flut von übertriebenen und unbegründeten Vorwürfen von sich, bald ereiferte er sich über Dinge, die nicht des Ereiferns wert waren, bald deklamierte er ganz unbedeutende Worte mit einem Pathos, das aus einer anderen Welt zu kommen schien.

Eine verhängnisvolle Acquisition hatte die Kammer an den neun Advokaten und die Opposition an dem Hauptrepräsentanten derselben, Brentano, gemacht. Der Oberhofgerichtsadvokat Bernhard Brentano, eine hagere Gestalt mit

schmalem, spitzigem Gesichte, bei seinem Eintritt in die Kammer 32 Jahre alt, gehörte er zu jenen Parteitroupiers, die sich bei der Ausübung ihres Berufes und bei der Wahlagitation eine vollendete Zungenfertigkeit, Rabulistik und Sophistik angeeignet hatten und die skrupellos die Kunst zu schüren und zu hetzen im Ständesaal, wenn auch hier nicht mit dem gleichen Erfolge, fortsetzten. An der ehernen Stirne dieses chikanösen Opponenten prallten alle Gründe, die aus anderem als seinem Munde kamen, wirkungslos ab. Ereignisse, wie die des 19. November 1845, in agitatorisch-demagogischem Sinne auszubeuten — das war in der Hauptsache das Programm, das er vor dem März 1848 verfolgte.

Dieser Zusammensetzung der zweiten Kammer, in der das juristisch-advokatorische Element zu stark, das bäuerlich-bürgerliche zu schwach vertreten war, entsprach auch der ganze übrige Habitus der Volksvertretung von 1846. An Größe und Tiefe reichte sie nicht an die von 1819 und 1831 heran; dagegen übertraf sie jene an dramatischer Lebendigkeit und theatralischem Effekt. Während der Sitzung war die Unruhe groß; Schlag folgte auf Schlag; auf den Klotz der Keil; wie von einer Tarantel gestochen, rannten einzelne Abgeordnete hin und her; die Redner, die mehr von der Tribüne als von den Plätzen sprachen, wurden häufig unterbrochen; im Sturme der Debatte fingen oft mehrere zu sprechen an; die Glocke des Präsidenten läutete unaufhörlich; die Galerie war nicht nur mit Herz und Sinn, sondern auch mit Kehlen, Händen und Füßen dabei. . . .

Viereinhalb Monate, vom 1. Mai bis 14. September 1846 tagte die neue Ständeversammlung. Den Vorsitz führte der Abg. Mittermaier, den Bekk selbst zu seinem Nachfolger in seinem Bezirke empfohlen hatte. Nach seinem freiwilligen Abschiede im Jahre 1840 hatte er sich auf die berufliche, literarische und gemeinnützige Wirksamkeit beschränkt und hier — wie die Zeitgenossen rühmten — eine „riesenhafte Tätigkeit" und „furchtbare Fruchtbarkeit" entfaltet. Kein Tag verging, ohne daß nicht der gelehrte Menschenfreund um irgend eine Unterstützung, Empfehlungsschreiben, Rechtsgutachten angegangen worden wäre. Kein Jahr verging, ohne daß nicht ein neues Werk das Licht der Welt erblickt hätte, oder eine ältere Schrift neu aufgelegt worden wäre. Hoch und Niedrig wandte sich an den weltberühmten Mann, wenn es sich um Fragen der ausländischen Gesetzgebung handelte.

Auch in der Zwischenzeit war Mittermaier in immerwährendem schriftlichem und mündlichem Gedankenaustausch mit den ehemaligen Landtagskollegen, insbesondere mit seinen Nachfolgern auf dem Präsidentenstuhle, geblieben. Wie oft dachten diese an die Zeit zurück, wo er mit der ihm eigenen Gabe, die Landtagsgeschäfte zu fördern und den Geist der Versöhnung auf andere zu übertragen, seines Amtes gewaltet hatte! Während des Wahl-

kampfes von 1842 wurde das Gerücht ausgesprengt, der Großherzog habe ihn mit der Leitung des Justizministeriums betraut. Um dieselbe Zeit schrieb aber der Direktor des Ministeriums des Innern an Mittermaier: „Die Regierung wünscht dringend, daß Ihre Wahl unterbleibe und daß sie nicht in den Fall einer Urlaubsverweigerung komme.“ Erst im Jahre 1846 waren die Zeiten erfüllet, wo ein charaktervoller Mann wie Mittermaier wieder den Präsidentenstuhl der zweiten Kammer besteigen konnte. Nulli me mancipavi — nach diesem Wahlspruch schwang er nach wie vor das Szepter.

Anfangs schien alles gut zu gehen. Die geschlagene konservative Partei rechnete zwar mit einer abermaligen Auflösung so sicher, daß ihre auswärtigen Mitglieder anfangs sich keine Wohnung mieteten; allein die Regierung, welche durch den Ausfall der Wahlen ziemlich kleinlaut geworden war und durch Abstellung einiger krasser Mißstände ihre Chancen etwas verbessert hatte, befand sich nicht in der Stimmung, solchen Gelüsten nachzugeben; zumal die eine Hälfte der Männer, welche jetzt an der Spitze der Regierung standen, das vielfache Unheil klar erkannten, welches die bisherigen Wahlkämpfe nach sich gezogen hatten. So vernahm man denn bei der Eröffnung durch den Mund des Geh. Rates Nebenius Worte, die man schon lange nicht mehr von dieser Seite gehört hatte:

„Seine schönste Aufgabe wird sein, dem Lande das Bild eines harmonischen, von treuer Vaterlandsliebe und gewissenhafter Achtung für Recht und Wahrheit geleiteten Zusammenwirkens der Kammern mit den Organen der Regierung zu geben und aus Ihren Verhandlungen den Geist der Mäßigung, entschiedenes Vertrauen und ein aufrichtiges Streben nach Vereinbarung hervorleuchten zu lassen.

Wo Vertrauen, treue Vaterlandsliebe, Mäßigung und des Rechtes Würde herrschen, werden auch die verschiedensten gegenseitigen Strebungen für des Landes Wohlfahrt in diesem einen Ziele ihre Einigung und Versöhnung finden.“

Auch die Opposition nahm von vornherein, einzelne Ausbrüche leidenschaftlicher Heftigkeit abgerechnet, eine maßvolle und entgegenkommende Stellung ein. Der größere Teil verkannte nicht, daß man den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen müsse. Früher handelte es sich in der Hauptsache nur darum, ein unpopuläres Ministerium und dessen Tendenzen zu bekämpfen, und dabei brauchte eine Opposition, die ohnehin der Mehrheit nicht immer sicher war, nicht gerade sehr wählerisch in ihren Mitteln zu sein; jetzt aber, wo die liberale Linke alle Kammerbeschlüsse in ihrer Gewalt hatte, war es notwendig geworden, daß man nicht nur den eigenen Wünschen und Ansichten, sondern auch den Verhältnissen, über die man nun einmal nicht Herr werden konnte, genügende Rechnung trug. So war die liberale Majorität auf dem richtigen Wege, wenn sie zwar eine Verständigung mit dem Ministerium Nebenius-Bekk anstrebte, nach wie vor aber alle auf die Regierung influierenden reaktionären Elemente bekämpfte.

In die durch Sanders Tod erledigte Führerschaft teilten sich Mathy und Hecker. Während dieser sein rhetorisches Brillantfeuerwerk bei jeder Gelegenheit abbrannte, sprach Mathy nur bei Budget-Handels-Finanzfragen und besonders wichtigen allgemeinen Anlässen, aber dann mit durchschlagender Energie, Tatkraft und Sicherheit. Kein Zweifel, daß bei normaler Weiterentwickelung der Dinge der gründlichere Redner über den glänzenderen den Sieg davongetragen hätte. Mathy besaß nicht die geniale Begabung und die weihevolle Sprachgewalt Liebensteins, nicht die gemütliche Tiefe und charaktervolle Beharrlichkeit Rotteck̃s, nicht das feuerige Temperament und die schwungvolle Redegabe Sanders. Seine Domäne war die verstandesklare Herrschaft über den Stoff und die meisterhafte Anwendung der satirischen Form. Über den Redner Mathy sprach sich zu Anfang dieses Landtages eine Preßstimme wie folgt aus:

„Mathy, Buchhändler und Literat aus Mannheim, ist entschieden einer der bedeutendsten Führer der badischen Opposition und einer der besten, ja wenn man die Schärfe des Verstandes allein berücksichtigt, unbedingt der beste Redner der ganzen Kammer. Seine Reden sind so klar, daß sie jeder verstehen wird, ohne daß sie im geringsten sich in Gemeinplätzen oder Trivialitäten bewegen, dabei hält er sich immer an den Gegenstand und erlaubt sich nur dann Abschweifungen, wenn es von Nutzen für die Sache zu sein scheint. Alle seine Worte sind berechnet und stehen an ihrem Platz, ohne daß eins zu viel oder zu wenig wäre. Auch sind sie mit großer Geschicklichkeit gewöhnlich so gewählt, daß man ihnen immer noch einen zweiten Sinn geben kann, den offen auszusprechen der Redner nicht wagen durfte, so daß er, wenn er etwa darüber zur Verantwortung gezogen wird, wie schon öfters geschehen, immer einen schützenden Ausweg sich offen hält. Seine Sprache ist gewählt, ohne gerade blühend zu sein, reich an passenden Wendungen und treffenden Vergleichen, ohne doch zu überladene Ausschmückung zu haben. Ein ganz besonderes, wirklich oft bewundernswürdiges Talent besitzt Mathy darin, am Ende einer Diskussion alle während derselben gehaltenen Reden kurz die Musterung passieren zu lassen, das Treffende in den Reden seiner Partei hervorzuheben, die Blößen seiner Gegner aber mit scharfem, höhnendem Spott, den er, ohne die mindeste Leidenschaftlichkeit zu verraten, in reichlicher Menge verteilt, zu geißeln. Er ist deshalb der gefürchtetste Redner der Opposition, der ihr unendlichen Nutzen bringt, zumal da ihm tüchtige Kenntnisse, besonders im nationalökonomischen Fache zu Gebote stehen. Wir haben ihn stets mit vielem Vergnügen gehört und es allemal bedauert, wenn er seine Rede schloß, allein — wir müssen es offen bekennen, erwärmt oder hingerissen haben dieselben uns niemals, dazu sind sie zu kalt, zu berechnet, zu sehr den Eindruck machend, als wäre ihr Ursprung nicht die warme innere Begeisterung des Redners, sondern bloße nüchterne Berechnung. Trotz ihrer bedeutenden Vorzüge haben sie einen großen Mangel: sie wirken gar nicht auf das Gemüt, ja, sie verletzen dasselbe bisweilen.“

In der Annahme, daß die Neubildung des Ministeriums Bekk noch im Werden begriffen sei, brachte die liberale Mehrheit das große und schwere Opfer, eine Zeit lang das Kriegsbeil auf die Seite zu legen. Auf Welckers Antrag beschloß die Kammer, unter den gegenwärtigen Verhältnissen von einer allgemeinen Kritik des Regierungssystems durch eine Adresse Umgang

und mit einer Rechtsverwahrung zu Protokoll vorlieb zu nehmen. Dieses Opfer war um so höher anzuschlagen, als es unmittelbar nach einem siegreichen, zum Übermut reizenden Wahlfeldzug und in einer Zeit gebracht wurde, wo die Parteifreunde vor allem die Betätigung von rücksichtsloser Kraft erwarteten, allein sehr richtig führte der Abgeordnete Mathy aus:

„Lassen wir uns darum auch nicht beirren durch die Besorgnis, es werde der Antrag des Abg. Welcker uns für Feigheit ausgelegt werden, als ein Zeichen, daß wir nicht den Mut hätten, unser Recht zu üben, sobald es uns bestritten wird. Sind wir überzeugt, im Interesse des Gemeinwohles zu handeln, so darf uns die Rücksicht, verkannt oder verleumdet zu werden, nicht einen Augenblick wankend machen."

Auch der Abgeordnete Hecker schloß sich dieser Auffassung an:

„Man hat damit angefangen, sich gleichsam zu entschuldigen, als ob vielleicht eine gewisse Schwäche darin gefunden werden könnte, daß nun die Kammer sich zu einem anderen und milderen Antrag herbeiläßt, als derjenige war, der auf dem aufgelösten Landtag gestellt war. Ich fürchte aber mit nichten, daß man von seiten des Volkes hierin irgend eine Schwäche darin finden wird, denn von einer Kammer, die eine solche Mehrheit zählt, wie die unserige, kann man eher sagen, wo die Stärke ist, da ist auch die Kraft, und wo Stärke und Kraft sind, ist auch die Milde und die Mäßigung — Klugheit."

Im Mittelpunkte der Debatten über die innere Politik standen natürlich die schwebenden kirchenpolitischen Fragen. Da diese seit dem März 1845 wieder von Nebenius geleitet wurden, trat seitdem auch die vor 1839 befolgte Taktik ein. An die Stelle des alten Kirchenregiments war aber inzwischen ein neues getreten, das für eine nach allen Seiten gerechte, tolerante Praxis wenig Verständnis hatte und bald anfing, Wind zu säen, um späterhin Sturm zu ernten. Nachdem nämlich die ersten Restaurationsversuche schon zum Teil mit Umgehung der staatlichen Vorschriften glücklich von statten gegangen waren, nahm Hermann von Vicari den von seinem Vorgänger aufgegebenen Kampf für Wiederherstellung der kanonischen Lehre in Bezug auf die gemischten Ehen wieder auf, indem er am 3. Januar 1845 den Seelsorgern aufgab, die Weisung des Ordinariats einzuholen, wenn Brautpaare eine gemischte Ehe eingehen wollten, und falls ein Vertrag, daß alle Kinder katholisch würden, nicht zustande komme, die kirchliche Einsegnung zu versagen und nur die Pflichten als bürgerliche Standesbeamte zu erfüllen. Als daraufhin das Ministerium des Innern durch eine Verordnung vom 3. Juni 1845 die Verfügung des Ordinariats für unvereinbar mit den Landesgesetzen und der bisherigen Praxis erklärte, forderte der Erzbischof am 9. August 1845 die Seelsorger auf, nach wie vor seine frühere Weisung zu befolgen, da letztere durch die staatliche Verfügung nicht unwirksam geworden sei. Wiederum antwortete Nebenius durch einen Erlaß vom 21. November 1845, in welchem er die Verordnung des Erzbischofs für nichtig erklärte, da sie dem im Großherzogtum herrschenden Geist der Duldsamkeit nicht entspreche

und einen rechtswidrigen, moralischen Zwang auf den katholischen Teil enthalte. Versuche, zwischen der Kurie und der Regierung zu vermitteln, scheiterten an dem Erzbischof, der sich über den Kopf des Ministeriums hinweg an den Großherzog wandte. Vicari wurde immer starrköpfiger, zumal seine Umgebung aus der Ferne und Nähe Zuschriften des Inhalts an ihn gelangen ließ, „seine katholische Entschiedenheit habe schon mehr als alle früheren Verhandlungen ausgerichtet; die Augen des ganzen katholischen Deutschland seien auf Hochdenselben gerichtet".

Auch der Deutsch-Katholikenbewegung gegenüber stellte sich Nebenius auf den Boden der bestehenden Gesetze. Die Botschaft hörte er wohl, allein ihm fehlte, wie dem Freiherrn von Wessenberg, der Glaube. Auf Grund von Vorträgen des Ministeriums des Innern vom 13. und 20. Februar und eines Gutachtens des Staatsrates vom 30. März erschien am 20. April 1846 ein Reskript, welches den neuen Gemeinden eröffnete, daß ihnen nur unter dem Namen eines Vereins der Anhänger des Leipziger Glaubensbekenntnisses bedingungsweise die Abhaltung eines gemeinsamen Privatgottesdienstes gestattet werde; im 14. Artikel der Bedingungen wurden sie darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen nach der Ausscheidung aus der katholischen Kirche diejenigen staatsbürgerlichen Rechte nicht zuständen, welche die Gesetze (Verfassungsurkunde und Wahlordnung) den Angehörigen der zwei rezipierten christlichen Konfessionen besonders zuwiesen.

Auf dieser Linie entbrannte der parlamentarische Kampf. Die Dissidentengemeinden wandten sich beschwerdeführend an die zweite Kammer, und der Kommissionsantrag ging dahin, alle Vorstellungen dem Staatsministerium mit dringender Empfehlung zu überweisen, damit ohne längeren Verzug den Beschwerden der Bittsteller abgeholfen werde. Am 12. und 13. August 1846 wurde bei 21° Reaumur von morgens 8 bis abends 8 Uhr gestritten; von 41 Rednern, die sich zum Worte gemeldet, sprachen 18; die Debatte trug, wie vorauszusehen war, den Charakter eines theologischen Streitgesprächs, bei dem keine Partei die andere zu überzeugen pflegt. Daß in diesem Redeturnier der eine Buß gegenüber dem Dreigestirn Bassermann, Hecker, Mathy, den Kürzeren zog, bedarf keiner weiteren Ausführung; nur die Begründung des Standpunktes der Regierung interessiert uns an dieser Stelle, da wir die Stellung der Parteien bereits kennen.

In einem groß angelegten, gedankenreichen Vortrage führte Nebenius aus: Der Kommissionsbericht fehle insbesondere durch Nichtbeachtung der historischen Entwickelung unserer kirchenrechtlichen Verhältnisse und des Sprachgebrauchs der bestehenden Gesetze. Der Gewissensfreiheit nach der historischen Auffassung, wie sie allein hier maßgebend sei, liege das kirchliche Konstitutionsedikt von 1807 und der § 63 des Reichsdeputationshaupt-

schlusses zu Grunde. Darnach liege der Gedanke an die Zulässigkeit einer dritten christlichen Kirche mit Staatsbürgerrecht ganz ferne; jedem Landesherrn stehe es frei, außer den beiden christlichen auch andere Konfessionen in seinem Gebiete zu dulden. Nähere Vorschriften über die Bedingungen, unter welchen solche Sekten geduldet werden könnten, seien in besonderen Gesetzen nur in Bezug auf die Angehörigen der evangelischen Kirche gegeben und könnten daher auf die aus der katholischen Kirche ausgeschiedenen Dissidenten nur eine analoge Anwendung finden. Ausdrücklich würden solchen Separatistenvereinen die Befugnisse einer konstituierten Kirchengesellschaft und ihren Angehörigen Ansprüche auf Ämter jeder Art versagt. Die Verfassungsurkunde stelle die Gewissensfreiheit in dem Sinne, in welchem sie nach diesen Gesetzen aufgefaßt werden müsse, unter die Garantie der Verfassung; sie überlasse die fernere Entwickelung in den gegebenen konstitutionellen Formen der späteren Zukunft.

Nach Ansicht der Regierung genügten die bestehenden Gesetze wenigstens vorerst noch. Auf ihrem Grunde habe man im wohlverstandenen Staatsinteresse gehandelt, denn unleugbar liege in der Zersplitterung der Religionsgesellschaften ein großer Nachteil für das staatliche Leben. Die neuen Vereine müßten noch ihre Probe- und Prüfungszeit bestehen und zeigen, ob sie wirklich lebensfähig und lebenskräftig seien. Noch sei die Zeit nicht gekommen, um in dieser Beziehung ein sicheres Urteil fällen zu können:

„Erblicken Sie selbst, meine Herren, in der Zersplitterung der Religionsgesellschaften, in zahlreichen Sekten einen Nachteil für das staatliche Leben und bedeutende Schwierigkeiten für die Staatsverwaltung, müssen Sie anerkennen, daß, wie ein tiefer gefühltes religiöses Bedürfnis, so auch vorübergehende äußere Anlässe, Leichtsinn und unlautere Triebfedern zur Sektiererei führen können, so dürfen Sie nicht wollen, daß man eile, entstehenden neuen Religionsvereinen korporative Rechte zu verleihen. Sie müssen vielmehr wünschen, daß, ehe man einer neuen Sekte eine solche Begünstigung gewährt, ihr den Stempel einer ewigen Gesellschaft aufdrückt, sie in die Reihe der würdigsten und heiligsten Körperschaften feierlich einführt, man zusehe, ob das religiöse Element, die Heilsbegierde, die Glaubenskraft, der sittliche Ernst, welchen alle lebende Kirchen ihre Entstehung und ihre Fortdauer verdanken, sich vorherrschend und dauernd erweisen, und daher der neue Verein sich wirklich lebensfähig und lebenskräftig zeige . . . .

Sie kennen, meine Herren, die Gegensätze, die sich im Leben der bestehenden Kirchen infolge einer hauptsächlich seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts begonnenen Richtung, die man als die der fortschreitenden Duldsamkeit und kirchlichen Milde bezeichnet, und der in unseren Tagen eingetretenen Reaktion sich gebildet haben. Es liegt in der Natur solcher Bewegungen, daß sie nach der einen und anderen Seite hin leicht das rechte Maß überschreiten, und bis sie es finden, sich Erscheinungen zeigen, die mehr oder weniger kurz vorübergehend sind. Ob eine solche auch die Erscheinung sein werde, die wir in dem Entstehen der neuen Sekte erblicken, weiß ich nicht. Ich weiß nur und glaube, als eine allgemeine Wahrheit der Geschichte aussprechen zu dürfen, daß da, wo keinerlei Glaubenszwang und Gewissensfreiheit in dem Sinne unserer Gesetze besteht, in eben dem Maße,

als ein kirchlicher Rigorismus vorherrschend wird, einerseits die Gefahr der Bildung neuer Sekten wachsen und ihr Erstarken begünstigt wird, andererseits aber der Staatsregierung ein Niederhalten der Versuche, neue Religionsvereine zu gründen, wie überhaupt ihre Wirksamkeit zum Schutze der bestehenden Kirchen gegen bedenkliche Bewegungen erschwert werden muß."

Nachdem Nebenius den Standpunkt der Regierung begründet hatte, fiel die weitere rednerische Vertretung desselben dem Geh. Rat Bekk zu. Mit dem ihm eigenen großen parlamentarischen Geschick löste er seine nicht leichte Aufgabe. Die Verteidigung der formellen und materiellen Seite der angegriffenen Verordnung fügte er hinzu: über den Wert oder Unwert der Sache habe er sich nicht auszusprechen; nur die Mahnung möchte er beifügen, bei aller Freiheit auch die bestehenden Gesetze zu achten, das Interesse der Gesamtheit im Auge zu behalten und den Verstand nicht übertäuben zu lassen; in Konsequenz der aufgestellten Grundsätze müsse man auch die Brüder des heiligen Ignaz von Loyola religiöse Gesellschaften in unserem Lande gründen lassen; der Staatsmann dürfe nicht aus Sympathien für eine Sache Rechtssätze aufstellen, deren Anwendung er im anderen Falle beklagenswert finde.

Mit 36 gegen 26 Stimmen wurde der Kommissionsantrag mit dem Zusatze angenommen, daß insbesondere der obengenannte Artikel 14 des Großh. Staatsministerial-Reskriptes zurückgenommen werden möge. Wohl als Hauptfrucht nahm man die Überzeugung mit aus dem Saale, daß das kirchliche Konstitutionsedikt von 1807, der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 und der westfälische Friede von 1648, die eine so große Rolle bei der Diskussion gespielt, keine geeignete Grundlage mehr für eine gesetzliche Lösung der strittigen Fragen in modernem Geiste seien.

Das eigenmächtige Vorgehen des Erzbischofs begleiteten seine parlamentarischen Flügeladjutanten von Andlaw und Buß durch Motionen auf Wiederherstellung der kirchlichen Freiheit in der ersten und zweiten Kammer. Ihre Anträge eröffneten einen — wie die Opposition meinte — „dankenswerten" Blick in die Ziele, welche das Strehle-Vicarische Kirchenregiment sich gesteckt hatte. Was sie verlangten, war nichts Geringeres, als daß die Regierung die bestehenden Gesetze über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche aufheben und eine Übereinkunft mit dem Erzbischof treffe, wodurch die katholische Kirche ihre selbständige Freiheit erhalte; unter „selbständiger Freiheit" verstanden sie auch die kirchliche Mitwirkung bei der Leitung der Schulen, Revision des katholischen Volksschulwesens, Bildung der Schullehrer nach den Vorschriften der katholischen Kirche usw. Solche und andere Forderungen wurden in der ersten Kammer mit allen gegen vier Stimmen „vertagt", in der zweiten mit allen gegen zwei Stimmen „als auf sich beruhend" betrachtet. Bei dieser Gelegenheit wurde mit dem Abg. Buß eine Abrechnung gepflogen, wie sie in den Annalen des badischen Landtages ohne gleichen sein dürfte.

Selbst ein Kritiker, der ihn nicht mit den Augen der Opposition betrachtete und seiner parlamentarischen Arbeit gerecht zu werden suchte, schrieb bei Beginn des Landtages:

„Bis jetzt war der Gegenstand seiner Reden nicht derart, daß seine ultramontane Richtung dabei ins Spiel kommen konnte, und so zeigte er uns sehr vielseitige Kenntnisse, scharfe Logik, klaren Verstand und anerkennenswerte Humanität, und konnte wohl auf den, der seine Gesinnungen nicht näher durchschaute, einen angenehmen Eindruck hervorbringen. Wer aber die Broschüre desselben „Über das Rongetum in Baden usw." gelesen hatte und von dem Wirken und Treiben dieses Mannes näher unterrichtet war, mußte unwillkürlich an den „Wolf im Schafskleide" denken. Der finsterste Fanatismus, der heftigste Haß gegen jeden anders Denkenden oder Glaubenden, der sogar in pöbelhaften Roheiten sich Luft macht, verbunden mit Verdrehungen und Entstellungen aller Tatsachen, Unterlegung der schmählichsten Motive, kurz vollkommener Anwendung der jesuitischen Regel, daß der Zweck das Mittel heilige, blicken fast aus jeder Zeile dieses Machwerkes — denn so kann man es mit Recht nennen, obgleich große Gewandtheit darin nicht zu verkennen ist — hervor. Daß gegen solche Gegner, wie der Hofrat Buß einer ist, große Parteileidenschaft sich kundgibt, können wir, wenn auch nicht ganz billigen, doch entschuldigen, denn wer mit solchen Waffen kämpft, wie Buß sie in der erwähnten Broschüre angewandt hat, kann auf Achtung und Schonung von den Gegnern keinen Anspruch mehr machen."

Nachdem schon bei Beginn der Sitzung am 10. September der Abg. Brentano sich über den seltsamen Religionseifer des Abg. Buß, der vor elf Jahren noch nicht an die Unsterblichkeit der Seele geglaubt habe, erstaunt gezeigt und den Wahrheitsbeweis durch folgende Stellen aus seinen Gedichten angetreten hatte:

„Im Hauch ist eures Daseins schaumig Nichts zerronnen,
Und farb'ge Mumien sind eurer Hoffnung Wahn!"
„Was ist dies Hoffen? Schwülgeheiztes Wähnen!
Das Haben ist mein Stolz und nicht mein Sehnen."

beschwor nach dem Vortrage der Motion der Meister der parlamentarischen Satire folgende ergötzliche Szene herauf:

Mathy: Der Abg. Buß hat an den Tag erinnert, wo heute vor vierhundert Jahren deutsche Fürsten in Frankfurt berieten, wie sie der Übergriffe Roms sich erwehren könnten. Sie wurden überlistet und Jahrhunderte hindurch büßte Deutschland durch unsägliches Unglück, von dessen Schlägen es sich heute noch nicht erholt hat. Jene Partei, von welcher die heutige Motion ausgeht, wirkte stets verderblich für Deutschland, und als Deutscher trete ich ihr entgegen. Aber auch als Abgeordneter der Stadt Konstanz bin ich veranlaßt, die Motion zu verwerfen. Die Bürger von Konstanz wissen wohl, wer schuld ist an dem tiefen Sinken ihrer einst großen und blühenden Stadt. Jene Partei war es, welche die Protestanten vertrieb, daß sie auszogen nach Winterthur und dort Gewerbe und Handel in Schwung brachten, während Konstanz sank. Vor ihren Mauern sah Konstanz die Scheiterhaufen flammen, auf denen Huß und Hieronymus ihr Leben ließen um des Glaubens willen. Man will dort Ähnliches nicht wieder sehen, und heute machen geringere Verletzungen und Bedrückungen wegen religiöser Überzeugung einen ebenso peinlichen Eindruck als damals die Flammen der Scheiterhaufen. Um ihre bessere Gesinnung an den Tag zu legen, erließ im Jahre 1834 eine Anzahl katholischer Bürger in Konstanz, worunter

siebenzigjährige Greise, eine Einladung zu Beiträgen für ein Denkmal der beiden Märtyrer Huß und Hieronymus. In jener Einladung war folgende Stelle zu lesen:

„Die Flammen des Ketzergerichts haben zwar den Leib dieser Märtyrer zerstört, nicht aber ihren Geist, den die Nachwelt zu dem ihrigen machte. Die Geschichte, ernst und leidenschaftslos, nennt Huß und Hieronymus als die ersten Verteidiger der religiösen Freiheit, als Vorkämpfer der großen kirchlichen Reformation. Wir genießen der Ernte, gedenken wir dankbar der Saat, gereift im Blute der Säer!" (Der Redner verlaß diese Worte aus dem Jahrgang 1843 der Seeblätter.)

Meine Herren! Diese Worte schrieb kein Protestant, es hat sie ein Katholik, es hat sie — der Abg. Buß geschrieben. (Welcker: Nachdem er schon Professor war!)

Allgemeines Erstaunen. — Unterbrechung. — Buß macht eine verneinende Bewegung.

Mathy: Es ist doch richtig? Sie haben diese Worte geschrieben!

Buß: Ich werde dem Abg. Mathy antworten. Es war eine große Versammlung. . . .

Mathy: Sie haben diese Worte geschrieben!

Buß: Nein!

Mathy: Sie haben die Worte nicht geschrieben?

Buß: Nein!

Mathy: Wohlan denn — hier ist Ihre Handschrift. (Der Redner zieht das Papier, worauf Herr Buß die fraglichen Worte als Zusatz zu Satz 2 des Entwurfs der Einladung nebst anderen Zusätzen geschrieben, aus der Tasche, hält es dem Abg. Buß entgegen und zeigt es sodann den neben ihm sitzenden und anderen näher kommenden Mitgliedern.)

Buß: Ich sage dem Abg. Mathy: Ja, ich habe es geschrieben.

Tiefer Eindruck. — Unterbrechung.

Der Präsident: Es geschieht Ihnen recht, Herr Abg. Buß. Sie haben sich das selbst zuzuschreiben. Sie sind genug gebeten worden, die Begründung der Motion zu unterlassen.

Mathy: Ich schließe mit der Erklärung: als Deutscher und als Abgeordneter der Stadt Konstanz widersetze ich mich der Motion wie allen Bestrebungen, die Herrschaft im Staate oder in der Kirche in die Hände einer Partei zu spielen, als deren Vertreter ein Abg. Buß sich darstellt."

Denselben Geist, wie im kirchenpolitischen Streite, bekundete die liberale Kammermajorität in allen verwandten Fragen. Die Emanzipation der Juden machte auf diesem Landtage einen bedeutsamen Schritt vorwärts. Bisher hatte die Kammer sich immer wieder auf ihren früheren, nicht warmen und nicht kalten Beschluß, welcher jeden weiteren Schritt von einer jüdischen Synode abhängig machte, zurückgezogen. Selbst der Abgeordnete Itzstein hatte sich nie mit Wärme der Sache angenommen, weil er glaubte, daß eine freundlichere Stellungnahme der Partei bei dem blinden Vorurteil weiter Kreise Schaden bringen könnte; erst im Jahre 1846 gab der Generalwahlstratege der Opposition seinen Segen, und so wurde die Petition um Gleichstellung der Juden mit den Christen mit 36 gegen 18 Stimmen dem Staatsministerium mit Empfehlung überwiesen.

Auch über die schwebenden Volksschulfragen kam es auf diesem Landtage zu einer weithin vernehmbaren Aussprache in freiheitlichem und fort-

schrittlichem Sinne. Das grundlegende Schulgesetz von 1835 hatte für das Gros der Lehrerschaft nur einen sehr problematischen Wert gehabt.[1]) Auf allen folgenden Landtagen liefen Lehrerpetitionen ein, obwohl man in der Blittersdorff'schen Zeit das Petitionieren sauer genug machte. Um so freundlicher war die Stellung der zweiten Kammer. Auf dem Landtage von 1842 wurde die wiederholte Bitte um Revision des Gesetzes vom 1835 und der Wunsch ausgesprochen, es möchten die 766 Lehrer der ersten Klasse mit einem Normalgehalt von 140 fl. und die 985 Lehrer der zweiten Klasse mit einem Normalgehalt von 175 fl. besser gestellt werden. Die Hoffnung auf Erfüllung dieser bescheidenen Wünsche war aber bei der Beschaffenheit der maßgebenden Behörden so gering, daß Mathy 1843 schrieb: „Scheint doch selbst bei der oberen Schulbehörde noch die Meinung vorzuwalten, daß ein von Sorgen gedrückter, mit Instruktionen geplagter demütiger Schullehrer besser tauge, als ein Mann, der sich fühlt und aufrecht geht, wie der Mensch sein soll." Da die Volksvertretung mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hatte durchblicken lassen, daß sie künftighin den immer mehr anschwellenden Militäretat unter dem Gesichtspunkt in Behandlung nehmen werde, wie für die höheren Kulturaufgaben, insbesondere die Lehrer des Volkes, Sorge getragen werde, gab die Regierung zwar ihre Zustimmung, als die zweite Kammer auf dem nächsten Landtage den Beschluß faßte, den Gehalt der Lehrer erster Klasse auf 200 fl. und den der Lehrer zweiter Klasse auf 230 fl. zu erhöhen, revidierte aber diesen Beschluß durch die erste Kammer auf 175 bezw. 200 fl. zurück.

Wie alle Volkskreise, so hörte auch der badische Lehrerstand um die Mitte der vierziger Jahre das neue, allheilbringende nationale Evangelium. Je mehr die jungen Lehrer unter dem Szepter des pietistischen Seminardirektors Stern — im Landtage erzählte man köstliche Anekdoten aus dessen Religionsunterricht, wie z. B. die Erklärung, „bis zur Sündflut habe es nicht geregnet" — seufzten, desto eifriger folgten sie der Lehre, welche im Norden der Seminardirektor Diesterweg in Schrift, Wort und Tat predigte. Die Leiden dieses Mannes waren auch die Leiden der badischen Lehrerschaft. Gerade im Jahre 1845 wurde ihm eine dienstliche Rüge „wegen aufregender Schriftstellerei und Ventilierung des Verhältnisses der Kirche zur Schule" zuteil, nachdem früher die Hauptklage gegen ihn darin bestanden hatte, daß er „zur Bildung von größeren und kleineren, von der Aufsichtsbehörde unabhängigen und schon deshalb nicht zu duldenden Vereinen" aufgefordert habe; eben im Jahre 1845 gab der Altmeister der deutschen Lehrerwelt bei der Feier seines 25jährigen Jubiläums als Seminardirektor auf die Ansprache eines Redners, „im Schulleben komme es heutzutage vorzüglich auf Demut an", die klassische Antwort: „Nein, es kommt hauptsächlich auf M u t an!"

[1]) Badische Landtagsgeschichte IV. 62.

Mit mehr Mut als Demut ging die badische Lehrerschaft nach dem Jahre 1845 ans Werk; neues Leben kam in die früher verbotenen und unterdrückten Lehrervereine; eine von 1335 Unterschriften bedeckte Petition ging an den Landtag ab, in welcher alles, was der Lehrerstand in materieller, intellektueller und sozialer Beziehung auf dem Herzen hatte, zusammengetragen war. Große Aufregung erzeugten in und außerhalb der Ständeversammlung die Forderungen, welche die Emanzipation der Schule aus dem Banne der Kirche betrafen. Die Partei, deren Sprecher die Abgeordneten Buß und Andlaw waren, drohte mit dem Weltuntergang, wenn dieser „Emanzipationsschwindel" weiter um sich greife und gar zur Begründung von „neuheidnischen Gemeindeschulen" führen sollte. Sie hatte aber in der zweiten Kammer von 1846 noch so wenig festen Fuß, daß mit allen gegen vier Stimmen ein Beschluß gegen die Trennung der Volksschule nach konfessionellen Bekenntnissen gefaßt wurde. Die liberale Kammermajorität sprach bei dieser Gelegenheit durch ihren keineswegs der extremen Richtung angehörenden Berichterstatter Bissing es als ihre Überzeugung aus, daß das Schulgesetz von 1835, das der Vermittlungsidee zwischen Staat und Kirche seinen Ursprung verdanke, keine der öffentlichen Meinung entsprechende Änderung gebracht habe; eher gebe es keine Ruhe, bis „der in jetziger Zeit von allen Vorurteilsfreien anerkannte Grundsatz" obenan gestellt werde, daß die Schule eine Staatsanstalt, und daß die weltliche Macht der Kirche mit einem freien Bürgertum unverträglich sei. Während aber der Kommissionsbericht der zweiten Kammer meinte, „die vorliegende Petition decke auf gründliche Weise und in würdiger Sprache die vielfachen Mängel auf", führte der von dem Freiherrn von Rink erstattete Bericht der ersten Kammer aus, „daß die boden- und maßlosen Anforderungen dieses Standes einer Berücksichtigung nicht fähig seien".

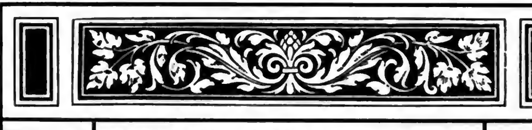
Wir haben oben die allgemeine Taktik der liberalen Majorität dargelegt. So sehr sie auch die beiden volksfreundlichen Minister zu schonen suchte, so sehr war sie auf der anderen Seite bestrebt, ihre feste Position beim Volke nicht durch allzugroße Nachgiebigkeit zu verscherzen. Furchtlos und beharrlich führte sie den Kampf weiter gegen „die unter dem Namen Kamarilla bekannte politisch und kirchlich reaktionäre Partei, welche von außen gestützt, im Lande keine Wurzeln, sondern nur Ableger habe". Wollten Nebenius und Bekk ihrer Pflicht gemäß retten, was noch zu retten war, so wurden sie mit Klagen über den „umgehenden Doppelgeist" und mit dem Rufe empfangen: „Stellt uns doch lieber den rechten Mann mit dem rechten Namen, auch wenn er den Volksrechten noch so feindlich gegenübersteht, entgegen, als daß ihr uns täuscht mit dem Namen von Ehrenmännern, die doch die Zügel der Regierung nicht führen!" Derber wurden die Drohungen der politischen Gegner abgefertigt: bei einem Siege dieser Partei und einem Ministerwechsel

in ihrem Sinne wäre das Zeichen zu einem Kampfe gegeben, dessen Ende nicht abzusehen sei. Das wäre gerade die Krisis, welche der Arzt wünsche, um die Krankheit der Zeit zu heilen.

Von großer Bedeutung war die Verhandlung über die Geschäftstrennung im Ministerium des Innern. Die Kommission, welche auf jedem Landtage zur Aufsuchung der provisorischen Gesetze eingesetzt wurde, beantragte die Zurücknahme des grundlegenden Reskriptes vom 3. April 1845. Als der Präsident des Ministeriums auseinandersetzte, daß er bei seinem vorgerückten Alter und seiner geschwächten Gesundheit eine solche Geschäftstrennung habe fordern müssen, wurde ihm die Belehrung zuteil, daß man nur ein Mißtrauensvotum gegen den Ministerialdirektor Rettig und dessen von einer illiberalen Partei influierte Verwaltung aussprechen wolle.

Wie weit man indessen in der Rücksichtnahme auf die Krisis im ministeriellen Lager gehen wolle oder müsse, darüber traten natürlich verschiedene Ansichten auf liberaler Seite hervor. Mit großer Spannung wurden im Lande die Verhandlungen über den Staatsrat verfolgt, weil hier eine Ausgleichung mit der Regierung unmöglich und ein Bruch unvermeidlich schien. Die Kommission hatte den Antrag gestellt, die Verordnung über die Kreierung des Staatsrates, welche im Dezember 1844 ohne Mitwirkung der Stände erlassen worden war, zu reklamieren und die dafür in das Budget aufgenommenen Summen zu streichen. Während ein Teil der Opposition auf diesem Striche bestand, ließ sich der andere dazu herbei, den Aufwand bis zum nächsten Landtag auf das außerordentliche Budget zu übernehmen, als die Regierung mit der Erklärung entgegenkam, daß sie dem nächsten Landtage ein Gesetz über den Staatsrat vorlegen werde.

Unter solchen und anderen Kämpfen und Stürmen — die wir im nächsten Kapitel kennen lernen werden — kam nach Erledigung von 12 Gesetzentwürfen, 19 Motionen, 618 Petitionen das Landtagsende heran. Die Opposition hielt ernste Rück- und Ausschau. Um dem Ministerium Nebenius-Bekk die Möglichkeit, sich besser zu konstituieren und konsolidieren, nicht abzuschneiden, stimmten 15 Mitglieder der liberalen Majorität mit der Rechten für die Annahme des Finanzgesetzes. Für das Ministerium Freydorff-Jolly-Regenauer-Rettig malten dagegen die anderen Oppositionsmitglieder ein weithin sichtbares Mene Tekel an die Wand; diese 19 Abgeordneten, welche gegen das Budget stimmten, waren: Bassermann, Baum, Brentano, Buhl, Hecker, Helmreich, Itzstein, Junghanns II, Kapp, Krämer, Mathy, Peter, Richter, Scheffelt, Soiron, Straub, Welcker, Welte, Weller.



Achtes Kapitel ✣ Die nationalen Fragen



uf dem Landtage von 1833 hatte Ludwig Winter in Bezug auf die Bundesbeschlüsse von 1832 in einer geheimen Sitzung ausgeführt: „Man möge doch erst abwarten, ob irgend eine Regierung so von Gott verlassen sei, daß sie diese Beschlüsse in dem Sinne in Anwendung bringen werde, welchen man denselben untergelegt habe." Was man von 1833 bis 1840 nicht nur in den übrigen Bundesstaaten, sondern auch in Baden erlebte, war nur dazu angetan, den Glauben des Volkes an die Wahrheit und das Recht tiefer zu erschüttern, als alle Künste der Demagogen es vermocht hätten, und der liberalen Opposition Recht zu geben, daß sie sich nicht von dem Minister zu einer Vogelstraußpolitik in nationalen Fragen bekehren ließ.[1] „Der Geist des Landtages von 1831 scheint mehr und mehr zu entschwinden; möge er bald von neuem sich erheben!" — Diese Worte, mit denen Rotteck seinen letzten Artikel „Baden" im Staatslexikon geschlossen hatte, schwebten der jüngeren Generation vor Augen, als sie zu Anfang der vierziger Jahre ihr politisches Tagewerk begann, furchtlos und beharrlich nicht nur den Kampf um die Verfassung und die besonderen liberalen Landesbedürfnisse, sondern auch die Verteidigung der allgemeinen deutschen Nationalinteressen führte.

Nach dem Tode Rottecks übernahm Welcker die Führung in nationalen Angelegenheiten. „So lange dieses Herz gesund ist", lautete der Spruch, welcher seit 1842 sein Bild zierte, „und der Geist frisch, und solange Hand und Mund ihren Dienst nicht versagen, werden auch sie mich nicht ermüden, das Recht und die Freiheit meines Volkes zu verteidigen." Mit dieser Feuerseele brachte er und seine Freunde — unter denen Sander und Bassermann ihm die Palme streitig machten — auf jedem Landtage bei der Beratung des Budgets des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten alles vor, was das deutsche Volk gegen den deutschen Bund auf dem Herzen hatte. Die Antwort — sofern überhaupt die Volksvertretung einer solchen gewürdigt wurde — lautete wenig tröstlich. Im Jahre 1841 nannte Blittersdorff die

[1]) Badische Landtagsgeschichte IV. 126.

Erinnerung Bassermanns an den Welcker'schen Antrag von 1831 auf Errichtung einer Volksvertretung beim Bunde einen „revolutionären Ruf"; und als im Jahre 1842 wieder einmal nach alter Väter Weise feierlicher Protest gegen die Bundesbeschlüsse von 1819, 1832 und 1834 eingelegt wurde, gab im Namen des „kranken" Ministers der Legationsrat von Marschall die lakonische Erklärung ab: „Deutschland genießt der wahren gesetzmäßigen Freiheit, und die Bundesgesetze sind erfüllt in dem Sinne, in welchem sie ursprünglich gegeben waren, in dem Sinne, den die Bundesversammlung, welche zu deren Auslegung berechtigt ist, damit verbindet."

Auf dem Landtage von 1843/45 ging die Opposition wiederum auf der ganzen Linie angriffsweise vor. Der Abg. Knapp interpellierte im Anschlusse an die neue hannöverische Frage — der König Ernst August hatte der Königin von England den Huldigungseid geleistet, um die Apanage von 21000 Pfd. Sterling beziehen zu können — ob es nach deutschem Staatsrecht oder etwa mit Einwilligung des hohen deutschen Bundes zulässig sei, daß ein deutscher souveräner Fürst einer fremden Königin den Eid der Untertänigkeit leiste? Der Abg. Welcker bat wiederholt um Antwort auf die Frage, ob die von ihm veröffentlichten Wiener Konferenzbeschlüsse von 1834 echt seien, und ob die Regierung dieselben für verbindlich ansehe; der Abg. Hecker begründete mit dem ganzen Feuer seiner Rede den Antrag, „die Kammer wolle den dringenden Wunsch zu Protokoll aussprechen, daß die Regierung bei der hohen Bundesversammlung dahin wirken möge, daß die deutschen Regierungen im Interesse deutscher Nationalität und Integrität die geeigneten Schritte tun, um die Selbständigkeit der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu retten und die Einverleibung mit Dänemark abzuwenden"; der Abg. Mathy erzählte bei dem Titel „Bundeskosten" mit dem ihm eigenen ätzenden Spotte, wie er sich in das Studium der Bundestagsprotokolle vertieft habe, aber selbst mit dem besten Willen nichts habe finden können, was die unter diesem Titel eingestellte Position von 5000 fl. rechtfertigen könne; der Abg. Bassermann endlich suchte, nachdem der Regierungstisch fortwährend bei solchen Interpellationen durch gähnende Leere oder beredtes Stillschweigen sich ausgezeichnet hatte, bei der Beratung des Budgets der auswärtigen Angelegenheiten das Gewissen des neuen Ministers zu erforschen und ihn über sein politisches Glaubensbekenntnis auszuhorchen.

Wie hatten sich doch die Zeiten und Menschen gewandelt seit jenem Frühling des Jahres 1822, wo Ludwig von Liebenstein den jungen, wohlerzogenen und feingebildeten Alexander von Dusch der Ständeversammlung als Berichterstatter der „Karlsruher Zeitung" zuführte und sich für seine ehrlich konstitutionelle Gesinnung verbürgte![1]) Jenen ersten guten Eindruck

[1]) Vergl. Bad. Landtagsgeschichte II. 130.

hatte die badische Volksvertretung nicht vergessen, als Dusch, der inzwischen in der diplomatischen Laufbahn vieler Menschen Städte gesehen und sich insbesondere als Geschäftsträger in der Schweiz bewährt hatte, im Jahre 1843 wieder als Nachfolger des Herrn von Blittersdorff in ihre Mitte zurückkehrte. Der Minister, dessen Äußeres mehr den Eindruck eines Gelehrten als den eines bundestäglichen Diplomaten machte, faßte sein Amt ganz anders als sein Vorgänger auf. Er suchte nach keiner Seite hin in das Extrem zu fallen und dem Geiste der Zeit soweit entgegenzukommen, als ihm dies bei den obwaltenden Verhältnissen möglich schien. So herrisch und hochfahrend Blittersdorff gewesen, so bescheiden und maßvoll trat er auf. Weit entfernt, täglich neues Öl in die Flammen zu gießen, war er von der Überzeugung durchdrungen, daß es höchste Zeit sei, die verbitterten Herzen zu versöhnen. Um aber auch nach oben dieses Mittleramt zu betätigen und — was auch der Fehler L. Winter gewesen — sich im Bewußtsein des redlichen Wollens und Strebens mehr an den liberal fühlenden Kern des badischen Volkes anzuschließen, dazu fehlten ihm die Gaben des Charakters und Staatsmannes. Wie oft hatte er nicht seit jener Stunde, wo er „auf sein Ansuchen" von der Redaktion der landständischen Artikel dispensiert und durch den Rechtspraktikanten Sommerschuh ersetzt wurde [1]), den Anschluß nach oben gesucht und gefunden? Er hatte zu lange nach den Intentionen Berstetts, Reizensteins und Blittersdorffs gehandelt, als daß er sich jetzt zu einer höheren selbstständigen Auffassung der Dinge hätte aufschwingen können. Auch fehlte ihm der beherrschende Blick und der Mut der Initiative; vom Standpunkte des gemütvollen Menschenfreundes suchte er dem deutschen Bunde einige gute Seiten abzugewinnen:

„Die ewige Unzufriedenheit des Menschen ist die größte Feindin seines Glückes. Sie läßt ihn geringschätzen, was er besitzt, und das Glück in demjenigen suchen, was ihm ferne liegt. . . . . Sehen wir vollends nach der praktischen Seite, nach den Resultaten der Politik unserer Zeit im Ganzen, so haben wir alle Ursache, die größte Zufriedenheit damit zu bezeigen und uns dessen, was wir haben, zu erfreuen. Und in der Tat, meine Herren, noch nie, soweit die Geschichte reicht, hat wohl ein so großer Teil der zivilisierten Welt eine so lange ununterbrochene Reihe von Jahren hindurch den glücklichen Frieden genossen, nicht eine träge, unfruchtbare Ruhe, sondern einen Frieden, womit in rascher Bewegung alle geistigen und materiellen Fortschritte, die das Wohl der Völker bedingen, verbunden waren. Zu den Ländern, die sich dieses Glückes in wachsendem Maße erfreuen, gehört besonders Deutschland und namentlich unser engeres badisches Vaterland. . . . Nein! Deutschland fehlt es an der ihm gebührenden Achtung nicht; sie wächst mit jedem Tage, je mehr das Ausland von der geräuschlosen Einwirkung des deutschen Geistes auf den Zustand von Europa fühlt und sie erkennen lernt. Längst ist kein Feld des Ruhmes und der Ehre mehr, wo nicht die Deutschen auch ihre Lorbeeren errungen hätten. Doch es ist jeder Nation von der Vorsehung ihre eigentümliche Stellung zugewiesen, und keine paßt

[1]) Vergl. Bad. Landtagsgeschichte II. 175.

zugleich für die andere. Beschweren wir uns nicht darüber, daß uns vielleicht das Schönste geworden ist, durch den Geist gründlicher Wissenschaft und echter Humanität, durch politische Mäßigkeit und Gerechtigkeit, durch alles, was dem deutschen Charakter eigentümlich ist, auf die Versöhnung und Ausgleichung der politischen Welt und die Erhaltung des europäischen Friedens zu wirken. Leicht ist es, das kecke Wort hinauszuschleudern und den Streit zu entzünden, aber wohltätiger ist es, wenngleich schwerer, sich selbst zu beschränken, zu mäßigen und eine Beschwichtigung des Streites herbeizuführen. Ein Tag Friede ist für das Wohl der Völker mehr und auch für die geistigen und edleren Fortschritte der Menschheit mehr als Jahre glänzender Kriege. Nur einen schwarzen Flecken kenne ich, der schon oft den Glanz des deutschen Namens verdunkelt hat und künftig verdunkeln könnte, nämlich den Flecken der Zwietracht. Wir alle können dazu beitragen, ihn für die Zukunft in Deutschland auszulöschen. Nicht Einheit, sondern Eintracht wird uns stark machen."

Da der Minister trotz aller beruflichen Bundesfreundschaft doch noch einen guten Funken seiner alten, nimmer rostenden ersten Liebe zum Liberalismus im Herzen trug, da er mit der feinen, künstlerisch-literarischen Bildung der alten Zeit den freien Blick der modernen Weltanschauung verband und da er den standesherrlichen Reklamationen beim Bunde und den hochkirchlichen Restaurationsversuchen am Hofe männlichen Widerstand leistete, behandelte ihn die liberale Partei mit Achtung und Schonung; freilich nur insoweit, als es die Sache erlaubte; denn auch unter Sanders Führung erachtete die Opposition, bei allem Verständnis für die schwierige Position des Ministers, es doch als ihre höhere Aufgabe und Pflicht, gegen Regierung und Bund der deutschen Freiheit und Einheit eine Gasse zu bahnen; so mögen hier nur die Worte Platz finden, mit denen Sander seine Erwiderung auf die obenerwähnten Ausführungen des Ministers einleitete:

„Ich gehöre nicht zu denjenigen, die, wie der Herr Minister des Auswärtigen, glauben, daß der Deutsche sich begnügen solle mit dem Ruhm der Gelehrsamkeit und Wissenschaft, sondern zu denjenigen, die von dem Deutschen mehr verlangen und zwar das verlangen, was er früher war, nämlich Schiedsrichter der Welt. Wenn der Herr Minister des Auswärtigen wirklich glaubt, daß man sich in Deutschland mit der Wissenschaft und dem Geiste begnügen solle, so sage ich: „Gebt ihm Raum!"

Förderung gemeinsamer Institutionen auf nationalem Gebiete durch Belebung der produktiven Tätigkeit des Bundes — das war das Programm, welches Dusch hinter den Kulissen mit heißem Bemühen verfocht; auf der offenen Landtagsbühne aber legte er eine ängstliche Scheu und Befangenheit an den Tag und glaubte, die Regierung nicht genug gegen die befürchteten Folgen des freien Wortes decken zu können. Immer und immer wieder führte er aus: „Wir haben uns hier mit Fragen des inneren Staatsrechtes, mit den Landesinteressen zu beschäftigen. Es wäre aber weder recht noch wohlgetan, wenn wir fremde Rechtsverhältnisse in unsere Verhandlungen hereinziehen wollten. Erlauben Sie mir, das Vertrauen auf die Einsicht der verehrlichen Kammer auszusprechen, daß sie diesen Gegenstand ohne weitere

Diskussion verlassen und zur Tagesordnung übergehen werde." Da solche Johannespredigt nichts half, mußte er zu dem alten Mittel der „Kammerretirade" greifen: „Meine Herren! Da ich an dieser Diskussion keinen Anteil nehmen darf, so muß ich die Ehre haben, den Saal zu verlassen." Auf die Retirade folgte in der Regel als dritte im Bunde eine Mitteilung des Staatsministeriums des Inhalts, „die Kammer sei nicht befugt, Angelegenheiten und Verhältnisse anderer deutscher Bundesstaaten oder des deutschen Bundes zum Gegenstand der Beratung zu machen". Auf solche Reskripte pflegte die Kammer mit einer feierlichen Rechtsverwahrung zu Protokoll oder mit einer Adresse an die Großh. Staatsregierung zu antworten; im übrigen aber fuhr sie nach wie vor fort, durch steten Tropfen den Stein zu höhlen.

Größere Übereinstimmung herrschte zwischen der Regierung und Volksvertretung in Zollvereins- und Handelsangelegenheiten. Angesichts der vielen Konflikte, welche man mit dem deutschen Bunde auszufechten hatte, war man doppelt empfänglich für die Wahrnehmung, daß auf diesem Gebiete mehr Eintracht herrsche und die Regierungen sich nicht auf einen rein verneinenden Standpunkt stellten. Diese erfreuliche Entwickelung des Zollvereins, an die alle Patrioten die größte Hoffnungen für die Zukunft knüpften, hatte zur Folge, daß auch das Verhältnis Badens zu den beiden deutschen Großstaaten allmählich eine Korrektur erfuhr. Während früher eine entschiedene Vorliebe für Österreich, wenn auch nicht für dessen Politik, so doch für dessen Volkscharakter herrschte, so wandten sich die Sympathien jetzt mehr dem nordischen Brudervolke zu, zumal demselben in diesem Jahrzehnte einige Repräsentanten erstanden, welche mit dem süddeutschen Liberalismus Schulter an Schulter kämpften und nichts von dem spezifischen, knappen, trockenen und mathematischen Wesen des Preußentums verrieten.

Zu interessanten Zolldebatten gaben auf jedem Landtage die Verhandlungen über den Vereinszolltarif und die Petitionen des Industrievereins und der Baumwollspinnereien um größeren Zollschutz Veranlassung. Es war natürlich, daß die Diskussion sich nicht lange bei dem einzelnen Fall bezw. Zoll aufhielt, sondern im Handumdrehen zu der Frage, ob Freihandels- und Schutzzollsystem, emporstieg und schließlich, da Sander und Mathy einander gegenüberstanden, auf dem Schlachtfelde nur Sieger zurückließ.

Die allgemeine Stimmung in Süddeutschland neigte dem von dem Schwaben List verfochtenen Schutzzollsystem — das freilich etwas ganz anders war, als was die agrarische Hochflut unserer Tage unter diesem Namen gezeitigt — zu. Auch in Baden wurden Lists Schriften, insbesondere dessen „Zollvereinsblatt" und „Nationales System der politischen Ökonomie" viel gelesen, und in dem Industrieverein sammelte sich ein großer Kreis von Gläubigern aus allen Parteilagern. Mit heiligem Eifer hatte sich Sander

in diese Literatur vertieft, mit noch heiligerem pflegte er sie in der Kammer zu vertreten. Da fielen scharfe Hiebe gegen die „Albions", die „leidige Schulweisheit", die „hohle und verderbliche Theorie der Handelsfreiheit".

Nicht dogmatisch glaubend wie Sander, sondern kritisch unterscheidend, stand Mathy der Lehre des Meisters gegenüber. Er sah das Hauptverdienst Lists darin, daß er klarer, als vor ihm geschehen, die Wechselwirkung zwischen der Manufakturkraft und dem nationalen Transportsystem erkannt und dargestellt, und daß er mit seiner großen agitatorischen Kraft die Lehren der Nationalwohlfahrt, die bisher nur in Studierstuben und Hörsälen erörtert worden, in die weiten Massen getragen habe. Auch nahm er, der wohl wußte, daß große Reformbewegungen nicht ohne übertreibende Angriffe gegen das Bestehende in Gang geraten, gerne die rauhe Schale des wackeren, meist den Sattel noch in Stücke hauenden Schwaben mit in Kauf. Was er aber nicht billigen konnte, das war der Sektenstandpunkt der Schüler, die nicht Kenntnisse genug besaßen, um den edlen Kern in sich aufzunehmen und zu pflegen, die aber die rauhen Formen des Meisters noch übertrieben und alle anderen Nationalökonomen wahrhaft mißhandelten, die bisherigen Leistungen der Wissenschaft übersahen und Gedanken als neu ausgaben, an denen nur die meisterhafte Auffassung und die an das Nationalgefühl anknüpfende, eindringliche Darstellung neu waren.

Von diesem Standpunkte ausgehend hielt Mathy an den Lehren und Erfahrungen, die er in Schule und Leben gesammelt hatte, fest, verteidigte die Handelsfreiheit als das gesunde Prinzip des Vereinssystems, befürwortete mäßige Schutzzölle für eine lebensfähige Industrie nur bis zu dem Zeitpunkte, wo sie „flügge" geworden, und erwartete unendlich mehr von der künftigen Entwickelung des Reiches und einer höheren Auffassung des Verkehrslebens, als von dem lauten Geschrei nach Schutzzöllen der trostlosen Gegenwart:

„Was aber die „hohle und verderbliche Theorie der Handelsfreiheit" gegenüber den anderen Nationen, die ihre Manufakturen besser schützen, was diese Handelsfreiheit betrifft, die wir — nach dem Berichte — verlassen sollen, so scheint mir die Ansicht, wonach jene Theorie an allem Unglücke der Industrie schuld sein soll, selbst ziemlich hohl zu sein. Wir haben die Handelsfreiheit, wenn man darunter das versteht, daß die Einfuhr keiner Ware, und ebensowenig die Ausfuhr einer solchen verboten ist. Wir haben sie aber nicht, wenn man darunter die Zollfreiheit versteht. Man kann nicht sagen, daß die Zölle des Vereins keine Zölle, daß das System des Vereins kein Schutzsystem sei. Mängel, die jeder Anfang mit sich bringt, wird die Erfahrung bessern. Veränderte Umstände machen zuweilen einen Schutz unzulänglich, der bisher genügend war. Erhöhungen und Minderungen in einzelnen Tarifsätzen kommen überall und auch im Vereine vor. Daß aber der Verein auf einem mäßigen Schutz beharrt, daß er dem Verlangen widerstrebt, bis zu Verboten oder Zöllen, die den Verboten gleich kommen, vorzuschreiten, ist ein Vorzug desselben und kein Übelstand. Es scheint mir dies eine billige Rücksicht auf die Masse der Konsumenten zu sein und im wahren wohlverstandenen Interesse der Industrie selbst zu liegen, welche

dadurch in steter Anregung zum Fortschritt und auf eine weit solidere und nachhaltigere Grundlage gebaut wird, als sonst geschehen würde. Glauben Sie, meine Herren, daß Schutzzoll und Prohibitivmaßregeln allein eine Industrie groß ziehen? Nein, denn überall sehen wir, daß die eigene Tatkraft der Nation, daß öffentliche Freiheit und Nationalsinn die Grundbedingungen dafür sind. . . . Das laute Geschrei gegen die Handelsfreiheit rührt übrigens von einem neuen Heiland der Nationalökonomie her, oder vielmehr von seinen fanatischen Schülern. Der Meister erkennt doch noch die Handelsfreiheit als das Ziel des Strebens, er beschränkt sein Schutzsystem auf eine Übergangsperiode, läßt dem System des Vereins Gerechtigkeit widerfahren und verkündet manche wahre Lehre. Allein sein heiliger Eifer und die Art, wie er die Sache zu Markt bringt, hat manchen irre geleitet. Er deklamiert gegen die Schule, an deren Busen er doch seine Weisheit gesogen hat; er schildert verdienstvolle Männer, deren Lehren er falsch darstellt, als Unwissende, als Dummköpfe. Kein Wunder, daß Schüler, die außer ihres Meisters Stimme keine andere gehört haben, ihm Glauben beimessen, daß sie ihn für den Urquell der neuen Lehre halten und, durch seinen apostolischen Eifer fanatisiert, ein Anathem gegen alles schleudern, was sie kennen zu lernen sich nicht bemühen wollen. Wenn nun der Meister selbst in seiner Bescheidenheit soweit geht, sich für den Erfinder der von ihm zu Markt gebrachten Lehre, ja sogar, wie er nicht undeutlich zu verstehen gibt, für den Gründer des Zollvereins auszugeben, wer sollte ihm dann, neben so hohen Verdiensten, nicht kleine Verstöße zugut halten und ihn entschuldigen, wenn er z. B. den Hansestätten vorwirft, daß sie ihre eigene Agrikultur vernachlässigt hätten, wenn er die Erfindung der Buchdruckerkunst und des Pulvers neben der Reformation als die Ursache des Unterganges der deutschen Industrie bezeichnet, und wenn er durch Gewürz und Tabak die Menschen zu geistiger und körperlicher Tätigkeit anspornen will. Nun, meine Herren, die Schule wird mit Unrecht verunglimpft, sie verlangt nicht Zollfreiheit quand même; der Verein wird mit Unrecht beschuldigt, daß er der Industrie keinen Schutz gewähre. Er wird selbst beweisen, daß man ihm Unrecht tut, indem er gerechten Beschwerden abhilft, aber auf dem Prinzip eines mäßigen Schutzes beharrt."

„Sie — die Baumwollspinnerei — wird so lange auf schwachen Füßen stehen, bis der Verein die Mündung seiner Ströme und seine Küsten gewonnen hat, bis eine deutsche Handelsmarine die Baumwolle aus den Erzeugungsländern holt, und eine deutsche Kriegsmarine diesen Kauffahrern den erforderlichen Schutz gewährt. Bis es dahin kommt, dürfte aber noch einige Zeit hingehen.

So lange er — der deutsche Zollverein — die deutschen Küsten und Häfen nicht erreicht, seine eigenen Ströme von den natürlichen und künstlichen Hindernissen der freien sicheren Schiffahrt nicht befreit hat, so lange er keine Flagge besitzt und die Ab- und Zufuhr über das Meer fremden Reedern überlassen muß — so lange darf er nicht daran denken, unter den handelstreibenden Nationen die ihm gebührende Stellung einzunehmen.

So lange der innere Verkehr nicht ein System von natürlichen und künstlichen Wasserstraßen, Landstraßen und Eisenbahnen zur wohlfeilen und leichten Benutzung vorfindet, wird ihm kein Zollschutz zur Blüte helfen. Wie die Eisenbahnen den Gipfel des Transportsystems bilden, so besteht die Grundlage desselben in der Schiffahrt auf Strömen, Flüssen und Kanälen. Sie ist es, welche der Industrie ihre Hilfs- und Verwandlungsstoffe, der allgemeinen Verzehrung die notwendigsten Bedürfnisse am wohlfeilsten zuführt und für den eigentlichen Handel, für den großen Güterverkehr niemals durch die Eisenbahnen ersetzt werden kann. . . . . Die mit Hilfe der Nebenflüsse so leicht herzustellende Verbindung des Rheins mit der Weser und Elbe besteht noch immer nur auf dem Papier.

Und – gestehen wir es offen – wir hätten längst freie Schiffahrt und Kanäle, wenn Napoleon noch einige Jahre Herr geblieben wäre."

Also Mathy anno domini 1843. Da ein Hauptargument Sanders darin bestand, daß die Hebung der gesamten Industrie auch die Grundlage der Blüte des gesamten Ackerbaues sei, und da die Repräsentanten der Landwirtschaft in der zweiten und ersten Kammer ohne Arg damals in diesen Ruf einstimmten, konnte es nicht fehlen, daß die oben erwähnten Positionen jeweils mit „dringendster" Empfehlung dem Großh. Staatsministerium übergeben wurden. Während Nebenius mehr mit Mathy harmonierte, ging Boeckh – wenigstens in solchen Fragen – mehr mit Sander zusammen und instruierte auch den badischen Bevollmächtigten auf den Zollvereinskonferenzen in Stuttgart in diesem Sinne, ohne freilich in der Sache viel zu erreichen; dagegen ging ein anderer alter Wunsch der Kammer allmählich in Erfüllung, welcher darin bestand, daß die Verhandlungen der Zollkonferenzen publiziert, sachkundige Geschäftsleute zu Rate gezogen und vollständigere Mitteilungen über die Bewegung des auswärtigen Handels der Öffentlichkeit übergeben werden möchten.

Seitdem die Schutzzollpartei auf der Zollkonferenz zu Stuttgart 1842 einen halben Erfolg davongetragen hatte, war ihr der Kamm so geschwollen, daß sie die Parole „alles oder nichts" ausgab. Unter diesem Zeichen sollte sie aber nicht den gehofften Sieg davontragen. Alles, was auf den nächsten Zollkonferenzen zu Karlsruhe und Berlin durchging, bestand in einigen Vermittelungsanträgen, die aber weit hinter den Wünschen der Schutzzöllner zurückblieben. Durch den großen Triumph der Anti-Corn-Law-League in England 1846 erhielten die Freihändler aller Länder Oberwasser, zumal jetzt auch ernstere politische Kämpfe das Augenmerk von den Tarifstreitigkeiten ablenkten.

Um die Wende des Jahres 1845 zeigte nämlich das allgemeine politische Wetterglas ein ganz merkwürdig verändertes Gesicht. Auf die nationale Erregung des Jahres 1840 schien anfangs ein Stadium der politischen Depression folgen zu wollen. Da hatte aber die Blittersdorff'sche Politik das unfreiwillige Verdienst, die beginnende Apathie in die lebendigste Sympathie zu verwandeln. Mit gespannter Teilnahme folgte die Presse in Süd- und Norddeutschland dem Kampfe, welchen die badische Opposition unter Sanders entschiedener Führung mit dem kraftvollsten und konsequentesten Träger des Bundessystems führte. Der siegreiche Ausgang dieses Kampfes wirkte weithin ermunternd und ermutigend. Sollte, was hier der kleinen badischen Opposition einem Blittersdorff gegenüber gelungen, nicht auch den deutschen vereinten Oppositionskräften einem Metternich gegenüber möglich sein?

Eine ganz wundersame Bewegung ergriff auf einmal die führenden Geister der Nation. In den konstitutionellen Nachbarstaaten Süd- und Mitteldeutschlands erschien die alte Opposition wieder kampfesmutig auf dem parlamentarischen Schlachtfelde; die preußischen Provinzialstände von 1845 nahmen mit nur zwei Ausnahmen einen Antrag auf Verleihung einer Gesamtstaatsverfassung an; die norddeutschen Hansestädte rüttelten an den Grundfesten des überkommenen verknöcherten Stadtregiments; selbst Mecklenburg, das klassische Land mittelalterlicher Herrlichkeit, und die alten Feudalstände der deutsch-österreichischen Provinzen fühlten, wenn auch noch in den bescheidensten Dimensionen, die Zuckungen des neuen öffentlichen Geistes; und wie im Süden die Badener, so gaben im äußersten Norden die Schleswig-Holsteiner allen deutschen Stämmen das glänzende Beispiel eines zähen Kampfes für politische Freiheit und nationale Unabhängigkeit.

Mit all' diesen neu erwachenden Kräften, vorab den wackeren Ost- und Rheinpreußen, hielt die badische Opposition enge Fühlung. Korrespondenzen flogen nach Köln, Kiel und Königsberg. Größere Aufsätze wurden in den „Konstitutionellen Jahrbüchern", die K. Weil in Stuttgart begründet hatte, niedergelegt; wer seit 1845 ein gewichtiges Wort mitreden wollte, wandte sich an K. Biedermanns Zeitschrift „Unsere Gegenwart und Zukunft" in Leipzig. Heute, wo wir den Weg aus dem Labyrinth gefunden, ist nichts so lehrreich, als sich in die Anfänge der Bewegung hineinzudenken und in den Inhalt dieses Gedankenaustausches zu vertiefen. Wahrhaft wohltuend wirkt die allen Korrespondenzen gemeinsame, auf das große Ganze gerichtete nationale Tendenz. Mehr und mehr bricht das Bewußtsein von der Solidarität der verfassungsmäßigen Bestrebungen sich Bahn, mehr und mehr ringt die Überzeugung sich durch, daß neben dem Kampfe um die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten die deutschen Kammern treue Waffenbrüderschaft in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten halten müssen. Wie ein Märchen aus uralten Zeiten klingt in diesem Augenblicke, wo die Frage, ob Reform oder Revolution, alle Geister und Gemüter beschäftigt, die Erinnerung, daß man vor einem Jahrzehnte schon Großes getan zu haben glaubte, wenn man um Veröffentlichung der Bundesprotokolle petitionierte. Klar zum Gefechte — so steht man, wie unklar auch noch die Vorstellungen über den weiteren Weg sein mögen, der Politik der jetzt nicht mehr geheimen Wiener Konferenzbeschlüsse von 1834 gegenüber.

Zu den alten Gedankengängen, die gegen den absolutistisch-bureaukratisch-polizeilichen Mechanismus des Bundestages gerichtet waren, kommen neue: hier ist ein heller Kopf, der über das Verhältnis der neuen politischen Lyrik zum öffentlichen Leben nachdenkt; er hat zwar nichts dagegen einzuwenden, daß diese Sänger das heilige Feuer in ihrer Weise schüren und schon jetzt

für die Freiheit das Schwert ziehen, aber er mahnt die praktischen Politiker, ihre Operationspläne nicht der Gefühlswelt jener zu entlehnen, sondern die Vorherrschaft des nüchternen Verstandes walten zu lassen; dort übt ein Zweiter ernste Kritik an der eigenen Vergangenheit und sucht den Liberalismus von seinen kosmopolitischen Träumereien zu kurieren und auf den Boden der deutschen Wirklichkeit zu stellen, ohne auf das Niveau derjenigen herabzusteigen, die ihn der Vaterlandslosigkeit und der Agentschaft des Auslands ziehen; hier exemplifiziert ein Dritter an den Ereignissen von 1840, daß das Streben nach Macht sich mit dem Ringen nach Einheit und Freiheit paaren müsse, daß das erste und dringendste Bedürfnis die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit sei, und daß ohne dieses höchste Gut, das andere, das ihm gleich komme, die innere Freiheit auf tönernen Füßen stehe; dort macht ein Vierter die Ursachen fremder Handelsgröße und die letzten Gründe der materiellen Wohlfahrt zum Gegenstand seines Nachdenkens und kommt zu dem Schlusse, daß nicht nur ein natürliches und sittliches Recht, sondern auch ein wirtschaftliches Bedürfnis gebieterisch die Nation zur Selbstbestimmung dränge; hier ruft ein Fünfter nach größeren Verhältnissen, weil er findet, daß die Landtagsbühne nicht groß genug sei, daß die Maßstäbe des englischen Parlamentarismus nicht mit derselben Sicherheit bei Staaten zweiten und dritten Ranges funktionieren; dort lenkt ein Sechster den Blick über die rot-gelben und schwarz-weißen Grenzpfähle hinaus, auf dem weiten Meere das schwarz-rot-goldene Banner, das größere Deutschland mit der Seele suchend; hier beschwört ein Siebenter in der Erinnerung, wie Alldeutschland im Jahre 1813 freudig sein Herzblut dargebracht habe, die Fürsten, den nationalen Strom nicht wiederum in die Kanäle der kleinlichsten Selbstsucht zu leiten, denn es sei Gefahr im Verzuge, daß er sich in wilde Gewässer auflöse und alles mit sich fortreiße. So konnte denn Welcker, als er im Jahre 1845 die zweite Auflage des Staatslexikons in die Welt schickte, im Vorwort schreiben:

„Vertrauensvoller erheben wir es — das alte Panier — heute als vor 11 Jahren. Alle schmerzlichen Gefühle und Besorgnisse wegen der Tücken der Freiheitsfeinde, alle Mühen und Leiden der Kämpfe treten zurück bei dem erfreulichen Anblick des neuen allgemeineren Erwachens der edleren Kräfte unseres Volkes, bei dem erhebenden Gefühle seines neu beginnenden höheren Lebens, welches wie Frühlingsodem uns umweht. Ja, es ist fröhlich, heute zu leben. Die deutschen Herzen und Geister erwachen. Wenn aber die Herzen und die Geister eines so kernhaften Volkes aus langem Winterschlaf für eine große Idee und eine neue Entwickelung erwachen, so ist ihr siegreicher Fortschritt gewiß. Wie der frische Lebenskeim des Pflanzenkorns seine Hülle sprengt und die ihn niederdrückende Scholle mit sich emporhebt oder durchbricht, so werden auch sie siegen über die feindlichen Kräfte, sie werden und sie müssen jetzt um so allgemeinere Zustimmung finden, und auch uns Deutschen, ähnlich den Briten, zu innerer Einigung verhelfen und uns von unserer babylonischen politischen Sprachverwirrung und von gefährlichen feindlichen Gegensätzen befreien."

Bald wurde man jedoch aus diesem siebenten Himmel wieder auf die Erde unter die Menschen versetzt durch die Kunde, daß am 23. Mai 1845 die badischen Abgeordneten Itzstein und Hecker aus Preußen ausgewiesen worden seien. Unterwegs nach Stettin, um dort bei der Taufe des Erstgeborenen ihres früheren Kammerkollegen Hoffmann als Paten zu fungieren, waren beide Männer in Berlin morgens 5 Uhr aus dem Bett geholt und des Landes verwiesen worden. Als sie den amtierenden Polizeirat nach Gründen fragten, deutete er auf — sein Dienstkleid. Auch der badische Gesandte war um diese Tageszeit nicht zu sprechen. Es war natürlich, daß dieses Ereignis in ganz Deutschland die größte Sensation erregte. Von allen Seiten hagelte es Adressen mit wenig schmeichelhaftem Inhalte für die preußische Regierung. Wenn diese ihrer Polizei die Preisaufgabe gestellt hätte, eine politische Tat auszuführen, wodurch die gewonnenen Sympathien in Süddeutschland mit einem Schlage verscherzt werden könnten, so hätte sie diese Aufgabe nicht besser lösen können. Unwillkürlich fühlte man sich wieder in die Zeit zurückgeschleudert, in welcher der preußische Minister des Innern von Rochow das Vorgehen der sieben Göttinger Gelehrten „für eine ebenso unbesonnene als tadelnswerte und nach den diesseitigen Landesgesetzen selbst strafbare Anmaßung“ erklärt und dem „Untertanen“ verboten hatte, „an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen“.

Ein großer Weinberg im Nahethal wurde von dem Besitzer „zum Itzstein“ genannt, ein im Hafen von Swinemünde neuerbautes Schiff „Adam von Itzstein“ getauft. In der württembergischen Kammer meinte Römer unter Zustimmung fast aller seiner Kollegen, „dieses Verfahren der preußischen Regierung sei, gelinde ausgedrückt, zu bedauern“. Die Stadtverordnetenversammlung in Breslau richtete eine besondere Vorstellung an den König. Eine Koblenzer Adresse „deutscher Preußen“ dankte den Ausgewiesenen, daß sie der preußischen Regierung eine Gelegenheit gegeben hätten, „ohne Paraphrase ihre Herzenssprache, nämlich russisch zu sprechen“. Johannes Scherr nannte in seinem Buche „Das enthüllte Preußen“ die Ausweisung „ein herrliches Präludium zu dem angekündigten Puppenspiel: eine preußische Verfassung“.

Treu ihrem alten Berufe, in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten voranzukämpfen, bewährte sich die Volksvertretung auch auf dem Landtage 1846. Da galt es zunächst, in der Itzstein-Hecker'schen Ausweisungsfrage die Ehre des eigenen Hauses zu wahren. Bei dem Titel „Gesandtschaften“ erfuhr man, daß der badische Gesandte sich bei den Beteiligten unter Berufung auf einen unglücklichen Zufall und einen groben Fehler seines Bedienten entschuldigt, und daß der preußische Minister der auswärtigen Ange-

legenheiten von Bülow den groben Mißgriff des Ministers des Innern von Arnim bedauert habe. Einstimmig machte die Kammer die Sache Schleswig-Holsteins wiederum zu ihrer eigenen. So feurig schlugen die Pulse bei der Beratung, daß einige Kammerveteranen sich anheischig machten, „mit ihren Musketen hinüberzuziehen und den inzwischen erschienenen offenen Brief zu beantworten“. Mit einem „Hoch unser deutsches Vaterland“ schloß die Sitzung. Ebenso weihevolle als energische Akkorde fand der Abg. Bassermann für den neuen Geist, der Gelehrte, Künstler, Lehrer, Landwirte, Handels- und Gewerbsleute, Sänger und Schützen aus den entlegensten Teilen des Vaterlandes zusammenführe, der alle Quellen deutschen Volkslebens zu einem immer mächtiger anschwellenden Strome nationaler Kraft vereinige. „Seit langer Zeit“, sprach er, „bedeckt sich wieder die deutsche Erde mit Grün, während in den Regierungslokalen nur die alten Reste abgestorbener Theorien zu finden sind. Es wird nicht eher Friede werden und zu einem gedeihlichen Ziele kommen, als bis die Pforten dieser Regierungslokale sich öffnen, der neue Frühling eingelassen wird, bis die Regierungsmänner aus ihrem Zimmer hervorgehen, sich umsehen und das Forum des Volkes betreten, wo sie in der neuen Frühlingsluft sich wohl befinden werden.“ Bei dem Titel „Bund“ kam es zu dem unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen Welcker und den Regierungskommissären; diesmal schloß er in dramatisch bewegter Weise:

Dusch: Halten Sie den Bund in Ehren!

Welcker: Wo der Bund nicht rettet, da wird Gott uns und das Vaterland retten.

Bekk: Es liegt in diesen Worten nichts als eine Appellation an die Masse. Ob das klug ist, das will ich allen denen, die den Frieden lieben, zur Erwägung überlassen.

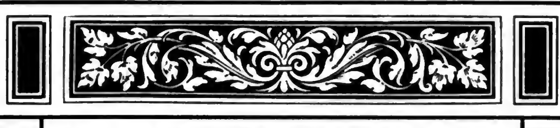
Welcker: Ich bin, wie offenkundig, kein Freund der Revolution; aber wenn man mich fragt, ob, wenn auf solche Weise fortgefahren werde, Revolution kommen werde, so muß ich als treuer Freund meines Landes sagen: auf diesem Wege kann und darf nicht fortgefahren werden, oder es gibt Revolution.

Einen nicht minder charakteristischen Ausblick in die nächste Zukunft eröffnete die Verhandlung über die Preßfrage. Hier pflegten von jeher die Geister am schärfsten auf einander zu platzen. Durch Bundesbeschluß vom 29. Juli 1841 waren die provisorischen Ausnahmebeschlüsse gegen die Presse auf weitere sechs Jahre erneuert worden. Als Blüte des ganzen Systems hatte man im Lande die Musterzensur des Herrn von Uria kennen gelernt. Es war nicht leicht, diesem Gegenstande neue Seiten abzugewinnen, nachdem seit Liebensteins vorbildlicher Tat alle Ständeversammlungen Protest eingelegt hatten. Das einzige, was die Volksvertretung der vierziger Jahre aus dem Eigenen und Vollen hinzufügen konnte, war eine Behandlung mit Galgenhumor, und dazu fanden sich übergenug Talente in der Kammer. Als dies ebensowenig half, nahm man seine Zuflucht zu versteckten und offenen Angriffen gegen alle, die sich zu diesem Geschäfte hergaben. Ein Abgeordneter

rief: „Dem Zensor verdorre die Hand!" „Er ist der geheime Alliierte aller Schurken, Schufte und Spitzbuben", fuhr ein anderer fort. „Wäre ich Zensor", fügte ein Dritter hinzu, „so käme ich mir vor, als ob ich ein Scharfrichter wäre, auf dem bekanntlich eine levis notae macula ruht." Auf dem Landtage von 1846 stellte man endlich an die Regierung das direkte Ansinnen, „beim Bunde die Erklärung abzugeben, daß, falls ein Bundesgesetz über die freie Presse vor Ende des Jahres 1847 nicht zustande käme, die Großh. Regierung es für ihre Pflicht halten werde, das Preßgesetz vom 28. Dezember 1831 [1]) wiederherzustellen". Der werdende Oppositionschef Mathy unternahm es, den Regierungskommissären Bekk und Nebenius, die in Vertretung des erkrankten Dusch zu retten suchten, was nicht mehr zu retten war, das Rückgrat für einen solchen Schritt beim Bunde zu steifen, und ließ sich auch durch Unterbrechungen vom Regierungstische, wie z. B. „Das ist eine schamlose Rede!" nicht aus der Fassung bringen. Während er jenem bemerkte, „er stelle sein ausgezeichnetes Talent in den Dienst der Sophistik, in den Dienst seiner und des Volkes Feinde, versuche eine ihn selbst ermüdende Paragraphenspalterei", rief er diesem zu: „Ich glaube, daß die Gerechtigkeit und Weisheit der Minister dem Lande den Dienst nicht leisten werden, den sie leisten könnten. Die Furcht, die sie beherrscht, die Furcht vor jenem Doppelgeist, vor der Kamarilla, die Furcht, denunziert zu werden von ihren eigenen Organen — dies allein erklärt mir die Vorgänge, die wir immer und immer beklagen. . . . Der Zensor tut es nicht mehr, und es bleibt nur noch die Wahl, zum Henker zurückzukehren oder zur Freiheit fortzuschreiten. Es mag sein, daß in gewissen Kreisen die Absicht vorwaltet, den Rückschritt zu versuchen. Die Nation ist aber für den Fortschritt, und es wird sich zeigen, wer's durchsetzt."

[1]) Vergl. Bad. Landtagsgeschichte III. 116





Neuntes Kapitel — Die Krisis im liberalen Lager



Der Kammerschluß von 1846 hatte nach keiner Seite befriedigt. Weder die Rechte, noch die Linke vermochte die Regierung aus ihrer Passivität zu wecken und zu kräftigen Schritten in der einen oder anderen Richtung zu bewegen. Die Mißstimmung über die scheinbare Erfolglosigkeit des Landtages machte sich in gegenseitigen Vorwürfen und Anschuldigungen der Parteien Luft. Schon während des Landtages hatte die radikale Presse die taktisch kluge Stellungnahme der liberalen Majorität mit einem erbärmlichen Hohngeschrei begleitet, da sie fürchtete, es möchte der Skandal, mit dem sie bisher so gute Geschäfte machte, ein Ende nehmen; nach dem Landtage ging der Lärm in einen wahren Höllenspektakel über. Als Sündenböcke dafür, daß die Kammer nicht aufs neue aufgelöst, die Regierung nicht gestürzt und der Bund nicht aus den Angeln gehoben worden war, wurden die sogenannten „Halben", d. h. diejenigen liberalen Abgeordneten, welche für die Bewilligung des Budgets gestimmt hatten, in die Wüste gejagt. Da wir in dem Kapitel „Der Aufmarsch der radikalen Partei" diese Hetzjagd des Näheren beleuchten werden, können wir an dieser Stelle zur Haltung der konservativen Parteipresse übergehen.

Beim Beginne des Landtages von 1846 brach im ganzen reaktionären Lager ein lautes Geheul darüber aus, daß die Regierung anfange, mit der „Umwälzungs- und Entwurzelungspartei", mit einem Welcker, ja — die ultramontane Partei machte drei Kreuze — mit einem Mathy zusammenzugehen. So oft die Regierung und Volksvertretung über irgend eine Frage mit einander in Streit gerieten — und was war natürlicher, da alle Ressorts mit Ausnahme des Ministeriums des Innern sich in den Händen von politischen Gegnern der Opposition befanden? — jammerten diese Kreise über „Thronprärogativenraub" und „Mitregierung der zweiten Kammer"; so oft sich beide mit einander vertrugen, zeterten sie, die Maßhaltung der Opposition entspringe dem Gefühl der Schwäche und Furcht, und es bedürfe nur einer neuen Wahl, um wieder in den Besitz der früheren Macht zu gelangen. Da die bisherigen Wahlschlachten in der Hauptsache von dem Bürgertum geschlagen worden waren, drohten sie sogar, das durch die Mißernte in Not und Elend geratene Landvolk und Proletariat gegen die „Geldaristokraten und Millionäre"

aufzurufen. Als ultima ratio brachten sie die Berufung von fremden „Kapazitäten", wie Hassenpflug, in Empfehlung.

Nach dem Landtage stellte sich die reaktionäre Presse die Aufgabe, das Rettig'sche Regiment aufrecht zu halten und jede Nachgiebigkeit der Regierung in dieser Richtung als Schwäche hinzustellen. Unter dem Titel „Die badischen Landtage von 1845 und 1846" erschien bei Becher in Stuttgart ein anonymes Tagebuch, dessen Ursprung in dem Gesandtschaftshotel einer norddeutschen Macht gesucht wurde. Der Verfasser war in alle Klatschereien, welche damals in den höchsten Zirkeln der Residenz herumgetragen wurden, eingeweiht. Seine Tendenz ging dahin, zu zeigen, daß die badische Regierung in jeder Beziehung unfähig sei, das monarchische Prinzip aufrecht zu erhalten. Sprach auch das Buch den Wunsch nicht ausdrücklich aus, so legte es ihn doch dem Leser auf die Zunge, daß Baden um der Ruhe Deutschlands willen entweder „verkrakauert", wie man damals zu sagen pflegte, oder doch unter eine mächtige monarchische Vormundschaft gestellt werden müsse.

Eine Wirkung erzielten diese und andere Preßstimmen zunächst nur innerhalb ihrer Leserkreise. Bei den liberalen Abgeordneten verfingen sie um so weniger, als sie mit solchen Brechmitteln eingegeben wurden. In aller Eintracht gingen diese beim Landtagsschlusse auseinander. Wie sie während des Landtages stets in freundschaftlichem Verkehre geblieben waren und gemeinschaftliche Sitzungen abgehalten hatten, so waren sie auch beim Abschiede weit davon entfernt, einander wegen der Abstimmung über das Budget vor der Öffentlichkeit anzuklagen. Waren denn nicht die Gründe dafür im Grunde so gut wie die dagegen? Diejenigen, welche gegen das Finanzgesetz stimmten, rechtfertigten ihre Abstimmung, indem sie die während des Landtages erhobenen Klagen gegen die Staatsverwaltung Revue passieren ließen; nie hätten sie auf diese Klagen von der Regierungsbank eine beruhigende Erklärung erhalten; darum könnten sie nicht mit Vertrauen die Staatsgelder in die Hände der gegenwärtigen Regierung legen. Diejenigen, welche für die Bewilligung stimmten, konnten mit Recht darauf hinweisen, daß die Opposition sogar unter dem Ministerium Blittersdorff das Budget fast einstimmig bewilligt habe; wenn sie an dieser Taktik festhielten, so leite sie die Befürchtung, daß eine Budgetverweigerung in diesem Augenblicke nur der Reaktion neue Kräfte zuführen, das Rettig'sche Regiment befestigen und ein Ministerium Bekk unmöglich machen würde. Daß die Opposition ein Ministerium der äußersten Linken erzwingen könne, oder daß das Volk Lust habe, der Abstimmung seiner Vertreter mit Barrikaden Nachdruck zu geben, das träumten auch die Radikalisten in der Kammer nicht, und es grämte sich daher auch niemand von dieser Seite darüber, daß das Budget bewilligt wurde. Mit dem Gefühle, daß, wenn auch noch keine Frucht des Landtages vorliege, doch

der Sturm der Reaktion, welche ein halbes Jahr früher mit ihrer ganzen Macht ins Feld gerückt, für lange Zeit abgeschlagen sei, gingen die Abgeordneten nach Hause, ganz erfüllt von dem großen nationalen Problem: am 1. Mai 1847 wollten sie nach Art der Historiker- und Germanistenversammlung freiwillig zusammentreten, im Herbste dann mit den Abgeordneten der Nachbarstaaten Beratung pflegen und im folgenden Frühjahr — soweit flogen schon die Gedanken — mit Abgeordneten aller deutschen Staaten nach dem Rechten sehen.

Nicht am 1. Mai 1847, sondern schon am 29. November 1846 traten die liberalen Abgeordneten zu Durlach zusammen. Die Anregung zu dieser Zusammenkunft ging von den Mitgliedern des ständischen Ausschusses aus, welche in der Zwischenzeit in Karlsruhe ihres Amtes gewaltet und die politische Konstellation nach dem Landtage einer Aufklärung bedürftig gefunden hatten. Ernster als die fadenscheinigen Angriffe nahm man die Wirkung der radikalen Hetzpresse, welche darin bestand, daß viele Parteifreunde annahmen, die Verdächtigungen seien von liberalen Abgeordneten ausgegangen. Um diesen Gerüchten nicht weitere Nahrung zu geben und ein parteioffizielles Dementi entgegenzusetzen, traten unter Mittermaiers Vorsitz die Abgeordneten der linken Seite der Kammer zusammen. Nur Hecker fehlte. Dagegen waren alle, die zwei Jahre später zu seiner Fahne schwuren, anwesend. Ganz allgemein war der Wunsch, die Einigkeit zu erhalten und den Gegnern nicht die Freude einer Spaltung zu bereiten, ganz allgemein auch die Ansicht, daß Angriffe, wie die von Struve und Genossen, sich selbst am besten richten. Bei dieser Gelegenheit stellte sich nun heraus, daß alle mit der einzigen Ausnahme des Abg. Mathy ohne irgend einen nennenswerten Einfluß auf die liberale Presse des Landes waren. Es konnte nicht fehlen, daß man dieses höchst auffallende Mißverhältnis in seiner ganzen Tragweite erkannte und abzustellen beschloß. Von allen Anwesenden wurde mit großem Beifall die Kunde aufgenommen, daß sich bereits mehrere hochangesehene Männer zusammengetan hätten, um ein Blatt zu gründen, das mit Freimütigkeit und Entschiedenheit, aber auch in würdiger Form und ohne politische Verketzerungssucht dem Fortschritte im Lande und Reiche dienen wolle.

Für diese stagnierenden Verhältnisse, in denen so vortrefflich die radikale Presse gedieh, waren freilich nicht nur die alten reaktionären Elemente, sondern auch die neuen liberalen Männer der Regierung verantwortlich. Auch bei normaler Weiterentwickelung wäre die Aufgabe, die des werdenden liberalen Ministeriums wartete, nämlich ein ehrlich konstitutionelles, von dem Geiste und Mute des Fortschrittes getragenes Regiment zu begründen und die Vergangenheit mit der Gegenwart auszusöhnen, bei den oben und unten obwaltenden Verhältnissen eine unendlich schwierige gewesen. Völlig unlösbar

wurde sie vollends, als ganz außerordentliche Verhältnisse eintraten und nicht nur die Dinge, sondern auch die Menschen auf den Kopf stellten. Da blieb nur die undankbare Rolle des Opferlammes übrig und der Glaube, daß der Lichtstrahl der Wahrheit und der historischen Gerechtigkeit doch am Ende siegreich durch die Wolken brechen müsse.

Die Rolle des Opferlammes war ihnen schon auf dem Landtage von 1846 beschieden. Mit engelsgleicher Geduld und Selbstüberwindung besorgten sie das undankbare Geschäft der Vermittlung zwischen unversöhnlichen Prinzipien. Suchten sie die bisherige Politik zu rechtfertigen und ihren angegriffenen Kollegen im Kampfe beizustehen, so klagten die einen, kamen sie der Kammermajorität mit volksfreundlichen und fortschrittlichen Vorlagen entgegen, so klagten die anderen über unverzeihliche Schwäche. Dank und Anerkennung oder wenigstens Teilnahme und Verständnis fanden sie nicht einmal bei derjenigen Stelle, welche sie mit dem letzten Reste ihrer Kraft zu decken suchten; ging doch in dieser Zeit die halboffizielle Sage, Nebenius habe um die Erlaubnis gebeten, zurücktreten zu dürfen, aber die unfreundliche Antwort erhalten, „er habe den Staatswagen so tief in den Sand geführt, daß man es nun ihm überlassen müsse, denselben wieder in Lauf zu bringen".

Auch die Nebenius und Bekk hatten ihre verwundbare Stelle. Jener war ein großer Nationalökonom, dieser ein großer Richter. Aber ihre Johannespolitik verfügte nicht über die Nerven des handelnden Staatsmannes. Als Liebenstein einst das gestellte Problem richtig erkannte und sich mit dem Gedanken trug, von leitender Stelle aus den Rechtsstaat im Verfassungsstaat zu begründen, war es, wie aus seinen hinterlassenen Papieren hervorgeht, seine erste Sorge, sich in seinem Ressort mit Männern zu umgeben, auf die er sich verlassen könnte, wenn er die Verantwortung tragen sollte. Jeder Schritt durchgreifender Konsequenz in dieser Richtung mußte aber den humanen Männern, welche jetzt in einer außergewöhnlichen Zeit ein neues System begründen sollten, förmlich abgerungen werden.

Auch besaßen die neuen liberalen Männer der Regierung nicht den Mut und die Kraft, um im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit nach oben eine schärfere Linie zu ziehen und im Bewußtsein ihrer guten Sache nach unten sich offener an den liberalen Kern des Volkes anzuschließen. Ihr staatsmännisches Vorbild war Ludwig Winter. Das größere Beispiel Liebensteins war für sie verloren. Wie ganz anders hätte doch dieser die Regierung z. B. bei der Diskussion über die Mannheimer Vorgänge am 19. November 1845 vertreten?

Diese Mannheimer Vorfälle waren zu einem sehr großen Teile schuld, daß der Parteikampf einen mehr und mehr gereizten und persönlichen Kampf annahm. Die Regierung hatte das Benehmen des Regierungsdirektors für

ordnungsmäßig erklärt und das der Gemeindebehörden mißbilligt. Wie, fragte die öffentliche Meinung, nach solchen enormen Maßregeln nichts weiter? Im ganzen Saale befand sich keine Waffe, als die scharf gespitzte Feder des Ratschreibers. Wenn wirklich Ursache vorhanden war, gegen einen Gemeinderat die Aufruhrakte unter Mitwirkung einer ganzen Garnison zu verkünden, konnte sich dann die Staatsbehörde damit begnügen, dem Gemeinderat ihre Mißbilligung auszusprechen? War aber keine Ursache zu diesem äußersten Schritt der Staatsgewalt vorhanden, so war eine Belobung des Regierungsdirektors gewiß nicht am Platze.

Da die Hauptpersonen, welche in diesem tragikomischen Stücke figurierten, in der Kammer sich gegenübersaßen, konnte es nicht fehlen, daß die genannten Vorgänge bei jeder Gelegenheit in Anregung gebracht wurden. Auch lag eine Mannheimer Petition in diesem Betreffe vor, deren Beratung aber von dem Kammerpräsidenten Mittermaier wohlweislich soweit als möglich hinausgeschoben wurde, weil gegen das Ende des Landtages die Kampfeslust gewöhnlich ein wenig nachläßt.

Ein Liebenstein hätte es nun weit von sich gewiesen, eine Sache in Schutz zu nehmen, die er ein Jahr früher wohl selbst von dem Deputiertensitze aus angegriffen hätte. Wie offen hätte er das Werkzeug der Kamarilla, den Regierungsdirektor Schaaf von sich abgeschüttelt, wie männlich hätte er sich aber auch dem Demagogen Brentano entgegengeworfen, wie sieghaft hätte er das Banner der Gemeinderechte über der Zinne der streitenden Parteien entfaltet! Alles, was Bekk in diesem Falle, wie bei anderen Anlässen, wo es auf eine scharf pointierte programmatische Aussprache ankam, tat, sah mehr darnach aus, als ob er sich berufen fühlte, das alte Regiment zu decken, denn ein neues zu begründen. Ganz allgemein war in Folge davon die Verstimmung in den weitesten liberalen Kreisen, und die radikale Presse wäre das nicht gewesen, was sie war, wenn sie den Augenblick unbenützt hätte vorübergehen lassen.

Verhängnisvoll war es auch, daß die Öffentlichkeit nicht von einem guten Anlauf erfuhr, den die Regierung um diese Zeit auf dem Gebiete der Bundespolitik machte. Am 7. August hatte in der Kammer der scharfe Zusammenstoß zwischen Mathy und Nebenius in der Preßfrage stattgefunden. Laut Bundesprotokoll vom 24. August 1846 gab an diesem Tage die badische Regierung die Erklärung ab, daß nach ihren Erfahrungen die Zensur bei den Zuständen des Landes mit jedem Tag nachteiliger sich erweise, die schlechte Presse fördere, eine bessere Presse aufzukommen verhindere und für das Ansehen und Vertrauen der Regierung mehr schädlich als vorteilhaft sei. Da kam sie aber mit ihrer Frage, ob nicht der Zeitpunkt für die Beratung eines Bundespreßgesetzes gekommen sei, bei der königlich-kaiserlichen Präsidial-

gesandtschaft schön an: dies sei eine beklagenswerte, aber niemanden unerwartete Erscheinung, der diesen Zuständen mit Aufmerksamkeit gefolgt sei; die gewissenhafte Erfüllung einer Bundespflicht werde dem Ansehen einer Regierung nie und nimmer abträglich sein. Wo aber Verpflichtung und Art der Erfüllung nicht im Einklange stehe, da ergäben sich allerdings bedenkliche Verhältnisse. Man hoffe, daß diese Erinnerung genügen werde, um die Großh. Regierung zu vermögen, die Aufsicht über die Presse in einer Weise zu handhaben, welche zu weiteren Erörterungen keine Veranlassung bieten werde.

Mutig konzentrierte sich darauf die Großh. Regierung rückwärts, indem sie am 17. September 1846 gegen eine solche, „die Ehre der Regierung antastende" Erklärung Verwahrung einlegte:

„Wenn die Großh. Regierung in der hohen Bundesversammlung wegen mangelhafter Erfüllung einer Bundespflicht förmlich in Anspruch genommen werden sollte, so würde sie dieses zwar beklagen, aber nicht anstehen, mit Vertrauen sich auf eine ausführliche, den föderativen Gesinnungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs entsprechende Weise zu erklären.

Sie glaubt, eine nähere Beleuchtung aller Verhältnisse nicht scheuen zu dürfen, allgemeine Vorwürfe aber, die in Form und Art der Ehre und Selbständigkeit der Regierung zunahe treten, kann sie nicht annehmen.

Die Großh. Regierung wird niemals ihr politisches Gewicht in dieser Versammlung überschätzen, wenn sie sich auch ihres Wertes als treues Bundesglied bewußt ist. Wo es sich aber um die Ehre handelt, da wird sie auch gegen Niemand mit ihrem Anspruch zurückstehen, und darf erwarten, daß man ihr in einer Weise begegnet, wie es föderativen Verhältnissen angemessen ist."

Welche allmächtige unverantwortliche Einflüsse der Bildung eines liberalen Kabinettes auch noch um diese Zeit entgegenstanden, davon sollte erst die Nachwelt sichere Kunde erhalten. Am 25. November 1846 kehrte der preußische Gesandte von Radowitz nach längerer Abwesenheit von Frankfurt in die badische Hauptstadt zurück. Wiederholt hatte der Großherzog ihm durch den Bundestagsgesandten Blittersdorff sagen lassen, daß er ihn dringend zu sprechen wünsche. Nach der Rückkehr entspann sich nun zwischen beiden ein lebhafter Verkehr, der im tiefsten Geheimnisse betrieben wurde. Der Fürst kam zu Fuß in der Dunkelheit, der Gesandte schickte seine schriftlichen Mitteilungen auf besonderen Umwegen.

Josef von Radowitz, Friedrich Wilhelms IV. intimster Freund, lebte seit dem 1. August 1842 in Karlsruhe. Er war ein hochbegabter Mann, der in der Geschichte nur eine Entwickelung göttlicher Willensakte sah, streng klerikale Ansichten hegte und für die christlich-germanisch-ständische Monarchie schwärmte. Da er den deutschen Süden nicht aus eigener Anschauung kannte, ließ er sich von Mone und dessen Hintermännern über badische Verhältnisse unterrichten. Kein Wunder, wenn er in fast allen badischen Abgeordneten Demagogen erblickte. Im Jahre 1842 hatte er vor einem Staatsstreiche

gewarnt und zum Ausharren gemahnt, 1843/45 die Überleitung der liberalen Tendenz in die nationale Strömung und die Zurückziehung der Rechtsgesetzentwürfe befürwortet, 1846 die Auflösung der Ständeversammlung angeraten. Jetzt gab er dem Großherzog den Rat, „seine Autorität herzustellen, indem er den Mißbrauch der konstitutionellen Befugnisse auf das bundesverfassungsmäßige System zurückführe, alles aber auf streng gesetzlichem Wege mit Vermeidung jeder exzeptionellen Maßregel".

Als Weg zu diesem Ziele schlug er vor: „Angemessene Personalveränderungen, Aufstellung eines festen Systems, Verpflichtung aller Minister auf dasselbe, Verständigung mit den Kabinetten von Wien und Berlin, Zusicherung der Unterstützung durch den Bund, Ordnung der periodischen Presse, Bildung einer neuen Kammer, Verbesserung des Verfassungszustandes durch dieselbe."

Es lohnt sich der Mühe, das „feste System" etwas näher ins Auge zu fassen, zumal das Radowitz'sche Programm gleichsam den Schlüssel zu der etwas geheimnisvollen badischen Regierungspolitik bis zum März des Jahres 1848 bildet.

Radowitz schrieb vor, „dem Radikalismus mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten, dagegen eine Verständigung mit demjenigen Teil der Liberalen anzustreben, der die in den letzten Monaten vorgekommenen Aufreizungen des Volkes mißbilligte und sich in den Grenzen des verfassungsmäßigen Rechts halten wollte". Zu diesem Zwecke sollten einige Zugeständnisse in Personalfragen gemacht, ein neues Preßgesetz unter Fortfall der Zensur bearbeitet, eine Erweiterung der ständischen Rechte in der Verwaltung der Gemeinden angestrebt werden.

Hand in Hand mit diesen Konzessionen an den rechten Flügel der Liberalen müsse die Herstellung des kirchlichen Friedens im Lande gehen. Der Konflikt zwischen Staat und Kirche in Sachen der gemischten Ehen müsse aus der Welt geschafft werden, damit der Erzbischof bei Eintritt einer Neuwahl den Klerus zur Unterstützung der Regierung auffordere und damit sich allmählich eine konservative Partei mit spezifisch katholischem Charakter im Lande bilden könne.

Um den „vulgären Liberalismus" der Mittelklassen in seiner Nichtigkeit aufzudecken und ihn der magischen Kraft zu entkleiden, die er als Vertreter der reellen Volksinteressen usurpiert habe, solle die Regierung zu einer aktiven Fürsorge für die unteren Klassen übergehen und schrittweise die Initiative zur Vorlage solcher sozialen Maßregeln ergreifen, die eines großen moralischen Eindrucks auf die Massen fähig seien, wie z. B. die Ordnung des Armenwesens, gerechtere Verteilung der Steuern, Gründung von Sparkassen, Aufhebung der beschränkten Bestimmungen über Freizügigkeit und Auswanderung.

Das neue Gouvernement habe bis zum nächsten Zusammentritt ein volles Jahr Zeit, um sich einzurichten. Diese Frist müsse benützt werden, um durch die offizielle Presse das Land über die Absichten des Großherzogs aufzuklären. Trete keine Umkehr der öffentlichen Meinung ein, so sei die Auflösung der Kammer in Erwägung zu ziehen. Würde diese nicht für tunlich erachtet, so dürfe die Regierung die Budgetverhandlungen nicht abwarten, sondern müsse sofort den Prinzipienstreit aufnehmen, indem sie sich gegen die ständische Reklamierung der inzwischen erlassenen Verordnungen erkläre und an ein Schiedsgericht des Bundes appelliere.

Wie der Freiherr von Radowitz in einem Immediatbericht an Friedrich Wilhelm IV. vom 16. Dezember 1846 schrieb, soll der Großherzog Feuer und Flamme für sein Programm gewesen sein und den Ministern mit Bekk an der Spitze befohlen haben, sich durch feierliche Unterschrift zur Durchführung desselben zu verpflichten.

Anderthalb Jahre später, im April des Jahres 1848, urteilte er etwas anders über seinen hohen Auftraggeber: „Aber nicht allein hatte er schon nicht gewagt, dieses System in seiner scharfen Konsequenz aufzustellen, sondern er überwachte auch nicht dessen Ausführung. In kurzem standen die neuen Minister wieder in demselben Verhältnis zu ihm, wie die früheren, d. h. sie regierten in dem Sinne des liberalen Beamtentums und ließen ihm das Nachsehen. Manches Gute ist aus dieser von mir angeregten Änderung hervorgegangen, aber der innere konsequente Zusammenhang blieb aus, und so gab das Ganze nur ein ungedeihliches Stückwerk."

Erst jetzt, als auch diese Kreise unter den angegebenen Kauteln zu einer Verständigung mit dem Liberalismus rieten, konnte die längst spruchreife Ministerialveränderung vor sich gehen. Am 19. Dezember 1846 wurde dem Lande die Ernennung Bekks zum Minister und die Entfernung Rettigs aus dem Ministerium des Innern gemeldet. Nebenius erhielt die ruhige Stelle eines Präsidenten des Staatsministeriums. Bekk wurde seiner Beförderung nicht froh. Die paar Freunde, die bisher Freud und Leid mit ihm getragen hatten, sandten zwar herzliche Glückwünsche, allein sie konnten sich schwerer Besorgnisse für die Zukunft nicht entschlagen. Ihnen allen bereitete die maßlose Parteileidenschaft der Radikalen bange Sorge. So schrieb der Abg. Bader, der auf dem Landtage von 1846 eine isolierte Stellung eingenommen hatte, am 4. Januar 1847 in einem vertraulichen Briefe an einen Freund:

„Ob ich mich über Bekks Ernennung zum Vorstand des Ministeriums des Innern freuen soll, weiß ich nicht. Leider muß ich befürchten, daß er den Beschwernissen, welche bei den gegenwärtigen Verhältnissen mit diesem Amte verbunden sind, bei seiner ohnehin schwächlichen Gesundheit zu bald unterliege. Möge der Himmel ihn stärken und seinem gewiß vom reinsten und besten Willen geleiteten Streben Gedeihen und Erfolg geben.

Aber daran muß man im Hinblick auf die bösartigen Elemente, welche diesem Wirken entgegengetreten, beinahe verzweifeln. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Art und Weise, wie gewisse Leute den Fortschritt betreiben oder betrieben haben wollen, uns nicht nur nicht vorwärts, sondern rückwärts bringen wird. Wo ein Haufe ausschließlich zum Tonangeben und dominieren berufen zu sein wähnt, der, allerdings seiner Natur nach, seinen Ansichten nicht auf dem ruhigen Wege der Belehrung und Überzeugung, sondern durch Übertreibungen, Entstellungen, Lügen und dergl. Mittel Eingang und Geltung zu verschaffen sucht, da kann das Wohl des Vaterlandes nicht gedeihen."

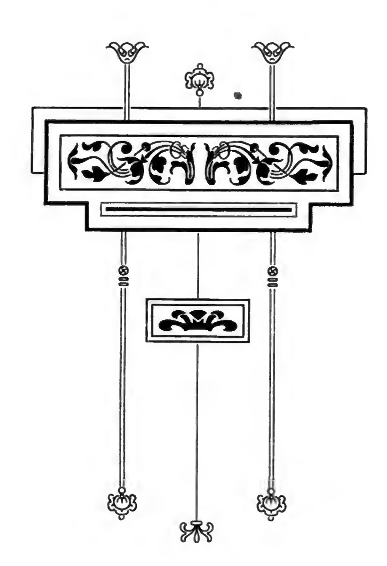
Der Abgeordnete Zittel, der auf dem letzten Landtage den rechten Flügel der liberalen Majorität geführt hatte, konnte sich in Anbetracht aller Begleiterscheinungen nur zu einer „ziemlich kühlen Freude" aufschwingen:

„Die Staatsverwaltung enthält von oben herab durch alle Teile noch eine Masse ungleichartiger, zum Teil der Richtung des neuen Ministers direkt widerstrebender Elemente. Mit dem Direktor Rettig ist der ihm verwandte Geist nicht auch aus allen andern Ministerien ausgezogen. In Frankfurt wirkt für Baden und nach Baden von der hochwichtigen Stelle eines Bundestagsgesandten der abgetretene Minister von Blittersdorf, gegen welchen Bekk in der Urlaubsfrage Berichterstatter war. In sämtlichen Kreisregierungen sitzt der alte bureaukratisch-polizeiliche Sauerteig, der engherzige, dem aufstrebenden Bürgertume überall mißtrauisch entgegentretende Schreibergeist mit einer außerordentlichen Zähigkeit fest und influiert auf die untergeordnete Beamtenwelt weit mehr, als das Ministerium. Die Aristokratie wird sich nie aufrichtig herablassen, den sehr bürgerlichen Minister zu Gnaden aufzunehmen; die Hofpartei, welche so lange und so hartnäckig sich gegen ihn gesträubt hat, wird den ihr von der Macht der Verhältnisse Aufgedrungenen stets mit scheelen und mißtrauischen Augen ansehen; die katholische Partei, obgleich geschmeichelt dadurch, daß einmal ein Katholik Minister ist, wird sich mit einem unparteiischen Manne nie wahrhaft befreunden, während auf der anderen Seite der politische Radikalismus schon darum mit großer Bitterkeit gegen ihn kämpfen wird, weil ein Ministerium, von welchem zu befürchten ist, daß es einen gewissen Grad der Popularität gewinnen könnte, am wenigsten seinen Absichten und Wünschen entspricht. Welche Kraft gehört dazu, alle diese widerstrebenden Elemente zu überwältigen? und zwar mit den gebundenen Händen eines Ministers in einem kleinen deutschen Bundesstaate, über welchen vor allen andern die Gewitterstürme der Konferenzbeschlüsse ihren Zug haben und die Hagelwetter der Gesandtschaftsnoten sich zu ergießen pflegen.

Ein weiterer ungünstiger Umstand für den neuen Minister ist, daß er es erst jetzt geworden ist, während die Verhältnisse in Baden ihn schon lange erfordert hätten. Wäre er vor zwei Jahren an seine jetzige Stelle getreten, so wäre seine Ernennung im ganzen Lande mit dem größten Jubel aufgenommen worden, und er hätte von vornherein in der öffentlichen Meinung eine so feste Stütze gehabt, daß seine Stellung unangreifbar gewesen wäre. Statt dessen sträubte man sich gegen ihn, so lange als möglich, zögerte fort und fort und probierte es so und so, obgleich man längst voraussah, daß er ein unvermeidlicher Mann sei. Indessen brachte man ihn in eine Stellung, in der er sich notwendig abnutzen mußte. Man setzte ihn vom Präsidentenstuhl der Kammer weg auf die Ministerbank und ließ ihn da Regierungsmaßregeln verteidigen, an denen er keinen Anteil hatte, wobei er als Advokat des Ministeriums eine Rolle spielte, die gar zu sehr gegen sein freimütiges Auftreten vom Deputiertensitze aus abstach. In dieser Stelle mußte er notwendig seine Popularität verlieren, und da man sich auf diese Weise lange daran gewöhnt hatte,

in ihm nur noch den präsumtiven Minister zu sehen, so erregte seine endliche Ernennung zwar Freude, aber eine ziemlich kühle Freude. Es war, wie wenn ein Kandidat im zwanzigsten Jahre sich verlobt und endlich im sechsunddreißigsten heiratet."

Ein tief fatalistischer Zug seines Wesens ließ Bekk selbst pessimistisch in die nächste Zukunft schauen. Er kannte die „Oben und die Unten" und ahnte die Leidensgeschichte, die ihm bevorstand. „Das Vernünftige", so hatte er schon am 5. Januar 1846 an Mittermaier geschrieben, „wird von beiden Extremen immer mehr in den Staub gezogen, und der Haß gesteigert. Das beste ist, wenn wir etwas in uns haben, was uns die Menschen nicht nehmen können." „Wenn ich dieser Verhältnisse ohnerachtet", klagte er um die Neujahrszeit 1847, „mich auf diese Stellung begab, so geschah es in dem Bewußtsein, daß ich politisch vernichtet werde. Ich nehme dies hin und suche meine Pflicht zu tun, um vor meinem Innern gerechtfertigt zu sein."







Zehntes Kapitel — Die badische Presse



Bevor wir dem weiteren Verlauf der Dinge unsere Aufmerksamkeit zuwenden, müssen wir einen Blick auf den Stand der politischen Landespresse vor Ausbruch der Revolution werfen. Der Bann der Zensur hatte es glücklich soweit gebracht, daß die Tagespresse zu einer Wirksamkeit und Bedeutung gelangte, die ihr nach der ganzen Art ihrer damaligen Durchbildung und Leistungsfähigkeit nicht gebührte. Mit Schadenfreude verzeichneten die einen, mit Besorgnis die anderen das Resultat des 30 jährigen Zustandes polizeilicher Beschränkung, welches darin bestand, daß die Extreme das Terrain beherrschten und der Unverstand zu dominieren anfing.

Indem wir zu einer Charakteristik der badischen Presse und ihrer Repräsentanten übergehen, sind wir in der glücklichen Lage, Wort für Wort den Ausführungen eines Zeitgenossen folgen zu können, der wie kein anderer das Feld der badischen Publizistik kannte. Anfangs April 1847 schrieb der Heidelberger Historiker Ludwig Häusser, dessen politische Anfänge wir im nächsten Bande zu würdigen gedenken, den folgenden Aufsatz in die „Allgemeine Zeitung", der zwar das Unglück hatte, allen Parteien zu mißfallen, der aber in fast allen Beziehungen den Nagel auf den Kopf traf:

„Wenden wir uns zunächst zur „guten" Presse, so müssen wir uns gestehen, sie leidet an denselben Schäden, wie die Organe verwandter Richtung im übrigen Deutschland. Es hat noch nirgends recht gelingen wollen, eine konservative oder ministerielle Presse aus den Reihen einer geschlossenen und selbständig agirenden Partei hervorgehen zu lassen, eben weil es nicht bestimmte politische Systeme und Parteien sind, die am konstitutionellen Ruder sitzen; vielmehr haben Subventionen, Insertionsprivilegien und dergleichen trostlose Mittel, die doch am Ende eine große Armut beurkunden, eine „gute" Presse künstlich schaffen müssen, die eben durch diese Art der Entstehung auch den Keim des Todes in sich trug. Ein solches Blatt „verkauft" zu nennen, liegt doppelt nahe, wenn man daran denkt, daß dieselbe Gewalt, die es bezahlt, zugleich die Mittel in Händen hat, den Gegner durch die Zensur stumm zu machen, und wer will dann ein Organ, dem so vom Momente der Geburt an ein Stempel der Unwahrheit und Zweideutigkeit aufgedrückt ist, lesen oder unterstützen?

Aus demselben Grunde entspringt die Abneigung guter Köpfe von Gesinnung, der Regierungspresse freiwillig ihre Feder zu leihen; sie wollen nicht mit einem Troß zusammen-

geworfen sein, wie ihn die Blätter der Subvention häufig in Dienst nehmen, und schweigen lieber, als daß sie, die Ernsten und Überzeugungstreuen, mit dem leichten bunt zusammengeworbenen Völkchen der besoldeten Publizisten an einem Joch zögen. So bleibt das Feld zwischen Leuten geteilt, die vielleicht Kopf, aber keine Gesinnung haben, oder anderen, die es sehr ehrlich meinen mögen, die aber den Regierungen den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie für dieselben schreiben; was die Dialektik der einen gut machen könnte, verdirbt die Taktlosigkeit der anderen, und was durch die Ehrlichkeit der letzteren gewonnen wird, geht durch zweideutige und unklare Antezedentien der anderen wieder verloren. Ist es ein Wunder, wenn es den Organen dieser Art samt und sonders an der Schneide des Schwertes fehlt, das sie führen sollen, wenn sich ihre ganze Tätigkeit auf kleinliche Hetzen beschränkt oder auf ungeschickte Ausbrüche einer oft ganz deplazierten Loyalität? Einen scharfen und allezeit schlagfertigen Kampf gegen die Gegner durchführen, bald angriffs-, bald verteidigungsweise ein bestimmtes System der Regierung mit allen seinen Konsequenzen aufrecht erhalten und über dem Lokalen und Persönlichen die leitende staatsmännische Idee nie aus den Augen verlieren — das haben unsere Organe von der ministeriellen Presse noch nirgends gelernt; im besten Fall haben sie durch unfruchtbare Doktrinen ihr Publikum gelangweilt, im schlimmeren und häufigeren Fall durch Wohldienerei und widerwärtige Persönlichkeiten sich und der Sache, die sie verfochten, gleich viel geschadet.

Einigen Anteil an dieser Ungeschicklichkeit und Unbedeutsamkeit der Regierungspresse tragen die obersten Behörden in den Regierungen selbst; denn so sehr sie die Macht und den Wert einer günstigen öffentlichen Meinung allmählich haben schätzen lernen, so wenig können sie es über sich gewinnen, in der Presse mehr als ein notwendiges Übel zu erblicken. Den Vertretern der publizistischen Literatur — denn eine Literatur bilden ja die Zeitungen, einflußreicher und allgemeiner wirkend als alle anderen — eine Achtung zu gönnen, wie sie denselben in England und Frankreich zuteil wird, dazu hat man es in Deutschland noch nicht gebracht; vielmehr schien man stets geneigt, den literarischen Ouvrier, den man bezahlt und fortschickt nach Belieben, eher zu gebrauchen als den Mann von Talent und Charakter, der seine geistige Ebenbürtigkeit freilich anerkannt wissen will. So waren die Regierungsblätter in dem bizarren Fall, die Schritte der Regierenden verteidigen zu müssen, und doch hatte man sie weder in Motive und Handlungen, noch in den ganzen Komplex der Regierungspolitik auch nur notdürftig eingeweiht; die Loyalsten waren die Unwissendsten, und noch jüngst haben wir ein tragikomisches Beispiel erlebt, wie die „schlechte" Presse über die Pläne einer großen deutschen Regierung sehr gut unterrichtet war, während ein viel genanntes Organ der „guten" Presse seine Unwissenheit alltäglich in köstlicher Selbstgefälligkeit zur Schau trug.

Waren daher die Organe der ministeriellen Presse weder unterhaltend noch unterrichtet genug, um sich ein Publikum zu schaffen, fehlte es ihnen an dem politischen Takt ebenso sehr wie an der politischen Kenntnis, so mochte dies zum Teil aus der losen und wenig vertrauten Stellung entspringen, worin sie zu ihren Regierungen standen. Nun hätte man denken sollen, sie hätten sich dadurch freier bewegen lernen und wenigstens nach unten Anknüpfungspunkte gefunden, die ihnen nach oben nicht zuteil werden wollten; aber auch hier gelang es ihnen nicht, den rechten Ton anzuschlagen und als das zu erscheinen, was sie sein sollten, als Zeitungen. Von ihrem Verhältnis zur Regierung klebte ihnen wenigstens Eins an: sie hielten sich für ein Stück derselben und brachten den obligaten Hochmut auf ein Gebiet hinüber, wo Talent, Dialektik, Stil unendlich mehr ausmachen als alle Pfauenfedern des Mandarinentums. Nichts komischer als die Amtsmine und der bureaukratische Zopf, womit sich unsere ministerielle Presse meist gebärdete — dieselbe Presse, die man doch von oben so schlecht unterrichtet ließ und so geringschätzte

wie nur immer möglich, nichts unkluger als dies Herausfallen aus dem populären Zeitungston, den ein ministerielles Organ um jeden Preis sich müßte zu bewahren suchen. Dafür waren sie langweilig und monoton und rochen stark nach der Amtsstube; man hatte nicht den Eindruck von einem Organ der öffentlichen Meinung, das sich frisch und frank bewegt, sondern von halboffiziellen Blättern, die mit dem lieben Untertanenverstande sich zwar herablassen zu diskutieren, aber doch möglichst innerhalb der Grenzen, die zwischen Regierenden und Regierten in der Mitte liegen.

Es ist gewiß keine unbillige Behauptung, wenn man sagt: Dies und anderes haben die Organe der „guten" Presse von denen gelernt, für die sie fechten sollten. Denn auch jene Scheu vor jedem frischeren Pulsschlage des Lebens, jene Abneigung gegen jede raschere Bewegung, wie sie zum großen Teil den leitenden Gewalten innewohnte, ist auf die entsprechende Presse übergegangen und hat ihr einen guten Teil ihres Einflusses verdorben. Was die Organe der liberalen und radikalen Richtung zum Teil so stark machte, war eben der Umstand, daß sie sich hier namentlich mit der großen Mehrzahl der Nation in vollem Einklang befanden; denn in der Nation zuerst hatte die alte Trägheit, der faule Quietismus samt seinem Gefolge das sumpfige Terrain verloren und einem kräftigeren, ganz jugendlichen Gährungstrieb auf allen Gebieten des Lebens weichen müssen. Kirchliche und politische, merkantilische und industrielle Interessen wurden auf einmal mit einer unruhigen Lebendigkeit und allgemeinen Teilnahme besprochen, die nach den trägen Jahren der Reaktion hätten doppelt erfreuen müssen; statt dessen erregte das bei den Bewegungsscheuen und Lebensträgen vielfach Anstoß, und ihre Organe bemühten sich eifrigst, aus diesem Tone zu spielen, während die anderen, klüger und erfolgreicher, sich zu Kämpen jeder Art von neuer Lebenstätigkeit aufwarfen. Man spricht so häufig von einer „Bewegungspartei" und tut damit, wörtlich genommen, sehr unrecht; denn nur die Nation ist jene Bewegungspartei, und wer vor den raschen Schwingungen der jungen Lebensluft, die Deutschland umgibt, die Augen verschließt, der stellt sich eben außer der Nation, wie es jene Zeitungsblätter häufig getan haben.

Gönnten sie schon dadurch den Gegnern einen mächtigen Vorsprung, daß sie denselben alle Elemente eines jugendlichen Aufstrebens unter die Flügel jagten, so war es derselbe Fall mit allen großen nationalen Fragen, die sich ohne Unruhe und Bewegung eben auch nicht abmachen lassen. Ein seltener Fall war es, und auch da geschah es nicht allgemein, wenn einmal, wie bei der schleswig-holsteinischen Sache, die Regierungsblätter selber in die Kriegsposaune stießen und so dem gerechten Gefühle des nationalen Unmuts Worte gaben; meistens benehmen sie sich äußeren und inneren Fragen dieser Art gegenüber scheu, verlegen, ängstlich und klagen dann später: Der „Radikalismus" und seine Organe hätten sich wieder dieser Sache bemächtigt! Auch darin gingen sie zu sehr auf den offiziellen Amtston ein, daß sie die politischen Gegner nicht als solche zu behandeln wußten; entweder warteten sie mit trivialen Persönlichkeiten auf oder stimmten jenen Ton des loyalen Terrorismus an, der allmählich in Deutschland alle Wirkung verloren hat. Mit den Männern der Opposition würdig und staatsmännisch zu verhandeln, verstanden sie nicht; wohl aber war es die Lieblingssitte, sie als Faktiose und Jakobiner zu traktieren und so mit einem indirekten Notschrei an die Polizei sich stichfest und „gefroren" zu machen. Sie erreichten damit nichts, als daß sie die aura popularis, gegen deren Helden sie sich versündigt, gegen sich erbitterten. Wie viel klüger hätten sie gehandelt, wenn sie den kleinlich persönlichen Kampf gegen die politischen Gegner fallen ließen und dafür den Mut hätten, auch ein freies und unabhängiges Wort zu reden, statt jedes Ärgernis und jeden Mißbrauch pflichtschuldigst unter die Fittiche zu nehmen. Auch gibt es eine mißverstandene

Loyalität, die mit monarchischen Gesinnungen nichts zu tun hat, die durch ihr Zurschautragen einer Devotion gegen Hof und Höfisches doppelt widerwärtig wird, wenn sie bei großen und bedeutungsvollen Angelegenheiten der Nation das Schweigen des Indifferentismus bewahrt.

Es ließe sich diesen flüchtigen Bemerkungen noch manches beifügen, was sich einem unbefangenen Beobachter bei Betrachtung der ministeriellen Presse aufdrängt; für unseren beschränkteren Zweck, die kurze Charakteristik der badischen Zeitungen, mögen jene Andeutungen um so mehr genügen, als sie durch einen Hinblick auf die Hauptorgane, welche in Baden die Regierungsinteressen vertreten, leicht ihre Bestätigung finden. Da haben wir zunächst die „Karlsruher Zeitung", noch lange nicht die schlimmste ihrer Art, aber doch so geschrieben und redigiert, daß man entweder sehr gutmütig oder sehr parteiisch sein müßte, um sie amüsant oder geistreich zu finden. Gäben nicht die offiziellen Dienstnachrichten, die Hofbulletins, die banalen Ausbrüche jener oben bezeichneten Loyalität, die ausführlichen Referate über Jubiläen und Festessen, womit man Amtmänner und Oberamtmänner beehrte, und daneben die sorgfältigen Berichte von Unglücksfällen und Mordtaten — gäbe nicht dies alles dem Blatt einen gewissen offiziellen haut-goût, man wäre versucht, nach Zweck, Farbe und Tendenz zu fragen. Denn die bunt zusammengewürfelten Nachrichten bilden oft ein wunderliches Ensemble; ist's doch dem loyalen Blatte passiert, über den zweiten Luzerner Freischarenzug eine voreilige Siegeskorrespondenz voll freischärlerischen Übermuts zu bringen, und begegnet es ihm doch nicht selten, über andere deutsche Länder Artikel aufzunehmen, die entweder für den loyalen Takt der Redaktion oder für die entente cordiale der Regierungen ein bedauerliches Zeugnis ablegen. Muß man nun auch anerkennen, daß die „Karlsruher Zeitung" in der letzten Zeit manche ihrer Untugenden ablegt und wenigstens aufgehört hat, die Gegner zu verdächtigen oder reaktionär statt konservativ zu reden, so bestand dies Verdienst doch zunächst nur in einem vorsichtigen Schweigen; positives Interesse und neugierige Leser führten ihr doch wohl nur die Dienstnachrichten, die amtlichen Verkündigungen und die Todesanzeigen zu. Mit dem 1. April hat dies Verhältnis aufgehört; F. Giene hat die Redaktion übernommen, und Minister Bekk hat ihn in einem Schreiben dazu ermuntert, das einen ganz anderen Ton gegen die Presse und ihre Vertreter anschlägt, als dies bisher Minister zu tun pflegten. Muß man nun ohne Zweifel es als einen Fortschritt begrüßen, daß eine Regierung daran denkt, ein publizistisches Talent, das sich bereits vielfach ausgesprochen, und das durch seine politische Doktrin eine bestimmte Stellung eingenommen hat, bei Leitung eines solchen Blattes frei gewähren zu lassen, so sind doch damit noch lange nicht die Schwierigkeiten weggeräumt, die unter gegebenen Verhältnissen ein solches Unternehmen erwarten; ob Giene damit fertig werden kann, läßt sich erst beurteilen, wenn das Blatt eine Zeit lang existiert haben wird.[1])

Jedenfalls ist für die Regierung aber das eine mitgewonnen: Verfechter entbehren zu können, wie sie deren eine Zeit lang im „Mannheimer Morgenblatt" besaß; denn

[1]) Dr. Giene, evangelischer Theologe, leitete die 1841 von dem Bankier Moritz von Haber begründete „Oberdeutsche Zeitung" in Karlsruhe; sie hatte eine großdeutsch-ultramontane Tendenz und vertrat die Interessen der Großindustrie; schon nach Jahresfrist wurde sie in eine „Deutsche Wochenzeitung" verwandelt, die aber die Blittersdorff'sche Zeit nicht überlebte. Nach diesen Antezedentien hätte L. Häusser den neuen Chefredakteur der „Karlsruher Zeitung" etwas schärfer anfassen dürfen. Bekk ahnte wohl, was kommen werde, als er am 1. April 1847 dem Dr. Giene schrieb: „Sie, Herr Doktor, werden ohne Beteiligung der Regierung die Ehre sowie die Verantwortung des Blattes allein haben."

wie sich auch die „Karlsruher Zeitung" unter Giene gestalten wird, die Gegner werden darin ohne Zweifel mit einer anständigen und gewandten Polemik bekämpft werden. Es war aber ein Mißgriff, den man zu spät eingesehen hat, die offene Protektion von oben einem Blatte zuzuwenden, dessen Ungeschicklichkeit in der Sache nur durch die Roheit der Form überboten ward, das den Kampf um Grundsätze in ein widriges Gezänk von Personen umwandelte, das, statt konservativ zu schreiben, nicht selten plump und ungeniert die reaktionären Gelüste einer verkommenen Coterie zu Markte brachte. In seiner blühendsten Epoche — ehe Mathy in der „Rundschau" von 1846 seinen zermalmenden Sarkasmus daran übte, und ehe die Befestigung des Ministeriums Bekk manchen Hoffnungen und Restaurationsträumen den dünnen Lebensfaden abschnitt — konnte das „Mannheimer Morgenblatt" als Muster dienen, wie man ein ministerielles Blatt nicht schreiben muß, denn ein paar Abhandlungen abgerechnet, worin einige ministerielle Deputierte und Beamten (für ein Tagblatt viel zu lang und breit) den Kampf um Grundsätze aufnahmen und festhielten, füllte sich das Organ mit gehässigen Persönlichkeiten, denunzierenden Anspielungen, Klatschereien ganz lokaler Art, wie sie nur in einem so schmalen Ländchen wie Baden sich an die politischen Personen anhängen können. Die leichte Kunst, Personen und Sachen zu vermischen, Liberalismus als Jakobinismus zu denunzieren und die Regierung, statt sie zu vertreten, in die falsche Stellung einer überreizten und animosen Partei hineinzuschieben, ist selten mit einem so trübselig guten Erfolg geübt worden, wie in dem bezeichneten Blatte; dort wurde auch jene Agitation von 1846 wesentlich gefördert, die der Kammerauflösung voranging und folgte, deren Succeß aber bekanntlich nur den Dank der Gegner verdient hat. Seit einiger Zeit hat das Morgenblatt seine frühere Wildheit verloren, aber damit an Bedeutung nicht gewonnen. Die Konstellationen oben sind so ungünstig geworden, wie es die unten schon längst waren. Wenn ein politisches Organ des Privilegiums der offiziellen Anzeigen bedarf, um wenigstens auf den Amtsstuben zu vegetieren, wenn selbst die Gratisversendung ihm nur ein mäßiges Lesepublikum verschaffen kann, so handelt eine Regierung gewiß sehr unpolitisch, dasselbe länger zu soutenieren; ihr selber oder dem Blatt oder auch beiden wird durch solche Erfahrungen ein gar zu peinliches Zeugnis ausgestellt.

Aus demselben Grunde vermögen wir dem jüngst entstandenen „Tagesherold" kein günstiges Horoskop zu stellen; er erscheint in Konstanz und ist von der Regierung durch amtliche Anzeigen unterstützt. Als Redakteur wird F. Strohmeier genannt, der sein publizistisches Debüt im Jahre 1832 im „Wächter am Rhein" ablegte, dann auswanderte und jetzt, zur Ruhe gekommen, sich zur Fahne des gemäßigten Fortschritts bekennt. Bis jetzt hat sich das neue Organ weder sehr stark pronunziert, noch eine besondere Bedeutung erlangt; soll es als Gegengewicht gegen die radikalen Seeblätter dienen, so wäre dies überflüssig, denn eine stärkere Polemik, als sie die Seeblätter gegen sich selber täglich enthalten, wird der „Tagesherold" wohl nicht liefern können. Wir möchten nicht so unbillig sein, ihm jenen Scheidegruß Max Piccolominis an Oberst Buttler hier zu wiederholen, aber den einen Wunsch, daß der Redakteur des „Tagesherolds" in Mäßigung und Anstand sich als größeren Meister bewähren möge als der Herausgeber des „Wächters am Rhein", können wir am Eingang seiner neuen publizistischen Laufbahn nicht unterdrücken.[1])

An die Organe der Regierung reihen sich ein paar andere, die nicht für ministeriell gelten möchten, wohl aber für konservativ; beide erscheinen in Freiburg, beide stehen als Antagonisten den Bestrebungen der Opposition gegenüber, und doch sind beide durch

[1]) Der Tod Strohmeiers bereitete dem Unternehmen schon nach wenigen Wochen ein jähes Ende.

Ton und Inhalt sehr weit von einander verschieden. Die „Freiburger Zeitung" (Eigentum der Stadt) war früher ein ziemlich gelesenes Blatt, verlor dann an Wert und an Abonnenten und suchte seit Anfang dieses Jahres unter der Redaktion Dr. Krönleins, eines ehemaligen Privatdozenten in Gießen, sich zu regenerieren. Ihre Färbung sollte eine konservative sein, ohne den freilich langsamen und moderierten Fortschritt auszuschließen; eine sehr schwierige Aufgabe in heutiger Zeit, womit man sich bei den einen wenig Dank, bei den anderen wenig Leser erwirbt. Ein paar leitende Artikel, womit das Blatt sein Erwachen aus der früheren Nachdrucksepoche begann, trugen teils das schillernde und unsichere an der Stirne, wodurch sich das seltsame Zwitterding des konservativen Liberalismus allenthalben kenntlich macht, teils waren sie in einem Tone geschrieben, aus dem der doktrinäre Schulstaub gelehrter Terminologie viel zu dick hervorquoll, als daß schlichte Oberländer sich an dieser Art Politik besonders erbauen könnten. Die Korrespondenzen, wie sie bis jetzt die „Freiburger Zeitung" brachte, waren aber doch nicht imstande, den Ruf gründlicher Armut, den die Zeitung früher auf diesem Gebiete genoß, besonders zu erschüttern.

Interessanter ist die „Süddeutsche Zeitung", die sich als konservativ ankündigt, die wir aber unbedenklich als das einzige entschiedene reaktionäre Blatt in Baden nennen dürfen. Wie weit sie es mit den Verfassungen ehrlich meint, hat sie in einem unbewachten Augenblick der Siegeshoffnung (vor den Wahlen von 1846) ziemlich unverblümt gezeigt; ihre kirchlichen Prätensionen, die den Ultramontanismus ganz dick und ohne spekulative Umhüllung enthalten, würden sich ohnedies mit der Verfassung, Regierung und Bildung eines Staates, wie Baden seit einem Menschenalter ist, nimmer vertragen. Seit ihre Hoffnungen auf den Erfolg des Petitionensturms von 1846 so traurig ausgingen, die ausgebotene Allianz mit der Regierung gescheitert ist, läßt sie ihre politischen arrières-pensées nicht mehr so deutlich durchspielen; sie ist verbittert gegen Ministerium und gegen Opposition, mit der lichtfreundlichen rationalistischen Bureaukratie so gut überworfen, wie mit der radikalen zweiten Kammer. Ihre Waffen, womit sie wild den Kreuzzug gegen das Ungetüm des Radikalismus predigte, liegen „verrostet in der Halle"; nur hie und da holt sie noch einmal weit aus, es sind aber nur Rückfälle aus alter Zeit, die sie vorübergehend von der frommen Ascese abziehen. Daß sie den Kampf gegen Liberalismus und Radikalismus mit besonderem Geschick geführt hätte, kann man just nicht behaupten; aber sie befand sich auf einem prinzipiellen Boden, von wo aus der Kampf am folgerichtigsten zu führen war; sie stellte sich auf die Grundsätze, von denen aus die historisch-politischen Blätter mit Geschick, andere mit Ungeschick die moderne politische Entwickelung anfechten. Bedeutend war die „Süddeutsche Zeitung" vorzugsweise als offizielles Organ der kirchlichen Ultras. Die einzelnen Aufsätze selber entsprachen selten den Erwartungen, die man an die Mittel eines solchen Blattes zu stellen befugt war. Denn zwischen den obligaten Verketzerungen und persönlichen Ausfällen, zwischen den jammernden Weheklagen an das Weltgericht, zwischen den urzuständlichen publizistischen Ergüssen schlichter unerfahrener Pfarrer und Kapläne schwamm nur hie und da als politische Perle eine reaktionäre Herzensergießung, die den politischen Kopf verriet, oder ein Ausbruch frommer Wünsche, deren Autor beurkundete, daß er in den Gang der Staatsmaschine schon genauer hineingesehen hatte. In der neuesten Zeit hat das Blatt seine Gunst den badischen Verhältnissen fast ganz entzogen, ist dagegen ein Ableger für alle die Stimmen in der Wüste geworden, die bald wehklagend, bald drohend ihren Schmerz über die jüngsten Veränderungen in Bayern laut werden lassen.

Lassen sich auf der rechten Seite der badischen Presse ministerielle, konservative und reaktionäre Schattierungen neben gewissen starken Zügen einer gemeinsamen Familien-

Physiognomie deutlich scheiden, so ist auch die linke nicht minder bunt nüanciert. Der allgemeinen Mängel und Ausstellungen könnte man hier nicht weniger aufzählen, wir beschränken uns geflissentlich auf ein paar schlagende Erfahrungen, wie man sie täglich an der badischen Presse machen kann, wie sie freilich auch in verwandten Kreisen außer Baden gemacht werden mögen. Schon oben wurde angedeutet, auf welch' günstigen Boden sich die liberalen Blätter gegenüber den ministeriellen gestellt haben, wie sie alles, was mit der Bewegung, dem Fortschritt allgemeiner Interessen im Innern und nach außen zusammenhängt, unter ihre Ägide gewonnen und die nationalen Fragen der Politik und Industrie, so gut wie die Interessen einer freien inneren Entwickelung in Staat und Kirche, zu ihrer eigenen Angelegenheit erhoben haben. Sie trafen dadurch mit den besten und gesündesten Regungen des deutschen Volkslebens der jüngsten Zeit in einem großen Punkt zusammen, den die Regierungspresse nie recht fassen konnte oder wollte: sie gewannen einen Einfluß und eine Anerkennung, die eben nur der Sache, nicht den Vertretern, galt, und das Anathem der Zensur und des Verbots trug wucherische Zinsen der Popularität. Es scheint gut, sie an diese Geschichte ihrer Geburt und ihres Wachstums zu erinnern, denn sie haben im Taumel ihres Glückes den schuldigen Erzieherlohn häufig vergessen. Ein Geschöpf der öffentlichen Meinung, vermißt diese Presse sich nicht selten, Schöpferin derselben sein zu wollen, und trifft so mit der subventierten Regierungspresse in der argen Prätension zusammen, eine politische Gesinnung, Ansicht oder Meinung durch künstliche Hebel erschaffen zu wollen.

Sie wird damit ebenso trostlos Fiasko machen wie ihre Gegnerin; nirgends ist sie aber näher an der bedenklichen Grenze angelangt, als jetzt in Baden. Die Gunst der Zeiten hat sie dort verwöhnt, ihr alle Untugenden eines verzogenen Kindes eingeimpft, und, wie ungezogene Kinder pflegen, schlägt sie bereits dem Erzieher undankbar ins Angesicht. Nicht die konservative Presse allein bedarf des positiven Hintergrunds, auch für die liberale und radikale beginnt der Augenblick, wo man nach der Position fragt; es ist dann ein sehr trostloses Schauspiel, wenn man sie in Schanden bestehen sieht, wenn sie ihre geistige Öde durch närrische Konsequenzjägerei, durch Renommieren mit sehr grellen, aber auch sehr ungefährlichen Abstraktionen kümmerlich zu verstecken suchen. Nichts ist bedenklicher für ein politisches Tageblatt als der Moment, wo es zu den politischen Roßkuren der Desperation seine Zuflucht nimmt, oder zu dem armseligen Organ einer literarischen Coterie ohne politischen Boden und ohne politische Erfahrung zusammenschrumpft. Für einige Organe der radikalen Presse in Baden ist der Moment ganz nahe oder bereits eingetreten.

Jene Untugenden verwöhnter Erziehung fühlen die aufrichtigen und wahren Freunde des Liberalismus am tiefsten; den Gegnern sind sie zum Teil schon deshalb unbemerkt, weil sie an denselben Schäden leiden. Wir können an einem halboffiziellen Organ, das von der Subvention sein Dasein fristet, den Ton der verketzernden Intoleranz, der salbungsvollen Selbstanbetung, der liebreichen Denunziationen zur Not noch ertragen, aber das berührt uns schmerzlich, daß auch ein Teil der liberalen Presse diese Schule der Gegner als gelehriger Schüler mit durchgemacht hat. Nichts widerwärtiger als jene Unduldsamkeit gegen die leiseste Abweichung verwandter Meinungen, jener offizielle Stil der Anpreisung und Verketzerung, jenes Generalisieren und Nivellieren, das freilich oft der lieben Unwissenheit mehr als dem bösen Willen zur Last fällt; nichts abstoßender als jener Ton der Bierbank, oft auch der Schulbank, womit die höchsten und wichtigsten wie die trivialsten und niedrigsten Dinge gleichmäßig abgehandelt werden; nichts komischer als jene Bettelgranddeza, womit sich der verkommenste literarische Pauperismus als „Volk und öffentliche Meinung" aufspreizt. Haben wir oben die Taktlosigkeit gerügt, womit sich die

Regierungspresse jedes Mißbrauchs, jedes Ärgernisses annimmt, so muß man hier denselben Unverstand tadeln, womit die Oppositionspresse nicht selten jeden Exzeß, jede Illegalität unter ihre Flügel nimmt; ist uns bei den konservativen Organen die absichtliche oder unabsichtliche Unwissenheit aufgefallen, worin sie sich oft über die Zustände des eigenen Lagers befinden, so sind wir weit entfernt, von der Wahrheitsliebe und dem journalistischen Takt der radikalen Blätter viel zu halten.

Man könnte uns einwenden, jede Presse werde diese nämlichen Erscheinungen bieten, allein wir berufen uns auf das Beispiel der großen Blätter des Auslands, erinnern an die meisterhafte und gediegene Art, womit z. B. der National eine der unfruchtbarsten politischen Doktrinen seit dreizehn Jahren verfochten hat, ja wir dürfen an einzelne deutsche Blätter denken, deren Liberalismus hinter den badischen Organen nicht zurücksteht, ohne mit denselben die Last der Unwissenheit, der Taktlosigkeit und Roheit in der Form irgend gemein zu haben. Aber dort stehen Redaktionen von Takt und Einsicht an der Spitze; dort wird nicht jede unreife Stilübung studentischer Ignoranz, jede liederliche Schreiberei des literarischen Proletariats als politische Weisheit aufgenommen, dort wird nicht Erfahrung, Bildung und Ernst ferngehalten — damit das Jungentum sich wild und ungeniert herumtummeln kann. Die Zensur hat das nicht hindern können, nein, sie hat es sogar willkürlich und unwillkürlich gefördert — und das ist die bitterste Anklage, die spätere, vielleicht nicht zu weit entlegene Zeiten gegen sie erheben werden. Daß Staatsmänner, Geschäftsleute, Personen von Bildung, Einsicht und Charakter sich ihr Konzept von einem Lokalbeamten mußten korrigieren lassen, konnte sie unmöglich ermutigen, der Presse ihre Feder zu leihen; sie zogen sich zurück und überließen das Feld der Unreife und Petulanz, deren Ergüsse, charakteristisch genug, von der Zensur viel mildere Behandlung erfuhren, als die gediegenen und anständigen Äußerungen männlichen Ernstes. Preßfreiheit mit einem strengen Preßgesetz würde der Frivolität gegenüber bald ein solides Gegengewicht erschaffen; die Demoralisation würde allmählich aufhören und sich zeigen, daß wir Kräfte genug besitzen, die der Freiheit wert sind. Oder ist es vielleicht unwahr, daß vor der Frechheit und dem Skandal keine Schranke aufgerichtet ist, während dem ruhigen Anstand und freimütigen Ernst noch Handschellen genug angelegt sind? Darum wollen wir ein strenges Preßgesetz (freilich nicht ein solches, das durch Klauseln und Kautelen die zugesagte „Freiheit" wieder illusorisch macht); denn nur durch Strenge werden wir an den Ernst der Sitte wieder gewöhnt werden. Die Strafe wird dann nur den Schuldigen treffen, während sie unter dem bestehenden Regiment der Willkür meistens den Unschuldigen trifft.

Es ist möglich, daß manches dieser Urteile zu hart erscheint; allein wer wie wir den ganzen Wust der badischen Presse tagtäglich vor Augen hat, wird das difficile satiram non scribere mit uns empfinden. Viel wohlfeiler ist es freilich, in das herkömmliche Halloh einzustimmen und den Troß populärer Höflinge zu vergrößern; es gibt darum aber, wie Börne sagt, noch brave Leute genug, welche auch die saure Hand eines ehrlichen Mannes drücken. Seit einzelne Organe dieser Richtung angefangen haben, sich außer und über die öffentliche Meinung zu stellen, seit sich an die Anhänger einer gesunden und freien Volksentwickelung der ganze wüste Troß des literarischen Pauperismus und Nihilismus angehängt hat und das große Wort gern führen möchte, ist es hohe Zeit, eben im Namen der wichtigen Interessen deutscher Freiheit gegen jeden Bund mit der Frivolität, der Roheit und Unwissenheit energisch Protest einzulegen. Schadenfroh sieht die Reaktion dem wirren Treiben zu; sie freut sich, für die behauptete politische Unreife deutscher Zustände aus jenen Verirrungen täglich ein Argument mehr entnehmen zu können. Werfen wir auf die einzelnen Organe der linken Seite in Baden einen prüfenden Blick, so sehen wir alle Schattierungen vertreten, Juste-Milieu, Liberalismus und Radikalismus, letzteren zum

Teil in seiner trostlosesten und ärmlichsten Gestalt. Dem Juste-Milieu gehört das „Mannheimer Journal“ seit Januar 1847 an, wo W. Obermüller die Redaktion übernahm. Das Blatt hat seine blühendste Epoche unter G. von Struve durchgemacht; er hat aus einem unbedeutenden Lokalblatte es zu einem beachtungswerten Organ erhoben, die täglichen Ereignisse frisch und lebendig erfaßt und gegen eine unverantwortliche Zensur einen männlichen Kampf voll Energie und Ausdauer durchgekämpft. Herr von Struve ist ein achtungswerter Charakter, wie sie bei deutschen Blättern nicht zu häufig zu finden waren; er besaß auch Kenntnisse genug, um ein solches Blatt zu redigieren, und bei allen Exzentrizitäten konnte man ihm nie vorwerfen, daß er die Schranke des Anstands in der Form überschritt. Kein Wunder, wenn ihm für seinen energischen Kampf gegen Zensur und Polizei in den nächsten Kreisen eine hohe Popularität zuteil ward, wenn er einen persönlichen Einfluß gewann, der zwar durchaus mehr der Sache als dem Individuum galt, der ihn aber gleichwohl über seine Stellung und Bedeutung auf unserem politischen Kampfplatz verblendet zu haben scheint. Wir erinnern uns noch recht gut, wie seine Jungfernreden im „Mannheimer Journal“ ihm die allerhöchste Ungnade der radikalen Inquisition zuzogen, und er von der „Mannheimer Abendzeitung“ wegen seines Juste-Milieu hart angefaßt ward — und jetzt hat er alle Phasen des Liberalismus und Radikalismus durchgerannt, sich mit Staat und Kirche überworfen und wird mit seiner unfruchtbaren Doktrin bald so isoliert, so ohne Einfluß wieder dastehen wie damals, ehe er sich auf das Gebiet der politischen Kämpfe begab. Einigen Anteil daran hat die Zensur, deren verbitternde Wirkung ihn von Konsequenz zu Konsequenz drängte; es liegt aber auch ein Stück Deutschtum darin, das zeigt, wie wir die politischen Kinderschuhe noch lange nicht ausgetreten haben. Welche Wirksamkeit G. von Struve jetzt in der badischen Presse einnimmt, darauf kommen wir unten noch einmal zurück; für jetzt ein Wort über das neue „Mannheimer Journal“, wie es unter Obermüllers Redaktion geworden ist. Der Ankündigung nach sollte es ein Organ der Kammeropposition werden; ein flüchtiger Blick reicht aber hin, zu beweisen, daß weder Ansichten noch Personen der badischen Linken vorzugsweise beteiligt sind. Das Blatt ist ziemlich kraftlos geworden, hat den Liberalismus allmählich nur noch in sehr bleichen Farben aufgetragen. Es fehlt der Redaktion noch häufig an Gewandtheit oder Takt, das schließen wir auch daraus, daß sie im Moment des Zornes sich hat verführen lassen, ehemalige Korrespondenten des „Mannheimer Journals“ zu verraten — ein Verfahren, das wir selbst dann nicht entschuldigen, wenn es gegen freche Lüge gerichtet ist.

Einen Schritt weiter unter den politischen Tagesblättern geht die „Oberrheinische Zeitung“, in Freiburg erscheinend und von Stehle redigiert; sie huldigt dem strikten Liberalismus entschiedener als Obermüllers Blatt, ohne deshalb mit der Abendzeitung und den Seeblättern einen Weg zu gehen. Wir möchten das Blatt nicht gerade bedeutend nennen, denn dazu fehlen ihm viele Bedingungen; auch hat es sich nicht immer freihalten können von müßigen und leerem Korrespondentenklatsch — allein, daß es in diesem Augenblick unter unseren politischen Tageblättern noch eine erträgliche Stelle einnimmt, ist gewiß. Der politische Liberalismus samt kirchlichem Nationalismus wird hier in der Weise vertreten, wie ihn unsere Kammeropposition, wie ihn die Mehrzahl unserer Bevölkerung vertritt; sie bringt mehr Faktisches als Theoretisches, sucht sich mit der öffentlichen Meinung möglichst au niveau zu halten und stößt durch Ton und Manier wenigstens nicht ab, auch wenn sie die günstigen Verhältnisse der Gegenwart und den Mangel an bedeutender Konkurrenz bei weitem nicht so geschickt hat zu benützen wissen, wie dies ein liberales Tendenzblatt gesollt hätte.

Damit ist die Oppositionspresse nicht abgeschlossen; es gibt eine Journalistik in Baden, die über den Liberalismus der „Oberrheinischen“ weit hinausgeht, der Baden und

Deutschland zu eng ist, und die unter der Hand über Volk und Kammeropposition sich weit erhoben hat. Wir meinen jenes merkwürdige Papier, das täglich als „Abendzeitung" in Mannheim erscheint, das je nach der Witterung konstitutionell, radikal, sozialistisch und kommunistisch ist, das sich bald als Volk und öffentliche Meinung gebärdet, bald als „philosophisches" Organ den „bornierten Nationalismus" abdekretiert, heute eine deutschkatholische Predigt in extenso bringt, morgen für Ruge und Feuerbach schwärmt, das neben idyllischen Händeln zwischen badischen Gemeinderäten, Schullehrern, Amtsdienern und Heidelberger Korpsburschen zugleich die höchsten Spitzen des modernen geist- und herzlosen Nihilismus herauskehrt. Was wir oben von dem Jungentum radikaler Organe sprachen, findet hier seine Beziehung; denn eine stärkere Geduldsprobe hat die Presse der öffentlichen Meinung noch selten bereitet als in der Mannheimer Abendzeitung. Dies bunte Sammelsurium von Halbwahrem und Unwahrem, eingekleidet in ein saloppes Gewand schlechten burschikosen Stils, getragen von jener ungeheuren Prätension, wie sie sich nur bei der völligen Leerheit findet, sieht eher einem bittern Pamphlet auf das hungernde oder lüderliche Literatentum ähnlich als einem anständigen Zeitungsorgan. Die nächsten geistigen Träger dieses Produkts sind ein paar Studiosi von beneidenswert kurzem Gedärm, deren Stilübungen z. B. auch in der Trier'schen Zeitung und anderwärts umgehen, wie denn überhaupt (die Ferienzeit ausgenommen) eine gewisse Ausdauer und Emsigkeit den Fabrikaten dieses literarischen Proletariats nicht abzusprechen ist. Daß die Zeit, in der Spiegelberg und Roller meinten, man müsse „ein Taschenbuch, einen Almanach oder so was ähnliches zusammensudeln, und um den lieben Groschen rezensiren", oder „Atheist werden und die vier Evangelisten aufs Maul schlagen" — daß diese Zeit des literarischen Bettels jetzt noch mehr in der Blüte steht als damals, wird uns jeden Tag durch merkwürdige Erfahrungen bewiesen; selten aber hat sich die geistige und sittliche Öde des jungen Nihilismus auf einen solchen Grad der Frechheit und Anmaßung hinaufgeschraubt wie bei dieser Coterie. Es wäre indes den Individuen viel zu viel Ehre erwiesen, wollte man ihr Treiben hier ausführlich beleuchten, so traurig im ganzen auch die Erfahrung sein mag, daß solche Singer bei den Organen der öffentlichen Meinung in Deutschland tätig sein dürfen. Es reicht hin zu sagen, daß unser Volk des Skandals von Tag zu Tag mehr überdrüssig wird, und die Zeit nicht mehr fern sein möchte, wo die letzten Mitarbeiter der Abendzeitung auch die letzten Leser sein werden.

Von einem affiliierten Blatt, den Seeblättern in Konstanz,[1]) zu reden, können wir uns billig überheben; die geistige und sittliche Feinheit, die in der Mannheimer Abendzeitung zu Hause ist, wird dort ins minder Populäre übertragen, und es kann einem Leser derselben wohl begegnen, die Abendzeitung für ein gediegenes und gut geschriebenes Blatt von Charakter, politischer Erfahrung und gesundem Sinn anzusehen.

Diesen Tageblättern schließen sich zwei Zeitungen an, die nur zweimal oder einmal wöchentlich erscheinen: v. Struves Deutscher Zuschauer und Mathys Rundschau. Über Struve's Wirksamkeit wurde schon oben gesprochen; für seine neueste politische Entwicklungsphase ist der deutsche Zuschauer (seit Januar 1847) das Organ geworden, das den Kampf der „Ganzen" gegen die „Halben" (diese geistreiche Unterscheidung ist bekanntlich sein Werk) mit aller Energie eines ehrlichen, aber verrannten politischen Ideologen durchführt. Man kann über den Wert einer solchen Publizistik sehr abweichender Ansicht sein, man wird vielleicht lächeln, wenn G. v. Struve, durch und durch Theoretiker und Doktrinär, von Praxis und Tat spricht, aber man wird bei aller verschiedenen Ansicht gestehen müssen,

[1]) Die „Seeblätter" lenkten erst in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre in das hier gezeichnete Kielwasser ein.

daß dies Organ des Radikalismus seine Sache mit Anstand vertritt und den Beweis liefert, daß man radikal sein kann, ohne frivol zu werden, daß man eine starke Neigung nach der Negation haben kann, ohne dem kopf- und herzlosen Nihilismus zu verfallen. Eine große Bedeutung haben solche Wochenblätter nicht, schon weil sie zu selten erscheinen, um täglich und bei jedem Anlaß die entgegenstehenden Ansichten zu neutralisieren.[1])

Aus demselben Grunde greift auch Mathys Rundschau in den Gang der badischen Journalistik nicht so unmittelbar ein wie andere Blätter, die Gelegenheit haben, täglich auf ihr Publikum zu wirken. Die Rundschau war in den Tagen der Kammerauflösung von 1846, wo sie häufig und beinahe täglich erschien, eine politische Macht geworden; das Muster eines populär liberalen Blattes, voll schneidender Polemik gegen die politische und kirchliche Reaktion, wirkte sie damals mächtiger für den Sieg der liberalen Sache als alle Flugschriften der Freunde und alle Wahlkomites der Gegner. In minder bewegten Zeiten mußte sie an Schärfe verlieren, wenn sie nicht allenfalls den Kampf, den sie gegen die Rechte geführt hatte, jetzt gegen die Exzesse der Linken führen wollte; sie unterließ dies, ohne deshalb den Zorn der Radikalen pur sang zu beschwören, vielmehr werden wir nächstens erleben, daß auch Karl Mathy auf der Proskriptionsliste der „Bourgeoisie" und „Geldaristokratie" figurieren wird. Die paar Aufsätze von ihm, die sich über den Wirrwarr der badischen Preßzustände vernehmen ließen, zeigten wieder ungemein schlagend, welch staatsmännische Sicherheit und welch großer Takt dem Mann innewohnt, und geben einen wohltuenden Gegensatz zu dem puerilen Lärm, der eine Zeit lang die Presse beherrschte."

Also Ludwig Häusser über die badische Presse. Über Mathys „Rundschau" scheinen uns noch einige Ausführungen am Platze. Der Standpunkt war nicht der des Abg. Mathy, der vor vier Jahren dem Fraktionschef Sander durch seine übertriebene Entschiedenheit das Parteiregiment schwierig gemacht hatte; der Standpunkt war vielmehr der eines Oppositionsführers, der sich an die führenden Elemente der Partei wendet, um sie auch in der parlamentslosen Zeit um die gemeinsame Standarte zu scharen. Die Maßnahmen der Regierung werden objektiv berichtet und scharf beurteilt. Als am 19. Dezember 1846 endlich Bekk an die Spitze des Ministeriums des Innern tritt und sich mit liberalen Männern umgibt, wird dieser Personenwechsel zwar mit Genugtuung entgegengenommen, aber mit der Bemerkung begleitet, daß man in Hoffnungen und mit Lob behutsam sein und die Taten abwarten solle, ehe man ein Urteil fälle. Dem ausgesprochenen Gegner der liberalen Partei, dem Präsidenten des Finanzministeriums Regenauer, dagegen wird bei jeder Gelegenheit das Regieren sauer gemacht; gegen ihn wird die Hauptstoßkraft der Opposition für die nächste Session dirigiert. Boeckh habe in verhältnismäßig kurzer Zeit und mit glücklichem Erfolg alle Reformen durchgeführt, welche sich zur Zeit seines Dienstantritts als unabweislich herausstellten. Leider habe er später die gesunden, einfachen und klaren Grundsätze des praktischen und erfahrenen Geschäftsmannes dem System der gelehrten Theorieen geopfert

[1]) Drei Jahre später urteilte L. Häusser wesentlich anders über Struves „Schranke des Anstandes in der Form." Das vorliegende mildere Urteil dürfte er wohl in der Erinnerung an seine frühere Mitarbeitertätigkeit am „Mannheimer Journal" gefällt haben

und sei für diejenigen Beamten, die dem Fortschritt huldigten und einer freieren Richtung angehörten, eine wahre Last geworden. Alle Hoffnungen auf zeitgemäße Verbesserungen seien unerfüllt geblieben; das Steuerwesen habe nicht gleichen Schritt mit der Entwicklung der Industrie und des Güterumlaufs gehalten; es habe keine Vereinfachung der schwerfälligen Geschäftsformen, keine zweckmäßigere Ordnung der Finanzstellen stattgefunden; noch bestehe das aus der Zopfzeit herrührende Diätenreglement, die Steuerexekutionsordnung mit ihren abenteuerlichen Unterscheidungen. Dieses System der gelehrten Theorieen habe in der letzten Zeit der Verwaltung Boeckhs Eingang gefunden und sich seitdem mit Macht ausgedehnt. Die Art, wie es die Beamten behandle, entspreche nicht dem Geiste der Verfassung. Zur Zeit, als ihm die Umstände günstig schienen, habe es die bürgerliche Selbständigkeit der Finanzbeamten völlig brechen wollen; über die Interna lächelten die Augurn; nur unter gewissen Voraussetzungen — wenn man in Heidelberg Korpsstudent gewesen — werde man in die höhere Finanzzunft aufgenommen. Dieses „vornehme" System habe, wie die Verhandlungen über die Kapitalsteuer gezeigt, kein Herz für die Armen. Nur in einem Punkte habe es sich an der Bewegung der neuen Zeit beteiligt — bei der „frommen" Richtung.

Noch schärfer werden die Schritte und Schliche der gegnerischen Parteien verfolgt und einzelne Repräsentanten mit zermalmendem Sarkasmus abgefertigt. Dem Hofrat Buß werden, mehr als ihm lieb, die berühmten Windeln von Zell am Harmersbach [1]) vorgehalten und dem Offiziosus Hofrat Platz bei jeder Gelegenheit bemerkt, er täte besser „seine Kleinen lehren, Speere werfen und die Götter ehren."

Wohl um den politischen Gegnern nicht allzugroße Freude zu bereiten, nimmt der Rundschauer die Risse in den eigenen Reihen etwas zu leicht und sucht sie nach Möglichkeit zu überkleben. Er möchte gern einen erziehenden Einfluß dahin ausüben, daß man wahre Entschiedenheit mit wahrer Mäßigung vereinige, nicht jene „falsche Entschiedenheit" pflege, „die im Festhalten an jugendlichen Vorurteilen, Eindrücken einer einseitigen Erziehung oder Zeitrichtung ihre Größe sucht und sich gegen die Fortbildung der Ideen durch die Tätigkeit des reiferen Verstandes und die Lehren der Erziehung sträubt." In glücklicher Weise — wenn auch bei dem gegenüberstehenden Fanatismus und Größenwahn mit weniger glücklichem Erfolg — werden die Ansichten, welche der verewigte Rotteck unter ungleich mißlicheren Verhältnissen über die schwebenden Streitfragen ausgesprochen, gegen die Radikalen ausgespielt; der

[1]) Während des Landtags von 1846 hatte Buß, als wieder einmal allerlei Bruchstücke aus seiner Vergangenheit hervorgeholt worden waren, erwidert: „Ich bin vor 40 Jahren in Zell am Harmersbach geboren: Forschen Sie dort nach, vielleicht finden Sie noch Windeln von mir, die Ihnen etwas zu riechen geben."

Redakteur der „Seeblätter“ wird durch Korrespondenzen vom „Bodensee“, die aber aus der Redaktionsstube der Rundschau geflossen sein dürften, an die Vergangenheit erinnert, wo er auf das konstitutionelle Wesen und den Parteiheros Rotteck etwas gehalten und bei Streitigkeiten innerhalb der Parteifamilie der Vereinigung und Versöhnung das Wort geredet habe; sei das auch alles den Strom hinab, seitdem er mit Struve Freundschaft geschlossen, so dürfe doch nicht alle Hoffnung aufgegeben werden, daß die gesunde Natur wieder obsiege:

„Ob zu den Gegnern, die uns bekämpfen, sich auch die Seeblätter und andere gesellen, daran ist uns wenig gelegen. Allerdings aber bedauern wir, daß Herr Fickler, dessen Gesinnung und praktischen Verstand wir wohl zu schätzen wußten, sich ebenfalls zu grundlosen Verdächtigungen hergibt, die wir von der Tücke der Gegner allein gewohnt waren. Wir hoffen jedoch, daß eben seine kernhafte, gesunde Natur ihn bald wieder auf den richtigen Standpunkt in der Politik zurückführen werde, den er unter neueren Bestrebungen auf anderem Gebiete verloren zu haben scheint. Mit Vergnügen bestätigen wir übrigens Herrn Fickler das Zeugnis, welches er sich selbst auszustellen für nötig erachtet, daß er an Beständigkeit, Mut und Ausdauer von keinem Mitbewerber übertroffen werde. Wir unsererseits verlangen weder Rücksichten, noch Schonung, noch Anerkennung irgend einer Art von irgend Jemanden, und so wenig wir es für angemessen halten konnten, Gesinnungen und Charakter von Freunden darum zu verdächtigen und Zwiespalt in die Reihen der freisinnigen Bürger zu werfen, weil wir unsere Ansicht nicht in allen Stücken durchsetzen konnten, so wenig nehmen wir es anderen übel, wenn sie glauben, auf anderem Wege mehr ausrichten zu können. Der deutsche Zuschauer hat bereits ein Ministerium gebildet, worin nur noch der Kriegsminister, der Minister des Auswärtigen und der Posten eines Bundestagsgesandten zu besetzen sind, und wir überlassen es Herrn Fickler, sich unter die Bewerber zu stellen. Gern, herzlich gern wollen wir ihm dazu behülflich sein und ihm die Stelle des Abgeordneten von Konstanz einräumen, wenn die Wähler damit einverstanden sind. Nur um eines bitten wir: uns nicht der Untreue an Grundsätzen darum zu beschuldigen, weil wir keinen Glauben an den Erfolg der neueren Richtung des einen Teils der liberalen Presse haben, uns sogar zuweilen des Lächelns über ihre Naivetät nicht enthalten können und entschlossen sind, der guten Sache in einer bescheidenen Stellung, mit weniger Überschätzung der eigenen und mehr Achtung anderer Personen zu dienen.“

Eine Zeitung, die im übrigen Deutschland größere Verbreitung gefunden hätte, hatte Baden bis zum 1. Juli des Jahres 1847 nicht aufzuweisen. An der Begabung und dem Willen fehlte es seit dem Anfange des Verfassungslebens nicht. Schon Liebenstein hatte sich mit dem Gedanken getragen und Rotteck einen Versuch mit seinem „Freisinnigen“ im Jahre 1832 gemacht. Als aber dieser erste größere Wurf gleich bei seinem Eintritte ins Leben von Bundeswegen unterdrückt wurde, wollte niemand mehr Mittel und Kräfte für einen Zweck aufs Spiel setzen, der jeden Augenblick von dem ersten besten Polizeiamtmann in Frage gestellt werden konnte. In ein neues Stadium trat das alte Projekt erst wieder, als um die Mitte der vierziger Jahre die nationale Frage so ungeahnte Fortschritte machte und die badische Opposition durch

ihren beharrlichen Kampf die elementarsten Vorbedingungen für ein solches Unternehmen im Lande geschaffen hatte. Um aber ein so großes Wagnis auf festeren Grund zu bauen, wurde zunächst die Werbetrommel in den Nachbarlanden und auf den freien Vereinstagungen gerührt. Schon Ende November 1846 konnte Mittermaier auf der Durlacher Zusammenkunft berichten, daß der Gedanke weithin geteilt werde und bereits festere Gestalt angenommen habe; bei den Verhandlungen ging man von der richtigen Ansicht aus, daß ein solches Blatt zwar nicht als Organ der linken Seite der badischen Kammer ins Leben gerufen werden dürfe, daß aber die Abgeordneten ihre Kräfte und Mittel mit denen anderer deutscher Männer zu dem großen Zwecke vereinigen sollten. Ein vorberatendes und vorbereitendes Komitee von vier Männern trat unverzüglich zusammen, entwarf einen Plan und eine Einladung zur Beteiligung, suchte die bedeutendsten Kapazitäten Deutschlands als Mitarbeiter und hervorragende Publizisten des Auslandes als Berichterstatter zu gewinnen. Während Mittermaier sich besonders der eben genannten Aufgabe widmete, während Mathy den praktisch-technischen Teil der Angelegenheiten besorgte und Bassermann mit seinem nicht allein durch die Buchhändlerbrille schauenden Auge den Betrieb des Geschäftes übernahm, war die leitende geistige Seele der Heidelberger Historiker Georg Gottfried Gervinus.

Beim Beginne der häuslichen Auseinandersetzungen des badischen Liberalismus drehte sich eine Zeit lang der Streit darum, daß eine jede Richtung behauptete, die andere habe sich in ihren Grundsätzen geändert. In Wirklichkeit hatten beide sich gewandelt und in dieser Beziehung einander nichts vorzuwerfen. Was Struve für die Weiterentwicklung der radikalen, das bedeutete Gervinus für die Fortbildung der nationalen und liberalen Ideen. Aber was für ein ganz anderer Mann war doch der Heidelberger Historiker!

Zu Darmstadt im Jahre 1805 von einfachen Bürgersleuten geboren, war der hochbegabte junge Mann Jahre lang in einem kaufmännischen Geschäfte tätig gewesen, ehe er sich 1826 in Heidelberg der Philologie zuwandte und insbesondere bei Schlosser historische Vorlesungen hörte. Nach Vollendung der akademischen Studien und einer kurzen Lehrtätigkeit an einer Frankfurter Erziehungsschule kehrte er nach Heidelberg zurück, wo er 1830 Privatdozent und 1835 außerordentlicher Professor der Geschichte wurde. Von 1835—1837 folgte er auf Veranlassung Dahlmanns einem Rufe an die Universität Göttingen. Als einer von den „Göttinger Sieben" und zwar als einer von den Dreien, die binnen drei Tagen Stadt und Königreich verlassen mußten, suchte er dann zum drittenmale die schöne Neckarstadt auf, um hier eine Zeit lang ganz seinen schriftstellerischen Arbeiten zu leben und von 1844 an Vorlesungen über die deutsche Literaturgeschichte, die Geschichte des 19. Jahrhunderts, Politik auf geschichtlicher Grundlage zu halten.

Nachdem die „Geschichte der poetischen Nationalliteratur der Deutschen" den Namen Gervinus in alle deutschen Gaue getragen hatte, führte er sich mit größeren politisch-publizistischen Werken — „Mission der Deutschkatholiken", 1845, „Adresse an die Schleswig-Holsteiner", 1846, „Die preußische Verfassung



Georg Gottfried Gervinus.

und das Patent vom 3. Februar 1847" — auch in die politische Welt ein. Als Historiker und Politiker war er von seinem Lehrer Schlosser ausgegangen, dessen Tendenz, der Geschichtsschreibung einen praktischen Bezug auf die Zeitverhältnisse zu geben, die Gegenstände der Behandlung nach einem Bedürfnis des Augenblickes zu wählen, mit der 1823 erstmals erschienenen, gegen Absolutismus, Feudalismus und Hierarchie gerichteten „Geschichte des 18. Jahr-

hunderts" auf einen so empfänglichen Boden bei dem vormärzlichen Publikum gefallen war. Zweimal hatte er in seinem geistigen Leben schwere revolutionäre Krisen durchgemacht: das eine Mal, als es ihm in den Vorlesungen Schlossers „wie Schuppen von den Augen fiel", als ihn wissenschaftlicher Ernst lehrte, mit den starken, chaotischen Einflüssen der romantischen Jugendzeit zu brechen; das andere Mal, als ihm auf fremder Erde sich der tiefere Blick für die deutsche Gegenwart und Zukunft erschloß und ihn bestimmte, sein historisches Vermögen noch unmittelbarer, als dies Schlosser getan hatte, zum Gemeinnutzen der vaterländischen Dinge anzulegen. War sein von ihm bis ans Lebensende hochverehrter Lehrer ein in der Wolle gefärbter Demokrat (das Wort in seinem edlen Sinne genommen), so bekannte er sich gerne, — obgleich er der Meinung war, daß den echten Jünger der Geschichte kein religiöses und politisches Dogma beherrschen dürfe — zu „entschiedenem Freisinn bei einer ausgesprochenen Richtung auf das Positive". Das hinderte freilich nicht, daß Lehrer und Schüler vornehme Geistesaristokraten waren, die mit Goethe den großen Haufen „nur zum Zuschlagen gut, zum Urteilen schlecht, dem Irrtum hingegeben, von einer Torheit in die andere sinkend" fanden.

Da Gervinus an sich selbst die Evolution vom krankhaften, überspannten Phantasten zu einem Wahrheit, Maß und Fleiß über alles schätzenden Verstandesleben durchgemacht hatte, war er wie kein anderer geschaffen und aufgelegt, den jungen und manchmal auch recht alten Brauseköpfen, die er um sich herum sah, mit demselben Mannesmute, den er vor Königsthronen bewährte, allerlei unangenehme Wahrheiten ins Gesicht zu sagen. Das war keine Eigenschaft, vor den Göttern und Halbgöttern der Zeit angenehm zu machen, und so sah sich der Literarhistoriker bald in einen ernstlichen Kampf mit der jungdeutschen Literatenwelt und ihrem weichlichen Poetenschwindel, ihrer belletristischen Näscherei und ihrem romantischen Lebensekel verwickelt. Als diese literatische Schreiberzunft anfing, auch politisch zu dilettieren, geriet sie mit dem Politiker Gervinus in einen noch heftigeren Streit, namentlich seitdem er in einer herben Kritik Börne als den Häuptling jener „Sekte von unglücklichen Menschenbeglückern oder von humanen Menschenhassern" hingestellt hatte, die „mit sich und der Welt unzufrieden durch Maßlosigkeit und Unverstand die Welt und sich zu beglücken denken, die sich vor sich selbst nicht retten können, aber die Menschheit retten wollen, die in sich zerrissen die geordnete Welt in Ordnung zu bringen denken, weil sie ihnen ein Chaos erscheint und weil sie die Welt nur nach sich selbst zu messen verstehen". Über das Ziel, staatliche Freiheit und Volksglück, war er mit dieser jungen Literatenwelt eins, nicht aber über die Wege zum Ziele. Die „richtige, ernste, besonnene Erkenntnis unserer Zeit und ihrer Bedürfnisse" schien ihm das alleinige Heilmittel; er wollte kühn und durchgreifend reformieren, nicht freventlich und

mutwillig revolutionieren. Die Ungeduld und Hast, der Wahn, als ob große Veränderungen durch einzelne tolle Streiche durchgeführt werden könnten, wollte ihm nicht gefallen angesichts des politischen Bildungszustandes des Volkes, das immer noch auf alles Regiment wie auf eine Art Providenz blickte, und dem der Sinn und Begriff der Selbstregierung erst aufzugehen schien. Dazu kam die Lehre, die er aus der Geschichte abstrahiert hatte, daß Deutschland, das in Böhmen eine verfrühte Reformation, in Schlesien eine verfrühte Literatur, im 30 jährigen Kriege eine verfrühte Revolution zu büßen gehabt habe, sich vor nichts mehr als politischen Übereilungen in acht nehmen müsse. Sah er sich vollends manche der viel bewunderten Vorkämpfer an, die ohne eine blasse Ahnung von den Schranken in der Staatenentwickelung alle bestehenden Dinge bis in die letzten Heiligtümer der Gesellschaft anfochten, blickte er auf ihre maßlose Eitelkeit und ihren scheelen Neid, dann wandte er sich mit unwiderstehlichem Ekel ab, dann bangte ihm vor der nächsten Zukunft, dann konnte er, der mit seinem ganzen Wesen im süddeutschen Leben wurzelte, in sein Tagebuch die Worte eintragen: „Wenn in dem südlichen Deutschland eine Revolution ausbricht, so schlägt sie ohne weiteres fehl; aus Mittel- und Norddeutschland muß uns das Heil kommen, so sehr man über Preußen schimpft". Es ist schade, daß ein Plan, mit dem er sich lange beschäftigte, nämlich die politische Romantik der allerjüngsten Gegenwart zum Gegenstand der Satire zu machen, nicht zur Ausführung gebracht wurde:

„Ich wollte die Geschichte eines Phalanstères schreiben. Die Lehren Owens, Fouriers und St. Simons verwirrten damals viele Sinne: das Leben St. Simons, der Charakter Fouriers selbst gaben die schönsten Mittelpunkte ab, um die sich eine üppig reiche, lebensvolle Darstellung hätte anknüpfen lassen von den notwendigen Verläufen der Dinge, wenn irgendwo die weltverbessernden Grillen und Träume, die Lehren und Sitten dieser Erleuchteten und aller ähnlichen Fanatiker des Materialismus, bis zur äußersten Folgerichtigkeit getrieben, aus den Gedanken in das Leben hätten übertreten sollen. Kaum ist ein psychologisch tieferer, ein an Gruppen der mannigfaltigst verschiedenen und doch durch einerlei inneren Verband zusammengehaltenen Tatsachen überfüllterer Stoff zu ersinnen als dieser; keiner, an dem die mikroskopische Beobachtung der menschlichen Natur, wie sie den englischen Humoristen des vorigen Jahrhunderts eigen war, weiter hätte getrieben werden können, um hinter der wirkungsvollsten drastischen Komik den furchtbaren Ernst der Wahrheit der menschlichen Natur zu offenbaren. Seit dem Don Quixote wäre ein solches Gemälde von Verkehrung und Verrenkung des Menschenwesens nicht entworfen worden, aber ein Cervantes wäre erforderlich gewesen es auszuführen."

Während Gervinus für seine Person einen mittleren Standpunkt zwischen Wissenschaft und Leben einnahm, war sein ganzes Streben darauf gerichtet, ein kleinmütiges Geschlecht mit mutigem Vertrauen auf die nationale Zukunft zu erfüllen, die Nation von der Dichtung, in der sie so Vollendetes geleistet, zu gleicher Größe auf anderen praktischen Gebieten hinüberzuleiten, insbesondere die jüngere Generation aus den Banden der schöngeistigen Epi-

gonenliteratur herauszuführen und zu politischer Betätigung zu erziehen; denn auf dem politischen Gebiete lag ihm die deutsche Zukunft. „Wir müssen dem Vaterlande große Geschicke wünschen, ja, wir müssen, so viel an uns ist, diese herbeiführen" — also lautete der Schlußgedanke seiner poetischen Nationalliteratur der Deutschen. Wie er selbst das Rüstzeug und Waffenwerk ernster wissenschaftlicher und politischer Grundsätze in der Geschichte gefunden hatte, so pflegte er auch der schwärmerischen akademischen Jugend die historische Wissenschaft als das beste Bildungsmittel zu praktischer politischer Tätigkeit zu empfehlen. Sein Lieblingsschriftsteller war Machiavelli, „der sich nicht mit dem Wahn von Republiken täuschte, so republikanisch er war". Manchmal, wenn ihm der ganze Jammer des Vaterlandes durch die Seele ging, schaute er nach einem politischen Reformator aus, „der jedes Kühne, nur nicht das Unverständige, für das Vaterland wage, der vor einer Staatsveränderung, und sei sie auch und treffe sie auch ihn selbst noch so gewaltsam, nicht beben würde, nach einem Manne der verzweifelten Hilfsmittel, der die grausame Tat vollführen würde unter tausend Gefahren, nur einmal, und der gute Erfolg müßte ihn rechtfertigen". . . .

Durch Gewöhnung an historische Anschauung und leidenschaftslose Kälte war er seinen Gegnern weit überlegen, so überspannt auch seine politischen Ansichten, wie die fast aller bahnbrechenden Geister, in mancher Hinsicht sein mochten. Die feine historische Witterung, der politische Instinkt, welche zwar oft die Tagesmeinungen und Parteileidenschaften gegen sich, die Erfolge aber für sich hatten, welche ihn in bewußten Gegensatz zu fast allen Gesellschaftsklassen gebracht hatten, gaben seinem Wesen auch die Allüren des Pfadfinders: Selbstgefühl, Eigensinn, Exklusivität. Die Eigenschaften und Gewohnheiten des Volksmannes und Agitators, die in dieser Zeit soviel galten, fehlten ihm ganz und gar: die populäre Beredsamkeit, die Nachsicht mit dem Unverstande und den Leidenschaften der Menge, das Wirtshausleben mit seinem Tabaksqualm.

Aus der Feder dieses seltenen Mannes stammte das Programm der „deutschen Zeitung", in formeller und materieller Hinsicht ein Meisterstück deutscher Publizistik in diesem großen Wendepunkt des nationalen Lebens. Da wir es seinem ganzen Inhalte und Umfange nach im Anhange wiedergegeben haben, gehen wir an dieser Stelle sogleich dazu über, Einiges über die Aufnahme und Anfänge des neuen Organes zu berichten.

Am 1. Juli 1847 erschien die erste Nummer der deutschen Zeitung. Ihre Stellung zu dem engeren Vaterlande war klar durch die Geschichte von 1819 bis 1847 vorgezeichnet; Baden hatte in dieser Zeit die Ehre des Verfassungsprinzipes gerettet, war Vorbild und Schule nationaler Bestrebungen gewesen. Da galt es, die bisherigen Ergebnisse festzuhalten und für das übrige

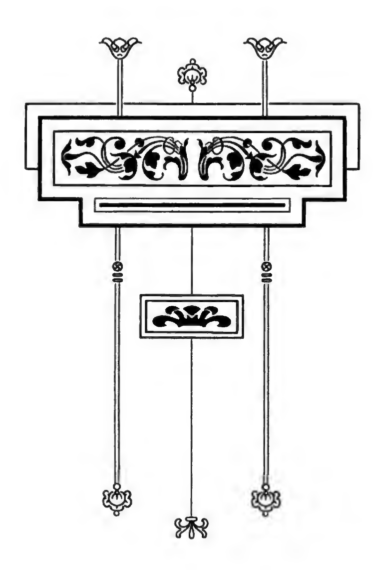
Deutschland fruchtbar zu machen. Ungemein schwierig war ihre Position den beiden Großstaaten, insbesondere Preußen gegenüber, da sie von ihrem konstitutionellen Standpunkt das Patent vom 3. Februar 1847, durch welches der vereinigte Landtag ins Leben gerufen worden war, als „altständisch" bekämpfte. Hier stellte sie sich auf den Boden der Aussaat, die zwei Nicht-Preußen, Pfizer und Dahlmann, schon 1831 und 1832 ausgestreut hatten, daß Östreich den „Bestimmungen seines wunderbar zusammengesetzten Staates" folgen müsse, daß Preußen berufen sei, die deutsche Politik in gesundere Bahnen zu lenken, daß es aber diesen seinen deutschen Beruf nur erfüllen könne, wenn es ehrlich in die Bahn des modernen konstitutionellen Lebens einlenke. Den ersten großen, weithin sichtbaren Erfolg errang sie schon im Spätherbste des Jahres 1847, als sie sich entschlossen auf die Seite der Schweizer Eidgenossen stellte und mit ihrer grobdrähtigen Volkspolitik die feingesponnenen Fäden der alten Staatskunst so geschickt auflöste, daß selbst Metternich die Empfindung hatte, im ersten Treffen unterlegen zu sein.

Daß aller Anfang schwer sei — diese Erfahrung blieb auch der „Deutschen Zeitung" nicht erspart. Da waren vor allen zwei besondere Feinde, mit denen sie auf Tod und Leben zu ringen hatte: die radikale Presse Badens und Süddeutschlands, welche von den „Geldsäcken" der neuen „Professorenzeitung" sprach, die für die „edle" Sache der konstitutionellen Monarchie schwärme, aber die Proletariatsfrage vornehm ignoriere; die Epigonen des „Berliner Wochenblattes", welche in den vielen der „kleinen aber mächtigen Partei" zur Verfügung stehenden Organen über „preußenfeindliche Gesinnung", destruktive moderne Zeitideen, „Umsturz des Königtums von Gottes Gnaden" eiferten und die preußischen Mitglieder des Ehrenrates durch Verdächtigungen vom allergröbsten Kaliber zum Abfall zu bringen suchten.

Zu den inneren Schwierigkeiten, dem Überfluß an überspannten, enthusiastischen Erwartungen und dem Mangel an ausdauernder Mitarbeitertätigkeit kamen die äußeren Gefahren. Die preußische Regierung verfolgte sie bei jeder Gelegenheit, die östreichische verbot sie auf der Stelle. Auch die badische Regierung ertrug sie nur mit Ungeduld; selbst der befreundete Bekk hatte schon nach vier Wochen allerlei an ihr auszusetzen. So schrieb er am 30. Juli 1847 unter anderem an Mittermaier:

„Du fragst, wie mir die Deutsche Zeitung gefalle? Ich erkenne ihre Vorzüge und halte das Blatt im allgemeinen für sehr gut, wenn ich gleich noch mancherlei in politischer Beziehung vermisse. Der Herr v. Dusch hat dir schon mit Recht bemerkt, daß man die mächtigen Persönlichkeiten beim Tadel nicht nennen, doch nur indirekt oder mit Umschreibung von ihnen sprechen sollte. Man kann sich in dieser Form viel mehr Tadel erlauben als bei namentlicher Bezeichnung, welche unartig ist und doch reizt und Verlegenheiten bereitet. Der Artikel im Blatt vom 28. d. M. über französische Zustände ist gut, aber soweit er

gegen Louis-Philipp persönlich gerichtet ist, bedenklich. Die furchtbaren Anschuldigungen dieses Königs betreffen nicht einmal allein sein öffentliches Leben, sondern seinen Privatgeiz ꝛc. und sind doch nur auf Gerüchte gegründet. Man hat mir angesonnen, dem Zensor einen Verweis zu geben. Ich habe es aber abgelehnt, bis etwa der französische Gesandte selbst Beschwerde führt."







Elftes Kapitel. Der Aufmarsch der radikalen Partei.



enn die reaktionären Parteien das kleine badische Land als einen offenen Tummelplatz für demagogische Wühlereien und als den Herd einer gewaltsamen Umwälzung in Deutschland verschrieen, so pflegten die Liberalen, die seit dem Jahre 1819 diesen Ruf gehört hatten, vor polizeiseligen Gemütern und politischen Gespenstersehern zu sprechen. Seit der Mitte der vierziger Jahre mußten indessen auch sie gestehen, daß diese Befürchtungen nicht mehr so grundlos seien, daß die so oft an die Wand gemalten Gestalten allmählich Fleisch und Blut erhalten hätten.

Die Anfänge der radikalen Partei[1]) reichen in Baden bis in die bewegte Wahlzeit vor dem Landtage von 1842 — einzelne Radikale gab es natürlich schon früher — zurück. Damals ruhte Blittersdorff, der schon die Liberalen, welche ihm gegenüber gestanden, mit diesem Namen zu bezeichnen pflegte, nicht eher, als bis er leibhaftige Radikale aus seiner Saat erstehen sah. Es ist schon oben erzählt worden, wie seine Politik dem monarchischen Prinzip, dem es dienen wollte, unheilbare Wunden schlug, das Volk reizte, den autoritativen und moralischen Einfluß des Beamtenstandes untergrub. Seit der Kammerauflösung von 1842 wurde der Wahlkampf, der bisher in der Hauptsache zwischen unabhängigen Bürgern und abhängigen Beamten ausgefochten worden war, in die untersten Schichten der Gesellschaft getragen. Da die Verhältnisse zu klein waren, artete das Parteigetriebe leicht in persönliche Klatschereien und Reibungen aus. Kein Mittel, das zum Ziele führen konnte, blieb unversucht. „Da sieht man", schreibt ein Zeitgenosse, der das richtige Augenmaß für diese Dinge besaß, „Regierungsdirektoren die unscheinbarsten Häuschen mit ihrem Besuche beehren; der Herr Amtmann beißt in den sauren Apfel und wandert hinaus auf das Dorf und drückt dem Wahlmanne die harte Hand so vertraulich, so bedeutsam, so vielversprechend, das vornehme, bebänderte Ich verleugnet sich vollständig in einer bittersüßen, mit großer

[1]) Die wirtschaftliche und soziale Krisis, in welcher die neue Partei wurzelte, die verschiedenen Gesellschafts-Berufs- und Altersklassen, aus denen sie sich rekrutierte, werden im zweiten Bande behandelt werden.

Mühe zu Tage beförderten Freundlichkeit, verschwendet Höflichkeiten über Höflichkeiten an die verwunderte Frau Wahlmännin und hat recht hübsche Sächelchen für die lieben dreckigen Kinder —; das Alles, um eine Stimme für den Regierungskandidaten zu gewinnen. Muß das nicht mehr, als alle radikalen Reden, als alle zensierten Zeitungsartikel und unzensierten Flugblätter, dem Bürger es begreiflich machen, daß seine Stimme etwas gelte, daß er Etwas zu bedeuten habe in dem Staate? Und hat er es nur einmal über sich genommen, den Bitten der vornehmen Herrn ein entschiedenes „Nein" entgegenzusetzen, so ist es mit der untertänigen Scheu auf seiner Seite und der patriarchalischen Bevormundung auf der andern für immer vorüber." Und wie arbeiteten die Gegner? Lassen wir solch ein agitatorisch-demagogisches Talent selbst über seine Streiche berichten:

„Auf dem Wege zur Wahlkommission, wo ich meine Stimme abgeben wollte, traf ich einen alten gutmütigen Mann, der an solchen Angelegenheiten sonst keinen Anteil zu nehmen pflegte, in seinem Werktagskittel; diesem sagte ich; „Was Hansjürg! Ihr seid auch in eurem Werktagskittel; wißt Ihr nicht, was heute Wichtiges vorgeht, daß die Wahlmänner gewählt werden." Hansjürg sagte: „Ja, was ist denn das so wichtiges?" Worauf ich ihm entgegnete: „Wißt ihr nicht, daß die Wahlmänner die Abgeordneten zu wählen haben, von denen jetzt gar vieles abhängt, denn ihr sollt jetzt höher in die Steuer kommen, und der Großherzog will die Domänengüter und das Zehntablösungs-Kapital an sich ziehen." „Was bigott!", sprach hierauf Hansjürg, „wartet ich will nur den Sonntagskittel anziehen, ich komm gleich, soll ich auch gleich einen Bengel mitbringen, wollen wir die Kerle gleich zu tot schlagen?"

Bei einem Rückblicke auf solche alljährliche Kraftproben seit 1842 nannte einmal ein alter Achtundvierziger nicht ganz mit Unrecht Blittersdorff den Vater, sein System die Nährmutter des badischen Radikalismus; im eigentlichen Sinne des Wortes sind doch, wie wir sehen werden, die an der Grenze ansässigen radikalen Literaten und der aus dem Norden eingewanderte Struve die Apostel des neuen Evangeliums in dem für ihre Zwecke wie geschaffenen, lang dahin gestreckten Grenzlande und viel besungenen Land der Freiheit gewesen.

Der erste Anstoß ging von der Philosophie aus. Um die Wende des vierten und fünften Jahrzehntes suchte eine Anzahl junger Junghegelianer, unter denen der Theologe Bruno Bauer und der Jurist Karl Marx die begabtesten waren, die Lehre, welche ihr Meister in seiner Geschichte der griechischen Philosophie über das Selbstbewußtsein hinterlassen hatte, selbständig weiterzuentwickeln. Ihre Philosophie kam zu dem Schlusse, daß jede Gesellschaftsklasse zum Selbstbewußtsein erwache, sobald sie sich über ihre eigenen Interessen im Gegensatze zu denen anderer Klassen klar werde, und daß der Entwickelungsprozeß des bürgerlichen Selbstbewußtseins in Deutschland im Verhältnis zu dem Englands und Frankreichs ein ungleich langsamer gewesen

sei. Wie eine befreiende Tat wirkte auf diese Kreise die Kritik, welche Ludwig Feuerbach 1841 in seinem „Wesen des Christentums" an der Religion übte, die materialistische Lehre nämlich, daß außer der Natur und den Menschen nichts existiere, daß die höheren Wesen Phantasiegebilde seien, und daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei. Ein „neu Weltalter" schien vollends heraufzuziehen, als der französische Sozialismus und Kommunismus sich als „der dritte im Bunde" hinzugesellte.

Um bei diesem Akte Geburtshilfe zu leisten, mußten die jungen Literaten von dem Wolkenkuckucksheim der Philosophie in die Arena des politischen Tageskampfes hinabsteigen. Bald sahen sich hier „die Freien" in einen Kampf auf Leben und Tod mit den Regierungen verwickelt. Ihre Organe, besonders die Hallischen und Deutschen Jahrbücher, fielen der Zensur zum Opfer. Als sie in Deutschland ihre Geistesprodukte nicht mehr unterbringen konnten, flüchteten sie ins Ausland, wo sie in dem von Fröbel begründeten literarischen Kontor in Zürich und Winterthur eine sichere Zufluchtsstätte fanden. Hier erschienen auch „die liberalen Bestrebungen in Deutschland" von Edgar Bauer, dem brüderlichen Trabanten Bruno Bauers. Das ganze zweite Heft beschäftigte sich mit der badischen Opposition und dem Landtage von 1842 Es gipfelte in der folgerichtig durchgeführten Tendenz, „zu zeigen, daß die konstitutionelle Verfassung weit entfernt ist, die vernünftige zu sein, daß eine Opposition, deren Gesichtskreis nicht über den Konstitutionalismus hinaus ist, zu Nichts kommen kann, und daß Deutschland auf dem Wege einer konstitutionellen Opposition nicht das wird, was es werden soll".

Der Verfasser hatte keine blasse Ahnung von der historischen Entwickelung des landständischen Lebens in Baden. Seine ätzende radikale Kritik ging aller positiven und produktiven Arbeit des Landtags geflissentlich aus dem Wege, heftete sich allein an die prinzipiellen Fragen und zog unter Ausdrücken, wie Blut riechen, Schwert ziehen, Knoten zerhauen, auf dem geduldigen Papier die letzten Konsequenzen. Die praktischen Kammerführer, namentlich Sander, wurden als Heuchler, Rücksichts- und Angstmaier hingestellt, die der Großherzog wie Schulbuben behandelt habe. Dagegen wurden die jüngeren Mitglieder, insbesondere Bassermann und Mathy, mit dem Lobe geködert, daß sie wahrhaft republikanisch und revolutionär dächten und nur zu den radikalen Gedanken auch die Handlung fügen, oder wenigstens die „notwendige Tat" vorbereiten sollten. Die Wahl Mathys wurde mit folgender Bemerkung begleitet:

„Seht ihr da die Verfolgung des Materialismus gegen den Spiritualismus! Höret ihr den Grundsatz dieser finstern Epoche niedrigen Feldbetriebs, welcher ungefähr so lautet: Man wähle den Bauer, er hängt durch Scholle und Kot mit dem Vaterland zusammen. Man wähle den Seifensieder, er hängt mittels des durch Schmer gezogenen Dochtes mit dem Vaterlande zusammen. Man wähle den Spezereikrämer; er hängt durch Schwefelfaden

mit dem Vaterland zusammen. . . . Aber wählt nur nicht den Dichter; er ist ein Lump. Wählt nicht den Literaten; er ist Bürger in einem geistigen Utopien. . . . Hütet euch vor dem Geist. Der Geist ist euer Feind und hat kein Recht, auf dem Landtage vertreten zu werden".

Dieser radikalen Theorie fiel es nicht im Traume ein, sich über die Frage: wie die Dinge anders und besser machen? den Kopf zu zerbrechen. Mit der billigen Phrase „nach einer freieren Verfassung suchen" setzte sie sich über diesen Kardinalpunkt hinweg und verschrieb auch für die Kirche dieselbe Radikalkur:

„Alle diese Widersprüche des Konstitutionalismus können aber nicht anders gelöst werden, als durch eine radikale Kur, wodurch sich der Konstitutionalismus, der eben dies unvermittelte Nebeneinander ist, selbst vernichten würde. Der Staat muß sich als die einzige Macht hinstellen, was er nicht anders kann, als indem er die Kirche aufhebt. Die Kirche darf nicht mehr existieren; dann existiert auch nicht mehr jenes unmenschliche Gebiet der Überweltlichkeit, jene sentimentale Abhängigkeit des Menschen von einem Phantasiegebilde. Dann erst ist der Staat als der einzige Wirkungskreis erkannt, in welchem der Mensch alle seine Kräfte zu entfalten hat."

Kein Wunder, wenn diese Kritiker, die von ihrem sonnenfernen Vogelperspektivestandpunkt auf die badische Politik herabschauten, zu dem Resultate kamen, daß im Jahre 1842 hier zu Lande nur eine „konstitutionelle Komödie" gespielt worden sei, und daß, wäre die Kammer entschieden revolutionär gewesen, der Kampf „heroisch-tragisch" hätte sein können.

Solche Gedankengänge waren Musik für das Ohr Struves. Sie imponierten ihm nicht nur durch ihre Konsequenz; sie kamen auch dem sozialistischen Programm entgegen, zu dem er sich allmählich durchgerungen hatte. Wie alle jüngeren Politiker hatte auch er sich mit heißem Bemühen in die französische Literatur der St. Simon, L. Blanc, Fourier, Proudhon vertieft, mit noch heißeren Wünschen die Anfänge der sozialistischen Bewegung in Deutschland, besonders die Aufsätze, welche im Jahre 1845 in der „Trierer Zeitung" und in den Zeitschriften „Gesellschaftsspiegel", „Deutsches Bürgerbuch", „Westfälisches Dampfboot", „Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform" wie Pilze aus dem Boden schossen. Wie die Schriften Bauers vom politischen Standpunkte, so griffen diese Organe — die sich hauptsächlich der Mitarbeiterschaft von Moses Heß und Karl Grün erfreuten und in Fühlung mit Friedrich Engels und Karl Marx standen — vom sozialistischen Gesichtspunkte aus die badische Opposition an: alle in der Hoffnung, die jüngeren Führer für ihre welt- und völkerbeglückenden Endziele zu gewinnen. Auch Struve mußte als Redakteur des „Mannheimer Journals" zu diesen Fragen Stellung nehmen. Er tat dies in einem „offenen Sendschreiben an die Herausgeber der Rheinischen Jahrbücher für gesellschaftliche Reform" in der Zeit, als er eben den Unterricht des Herrn von Uria genossen hatte und im Begriffe stand, den Marsch nach links um eine Etappe weiter fortzusetzen.

Es lohnt sich der Mühe, Struve auf diesem Sprunge einen Augenblick zu begleiten. Nicht ohne Geschick parierte er im Eingange seines Aufsatzes, der in dem „Mehralszwanzigbogenschuß“ einer „deutschen Zeitung ohne Zensur“ erschien, die Angriffe der kommunistischen Gegner:

„Meine Kritik richtete sich, wie Sie bemerkt haben werden, bis jetzt gegen politischen und kirchlichen Absolutismus, und ich gehöre deshalb, als „politisch Liberaler oder Radikaler“, „Ihrer Ansicht nach, auch zu der Steinbrecherzunft“, welche „Handlangerdienste beim großen Bau des Menschenglücks“ verrichtet, hätte also eigentlich kein Recht, ein Wort darein zu sprechen, und mit Ihnen, den Baumeistern zu verkehren, welche die Oberleitung an dem Menschenglückesbau übernommen. Allein jedenfalls interessiert mich, obwohl Ihrer Meinung nach nur Handlanger, der Fortgang des Werkes zu sehr, als daß ich nicht auch hier und da meine Meinung abgeben sollte, besonders wenn ich glauben muß, daß die Herren Oberbaumeister an einem unhaltbaren Plane arbeiten und verkehrte Streiche zu machen im Begriffe stehen“.

Über das „daß“ — daß nämlich eine durchgreifende Revolution, wie die Weltgeschichte noch keine erlebt habe, nötig sei — war er mit den Kritikern einverstanden, nicht aber über das „Wie“: sie beschrieben den Zustand der modernen Gesellschaft in „exorbitanten Ausdrücken“, sie beschimpften die Freunde der politischen Freiheit mit „wahrhaft bübischer Frechheit“, sie kurierten die Welt mit allgemeinen Redensarten, die zu wahrhaft vernünftigen und praktischen Vorschlägen in geradezu umgekehrtem Verhältnis stünden, nach der Methode Dr. Eisenbarts:

„Ich frage Sie aber, meine Herren! wäre dies noch eine Gesellschaft, wäre dies noch ein freier Verein von Freien? Würde durch Verwirklichung ihrer kommunistischen Ideale nicht die Freiheit und Persönlichkeit des Einzelnen vollständig vernichtet? Würde die Gesellschaft nicht zu einer großartigen Suppenanstalt, zu einem allgemeinen Arbeitshause, zu einem großartigen Spitale, zu einer Kaserne, zu einer Militärkolonie, in welcher der Einzelne vollständig verschwände, in welcher der Einzelne kein Eigentum, keine Freiheit, keine Persönlichkeit mehr hätte? Würde durch Ihre Ansicht, wenn sie ins Leben träte, nicht ein vollständig militärischer Verwaltungsdespotismus, ein höchst ödes und langweiliges Kasernenleben geschaffen?“

Worin bestand aber nun die „vernünftige, praktische, realisierbare“ Methode Struves? Man höre: die unerläßliche Bedingung für die Organisation der Arbeit sei die Tat des Selbstbewußtseins, durch welche ein Volk sich souverän und mündig erkläre; die wahre Aufgabe des Sozialismus bestehe darin, soviel als möglich dazu beizutragen, daß diese Tat getan werde, daß der Tag erscheine, an welchem das Volk auftrete und spreche: „Heute bin ich mündig geworden, jetzt wollen wir ratschlagen, welche Form die Gesellschaft bekommen soll“. Wenn die äußeren Hindernisse wegfielen, so würden die Proletarier schon selbst den rechten Weg einschlagen, so werde die organisierte Gesellschaft sich von selbst machen; eine jede Nation, die jetzt mit Erfolg sozialen Bewe-

gungen obliege, habe vorher Bastillen gestürmt: in diesem Sinne habe er bisher gegen den politischen und kirchlichen Absolutismus gekämpft, werde er künftighin ein Vorkämpfer der Freiheit sein.

Nachdem Struve sich einmal in den Dienst dieser Freiheit gestellt hatte, war Denken und Handeln, Lehre und Leben bei ihm ein- und dasselbe. Allein freilich konnte er die „Tat des Selbstbewußtseins“ nicht herbeiführen, zumal ihm außer seiner unermüdlichen Federkraft so gut wie alle Gaben fehlten, um auf das gemütliche süddeutsche Wesen einzuwirken. Seine Lieblingswissenschaft, die Phrenologie, hatte ihm indessen deutliche Fingerzeige gegeben: bei der Untersuchung des Kopfes von Mathy war er auf das „stärkst entwickelte Organ des Zerstörungstriebes“ gestoßen; bei der Prüfung des Kopfes von Bassermann hatte er die Entdeckung gemacht, daß das „Organ der Ehrerbietung das schwächste von allen Organen dieses Hauptes“ sei, und an diesen Befund folgende Schlußfolgerung geknüpft:

„Zwei Dinge lassen sich übrigens diesem Charakter mit Sicherheit vorhersagen: 1 er steht dem Hochpunkte derjenigen geistigen Entwicklung, deren er fähig ist, noch ferne; jedes Jahr, welches nach dem Laufe der Natur seine Triebe mäßigt und seine höheren moralischen Kräfte stärkt, wird ihn höher heben. 2. gerade der Mangel an Ehrerbietung in Verbindung mit einer hohen Tatkraft, welche ihm eigentümlich, sind die erforderlichen Eigenschaften, um ein Land, welches voll moralischer Mißbräuche ist, von diesen zu säubern. Mit voller Bestimmtheit kann daher vorhergesagt werden, daß dieser Charakter berufen ist, eine bedeutungsvolle politische Rolle im gemeinsamen politischen Vaterlande zu spielen“.

Bei Mathy und Bassermann war aber trotz der günstigsten Stellung des phrenologischen Horoskops nicht viel zu machen; sie pflegten zwar hin und wieder im Landtage und bei politischen Agitationstouren den wilden Mann zu spielen, aber nicht in dem Sinne des Struve'schen Kladderadatsches, sondern in der Überzeugung, daß eine lebendigere Anteilnahme des Volkes unerläßlich sei, wenn es liberal regiert werden wolle, daß es Zeiten gebe, aus denen man nicht herauskomme, ohne die Urkräfte in Bewegung zu setzen. Im übrigen bedurften sie um so weniger der Geburtshilfe Struves, als sie längst durch ihre scharfe Kritik der bestehenden Steuer- und Gewerbegesetzgebung sich ehrlich in den Dienst des sozialen Problems gestellt hatten; gerade um dieselbe Zeit, als Struve sich mit den Herausgebern der „Rheinischen Jahrbücher“ auseinandersetzte, gab Mathy in seinem „Wochenblatt“ auf ähnliche Anzapfungen der „Trierer Zeitung“ — die badischen Liberalen seien nicht weit genug vorgeschritten; sie strebten nur nach „bürgerlicher Freiheit“ und einem „Rechtsstaat“, beschäftigten sich aber nicht genug mit der Reform der sozialen Zustände, der Lebensfrage der Gegenwart; die Kluft zwischen Armen solle ausgefüllt und die allumfassende Liebe anstelle des gierigen

Egoismus zum Panier erhoben werden — die richtige Antwort: „Das ist zwar recht schön und gut; allein daß die badischen Liberalen alles auf einmal eben machen sollen, ist doch zu viel verlangt. Hätten wir in Deutschland nur einmal den Rechtsstaat, dann würden in Trier nicht mehr Privatzusammenkünfte verboten werden, worin man sich über soziale Reformen besprechen möchte. Ein gesetzlich freier Zustand ist die Vorbedingung für den vernünftigen Fortschritt ohne Revolution in politischer, kirchlicher und sozialer Beziehung. Am Anfange muß man anfangen: das ist der vernünftige Fortschritt. Übrigens haben die badischen Liberalen doch schon zu manchen sozialen Verbesserungen mitgewirkt, z. B. zur Abschaffung der Feudallasten, des Zehnten und der Frohnden".

Einen wertvollen Bundesgenossen fand Struve an dem Redakteur der „Seeblätter" Fickler. Das war gerade, was er zunächst für seine Zwecke brauchte: eine Persönlichkeit, die nicht nur für die weiteste Verbreitung seiner Artikel im badischen Oberland sorgte, sondern auch eine agitatorische Kraft ersten Ranges unter den Seehasen entfaltete. Als ein Kind der badischen Entwicklung war Fickler zu einer ähnlichen, nur etwas weniger sozialistisch gefärbten Gedankenwelt gekommen. In einer vertrauten Stunde soll Rotteck einst, wie Welcker im Landtage erzählte, eingestanden haben, wie er ohne seine wohldurchdachten Prinzipien einmal beinahe der Versuchung, den Grundsatz des gesetzlichen Weges aufzugeben, erlegen wäre, als er nämlich bei Abfassung eines Artikels erst die übliche Prozedur der Selbstverstümmelung vorgenommen habe und nachher gleichwohl von dem Zensor wie ein rechtloser Helote behandelt worden sei. Solch einen zehnjährigen Nahekampf mit der Zensur hatte Fickler hinter sich, als er im Jahre 1846 mit Struve gemeinsame Sache machte. So unbedingt er Rotteck ergeben gewesen war, so kritisch hatte er sich der Führung Sanders gegenüber verhalten. Er war schon im Jahre 1842 der Meinung gewesen, daß die liberale Partei von dem Rechte der Budgetverweigerung den entschiedensten Gebrauch hätte machen sollen. Nun glaubte er – der in der Presse und Wahlpropaganda soviel dazu beigetragen hatte, daß wiederum eine entschieden liberale Kammermajorität zu stande kam – die alte Winter'sche Zeit wieder aufleben zu sehen, wo das Juste Milieu, „von allem Geschmeiß das schlimmste", die langjährigen, opfermütigen Anstrengungen durch den „Popanz" zu nichte machte: „Unüberwindliche äußere Hindernisse stehen im Wege; wenn man sich nicht mäßigt, so steht das Schlimmste zu befürchten". So kam es, daß Fickler — wozu auch seine enge Fühlung mit den deutschen Flüchtlingen in Zürich das ihrige beigetragen haben mag — mehr und mehr in die Netze Struves geriet, der ihm durch die unermüdliche Zähigkeit, unerschrockene Ausdauer und unerbittliche Konsequenz, womit er alle legalen Mittel erschöpfte, nicht wenig imponierte. Erklärte er

auch in seinen „Seeblättern" noch nicht dem konstitutionellen Wesen offen den Krieg, so war es doch dasselbe, wenn er schrieb, daß die Urwähler bei den letzten Wahlen noch weiter hätten gehen wollen und den volkstümlichen Grundsatz begriffen hätten, der in der benachbarten Schweiz sich Anerkennung verschafft habe.

Struve hatte sich bei Beginn des Landtages von 1845/46 mit keiner geringeren Erwartung getragen, als daß seine Fehde mit Uria, die bittere Todfeindschaft zwischen die städtische und staatliche Behörde in Mannheim gesät hatte, nun auch die Volksvertretung und Regierung in gleicher Weise entzweien werde. Als aber alle Oppositionsführer aus taktischen Erwägungen anfangs das Kriegsbeil begruben, um erst das neue Operationsfeld auszukundschaften, und der Struve'schen Angelegenheit nicht die gleiche prinzipielle Bedeutung eines letzten Kampfes mit dem Priester- und Militärstaat und eines Vorabendes des „Tages des Selbstbewußtseins" beilegten, kündeten er und Fickler den Männern, die sie bisher über den Schellenkönig gelobt hatten, nicht nur die Freundschaft, sondern leiteten auch mit der offenen Erklärung, daß kein Ansehen der Person und Autorität, keine Rücksicht auf früher geleistete Dienste für sie mehr bestehe, einen Preßfeldzug gegen ihre bisherigen politischen Freunde ein, der auf ein Haar dem „Wie" glich, das Struve in seinem „offenen Sendschreiben" selbst als „bübische Frechheit" bezeichnet hatte. Nicht die reaktionäre Hälfte des Ministeriums, nicht die konservativ-ultramontane Partei in der Kammer und im Volke, sondern die Männer der liberalen Opposition, die es wagten, die Sache Struves nicht mit der des Volkes zu identifizieren, waren der Feind. Als vollends die eine Hälfte der Opposition aus eben so guten Gründen für, als die andere Hälfte gegen das Budget stimmte, verwandelte sich der Lärm über die „Paradeopposition", „Jaknapper", „Halben", „Kammermandarinen", „Maulliberalen", „Schwätzer", „Scheinmänner" in einen Höllenspektakel über den Abfall und Verrat an der Sache des Volkes. „Die Zeiten des badischen Volkslebens", hieß es jetzt, „wo es für einen Deputierten hinreichte, ein paar liberale Reden in der Kammer und ein paar liberale Trinksprüche bei einem Festessen zu halten, sind vorüber; das Volk ist mündig geworden; es hält strenge Sicht über die Abgeordneten des Landes". Aus dem Ton und Tenor dieser Preßerzeugnisse konnte man freilich ersehen, welche Anforderungen künftighin an einen „sozial-radikalen" — so lautete der von Struve gegebene Taufname — Volksvertreter gestellt würden. Wandten sich die angegriffenen Männer an die Redaktion, so kamen sie bei dem werdenden „demokratischen" Geschlechte schön an, wenn sie glaubten, daß die neue „Freiheit, Gleichheit und Bildung für alle" auch für die politischen Gegner gelte.

Als die liberalen Abgeordneten beim Landtagsschlusse 1846 einträchtigen Sinnes auseinandergingen, war nur einer mit halber Seele dabei: Friedrich

Hecker. Nach dem Landtage kehrte er nach Mannheim zurück, um ganz unter den Einfluß Struves zu geraten, wie er früher unter dem Sanders gestanden war. Auch ihm hatte Struve einst das phrenologische Horoskop gestellt und außer dem Selbstgefühl und der Beifallsliebe das moralische Gefühl des Wohlwollens und den Sinn für das Wunderbare am stärksten entwickelt gefunden. „Diejenigen Wissenszweige und Kunstwerke", hatte er hinzugefügt, „welche dem Sinne für das Wunderbare Nahrung geben, werden ihn daher weit mehr ansprechen als solche, welche zur Anbetung auffordern, Astronomie mehr als Theologie, Wallenstein mehr als Don Carlos". An diesen drei Enden faßte der ältere Struve den jüngeren Freund: er schmeichelte seiner Beifallsliebe in der Presse, er brachte sein mitleidiges Herz mit der notleidenden Arbeiterklasse in nähere Verbindung, er erschloß ihm das Wunderland der sozialistischen Theorieen und ließ ihm durch Dichterlinge Kränze ewigen Ruhmes flechten. Gegen solche Einflüsse war Hecker nicht gleich Mathy und Bassermann durch dominierende Verstandeskräfte und tiefere Kenntnisse gefeit; das einzige Gebiet, auf dem er größere Belesenheit zeigte, war das der Geschichte; aber auch hier war er nicht zu den Quellen hinabgestiegen, hatte er nicht Perioden der Entstehung und Entwicklung kennen gelernt, war er nur wie eine Biene von Blüte und Blüte — und das waren bei ihm die Revolutionen — geflogen.

Als Struve von dem Resultate der Durlacher Versammlung hörte, drohte er, „aus den 63 Hasen sich einen Löwen zu erziehen". Während des Winters von 1846/47 befaßte er sich zunächst mit der Lösung einiger sozialistischer Experimente, machte aber dabei weder mit der Sache, noch mit dem Freunde Hecker besonders gute Erfahrungen. Da er selbst ein rein doktrinär-destruktives Talent war, trug er in alle Kreise, die er in seine Zirkel zog, den Keim der Zersetzung; dies war nicht nur bei dem Mannheimer Turn- und Handwerkerverein der Fall; auch in der deutsch-katholischen Gemeinde herrschte seit seinem Übertritt heller Streit, „da — um in seiner Sprache zu reden — eine Anzahl heller Köpfe und entschlossener Charaktere sich dem beschränkten Glaubensbanne entgegenstellte, den die neugebackenen Kirchenväter und Patrone einzuführen versuchten". Während aber Struve mit unerbittlicher Konsequenz weiter arbeitete, auch wenn seine Vorschläge, wie z. B. die Forderung, daß die Wohlhabenden ärmere Bürger an ihren Tisch nehmen sollten, hart mit der Wirklichkeit zusammenstießen, ließ es der Löwe Hecker, als sich das soziale Problem nicht mit einem Tatzenschlag lösen ließ, bald an ausdauernder Arbeit und ausharrender Geduld fehlen. Anfangs März 1847 überraschte er gar die politische Welt mit der Niederlegung seines Abgeordnetenmandats und einer Reise nach Algier. In einer pompösen Erklärung tat er kund und zu wissen, daß nicht Ermattung, nicht das Streben nach der Gunst der Mächtigen, nicht die Sorge um das Leben, sondern „abweichende Meinungen über materielle

und politische Fragen" ihn zu diesem Schritte bestimmt hätten, daß er durch ein persönliches Opfer die frühere Eintracht unter seinen politischen Freunden wiederherstellen wolle, und daß er bereit sei, „auf den Ruf des Volkes seine ganze innewohnende Kraft aufzuwenden und zu handeln in der Stunde der Entscheidung". Der Glaube an diese Gründe war in der Presse aller Schattierungen nicht groß. Mathy, der die Hoffnung auf die Rückkehr Heckers und Fiklers zu der alten Fahne nicht aufgab, nahm in seiner „Rundschau" nur edle Motive an, in Wirklichkeit neigte auch er der Ansicht zu, welche sein Freund Hüetlin, Bürgermeister von Konstanz, in einem Briefe an ihn vertrat:

„Hecker fühlte, daß er, soweit das Wort reicht, die enge Rennbahn der Kammer durchlaufen hat, er hat alles gesagt, was zu sagen möglich, er stand auf der äußersten Spitze des Bienstachels der Debatte, aller Augen sind auf ihn gerichtet, also auch die Augen und Mäuler der Tatnarren, jener Narren nämlich, die immer „Tat" und „Tat" schreien, ohne daß einer selbst es wagt, den nächsten besten Strang der Aufruhrsglocke anzuziehen, sondern vielmehr mit jenen Schwaben beim Hasenfang rufen: „Hansele, gang du voran, du hoscht großi Stiefele an!" Hecker mochte also wohl fühlen, daß die Eröffnung des künftigen Landtages für ihn die Eröffnung eines neuen Kurses unterm Regimente der Tatenpeitsche werden müßte, mit dem Präjudize, bei unterlassener Folgeleistung wie die anderen mit allgattigem Kote beworfen zu werden. Zwischen der Landtagsrede und jener vielbesagten Tat liegt eben bekanntlich zur Zeit das — Zuchthaus, daher war schlimme Wahl, daher die Abdankung. Habe ich Recht? Ich verstehe es nicht anders".

Andere waren der Meinung, daß ihn die Rivalität mit Mathy seiner Zeit zum Anschlusse an Struve bestimmt habe, daß er aber jetzt, nachdem ihm die Partei die Heeresfolge versagt habe, die Flinte ins Korn werfe. Struve benützte diese Gelegenheit, der verhaßten liberalen Partei eins auszuwischen: nicht die Gegenpartei, sondern die eigene Partei und die Geldaristokraten hätten den edlen Kämpfer für Freiheit und Recht zu diesem Schritte gedrängt. Wie auf ein Kommando schwenkte jetzt die übrige radikale Presse ein: die „Geldsäcke" hätten den „Proletarierfreund" in die Ferne getrieben. In Zuschriften, die sich zu Heckers Erklärung wie eine Antwortadresse auf eine Thronrede verhielten, wurde der „Vater des Vaterlandes" zur Rückkehr aufgefordert, in allen Tonarten „unser Hecker", der „edle Hecker", „Bürger Hecker" gesungen:

„Hecker! dahin zielte all dein Ringen,
Dahin stürmte dein gewaltig Wort,
Darum schwangst du dich auf kühnen Schwingen,
Dem Aare gleich, in lichter Höhe fort!
Wen soll das Volk nun für die Zukunft wählen,
Wenn der Beste seine Dienste ihm versagt?"

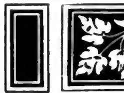
Die wahre Geschichte des Hergangs ist bis zur Stunde in Dunkel gehüllt; auf den kritischen Beobachter der Gegenwart macht die Sache fast den Eindruck

eines abgekarteten Spieles, eines ausgestreckten Fühlers, um zu sondieren, welche Elemente bereits reif zu der geplanten neuen Parteibildung seien; denn über eine kleine Weile, und der „badenmüde" Hecker war wieder aus Algier zurück und begründete mit Struve, Fickler, Kapp, dem Mannheimer Obergerichtsadvokaten Eller und dem Ettlinger Gemeinderat Thibaut die demokratische Partei.

Nach dem Berichte der radikalen Blätter waren es etwa 800—1000 „Heckerfreunde", die sich am 12. September 1847 in Offenburg versammelten. Das Endziel schon jetzt aufzupflanzen — dazu besaßen die Männer, die bereits im vorigen Jahre von ihren ehemaligen politischen Freunden „Taten" gefordert hatten, in dieser Zeit noch nicht den nötigen Löwenmut. Sie spielten sich als „entschiedene Freunde unserer Verfassung" auf und proklamierten die folgenden 13 Punkte als „Forderungssätze des badischen Volkes": Lossagung von den Karlsbader, Frankfurter und Wiener Beschlüssen, Preßfreiheit, Gewissens- und Lehrfreiheit, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, persönliche Freiheit, Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde, volkstümliche Wehrverfassung, gerechte Besteuerung, allgemeine Zugänglichkeit des Unterrichts, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, Geschworenengerichte, volkstümliche Staatsverwaltung, Abschaffung aller Vorrechte. Je dürftiger die „neuen" Gedanken in diesem alten freisinnigen Programme waren, desto wilder fielen die Ansprachen aus, die bei dieser Gelegenheit in Offenburg gehalten wurden. Wir lassen hier nur den Schluß einer für den Druck gemilderten Rede mit den Strichen des Zensors folgen:

„Seit der Zeit, da im Jahre 1819 die Karlsbader Beschlüsse gefaßt wurden, haben sich alle zivilisierten Staaten Europas dem Systeme repräsentativer Verfassung, der Preßfreiheit und der Gewissensfreiheit, der Lehrfreiheit und der Selbstregierung der Volkes zugewendet. Die Bourbonen wurden aus Frankreich, das Haus Oranien aus Belgien vertrieben, weil sie sich diesem Systeme widersetzten. Spanien und Portugal, sogar das unter dem Joche der Türkei früher schmachtende Griechenland, errang sich, wenn auch in blutigen Kämpfen, deren Nachwehen noch immer fühlbar sind, eine freiere Staatsverfassung. In neuester Zeit hat sich selbst das italienische Volk erhoben, um nicht länger hinter den übrigen gebildeten Völkern Europas zurückzubleiben. In der Schweiz wird der Kampf zwischen Freiheit und Knechtschaft, zwischen Aufklärung und Finsternis mit erneueter Kraft gestritten. Sollten wir in Deutschland allein zurückbleiben in dem Wettkampfe der Nationen? Sollte Deutschland immer mit Rußland und der Türkei in seiner Regierungsform auf gleicher Stufe stehen? Das möge Gott und unsere eigene Kraft verhüten! Allein ohne Kampf gibt es keinen Sieg, ohne Anstrengung keine Freiheit, ohne Gefahren keine Nationalität. Darum kämpfen wir für deutsches Recht, deutsche Freiheit und unser deutsches Vaterland. Streben wir nach unserem Ziele mit allen Waffen, welche uns unsere Verfassung — — — — — — — — — — — — — bietet — !"







Zwölftes Kapitel — Das Ministerium Bekk und die Parteien.


ie Geistesverfassung, in welcher das Ministerium Bekk das badische Volk antraf, war die hoffnungsloser Verstimmung und Verbitterung. Das gegenseitige Vertrauen, an welches der neue Minister appellierte, war von seinen Vorgängern so heruntergewirtschaftet worden, daß man in den Vertretern der Staatsgewalt nur feindliche und fremde Antagonisten erblickte. Die Zeiten waren vorüber, wo man noch an die Entfernung eines reaktionären Mitgliedes der Regierung und an die Berufung eines volksfreundlichen Staatsmannes überschwengliche Hoffnungen knüpfte. Nur untrügliche Beweise, markante Tatsachen, eine entschiedene Richtung hätten das in seinen Grundtiefen erschütterte Vertrauensverhältnis wieder herstellen und eine neue Operationsbasis für die Regierung schaffen können. Der neue Minister des Innern war zwar eines zu guten Willens, als daß er Steine statt Brot hätte geben können; allein alles, was er bei den obwaltenden Verhältnissen geben konnte, war eine kraftlose, unglückliche Mischung des eigenen besseren Selbst, des Ludwig Winter'schen Vorbildes und — was der Legierung in badischen Volkskreisen einen ganz unangenehmen Beigeschmack gab — des Radowitz'schen Regierungsprogramms.

Ganz im Sinne dieses Programmes schwenkte die konservative Partei und ihre Presse schon im Frühjahr 1847 ein. Eben hatte sie noch, wie wir im neunten Kapitel gesehen haben, das Rettig'sche Regiment um jeden Preis zu stützen gesucht und jede Nachgiebigkeit der Regierung als unheilvolle Hingabe an das revolutionäre Prinzip dargestellt. Kaum war aber der Ministerwechsel eingetreten, als das führende Parteiorgan, das „Mannheimer Morgenblatt“, wesentlich mildere Saiten anschlug. Ja, bald wußte es sogar recht gute Miene zum bösen Spiele zu machen, indem es tat, als sei alles gerade so gekommen, wie es gewollt habe. Der Regierung konnte es aber unmöglich zum Vorteil gereichen, daß sich dieses Blatt, das allen guten Ruf verloren hatte, sich nach wie vor als Regierungsorgan aufspielte und sich durch die Beamten im Lande empfehlen ließ.

Während ein Teil der höheren Beamten in der Annahme, daß das Ministerium Bekk nicht genügend gestützt sei, sich nach wie vor an das omni-

potente Werkzeug der Kamarilla, den zum Geh. Kabinetsrat hinauf titulierten Sekretär Frei, hielt, trat ein anderer Teil, der mit einer besseren Witterung des fortschreitenden Geistes der Zeit ausgestattet war, einen etappenweisen Linksabmarsch an. Wohl die interessanteste Erscheinung dieser politischen Odysseus-Naturen war der Abgeordnete Ministerialrat Christ, der beim Eintritte Bekks in das Ministerium des Innern in eine höhere Richterstelle hinauskomplimentiert worden war. Er näherte sich zunächst dem rechten Flügel der Liberalen, indem er scharfe Ausfälle gegen die Radikalen beliebte und alle seine Kräfte für die Erhaltung des Ministeriums Bekk einzusetzen gelobte. So schrieb er kurz nach seinem Ausscheiden aus der Verwaltung am 1. Januar 1847 und kurz vor dem nächsten Landtage am 27. November und 1. Dezember 1847:

„Mein Ausscheiden aus der Verwaltung kam mir nicht schwer an. Die Stellung dort ist schwierig, unsicher, unbestimmt. Ich wünsche dem neuen Ministerium das einzig mögliche, von Herzen Glück, und glaube, daß seine Richtung eine solche sein wird, der ich als Abgeordneter folgen kann. Auf bisheriger Grundlage erwarte ich ein ehrliches offenes Streben. Eine staatliche Seite, auf welcher die Entwickelung eine andere werden muß, ist nicht vertreten. Die Stellung der Parteien wird sich wesentlich nicht verändern, und doch muß sie sich ändern, wenn das Ministerium sich halten soll. . .

Die Stunde unserer Kämpfe naht, und ich werde nicht unrecht haben, wenn ich vermute, daß der Landtag deshalb einer der heftigsten sein wird, weil die Radikalen um Sein und Nichtsein kämpfen, und ihre Zahl etwas im Weichen begriffen ist. Es ist ein himmelschreiendes Unrecht, daß die Leute auch auf gar nichts Rücksicht nehmen und mit lachender Miene das Ministerium Bekk stürzen möchten, ohne zu bedenken, zu welchen bedenklichen Folgen dies führen müßte. . .

Ich will dieses Ministerium, weil ich fest überzeugt bin, daß nach ihm ein schlechteres kommt und kommen muß. Daß die Radikalen das Letztere wollen, ist klar, da sie alles wollen, was ihnen zum Opponieren mehr Stoff, also mehr Leben für ihr Leben gibt. Allein wenn es um Bessern zu tun ist, dem ist das Ministerium das liebste, das für die Besserungen den Willen und die geistige Befähigung hat. . .“

Auch auf der liberalen Seite trat allmählich eine reinlichere Scheidung der Geister ein. Der rechte Flügel wurde durch den politischen Janhagel weiter nach rechts getrieben, als er im Grunde des Herzens gehen wollte. Er brach definitiv mit den „Ganzen“ und trat in ein besonderes Vertrauensverhältnis zu dem neuen Minister des Innern. Der bisherige Führer Zittel ließ sich indessen von solchen Stimmungen und Verstimmungen das Auge nicht trüben für das, was die politische Situation erforderte. Er hatte nicht nur den Mut, öffentlich in das Wespennest der radikalen Presse zu greifen, sondern er erkannte auch klar die Grenze, über die hinaus ein liberaler Mann dem Ministerium Bekk nicht folgen dürfe:

„Bekk wirft uns — schrieb er vor den Landtagswahlen an Mittermaier — Mangel an Mut vor, weil wir uns nicht trennen. Ich gestehe, daß ich diesen Vorwurf für ebenso unverdient als unbegründet halte. Sollen wir es machen wie Bader? Mit Schaaff, Trefurt,

Fauth und Konsorten zusammensitzen? Dazu gehörte freilich Mut, der Mut, die eigene Überzeugung zu verleugnen und gegen die eigenen Grundsätze anzukämpfen. Den Mut habe ich allerdings nicht. Sollen wir eine besondere Partei bilden? Einmal wäre damit dem Ministerium nicht gedient. So lange sich dieses auf die rechte Seite stützt, so lange gehören wir notgedrungen der Opposition an und bilden, wenn auch für uns stehend, doch immerhin eine Fraktion derselben. Sobald einmal Bekk den Mut hat, offen zu erklären: „Jene Männer sind meine Leute nicht", dann werden die Liberalen nicht einen Augenblick warten zu sagen: „Wir sind nun für uns".

Während diese Mittelsmänner mehr oder minder vertrauensvoll dem populären Namen Bekks folgten, beobachtete die bisherige Oppositionsführung seit dem Landtagsschlusse von 1846 eine nüchterne und kühle Reservestellung. Sie verkannte die vielen Schwierigkeiten, mit denen die neue liberale Verwaltung nach außen und innen, nach oben und unten zu kämpfen hatte, keineswegs; allein sie wäre umsonst durch die Schule der Erfahrungen seit 1840 gegangen, wenn sie einer Person zu liebe ihre Politik geändert hätte. Seit Winters Tod hatte sie einen fünfmaligen Personenwechsel im Ministerium des Innern erlebt, allein das System war, wenn auch seit dem Abgange Blittersdorffs nicht mehr so offen und unverblümt reaktionär, dasselbe geblieben. Seit zehn Jahren hatte sie auf alle Motionen, Petitionen und Beschwerden dieselbe kalte, trockene, ablehnende, nicht selten geringschätzende und herausfordernde Antwort erhalten. Eine Schule hatte sich im höheren und niederen Beamtenstand gebildet, die, liebäugelnd mit den Antipathieen in den höchsten Regionen, sich und die alte Praxis für gefesteter hielt als zwei oder drei liberale Ministernamen.

Dazu war im Laufe des Jahres 1847 eine neue Enttäuschung, die Berufung des Führers der Kammerminorität Trefurt an die Spitze des Justizministeriums gekommen. War das nicht ein direkter Schlag ins Gesicht der Doktrin von der parlamentarischen Regierungsweise, die sie bis jetzt mit ebenso großer Tapferkeit als Ausdauer verfochten hatten? Daran hinderte auch der Umstand nichts, daß Trefurt eine bedeutende juristische Kapazität war und jetzt eine fast unheimliche Bekehrungsfähigkeit und Sehnsucht nach seiner früheren politischen Liebe an den Tag legte.

Hier wollte der Oppositionsführer Mathy den Hebel eingesetzt wissen. Bekk sollte in seinem Ressort — das war seine Meinung — dem alten Systeme offen den Krieg erklären und ebenso rücksichtslos und energisch die Bahn einer freisinnigen und fortschrittlichen Politik betreten, wie seine Vorgänger die Wege des politischen Stillstandes und Rückschrittes gewandelt waren. Zu gleicher Zeit wollten er und seine politischen Freunde, von der Überzeugung getragen, daß den Staatskünstlern der alten Zeit nicht Transaktion und Mäßigung, sondern nur Entschiedenheit und Temperament imponiere, den Trägern und Schleppträgern des alten Systems das Leben und Regieren sauer machen.

Für diese Taktik der sachlichen Entschiedenheit, welche die Opposition von Erfolg zu Erfolg geführt, hatte die radikale Phraseologie nur Spott und Hohn. Sie fuhr fort, nicht nur die parlamentarische Wirksamkeit und Fähigkeit, sondern auch den persönlichen Charakter ihrer politischen Gegner zu verdächtigen und nach dem Rezepte zu arbeiten: Lieber einen Erzaristokraten als einen „Halben" — und „halb" war jeder, der nicht mit ihr durch dick und dünn ging — lieber einen Blittersdorff als einen Bekk! „Es wird nun bald ein Jahr — so begann eine Mahnung an die badischen Wahlmänner — daß Staatsrat Bekk, welcher schon früher großen Einfluß auf unsere Staatsverwaltung besessen hatte, den Vorsitz im Ministerium des Innern förmlich übernahm. Im Laufe dieser Zeit erhielt der Kirchenstaat tatsächlich Preßfreiheit, ein freisinniges Bürgergardegesetz und in Folge desselben eine Volksbewaffnung, welche diesem an und für sich schwachen Staate eine Achtung gebietende Stellung nach außen hin verleiht Wir Deutsche waren gewohnt, auf ganz Italien und insbesondere auf den Kirchenstaat mit einer gewissen vornehmen Verachtung herabzuschauen, indem wir unsere staatlichen Einrichtungen für weit vorzüglicher hielten als diejenigen jenes Landes. Und siehe da, ein einziges Jahr und zwar dasjenige, in welchem Bekk unserem Ministerium des Innern vorstand, genügte, dem Kirchenstaat einen weiten Vorsprung vor uns zu gewinnen." Diese Art, gegen das Ministerium Bekk zu polemisieren, war indessen eine zahme Ausnahme von der wilden Regel, welche sich in Ausdrücken bewegte, wie Stupidität, Brutalität, S . . bubenbehandlung! „Hoflieferanten und Schaumweinfabrikanten, auf! und erhaltet das Ministerium Bekk!" — so lautete der ständige Refrain der radikalen Flugblätter.

Während die führenden Feder- und Wortheldеn sich in wilden Artikeln und Reden für die „Wiederherstellung der Verfassung" ergingen, verteilten einige Unterführer bereits die Rollen in der „oberrheinischen Republik". Schon im Frühjahr 1847 hatte der Seifensieder Stoll von Mudau im Odenwalde einen Aufruf mit der Aufforderung verbreitet, an einem bestimmten Tag auf der Spiesenheumatte sich zu versammeln, Könige, Fürsten, Adelige, Juden und Beamte tot zu schlagen und aus dem geknechteten Deutschland ein freies Amerika zu machen. Eben im Spätsommer 1847, als die Zeitungen meldeten, daß Stoll zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden sei, wurden weitere, revolutionäre Aufrufe, welche aus der Esse Karl Heinzens, „des großen Schimpftalents zweier Welten", stammten, im Lande verbreitet; darunter befand sich auch ein Flugblatt, welches unter dem Titel „zur Vorbereitung" eine Anleitung gab, wie man sich bei einer ausbrechenden Revolution zu verhalten habe.

Kein Wunder, wenn Bekk, gegen den alltäglich dieser Krieg bis auf's Messer geführt wurde, die Spitze seines Ministeriums gegen die Radikalen

kehrte. Allein auch da blieb er in wirklicher Halbheit stecken und operierte auf eine Weise, welche dieser Sorte von Gegnern nicht imponieren konnte. Die Situation hätte einen Mann erfordert, der sich weniger aufregte, der auch einmal über diese zum Greifen dick aufgetragenen Farben lachen konnte, der aber seinen Weg ging, Schritt vor Schritt, spöttlich um sich blickend:

„Bis einer, dem die Zeit zu lang,
Auf ihn den krummen Säbel schwang.“

Ein solcher Augenblick im Ministerleben war gekommen, als die radikalen Führer in Offenburg zu volksaufwiegelnden Reden übergingen. Gleich bei diesem ersten Tusch hätte der erste Konsul acht haben müssen, daß der Staat keinen Schaden erleide. Was einem Seifensieder Stoll gegenüber Recht war, mußte einem Struve gegenüber billig sein. Wohl raffte sich die Polizei zu einer Voruntersuchung auf, wohl bejahte der dritte Senat des Hofgerichtes zu Bruchsal die Anfrage, ob Grund zu einer gerichtlichen Untersuchung vorhanden sei; allein über diese ersten Prozeßstadien kam die Sache nicht hinaus.

Unter solchen Auseinandersetzungen in den Parteilagern nahte der Spätherbst des Jahres 1847 und brachte die Ergänzungswahlen zum Landtage. Fünfzehn Abgeordnete mußten nach dem Lose ausscheiden; neun hatten ihr Mandat freiwillig niedergelegt, da sie sich nicht länger zum Vergnügen des politischen Janhagels im Kote herumzerren lassen wollten. Da nur wenige der ausscheidenden Kammermitglieder der konservativen Richtung angehörten, sahen sich die Liberalen vor eine schwierige Position gestellt. Itzstein und Mathy, die den Wahlfeldzug wie in früheren Jahren miteinander leiteten, mußten, statt den größten Teil ihrer Arbeitskraft gegen die Gegner aufzuwenden, alles tun, um die Wirkung des in der Partei entstandenen Risses zu paralysieren und die zarter besaiteten Naturen bei der Stange zu halten. Sie wiesen auf die Erfahrungen in Württemberg hin, wo die Opposition von ihrem Standpunkte der freiwilligen Aufgabe des Kampfes zurückgekommen sei, und waren der Meinung, daß der Geist der Einigkeit und des Opfermutes sich in diesem Augenblicke um so mehr bekunden müsse, als sich durch ganz Deutschland und Europa das Streben nach Verbesserung der politischen und sozialen Zustände geltend mache. Dem halb volksfreundlich und fortschrittlich, halb höfisch und reaktionär gesinnten Ministerium gegenüber stellten sie sich auf den alten bewährten Rotteck'schen Standpunkt und warnten insbesondere vor der Wahl unbedingt ergebener Staatsdiener und einer Kammermehrheit, wie sie die dreißiger Jahre gezeitigt hatten; gleich im ersten Wahlartikel schrieb Mathy:

„Es besteht in Baden wohl eine Opposition gegen ein System, welches die Verfassung anfeindet, aber keine systematische Opposition gegen alles, was von der Regierung ausgeht. Die Gesetze, Vorschläge und Unternehmungen, welche der Verfassung und dem wahren Interesse des Landes entsprachen, haben in den Reihen der bürgerlichen Mehrheit keine

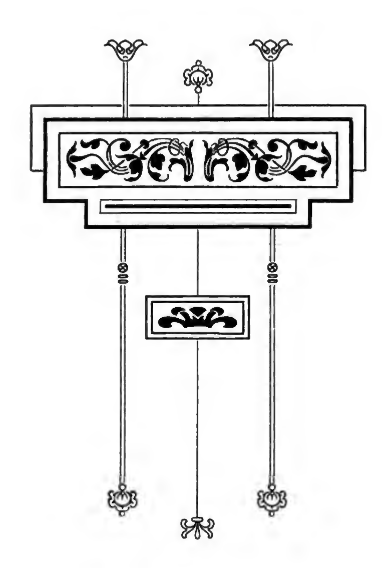
Gegner, wohl aber die eifrigsten Beförderer gefunden, sie hat zugestimmt, soweit sie es nach ihrer Überzeugung tun konnte. Dagegen tat sie auch nicht mehr als ihre Schuldigkeit, wenn sie bei der Prüfung des Staatshaushaltes wie von Gesetzentwürfen die Stimme des Volkes, die Forderungen der Zeit und die Kräfte des Landes berücksichtigte, wenn sie bei Gelegenheit von Petitionen und in eigenen Anträgen Wünsche, Bitten und Beschwerden für die Herstellung verletzter oder gefährdeter Rechte, für die Förderung wichtiger Interessen und für die Abstellung von Mißbräuchen an die Regierung brachte. Eine Mehrheit schweigender Jaherren will das Volk nicht mehr, und eine gute Regierung möchte eine solche auch nicht. Eine Kammer von unbedingt ergebenen Dienern, bekleiden sie nun ein Amt oder üben sie einen bürgerlichen Beruf, würde aber auch eine Verwaltung, welche dem Lande frommte, weder herbeiführen, noch halten, sondern geradezu stürzen. Wir haben das schon einmal erlebt mit dem Ministerium Winter, dessen Einfluß in dem Maße sank, in welchem die ministerielle Mehrheit wuchs."

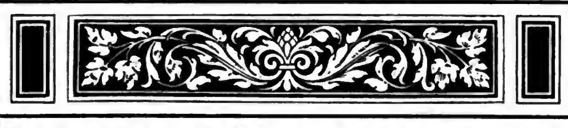
Die konservative Partei spielte die Rolle des sich freuenden Dritten bei dem schmutzigen Kampfe der Radikalen gegen die Liberalen. Sie färbte der augenblicklichen politischen Situation entsprechend noch etwas weiter ab und zog unter der neu geprägten Firma „konservativ und liberal im wahren Sinne der Verfassung" in den Wahlkampf. Die liberale Rechte verließ sich auf Bekk, der aus ihr hervorgegangen war und mit Winter'schen Empfehlungsschreiben für die „Steuerbewilliger" und gegen die „Steuerverweigerer" operierte. „In Wahlsachen, glaube ich, werdet ihr schlechte Geschäfte machen" — so schrieb er an seinen Freund Mittermaier, der überall für unabhängige Bürger gewirkt hatte.

Der großsprecherische Anlauf der „Ganzen" erlebte in diesem noch verhältnismäßig normalen Zeitlaufe eine klägliche Niederlage. Die demagogische Preßfehde, welche Struve und seine Trabanten ohne Unterlaß fortsetzten, fiel nur in den Fabrikstädten auf empfänglichen Boden. Der liberale Mittelstand zog sich, verärgert durch die Hetze gegen den „Bourgeoisliberalismus", bestimmter auf sich selbst zurück. Aus eigener Kraft errang die junge sozialradikale Partei nicht ein einziges Mandat. Selbst Hecker bedurfte in seinem Bezirke Weinheim-Ladenburg der Unterstützung der von ihm verlassenen liberalen Freunde. Alle Anstrengungen, Struve ein Mandat zu verschaffen, waren vergebens. Obwohl von Konstanz bis Wertheim die Werbetrommel gerührt wurde, fand eine solche Kandidatur in dem wohl radikal, aber nicht sozialistisch angehauchten Lande keinen Anklang. Schließlich klammerte er sich an den Bezirk Lörrach. „Einem Genie wie von Struve," hieß es unisono in den radikalen Blättern, „soll ein Mann mit gewöhnlichen Kräften um so eher Platz machen, je mehr er das Volk, je mehr er die Freiheit liebt. Von Struve ist geeignet, neue Wege zu entdecken, Bahn zu brechen durch die unwirtbarsten Gegenden, um uns hinüberzuführen ins Land der Freiheit." Alles umsonst: denn die Lörracher, die nicht finden konnten, daß ihr Kandidat

„ein Mann von gewöhnlichen Kräften“ sei, folgten der Parole: „Wir wählen halt einen aus unserer Mitte.“

Als das Resultat vorlag, zeigte es sich, daß, — was gründliche Kenner der Verhältnisse schon längst vorausgesagt hatten, — über dem Zanke der „Ganzen“ und „Halben“ mehrere Sitze der liberalen Seite verloren gegangen, und die Reihen der wirklichen „Halben“ verstärkt worden waren. „Das haben wir,“ sagte damals der Generalwahlfeldhauptmann Itzstein zu Mathy, „dem Herrn von Struve und den jungen Leuten zu verdanken.“





Dreizehntes Kapitel ✤ Der Anfang des Landtages von 1847—1849.

Am 9. Dezember 1847 wurde der Landtag von dem Großherzog in feierlicher Weise eröffnet, was seit dem 17. April 1841 nicht mehr geschehen war. Die Thronrede, welche eine Reihe von populären Gesetzentwürfen ankündigte, wies in freundlichem Tone auf die widrigen materiellen Zeitverhältnisse hin und sprach ihre hohe Genugtuung darüber aus, daß die Ordnung nirgends auch nur einen Augenblick gestört worden sei. Sie knüpfte daran die ernste Mahnung, auch fernerhin diesen Sinn der Gesetzlichkeit zu nähren und die Bestrebungen einzelner, welche die Staatsordnung, ja selbst das Eigentum zu untergraben suchten, mit vereinten Kräften niederzuhalten. Mit Nachdruck betonte der Großherzog die Stelle, in welcher ausgeführt wurde, daß die Regierung besondere Schritte beim Bunde getan habe, um eine Repressivgesetzgebung für die Presse mit Beseitigung der Zensur zu erwirken. Die Reihe der neu eingetretenen Mitglieder beider Kammern, welche den Verfassungseid leisteten, eröffnete der zur Rechten des Thrones stehende blühende Sprosse des Fürstenhauses, Prinz Friedrich von Baden. Bei der Audienz und großen Hoftafel unterhielten sich die höchsten Herrschaften aufs leutseligste mit den Abgeordneten ohne Unterschied der Stellung und Parteifarbe. Selbst die anwesenden Mitglieder der „Ganzen" passierten die Linie der fürstlichen Gnadensonne. Am darauf folgenden Tage ging die Wahlprüfungsarbeit so rasch wie noch nie zuvor von statten. Noch in den Erinnerungen an die Freuden der Hoftafel schwelgend, hatte die aus den Abgeordneten der Rechten und der Mitte gebildete Majorität wenig Verständnis für die 13 Wahlmänner aus Tauberbischofsheim, welche darüber Klage führten, daß der Amtmann den Wahlkörper solange eingesperrt habe, bis er reif für die Wahl des Regierungskandidaten wurde. „Vergebens", erzählte Mathy in einem launigen Briefe an Buhl, „bemühten sich Hecker, Kapp, Welcker und Weller zu beweisen, daß ein eingesperrter Wahlmann kein freier sei, die Wahl mußte so gut sein wie der Champagner im Schlosse, und Struves letzter Hoffnungsstern erbleichte und sank in die Aktenschränke der ständischen Registratur".

Wie bei den Wahlprüfungen, so stellte sich auch bei den Präsidenten- und Kommissionswahlen ein ähnliches Stimmenverhältnis wie beim Beginne des Landtages von 1843 heraus. Zwischen der entschieden liberalen Mehrheit und der entschieden ministeriellen Minderheit schwankten nämlich 10 bis 12 bürgerliche Abgeordnete hin und her, welche in dem Bewußtsein, das Zünglein an der Wage zu bilden, ihre eigenen Wege gingen. Auch bei der zehnstündigen geheimen Adreßdebatte verhinderten diese Elemente durch ihre ausschlaggebende Stimmenzahl, daß die Antwort der Kammer auf die Thronrede so kräftig, offen und rückhaltlos ausfiel, wie es die bisherigen Führer der Opposition in Anbetracht der sechsjährigen Pause wünschten. Da diese Gruppe — natürlich unbewußt — dem Radowitz'schen Regierungsprogramm in die Hände arbeitete, und da das ganze Schicksal und Ergebnis des Landtages von ihrem weiteren Verhalten abhing, gingen Itzstein und Mathy während der Weihnachtsferien zu dem erkrankten Abg. Buhl nach Deidesheim, um durch ihn auf seine Freunde zu wirken. Auch in der Schlußnummer seiner „Rundschau" machte Mathy dieser sogenannten „rechten Mitte" gehörig den Standpunkt klar:

„Nach dem Schlusse des vorigen Landtags waren wir veranlaßt, den über die anscheinende Erfolglosigkeit der ständischen Bestrebungen unwirsch gewordenen Freunden des Fortschrittes zu raten, daß sie die Zurückgebliebenen nicht als Feinde behandeln möchten; wir konnten von der zu starken Abschweifung nach der Linken, welche zuweilen mit der äußersten Rechten zusammenstreifte, nichts Heilsames erwarten.

Heute, am Schlusse des ersten Abschnittes der neuen Ständeversammlung haben wir den Gegenstoß zu bedauern; die frühere rechte Mitte ist zur eigentlichen ministeriellen Partei in der Kammer geworden. So wie in Frankreich die rechte Seite zwar mit der Juliregierung hält, weil sie anders nicht bestehen kann, aber doch auf die Rückkehr des älteren Zweiges hofft, so hält die rechte Seite der badischen Kammer zwar äußerlich mit dem gegenwärtigen, wie mit jedem bestehenden Ministerium; aber sie hofft auf die Rückkehr des älteren (Blittersdorff'schen) Zweiges und der alten Beamtenherrschaft. Ihr gegenüber behauptet die Linke ihre frühere Stellung. Sie verlangt, daß ein wahrhaft konstitutionelles System endlich einmal angebahnt werde, sie blickt nicht auf die Namen der Minister, sondern auf ihre Handlungen. Wir haben, außer einer persönlich freundlicheren Begegnung von dem gegenwärtigen Ministerium noch keine Handlung gesehen, welche zu der Erwartung berechtigte, daß die verfassungsmäßigen Bürgschaften der Volksrechte, ja selbst die wichtigsten Bedürfnisse der materiellen Existenz der zahlreicheren Klassen des Volkes, mehr als bisher berücksichtigt werden. Die Preßfreiheit, selbst für innere Angelegenheiten, ist abermals auf die lange Bank der Bundesverhandlungen geschoben, die Übertragung der Polizeistrafgewalt an die Gerichte abermals von einem Polizeistrafgesetzbuch abhängig gemacht, wofür ein Entwurf nicht bearbeitet worden ist; das Schwurgericht selbst als Frucht der Zukunft aus der Adresse verwiesen; die Glaubensfreiheit selbst als Wunsch nicht zugelassen. Die Ausbildung des Kreditsystems, die Gewerbeordnung, die Einkommensteuer, die Vollendung des Eisenbahnsystems sind auf unbestimmte Zeit vertagt.

Woher nun der Entschluß der rechten Mitte, sich von der Linken loszusagen und als ministerielle Partei aufzutreten, allen Wünschen der Minister zum voraus fügsam zu ent-

sprechen, ohne irgend eine Gewähr, das zu erreichen, was sie von jeher gemeinschaftlich mit der Linken gefordert hatte? Es ist einerseits der Groll gegen die Angriffe der radikalen Presse, andererseits die Vertrauenspolitik, die in ihrer Kurzsichtigkeit ein leutseliges Benehmen mit Garantieen eines Rechtszustandes, freundliche Gewährung besonderer kleiner Anliegen mit der Sorge für das Gemeinwohl verwechselt.

Wir wünschen, daß das neue Jahr der zweiten Kammer etwas Besseres bringen möge als die Bestätigung der alten Wahrnehmung, daß die badischen Stände zwar stark seien in der Begründung freisinniger Anträge, aber schwach in dem Kampfe für wirkliche Ergebnisse. Wir besorgen jedoch, daß auch diesmal wieder wenig Erfreuliches errungen werden wird; denn die Nachgiebigkeit bringt keine gute Frucht zur Reife. Die rechte Mitte, zu schwach, um aus sich selbst etwas Taugliches hervorzubringen, ist doch zahlreich genug, um der rechten Seite als Anlehnungspunkt zu dienen, wo es gilt, nachdrückliche Bestrebungen für Freiheit und Recht zu vereiteln.

Das Volk wird über die Einsicht und das Verhalten seiner Vertreter urteilen, und damit es richtig urteilen könne, ist es allerdings besser, wenn jeder Einzelne eine bestimmte Stellung wählt. In so ferne können wir auch wohl damit zufrieden sein, daß die rechte Mitte zu dem Entschlusse gekommen ist, die ministerielle Partei in der Kammer zu bilden".

Nach der Rückkehr aus den Weihnachtsferien begann der Landtag wieder in gewohnter Weise sein Tagewerk. Die Regierung fügte zu dem bereits früher vorgelegten Budget mehrere Gesetzentwürfe, welche die Verbesserung der Gerichtsverfassung, die Änderung des Konskriptionsgesetzes durch Einführung einer Landwehr, die Beseitigung einiger feudalherrlicher Berechtigungen durch Ablösung, die Verbesserung des Steuerwesens durch Revision der Gewerbesteuer, Minderung des Aufwandes bei Pensionierung der Staatsdiener und Einführung einer Kapitalsteuer betrafen. Die Volksvertretung wiederholte die längst spruchreifen Motionen auf Preßfreiheit, Einführung von Geschworenengerichten, Aufhebung der Zunftverfassung und Einführung einer Gewerbeordnung auf der Grundlage einer bedingten Gewerbefreiheit, Vorlage eines Polizeistrafgesetzbuches, Errichtung einer obersten Schulbehörde usw. Während diese Motionen ruhig in den Schoß der Kommissionen zurückkehrten, spielte auf dem Kammerforum die sogenannte Dreifabrikenfrage, welche die anbrechende neue Zeit mit ihren aufregenden und verbitternden wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen in überaus charakteristischer Weise einleiten sollte.

Die Keßler'sche Maschinenfabrik in Karlsruhe, die Baumwollenspinnerei in Ettlingen, die Runkelrübenzuckerfabrik in Waghäusel waren durch Zahlungsschwierigkeiten, in welche ihr Hauptgläubiger, das Bankhaus S. von Haber und Söhne, durch Kündigung eines Kredites von seiten der Firma Rotschild in Frankfurt geraten war, in bange Sorge um ihren Fortbestand versetzt worden. Wie in aller Öffentlichkeit ohne Widerspruch behauptet wurde, wollte der Baron Lionel Rotschild seinem bevorstehenden Einzuge in das englische Parlament durch die Vernichtung dieser drei großen gewerblichen Anstalten, die seinen englischen Freunden längst ein Dorn im Auge waren, die gewünschte Weihe geben. Da die drei Fabriken gegen 4000 Arbeiter

beschäftigten, jährlich für mehr als 3 Millionen Gulden Erzeugnisse lieferten und ungefähr 850000 Gulden Arbeitslöhne bezahlten, kam die Regierung nach einer gründlichen Untersuchung aller in Betracht kommenden Verhältnisse zu dem Resultate, daß die drei Gewerbsanstalten in volkswirtschaftlicher Beziehung so bedeutend seien, daß ihr Fortbestand als wünschenswert im öffentlichen Interesse erscheine. Sie beschied zwar die Bitte der bisherigen Inhaber, einen baren Vorschuß von $1^1/_2$ Millionen zu gewähren, abschlägig, versprach aber, eine zwischen den Inhabern und Gläubigern vermittelnde Tätigkeit entfalten und eine staatliche Zinsgarantie für den Fall übernehmen zu wollen, daß zwischen den Beteiligten ein Vergleich zustande komme, welcher den Fortbetrieb der Fabriken sichere. Da Nebenius, dessen Name in volkswirtschaftlichen und finanziellen Dingen einen europäischen Ruf besaß, die vorbereitenden Schritte der Regierung gelenkt und alle für einen solch außerordentlichen Fall nötigen Kautelen vorgesehen hatte, da durch die unter Beiziehung sachverständiger Abgeordneter angestellten Untersuchungen konstatiert worden war, daß alle drei Anstalten die Bedingungen ihrer Lebensfähigkeit in sich trügen, und daß ihre Zukunft gesichert erscheine, wenn es gelinge, ihnen über die augenblickliche, unverschuldete Notlage hinwegzuhelfen, so hätte man erwarten sollen, daß die Kammer sich möglichst einstimmig auf ihren früher in solchen Fragen eingenommenen Standpunkt, der jungen, aufstrebenden Industrie alle mögliche Unterstützung zu gewähren, stellen werde. Ihr sach- und fachkundiger Berichterstatter Mathy stellte sich auch ganz auf den Boden der Vorlage und betonte besonders den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt, die hohe Bedeutung der Industrie für die Macht und Selbständigkeit der Nation:

„Gerade der Umstand, daß hier ein wertvoller Teil der badischen und der deutschen Industrie in Frage steht, wird uns bestimmen, uns ausnahmsweise für Staatshilfe bereit zu erklären, selbst wenn wir glauben dürften, daß dieselbe nicht unbedingt notwendig wäre. Denn das ist eben für uns die Hauptsache, daß Regierung und Stände zu erkennen geben, wie ihnen die Erhaltung und das Gedeihen der Industrie am Herzen liege, weil dieselbe ein unentbehrlicher Bestandteil des Wohlstandes und der Hilfsquellen der Nation geworden ist. Wozu verlangen wir denn Schutz- und Unterscheidungszölle, Verkehrswege und Handelsentwicklung zu Wasser und zu Lande, wofür tragen die Verzehrer die Steuern von ausländischen Waren, und sparen die Staaten ihren Kredit zur Ausführung von Kunststraßen, Häfen und Lagerplätzen, wozu schließen sie Handels- und Schiffahrtsverträge, wenn sie ruhig zusehen wollen, wie dem jungen Baume der Industrie die Axt an die Wurzel gelegt wird. Und wir im südwestlichen Deutschland, stets voran mit Wort und Schrift, wo es galt, den deutschen Gewerbfleiß zu schützen und zu fördern, wir sollten „Nein" sagen bei der ersten Gelegenheit, wo es gilt zu handeln. Lassen Sie uns wohl bedenken, daß das moralische Gewicht unseres Ausspruchs in seinen Folgen für eine hochwichtige nationale Angelegenheit der Gesichtspunkt ist, den wir voranstellen, dem wir jede andere Rücksicht unterordnen sollen."

Nicht ganz auf dieser Höhe bewegten sich die Gegner der Vorlage. Am ersten Tage der Diskussion machte zwar Bassermann einen vielversprechenden Anfang. In ganz vorzüglichen kaufmännischen Ausführungen machte er geltend, daß die Fabriken auch ohne staatliche Intervention fortbetrieben würden, weil dies im Interesse der Gläubiger liege, die staatliche Subvention werde viele ähnliche Gesuche nach sich ziehen und das Gewerbe, was nicht wünschenswert sei, in Staatshände bringen; das heiße aber, die ganze bisherige Politik umkehren, in neue Bahnen einlenken und am letzten Ende die Lehre des Kommunismus verwirklichen. Auf einem weit niedrigeren Niveau bewegte sich die Rede, mit welcher Hecker am zweiten Tage den Kampf eröffnete. Die glänzende und blendende Außenseite seines Vortrages vermochte nicht über den fast gänzlichen Mangel der inneren Güte hinwegzutäuschen. Er zog die gegebenen Zahlen in Zweifel, verzauste die Inhaber und Gläubiger der „nahe bei der Residenz gelegenen Fabriken“ und bat unter Berufung auf die Volksstimme und eine Petition von 63 Arbeitern der Keßler'schen Fabrik an die 63 Abgeordneten die Kammer, der Regierung, die immer noch die Karlsbader und Wiener Beschlüsse aufrecht halte, kein Vertrauensvotum zu geben. Hatte Bassermann sich in seinen Folgerungen verstiegen und den Kommunismus heraufbeschworen, so malte er das Gespenst der „tyrannischen verhaßten Bourgeoisie“ an die Wand; sein Vortrag war mit sozialistischen Schlagworten förmlich gespickt:

„So klug ist die Regierung doch, daß sie die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen will, wir sollen die Träger, der Sündenbock, der Heiland sein, der für eine ministerielle Sünde an das Kreuz geschlagen wird. . . . Was man aus sozialen Gründen zu Gunsten der Arbeiter für die Anträge vorgebracht, erinnert an den heiligen Crispinus, der Leder stahl und den Armen Schuhe daraus machte. So sollen wir aus den erpreßten Steuern der Schwarzwälder und Odenwälder den Fabrikarbeitern Brot verschaffen“.

Solche agitatorische und demagogische Phrasen auf ihren wahren Wert zurückzuführen, war keine allzu schwierige Arbeit. Während Nebenius den vielen inneren Widersprüchen, Übertreibungen und Entstellungen ruhige staatsmännische Erwägungen gegenüberstellte, während der Präsident des Finanzministeriums Regenauer die Zahlen, mit denen der Redner ganz abenteuerlich umgesprungen war, beleuchtete, nahm der Berichterstatter Mathy besonders die Partien aufs Korn, welche seinen überlegenen Humor und Sarkasmus herausforderten. Stellenweise entspann sich zwischen ihm und Hecker ein förmliches Zwiegespräch, das aber wenig zu Gunsten des letzteren ausfiel:

Mathy: Auf den Brief der 63 Arbeiter hat der Abg. Hecker ein großes Gewicht gelegt; ich bedauere, daß der Brief mir nicht so schwer wiegt. Ja, wenn die Männer sich erboten hätten, uns in dem Berufe, den sie gelernt haben, Unterricht zu geben, dann würde ich, falls ich Geschick und Muße dazu hätte, das Anerbieten dankbar annehmen. Wenn sie uns aber in einem anderen Fache, und zwar in dem unsrigen, das sie nicht

gelernt haben, unterweisen wollen, 63 Schulmeister, Einer für jeden von uns, dann danke ich meinerseits für jede Bemühung; den Unterricht kann ich nicht gebrauchen.

Das Volk ist gegen die Erhaltung der Fabriken, fährt der Abg. Hecker fort, und das Volk ist verständig. Aber wenn das Volk verständig ist, woher kommen denn die Gimpel her, von denen der Abg. Hecker spricht, die Gimpel, welche sich mit den Schuldscheinen anführen lassen?

Hecker: Die sind auswärts.

Matthy: Ah so! Nur das badische Volk ist so sehr verständig und hat dafür zu sorgen, daß fremde Gimpel nicht angeführt werden. Davon werden wir übrigens noch weiter sprechen.

Seinen Haupttrumpf spielte der Berichterstatter erst am Schlusse aus:

„Wie bald im Volke vorgefaßte Meinungen einem bessern Urteil weichen müssen, dafür will ich ein Beispiel erzählen. Als die Eisenbahn zwischen Heidelberg und Mannheim gebaut wurde, wehrten sich die Bewohner des reichen Dorfes Seckenheim gegen die Richtung, welche an dem Dorfe vorbei durch den fruchtbarsten Teil ihrer Gemarkung ziehen sollte. Der Bürgermeister, ein sehr verständiger Mann, mußte der Volksstimmung nachgeben und um Aenderung der Zugslinie bitten. Dem Wunsche ward entsprochen, und die Bahn läuft eine halbe Stunde von Seckenheim an Friedrichsfeld vorbei. Bald erkannten die Bewohner von Seckenheim ihren Irrtum, aber die Reue kam zu spät. Der Bürgermeister klagte mir vor nicht sehr langer Zeit, daß dem Dorfe die großen Vorteile der Bahn entrückt worden, und auf meine Entgegnung, sie seien daran selbst schuld, man habe ja nur ihrem Verlangen entsprochen, rief er aus: „Man zwingt uns doch sonst zu so Vielem, warum hat man uns denn da nicht gezwungen!" Sehen Sie, meine Herren, das ist jetzt die Volksstimmung. (Allgemeine Heiterkeit).

Ich schließe mit der Erklärung, daß ich unsere Aufgabe in dieser Sache so verstehe: Wir wollen tun, was wir für des Landes Wohl am zuträglichsten halten. Sind wir über den rechten Weg verschiedener Meinungen, so ist doch unser Ziel das nämliche, und die Spaltung wird nicht fortdauern, sie wird aufhören, sobald wir unsere Beschlüsse gefaßt haben. Mag es zweifelhaft sein, ob die Regierung nicht besser getan hätte, wenn sie dem Gesuche der Beteiligten vorerst nicht entsprach, sondern den weiteren Verlauf abwartete, jetzt ist dies nicht mehr zu erörtern, wir müssen die Dinge nehmen, wie sie jetzt vor uns liegen. Ich zolle der Regierung meine Anerkennung dafür, daß sie uns auf die Probe stellt, daß sie uns in die Lage setzt zu zeigen, ob wir die Interessen des Landes begreifen und mit Verstand zu behandeln verstehen. Ich zweifle nicht, die Kammer wird mit Ehren aus dieser Probe hervorgehen.

Die Frage der drei Fabriken ist eine große, bedeutungsvolle, folgenreiche dadurch, daß sie vor uns gekommen ist, geworden. Ich bin leider zu schwach, diese große Sache so zu verteidigen, wie sie verteidigt werden sollte. Aber andere Redner vor mir, insbesondere die Abg. Welcker und Christ haben den höheren, den vaterländischen Gesichtspunkt, auf welchen hier Alles ankommt, besser als ich es vermocht hätte, hervorgehoben und festgestellt. Wär Ein Freund noch unter uns, hätte der Tod nicht den trefflichen Sander uns entrissen, er würde heute die Sache der deutschen Industrie mtt aller Kraft seiner hohen Gestalt, mit den Blitzen seines Geistes und dem Donner seiner Worte weit besser als ich verteidigt haben. Ich weiß, wie Sander heute stimmen würde, und ich glaube, daß, wenn er noch in unserer Mitte weilte, sein junger Freund auf jenem Sitze (Hecker) heute zwar ebenso geistreich, aber in entgegengesetzter Richtung gesprochen haben würde. (Vielstimmiger Beifallruf)."

Mit 35 gegen 20 Stimmen wurde die Regierungsvorlage am 28. Januar 1848 angenommen. Dafür stimmten sämtliche Vertreter des Gewerbes, die Mehrzahl der Kaufleute und Staatsdiener, dagegen fast alle Landwirte und Rechtsgelehrte. Am 5. Februar trat auch die erste Kammer dem Beschlusse der zweiten bei. Auf dieser Grundlage wurde der Fortbestand der Fabriken gesichert, da die Gläubiger sich zu einem günstigen Arrangement verstanden.

An der Entwickelung dieser Frage nahmen alle Klassen der Gesellschaft den lebhaftesten Anteil. Die allgemeine Stimmung war gegen die Hilfe des Staates, wie sie 1835 gegen den Beitritt zum Zollverein gewesen war. Die radikale Presse beutete den Gegenstand nach allen Richtungen für ihre Zwecke aus. Vor der Entscheidung erzählte sie ihren Lesern, daß die Regierung reiche jüdische Bankiers mit dem Gelde der armen Steuerpflichtigen aus der Verlegenheit ziehen wollte. Daß die Frage, ob der Staat durch seine Bürgschaft den industriellen Unternehmungen zu Hilfe kommen solle oder nicht, in erster Linie durch eine unbefangene nationalökonomische Prüfung beantwortet werden müsse, daß in der Stunde der Entscheidung die engsten Bande persönlicher und politischer Freundschaft gelöst waren, daß Mathy gegen Bassermann, Welker gegen Itzstein, Kapp gegen Hecker standen — für solche Erwägungen und Tatsachen hatten diese Kreise nicht das geringste Verständnis. Ihre landständischen Artikel stammten aus den Federn des ultraradikalen, im niedrigsten Kielwasser dahintreibenden Kleeblattes Grohe, Abt und Blind, die der Verleger der „Mannheimer Abendzeitung" als Kammerberichterstatter nach Karlsruhe geschickt hatte. Aus der Esse dieser „Arbeiter" war auch der „Brief der 63 Arbeiter an die 63 Abgeordneten" hervorgegangen. Als die 800 Arbeiter der Keßler'schen Fabrik Protest gegen dieses ihnen zugeschriebene Schriftstück einlegten und Schritte taten, um die Namen in Erfahrung zu bringen, erlebte Hecker wenig Freude mit diesem „schlagenden" Belege für seine Ansicht, daß die Staatsgarantie vom Volke selbst nicht verlangt werde. Um die Niederlage zu maskieren, fielen seine Preßtrabanten mit den gemeinsten Verleumdungen über den Berichterstatter Mathy her. Wie früher schon die Mitglieder der „rechten Mitte", so vollzogen jetzt auch Mathy und Bassermann eine reinliche Scheidung von Hecker und seinen Genossen. Die Kluft ließ sich bald nicht mehr überbrücken; denn Hecker verkehrte fast nur noch in Kreisen, die auf den „Bourgeoisliberalismus" schimpften, die sozialistischen Experimente der französischen Schule breitschlugen und keine anderen Götter neben sich dulden wollten. Mit gerechtem Unmute schrieb Mathy über diese Spießgesellen, welche den Hofstaat Heckers bildeten, in der „deutschen Zeitung":

„Es ist schlimm, wenn die Verbesserung des Notstandes der arbeitenden Klassen so trostlose Vertreter findet, wie die geistigen Urheber jenes offenen Briefs; schlimm, wenn unter den arbeitsamen und tätigen Proletariern das faule und untätige literarische Prole-

tariat eine künstliche Bewegung anzettelt und so widersinnige Petitionen impft, wie die vorliegende. Wäre auch nur der Anflug einer ernstlichen und warmen Teilnahme für das Los der Arbeiter unter diesen Leuten vorhanden, läge nicht allem dem Lärm nur das Bestreben zu Grunde, sich selber wichtig zu machen und durch eine künstliche Agitation vielleicht im Trüben zu fischen, so würden jene Leute um der Sache selbst willen, die sie zu verfechten vorgeben, es ohne Zweifel unterlassen, die soziale Angelegenheit in so plumper Weise auszubeuten. Aber ihre Sympathie für das Proletariat ist eben ein „leeres Wort, eine papierene Redensart, eine Lüge"; wie sie ihre Schulwörter in die angeblichen Petitionen der Arbeiter hineintragen, so möchten sie gern die eigene Trägheit und Genußsucht, die eigene Immoralität jenen Klassen einflößen, deren Notstand für sie ein ergiebiges Mittel, ein lukrativer Stoff journalistischer Versuche wird. Daß in einer bewegten Zeit solch' unreines Element auf der Oberfläche erscheint, hat nichts Auffallendes; nur daß Leute, die sich zu einer politischen Rolle berufen fühlen, die Gaukeleien mitmachen, aus Kurzsichtigkeit oder aus Leichtsinn, das darf einen billig in Verwunderung setzen. Die liberalen Organe aber, wie sie die Pflicht haben die sozialen Fragen einer ernsten und würdigen Besprechung zu unterziehen, hätten auch die weitere Obliegenheit, gegen solch widriges Getreibe ernstlich Front zu machen, und dies umso eifriger, je enger sich die merkwürdige Allianz zwischen der Reaktion und jenen verlornen Posten der Negation zu knüpfen scheint. Die liberale Presse ist aber bis jetzt, obwohl vielfach herausgefordert, damit ungemein säuberlich verfahren; hat sie es wirklich nicht bemerkt, oder läßt sie sich von der Keckheit der Leute verblüffen?"

Chaotisch, wie im badischen Landtage, hatten sich mittlerweile die Dinge auch in den anderen deutschen Staaten gestaltet: ein deutlicher Fingerzeig, daß die Zeit Neues in ihrem Schoße trug. Ehe wir zu diesen Symptomen der kreißenden Zeit übergehen, müssen wir den Faden der Erzählung da aufnehmen, wo wir ihn im zehnten Kapitel verlassen haben.

Seit dem Jahre 1839 pflegten sich alljährlich badische, bayerische, hessische und sächsische Abgeordnete an geeigneten Grenzorten zu versammeln, ohne jedoch viel Wesens von diesen Zusammenkünften zu machen und die Zeitungen davon reden zu lassen. Auch im Jahre 1847 fand eine solche Versammlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit am 10. Oktober in dem Gasthause „Zum halben Mond" in Heppenheim statt. Zum erstenmale kam hier das norddeutsche Element unter Hansemanns Führung hinzu; auch die Württemberger erschienen mit Römer an der Spitze.

Die Diskussion beschäftigte sich mit Anträgen, die in Bezug auf die Presse, das Recht, die Verwaltung, das Heer, den Staatshaushalt in den landständischen Versammlungen gestellt werden sollten; auch die soziale Frage wurde behandelt; man setzte eine Kommission nieder, welche das Material aus allen einzelnen Ländern sammeln und auf der nächsten Zusammenkunft bestimmte Vorschläge machen sollte. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung betraf den zweckmäßigsten Weg, mehr Einheit und Gemeinsamkeit in die Leitung und Vertretung der deutschen Angelegenheiten zu bringen. Da über die Unfähigkeit der Bundesversammlung nur eine Stimme herrschte, ging

man sogleich zu der Hauptfrage über, ob eine Vertretung der Nation beim Bunde als Strebeziel aufzustellen sei. Darüber waren nach dem Bericht der „Deutschen Zeitung“ die Meinungen geteilt:

„Für die Bejahung sprach die Empfänglichkeit der Gemüter für den erhebenden Gedanken, daß nur bei dem gegebenen Organ der Bundesregierungen eine Vertretung aller Bundesstaaten zu gründen möglich sei, und die Erwartung, daß die erstarkende öffentliche Meinung auch die Verwirklichung erzielen und damit die Bahn zu einer deutschen Politik und einer kräftigen Entwicklung aller geistigen und materiellen Hülfsquellen der Nation eröffnet werde. Dem entgegen wurde ausgeführt, daß bei aller Erhabenheit des Gedankens doch eine Aussicht auf Verwirklichung nicht vorhanden sei. Der Bund enthalte Glieder, die als zugleich auswärtige Mächte, wie Dänemark und Niederland, sich mit einer deutschen Politik und der Stärkung deutscher Macht niemals befreunden würden; andere, die wenigstens nicht ausschließlich deutsche Mächte sind und wieder Gebietsteile enthalten, die zwar wie Ostpreußen deutsch sind, aber nicht znm Bunde gehören. Ferner bedinge eine Nationalvertretung auch eine Nationalregierung, ausgerüstet mit den Befugnissen der obersten Staatsgewalt, die bei dem völkerrechtlichen Bunde nicht vorhanden ist. Das Ziel der Einigung Deutschlands zu einer deutschen Politik und gemeinsamer Leitung und Pflege nationaler Interessen werde wohl eher erreicht, wenn man die öffentliche Meinung für die Ausbildung des Zollvereins zu einem deutschen Vereine gewinne. Hier habe man schon eine, wenn auch mangelhafte Verwaltung, welche die Verbesserungen, deren sie dringend bedarf, und eine Vertretung von Notabeln, die von den Kammern oder anderen Körperschaften der Vereinsstaaten zu wählen seien, zur Seite erhalten könnte. Jetzt schon habe der Zollverein die Leitung einer Reihe wichtiger gemeinschaftlicher Interessen in Händen und stehe auch in Vertragsverhältnissen zu auswärtigen Staaten. Hier liege sonach der Keim einer Vereinspolitik, durch keine fremden Glieder gestört, und den Zoll- und Handelsverhältnissen würden sich andere 2 verwandte Interessen anreihen, z. B. das Transportsystem von Land- und Wasserstraßen, gleiche Besteuerung, besonders für Verbrauchsteuern, Gewerbeverfassung, Marine, Konsulate, Handelsgesetz und dgl. Durch solche Ausbildung zur Macht geworden, werde der deutsche Verein eine unwiderstehliche Anziehungskraft für den Beitritt der übrigen deutschen Länder üben, endlich auch den Anschluß der österreichischen Bundesländer herbeiführen und somit eine wahre deutsche Macht begründen. Dieser Gedankengang, den wir natürlich hier nur andeuten können, der aber bis ins Einzelne besprochen und erörtert wurde, vereinigte endlich alle Meinungen, doch mit der Erweiterung, daß zwar vorzugsweise auf die Ausbildung des Zollvereins und eine Vertretung seiner Bevölkerung im Zollkongreß durch Notable hinzuwirken, aber auch keine andere Gelegenheit, welche Zeit und Ereignisse bringen mögen, unbenützt zu lassen sei, um die Idee der deutschen Einigung zu stärken. Unbestritten blieb, daß die Mitwirkung des Volkes durch gewählte Vertreter hierbei unerläßlich sei, und unbezweifelt, daß bei dem Entwicklungsgang des Jahrhunderts und Deutschlands die Einigung durch Gewaltherrschaft unmöglich, nur durch die Freiheit und mit derselben zu erringen sei“.

Mit dem Gefühle, „am Vorabend größerer Ereignisse zu stehen“, kehrten die Abgeordneten zu den heimatlichen Penaten zurück. Früher als sie erwartet hatten, gingen ihre Ahnungen in Erfüllung. Von Italien, wo das von dem Papste Pius IX. gegebene Beispiel die ganze Halbinsel in revolutionäre Zuckungen versetzt hatte, flog der politische Reform- und Revolutionsgedanke über die Alpen und zündete, durch die Niederlage der Metternich'schen Politik

im Schweizer Sonderbundskriege mit neuem Nahrungsstoffe versehen, jenseits und diesseits des Rheins. Gewissensangst und Todesahnung befiel die hartgesottensten Sünder des deutschen Bundes. Selbst Blittersdorff gab jetzt dem Bundessystem den Laufpaß und suchte im Geschwindschritt den Anschluß an die neue Zeit. Es lohnt sich der Mühe, die Grundzüge des „monarchisch-konservativen, zugleich aber auch staatsmännisch vorsorgenden und nationalen Systems", das er um die Wende des Jahres 1848 aufstellte, hier wiederzugeben, gewähren sie doch einen interessanten Einblick in die Ideenwelt seiner hochmögenden Gönner, zeigen sie doch, welche Bekehrungsfähigkeit sogenannte praktische Politiker unter Umständen an den Tag legen können. Die „Realpolitik", die er weiland vor den badischen Landständen vertreten hatte, war ihm jetzt eine — völlig unfruchtbare Utopie. Aus dem bisherigen Gange des östreichischen Kabinettes zog er den ganz richtigen Schluß, daß Östreich kein in sich geschlossenes Deutschland mit nationalen Tendenzen und gemeinschaftlicher Aktion wolle und wollen könne. Über das herrschende Bundessystem hätte ein Liberaler nicht schärfer den Stab brechen können: der Bund genüge den Bedürfnissen der Zeit in keiner Weise mehr. Das neue Deutschland sei nichts weniger als eine Geburt neuerungssüchtiger Politiker; es schöpfe seine Kraft aus wirklichen und nicht bloß aus eingebildeten Bedürfnissen. Der Bundestag gleiche eher dem alten Sündenbock der Juden, als einer politischen Institution, die der größten und mächtigsten Nation würdig wäre. Es sei ein Skandal, daß überall über deutsche Angelegenheiten beraten werden könne, nur nicht am Sitz der Bundesversammlung. Welcher Bankerott erst, wenn der Bundestag in schwerer Zeit zum Handeln berufen werde! Unter solchen Umständen erscheine der deutsche Bund nur noch wie ein Plakat auf einem großen Posten, der von den ringsum wogenden Gewässern täglich mehr unterwühlt und bei dem nächsten heftiger wehenden Sturm umgestürzt werde. Auch über die Verbesserungsvorschläge, die er jetzt machte, um die drohende Gefahr zu beschwören, hätten die badischen Landstände vor 10 Jahren mit sich reden lassen: da das Übel im Grunde daher komme, daß man den deutschen Bund lediglich eine kleinliche polizeiliche Rolle habe spielen lassen, müsse man ihm nun einen größeren, selbständigen, achtunggebietenden Wirkungskreis geben, alle großen gemeinsamen Angelegenheiten vor sein Forum ziehen, besondere technische Kommissionen der Bundesversammlung beigeben, zu den Fragen der Öffentlichkeit der Bundesverhandlungen und der Presse eine andere Stellung einnehmen. Aber wie dieses neue Programm in die Wirklichkeit übersetzen? Ein Blick auf die beiden Großmächte, von denen eine solche Tat ausgehen müßte, genüge, um mit bitterer Resignation zu bekennen, daß weder von Wien noch Berlin der rettende Impuls kommen werde. „Während wir uns abmühen", schrieb

Blittersdorff am 27. Januar 1848 an den Fürsten von Leiningen, „die Mittel ausfindig zu machen, um Deutschland vor Verwirrung und Auflösung zu bewahren, gehen die Zeitverhältnisse ihren unaufhaltsamen Gang und führen uns der gefürchteten Entscheidung näher und näher.... Inzwischen breitet sich der Strom der Neuzeit immer weiter und weiter aus, und wenn die ersten Bundesmächte endlich ans Werk werden gehen wollen, werden sie zu ihrem Verdrusse gewahren, daß es damit zu spät ist, und daß ihre eigenen Staaten bereits vom Strome ergriffen sind".

Indem so alle Welt ein Zeichen vom Himmel erwartete, ergriff wieder einmal, treu ihrer historischen Mission, die badische Opposition die Initiative. Auf der Heppenheimer Zusammenkunft war ausgemacht worden, daß jede Gelegenheit, welche Zeit und Ereignisse bringen möchten, benutzt werden solle, um die Idee der deutschen Einigung zu stärken. Dieser Augenblick schien jetzt gekommen. Während man aber noch vor einem halben Jahre sich für den Weg durch den Zollverein entschieden hatte, glaubte man jetzt unter dem Eindrucke der neuesten Ereignisse, den höheren Flug nehmen zu können und die alte Idee einer Vertretung der Nation beim Bunde, für welche die Gemüter längst vorbereitet waren, in neue Anregung bringen zu müssen. So kündigte denn der Abg. Bassermann, der seit dem Tode Rotteds an Welckers Seite die nationale Frage zu behandeln pflegte, am 5. Februar 1848 den Antrag an, „die Kammer möge an S. Kgl. H. den Großherzog die Bitte richten, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsam deutscher Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde".

Am 12. Februar fand die Begründung der Motion statt. Nachdem Bassermann im Eingange seiner freudigen Genugtuung darüber Ausdruck gegeben hatte, daß endlich die Zeit vorüber sei, „wo nach deutscher Einheit zu streben, den einen für unpraktisch, den anderen für verbrecherisch galt", ging er nach einem kurzen Rückblick auf die Reichsreformbestrebungen vom Ausgange des 15. Jahrhunderts bis zum Wiener Kongreß zu einer in der Sache zwar scharfen, in der Form aber schonenden Kritik der bestehenden Bundesverfassung und ihrer Entwicklung von 1815—1818 über und kam — die Stelle in den Bundesprotokollen rot anstreichend: „der Tod Louis Philipps werde ähnliche und vielleicht schlimmere Wirkungen in Deutschland hervorbringen als die Julirevolution" — zu dem Schlusse, daß die bisherige Vertretung einer gebildeten Nation unwürdig, daß der gegenwärtige Zustand ein rechtloser, schädlicher und gefährlicher sei. „Lassen Sie", rief der Redner, auf dieser Höhe seines Vortrages mit tiefem patriotischem Pathos beklagend, daß die Nation vor dem furchtbaren Abgrund stehe, von einem

fremden Volke Befreiung zu hoffen, „lassen Sie mich die Wahrheit sagen: Deutschlands oberste Behörde hat kein Vertrauen im Volke. Tief beklage ich solchen Zustand. Einen gefährlicheren kann es für einen Staat nicht geben. Es ist ein Nationalunglück. Eine Nation, wenn sie sich zu Größe und Macht entfalten soll, muß an ihrer Spitze einen obersten Führer, eine Regierung haben, die stark ist durch das allgemeine Vertrauen, welcher die Besten mit Hingebung folgen, mit welcher die Nation steht und fällt. Die Zeiten sind vorbei, wenn sie je da waren, wo man von einem angestammten Vertrauen, von einer angeerbten Liebe sprechen konnte".

Auf die Begründung der dringendsten Notwendigkeit seines Antrages ließ der Motionsteller die Erörterung der entscheidenden Frage folgen: Welcher Weg führt zu der deutschen Einheit? Nur einzelne gebe es, die da glaubten, der Weg könne doch noch durch die alte Bundesversammlung führen. Die Hoffnung auf die werbende Kraft des Zollvereins habe vieles für sich. Allein auf einen nach wenig Jahren kündbaren Verband sei kein Verlaß. Wer wolle in diesem Augenblicke auf die deutschen Länder verzichten, die dem Zollvereine nicht angehören? Werde man von einem Kongresse, der über den Tarif für Zucker, Kaffee und Baumwolle berate, allgemeine Gesetze über Presse, Recht, Kriegswehr, Entscheidung über Krieg und Frieden, die Wiedergeburt von Deutschlands politischer Größe erwarten dürfen? Nichts lehrreicheres als die Geschichte. Die mächtig aufstrebenden Vereinigten Staaten von Nordamerika hätten soviele Berührungspunkte mit den künftigen, unter monarchischer Spitze vereinigten Staaten von Deutschland:

„Indem dieser Bundesstaat sich konstituierte, ist es ihm nicht darum zu tun gewesen, eine jedes landschaftliche Einzelleben vernichtende Obermacht zu schaffen; er hat die Staaten nicht schlechtweg der Hoheitsrechte entkleidet, er hat sie nur in das Verhältnis von Teilen eines größeren Ganzen eingegrenzt, und während jeder in seiner besonderen Sphäre, in Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung volle Selbstherrlichkeit hat, erhebt sich über ihnen die Organisation einer Reichsgemeinde, mit einer gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt, einer Finanz- und Militärverfassung, mit dem Recht über Bündnisse, Krieg und Frieden, der Vertretung der Nation nach Innen und Außen. Diese mächtige Bundeseinheit hat Amerika zu einer fruchtbaren Mutter von Staaten gemacht, sie führt dieselben in die Völkerfamilie ein, sie zieht sie groß, sie birgt eine neue Zukunft, die Zukunft der neuen Welt.

Nur in einem freien Parlamente ist die Kraft einer Nation bewahrt. Was wäre England ohne sein Parlament? Mit einem deutschen Parlament aber war kein Basler Friede, kein Rheinbund möglich, und nur mit einem deutschen Parlamente geht Deutschland der größeren Zukunft entgegen, die wohl viel besprochen und besungen, aber ohne Umgestaltung unserer ungenügenden politischen Formen nicht verwirklicht werden kann. Haben wir gelernt, uns als eine Nation zu erkennen, so bleibt nun unsere Aufgabe, uns als eine Nation zu konstituieren."

Nach Bassermann tat Welcker, der alte, unermüdliche, begeisterte Kämpe für das Recht und die Größe der Nation, einen vollen Griff in die Saiten, nach alter Weise seinen Vortrag schließend:

„Heute ist der Tag der Warnung, morgen nicht mehr. Es kann auch bei uns zu spät werden; die Zeit geht im Sturmschritt vorwärts. Bevor noch an der Frühlingssonne das Eis der Hochgebirge taut, wird an der Sonne des Völkerfrühlings das Eis der Reaktion zerschmelzen. Sorgen Sie für Dämme, damit der Strom nicht Felder und Fluren verwüste. Bedenken Sie das ewige Wort Niebuhrs: Das Recht der Völker ist älter und heiliger als das Recht der Dynastieen. Möchten wir nie in die Lage kommen, dieses Wort auszusprechen! Wenn die Nationalrepräsentation nicht von oben kommt, so wird sie in anderer Weise kommen, denn Gott verläßt die nicht, welche sich selbst nicht verlassen. Zertrümmert fast liegt das System der Reaktion, die Zeit mehr als unsere Worte unterstützt den Antrag auf Nationalrepräsentation".

Die Sprecher des radikalen Flügels variierten das Thema: das Volk hat keinen Funken Achtung mehr vor dem Bunde. Der Abg. Kapp wies auf den Bauernstand hin, der in den östreichischen Provinzen anfange, „in die Speichen des Donnerwagens der Ereignisse zu greifen", und der Abg. Hecker bekundete eine geschichtliche Auffassung des 19. Jahrhunderts, welche des Redners starke, aber auch schwache Seite bloßlegte:

„Welches ist der Geist des 19. Jahrhunderts, der Geist, der in großen Monarchieen binnen wenig Jahren Minister abnutzt, die sonst bis in das hohe Greisenalter ihre Sitze behaupteten? Es ist die anatomisierende Kritik der Vergangenheit, die unbarmherzig von Personen und Dingen die Schwächen und Schattenseiten herauskehrt und die Achtung vor Autoritäten zerstört, die an einzelne Lichtpunkte der Geschichte die Betrachtung der Gegenwart knüpft. Diese Kritik hat dem Volke gezeigt, daß es kein Vertrauen mehr haben kann auf Versprechungen mit dehnbaren Klauseln, daß in der Politik keine Wahrheit ist. Es wiederholt sich jetzt die Erscheinung, daß diese Kritik die Arbeit der ersten Hälfte des Jahrhunderts ist, mit der zweiten kommt dann der zerbrechende und zerstörende Geist, der über Sie hinwegschreiten wird, wenn Sie ihm Nichts entgegen zu halten haben als veraltete Formen".

Die Redner der Rechten suchten so gut und so schlecht, als es sich mit ihrer Vergangenheit vertrug, den Rank zu finden. Der Abg. Buß sah in der Schöpfung eines deutschen Parlamentes die Einschiebung eines „disparaten Elementes" und entwickelte seine Theorie von vorberatenden Bundeskommissionen. Vier Abgeordnete — Trefurt, Litschgi, Rettig und Schaaff — stimmten gegen die Beratung der Motion, ohne freilich ihre Abstimmung zu motivieren.

Die Regierung, vertreten durch die Minister Dusch und Bekk, hatte einen schweren Stand. Das Schlachtfeld wie im Jahre 1831 zu verlassen oder, wie Blittersdorff dies 1841 Bassermann gegenüber getan hatte, von einem „revolutionären Ruf" zu sprechen — diese Zeiten waren vorüber. Im Herzen sympathisierten die Minister mit dem Antragsteller, in der Öffentlichkeit mußten sie ihm von Amtes- und Bundeswegen entgegentreten. Dusch führte in wohl vorbereiteter Rede aus: die weitere Entwicklung ruhe im Schoße der Zukunft, und kein Staatsmann und Abgeordneter könne sie voraussehen, aber in diesem Saale sei es ihre Pflicht, die gute Seite des deutschen Partikularismus, die so alt wie die deutsche Geschichte sei, nicht zu verkennen

und den Standpunkt der badischen Verfassung zu wahren d. h. nicht dahin zu drängen, daß man die schönsten und wesentlichsten verfassungsmäßigen Rechte auf andere übertrage und Baden zu einer verkümmerten Grenzprovinz mache. Bekk beschränkte sich auf die Aufgabe, den Kollegen, der mitten in dem Kreuzfeuer der Liberalen und Radikalen mit Gewehr bei Fuß aushalten mußte, wenigstens gegen Hieb- und Stichwaffen zu decken.

Bassermanns Motion war der letzte große Moment der älteren badischen Vergangenheit. Seit Liebensteins Zeiten hatte man diese ihres hohen Gegenstandes würdige, weihevolle Sprache nicht wieder gehört. Als der Redner mit den Worten: „An der Seine wie an der Donau neigen sich die Tage, und nur das Gute und das Rechte sind die unsichtbaren Träger aller Herrschaft", schloß, ging ein großer Zug durch die Versammlung. „Es war", so schrieb Mathy der Deutschen Zeitung, „eine hohe feierliche Stimmung, wo man den Flügelschlag des Genius der Nation zu hören und in der Luft zu fühlen glaubt, wo das Einzelwesen sich freudig hingibt, um sich wiederzufinden in der höheren Einheit des Gesamtgeistes der Nation, wo jedes Opfer leicht, die Flucht unmöglich, der Sieg eine Notwendigkeit wird". So ging denn die Motion des Abg. Welcker vom 15. Oktober 1831[1]) am 12. Februar 1848 in die Abteilungen des badischen Volkes; als die freie Presse, die Rotteck weiland zum Berichterstatter ernannt hatte, sie in die Abteilungen des deutschen Volkes hinaustrug, wollte der freudige und begeisterte Widerhall, soweit die deutsche Zunge klang, kein Ende nehmen.

[1]) Badische Landtagsgeschichte III. 121.





Anhang — Programm der „Deutschen Zeitung".

Es ist eine oft wiederholte und wohlbegründete Klage in Deutschland, daß in einer kritischen Zeit wie diese und unter den kritischsten Zuständen unserer politischen Presse die Männer, von denen die einen und die anderen ihre Heilung erwarten sollten, die Ernsten, Sachkundigen und Unbefangenen, die Männer des allgemeinen Vertrauens, im Rate der Öffentlichkeit gerade am seltensten erscheinen. Wie vieles in der ganzen Lage unserer Dinge dieses Verhalten erklären mag, völlig rechtfertigen läßt es sich schwer, und in keinem Zeitpunkte weniger als jetzt. Denn nie ist wohl ein Augenblick gewesen, der so sehr wie dieser eben die Besonnensten aufgefordert hätte, die Schicksale des Vaterlandes nicht dem blinden Zufalle und nicht der blinden Leidenschaft stillschweigend preiszugeben.

Wir blicken auf eine volle Generation seit der Wiedergeburt Deutschlands zurück. Wir haben in dieser Zeit einen still instinktiven, vorsichtigen Gang politischer Entwickelung begonnen, im einzelnen unscheinbar, ja, oft entmutigend, im großen ganzen nicht ohne vertrauengebende, ja selbst bedeutende Fortschritte; Fortschritte, die sich nicht sowohl in großen tatsächlichen Erfolgen als in der Anregung des politischen Geistes, weniger in rasch vorausgeschobenen einzelnen Richtungen zeigen, als in einer stetigen und massenhaften Fortbewegung in der ganzen Breite aller Volksinteressen zugleich. Die Verschiedenheit unserer Zustände, die Lage des Landes, der Charakter der Menschen, die dreihundertjährige Arbeit an der Geistesbildung dieser Nation können es ebenso glaublich machen, als es wünschenswert ist, daß es auch fernerhin unser Los sein möge, in diesem sicheren, stufenweisen Fortschreiten zu beharren, die Vorteile einer politischen Umgestaltung zu erlangen ohne zerrüttende Bewegungen, von fremden Leiden und Fehlern meist zu lernen, und was andere Völker mit plötzlichen Angriffen und Gewalt erobert haben, uns allmählich auf dem Wege der Gesetzlichkeit und mit der Kraft des Geistes zu erwerben. In diesem bedächtigen Gange der Tatsachen ist dann in der letzten Hälfte der Zeit, auf die wir zurückblicken, das Tempo etwas zu langsam gefunden worden; es ist ein kühnerer Schwung der Ideen und eine lebhaftere Rührigkeit der Geister eingetreten; der Drang nach Öffentlichkeit, nach Tätigkeit, nach Verbesserung, die Beschäftigung der Menschen mit politischen Gegenständen, das ehrgeizige Verlangen nach einer würdigeren äußeren Stellung der Nation, der Wetteifer in stolzen Entwürfen auf allen Gebieten, in kirchlicher, politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher Richtung, hat in allen Kreisen und Ständen um sich gegriffen und eine Gärung erzeugt, die die Verzagten mit Sorge, die Zuversichtlichen mit Hoffnung betrachten. Diese zweiseitige Lage der Dinge aber scheint einen günstigen Boden anzuzeigen, auf dem es für eine wohlmeinende und wohlgeleitete Presse eine Freude sein müßte, tätig zu sein; zwischen die gleichgewogene Kraft strebender Gedanken und besonnener Handlungen gestellt, arbeiten wir mit gesetzterem Geiste an gegebenen Verhältnissen, ohne gedankenloser Nüchternheit zu verfallen, und dürfen die Macht der Ideen versuchen, ohne fürchten zu müssen, allzu entlegenen Idealen nachzujagen.

Diese Frage, diesen Gang des Ganzen der Nation, nach einer natürlichen Fortentwicklung bedrohen aber entgegengesetzte Störungen, die die Dazwischenkunft einer Vertrauenbesitzenden Presse noch wünschenswerter und dringender machen. Die Tollkühnheit der revolutionären Ungeduld möchte über die bestehenden Dinge wie ein entbundener Strom ausbrechen; die Ängstlichkeit der Erhaltungspolitik lähmt den Mut, selbst die wahrhaften, die erkannten und anerkannten Hindernisse der Nationalbildung wegzuräumen, sie will dem schreienden Weh' der Zeit mit Palliativen begegnen und häuft die Mißbräuche, bis sie zu einem vielverschlungenen Übel wachsen werden, das zu Ausbrüchen der Leidenschaft reizen muß. Die Übereilungen dort, die Zögerungen hier unterbrechen den ruhigen Gang der Dinge, gehen aber jetzt beide ihrer Ziele selbst verlustig; indem man dort beschleunigen will, hat man bisher immer die Hemmungen der Reaktion hervorgerufen, indem man hier anhalten will, hat man die Hast der Agitation nur gefördert. Auf beiden Seiten will man mit kleinen Bruchteilen der Nation, von denen der eine die Zeit nicht abwarten kann, der andere die Zeit zu schnellfüßig findet, die Bahn des Volkes in seiner Gesamtheit kreuzen; in diesem Streite der Wirkungen und Gegenwirkungen hätte die in Wahrheit gute Presse keinen größeren Beruf, als bei dieser Gesamtheit und ihrer großen stetigen Bewegung auszuharren und aus dem Instinktleben des Ganzen die einzig echte Weisheit zu schöpfen, mit der auf das Ganze heilsam zurückgewirkt werden kann. Es wäre Zeit, daß jene Männer von grundsätzlicher vaterländischer Gesinnung, die Männer, die Mäßigung mit Unabhängigkeit, Kraft und Einsicht, Unbefangenheit mit Selbständigkeit vereinigen, die Männer, an deren Rede alles gelegen ist, wirklich zur Rede kämen. Nur solche Männer würden die Kraft haben, sich zwischen allen Übertreibungen und Entstellungen jenes höchste Gesetz aller Publizität unverbrüchlich vorzuschreiben, die Wahrheit in allen Dingen und nach allen Seiten hin zu vertreten. Nur solche Männer dürften nach jener Seite hin den Mut wagen, und nach der anderen Seite hin die Ausdauer lehren, die auch auf dem gewöhnlichen Wege das Ungewöhnliche zu erreichen sich getraut. Nur solche Männer könnten sich gleich unabhängig abtrennen von denen, die mit der Sense der Zeit kurze Arbeit machen wollen, und von jenen, die ihr abgelaufenes Stundenglas nicht umzukehren wagen; ihr Sinnbild müßte die Wachsamkeit sein, der keine Stunde verloren geht, die jederzeit ihre Rechte dartut, die nicht zu jeder Tageszeit ernten, noch auch nur den Boden bestellen will, die nicht die Gelegenheit erzwingen will, wohl aber, wo sie sich bietet, sie mit rasch entschlossener Hand zu ergreifen weiß. Bereit und reif sein, nannte ein großer Dichter das Ein und Alles der sittlichen Vollendung, es ist auch das Ein und Alles der politischen. Die Gemüter zu bereiten um für jede größere Anforderung der Zukunft gerüstet zu sein, die Herzen mit dem Ehrgeiz der politischen Reifung ganz auszufüllen, ist für uns Sache der Pflicht und Sache der Ehre geworden, seit jenen kecken Regungen des politischen Selbstgefühls unter uns, die die Ehre einer so großen Nation vor aller Welt bloßstellen müßten, wenn unsere künftige Haltung in Rat und Tat unseren vorausgeeilten Ansprüchen nicht in allen Teilen entspräche.

Die Betrachtung, daß einer nationalen Presse nie eine edlere Aufgabe gestellt war, als in solch' einer rühmigen Zeit für diese Bereitung und Reifung der Geister mitzuarbeiten, hat eine Anzahl von Männern aus verschiedenen Gegenden Deutschlands bewogen, in allen Teilen von Deutschland jene Männer des öffentlichen Vertrauens zu werben, um sich mit ihnen zur Gründung einer „Deutschen Zeitung" zu vereinigen, als eines umfassenderen Organs für die allgemeinen politischen Interessen unseres Vaterlandes.

Deutschland hat im Verhältnis zu seiner Ausdehnung keinen Überfluß an politischen Tagesblättern, die mit Selbständigkeit, mit Umfang und Tiefe die gesamten Verhältnisse der deutschen Staaten behandelten. Schon geographisch betrachtet konnte man sich wundern,

daß in dem südwestlichen Winkel am Oberrhein, den man gerade in politischen Institutionen und Bildungen gemeinhin vorausgeeilt findet, ein Blatt mangele, welches mit den ähnlichen soliden Mitteln ausgestattet wäre, wie es eine Reihe anderer Zeitungen im westlichen Deutschland ist. Handelte es sich vollends um ein Organ, das mit Folgerichtigkeit und Planmäßigkeit einem bestimmten Ziele folgte, so urteilt wohl jeder, daß es solcher Zeitungen in Deutschland überhaupt nur wenige gibt, deren es, bei der großen Verschiedenheit unserer politischen Meinungen, bei dem zweideutigen Ruhme der Vielseitigkeit unserer politischen Standpunkte, nicht leicht zu viele unter uns geben könnte.

Ein neues Blatt, das über eine mehr als gewöhnliche Summe geistiger und materieller Kraft zu gebieten hofft, darf wohl heute nicht mehr anders auftreten wollen, als in einem bestimmten Charakter und mit einem ausgeprägten politischen Systeme. Es muß in den inneren Entwicklungen eines einzigen Weges leiten, ja, es muß wagen, im Falle äußerer Verwicklungen von einem klar auf- und zusammengefaßten deutschen Interesse aus eine entschiedene Stellung zu nehmen; es muß eine feste Standarte aufpflanzen, um die es versucht, die Nation in möglichster Eintracht zu versammeln. Die Richtung der „Deutschen Zeitung", die wir beabsichtigen, wollen wir nicht in doktrinäre Definitionen kleiden, noch hinter allgemeine Sätze verstecken, die den Sinn mehr verdunkeln als aufhellen, wir wollen vielmehr von den wesentlichen einzelnen Punkten aus, um die es sich vorzugsweise in der Gegenwart handelt, die Linien ziehen, die wir einzuhalten denken, damit den Mitarbeitern eine Richtschnur gegeben werde, nach der sie schreiben, den Lesern eine Grundansicht, nach der sie lesen müssen, wenn sie uns brauchbare Mitarbeiter und erwünschte oder zufriedene Leser sein sollen. Bei dem mannigfachen Regiment, in das wir uns teilen, bei den ganz verschiedenen Stufen und Gesichtskreisen politischer Bildung in Deutschland werden mit den üblichen Worten von Position und Opposition, von Liberalismus und Konservatismus, von Fortschritt und Reaktion so verschiedenartige Begriffe verbunden, daß es auf alle Fälle ratsamer erscheint, lieber gleich das bestimmte Ziel zu nennen, nach dem man geht, als die Truppe, mit der man geht. Nur so ist man der Mitgehenden sicher und gewinnt sich vielleicht von verschiedenen Seiten Reisegenossen, die sonst das Loswort der Parteien einander fremd und feindlich hielt.

Der bloße Titel unseres Blattes muß es andeuten, daß die Grundtendenz desselben dahin gehen wird, das Gefühl der Gemeinsamkeit und Einheit der deutschen Nation zu unterhalten und zu stärken. Alles, was seit der Herstellung in stilleren und lauteren Ereignissen geschehen ist, weist uns auf dieses Ziel mit voller Entschiedenheit hin. Wie tief und ruhig hat sich seit den Tagen, da sich Goethe von der Erhebung des Vaterlandes noch ungläubig abwandte, das lebendige Gefühl einer deutschen Volkstümlichkeit entwickelt! Um wie vieles gesünder und echter ist dieses Nationalgefühl geworden, als es in den Jahren des gezwungenen Teutonismus und des romantischen Patriotismus war! In den mageren Jahren europäischer Reaktionen, mit welcher Innigkeit hat man da die stilleren Zweige volkstümlicher Tätigkeit betrieben, wie sorgsam das deutsche Recht, die deutsche Sprache, Literatur und Geschichte gepflegt! Und dann in dem rascheren Triebe der dreißiger Jahre, wie hat der Zollverband zum ersten Male gemeinsame Hoffnungen an gemeinsame Interessen geknüpft! Und wie anders sind die Zeiten geworden, wenn man gegen die frühere Animosität zwischen Nord und Süd die große Handreichung und Verbrüderung hält, mit der sich nun seit Jahren Preußen und die kleinen deutschen Staaten genähert haben! Wie ist der Geist der Nationaleinigung erstarkt, der jetzt jedem fremden Besucher unseres Vaterlandes zuerst entgegentritt, der weit die versprechendste Erscheinung unter den vielfachen Bewegungen der Gegenwart ist. Seitdem Östreich seine früheren Übergriffe und selbst viele Handhaben seines mächtigen Einflusses in Deutschland

mit freiwilliger Entsagung aufgegeben hat, seit Preußen eine wesentlich ganz deutsche Macht geworden ist und durch die uneigennützige Gründung des Zollvereins den Dank der Nation verdient hat, seit Bayern in patriotischer Haltung voranschreitet, seitdem muß alle unsere Hoffnung darauf stehen und all' unser Streben darauf ausgehen, für alle Zukunft Eintracht und Einigung über jedes innere Zerwürfnis erhaben zu stellen.

Ein Land und Volk fühlt sich als Ganzes, in Eintracht und Einheit, vorzugsweise nur dem Auslande gegenüber. Uns in Deutschland fehlt eine im Namen dieses Ganzen geleitete aktive äußere Politik, es fehlt uns eine gemeinsame Hauptstadt, wo sich die Tätigkeit der fremden Diplomatie konzentrierte, es fehlt uns eine Zentralregierung, die mit der nötigen Macht, Empfänglichkeit und Beweglichkeit ausgestattet wäre, daß in ihr und durch sie das Ganze von jeder Fluktuation der äußeren Verhältnisse berührt werden und auf sie zurückwirken könnte; es fehlt uns ein Zentralorgan der Presse, in dem sich Aktion und Reaktion zwischen Ausland und Vaterland abspiegelte. Viele Grundbedingungen einer freudigen und Vertrauen einflößenden politischen Existenz müssen uns dadurch völlig entgehen. Das Gemein- und Selbstgefühl der Nation gegen außen wird auf diese Weise nie nach einem richtigen Wärmemesser temperiert sein; das gemeinsame Interesse des Ganzen wird sich nie mit voller Klarheit erkennen lassen; es werden sich die besonderen Zwecke kreuzen und von der großen Heerstraße des allgemeinen Bedürfnisses und der gemeinsamen Entwicklung auf tausend Zweigwege ablenken, der Zug des kleinpatriotischen Pfahlbürgertums wird so nie aus unserer politischen Haltung getilgt werden. Und was das Wesentliche ist: durch den Mangel einer erkennbaren Stellung der Nation nach außen und einer entsprechenden äußeren, tätigen und beratenden Politik, wird in der Ventilation der öffentlichen Dinge ein ausschließliches und übermäßiges Gewicht auf die inneren Verhältnisse geworfen, und unsere Opposition muß notwendig einen bösartigeren Charakter annehmen, als die Opposition aller jener Nationen, wo sich nicht nur ein Teil der Leidenschaft, an der es in keinem lebensfrohen Volke fehlen kann, nach außen ablagert, sondern wo auch den inneren Spaltungen dadurch ein mächtiges Gegengewicht gegeben ist, daß sie sich bei jedem kleinen Anlasse die Gesamtheit des Volkes dem Auslande gegenüber in ganzer Einträchtigkeit zusammenschart; ein Gegengewicht, das uns so gut wie völlig fehlt. Wie selten ist uns eine Gelegenheit gegönnt gewesen, wie unlängst die schleswig-holsteinische Sache, wo sich Regierende und Regierte, Oppositionelle und Konservative in einerlei Gesinnung die Hände reichten; und doch ist eine solche Stunde für die Erhebung der Nation mehr wert, und mehr gut zu machen imstande, als monatelange Kämpfe der inneren Parteien nützen oder schaden können. Nicht immer aber gehen ausländische Anschläge mit der Offenheit jenes bekannten Briefes zu Werke, und der deutsche Bund ist so konstituiert, daß er nur in solchen Fällen der Not und des offenen Aufsehens handeln kann. Die dänischen Machinationen hatten Jahre lang in heimlichem Gange jenen offenen Schritt vorbereitet; sie waren von staatsmännischen Beobachtern in der „Allgemeinen Zeitung“ jedermann nachgewiesen, wir aber waren nicht gewöhnt und geübt, äußere Verhältnisse zu würdigen, sonst hätten wir schon seit Jahren Zeit gehabt, unseren Bund mit jenem nordischen Vorland zu schließen und einen rauschenden Moment des Gemeingefühls inniger und zäher in Jahre der allmählichen Verbindung auszudehnen. Der Mangel eines politischen Mittelpunktes nun und einer immer tätigen, gemeinsamen äußeren Politik wird uns noch lange fühlbar bleiben müssen; dem Mangel einer nach außen gerichteten beratenden Politik aber mußte die allgemeine Presse in Deutschland immer mehr abzuhelfen suchen. Mit wie unermeßlichen Schwierigkeiten aber auch nur der Versuch dieses Unternehmens begleitet sein müsse, verhehlen wir uns keineswegs. Der Mangel einer gemeindeutschen Regierungspolitik, das Geheimnis, das die Schritte unserer Kabinette mehr

als anderwärts umhüllt, der Abgang eines großen Sammelplatzes politischer Agenten und Agitation, alles schließt schon den bloßen Gedanken aus, den feineren Motiven der Tagesgeschichte gerade bei uns in Deutschland nachspüren zu wollen. Doch gibt es auch gröbere Fäden einer Volkspolitik, die ohne direkte Teilnahme der Regierungen in allen Nationen, selbst in einem Lande wie Rußland, gesponnen werden, wo alles öffentliche Leben mangelt und zu solch' einem volkstümlichen Systeme auswärtiger deutscher Politik, in diesen Zeiten des Friedens, wo die gemeinsame Tätigkeit des Vaterlandes feiert, mit Vorsicht und Schonung die Fäden zu sammeln, die in einem eintretenden Notfalle sich zu einem haltbaren Ankertau winden lassen, dazu mitzuhelfen hält die „Deutsche Zeitung" für eine Notwendigkeit aus demselben Grunde, aus dem sie eine tätigere Gesamtvertretung der deutschen Interessen als eine unermeßliche Beförderung unserer inneren Ruhe und unseres äußeren Ansehens betrachten würde: aus dem Grunde, weil sie es bei den dreißigfach gespaltenen inneren Verhältnissen Deutschlands dreißigfach geboten sieht, die eine gemeinsame Stellung nach außen desto schärfer ins Auge zu fassen, und weil sie fürchtet, die mißtrauische Ueberwachung jedes kleinen inneren Schrittes der Staatsgewalt habe uns schon allzulange dahin gewöhnt, unsere Blicke von auswärtigen Verhältnissen abzuwenden, von denen unversehens die ganze Zukunft des Volkes weit anders abhängen kann, als von allen inneren Geschäften.

Aus dem Standpunkte der Einheit und Gemeinsamkeit, von dem wir ausgehen, werden wir der deutschen Bundesverfassung gegenüber gerne anerkennen, daß sie selbst in der Vagheit ihrer Bestimmungen beigetragen hat, Einigkeit und Verknüpfung in die deutsche Staatenreihe zu bringen; die Bedingung der Stimmeneinhelligkeit bei allen organischen Beschlüssen hat dort wie in dem Zollverbande Eintracht, Zusammengehen und Vertrauen an die Stelle der Feindseligkeit und Widerspenstigkeit gesetzt, die noch bei der Gründung der Bundesverfassung die Staaten veruneinigte. Wir sehen nichts verloren dabei, daß die Form der deutschen Einheit schwach geblieben ist, da vielleicht gerade durch diese Schwäche der Form der Geist der Einigkeit desto stärker geworden ist. In dem Maße aber, wie unter der Begünstigung einer langen Friedenszeit die deutschen Staaten in ihrer Eintracht mehr und mehr erstarkt sind und künftig erstarken werden, möge es uns gestattet sein, zur passenden Stunde einen Schritt weiter zu gehen, an die Lücken der Bundesverfassung in inneren Beziehungen, besonders an die Mängel ihrer Bestimmungen über die auswärtigen Verhältnisse, Kriege und Bündnisse erinnern, ja die eigentliche Unhaltbarkeit derselben für den Fall verwickelter Kollisionen bezeichnen zu dürfen. Alles in dem treuesten Wunsche, daß irgend ein Tag der Gefahr, der auf die Länge nicht ausbleiben kann, das deutsche Volk und sein Regiment in haltbarer Rüstung finde. Wenn in den Zeiten des wiedergekehrten großen Weltfriedens von 1815 die Straffheit der Verfassungsprojekte und alle Tätigkeit überhaupt nachließ, und der deutsche Bundesstaat, der in der Absicht der meisten Regierungen lag, sich unverhofft in einen Staatenbund lockerte, so nehmen wir in Aussicht, daß die Geschichte dahin führen wird, bei einer ersten ernsten Gelegenheit und größeren Zeitforderung die schlaffen staatenbündlichen Bestimmungen in bundesstaatliche anzuziehen, die enge Befugnis des Bundes zu erweitern und den vierten Artikel der Schlußakte, der die Entwicklung und Ausbildung der Bundesakte in Aussicht stellt, nach einer großen und freien Auslegung zu betätigen.

Wenn wir von deutscher Einheit und Gemeinsamkeit reden, so haben wir keinerlei Hintergedanken, sondern verstehen darunter nichts anderes, als die geistige, vaterländische Einigkeit und das Band einer festen Förderation. Wie beneidenswert wir die Vorteile der einheitlichen Nationen finden, die ihre Erbschaft bei einem Hauptstamme zusammengehalten haben, so wissen wir auch den eigentümlichen Ruhm der zerteilten Völker zu würdigen, die vorzugsweise zu den Herden der Kultur und Fortbildung der Menschheit

auserſehen ſind. Aber wünſchen müſſen wir gleichwohl, daß der inneren Zerteilung unſeres Vaterlandes jedes mögliche Gegengewicht gehalten, daß mit der Selbſtändigkeit der Teile die möglichſte Einheit des Ganzen verbunden werde. In den inneren Verhältniſſen wird das ſtärkſte dieſer Gegengewichte bei Gleichartigkeit der Verfaſſung oder des Verfaſſungsprinzipes ſein. Wir werden alſo das Prinzip der konſtitutionellen Monarchie in einem freien Sinne, in allen ſeinen Konſequenzen und für alle Teile des Vaterlandes verfechten, wo es zu behaupten, wo es zu läutern, wo es herzuſtellen und wo es zu verringern iſt. Wir ſtellen uns ſo auf den Standpunkt der kleineren deutſchen Staaten, denen es in allen Richtungen unſerer Kultur vorbehalten war, wegeweiſend voranzugehen. Denn wie die kirchliche Reform im 16. Jahrhundert, ſo iſt auch die literariſche Umgeſtaltung im vorigen Jahrhundert von ihnen ausgegangen, und ſo läßt es ſich auch heute in ſtaatlicher Beziehung nicht verkennen, daß der ganze Kreis politiſcher Ideen und Beſtrebungen, den wir gemeinſam deutſch nennen, von dieſem vielgliederigen Teile des Vaterlandes zuerſt unterſchrieben worden iſt, während den Großmächten der Nachdruck der Ausführung und Vollendung vorbehalten bleibt.

So iſt es von Preußen in dem Zollverein geſchehen, einer erſten, ja faſt einzigen poſitiven Schöpfung, die einen größeren Teil von Deutſchland zuſammenfaßt und Regiment und Volk, Nord und Süd und alle Konfeſſionen und Parteien für ſich hat. Wenn es uns ernſtlich um innere und äußere Erſtarkung zu tun iſt, ſo haben wir uns der Erweiterung und Fortbildung dieſes Vereines aus allen Kräften anzunehmen. Er iſt der Ausgangspunkt einer deutſchen Volkspolitik und überraſchend ſchnell ein anderes und größeres geworden, als gemeint oder erwartet war; an das abgerungene Zugeſtändnis, das einem ſtark gewordenen Bedürfniſſe des Volkes und der Aufregung der Zeit gemacht war, knüpfte ſich eine große allgemeine Bewegung nach einer höheren nationalen Lage und die Ahnung einer größeren Selbſtändigkeit des gemeinſamen Vaterlandes, einer Marine, eines Welthandels, einer Weltrolle, die ſich die nationale Einbildungskraft mit allen Reizen vorſpiegelte mitten unter der Zaghaftigkeit und Inhaltloſigkeit unſerer auswärtigen Politik. Die Verhältniſſe ſelbſt werden uns lehren, uns vor allzu raſchen Entwürfen der Phantaſie auf dieſem Gebiete zu hüten, doch ſcheint uns die Herrſchaft der materiellen Intereſſen, die der Zollverein in Deutſchland gefördert hat, eine Macht zu ſein, die durchaus nur in dem Ganzen und durch das Ganze vorſchreiten kann, in der der erſte Schritt zu unabſehbaren Schritten weiter führen muß, die alſo Staat und Volk, ſelbſt wider Willen, zu politiſchen Entwicklungen zwingen, in politiſche Verwickelungen bringen wird, die wir nicht eben wünſchen wollen, aber auch nicht allzu ängſtlich glauben fürchten zu dürfen. In dieſer Ängſtlichkeit, vermuten wir, werden wir das letzte und eigentliche Hindernis zu bekämpfen haben, das ſich bisher dem kühneren Aufſchwung unſerer Induſtrie- und Verkehrsverhältniſſe entgegenſtellte. Die ſtreitenden Parteien des Tages ſind nicht ſowohl in dem Prinzipe als in deſſen Anwendung in einigen einzelnen Fällen uneinig; es ſcheint gleich ſchwer, eine der beiden Anſichten zu befeſtigen und zu beſiegen; was in der ſchwankenden Schale der gegenſeitigen Erwägungen allein den Ausſchlag geben kann, iſt die höhere Handelspolitik, die die Zwecke der kombinierten Beförderung der Produktion und Fabrikation, des Handels und der Schiffahrt entſchiedener an die Spitze des Zollſyſtems rücken würde, ſtatt ihr, wie bisher, mit einer entſchloſſenen Abneigung auszuweichen.

Die Belebung der Induſtrie- und Handelsverhältniſſe hat bereits dahin geführt, daß Hand angelegt wird an ein neues allgemeines Band, das unſere gemeinſame Entwicklung beſſer begründen wird. Die Notwendigkeit eines allgemeinen Wechſelrechtes hat zum faktiſchen Angriff geführt, das Bedürfnis eines allgemeinen Handelsrechtes iſt ſelbſt von den Regierungsorganen anerkannt worden; wir begrüßen dieſe Anfänge als die erſten

Schritte zur Herbeiführung der Zeit, die schon Leibniz gekommen wünschte, wo das römische Recht nicht mehr Gesetzeskraft, sondern nur noch das Ansehen eines großen Lehrers hätte, als die ersten Schritte zur Verwirklichung des großen Gedankens eines allgemeinen deutschen Rechtes, den wir in bester Pflege halten werden. So nehmen wir auch die Abschlagszahlungen, die in Bezug auf Gerichtsverfassung zu Gunsten der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in einigen deutschen Staaten gemacht worden sind, dankbar entgegen, hegen aber die Überzeugung, daß die Erfahrung selbst ausweisen wird, es werde nur die Einführung von Geschworenengerichten den natürlichen Schlußstein dieses neuen Baues bilden.

Die wünschenswerte Gleichheit der Staatsverhältnisse und zugleich das Ansehen und die Würde des deutschen Bundes würde nicht wenig gefördert werden, wenn die preußische Wehrverfassung auf die übrigen deutschen Staaten ausgedehnt würde. Vor nicht vielen Jahren pflegte man seine militärische Organisation als einen Hauptgrund zu nennen, warum Preußen keine beschließenden Stände einführen könnte; seitdem aber in deutschen Kammern die Initiative ergriffen worden ist, die preußische Volksbewaffnung zur Annahme zu empfehlen, haben wir besser denken gelernt von unserer Bereitwilligkeit zu jedem ersprießlichen Opfer, und wir werden auch nach dieser Seite hin jede Bestrebung zu unterstützen suchen.

Was die kirchlichen Angelegenheiten angeht, so lassen wir uns von unserem politischen Standpunkte auch bei ihrer Beurteilung leiten. Immer die Stärkung des Gemeingeistes und aller gemeinsamen Sitte im Auge, können wir nichts zu tun haben mit dem philosophischen Radikalismus und seiner Zersetzung aller häuslichen und politischen Moral. Immer die Einigung der sämtlichen Bewohner der deutschen Erde zum Ziele nehmend, haben wir die konfessionelle Spaltung als ein innerstes Hemmnis gleichartiger Bildung zu beklagen und werden auf jedem Wege mitwirken, der zu Verträglichkeit und Versöhnung führt. Es ist mit Kühnheit die Vereinigung der Konfessionen gepredigt, es ist vorsichtig eine unverbindliche Verständigung der evangelischen Landeskirchen eingeleitet worden; wir werden keiner Gestalt spotten, in der irgend eine Annäherung bezweckt wird, und jede Maßregel willkommen heißen, welche die drohende Gefahr größerer Spaltungen abhalten kann. Innere Befreiung der Lehre und der Verfassung wird die wesentlichste dieser Maßregeln sein. Unter den streitenden Bewegungen, die den langen indifferenten Frieden der Kirche neuerdings gestört haben, ist kein Gedanke so oft und von den verschiedensten Seiten, in England und Deutschland, von Altkirchlichen und Nonkonformisten, von alten Konfessionen und neueren Sekten, von Theologen und Laien wiederholt worden, als der, daß der Staat Gewissens- und Kirchenfreiheit auf jede kirchliche Gesellschaft übertragen solle, die der christlichen Sitte keinen Eintrag tut und das Band der bürgerlichen Gesellschaft nicht schwächt, daß er seine Anerkennung nicht auf die bestehenden oder Staatskirchen beschränken könne, von denen sich nicht absehen läßt, wie mit ihnen die Zahl der Kirchen geschlossen oder die Auffassungen des Christentums erschöpft sein sollte. Für uns bleibt es die ernsteste Erwägung, mit einer weise umschriebenen Freiheit der Lehre dem Unsegen der Spaltungen überhaupt vorzubeugen und dadurch die unvermeidlicher Schismen lieber in Schulen und Ansichten zu mildern, als in schroffe Sekten zu trennen, Übergang und Ausgleichung lieber offen zu halten, als durch starke Abschneidung den Eigensinn zu isolieren und zu bestärken.

Wie es in dem kirchlichen Staate heutzutage keine bevorrechteten Stände mehr geben kann, so auch in den weltlichen: weder der Adel, noch städtische Gemeinden, noch Beamte bilden mehr einen ausschließlichen Stützpunkt des Staates, sondern alle seine Schwerkraft ruht jetzt auf dem äußeren und inneren Vermögen, das nicht mehr ein Vor-

recht dieser oder jener Bürgerklasse ist; der Mensch ist weniger als je von seinem Stande abhängig, der Stand vielmehr von dem Manne und seinem Verdienste; Herrschaft und Vorherrschaft des einen Standes über den anderen löst sich in allgemeinerer Billigkeit und Menschlichkeit auf; der Gedanke des einfachen Staatsbürgertums, in dem die früher geschiedenen Stände gleichberechtigt aufgehen, ist der eigentliche Sieger über die mittelaltrigen Ordnungen und der Begründer der neueren Zeit. Die Kämpfe der Gegenwart stehen dahin, die völlige Anerkennung dieses neuen Verhältnisses durchzusetzen, obgleich sich die Reste des Feudalwesens begreiflicherweise dagegen wehren, und unbegreiflicherweise auch die äußerste Seite des Liberalismus selbst sich neuerdings in jenen abenteuerlichen Lehren dagegen auflehnt, die, während man um den Grundsatz der Gleichstellung der Stände noch kämpft, schon das revolutionäre Gelüste verraten, einen untersten Stand gegen und über alle anderen zu stellen. Wir werden das Saatkorn von Wahrheit und Möglichkeit, das in den sozialistischen Lehren der Zeit liegt, auch in den widrigsten Gestaltungen dieser wunderlichsten aller politischen Doktrinen aufzusuchen nicht verschmähen, obgleich auch in den nüchternsten Gestalten derselben eine Staatsgewalt von einer Ausdehnung und Straffheit in Aussicht genommen scheint, die dem Geiste der neueren Zeit völlig fremd ist.

Für manche Vorschläge und Projekte, die von diesen Lehren ausgegangen sind, für Verbesserung der Armenpflege, Unterstützung des Proletariats, Organisation der Arbeit und der Auswanderung u. dergl. erwarten wir weit mehr als von dem Aufschwunge bürgerlichen Sinnes und patriotischen Geistes, von der Gewöhnung an Selbständigkeit, von der Rührigkeit und dem eigenen Schöpfungsvermögen der Privaten als von der Gesetzgebung des Staates. Die Anregung des öffentlichen Geistes in solchen Gebieten, wo die Staatshilfe entbehrlich ist, das Betreiben gemeinnütziger Anstalten und Unternehmungen, die der Staatstätigkeit erleichternd entgegenkommen, die Hebung des Triebes zu eigenem selbständigem Wirken sollte überhaupt unter den Hauptgegenständen der Bemühungen der „deutschen Zeitung" sein. Erheben wir doch so vielfache Klage über das Vielregieren des Staates, ohne darum von unten her viel Geschick oder selbst nur Begierde verraten zu haben, auf unsere eigene Hand zu schaffen, auch in Richtungen, wo keine Staatsverbote zu befürchten waren.

Wir denken der löblichen Sitte französischer und englischer Zeitungen zu folgen und unser eigenes Land zum Mittelpunkte unserer Mitteilungen zu machen und die öffentlichen Verhältnisse anderer Länder nur in allgemeineren Uebersichten, mit Verzichtung auf die bloß pikanten Tagesgeschichten der großen Hauptstädte zu besprechen und vorzugsweise nur die Verhältnisse, die zu unseren Angelegenheiten in engerer Beziehung stehen. Deutsche Gründlichkeit und der Mangel vieler Institute und Freiheiten auf dem heimischen Boden machen es übrigens nötig, auch bei dieser Begrenzung freigiebiger mit unserem Raume für das Fremde zu sein, als die auswärtigen Blätter pflegen.

Wir haben die Absicht, dem Gange der gesamten Literatur nicht allein in Geschichte und Politik, in Staats- und Rechtswissenschaft, sondern auch in den übrigen, von den staatlichen Verhältnissen ferner liegenden Gebieten, in Übersichten und Anzeigen der wichtigsten Werke zu folgen; in diesen letzteren Zweigen jedoch nur der Seite, mit der sie sich dem öffentlichen Leben zukehren und den Stand der Gesittung und Bildung charakterisieren helfen. Aber ein Feuilleton wird unsere Zeitung nicht begleiten. In den Ländern, wo die Politik die anschauende Beschäftigung des ganzen Tages ist, mag diese Erholung angemessen sein; wir haben unter den Abspannungen unserer übermächtigen belletristischen Literatur uns in die erenstere Beschäftigung mit den Staatsangelegenheiten erst einzulernen.

Der Form nach werden wir in dem würdigen und anständigen Tone reden, der allein den großen vaterländischen Gegenständen, mit denen wir uns befassen, angemessen

ist; die Heftigkeit, die Wegwerfung, der Hohn, die Anmaßung, die den Stil des Tages ausmacht, soll der Tüchtigkeit, der Tiefe und dem Ernste, soweit es uns möglich, weichen.

Von einer Opposition, der nichts recht zu machen ist, schließt uns schon das aus, daß wir in den Hauptsachen voraus angeben, was uns recht ist. Ist es uns erreichbar, so soll unsere Opposition, wie sie in unseren Grundsätzen liegt, nur Wetteifer im Anstreben positiver gemeinnütziger Schöpfungen sein, nicht auf Störungen der Staatstätigkeit berechnet, sondern auf deren Förderung, sie soll von der bürgerlichen Achtung vor dem Gesetze immer durchdrungen sein, auch da, wo sie ein schlechtes Gesetz angreift, um ein besseres zu empfehlen, das man auch menschlich achten kann; sie soll nicht Tadel aussprechen ohne Ratschlag und nicht Rat geben, so viel es sein mach, ohne Sachkenntnis und ohne Empfänglichkeit für bessere Belehrung. Nur daß man freilich nicht erwarte, daß die Wahrheit bei uns lieblicher klänge als es ihre Art ist, und daß man da, wo uns fremder Unglimpf reizt, nicht Übermenschliches von uns verlange, das wir vielleicht versprechen, aber nicht halten könnten. Möchte man uns freie Bewegung gewähren, so würde es unser ganzer Ehrgeiz sein, uns selbst die Grenzen eines Preßgesetzes und eines strengen Preßgesetzes vorzuschreiben, um ein Beispiel zu geben von einer guten Presse, die nicht servil, und einer freien, die nicht frivol ist.

Wir begnügen uns mit dieser gelegentlichen Andeutung, daß auch die Gewährung einer legalen Preßfreiheit unter die Gegenstände unserer Desiderien gehört; die Mahnungen und Warnungen der Erfahrung sind in dieser Beziehung so belehrungsreich, daß es nachgerade ein verdrießlicher Ueberfluß scheint, sie mit Worten noch unterstützen zu wollen.

Was die stilistische Abfassung der einzusendenden Aufsätze angeht, so möchten wir bitten, möglichst kurz, klar, bestimmt und faßlich zu sein, und ausbitten müßten wir uns, daß alles Helldunkel spekulativer Terminologie vermieden werde; sie kann zu Materien nicht taugen, die auch dem gemeinen Verstande begreiflich werden müssen; auch die Politik hat, wie die Philosophie, ihre eigene Sprache.

Die Gleichheit der Grundansichten der Mitarbeiter muß das vorläufig gebilligte Programm bedingen; innerhalb der allgemeinen Prinzipien muß es indessen, bei den verschiedenen Lokalverhältnissen in Deutschland, einen freieren Spielraum geben, als in den fremden Blättern, die nur mit einem bestimmten Regierungssystem und wenigen anderen Schattierungen der Meinung zu tun haben; es muß bei unseren nur erst im Werden begriffenen politischen Zuständen notwendig eine größere Anzahl von Fragen offen gelassen werden. Doch müßte das Streben der Zeitung überall darauf gerichtet sein, ihre Ansichten bis zu der Fertigkeit zu gestalten, daß sie, wo immer der Grad der nötigen Reife erlangt werden kann, gleichsam bis zur legislatorischen Formulierung vordringen. Dazu wird nicht sowohl die bloße nackte Aufnahme, als die mit der Aufnahme verbundene gewissenhafte Prüfung der verschiedenen Ansichten und Gegenansichten in allen offenen Fragen vorarbeiten, und die gegenseitige Verständigung der Mitarbeiter des betreffenden Faches würde wünschenswert sein, um der schließlichen Feststellung der angenommenen Ansicht des Blattes das Ansehen und Gewicht eines kombinierten Votums zur Stütze zu geben.

Jeder Mitarbeiter ist freundlich ersucht, in seinem Kreise Interesse für das Blatt zu erwecken, Beiträge, Notizen, unverarbeitete Materialien aus guten Quellen beizuschaffen, besonders aber verläßige Korrespondenten für die täglichen Ereignisse zu gewinnen. Die äußerste Wachsamkeit muß bei diesen Wahlen beobachtet werden; keine pikante Form, keine gewürzte Uebertreibung, kein übereilter Bericht kann uns frommen, sondern nur deren beglaubigte, strengste und genaueste Wahrheit. Von der Zuverlässigkeit dieser Mitteilungen hängt geradezu der Ruf und die Existenz des Blattes ab. Je mehr es die

Aufgabe eines Tendenzblattes wie dieses sein wird, die Fakten zu kommentieren und zu deuten, um so sicherer muß man sein können, daß nicht auf falsche Tatsachen Urteile gebaut werden, die mit den Tatsachen fallen müßten. Die materielle Begründung unserer Zeitung hat die Verlagshandlung Friedrich Bassermann in Mannheim übernommen.

Sie wird in Heidelberg als ein Tageblatt in dem gegenwärtigen Format erscheinen unter der Leitung von G. Gervinus, L. Häusser, G. Höffen, K. Mathy und K. Mittermaier, von denen der erstere die Verantwortlichkeit der Redaktion übernommen hat. Die Redaktion, indem sie die Schwierigkeiten erwog, welche die Zerteilung unseres Vaterlandes jedem Zeitungswerke bereitet, das die besonderen und allgemeinen deutschen Verhältnisse in einer planmäßigen Übereinstimmung behandeln möchte, mußte bald zu dem Schlusse kommen, daß ihr bei der Leitung ihres Blattes eine Art föderativer Verfassung unumgänglich sei. Sollte die „deutsche Zeitung" in den Nachrichten aus den entfernteren Teilen Deutschlands nicht von zufälligen, schwer zu prüfenden, widersprechenden Korrespondenzen abhängen, so mußte sie in den einzelnen Landen eine Anzahl zuverlässiger und gleichgesinnter Vertreter haben, bei denen sie sich Rat und Hilfe holen könnte, die durch ihre faktischen Unterstützungen und beratenden Mitteilungen gleichsam den Kreis einer erweiterten Redaktion bildeten, durch die uns die Ferne näher gerückt, in der Würdigung entlegener Verhältnisse und Interessen Fehlgriffe erspart, Vereinigung und Gemeinsamkeit des Wirkens erleichtert würde. Mit diesem Ehrenrate wünscht die Redaktion alsdann einmal im Jahre zu mündlicher Beredung zusammenzutreten, um eine Gelegenheit zu haben, die gemeinsamen Grundsätze zu festigen, soweit als möglich auch sich über die daraus abzuleitenden Konsequenzen zu verständigen, das Geleistete einer Prüfung zu unterwerfen, Ratschläge und Ausstellungen entgegenzunehmen, und so eine Aufsicht und Kontrolle über Geist und Inhalt des Blattes zu begründen, die nach außen die beste Bürgschaft für beides bieten muß.



Die
politische Sturm= und Drangperiode Badens



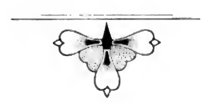
= Zweiter Teil =
1848 — 1850

Von
Leonhard Müller

1906
Verlag und Druck der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei
G. m. b. H. in Mannheim

Zweiter Teil 1848—1850

Inhalt des II. Bandes.







Vierzehntes Kapitel ❧ Die ersten Tage der „Bewegung“



nter der Geburtshilfe der kreißenden Zeit vollzog sich in den ersten Monaten des Jahres 1848 eine eigenartige Fraktionsbewegung im badischen Landtag. Ein Teil der früheren Rechten zog die konservative Flagge gänzlich ein und suchte den verlorenen Kredit dadurch wieder herzustellen, daß er den Linksabmarsch um einige Etappen übersprang und auf die Liberalen als hinter dem Heereszuge der Zeit zurückgebliebene Leute herabblickte. Da diese von Christ in der Kammer und von Giene in der Presse vertretene Richtung sich „jungliberal“ nannte und in der „allgemeinen Zeitung“ ausposaunte, daß sie das Erbe der alten Opposition angetreten habe, zog sie die ganze Schärfe der Mathyschen Federkraft auf sich. Bis jetzt habe die „Karlsruher Zeitung“ Geist nur in der Zusammenstellung von Unglücksfällen, Feuersbrünsten, Mordtaten und anderen Schauergeschichten verraten; im vorigen Jahre habe sie außerdem noch durch Verteidigung der Jesuiten und des Schweizer Sonderbundes geglänzt; jetzt verlasse die christlich-germanische Bruderschaft mit den Ratten das sinkende Schiff; ganz besonders müsse man ihr aber die sogenannte „jungliberale“ Maske vom „altreaktionären“ Gesichte reißen, weil sie die Opposition beschuldige, daß sie ihre Vorbilder im Ausland suche und keine nationale Gesinnung habe:

„Man sollte denken, in rein nationalen Fragen könne es unter den Männern der verschiedenen politischen Ansichten keine abweichende Meinung geben, und keine Partei werde da den Anspruch erheben, die gute Gesinnung, die rechte Einheit und den guten Willen allein zu besitzen. Und doch ist es so; in jeder nationalen Frage der Gegenwart werden ein paar Stimmen laut, die ohne Verlegenheit die Prätension geltend machen, die nationale Gesinnung und politische Einsicht ganz allein in Pacht genommen zu haben. Man könnte diese kleine Eitelkeit für sehr unschuldig halten, wenn sie sich nicht zur herausfordernden Anmaßung steigerte, wenn nicht hinter dieser Anmaßung der verbissene Groll gegen politische Gegner oder die schlecht verhehlten reaktionären Gelüste hervorbrächen. Das Wort „national“ ist dann die bequeme Lokomotive, an die man alle beliebigen Wünsche des Rückschritts anzuhängen pflegt, und wie man der besten Sache durch Falschheit und unwahre Übertreibung nur schaden kann, so gibt es auch für die gute nationale Sache keine größere Gefahr als falsche Freunde von diesem Schlage. Dem weltbürgerlichen Nihilismus, der alle nationale, politische und religiöse Eigentümlichkeit durch die eigene

geistige und sittliche Öde wegnivellieren möchte, geschieht der größte Gefallen damit, wenn die Reaktion ihre eigenen Neigungen für die vorzugsweise „nationalen" auszugeben bemüht ist."

So gestaltete sich denn Ende Februar 1848, kurz bevor Schiffer und Kahn von den hereinbrechenden Wogen der Revolution verschlungen wurden, die Parteigruppierung in der zweiten Kammer fast chaotisch. Die letzten Säulen des altreaktionären Heerbannes konnten stürzen über Nacht. Die einen suchten sich als „Konservativ-Liberale", die andern als „Jungliberale" in die neue Zeit hinüberzuretten. Die „rechte Mitte" verwandelte sich, wenn auch nicht dem Namen, so doch der Sache nach, in eine „linke Mitte" und schloß sich wieder enger an die bewährte Oppositionsführung an. Der greise Itzstein vermittelte zwischen Mathy und Hecker. Die „Sozialradikalen" liebäugelten bereits mit der Revolution.

Bei diesem „Planetenaspekt" ging die vereinigte Opposition zum Sturm gegen die reaktionäre Hälfte des Ministeriums über. Mit dem verrufensten Repräsentanten der alten Zeit, dem Präsidenten des Finanzministeriums Regenauer, wurde in der zweiten Hälfte des Februar 1848 ein beherzter Anfang gemacht. Gleich bei dem Beginne der Session hatte der Abg. Welcker angekündigt, daß er eine Erklärung über das ministerielle System beantragen werde. Da aber im Januar die Fabrikangelegenheit und in der ersten Hälfte des Februar die nationale Frage alle Leidenschaften entfesselte, hatte der zwischen Bekk und der Opposition vermittelnde Kammerpräsident Mittermaier alles getan, um einen Welcker'schen Wolkenbruch hintanzuhalten. Als aber am 24. Februar die Rechnungsnachweisungen des Finanzministeriums für die Jahre 1844 und 1845 auf der Tagesordnung standen, kam der lange verhaltene Groll zu einem plötzlichen Ausbruch. Im Jahre 1841 hatte die Budgetkommission den Finanzminister von Boeckh durch ernste Vorstellungen von der Errichtung der Staatsbrauerei Rothaus im Amte Bonndorf zurückzuhalten gesucht, allein die damalige politische Situation hatte es ihr nicht ratsam erscheinen lassen, mit ihrem letzten Mittel dieser Lieblingsidee des alten Boeckh entgegenzutreten. So waren für die Jahre 1842/43 100000 fl. und für 1844/45 14650 fl. bewilligt worden. Bei der Prüfung der Rechnungsergebnisse stellte es sich heraus, daß, ganz abgesehen von dem bisherigen Ertrage, der auch zur Bestreitung der Kosten aufgebraucht wurde, 232950 fl. für die Errichtung und Erweiterung der Brauerei verwendet worden waren. Zwar fiel die eigentliche Verantwortlichkeit für diese Überschreitungen von mehr als 100000 fl. dem früheren Finanzminister anheim, allein der jetzige Präsident des Finanzministeriums Regenauer war die rechte Hand Boeckhs gewesen und hatte auf dem Landtage von 1846 nichts weniger als den Beruf in sich gefühlt, den Schleier von dieser unglücklichen Operation der Finanz-

verwaltung zu lüften. Auf Grund dieses Sachverhalts kam die Budgetkommission zu dem einstimmigen Beschlusse, gegen den verantwortlichen Chef des Finanzministeriums Beschwerde zu erheben.

Als dieser Antrag am 24. Februar diskutiert wurde, führte der Abg. Soiron aus, daß er nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus politischen Gründen für den Antrag stimme. Eine Kammer könne gegen einen Minister stimmen nicht nur, weil sie eine Maßregel desselben für verderblich halte, sondern auch, weil sie sein ganzes System verurteile und ihn bewegen wolle, sein Portefeuille niederzulegen. Regenauer sei allezeit ein warmer Verteidiger des alten bureaukratischen Systems gewesen; er habe es im Jahre 1846 mit der schwarzen Schar gehalten und mit Hülfe konfessioneller Vorurteile einen Damm gegen alle freisinnige Entwicklung aufrichten wollen; zurzeit des Petitionensturmes hätten zwei freudetrunkene Augen gezeigt, was der Mann dachte, dessen Seele aus ihnen herausschaute. Sein schnelles Umspringen in der Gegenwart erwecke ihm kein Vertrauen. Die kritische Zeit bedürfe tüchtige Männer von entschieden volks- und verfassungstreuer Gesinnung.

Die Verteidigung Regenauers hätte nicht unglücklicher ausfallen können. Statt sich auf die in der Sache liegenden mildernden Umstände zu beschränken, im übrigen der Überzeugung des Abg. Soiron die eigene entgegenzustellen, berief sich der Präsident des Finanzministeriums auf seine an Protestanten verheirateten Kinder und ließ — — — — Tränen fließen. Mit Stimmenmehrheit schloß sich die Kammer dem Votum der Budgetkommission an, nachdem der Berichterstatter Mathy selbst den Abg. Christ durch eine geschickte Beantwortung seiner Frage, ob den Chef der Finanzen ein in der Sache begründetes Verschulden träfe, bekehrt und den letzten Stoß geführt hatte:

„Man hat sich endlich noch anderer Waffen bedient, denen ich keine ähnlichen entgegenzusetzen habe. Man hat von der Wiege und vom Grabe, vom Todbette, von Weib und Kind gesprochen, um auf das Gefühl und auf das Gemüt zu wirken. Meine Herren! Ich bin gewohnt, meine Familienangelegenheiten für mich abzumachen und persönliche Verhältnisse nicht in diesen Saal zu bringen. Hier handelt es sich um Angelegenheiten des Landes, nicht der Familie, um den Stand der Sachen, nicht um Gemütsregungen."

Dies war die politische Situation, als die Nachricht von dem Ausbruche der französischen Revolution eintraf und wie der Blitz einschlug. In den größeren Städten des Landes, wo man gerade mit den Vorbereitungen für den Karneval beschäftigt war, stieg die Spannung von Stunde zu Stunde. Man improvisierte mit Hilfe der Tische und Stühle Rednerbühnen, von wo aus das Neueste vorgelesen und mit „zeitgemäßem" Kommentar weitergegeben wurde. Extrablätter brachten wahre und falsche Nachrichten. Endlich erfuhr man am 27. Februar die Flucht des Königs, die Proklamation der Republik, die Einsetzung der provisorischen Regierung. Alle Welt wurde durch diesen

1*

Schlag, den man erst beim Tode Louis Philipps erwartet hatte, in eine unbeschreibliche Erregung versetzt. Man umarmte sich auf der Straße, stieß jubelnd im Wirtshause mit dem Nachbar an, klatschte stürmisch im Theater bei allen Stellen, die auf die Befreiung von dem Joche der Knechtschaft und den Kampf für die Freiheit hinwiesen. Das war das große Ereignis, von dem Türkheim[1]) einst vorausgesagt hatte, daß es die sich gegenseitig beobachtenden Kräfte in eine neue Bewegung setzen und den Wendepunkt für eine größere schaffende Periode bilden werde.

Nachdem man sich von dem ersten Staunen über die Nachrichten aus dem Westen erholt hatte, sagte man sich schon im nächsten Augenblicke, daß die Dinge im eigenen Vaterlande jetzt wichtiger als alles andere seien. Einig waren alle in ihrem Urteil über die alte Politik, einig auch in der Ansicht, daß jetzt rasch ans Werk gegangen werden müsse; nur über die stärkere oder mildere Art des Auftretens und Tones waren die Meinungen geteilt, doch ohne deswegen in feindlichen Zwiespalt zu geraten. Nachdem eine Bürgerversammlung zu Mannheim am Sonntag, den 27. Februar, den Stein ins Rollen gebracht hatte, flogen wie ein Flugfeuer die vier Forderungen des Volkes „allgemeine Volksbewaffnung, unbeschränkte Preßfreiheit, Schwurgerichte und deutsches Parlament" von den Alpen bis zum Belt.

Das unvergängliche Verdienst, in dieser Stunde der Entscheidung den Weg zu weisen, sollte der „deutschen Zeitung" zufallen. In diesen Tagen, wo die alte Politik ohnmächtig zusammenkrachte, und die alten Steuermänner kopflos auf dem sinkenden Wrake hin- und herrannten, trat sie mit einem großen, zielbewußten Programme vor die Nation. Weitentfernt, wie ihre Gegner von absolutistischer Farbe so oft prophezeit hatten, unter dem Schirme der Ereignisse und bei den Stürmen der Leidenschaften die Republik zu proklamieren oder doch wenigstens mit ihr zu liebäugeln, bekannte sie sich auch jetzt zu dem Satze, daß die Monarchie in Deutschland zu fest begründet sei, als daß sie so leicht im Rausche einer tonangebenden Hauptstadt, wie in Frankreich, begraben werden könne. Freilich müsse die Monarchie jetzt zeigen, daß sie weise zu sein gelernt habe. Kein Bund mit Rußland! Kein Angriffskrieg gegen Frankreich! Reform des Staatsbaues bis in die Tiefe der Fundamente! Man kehre vor allem vor der eigenen Türe:

„Wir hatten gestern Gelegenheit, in den Aufregungen des ersten Moments die Stimmungen in unserer Umgebung zu beobachten, vielmehr nur Eine Stimmung und Eine Stimme, die treueste und vaterländischste. Aber sie gründete sich freilich nur auf die Voraussetzung, daß man auf Seite unserer Regierer die Zeit zu begreifen wisse. Wir hätten selbst zu anderer Zeit diese Stimmung in solch einem Augenblicke nicht vorzufinden gehofft. Wir stellen uns vor, wie es gewesen sein würde, wenn diese Pariser Ereignisse in das

[1]) Vergl. Bad. Landtagsgeschichte I. 191, II. 17. 34, III. 96. 135, IV. 7.

Regiment von Blittersdorff gefallen wären, und wir erschrecken. Was aber die Moral davon ist, das läßt sich wie aus den kleinen Verhältnissen in unserer Nähe, so aus den größten in ganz Deutschland abstrahieren. Möchten die süd- und westdeutschen kleinen Staaten bei Preußen auf eine großartige Entwicklung unserer innern und äußern Hilfsquellen und Anlagen zu Macht und Freiheit dringen, Preußen mit diesen Staaten Österreich aus seinem unseligen Prinzip herausdrängen, Alles zusammen Einen Heerweg einschlagen, das Panier unserer Nationalität und unserer Volksfreiheit in der Mitte, und wir dürfen nicht unsorglich, aber gänzlich unbesorgt den Dingen entgegensehen, die sich im Westen ereignen."

Welche Möglichkeiten und Aussichten! Unter den gegenwärtigen Konjunkturen, wo die französische Republik, von den Kriegsgelüsten der Nation getragen, vor unseren Toren lagere, wo die Fürsten gerne einen Teil ihrer Souveränität dem Heile des Ganzen zum Opfer brächten, müsse die Hand an die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat gelegt werden. Bereits mache Badens Volk beherzt den Anfang, und hoffentlich werde es nicht wieder wie im Jahre 1832 von dem übrigen Deutschland im Stiche gelassen. Keine Verbindung der süddeutschen Staaten! Kein neuer Rheinbund! Alle Blicke seien jetzt auf Preußen gerichtet, erwartungsvoll, daß es endlich seinen deutschen Beruf begreife, nicht wie anno 1840 mit Worten und Liedern für den freien deutschen Rhein, sondern mit Werken und Taten für die freie deutsche Sache eintrete:

„Die Frage nach einer Bundesrevision, nach einer Nationalvertretung beim Bunde wird eine drängende Tagesfrage. Wir hatten sie beim Beginne des Blattes, wir hatten noch am Anfange dieses Jahres diese Frage als unpraktisch vertagt. Noch als unser Bassermann seine Motion begründete, war unsere Absicht und Ansicht, den Erfolg des Pulsfühlens bei der Nation erst abzuwarten und eine Frage dieser Bedeutung nicht künstlich zu treiben, sondern uns ihrer zu bemächtigen, erst wenn sich in dem großen Ganzen des Volks ein naturwüchsiges Interesse dafür zeigte. Aber jetzt drängt eine äußere Gefahr natürlich und ungekünstelt auf diese Frage hin. Wir hatten nur zu gelegener Zeit auf die Schwäche der Bundesform, auf die Lücke ihrer Organisationen hinweisen wollen, aber eine gelegenere Zeit gibt es dafür nicht, als dieser unangelegene Anlaß ist. Wir erwarten und hoffen, wir bitten und ermahnen, so ernst nnd dringend wir nur können, daß Bassermanns Motion jetzt bei allen versammelteu, bei allen zusammentretenden Ständen Deutschlands einfach adoptiert werde. Wir sind kühner. Man berät und bespricht sich in unserer Umgebung, Deputierte aller deutschen Stände zu einer Zusammenkuuft in diesem Lande zu berufen. Wir können nur erwarten, daß man diese folgenreichste aller Demonstrationen gegen Außen nicht störe; die Versammlung wäre dazu eben hier im Lande an ihrem Orte. Für ihren gänzlich loyalen Verlauf getrauten wir uns bei der herrschenden Stimmung getrost zu verbürgen; so möge denn das Neue und Ungewohnte des Schrittes in dieser neuen Lage, in der wir uns befinden, nicht erschrecken. Wir haben uns zusammenzufassen zu aller Besonnenheit, dies ist unser lauter Ruf nach Unten, während unsere Ermahnung nach Oben ist, daß man sich zusammenraffe zu Energie und großen volkssinnigen Entschlüssen. Lassen wir die Phätonischen Luftfahrten unseren Nachbarn, aber greifen wir selbst mit sicherer und festester Hand in die Zügel, uns auf unserer eigenen Bahn mit Gewandtheit, mit Umsicht, mit Überlegenheit zu erhalten In den Tagen, da in Frankreich die Nation

berufen werden soll, der Republik die Sanktion zu erteilen, wird es uns wohl anstehen, in irgend einer, wenn auch improvisierten Volksvertretung unserem Bunde, unserer Verfassung, unserer Nationalität die Sanktion zu erneuern. Aber sollte dies wirksam geschehen, dann freilich müßte dieser Anregung die Willfahrung folgen, es müßte der Weg gefunden werden, der Einheit der Nation eine feste Form, ihrem Bunde eine volksmäßige Grundlage, ihrer Verfassung Freiheit und Raum der Entwicklung zu geben."

Die Regierung schien anfangs die neue Lage der Dinge nicht recht zu begreifen. Um sie vorwärts zu drängen, brachte Welcker schon am 26. Februar, nachdem gerade die ersten erschütternden Nachrichten von Paris eingetroffen waren, seine Motion über das ministerielle System in Erinnerung und fügte hinzu, daß er den Antrag stellen werde, die Regierung möge sich jetzt, wo stündlich die Aktien der Freiheit steigen, alsbald von dem Systeme der Reaktion lossagen. Erst als jenseits des Rheines die Republik ausgerufen wurde, und keine Wahl mehr blieb, als entweder mit der Bewegung gleichen Schritt zu halten oder in ihr unterzugehen, erfaßte die Regierung den Ernst der Situation und sagte in der Sitzung vom 29. Februar Gesetzesvorlagen über Volksbewaffnung, Schwurgerichte und Preßfreiheit zu. Bei dieser Gelegenheit kam es zur ersten programmatischen Aussprache der Parteien. Die frühere Rechte streckte die Waffen ohne den Mut des Widerstandes. Der Abg. Zentner nannte die Eröffnungen der Regierung „die Morgenröte besserer Tage". Der Abg. Weizel führte aus: „der Augenblick ist bedeutungsvoll durch Erringung politischer Rechte; es ist heute ein ewig denkwürdiger Tag, und hier kapituliere ich mit meiner Überzeugung". Der Abg. Buß meinte, „an dem Altare des Vaterlandes gebe es keine Rechte, keine Linke und keine Mittelpartei; ernst mahne die Zeit und unwiderstehlich die öffentliche Meinung". In anderer Stimmung befanden sich die parlamentarischen Wortführer der Radikalen. Kurz vor dem Ausbruche der französischen Revolution hatten sie die Offenburger Beschlüsse in Gestalt von Petitionen an die zweite Kammer gelangen lassen, und Hecker hatte sich anheischig gemacht, „die Petitionen zur Motion zu erheben". Ihre letzten Ziele vertrugen in dieser Zeit, wo die Gemüter noch nicht systematisch für die Republik und Revolution vorbereitet waren, und wo der Ruf „Es lebe der Großherzog!" und „Es lebe die Freiheit!" von einem und demselben Luftzuge zu ihren Ohren getragen wurde, noch nicht das helle Sonnenlicht. So beschränkten sie sich denn darauf, mit den alten freisinnigen Forderungen zu operieren, das Unzulängliche der zugesagten Konzessionen hervorzuheben und gegen die Minister Trefurt, Regenauer und den Bundestagsgesandten von Blittersdorff Sturm zu laufen. Die Liberalen, bei denen es jetzt keine rechte und linke Mitte mehr gab, machten, wie ihr Organ, die deutsche Zeitung, große, für das engere Vaterland — dem auf diese Weise, wie wir sehen werden, gerade die besten politischen Köpfe entzogen wurden — nur zu große Politik. Auch sie wollten keinen Finger breit von dem, was sie bisher erstrebt und

erstritten, zurückweichen; auch sie wiegten sich keineswegs in gutmütiger Schwäche und Vertrauensseligkeit der Regierung gegenüber; allein sie sahen sich jetzt, wo die alten liberalen Wünsche einer loyalen Erfüllung entgegensahen und in die Wirklichkeit übersetzt werden sollten, zu der undankbaren Aufgabe verpflichtet, zur Maßhaltung und Besonnenheit zu mahnen, vor exzentrischen und leidenschaftlichen Schritten zu warnen, welche die schwer errungene junge Freiheit in die größte Gefahr bringen konnten. Der Abg. Bassermann hatte das volle staatsmännische Augenmaß für das, was in diesem Augenblicke not tat. Seine Rede vom 29. Februar leidet keinen Auszug:

„Nicht der Moment darf es sein, der unsere Zunge lenkt, und der Blick dessen, der hier und heute spricht, muß weiter reichen als einige Schritte, er muß vorwärts und rückwärts gehen nnd sich auf einen höheren Standpunkt stellen. Er weiß aus der Geschichte, wie groß die Wechselfälle sind und wieviel von dem besonnenen Handeln des Augenblicks abhängt. Noch nie erschien mir der Beruf oder die Pflicht, die ich hier zu üben habe, größer als heute. Ich will sie üben und glaube, daß der heutige Tag nicht ein Tag für Baden, sondern ein Tag für Deutschland ist. Eben darum aber, weil unsere Regierung es ist, die von jener Stelle aus zuerst die Grundlagen der Freiheit proklamierte, freue ich mich, ihr hier gegenüberzustehen, und weil Baden es ist, von dem das Beispiel für unser ganzes übriges größeres Deutschland ausgehen wird, bin ich heute stolz ein Badener zu sein. Die Ereignisse der Geschichte gehen wie die Wogen auf der See tief hinab in die Abgründe und hoch hinauf, wo sie sich überstürzen. Glücklich die Jahreszeit, glücklich für ein Staatsschiff die Fahrt, die nur gleichmäßige Wellen erzeugt. So wie ich zurzeit der Blittersdorff'schen Reaktion mit der mir verliehenen schwachen Kraft mich dieser Richtung entgegenwarf, so will ich heute nicht anstehen das zu sagen, was ich, soweit meine geringe Einsicht reicht, in diesem größten aller Momente für geboten halte. Heute ist nicht der Tag, an dem wir Rekriminationen vorbringen müssen. Heute ist Sturm, und eine leichte Aufgabe ist es, mit in die Segel zu blasen, die ohnehin angeschwellt sind. Am Ruder sitzt ein Steuermann, der die größte Aufgabe hat. Meine Herren, versetzen sie sich einen Augenblick an die Stelle dieses Steuermannes, und Sie werden dann selbst sagen, er habe eine ungeheure Aufgabe. Wenn nun ein solcher Moment gekommen ist, so ist es Pflicht der Mannschaft des Schiffes, zusammenzustehen und einig zu sein und ihn nicht in seinem ungeheuern Lauf zu stören. (Bravo.) Das ist keine Schwäche, sondern ich behaupte, es ist Stärke, denn einen schwachen Gegner überwinden in einem Augenblick, wo alle Fugen los sind, ist eine leichte Sache, aber sich selbst überwinden, das ist der größte Sieg. (Viele Stimmen: Sehr gut.) Meine Herren, ich gehöre nicht zu denjenigen, die den Augenblick unbenützt lassen wollen. Nein, Sie kennen mich, diese Schwäche ist mir nicht eigen. Es ist aber schon durch die Ereignisse dafür gesorgt, daß dieser Augenblick benutzt werde, und ich habe Zutrauen genug zu dieser Zeit und mehr Zutrauen zu uns, als daß ich glauben könnte, die nächsten Tage möchten die heutige Erklärung von der Regierungsbank zu Nichts machen. Aber fordern wir nicht das Unmögliche und fordern wir nicht, daß nur in diesem Augenblick von jener Bank aus erfüllt werde, was Alles in unserem Herz als Wunsch liegen mag. Wir werden unter uns zusammentreten, wie werden die gemachten Zusicherungen in reife und überlegte Beratung nehmen, unsere Wünsche und unser Begehren, die gerechten Forderungen des Volkes jedenfalls zu Tag legen und zur Kenntnis der Regierung bringen. Ich sage es nochmals, es ist ohnehin dafür gesorgt, daß der Augenblick nicht unbenützt bleibe. Aber, meine Herren, noch etwas Größeres liegt in diesem Augenblick und zu etwas,

ich möchte sagen, Heiligerem müssen wir ihn benützen. Täuschen wir uns nicht. Es gibt immer Wogen, die hoch gehen, es gibt Feinde der Freiheit genug, es gibt der Trägen und Ängstlichen in Masse, und wenn wir jetzt schweigen, so kann die nächste Welle jene zur Herrschaft bringen. Die Freiheit wird nur dann nicht für die nächsten Stunden und Tage, sondern dauernd gegründet, wenn sie in den Gemütern und in der Überzeugung wurzelt, und dafür zu sorgen, ist heute unsere größte Aufgabe. Lassen wir diesen Augenblick nicht vorübergehen, ohne uns zu sagen, daß vieles Gute, was die Geschichte gebracht hat, nur darum wieder verloren ging, weil das Gute mit dem Schlimmen gepaart auftrat, und weil es Folgen hatte, vor denen die Masse und die Mehrheit oder das Volk im Ganzen erstarrte. Können wir die Freiheit erringen ohne solche Folgen, können wir in unserm kleinen Baden für das größere Deutschland, für welches wir auch die größere Pflicht haben, ein Musterbild aufstellen, daß mit der Freiheit, die heute anbricht, Ordnung und Gesetz gepaart sind, so werden wir für die Freiheit für alle Zukunft mehr erobern, als auf jede andere Weise, und dieses erwarte ich von uns und unserm badischen Volke. Ich bin überzeugt, wir werden zusammenstehen und hierdurch Einigkeit und Festigkeit gewinnen, wir werden nicht von Parteien reden, vielmehr bei den großen Gefahren, von denen wir in der nächsten Zeit umgeben sein können, alle Zwischenschranken verschwinden lassen, und es soll dahin kommen, daß der Bürger mit dem Beamten, jener mit den Soldaten und dieser mit dem Bürger fraternisiere, und daß wir solchergestalt zusammenstehen für Alles, was da kommen mag.

Dies ist es, was ich mich hier gedrungen fühle zu sagen, und das glaubte ich, sei unsere größte Aufgabe. Möchte ich mich auch hierin irren, so mußte ich es doch sagen, und ich bin mir dieser heiligen Pflicht so innig bewußt, daß ich mir in der Tat versagen muß, weiter zu sprechen. (Allgemeines Bravo.)"

An dem Sitzungstage, der dem Ausbruche der französischen Revolution unmittelbar vorhergegangen war, hatte der Abg. Hecker dem Justizminister Trefurt gegenüber erklärt, „man werde ihm die lebendigen Petitionäre samt den Petitionen nach Karlsruhe führen", und der Abg. Mathy hatte mit deutlicher Anspielung auf die Vorgänge, die sich in München anläßlich des Lola Montez-Rummels abspielten, sich bis zu der Äußerung verstiegen: „Es ist Zeit, daß man es mit der Wildheit probiert, aber die darf sich nicht auf den Ständesaal allein beschränken." Diese Worte waren inzwischen auf guten Grund gefallen, und zugleich mit den „vier Forderungen des Volkes" hatte auch der Ruf „am 1. März nach Karlsruhe" vom See bis zum Main die Runde gemacht.

Am Morgen des 1. März zeigte der Himmel kein freundliches Gesicht. Der Regen fiel in Strömen und ließ erst gegen Mittag etwas nach. Gleichwohl fanden sich viele Hunderte — die Schätzungen schwanken zwischen 2000 und 20000 — Sturmpetenten aus dem Ober- und Unterlande in der Residenz ein. Von Mannheim und Heidelberg kam ein Riesenzug mit zwei Lokomotiven, die Insassen mit schwarz-rot-goldenen Schleifen geschmückt. Liberale Männer aller Schattierungen, darunter die angesehensten Bewohner der Stadt- und Landgemeinden eilten herbei, um den Petitionen durch ihre Anwesenheit

moralischen Nachdruck zu geben. Bildeten auch die Konstitutionellen die größere Zahl, so waren doch die Radikalen das rührigere Element.

Anfangs schien es, als ob ihr Führer Struve an diesem Tage seinen größten Triumph erleben solle. Ein Teil seiner Leute hatte schon in aller Herrgottsfrühe die besten Plätze auf den Galerien des Sitzungssaales der zweiten Kammer besetzt, während eine unzählige Menge lärmend in den Gängen, im Hofe und in den nach dem Ständehause führenden Straßen umherwogte. Struve geberdete sich, als ob er schon Herr der Situation wäre. Er wollte an der Spitze seines Mannheimer Gefolges in den Ständesaal einziehen, die Übergabe der Petitionen mit einer Anrede begleiten und dann die Tausende von Sturmpetenten durch den Saal defilieren lassen. Diesem Verlangen, das die Unabhängigkeit und Würde der parlamentarischen Beratung in ihrer Wurzel angetastet hätte, widersetzten sich nicht nur die von Mathy geführten Liberalen, sondern auch der vermittelnde Itzstein aufs entschiedenste. „Wenn Sie auch nur ein Wort sprechen sollten," rief dieser der Mannheimer Deputation zu, „so wird nicht bloß die Rechte, sondern auch die gesamte Linke und ich zuerst den Saal verlassen."

Auf diese Weise wurde der erste Versuch, die Verfassung und Geschäftsordnung umzustoßen, glücklich abgeschlagen, und Struve mußte sich darauf beschränken, dem Abg. Hecker an den Schranken des Saales stillschweigend die Petitionen zu übergeben. Als dieser Akt unmittelbar vor Eröffnung der Sitzung sich abspielte, und Hecker sofort die Tribüne besteigen wollte, fiel die Galerie mit einem so betäubenden Lärme ein, daß der anwesende Staatsrat Bekk nur durch die Bitten des Präsidenten und mehrerer Abgeordneten, worunter Hecker selbst, zu längerem Aufenthalte bewogen wurde. Nachdem der Präsident mit der Erklärung, daß die Kammer durch keinen Terrorismus sich werde einschüchtern lassen, daß die wahre Freiheit sich durch die Achtung des Gesetzes bekunde, und daß diese sich besonders in bewegten Zeiten bewähren müsse, die Ruhe wieder hergestellt hatte, führte der Minister einen sehr geschickten Gegenstoß, indem er der Versammlung verkündete, daß vermöge höchster Entschließung von heute an das aufgehobene Preßgesetz vom 28. Dezember 1831 wieder in Wirksamkeit trete. Auf diese Botschaft erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen; dem Großherzog Leopold wurde ein donnerndes Lebehoch gebracht; der Jubel setzte sich durch die Gänge bis auf die Straßen fort und hallte wie ein Echo von dort zurück.

Lange Zeit nahmen dann die Vorträge in Anspruch, mit welchen die Abgeordneten in herkömmlicher Weise die Übergabe von Petitionen begleiteten. Die Struve'sche Claque auf den Galerien benahm sich, allen Mahnungen des Präsidenten und des Abg. Itzstein ungeachtet, wie wenn sie ein Recht hätte, an der Debatte teilzunehmen. Gegen Schluß der Sitzung kam es zu

einem neuen feindlichen Zusammenstoß der Parteien. Hecker legte nämlich ein von acht Mitgliedern unterzeichnetes Programm vor, in welchem außer den obengenannten „vier Forderungen des Volkes" und den Konzessionen der Regierung noch eine Reihe weiterer Volkswünsche aufgezählt waren. „Ich bemerke der Regierung, daß eben das Gerücht geht, ein deutscher Fürstenthron sei ledig geworden" — also schloß er mit dem Antrage, sofort in die Beratung einzutreten und die Beschlüsse durch eine Deputation oder durch das ganze Haus dem Staatsministerium zu übergeben. Nachdem der Präsident Mittermaier und der Staatsrat Bekk auf die entgegenstehenden Bestimmungen der Geschäftsordnung aufmerksam gemacht, aber wenig Gehör gefunden hatten, stellte der Abg. Mathy, der in der Sache, nicht aber in der Form mit dem Antragsteller einverstanden war, den Antrag auf Verweisung in die Abteilungen. „Heute von der Geschäftsordnung abzugehen," führte er mit der ihm eigenen Kaltblütigkeit und Schärfe aus, „dazu kann ich mich nicht verstehen, etwa weil man sich auf den Drang des Augenblicks beruft. Ich lasse mich nicht von dem Augenblicke drängen in einer großen Sache. Ich kann eher auf meinem Posten sterben, bevor ich mich durch Einschüchterung zu irgend einem Schritte bewegen ließe, den ich nicht mit Überzeugung tun kann. . . . . . Nach meiner Überzeugung können wir den hier Versammelten keine bessere Erklärung mit nach Hause geben, als daß wir sie überzeugen, wie wir hier unsere Pflicht tun, daß wir an den Formen festhalten, die wir für unsere Beratungen festgesetzt haben, daß wir hier nicht ein Beispiel geben, wie man sich über gesetzliche Vorschriften hinwegsetzt."

Lange und lebhaft wurde um diesen Antrag gestritten. Während Brentano und Peter ihn aufs heftigste bekämpften, ließen Bassermann und Welcker ihm die wärmste Unterstützung angedeihen. Endlich vereinigte sich die Kammer auf den vermittelnden Antrag des Abg. Soiron, die Anträge Heckers zur schleunigen Beratung in die Abteilungen zu weisen. Glücklich in dem Glauben, die revolutionäre Spitze abgebrochen zu haben, machte die Kammer sich unverzüglich an die Arbeit, den Staatsbau bis in die Tiefe der Fundamente zu reformieren. Es war das alte freisinnige Programm, um das sie sich am 2. März 1848 fast einstimmig scharte: Aufhebung der Ausnahmegesetze von 1819, 1832 und 1834, Beeidigung der Staatsbürger und des Heeres auf die Verfassung, politische Gleichstellung aller Konfessionen, Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister, Klagen gegen öffentliche Beamte ohne vorgängige Ermächtigung des Ministeriums, Aufhebung der Reste des Feudalwesens, Anordnung für gerechtere Verteilung der Staats- und Gemeindelasten, für Pflege der Gewerbsamkeit und der einfachen Arbeit, volkstümliche Kreisverwaltung und Schwurgerichte, deutsches Parlament, Unabhängigkeit der Richter, Reinigung des Staatsministeriums und der Bundestagsgesandtenstelle von dem Anhange des alten Systems.

Neue, über das Niveau demagogischer und agitatorischer Schlagworte sich erhebende Gesichtspunkte wußten die parlamentarischen Repräsentanten der äußersten Linken in diesem Augenblicke ebensowenig als früher zu prägen. Das Einzige, auf was sie sich etwas zugute tun durften, war die Aufnahme der Worte „Pflege der einfachen Arbeit“ in die ebengenannten Programmpunkte. Als aber Hecker in der Kommission von dem Abg. Mathy aufgefordert wurde, nähere Vorschläge zu machen und anzugeben, wie er sich die Einführung der progressiven Einkommensteuer als einziger Steuer denke, da soll der sonst so wortreiche Mann auf einmal sehr wortkarg geworden sein. Auch bei der Spezialdebatte über diesen Gegenstand in der Kammer kam Hecker nicht über folgende charakteristische Sätze hinaus:

„Ich freue mich, daß es heute zum erstenmal geschieht und die badische Kammer die erste ist, die eine soziale Frage zu ihrem Beschluß erhebt. Sie haben vor einigen Tagen gelesen, daß einer der französischen Minister sich unterzeichnet: Albert ouvrier oder Albert Arbeiter. Ich habe ferner gelesen, daß die französische Republik Nationalwerkstätten errichtet, so daß wer arbeiten will, seine Arbeit findet und reichen Lohn verdient. Ich freue mich, daß alles, was bis jetzt versäumt war, und was alle Staaten versäumen, durch unsern Beschluß nun nachgeholt und alle die Behauptungen, die wir in entgegengesetzter Richtung vernahmen, hierdurch vernichtet werden, daß wir anerkennen, der Ärmste in seiner Blouse und mit seiner rußigen Hand sei gerade soviel wert als der reichste Industriekönig, und die Nation habe die Pflicht, für alle gleich zu sorgen. Es ist heute nicht die Zeit, weiter hierüber zu sprechen.“

Ausführlicher, als es in unserem Plan liegt, sind wir den Ereignissen der ersten Revolutionstage gefolgt, da nichts mehr als der Anfang einer Bewegung geeignet ist, die treibenden Kräfte zu charakterisieren. Bereits hatten sich auch die übrigen Mächte, die im weiteren Verlaufe der Jahre 1848 und 1849 eine Rolle spielen sollten, an der Oberfläche gezeigt. In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar hörte man in den Straßen von Karlsruhe den Ruf: „Es lebe die deutsche Republik“, und das Lied: „Wir saufen das Blut der Tyrannen, wir saufen, wir saufen ihr Blut“. Am andern Morgen wurden die Literaten Abt, Blind und ihre Komplizen, welche in einem Wirtshause über einen Plan, zum Sturze der Monarchie — Überrumpelung des Zeughauses und des Großh. Schlosses — beraten hatten, verhaftet. Unter den Gästen, die am 1. März in die Hauptstadt gekommen waren, befanden sich einige hundert blutjunge, meist landfremde Leute, darunter Handwerksburschen, für welche aus unbekannter Kasse Eisenbahnfahrkarten gelöst worden waren. Ihre Führer wandten sich in wilden Reden an die Menge; so z. B. las der jüngere Schlöffel das berüchtigte Heinzen'sche Rechenexempel vor, dessen Eingang lautete: „Wir haben uns die ärgerliche Mühe genommen, nach dem genealogischen Kalender die Zahl der fürstlichen Müßiggänger beiderlei Geschlechts aufzuzeichnen, welche das deutsche Volk füttert und anbetet, um sich von ihnen

mit hohen, höchsten und allerhöchsten Fußtritten begnadigen zu lassen". Diese Elemente, die im Laufe der Revolution überall, wo der Boden glühte, plötzlich aus der Erde zu wachsen pflegten, zogen nach Beendigung der Kammersitzung, die wenig nach ihren Wünschen ausgefallen war, vor das Schloß, um hier zu Gunsten der am 28. Februar Verhafteten zu demonstrieren. Als der Staatsrat Bekk einen dieser Sturmpetenten fragte, woher er sei, lautete die Antwort der „fragwürdigen" Gestalt: „Aus Mainz". Durch eine aufmarschierende Dragonerabteilung, Vermittelung des Abg. Itzstein und das Versprechen des Justizministeriums, daß die Untersuchung der Gefangenen möglichst beschleunigt werden solle, gelang es endlich, den Haufen zum Abzug zu bringen. Die radikale Partei schien anfangs an diesem Übergange von der revolutionären Theorie zur revolutionären Praxis durchaus keine Freude zu haben, wenigstens wies sie die intellektuelle Urheberschaft solcher Umtriebe weit von sich; allein einzelne Führer hatten in ihrem intimen Freundeskreise nur zu oft mit ihren „Blutbuben" kokettiert, als daß sie diese Sorte ihres Anhanges ganz von ihren Rockschößen hätten abschütteln können. Der Abg. Brentano renommierte am 1. März: „Ich garantiere Ihnen mit meinem Kopfe, es wird keine Unruhe mehr vorfallen, ich hoffe, das Volk wird mich nicht im Stiche lassen". Nun, schon der Abend des 2. März, wo das Gebäude des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an drei Stellen angezündet wurde, zeigte, was von solchen bramarbasierenden Kraftsprüchen zu halten sei. Der Abg. Brentano war es auch, der während der Sitzung vom 1. März dem draußen im Hofraume auf einem Fasse gestikulierenden Struve die Kunde zugehen ließ, daß Mathy soeben die Volkswünsche totgeschlagen habe, und Struve hatte das Wort vom „Volksverräter Mathy" an die Massen weitergegeben. Wehe, wenn das durch die Reaktion tief verstimmte und verbitterte badische Volk jenem Demagogen und diesem Fanatiker in die Hände fiel!

Durch die Furcht vor einem Kriege mit der französischen Republik und vor einer inneren Revolution waren die vormärzlichen Gewalten ganz geknickt und gebrochen. Selbst die konservativsten Männer sprachen sich in diesem Augenblicke für den raschesten Anschluß an die große Zeitbewegung aus. Der greise Berckheim, der so oft dem badischen Volke den Fuß auf den Nacken gesetzt hatte, schrieb in diesem Sinne an den Minister des Innern. Die erste Kammer hatte nur Worte der Anerkennung über den neuen Regierungskurs und beschloß auf den Antrag des Fürsten von Fürstenberg, der wie 1830/31 so auch 1848/49 allen Standesgenossen mit dem besten Beispiel voranleuchtete, ihren Dank in einer besonderen Adresse auszusprechen. Der Großherzog erklärte die 12 Wünsche der Volksvertretung für „zeitgemäß", ließ durch den Präsidenten des Ministeriums des Innern eine loyale Erfüllung zusichern und wandte sich mit einer Sprache, die man seit 1831 nicht wieder gehört hatte, an sein Volk.

„In dieser ernsten Lage wende Ich Mich mit dem vollsten Vertrauen und mit der alten, nie unterbrochenen Liebe an Mein Volk, das Mir auch schon in guten, wie in schweren Tagen so viele Beweise seiner Liebe und Treue gegeben hat. Ich wende mich an Alle, denen die Ordnung, das Recht und die wahre Freiheit am Herzen liegen, mit der Aufforderung: daß sie mit mir zusammenwirken, um die heiligen Güter, die Ordnung, das Eigentum und die verfassungsmäßige Freiheit, auch in den Stürmen der Gegenwart aufrecht zu erhalten, so wie es Meine Pflicht und Mein fester Entschluß ist, die guten Bürger des Landes in dieser Bestrebung zu unterstützen, verbrecherische Unternehmungen mit allen gesetzlichen Mitteln niederzuhalten. Meine Badener! An Euch ist es nun, der Welt das Beispiel zu geben eines in gesetzlicher Entwicklung der Freiheit, unter Festhaltung der Ordnung glücklich fortschreitenden Volkes: Ihr werdet – Ich weiß es, Ich vertraue darauf – dieses großartige Beispiel geben."

Und welcher Zauberstab hatte den deutschen Bundestag, die hohe Behörde „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung", verwandelt? Am 1. März wandte sich die Bundesversammlung „vertrauensvoll" an das deutsche Volk mit dem Versprechen, Deutschland auf die ihm gebührende Stufe unter den Nationen zu stellen, und am 3. März stellte sie jedem Staate anheim, die Censur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen. Seit den ersten Märztagen wehte die deutsche Flagge vor dem Bundespalaste in der Eschenheimer Gasse, und der badische Gesandte von Blittersdorff wurde in den Straßen von Frankfurt mit — — — einer riesigen schwarz-rot-goldenen Kokarde am Hute gesehen.







Fünfzehntes Kapitel. Die soziale Bewegung.



In den ersten Märztagen brachen die letzten Säulen der alten Gewalten mit einem weithin vernehmbaren, tragikomischen Krache zusammen. Der erste Ansturm der Geister, die sie, wenn auch nicht gerade geweckt, so doch mächtig gefördert hatten, wurde am 1. März glücklich abgeschlagen. Und doch sollte diesen Elementen, die, wie noch die letzte Wahlbewegung gezeigt hatte, in normalem Zeitlauf nicht gerade gefährlich hätten werden können, in Baden die nächste Zukunft gehören. Ehe wir die Frage, wie es geschehen, weiter verfolgen, müssen wir den Grund und Boden kennen lernen, in dem die neue Bewegung ihre kräftigsten Wurzeln schlug.

Schon im Herbste des Jahres 1845[1]) konnte man voraussehen, daß die Zeit der sieben fetten Kühe vorüber sei. Eine Kartoffelseuche, wie man seit Menschengedenken keine erlebt hatte, trat in so besorglichem Grade auf, daß ein Kartoffelausfuhrverbot erlassen werden mußte. Diese Krankheit wiederholte sich auch in den folgenden Jahren, wenn auch in stetig abnehmendem Maße, und war um so gefährlicher, als sie namentlich diejenigen Landesteile heimsuchte, deren Erwerbs- und Produktionsverhältnisse ohnehin zu den ungünstigsten gehörten. Wie aber allgemeines Unglück selten allein kommt, so folgte das Hungerjahr 1846/47 mit all seinen Schrecknissen. Durch die außerordentlich strenge Kälte des Winters 1845/46 litt die Winterfrucht schweren Schaden. Im folgenden Frühjahr mußte sie umgeackert und Sommerfrucht gesät werden. Allein schon im Frühsommer trat eine lang andauernde Trockenheit ein, welche fast die ganze Aussaat vernichtete. Während in früheren Jahren die Getreidepreise durchschnittlich 11 fl. 41 Kr. für das Malter Kernen betrugen, stiegen sie 1846/47 im Jahresdurchschnitt auf 22 fl. 18 Kr., um im Mai 1847 ihren Höchststand mit 31 fl. 7 Kr. zu erreichen. Der Laib Brot (etwa 6 Pfund) kostete 50 Kreuzer. Auch mußten die Bauern infolge des Futtermangels ihren Viehstand auf das Mindestmaß reduzieren. Die Fleischpreise sanken plötzlich in so rapider Weise, daß in manchen Dörfern das Pfund Rindfleisch für 3 Kreuzer verkauft wurde.

---

[1]) Vergl. die Entwickelung des Staatshaushalts im vierten Kapitel.

Tief einschneidende Zollmaßregeln suchten von Staatswegen eine Preisermäßigung des täglichen Brotes herbeizuführen. Durch die Gesetze vom 13. Februar und 12. September des Jahres 1847 wurde der Eingangszoll auf Getreide und Mehl aufgehoben, und während eines Teiles des Jahres 1847 die Ausfuhr von Getreide, Mehl und Brot durch hohe Ausgangszölle erschwert; auch im Lande mußte sich der Zwischenhandel und Verkauf drückende Beschränkungen aller Art gefallen lassen. Ob auch Staat, Gemeinden, Vereine und Private in der Herbeischaffung von Lebensmitteln und Saatfrüchten wetteiferten, so war doch kein Ende des Übels abzusehen, zumal auch natürlicherweise Handel und Verkehr, das Groß- und Kleingewerbe, der Arbeitsverdienst in die innigste Mitleidenschaft gezogen wurden. Als zu Ende des Jahres 1847 dann überall große Bankerotte ausbrachen, und am Anfange des Jahres 1848 zu allem anderen Übel auch noch die allgemeine Erschütterung der politischen Verhältnisse hinzukam, fingen auch die wohlhabendsten Kreise an, jeden nicht unbedingt nötigen Aufwand einzustellen oder doch einzuschränken.

Zu diesem natürlichen Werdegang der Dinge kam ein anderer. Die Wende des vierten und fünften Jahrzehntes bildete die Schwelle des Zeitalters der modernen Wirtschaftsentwickelung. Die ungeheure Vervielfachung der Erzeugung durch die Maschine, der gewaltige Aufschwung der Industrie, die großartige Entwickelung der modernen Verkehrsverhältnisse, der fieberhafte Wettbewerb des Auslandes: all das rächte sich bitter an dem kleinen Mann des Landes und des Handwerks. Der Kleinbauer hielt sich nur mit Mühe auf dem ererbten Boden. Der Taglöhner und Knecht wanderte entweder über See oder in die Stadt. Die alte Hausindustrie verlor ihren bisherigen Sinn und Wert. Die Zunftorganisation löste sich auf, noch ehe die grundsätzlich anerkannte Gewerbefreiheit ins Leben trat. Verkaufsmagazine schossen aus dem Boden. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Meister, Geselle und Lehrjunge ging in die Brüche.

Aus solchen bäuerlichen und handwerkerlichen Kreisen rekrutierte sich die Arbeitermasse, welche in den Fabrikbetrieben zusammenströmte, um bald, geführt von Elementen der historischen Stände, den Träger eines neuen Standesbewußtseins zu bilden. War auch diese Bewegung noch nicht über die Anfänge hinausgekommen, so überkam doch alle in Mitleidenschaft gezogenen Kreise bei der allgemeinen Not der Zeit, den bösen Teurungsjahren, den wirtschaftlichen Krisen eine proletarische und revolutionäre Grundstimmung. Von der Unterhaltung, welche in den vierziger Jahren auf den großen „Butiken" gepflogen wurde, hat uns ein badischer Handwerksbursche folgende drastische Federzeichnung hinterlassen:

„Man würde sich irren, wenn man glauben wollte, daß das Politisieren der Hauptgegenstand ihrer Unterhaltung gewesen sei. Sie sprachen wohl hie und da von der Freiheit, was es für eine schöne Sach' um dieselbe sei, und von dem Davonjagen der gekrönten

Müßiggänger, die jährlich selbst so ein Heidengeld verschwelgten und verputzten und ebensoviel für ihre Degen- und Bajonettenträger brauchten, die sie bloß deshalb unterhielten, um das übrige Volk zu unterdrücken und als Sklaven behandeln zu können. Die Untertanen, die Sklaven, besonders aber die Bauern müßten schaffen zum Krepieren, um das Geld, die große Steuer, aufzubringen, welches die Großen vertäten und womit sie ihre Degen- und Bajonettenjäger bezahlten. — Wenn so aufgetischt wurde, da spitzte ich die Ohren wie eine Haselmaus; aber dies geschah nicht so oft, als ich es wünschte, sondern der Hauptgegenstand ihres Gesprächs war größtenteils die gegenseitige Mitteilung ihrer Erfahrungen und Erlebnisse in der Fremde und fast lauter solcher von Weibsleuten; da hörte ich von Männern, die Frau und teilweise Kinder daheim hatten, fast noch ärger schmutzige Dinge erzählen, als wie ich sie vor- und nachher von Nebengesellen auf den Butiken hörte, wo solches Zeug einen großen Teil des alltäglichen Gesprächs ausmacht. . . Auch über Religion und besonders über die Pfaffen, die nur die Polizeidiener der Großen seien und das Volk im Zaum halten müßten, daß es die gekrönten Spitzbuben, Faulenzer, Blutsauger usw. nicht zum Teufel jage, wurde tüchtig losgezogen."

Auch auf noch anderes fruchtbares Erdreich fiel das Struve'sche Senfkörnlein von der „deutschen Republik" mit ihrem Motto „Wohlstand, Bildung, Freiheit für alle". Das war die empfängliche und leicht entzündbare akademische Jugend Alt-Heidelbergs, die gerade in ihren begabtesten Köpfen die Entwicklung von studentischer Reform zu politischer Revolution durchmachte. Zu Anfang der vierziger Jahre befand sich die überwiegende Mehrzahl der Studenten in einer scharf ausgesprochenen Oppositionsstellung gegen die Korps, die in maßloser Überhebung auf die übrige Studentenschaft herabschauten und in dem Rufe standen, gefügige Werkzeuge Metternichs und der reaktionären Regierungen zu sein, um die akademische Jugend von der Teilnahme an öffentlichen Dingen abzulenken und ihr nationales und ideales Sinnen und Trachten zu ertöten. Geradezu verrufen waren in dieser Richtung die Heidelberger Sueven, hatte doch ein Mitglied dieses Korps, aus dem auch Uria hervorgegangen war, die dreiste Behauptung aufgestellt: „Das Schwabenkorps ist der Grundpfeiler des badischen Staates." Als Reaktion gegen solche Bestrebungen und Strömungen bildeten sich aus Wilden, ehemaligen Burschenschaftlern und Korpsburschen fünf Reformverbindungen, welche zu den Grundsätzen der alten Burschenschaft, wenn auch ohne deren christlich germanische Färbung, zurückkehrten, untereinander in Unterhandlungen traten, die „allgemeine Studentenschaft" organisierten und den Korps bei jeder Gelegenheit zeigten, daß es mit ihrer Suprematie zu Ende sei. Nach Art der Kammeropposition nannten sich diese Gegner der Korpsbestrebungen gleichfalls „Opposition" und gründeten eine akademische Reformzeitung „Zeitschrift für Deutschlands Hochschulen", die in dem nahen Mannheim erschien und von Struve redigiert wurde. Kein Wunder, wenn die Politik bald einen Hauptgegenstand des Studiums bildete und die Reformverbindungen in zwei Lager spaltete, von denen das eine bei dem ursprünglichen studentischen Reformgedanken stehen blieb, während das andere radikale Grundsätze in Philosophie,

Religion, Politik und Betätigung der Überzeugung schon auf der Universität verlangte. Gegen Ende des Wintersemesters von 1844/45 kam es zu der entscheidenden Trennung, indem sich unter der Führung eines älteren Mediziners namens Hexamer aus Mitgliedern verschiedener Reformverbindungen der „Neckarbund" bildete. Die Neckarbündler verzichteten auf farbige Bänder und Mützen als kindische Abzeichen und stolzierten in dunklen Filzhüten, den späteren „Heckerhüten", einher. Sie sahen die überlieferten Schranken der Religion weit hinter sich, suchten das Gebiet der dunklen Naturkräfte zu erkunden und zerbrachen sich über Recht und Besitz die Köpfe. Zu dem Studium der theologischen, naturwissenschaftlichen und philosophischen Systeme kam die Lektüre der schönen Literatur aus Paris, der republikanischen Blätter von Frankreich, besonders der Schriften von St. Simon, Fourier, Piere Leroux, Robert Owen, Louis Blanc, Proudhon. Diese Neckarbündler bildeten unmittelbar vor und während der Revolution von 1848/49 die Leibgarde Struves in Volksversammlungen und in der radikalen Presse. Einzelne fühlten sich geradezu berufen und auserwählt, das sozialistische Evangelium in alle Welt hinauszutragen. Kußmaul hat uns in seinen „Erinnerungen eines alten Arztes" das folgende interessante Konterfei eines solchen Apostels hinterlassen:

„Die merkwürdigste Persönlichkeit, die dem Neckarbunde beitrat, war jedenfalls Peter Michel, ein Student der Philosophie, der von Bamberg frisch auf die Hochschule gekommen war, der Sohn eines bayerischen Offiziers. Er hatte sich auf der Schule beim Turnen einen Abceß des rechten Pfrasmuskels im Unterleibe zugezogen und lange Zeit Bett und Zimmer hüten müssen. Noch immer erinnerte seine gebeugte Haltung und die fast leichenhafte Bläße seines Gesichtes an die überstandene schwere Krankheit. Er war eine auffallende Erscheinung: rabenschwarzes Haar hing ihm dicht und lang auf die Schultern herab, seine Nase war in scharfem Bogen geschnitten, seine dunkeln Augen glühten, er trug einen schwarzsamtenen polnischen Schnürrock und weite Pumphosen; ein kleiner schwarzer Bart begann bereits Kinn und Wangen zu umsäumen. In seiner weichen fränkischen Mundart erzählte er uns, nachdem er in der Alemannia heimisch geworden war, daß ihn auf seinem langwierigen Krankenlager eine wahre Lesewut befallen hätte. Er habe mit besonderer Gier philosophische Werke gelesen, Spinoza und Hegel, zuletzt Feuerbach. Von den Philosophen wandte er sich zu Proudhon und Fourier, wurde ein eifriger Bekenner der neu aufgetauchten sozialistischen Lehre und beschloß, auf der Hochschule Philosophie zu studieren und Apostel des Sozialismus zu werden.

Warum er gerade Heidelberg, das sich damals keines hervorragenden Philosophen erfreute, für sein Studium aussuchte, weiß ich nicht. Von den Vorlesungen des Ordinaris, Freiherrn von Reichlin-Meldegg, war die besuchteste über Goethes Faust wenig mehr als ein Rendezvous sich belustigender Studenten und Dozent Roeth, der 1816 zum a. o. Professor der Philosophie ernannt wurde, gewann seinen Ruf als Lehrer hauptsächlich erst durch Julius Braun, Blind und die Neckarbündler, die seinen gewagten Hypothesen mit dem vollen Vertrauen gläubiger Jünger lauschten, obwohl sich seine kühnen Behauptungen gegenüber der genaueren, wissenschaftlichen Prüfung als Irrlehren erwiesen. Auch der dritte, Hofrat Kapp, war kaum ernst zu nehmen.

Sei dem, wie ihm wolle, unserem Michel gefiel Heidelberg, wo ihn seine sozialistische Mission von Anfang an mehr beschäftigte, als sein Fachstudium. Gleich nach seiner Ankunft sah er sich, wie er selbst seinen Freunden später vertraute, bei verschiedenen Verbindungen, auch Korps, auf ihren Kneipen um, ob er fruchtbaren Boden für sein Evangelium fände. Der tauglichste schien ihm die Alemannia, die ihn aufnahm. Er brachte seine Lehre sehr bescheiden, sogar sanft und schmeichelnd vor und gewann allmählich einen großen Einfluß auf Heramer und Blind, obwohl er sie nie zu entschiedenen Sozialisten bekehrte. Im Neckarbund rückte er mit seinem inneren Menschen ohne weiteren Zwang heraus, konnte unbändig grob sein und wie ein Flötzer schimpfen auf die „Holben" und „Liberolen", namentlich solche Jommermenschen wie den Gervinus."

Wie hätte es mit diesen jugendlichen Phantasten, die seit dem 1. März die Klinke der freien Presse in die Hand nahmen und bei den obwaltenden Preßverhältnissen fast allein zum badischen Volke sprachen, zu einer leidenschaftslosen, sachlichen und gründlichen Aussprache über die im Augenblick alles beherrschende Frage, ob konstitutionelle Monarchie oder Republik, kommen können?

Seit der Mitte der vierziger Jahre war diese Frage häufig Gegenstand der Erörterung gewesen, allein man war aus naheliegenden Gründen über akademische Betrachtungen nicht hinausgekommen. Die Altliberalen bekannten sich, soweit sie in führender Stellung ihre Ansichten zum Ausdruck brachten, zu der konstitutionellen Doktrin, die Rotteck im Staatslexikon niedergelegt und Welcker nochmals im Jahre 1845 in der Vorrede zur zweiten Auflage mit guten Gründen allen Einwänden von konservativer und radikaler Seite gegenüber verfochten hatte. Wie die meisten im Grunde des Herzens dachten, hat Dr. Weil in der Einleitung zu seinen „konstitutionellen Jahrbüchern" kurz und bündig wie folgt ausgesprochen:

„Wir halten sie — die konstitutionelle Monarchie — entfernt nicht für das absolute Gute; sie ist uns nicht ein Beglückungsschema für die ganze Welt. Wir kennen ihre Fehler, ihre Schwächen, ihre Nachteile. Unter den gegebenen Verhältnissen aber ist sie unserer Ansicht nach relativ das Beste, und das muß für den Politiker genügen. Der Absolutismus in allen seinen Formen widerstreitet entschieden der Bildungsstufe unseres Volkes. Die Republik ist eine Chimäre, ein Unding für Deutschland. Mit Montesquieu gesagt: Demokratie und Aristokratie sind nicht vermöge ihrer Natur freie Staaten — die politische Freiheit findet sich nur in Staaten von gemäßigter Regierungsform."

Darin waren in den ersten Märztagen alle eins, daß nun die Stunde der Begründung eines deutschen Nationalstaates geschlagen habe. Ob dynastischer Föderativstaat, ob unitarische Monarchie oder Republik — das waren die strittigen Fragen. Im Südwesten Deutschlands drängte die ganze Geistesrichtung zur republikanischen Tendenz und Konsequenz. War nicht der bisherige deutsche Bund, dieser Gegenstand allgemeiner Abscheu und Inbegriff aller politischen Erbärmlichkeit und Niedertracht, eine Art dynastischer Föderativstaat gewesen? Das Odium des Institutes hatte sich auch auf die Personen erstreckt, zumal einige deutsche Fürsten früher ein böses Beispiel gegeben, und der König

von Bayern gerade eben besondere Proben von „Regententugend" abgelegt hatte. So war man in weiten Volkskreisen gewohnt, die deutschen Fürsten als geborene und geschworene Gegner des deutschen Nationalstaates zu betrachten und deutsche Einheit und deutsches Dynastentum als zwei unverträgliche Dinge anzusehen. In diesen Gedankengängen ergingen sich nicht nur die schwärmerischen Jungen, nicht nur die verstimmten und erbitterten Alten: würdige Repräsentanten aller Stände, die zu dem Volke in einem freieren Verhältnis standen, wie Ärzte, Anwälte, Pfarrer, Lehrer stimmten jetzt, wo die Zungen gelöst, begeistert in diesen Ruf ein.

Unter solchen Verhältnissen war es eine Tat, dem täglich, stündlich anschwellenden Strome sich entgegenzuwerfen, der, wie die Dinge in Wirklichkeit beschaffen waren, höchstens zu einer südwestdeutschen Winkelrepublik führen konnte. Die deutschen Zeitungsmänner fuhren unter den größten Anfeindungen fort, der Nation weithin sichtbare Richtpunkte und Wege zu weisen. In ernstem, elegischen Tone und mit der überlegenen Macht der Gründe beschworen sie das engere Vaterland, doch die seit dem Jahre 1818 mit soviel Ehre betretene Bahn weiter zu verfolgen und nicht der blind machenden Leidenschaft und dem Rausche demagogischer Schlagworte sich hinzugeben: der Jugend sei es natürlich und stehe selbst wohl an, sich in Ideen und Idealen zu begeistern, aber man könne sie nicht dringend genug mahnen, das Ideal mit den möglichen Dingen nicht zu verwechseln und ihre Ideen erst dann in die Wirklichkeit zu übertragen, wenn sie, reifer an Jahren, an der harten Praxis sich erst selbst geprüft und versucht hätte. Verstimmung und Verbitterung oder gar Rache seien wohl imstande einzureißen, nicht aber, was jetzt vor allem Not tue, aufzubauen. Mehr Redlichkeit und Ehrlichkeit als Verstandesklarheit und Urteilskraft verrate es, wenn man sich aus allen Bedingungen der wirklichen Verhältnisse herausversetze und in Deutschland die in ganz anderen Verhältnissen wurzelnde französische Republik aus dem Stegreif nachbilden wolle. Man solle doch den Blick nicht immer auf die nächste Kirchturmspitze richten und glauben, was für die kleinen Kantone der Schweiz gut, sei auch für das große Deutschland billig. Die östlichen Deutschen seien in ihren inneren Einrichtungen und in politischer Bildung weit gegen den Westen zurück; da sei es nicht weise, diese Distanz noch mehr zu erweitern. Eine föderative Republik in Deutschland, im Gedränge zwischen dem einheitlichen Frankreich und Rußland, sei ein Mißgedanke für einen praktischen Staatssinn, auf den niemand kommen werde, der vor allem das erwachte Streben teile, Deutschland zu einer Macht zu bilden, nicht aber Deutschland in dem Momente, wo es in diesem Streben begriffen sei, in eine Unmacht aufzulösen.

In einem ähnlichen Geleise bewegte sich die öffentliche Diskussion über die sozialen Zeit- und Streitfragen. Als Ende Februar 1848 die große politische

Krisis eintrat, stand das Proletariat mit seinen geballten Fäusten den drohenden Blicken des Bürgertums nicht unwirksam zur Seite. Sintemalen der hungernde Mensch vor allem andern essen will, war es ganz natürlich, daß für die Proletarier die politischen Güter erst in zweiter Linie kamen. Nun hatte aber die politische Verwirrung eine Unsicherheit aller Zustände, eine Stockung fast aller Erwerbstätigkeit und damit auch eine weitere unvermeidliche Verminderung der Arbeitsgelegenheit und riesige Vermehrung der Besitz- und Arbeitslosen im Gefolge. Wer also im bürgerlichen und liberalen Lager die neuesten politischen Güter hoch anschlug, der durfte seine Tätigkeit nicht nur auf die Erhaltung der politischen Freiheit beschränken, der durfte nicht von den Besitzlosen verlangen, daß sie ebenso wie die Besitzenden mit den gegebenen Zuständen ohne weiteres zufrieden sein sollten. Es war ein Gebot der Gerechtigkeit und Klugheit, den Bundes- und Volksgenossen aus dem Arbeiterstande gegenüber, ohne welche die ideellen Güter nicht errungen werden konnten, den Grundsatz der werktätigen Vaterlands- und Menschenliebe zu betätigen.

Leicht freilich wurde die ehrliche und redliche Arbeit im Dienste der sozialen Frage damals noch weniger als heute gemacht. Während die Arbeitgeber in dem Rufe nach höheren Löhnen und weniger Arbeit ein Stück der verkehrten Welt erblickten, während die Bürgerwehren vielfach die Überwachung des Proletariats als ihre vornehmste Aufgabe ansahen, taten die Arbeiterführer in der zuversichtlichen Erwartung, daß die bürgerliche Revolution nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen sein werde, alles, um die ohnehin tief gähnende Kluft zwischen Reich und Arm zu erweitern. Ein kunterbunter Mischmasch von utopistischen Wolkenwandlern segelte unter der Flagge der sozialen Demokratie dahin. Tiefer dringende Studien der gesellschaftlichen Struktur hatte keiner der meist jugendlichen Agitatoren gemacht. Soweit ihre Gedankenwelt sich auf den Volksversammlungen und in der Presse offenbarte, bewegte sie sich in der folgenden Richtung: die Vorstellungen vom Zwecke des Lebens hätten sich von Grund aus geändert. Während man früher diesen Zweck ins Jenseits verlegt und das irdische Leben nur als eine Vorbereitung für das jenseitige angesehen habe, gelte es nunmehr, das Paradies schon im Diesseits zu suchen und mittels des Grundsatzes von der Volkssouveränität aufzurichten. Habe man zunächst einmal gesprochen: „Wir sind reif: das Volk will," so werde sich alles andere am Tage nach der Revolution von selbst finden.

Solchen Vorstellungen standen die deutschen Zeitungsmänner kühl und kritisch bis ans Herz hinan gegenüber. Wir haben schon im ersten Teile dieses Werkes erzählt, wie der Chefredakteur Gervinus sich lange Zeit mit dem Gedanken trug, diese Nebelwelt durch einen satirischen Blitz zu erleuchten. Mit lebhaftem Interesse folgte er jetzt den sozialistischen Experimenten der jungen französischen Republik und tat sich viel darauf zu gute, als diese

schülerhaften Versprechungen und Versuche, wie er längst prophezeit hatte, mit einem kläglichen Fiasko endeten. Solche Phantasiegebilde – das war seine Meinung – könnten höchstens dazu führen, den ganzen Staat in eine hermetisch abgeschlossene Proletarieranstalt zu verwandeln, aus einem tüchtigen Volke ein Lazzaronigeschlecht zu bilden, die Reichen arm und die Armen noch ärmer zu machen. So wenig er geneigt war, die Reise in das sozialistische Traumland mitzumachen, so hielt er es doch auf der anderen Seite für einen großen Fehler, wenn man etwa der Frage, die jeden denkenden Kopf beschäftigte, ausweichen wollte. Man müsse im Gegenteil dem Grunde des Übels ernstlich nachspüren, die verschiedenen Seiten des Problems gründlich durchsprechen und die Anwendung auf das Leben unter den gegebenen Verhältnissen aufrichtig zu vermitteln suchen. Der dichter werdenden und ungleich sich schichtenden Gesellschaft könne der Staat mehr auf indirektem als direktem Wege zu Hilfe kommen: durch eine zeitgemäße Steuergesetzgebung, Förderung des Volksschulunterrichts, Hebung des Verkehrslebens, Regelung des Armenwesens, Leitung der Kolonisation usw. Es sei eine günstige Fügung des Schicksals, daß in Deutschland die Erörterung über die Mittel zur Abhülfe gegen die schroffen Gegensätze zwischen Reich und Arm aufgenommen würden, bevor jene Gegensätze selbst eine gefährliche Höhe erreicht hätten. Auf diesem Wege gelte es mutig weiterzuschreiten. Der Lorbeer eines Gracchus sei nicht mehr zu ernten, weil glücklicherweise die Aufklärung sich immer mehr Bahn breche, daß bei der Lösung der sozialen Frage ebensosehr der berechnetste Egoismus wie die wärmste Humanität beteiligt sei.

Anders als die soziale Theorie ließ sich die soziale Praxis an. Unter dem Stichwort des Tages „Freiheit“ dachte in den Märzverbrüderungstagen ein jeder nach dem Bildungsgrade etwas anderes. Einige Bevölkerungsklassen verstanden sie in dem Sinne, daß nur ihre eigenen Rechte, nicht auch die gegenüberstehenden Rechte anderer zur allgemeinen Anerkennung gelangt seien. Auf solcher Auffassung und niederem Instinkte beruhten die Judenkrawalle, von denen nur der Sturm der christlichen Heidelberger Schneider auf die Läden der jüdischen Kleiderhändler hier Erwähnung finden mag. Gefährlicher als die antisemitische Bewegung war der Aufstand der Odenwälder und Bauländer Bauern. Da wir oben die wirtschaftliche Notlage des Bauernstandes gezeichnet haben, bleibt uns hier nur die Aufgabe, die besonderen Gründe darzulegen, welche den Bauer in den genannten Landesteilen antrieben, getrosten Mutes in den Himmel hinaufzugreifen und herunterzuholen seine ew'gen Rechte.

„Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.“

Die alten Feudallasten ließen das arme Volk hier zu Lande nicht zur Ruhe kommen. Wohl waren im letzten Menschenalter einige Ablösungs-

gesetze gegeben worden, allein die beteiligten „Reichsunmittelbaren“ hatten den Beschwerdeweg an die Bundesversammlung angetreten. Als die badische Regierung gegen den Bundesbeschluß vom 15. September 1842, welcher solche Klagen an das Bundesschiedsgericht verwies, protestierte, wurde den Reklamanten der Rechtsweg vor den Landesgerichten eröffnet. Die gerichtlichen Verhandlungen waren aber noch zu keinem Ende gediehen, als die Märzbewegung einsetzte.

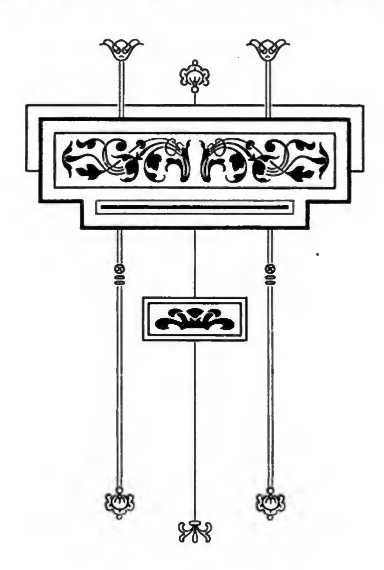
Noch gefährlicher war der Zündstoff, welchen die Beschwerde der Grund- und Standesherren gegen die Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 31. Dezember 1831 über die Bürgermeisterwahlen, Bürgeraufnahmen und Beiträge zu den Gemeindelasten aufgehäuft hatte; denn die badische Regierung hatte am 16. Februar 1837 ein provisorisches Gesetz erlassen müssen, welches verordnete, daß die Gemeindeordnung in den erwähnten Punkten den ehemaligen Reichsunmittelbaren gegenüber keine Anwendung finden sollte.

Bei dieser Lage der Dinge fehlte es nicht an beständigen Reibungen zwischen den Gemeindebeamten und Rentamtmännern. Das Landvolk führte bittere Klage über die Höhe der Ablösungssumme und die rücksichtslose Einzugsweise der Gefälle. Es war der Meinung, daß die Standes- und Grundherrschaften überhaupt kein Recht auf irgendwelche Entschädigung hätten. Revolutionäre Aufrufe hatten schon im Herbste 1847 das Feuer geschürt. Seit den letzten Februartagen saßen die Rädelsführer den ganzen Tag über im Wirtshause, erzählten abenteuerliche Heldentaten und stießen fürchterliche Drohungen gegen diejenigen aus, die nicht mitmachen wollten. Lassen wir den gründlichsten Kenner der badischen Bauernaufstände[1]) erzählen, wie am Fastnachtdienstag, 7. März 1848, die Nachkommen der Bauernkrieger von 1525 nach alter Väter Weise das Lastenabschüttelungswerk begonnen:

„Zwischen 7 und 8 Uhr abends zog von Schweigern her eine Rotte von sechs- bis achthundert Mann gegen Boxberg hinauf. Es waren Leute aus Schüpf, Schweigern und Bobstadt, und an ihrer Spitze ging als Führer der Zimmermann Adam König von Schweigern mit einer Axt in der Hand. Die meisten unter ihnen trugen als Erkennungszeichen ein weißes Hemd über den Kleidern und waren mit langen Messern, alten Säbeln und Gewehren, sowie mit Beilen und andern ähnlichen Werkzeugen bewaffnet. Beim Herannahen der Aufrührer wollte der Rentamtmann Hermann noch in aller Eile die Rentamtskasse und Gültbücher, sowie die wichtigsten sonstigen Aktenstücke in Sicherheit bringen, aber er vermochte es nicht mehr; es war bereits zu spät. Kaum gelang es ihm noch, sich selbst mit Frau und Kind, ohne Überkleider und Stiefel, wie er war, vor der Wut des anstürmenden Haufens in Sicherheit zu bringen. Die Kleider, welche er und seine Angehörigen auf dem Leibe trugen, waren alles, was sie noch retten konnten. Während sie sich durch die Hintertüre des Kellereigebäudes in die Gärten und von da ins Freie flüchteten, war schon das vordere Haupttor erbrochen, und mit wildem Geschrei stürmten die Angreifer durch die Gänge

[1]) Dr. Karl Hofmann, „der Bauernaufstand des Jahres 1848 im badischen Bauland“, im 5. Bande des „neuen Archivs für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der rheinischen Pfalz“.

und die Treppen hinauf in die Wohn- und Diensträume des Rentamtmannes. Im nächsten Augenblick waren auch schon sämtliche Türen, Fensterläden und Fenster zertrümmert. Die Rentamtskasse wurde erbrochen und ihr Inhalt, etwa 200 Gulden waren es, geraubt, alle Akten und Bücher weggenommen, der Hausrat in Stücke geschlagen und durch die Fenster auf die Straße geworfen. Während dann die einen die Akten, Gültbücher und Urkunden vor das Städtchen auf die damals der Standesherrschaft gehörige Schafwiese an der Angelthürmer Straße hinausschleppten und dort verbrannten, drangen die andern in die Kellerräume unter dem Rentamtgebäude ein. Getrunken hatten sie tagsüber schon genug; darum begnügten sie sich jetzt damit, sämtlichen dort lagernden Weinfässern die Böden einzuschlagen, so daß der Inhalt herausfloß und die leeren Fässer tatsächlich bald im Weine herumschwammen. All dies geschah unter dem fortwährenden Rufen: „Es lebe der Großherzog!"





Sechzehntes Kapitel — Die Märzbewegung.



uf diesem Hintergrunde spielte der zweite Akt der neuen Freiheit: die eigentliche Märzbewegung. „Alleweil is Freiheit" — dieses Zauberwort tat vom See bis zum Main seine Wunderwirkung. Sah man von der Paroleausgabe der Führer ab und blickte man auf das, was die Volksseele bewegte, so entdeckte man eine massenhafte Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und einen unklaren Drang, aller Fesseln ledig, frei zu werden. Und in der Tat bestand einige Wochen lang ein Zustand, wo jeder die Freiheit, die er meinte, in vollen Zügen schlürfen konnte. Die gesetzliche Autorität war durch die fieberhafte Aufregung und Agitation fast überall gelähmt und außer Kraft gesetzt. Es wurden keine Steuern, keine Abgaben entrichtet; man ging am hellen Tage auf die „freie Bürsch", brachte beim Mondenschein mißliebigen Pfarrern und Beamten eine solenne Katzenmusik oder begleitete einzelne Partei- und Lokalgrößen mit Sang und Klang bei Fackelschein nach Hause.

Allmählich begann auch das erste Stadium der Volksbewaffnung seine seltsamen Blüten zu zeitigen. Die Exerzitien der Bürgerwehren mit Musketen, Stutzern und Sensen in Rotten, Zügen und Fähnlein lenkten die Aufmerksamkeit von Alt und Jung auf sich. Welch' interessante Soldatenspiele bis zu jenem blutigen Ernste, wo der Heidelberger Professor Vangerow vor der Wohnung eines Zuhörers, der Freischarenführer geworden, Wache stehen mußte! Noch ergötzlichere Dinge erzählten die aus den Städten heimkehrenden Landleute von den Märzvolksversammlungen, wie von den mit Blumen und Kränzen geschmückten Häusern schwarz-rot-goldene Fahnen wehten, wie Männer als Volksredner sich entpuppten, die noch vor wenigen Wochen ihrem ehrsamen Handwerk nachgingen, wie endlich Struve, umgeben von Heidelberger Studenten, erschienen sei und für alle ein Geschenk mitgebracht habe, so habe er z. B. den Lehrerstand durch folgende einfache demokratische Handauflegung von allen Sorgen befreit:

Lehrer: „Solange die Lehrer nicht besser gestellt sind, kann aus der Sache nichts werden, sie sind es, welche den von der Natur in die kindlichen Gemüter gelegten zarten Keim der Freiheit pflegen und erstarken machen müssen, daß die Jugend zu tüchtigen Männern heranwächst."

Struve: Meine Herren! Die Offenburger Versammlung hat über diesen Punkt schon einen Beschluß gefaßt; derselbe lautet: Ungesäumt soll die Schule von der Kirche getrennt werden. Die Pfaffen haben zuviel, die Lehrer zu wenig. Wir wollen gerechte Ausgleichung dieses Mißverhältnisses. Ich fordere Sie auf abzustimmen, ob Sie damit einverstanden sind? (Viele Hände fliegen in die Höhe; hierauf verkündet der Redner feierlich:) das Volk hat also beschlossen, daß das, was die Pfaffen zuviel haben, den Schullehrern abgegeben werden soll."

Bäuerlein: (das in den lauten Beifall mit großer Heftigkeit eingestimmt hat, zu seinem Nachbar:) „Was hat der Struve denn gesait?"

In diesem Chaos der verschiedensten Wünsche und Interessen konsolidierte sich zunächst das Ziel derjenigen, welche bisher die folgerichtigsten Erben der von Liebenstein und Rotteck überkommenen nationalen und liberalen Politik gewesen waren. Am 5. März 1848 fand zu Heidelberg jene denkwürdige Versammlung statt, welche den Grund zu der künftigen Entwicklung Deutschlands legte. Die 51 Männer, die hier aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt zusammentraten, scharten sich in ihrer großen Mehrzahl um das neue Programm der deutschen Zeitung, bestellten einen Ausschuß von sieben Männern, um die vorbereitenden Schritte für die Berufung einer Vertrauensmännerversammlung (Vorparlament) und einer deutschen Nationalvertretung zu tun, und stellten folgende Grundlinien für die künftige Reichsverfassung auf: Bundesoberhaupt mit verantwortlichem Ministerium, Senat der Einzelstaaten, Volkshaus, einheitliches Heerwesen, einheitliche Vertretung gegenüber dem Auslande, ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, von Münze, Maß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen, Einheit der Zivil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens, ein Bundesgericht usw. Auch auf dieser Versammlung kam es zu einer lebhaften Aussprache über die allgemeine Streitfrage, ohne daß jedoch ein bestimmter Beschluß gefaßt wurde. Struve verlangte die föderative Republik nach dem Vorbilde der nordamerikanischen Freistaaten, worauf H. von Gagern, der für eine konstitutionelle Monarchie mit einem deutschen Kaiser an der Spitze plädierte, hart im Raume mit Hecker zusammenstieß. Lassen wir einen Ohrenzeugen über diesen interessantesten Teil der Debatte berichten:

„H. von Gagern sprach mit Lebhaftigkeit und Energie gegen die Wühlereien, die jetzt schon auftauchten und auf einen republikanischen Rheinbund im deutschen Südwesten hinarbeiteten. „Auch ich," rief er, „würde Republikaner sein, wenn das deutsche Volk die republikanische Staatsform beschließen würde, ich kann Republikaner sein, denn ich habe einfach leben gelernt; aber ich will keine Pöbelherrschaft, kein Liebäugeln mit dem Pöbel." Hecker äußerte dagegen, er wolle die Freiheit, die ganze Freiheit für alle, gleichviel, in welcher Staatsform sie zu erreichen sei. „Ich will," fügte er hinzu, „keine Freiheit nur für die Privilegierten oder für die Reichen; ich bin, wenn ich es mit einem Worte benennen soll, Sozialdemokrat." Übereinstimmend mit Gagern erklärte er, daß auch er dem Willen des ganzen Volks sich unterwerfen werde. „Mit dieser Erklärung bin ich zufrieden," er-

widerte Gagern, nachdem vorher schon die Versammlung fast einmütig ihre Zustimmung zu Gagerns Worten kundgegeben hatte."

Mit diesem Resultate war indessen Fickler, der dritte im Bunde mit Hecker und Struve, nicht zufrieden. Als er anfangs März nach einem längeren Aufenthalte im Auslande nach Hause zurückkehrte, übte er scharfe Kritik an



Joseph Fickler.

dem, was die Genossen am 1. März vollbracht hatten: jene Demonstration habe der Demokratie die Bahn brechen sollen, habe aber nur die „breite, langweilige konstitutionelle Straße" erweitert; das Volk hätte mit seinen Vertretern, nicht durch seine Vertreter beraten sollen, und diejenigen, die sich zu Volksführern aufgeworfen, hätten zu allem entschlossen sein müssen; die so-

genannten 12 Errungenschaften seien nur ein Pflaster gewesen, und die wesentlichsten unter ihnen seien, wenn man den wortklaubenden Verdrehungen auf den Grund sehe, abschlägig beschieden worden. Über solche „konstitutionelle Fastnacht" müsse man hinausblicken und den Grabstein heben, der dem Volke die freie, schöne Welt verschließe.

So suchte er denn zunächst durch seine „Seeblätter" den Boden für das neue Auferstehungsfest zu bereiten. Die demagogischen Mittel, welche er anwandte, standen zwar zu dem, was die radikale Presse nach der Proklamation der Republik leistete, im Größenverhältnis der Mücke zum Elefanten, allein sie enthielten im Keime doch schon das ABC der Demagogie. „Schon Plato," hieß es in der Nummer vom 5. März, „erklärte die Monarchie als Tyrannei, wo Einer an der Spitze steht und wie ein Fuchs milde scheint, daß man ihn Vater des Vaterlandes nennt, endlich aber wie ein Wolf und Tiger um sich frißt, seine Hände mit Menschenblut befleckt, die Tempel beraubt, eine Bande fremder Lohnknechte zu Trabanten hat und dadurch zum allgemeinen Abscheu wird." Zu solchen Belehrungen über die Schrecknisse der Monarchie und die Herrlichkeiten der Republik kamen Alarmnachrichten, wie die, daß in München die Revolution ausgebrochen sei, wobei man besonders den Ruf gehört habe: „Es lebe die Freiheit! Nieder mit dem König, Hoch die Republik." Um die Wirkung der liberalen Konzessionen zu paralysieren, wurde erzählt, wie die Frau von Blittersdorff in Frankfurt auf einem Balle sich bitter über die Zugeständnisse des Großherzogs beklagt habe, und wie dabei das Wort gefallen sei: „Die Völker sind Kinder, welchen man von Zeit zu Zeit Spielzeug geben muß, das man ihnen nachher wieder nimmt." Deutlicher als in der Presse, wo man sich immerhin eine gewisse Reserve auflegen mußte, konnte man in den Volksversammlungen reden. Ein permanentes Komitee in Konstanz, das bereits einige Attribute der Staatsgewalt sich beigelegt hatte, leitete die Agitation im Seekreise, Hegau und der Baar. Auf der Stockacher Versammlung am 9. März erfolgte zum erstenmale die Proklamation der Republik. Auf Einladungsschreiben, die bereits am 2. März ergangen waren, hatten sich etwa 6000 Männer aus den Bezirken Konstanz, Meersburg, Salem, Heiligenberg, Überlingen, Pfullendorf, Meßkirch, Radolfzell, Engen, Blumenfeld, Möhringen, Geißingen, Donaueschingen eingefunden. Nachdem die Versammlung am Vormittage unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Emmert von Meßkirch getagt, die „Wahrheit der Verfassung" verlangt und eine gewöhnliche Märzresolution gefaßt hatte, wurde sie im Laufe des Nachmittags zweimal durch Generalmarsch zusammengerufen: das erstemal, als sich das Gerücht verbreitete, der König von Preußen habe seine Heere in die Rheinlande geworfen, um sie gegen Süddeutschland und besonders Baden marschieren zu lassen; das zweitemal, als Fickler auf einem Eilwagen ankam und, von dem ihm entgegenbrausenden

Beifallssturm fortgerissen, das große Wort gelassen aussprach, daß die Heidelberger Versammlung sich in ihrer überwiegenden Mehrheit für die deutsche Republik erklärt habe. „Das Wort ist gesprochen," führte er dann am 11. März in den „Seeblättern" aus, „keine Macht der Erde nimmt es zurück; von Belgiens ferner Grenze bis an den Saum der Schweiz geht es von Mund zu Mund; es durchbebt das Land der Preußen, es hallet wieder durch Bayern, wird laut gerufen in Württemberg, sodaß es tönet an die Felsgebirge der Schweiz. Es heißet: deutsche Republik. Getaget wurde darüber vorgestern vor 6000 Männern in Stockach, getaget wurde darüber gestern in Konstanz, getaget wird heute darüber bei Waldshut, es erhebt sich dafür der Hegau, die Baar, der Schwarzwald. Es stimmt dafür das ganze badische Mittelland, und es wird ausgesprochen werden von Heidelberg bis an die badische Landesgrenze. So stehet es diesen Augenblick in Baden, und jede Stunde kann große Ereignisse bringen."

Während dieser Märzstürme brach die Kamarilla und die konservative Hälfte des Ministeriums vollends zusammen. Selbst wenn keine andere Geschichtsquelle als das Regierungsblatt auf die Nachwelt gekommen wäre, wüßte man, daß eine schreckliche Märzkrankheit die oberen Regionen heimgesucht habe. Indem wir über dieses Leichenfeld hinwegschreiten, wenden wir uns den neuen Männern zu, die mit der undankbaren Aufgabe betraut wurden, das lecke Staatsschiff in letzter Stunde zu steuern. An die Stelle des Präsidenten des Justizministeriums Trefurt sollte der bisherige Direktor des Ministeriums des Innern Brunner, das alter-Ego Bekks treten, allein eine lange andauernde Krankheit machte ihm den Dienstantritt unmöglich. Da die Unterhandlungen mit Mittermaier und Soiron nicht zu dem gewünschten Ziele führten und sich erst im Oktober ein Ersatzmann in der Person des Geh. Referendärs von Stengel fand, mußte Bekk bis zu diesem Zeitpunkte auch noch die Geschäfte des Justizministeriums vertreten. Der Finanzminister Regenauer wurde durch den ob seiner politischen Überzeugungstreue nach Stettin verbannten Zollvereinsbevollmächtigten Karl Georg Hoffmann ersetzt. An die Spitze des Kriegsministeriums trat sein Bruder Friedrich Hoffmann, der einzige unter den höheren Offizieren, der zu der neugebildeten Verwaltung paßte, ein hervorragend begabter Mann, der allem politischen Getriebe ferngeblieben und schon vor dem März scharf den Exzessen des Leutnantsübermutes und Kastengeistes entgegengetreten war. Die Leitung dieses freisinnigsten Ministeriums, das Baden je besessen, lag in den Händen Bekks, der alle Eigenschaften eines Staatsmannes besaß, nur nicht das Harte und Herbe, von dem ein badischer Minister des Innern, der in erster Linie die Vorstöße der Fraktionen auszuhalten hat, schon in normalen Zeiten eine gehörige Dosis besitzen muß. Bekk suchte, dem von Ludwig Winter in den Jahren 1830/31 gegebenen Beispiele folgend, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß das Staatsschiff nicht untergehe, bis der

Sturm vorüber, bis die dem Donnerwetter folgende Abkühlung der ruhigeren Überlegung Platz gebe; allein er würdigte in seinem Handeln das unvergleichliche Dritte und Neue, welches bei solchen geschichtlichen Analogieen in die Erscheinung zu treten pflegt, nicht genug: L. Winter stand dem von Rotteck geführten Volke, B. Bekk dem von Struve verführten Volke gegenüber.

An dem Tage, an dem Fickler in Stockach die Republik proklamierte, trat die zweite Kammer nach einer Pause vom 4. bis zum 9. März wiederum zur Fortsetzung ihrer Beratungen zusammen. Eine Unmasse von Petitionen, darunter besonders solche um Abschaffung der ersten Kammer, flogen auf den Tisch des Hauses. Die Regierung bekundete in allen ihren Schritten, was man von einem ordentlichen Ministerium verlangen kann: Übereinstimmung, Talent, Arbeitskraft, Redegewalt, ehrliche konstitutionelle und deutsche Gesinnung. Da sie sich ganz auf den Boden der parlamentarischen Regierungsweise gestellt habe, dokumentierte sie nicht nur dadurch, daß sie die loyale Erfüllung des Märzprogramms zu dem übrigen Landtagspensum hinzufügte, sondern auch besonders dadurch, daß sie den Abg. Welcker zum Nachfolger Blittersdorffs und den Abg. Bassermann zum Vertrauensmann beim Bunde ernannte. Was man ihr höchstens zum Vorwurfe machen konnte, war die vorsichtige Form, in die sie anfangs ihre Zugeständnisse hüllte; allein auch dafür lag die gute Entschuldigung nahe, daß ein Kleinstaat sich nicht in allem um seine eigene Achse drehe, daß die Bewegung die beiden Großstaaten noch nicht im gleichen Maße ergriffen habe; hatte doch noch in diesen Tagen die Sendung des preußischen Generals Schack mit einem Schreiben, welches von Konzessionen abmahnte, angedeutet, was man zu gewärtigen habe, wenn die alten Mächte wieder erstarken sollten.

Aufrichtige und ehrliche, wenn auch in diesen gewitterschwangeren Tagen nicht im gleichen Maße wirksame Unterstützung fand die Regierung nur bei der liberalen Mehrheit der zweiten Kammer. Die frühere konservative Rechte trat bei jeder Gelegenheit einen kläglichen, um nicht zu sagen, schmachvollen Rückzug an. Von den Führern derselben hätte man wenigstens nach ihrer Vergangenheit erwarten sollen, daß sie Kopf und Herz besäßen, um mutig kämpfend zu unterliegen; allein eben am 9. März kündigte der Abg. Trefurt einen Antrag auf Gründung einer Landeskasse für Unterstützung der Arbeiter aller Klassen an, von dem Hecker mit Recht sagen konnte, daß er sich bereits auf dem Boden sozialistischer Prinzipien bewege. Von einem anderen Standpunkte ausgehend, kamen die Liberalen aller Schattierungen mit Ausnahme von etwa 5—8 Abgeordneten, die sich bei den entscheidenden Abstimmungen um die Fahne der äußersten Linken scharten, der Regierung mit Vertrauen entgegen; sie waren im Hinblick auf die Lage der Dinge in Deutschland und Baden gegen jede gewaltsame Katastrophe und alle republikanischen Gelüste: dort habe es sich gezeigt, daß die unermeßliche Mehrheit des deutschen Volkes

mit ihren Forderungen über die konstitutionelle Monarchie nicht hinausgegangen, hier sei durch die Reaktion, durch das Getriebe der Parteien in der jüngsten Vergangenheit, durch die exponierte Lage des Landes der ganze konstitutionelle Staatsorganismus unterwühlt; den Weg der Revolution betreten, heiße das Land vollends ruinieren; nur frevelhafter Leichtsinn könne mit Baden politische Experimente machen, die in dem Gesamtvaterlande keine Nachahmung fänden; im besten Falle reiße sich der südwestliche Winkel Deutschlands sonderbündlerisch los; im schlimmeren Falle werde die Kraft der alten Politik durch solche Putsche gestärkt, denn nur gegen den massenhaften, imponierenden Andrang des ganzen Volkes sei sie ohnmächtig gewesen. Dagegen gelte es jetzt, wo man endlich einmal ein liberales Ministerium besitze, mit den Märzerrungenschaften auch die neue Ordnung zu begründen, das engere Vaterland als ein würdiges Glied in den neu zu schaffenden Reichsverband einzuführen und das „großartige Beispiel eines in gesetzlicher Entwicklung unter Festhaltung der Ordnung fortschreitenden Volkes zu geben“. Kein Zweifel, daß die höhere politische Intelligenz bei den Männern der Regierung und Kammermehrheit war! Allein, wie die Dinge in diesem kritischen Augenblicke lagen, waren sie Offiziere ohne Soldaten. Eben erst hatten sie sich in der „deutschen Zeitung“ an die Gebildeten der Nation gewandt. Über diese Kreise hinaus war ihre Propaganda bei den obwaltenden Preßverhältnissen nur wenig gedrungen.

Seit dem 5. März glaubten sie, daß die Bewegung einen friedlichen Gang nehmen werde; vor allem hofften sie, daß Hecker, der sich auf der Heidelberger Versammlung verhältnismäßig maßvoll gezeigt hatte, in der Erkenntnis, daß die deutsche Einheit und Freiheit auf keinem anderen Wege erreichbar sei, die Augen vor den Tatsachen nicht verschließen, ein Opfer seiner Lieblingsmeinungen bringen und die erste Tugend des Republikaners bewähren, d. h. sich der Majorität unterwerfen werde. In diesem Glauben ließ man ihn während der nächsten Sitzungen nach Herzenslust sich austoben und gewährte auch einstimmig die warme Fürbitte, die er für diejenigen einlegte, „die in den ersten Märztagen in Rückerinnerung an ihre jugendlichen klassischen Studien und in überströmendem Freiheitsgefühle ausgerufen: „Es lebe die Republik!“ In der Tat kämpfte in dieser Zeit der gute und böse Genius in Hecker miteinander: bald hatte es den Anschein, als ob er im Kreise seiner alten Freunde die Besonnenheit wieder gewonnen habe, um sich vor exzentrischen Schritten zu schützen; bald konnte ihn aber auch wieder irgend ein unverbürgtes Gerücht in eine Art ekstatische Stimmung versetzen, in der er jeden Boden unter den Füßen verlor. Auch sorgte der kalte jakobinische Doktrinär, der ihn seit dem Herbste 1846 beherrschte, auf andere Weise dafür, daß der „Löwe“ nicht durch allzu große rollenwidrige Seitensprünge das Endziel gefährdete.

Nach dem 1. März hatte sich Struve wiederum nach Mannheim begeben und sich außer der radikalen Preßleitung insbesondere mit der Bildung eines Freikorps und der Begründung des Klubwesens beschäftigt. Hier wie dort erlebte aber die radikale Bruderschaft mit ihm wenig Freude. Als das Freikorps in einer Versammlung darüber Beratung pflog, ob es sich unter die



Gustav von Struve.

Gemeindebehörde stellen solle, wurden die Verfechter dieser Ansicht von dem Struve'schen Anhang, der meist aus jungen Arbeitern und Studenten bestand, nicht nur niedergeschrieen, sondern auch tätlich mißhandelt. Noch charakteristischer war der Anfang der radikalen Vereinsbildung. Das von Struve entworfene Programm stellte allgemeine Tendenzen an die Spitze, dekretierte ein ungeheures

Budget zur Volksbewaffnung, belastete jedes Mitglied nach einem seinem präsumtiven Vermögen angepaßten Maßstabe und verpflichtete zu unbedingtem Gehorsam gegen einen Vorstand, der aus der Wahl einer kompakten, unbedingt leitbaren Minorität hervorgehen sollte. Solche Diktatur, die in der Hand Struves nicht nur zu höchst gefährlichen Experimenten führen konnte, sondern auch bis tief in den Geldbeutel der Genossen ihre Fühler ausstreckte, versetzte die große Mehrheit der selbständigeren radikalen Elemente in eine leicht begreifliche Aufregung; als aber einer den Mut fand, seinen Widerspruch mit dem Hinweis auf die entgegenstehenden demokratischen Grundsätze geltend zu machen, kam er bei dem neuen Parteipapst schön an: solche Opposition sei die Folge einer geheimen Verabredung zu Gunsten des Geldsackes, der nur darauf ausgehe, seine Absichten zu vereiteln und sein — Struves — Kind im Mutterleibe zu erdrücken.

Von diesem Manne ging auch der erste Gedanke und das Programm der großen Offenburger Landesvolksversammlung vom 19. März 1848 aus. Kaum war der überaus vorsichtig und diplomatisch gehaltene Aufruf mit dem Datum vom 9. März erschienen, als sich im Lande das Interesse auf diesen Offenburger Tag konzentrierte. Ob hier wohl Struve nach dem Vorbilde der Stockacher Versammlung die Republik proklamieren werde? Die Regierung und die liberalen Kammermitglieder benutzten die Zwischenzeit, um in privaten Zusammenkünften auf Itzstein, Hecker und die anderen gleichgesinnten Abgeordneten in mäßigendem Sinne einzuwirken. Am 17. März fand eine Vorbesprechung der Abgeordneten, die das Offenburger Fest besuchen wollten, statt, bei welchem sich alle verpflichteten, den Antrag auf eine Republik nicht aufkommen zu lassen; nur Hecker wollte kein bündiges Versprechen in dieser Richtung geben. Schon einige Tage früher hatte die Regierung den Abg. Peter als Regierungsdirektor und die Abg. Mathy und Straub in den Seekreis geschickt, um dort in ihren Wahlbezirken soviel als möglich der weiteren Ausbreitung des republikanischen Gedankens entgegenzuarbeiten. Hier flog Fickler zwar von Volksversammlung zu Volksversammlung, allein er mußte die grausame Enttäuschung erleben, daß sein Stockacher Ruf nicht, wie er gesagt hatte, sich wie eine Lawine durch ganz Deutschland wälzte. Nicht einmal auf seine Konstanzer konnte er sich verlassen, denn als er bei einer Volksversammlung die unbedingte Instruktion, in Offenburg für die Republik zu stimmen, verlangte, setzten Hüetlin und Kuenzer durch, daß nur instruiert wurde, „die Abgeordneten hätten die Vorträge und Darstellungen zu Offenburg anzuhören und dann nach ihrem besten Wissen und Gewissen mit Beachtung der daranhängenden schweren Folgen ihre Stimme zu geben“. Jetzt schickte ihm die Regierung auch noch dieses Kleeblatt von ehemaligen guten Freunden auf den Hals. Während er den neugebackenen Regierungsdirektor Peter glücklich

mit der Bemerkung köderte, „dieser Volksmann sei ebensowenig durch Beförderung zu verrücken, wie durch Mißhandlung zu beugen", wollte ihm der gegen den Abgeordneten von Konstanz eingeleitete Erziehungsfeldzug nicht in gleicher Weise gelingen. Schon am 10. März hatte er Mathy eine Ehrenerklärung des Inhalts gegeben: er habe ein Unrecht gutzumachen, welches während seiner Abwesenheit die „Seeblätter" dem Abgeordneten Mathy zugefügt hätten; sei er auch früher in mehreren Punkten mit demselben nicht zufrieden gewesen, so besitze er doch aus den jüngst verflossenen Tagen solche Beweise des Mutes und der Entschiedenheit Mathys, daß er dessen frühere Mißgriffe für völlig ausgeglichen halte. Insbesondere aber erkläre er unumwunden, daß seiner innigsten Überzeugung nach der Abgeordnete Mathy bei seiner Handlungsweise nicht von verwerflichen Gründen geleitet worden sei, sondern dabei nach seinem besten Wissen und Gewissen gehandelt habe, was namentlich auch von dessen Haltung in der Fabrikfrage gelte, über die er selbst ganz ähnlich geurteilt habe. Mathy ließ sich aber weder durch solche nachträgliche Komplimente noch durch die republikanische Theorie Ficklers eines anderen belehren und berichtete am 17. März darüber an Bekk:

„Nachdem wir gestern Vormittag in Konstanz unseren letzten Bericht auf die Post gebracht, begaben wir uns in die Versammlung des Volkskomitee oder wie man sonst die improvisierte Behörde nennen will, welche gegenwärtig die Ordnung im Seekreise erhält, was hoffentlich der neue Regierungsdirektor Peter wieder in die Hände nehmen wird. An der Sitzung nahmen auch Mitglieder der Gemeindebehörde teil. Kuenzer führte den Vorsitz. Wir berichteten über die Ursache unseres Hierseins, über den Stand der Dinge in Karlsruhe, über die Bemühungen für ein deutsches Parlament und erklärten uns entschieden gegen das Vorhaben einzelner, in Baden die Republik zu proklamieren. Fickler bestand auf diesem Experiment und verteidigte seinen Antrag mit Verstand und mit Motiven, welche vom Gesichtspunkte der Wohlfeilheit und der Lastenerleichterung aus ihren Eindruck nicht verfehlen können. Wir wurden von Kuenzer, Advokat Spinnhirn (der früher noch nie gesprochen hatte) von Bürgermeister Hüetlin, von der ganzen Versammlung unterstützt. Hüetlin erklärte, der Kern der Bürgerschaft wolle keine Republik, auf seine Aufforderung erklang ein fast einstimmiges „Ja, so ist es"; nur ein Bürger der niederen Klasse widersprach. Ficklers Anhang scheint nur im Proletariat zu sein. Er selbst wurde kleinlaut, und wir glauben, daß hauptsächlich der Gedanke, es werde ihm an den Kragen gehen, wenn er die Revolution nicht durchsetze, ihn zum äußersten treibt. Finden wir diese Vermutung morgen in Offenburg bestätigt, so halten wir uns für ermächtigt, ihn mit der Zusicherung zu beruhigen, daß ihm wegen der verschiedenen Hochverrats-, Majestäts- und anderer Verbrechen, die er durch Wort und Schrift begangen, kein Leid geschehen soll, insofern er von verbrecherischen Handlungen absteht."

Außer dieser Sendung Mathys und Straubs trug auch eine selbst von Abgeordneten der äußersten Linken unterzeichnete öffentliche Erklärung, die das Gerücht, in Heidelberg sei die Republik beschlossen worden, als eine Unwahrheit bezeichnete, Verwirrung und Zwiespalt in das republikanische Hauptquartier des Seekreises. In überaus gereizter Stimmung langte Fickler am

18. März in Offenburg an, entschlossen, „den sehr einfachen Gedanken der Republik ans Volk zu bringen". Nach einer heftigen Auseinandersetzung mit den Mannheimer Abgeordneten über die Art, wie sie die Versammlung zu leiten gedächten, ließ er sich nur mit Mühe von Struve bestimmen, der Vorberatung auf dem Zimmer Itzsteins in der „Post" anzuwohnen. Etwa zwei Dutzend Männer der radikalen und konstitutionellen Linken tagten hier zum letztenmale miteinander, um die endgültige Redaktion des in Mannheim vorberatenen Programms vorzunehmen. Hecker trat Fickler in der heftigsten Weise entgegen; Struve suchte ihn durch süß schmeichelnde Worte zu gewinnen. Da die große Mehrheit sich auf den von Itzstein vertretenen Standpunkt stellte, daß der Gedanke einer Republik in den übrigen deutschen Ländern noch nicht vorbereitet genug sei, um mit einer solchen Proklamation jetzt schon herauszurücken, mußte sich Fickler nach hartem Kampfe mit sich selbst schließlich auf einige Zusatzanträge zurückziehen, welche, wie z. B. die Forderung der Verschmelzung des stehenden Heeres und der Bürgerwehr, den ausgesprochenen Zweck hatten, „das ganze badische Regierungsgebäude entweder auf den Kopf zu stellen oder im Widerstrebungsfalle das Volk zum Kampfe aufzurufen".

Unter solchen Auftritten hinter den Kulissen brach der Versammlungstag an. In hellen Haufen strömte das Volk in seinen malerischen Trachten in die festlich geschmückte alte Reichsstadt, an die 10—20000 Mann, alle begeistert von des Völkerfrühlings befreiendem Odem:

„Das war ein Grüßen und ein Händeschlag,
Ein Austausch, ein lebendiger Verkehr!"

Der Verlauf der Versammlung entsprach jedoch in keiner Weise der ursprünglichen Naivetät dieses Volkes, das in seiner großen Mehrheit nicht tiefer über die trennende Frage der Staatsform nachgedacht hatte, sondern von dem alle einigenden Drange beseelt war, daß es jetzt anders und besser werden müsse. Die Freunde der konstitutionellen Linken waren froh, daß die gefürchteten republikanischen Demonstrationen unterblieben und Waffenruhe bis zum Vorparlament in Frankfurt proklamiert wurde; denn von der ungeheuren Masse des Volkes waren nur die Mannen, die Struve aus Mannheim herbeigeführt hatte, bereits in einheitlicher, zielbewußter Organisation zusammengefaßt, und was von diesen zu gewärtigen war, mußte der vermittelnde Itzstein erfahren, als ihm von einem solchen Haufen der Ruf „Volksverräter" auf der Straße nachgeschickt wurde. Hecker hatte nicht gerade einen guten Tag: physisch durch die Anstrengungen der jüngsten Vergangenheit und das, was der Versammlung unmittelbar vorhergegangen, erschöpft, fand er erst gegen Schluß seines Vortrages den freien, kräftigen Redefluß wieder, der ihm sonst eigen war: „Wenn die Zeit kommt, daß die Hilfe des Volkes nötig ist, werde ich meinen Ruf ergehen lassen, und das Volk wird sich diesem Ruf

nicht entziehen." Auch Fickler kam über einige dunkle Winkelzüge nicht hinaus; denn als er, gereizt von Gottschalks Warnung vor republikanischen Exzessen, auf den Balkon hinaustrat, stellte sich in burschikoser Donquixoterie Hecker neben ihn mit der Drohung, von der Pistole Gebrauch zu machen, falls er nicht programmgemäß handele. Dagegen tat Struve einen reichen Fischzug: mit Ausnahme eines allgemeinen Mißtrauensvotums gegen die Regierung wurden alle Bannflüche, die er gegen die Reste der Kamarilla, die erste Kammer und die konservativen Mitglieder der zweiten Kammer schleuderte, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Zu den Fickler'schen Anträgen fügte der junge literarische Generalstab noch die weitere Zutat: „Die Pfaffen haben zu viel, die Lehrer zu wenig. Wir wollen gerechte Ausgleichung dieses Mißverhältnisses." Von allen den „wohlerwogenen Volkswünschen" hatten nur die organisatorischen Vorschläge unmittelbare praktische Bedeutung:

„Das Volk besitzt durchaus keine Bürgschaften für die Verwirklichung seiner Forderungen und die Begründung eines dauerhaften Zustandes der Freiheit. Es muß sich diese Bürgschaften selbst verschaffen. Demzufolge bildet sich 1) in jeder Gemeinde des badischen Landes ein Verein, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffnung, politische und soziale Bildung des Volks, sowie die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen. 2) Sämtliche Vereine eines Wahlbezirks bilden einen Bezirksverein, sämtliche Bezirksvereine einen Kreisverein, die vier Kreisvereine einen Landesverein. 3) An der Spitze jedes dieser Vereine steht ein leitender Ausschuß. 4) Für jeden dieser Vereine bildet sich sofort eine Vereinskasse zur Bestreitung der notwendigen Auslagen. 5) Alle Provinzen Deutschlands sollen aufgefordert werden, ähnliche Vereine zu bilden und mit dem badischen Landesvereine in freundschaftlichen Verkehr zu treten."





Siebenzehntes Kapitel. Die revolutionäre Bewegung.



Kaum waren die Teilnehmer an der Offenburger Versammlung auseinandergegangen, als die Kunde von den blutigen Berliner Ereignissen des 18. März anlangte. Schon zu Offenburg waren die ersten allgemeinen Nachrichten über die Märzrevolution in Wien und den Sturz Metternichs eingetroffen, allein was jetzt von Berlin gemeldet wurde, war hundertmal mehr geeignet, den revolutionären Funken zur hellauflodernden Flamme anzublasen.

Nach dem Ausbruche der französischen Revolution hatte sich auch das preußische Ministerium am 29. Februar 1848 zu dem Entschlusse durchgerungen, „die Versäumnisse der Vergangenheit einzuholen und die Nation selbst zum Verbündeten in dem bevorstehenden schweren Kampfe zu gewinnen“. Radowitz ging nach Wien, um sich mit Metternich über die Ausführung eines Reformprogrammes ins Einvernehmen zu setzen. Ein Ministerkongreß sollte hernach in Dresden zusammentreten und ihren Propositionen das Placet erteilen. Wie wenig reif man indessen in den ersten Märztagen noch für die neue Gedankenwelt war, bewies die Sendung des preußischen Generals Schack an die süddeutschen Höfe, „um den erschütterten Regierungsgewalten Mut einzuflößen und sie von weiteren Konzessionen zurückzuhalten“. Noch am 10. März 1848 schrieb König Friedrich Wilhelm IV. in einem Briefe an Radowitz: „Meine Idee ist nun gleich am 1ten Tage des Kongresses eine süddeutsche Armee unter dem König von Württemberg zu bilden und eine Preuß-Mittelteutsche mit Anhängseln der kleinen Staaten und beide so zu verteilen, daß die eigenen Corps der vor der Revolution gefallenen Länder, diese Länder nicht besetzen. Zugleich jedes Antasten der Souveränität des Teutschen Bundes als Hochverrat an demselben zu proklamieren und demzufolge die Heidelberger Teutschparlamenter und die Chefs der Badischen, Darmst.-Nassauischen ꝛc. Bewegung in die Reichs Oberacht zu erklären . . . Aber Truppen sammeln! um mit der teutschen Revolution aus dem Baß zu sprechen. Und gerüstet sein in Dresden mit einer festen Sprache und vereinten Entschlüssen resp. Vorschlägen aufzutreten.“ Acht Tage später sprach der König nicht mehr aus dem Baß mit der deutschen Revolution. „Rettung aus unseren Gefahren — so hieß es jetzt nach der Berliner Märzrevolution in der königlichen Botschaft vom 21. März —

kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter Einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reichs gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf."

Um dieselbe Zeit, als der König von Preußen die Heidelberger „Teutschparlamenter" in die „Reichsoberacht" erklärte, brachten die deutschen Zeitungsmänner das Opfer ihres politischen Rufes und ihrer Popularität für Preußen. Gervinus war der Ansicht gewesen, daß der König von Preußen in den ersten acht Tagen nach Ausbruch der französischen Revolution unter sofortiger Gewährung großer Freiheiten die Stelle des Hegemonen von Deutschland mit kaiserlicher Gewalt ohne Anstand und Widerstand hätte antreten können [1]. Das Wenigste, was er erwartet hatte, als die Bundesverfassung dann ein Gegenstand der Beratung des Volkes und der Stände geworden, war, daß Preußen mitwirkend die Ansichten zu seinen Gunsten wenden solle, aber nicht durch Worte, sondern durch große, der wahren Hingabe an die Nation entsprechende Taten und Handlungen. Mit seiner ganzen Federkraft hatte er den Satz verfochten, daß Preußen deutsche Politik treiben und Deutschland vertrauensvoll an Preußen sich anschließen solle. Und nun mußte er diese tief demütigenden Auftritte vom 18.—21. März erleben! Obgleich die abenteuerlichsten Gerüchte von einer an dem König von Preußen geübten Volksjustiz in seiner nächsten Umgebung Verbreitung fanden, blieb er doch, wenn er auch pessimistischer jetzt in und um sich blickte und nur noch mit halber Seele dem weiteren Gange der Dinge folgte, fest und unerschütterlich in seinen politischen Grundsätzen, noch einmal mit der ihm eigenen Illusionsfähigkeit am Vorabende des Vorparlaments sich in hohem Gedankenfluge erhebend: die königliche Botschaft vom 21. März höre er wohl, allein ihm fehle der Glaube. Es schmerze ihn tief, den neuen Räten des Königs sagen zu müssen, daß sie nicht wohlgetan hätten, in diesem Momente mit einer solchen

[1]) Vgl. das Urteil Bismarcks in den „Gedanken und Erinnerungen": „In den Tagen zwischen den süddeutschen Revolutionen einschließlich der Wiener und dem 18. März, solange es vor Augen lag, daß von allen deutschen Staaten, Östreich inbegriffen, Preußen der einzige feststehende geblieben war, waren die deutschen Fürsten bereit, nach Berlin zu kommen und Schutz zu suchen unter Bedingungen, die in militärischer Richtung über das hinausgingen, was heute verwirklicht ist, auch das bayerische Selbstbewußtsein war erschüttert . . . Ich glaube, daß mit fester und kluger Ausnutzung des Sieges, des einzigen, der damals von einer Regierung in Europa gegen Aufstände erfochten war, die deutsche Einheit in strengerer Form zu erreichen war, als es zur Zeit meiner Beteiligung an der Regierung schließlich geschehen ist."

Proklamation vor die gereizte Nation zu treten. Die Rolle, die sich Preußen Deutschland gegenüber jetzt plötzlich zuschreibe, wolle ohne allen Zeitverlust gehandelt, nicht gesprochen sein. Die erbliche Monarchie müsse mit starken demokratischen Institutionen umgeben werden, um die gehoffte Einheit und Freiheit zu verbürgen; auf Macht und Stärke könne aber nur dann gehofft werden, wenn die Hauptfrage nach dem Bundeshaupte und der ausführenden Gewalt gegen Östreich und für Preußen entschieden werde:

„In den von uns mitgeteilten Aufsätzen Robert Mohls über die Bundesverfassung heißt es ganz recht, auf welchen von beiden Staaten die Wahl fallen solle, darüber würden die Stimmen geteilt sein und bleiben. Unser verehrter Kollege entscheidet sich für Österreich. Wir sind unsererseits so überzeugt, nur Preußen sei die rechte Wahl, daß wir den ganzen Sturm der Unpopularität nicht scheuen, auch in diesem gegenwärtigen Momente uns für diese Entscheidung auszusprechen. Wir wollen sehen, ob die geboren-preußischen Zeitungen, die uns so oft der Preußenfeindlichkeit geziehen haben, nun den Mut haben, uns das mit derselben Energie und Überzeugungstreue nachzusagen. Jetzt hätten wir es bequem, unsere Preußenfeindlichkeit spielen zu lassen, wenn wir im heiligen Abscheu vor den Berliner Ereignissen nur so, wie die Masse tut, den König von Preußen mit Volk und Staat identifizierten. Aber jetzt ist die Zeit da, Grundsätze festzuhalten und im Winde der Meinungen wie ein Turm ungebeugt zu stehen: denn in den Verwüstungen dieser Zeiten, die uns drohen, in denen uns so manche ideale Bestrebung und reale Besitzung verloren gehen mag, ist es gut, sich in seiner ehrlichen Überzeugung ein unveräußerlich Gut zu erhalten und sich nicht selbst zu verlieren . . Die Verschmelzung Preußens mit Deutschland ist von jeher als das einzige Heil für beide angesehen worden: wie schrecklich das Ereignis des 18. März ist, es ist nicht der Art, daß es plötzlich diese Überzeugung verrücken könnte. Es hat die Sympathieen dem regierenden König entzogen: so trage man sie auf den Neffen, den Prinzen Friedrich, über, der eben in dem Alter ist, um sich den neuen Staatsideen noch anzufügen. Was immer geschehen sei, nichts ist geschehen, was uns bewegen könnte, die deutsche Bundesverfassung auf einem lockeren Boden zu errichten. Im Gegenteil, je erschütterter die Ordnung in Deutschland ist, je schrecklicher sich plötzlich der Horizont verdunkelt hat, je wankender die Thronen stehen, desto einträchtiger eile man, einen mächtigen und starken Mittelpunkt zu schaffen, der das Ganze zusammenhält. Wer den Blick unbefangen offen hält, der muß sich sagen, wir sind in acht Tagen weiter gerückt als Frankreich in seiner ersten Revolution in zwei Jahren. Ein solches Überstürzen der Dinge ist nie in der Geschichte erlebt worden. Unsere schönen Hoffnungen einer ruhigen Reform unserer Zustände sind erschüttert. Wir sind unserem 1792, fürchten wir, näher als unserem 1789. Möchte denn die furchtbare Beschleunigung des Verlaufs nur dahin führen, uns auch den Einen geistüberlegenen, dämonischen Retter um so früher zu schaffen, der uns vielleicht ebenso wie Frankreich aus der Zerrüttung zu retten bestimmt ist!"

Unter dem frischen Eindrucke der Märzrevolution in Wien und Berlin traten die in Offenburg geschaffenen Bezirks- und Kreisvereine ins Leben. Volksschullehrer und Advokaten, die unter dem verflossenen Regimente tief kränkende Mißachtung erfahren hatten, stellten sich als die rührigsten Agenten in den Dienst der neuen Organisation. Die von dem Hauptquartier des Landesausschusses geleitete Presse sorgte durch fürstenfressende Artikel und sensationelle Nachrichten dafür, daß das Räderwerk in allen seinen Teilen programmgemäß

funktionierte und Tag und Nacht nicht zur Ruhe kam. Struve selbst schwang wöchentlich in seinem „Deutschen Zuschauer“ und täglich in der „Deutschen Volkszeitung“ den Taktstock. Sein studentischer Generalstab kam in der „Mannheimer Abendzeitung“, Heidelberger „Republik“, Freiburger „Oberrheinischen Zeitung“ zum Worte. Die Obmänner der Kreis- und Bezirksvereine ließen durch ihre Preßadjutanten von der Volksschule das kleine Geschütz der früheren farblosen Lokalblätter bedienen. Es ist schon damals viel bemerkt worden — und der historische Publizist muß diese Bemerkung bestätigen — daß von Anfang an nur wenig auf eine edlere republikanische Begeisterung hingearbeitet wurde. Selbst Fickler, der in den ersten Tagen der Bewegung den Angriffen auf Leben und Eigentum mutig entgegentrat, die bewaffnete Einmischung des Auslandes als ein „Nationalunglück“ zurückwies und nichts mit dem Marxschen Kommunismus gemein haben wollte, fand schließlich, daß in der Not der Teufel Fliegen fange, daß man das deutsche Volk nicht wie ein Kind zu Weihnachten mit der Republik überraschen und warten lassen könne, bis das deutsche Parlament zur Bescheerung klingele.

Wie die radikale Presse über den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. herfiel, spottet jeder Beschreibung. Die Klubdemagogie feierte wahre Orgien. Die Verfasser dieser Artikel durchforschten die ganze Raubtierwelt für ihre Zwecke. Das Thema von dem Tyrannen, der am ersten Tage das Volk niederkartätschen läßt, am zweiten feige um Gnade winselt und am dritten die Hand nach der deutschen Kaiserkrone ausstreckt, wurde in tausend Variationen behandelt. „Zum Schlusse des Ganzen“ — so klang eine dieser Artikelserien aus — „bringen wir in einer folgenden Nummer das Stück mit dem Titel: der letzte Akt aus dem Leben eines gekrönten Heuchlers oder Friedrich Wilhelm IV. vor dem Volksgericht“. Von Mannheim aus wurde ein Protest im Lande verbreitet, welcher also begann:

„Noch waren die Opfer nicht zur Erde bestattet, welche Du, königlicher Würger, Deiner Herrschsucht und Deinem Hochmute geschlachtet hattest, noch war kaum der Verband angelegt den Hunderten, welche schwere Wunden empfingen in dem Kampfe, den Du, fluchwürdiger Tyrann, in den Straßen Deiner Hauptstadt gekämpft hast gegen Dein geduldiges Volk, und schon beginnst Du, von neuem zu sinnen auf Werke der Unterdrückung und des Unrechts! In dem Augenblicke, da, wenn ein menschliches Herz in Deinem Busen schlüge, Du in tiefster Reue über das von Dir vergossene unschuldige Blut Gott um Vergebung bitten und den Menschen gegenüber Dein Verbrechen sühnen würdest — in diesem Augenblicke greifst Du vermessen nach der Krone Deutschlands. Die deutsche Nation wird eher einen Schlächterhund, als Dich als ihr Oberhaupt anerkennen. Wäre die deutsche Nation nicht der Possenspiele gewöhnt, welche Du seit acht Jahren so oft aufgeführt hast, sie würde es nicht glauben, daß Du es wagen könntest, im Angesicht der in Deinen Schloßhof gebrachten, von Dir hingeschlachteten Menschen deine Hand auszustrecken nach der Krone Deutschlands.“

Zu den sensationellen Nachrichten über krachende Throne kamen ganz abenteuerliche Meldungen aus den Nachbarrepubliken. In der Nacht vom

23. auf den 24. März wurde die Gegend von Freiburg, vom 24. auf den 25. die um Offenburg, vom 25. auf den 26. das ganze badische Oberland, württembergische und bayerische Hinterland in die größte Aufregung versetzt. Als sich dieser „blinde Franzosenlärm“ verzog, stellte doch soviel als richtig sich heraus, daß in Paris unter Herweghs Führung deutsche Arbeiter und fremde Abenteurer mit Unterstützung eines Mitgliedes der provisorischen französischen Regierung sogenannte deutsche Legionen bildeten und gegen die Grenze in Marsch setzten, um die Begründung einer deutschen Föderativrepublik zu unterstützen. Ferner hörte man, daß Karl Marx in Paris einen kommunistischen Klub gegründet habe, der — wie es sich in Wirklichkeit auch verhielt — seine Mitglieder einzeln mit Reisebegünstigungen nach Baden, Hessen und in die Rheinprovinz schicke, um hier im Gegensatze zu den sogenannten „Föderativrepublikanern“ die Fahne der „einigen unteilbaren Republik“ aufzupflanzen. Am 15. März schrieb Herwegh an Hecker, daß in kurzer Zeit 4—5000 wohlgerüstete, disziplinierte und von tüchtigen Offizieren geführte Mann zur Verfügung stünden; „tausende und vielleicht zehntausende“ würden ihnen auf dem Fuße folgen; auch könne mit Sicherheit auf die Massenteilnahme der Polen in Frankreich gerechnet werden; alles warte nur auf „ein Zeichen von draußen“. Ende März kamen ähnliche Nachrichten aus der Schweiz, wo in Biel sich ein Zentralkomitee für den gleichen Zweck gebildet hatte. Der Präsident desselben, J. Ph. Becker, hatte die Naivetät, an Mathy, seinen alten Bekannten aus der Flüchtlingszeit, am 28. März einen Brief zu richten, aus dessen Einlagen hervorging, daß der Schweizer Zentralausschuß mit dem Kommando der deutschen Legion in der Schweiz und dem Obmann der badischen Volksvereine in Verbindung stehe, und daß der Feldzugsplan dahin gehe, falls die Mehrheit des Parlaments sich nicht zum Radikalismus bekenne, das Volk zu den Waffen zu rufen:

„Nun ist endlich,“ schrieb Becker, eine echte deutsche Landsknechtsnatur, in dem Eingange seines Briefes, „die Zeit gekommen, in der es eine Freude ist, zu leben. Besonders haben nun Dich die Ereignisse und Entwickelungen auf einem Posten angetroffen, wo Du mit dem ganzen Gewichte Deiner schönen Kräfte mit den Ausschlag gebend dem Vaterlande große Dienste leisten kannst. Du wirst aber auch wie ich nicht ohne Besorgnis sein über die Gestaltung der Dinge in Deutschland, daß nämlich durch die Halbheit und Feigheit der meisten deutschen dermaligen Wortführer, die, freilich nur auf den tatkraftlosen Philister gestützt, der republikanischen Bewegung entgegenarbeiten, nur durch neue blutige Revolution die deutsche Republik erlangt werden könne. Auf eine Republik muß es hinausgehen, sonst gebe ich auf die ganze Bescherung nichts. Meine jüngsten Briefe nach Deutschland waren deshalb alle daraufhin gerichtet, daß man sich zuerst der Hofräte, Professoren und Blätter wie die „Deutsche Zeitung“ entledige, denn ohne diese Vermittler können die Fürsten gar nicht mehr existieren, wenn jene fort sind, gehen diese ohne weiteres zum Teufel, und die Republik macht sich von selber. Es kann wohl in Deutschland keinen vernünftigen Menschen mehr geben, der ohne Heuchelei sich für eine konstitutionelle Monarchie aussprechen kann?“

Solche Ereignisse, wie die in Wien und Berlin, und solche Meldungen aus Frankreich und der Schweiz, die bramarbasierten, daß eine „schöne, gut bewaffnete, mit vielen Kanonen versehene Heeresmacht“ im Anzuge sei, waren geeignet, die Führer der republikanischen Bewegung in Baden auf ihren bisherigen Lorbeeren nicht ausruhen zu lassen. Hecker, durch die Landtagsverhandlungen und besonders durch die Umarbeitung des Bürgerwehr-Gesetzentwurfes stark in Anspruch genommen, setzte seine letzte Karte auf das Vorparlament. Fragten die Draufgänger in seiner Umgebung, ob er denn von einer solchen Versammlung revolutionäre Beschlüsse erwarte, so lautete die diktatorische Antwort: „Ich werde sie terrorisieren“. Struve, der unermüdliche Journalist und Organisator, benutzte den freien Sonntag, 26. März, um sich von einer turbulenten Volksversammlung zu Freiburg ein republikanisches Votum auf den Weg nach Frankfurt mitgeben zu lassen. Fickler schäumte vor revolutionärer Ungeduld, seitdem Mathy in einem die Dinge im Seekreis etwas allzu optimistisch beurteilenden Kammerberichte ausgeführt hatte:

„Wahr ist, daß einzelne im Seekreis den Gedanken hegten, Baden könne, wie in Anderem, so auch mit dem Beispiele der Republik dem übrigen Deutschland vorangehen. Dieser Irrtum wurde mit einem merkwürdigen Eifer verbreitet. Die Träger desselben suchten ihren Mitbürgern glauben zu machen, die deutsche Nation sei mit ihnen, und schrieben in die Welt hinaus, der Seekreis folge ihrem Winke. Sie wußten, daß sie die Unwahrheit sagten; aber der Gedanke, in der eigenen Schlinge gefangen zu werden, trieb sie zum Losbrechen, und die Hoffnung, sich aus eigener Verlegenheit verschiedener Art zu ziehen, spornte sie zu der Vermessenheit, ein braves Volk in die allerschlimmsten Verlegenheiten zu stürzen.“

Erbarmungslos deckte er in seinen „Seeblättern“ die Geheimnisse der Offenburger Vorversammlung auf und las den „gebildeten Leuten“ gehörig den Text, die da meinten, daß mit schönen Redensarten von Anhänglichkeit an den republikanischen Grundsatz geholfen sei, und welche höchstens wünschten, „daß die Ereignisse d. h. der Mut des Volkes anderwärts die Republik herbeiführen, ohne daß sie, die dann doch an der Spitze glänzen möchten, ihre Köpfe einsetzen müßten“. Auch seine Mannheimer Freunde suchte er in einem Artikel „Das badische Volk und seine Führer“ durch bittere Schmeichelworte vorwärts zu treiben: weitentfernt, dem Volke voranzueilen und es mit sich fortzureißen, ließen sie sich vom Volke drängen und schieben; ob denn Hecker sich einbilde, mit des Wortes Allgewalt in Frankfurt die deutschen Zeitungsmänner und die preußischen Junker zu Sozialisten zu machen? Er setzte sich nicht nur mit Herwegh in schriftliche Verbindung, sondern hauchte auch seinen Volksvereinen und Volkswehren solch revolutionären Geist ein, daß sie schon zu Anfang April wagten, Pässe auszustellen, Posten anzuhalten, Korrespondenzen in Beschlag zu nehmen und amtliche Verfügungen für null und nichtig zu erklären. Nicht weniger revolutionär war die Stimmung am anderen Ende des Landes. Die Stadt Mannheim war faktisch in den Händen von Struve

und Konsorten. Die Soldaten fraternisierten mit den Bürgern. Alle Instanzen der städtischen und staatlichen Behörde waren bereits so ohnmächtig, daß sie es nicht wagten, die befohlene Entwaffnung des Sensenkorps vorzunehmen. Der Kommandant der Sensenmänner zerriß das Auflösungsdekret, das die Unterschrift des Ministers des Innern trug, vor den Augen seiner Mannschaft.

Unter solchen heimischen Verhältnissen gingen die badischen Abgeordneten nach Frankfurt zum Vorparlament. Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte dieser Versammlung zu schreiben: nur die allgemeine Teilnahme der Badener und das für die badische Bewegung wichtige Resultat interessiert uns an dieser Stelle. Es nahmen im ganzen 72 Männer aus Baden an der Versammlung teil. Alle Parteischattierungen waren vertreten. Zum Vorsitzenden wurde der wegen seines Freisinns, aber auch wegen seiner besonnenen Mäßigung hochgeachtete Kammerpräsident Mittermaier berufen. Es war fast unmöglich, bei der leidenschaftlichen Erregung und tumultuarischen Bewegung, die Tramontane nicht zu verlieren. Die große Mehrheit der Versammlung war gegen Umsturz und Republik, für Reform und konstitutionelle Monarchie auf breiter Volksbasis. Von den Badenern beteiligten sich an der Debatte Bassermann, Buhl, Gervinus, Mathy, Soiron, Welcker auf der Seite der Majorität, Christ, Hecker, Kapp, Struve, Winter-Heidelberg auf der Seite der Minorität. Der Vizepräsident Itzstein suchte in gefährlichen Situationen zu vermitteln. Struves und Heckers Anträge, die in der Hauptsache auf eine deutsche Föderativrepublik und eine Permanenzerklärung der Versammlung hinausliefen, wurden mit großer Majorität abgelehnt. Bei der namentlichen Abstimmung über die Frage, ob sich die Versammlung für permanent erklären solle, stimmten 368 (darunter 43 Badener) mit Nein und 143 (darunter 22 Badener) mit Ja. Die nüchterner denkenden Abgeordneten aus Norddeutschland wurden eher abgeschreckt als angezogen, zumal als die von einem Massenaufgebot von Claqueurs unterstützten Tribunen mit ihrem Anhang den Saal verließen und den ersten republikanischen Grundsatz, dem Willen der Mehrheit sich zu unterwerfen, verleugneten. Der Präsident Mittermaier atmete auf, als es ihm endlich gelungen war, durch alle Fährten und Nöten den einzigen damals möglichen Beschluß zustande zu bringen, wonach der Fünfzigerausschuß eingesetzt und mit der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung betraut wurde.

Bitter enttäuscht kehrte Hecker, der nicht einmal in den Fünfzigerausschuß gewählt worden war, am 3. April nach Mannheim zurück, nachdem er am Abend vorher einer Deputation den Bescheid gegeben hatte, „es sei jetzt die Zeit zum Handeln gekommen: Frankfurt sei aber nicht der Ort, man müsse es in Baden versuchen". Hier zu Lande war durch die auf die Offenburger Versammlung folgenden Ereignisse das Steuerruder des konstitutionellen Staats-

schiffleins in die höchste Not geraten. Alle Stützen des vormärzlichen Regiments versagten in diesem kritischen Momente: die ehedem so brutalen Beamten verließen feige ihre Posten oder kapitulierten stillschweigend vor der neuen Klubgewalt, die meisten Mitglieder der konservativen Rechten einschließlich der Richtung und Person des Abg. Buß zeigten ihren Austritt aus der zweiten Kammer an, der Abg. Christ suchte und fand den Anschluß an die äußerste Linke. Fest und treu stand in diesem Augenblicke, wo die Not am höchsten war, nur — die ehedem so verfemte liberale Opposition. Im engsten Vereine mit diesem Kern der Volksvertretung suchte die Regierung die inneren und äußeren Gefahren nach Menschenmöglichkeit zu beschwichtigen. Litt sie auch unsäglich unter dem Mißtrauen, das in früherer Zeit als Wind gesät wurde und jetzt als Sturm aufging, so hielt sie doch das Pflichtbewußtsein, das oft von Mitternacht bis zu Mitternacht im Geschirre war, aufrecht. Sie suchte den überkommenen reaktionären Beamtenapparat zu reinigen und ihm leidenschaftslose Humanität einzuschärfen; sie fuhr fort, den alten Ballast, vor allem die Ausnahmegesetzgebung zu Gunsten der Grund- und Standesherren über Bord zu werfen; sie gab sich alle erdenkliche Mühe, das lecke Staatsschiff durch loyale Erfüllung des Märzprogramms und selbst der jüngsten Offenburger Forderungen, soweit sich auch die Konstitutionellen damit im Einklang befanden, flott zu machen; sie ließ auf die ersten zuverlässigen Nachrichten über die von außen drohenden Gefahren der Kammer die Mitteilung zugehen, daß sie zwar den friedlichen Abzug der brotlosen Arbeiter von der Grenze in die Heimat in jeder Weise unterstützen, gegen die bewaffnet anrückenden „Legionen" aber mit Zustimmung der Stände die Verstärkung der eigenen Kriegsmacht anordnen und bei der Bundesversammlung die Aufstellung des 8. Armeekorps an der gefährdeten Südwestgrenze beantragen werde. Fürwahr, nicht ein fühlendes Herz, sondern einen kalten Stein mußte derjenige im Busen tragen, der diese Arbeitsleistung der Regierung in der Nähe mitansah und sie nach Art der Klubdemagogie herabwürdigen konnte! Auf dieses Niveau herabzusteigen, sollte ein Jahr später dem Abg. Brentano vorbehalten bleiben; als dagegen Ende März 1848 die zweite Kammer ein einstimmiges Vertrauensvotum in ihre Protokolle niederlegte, konnte selbst Hecker nicht umhin, seine Ausflüchte zurückzustellen, als ihm sein allezeit treuer Freund Bleidorn ins Gewissen redete:

„Wenn man solche Worte von seiten der Regierung hört, wie wir sie eben vernommen haben, so wird wohl ein jeder unter uns, und gewiß auch jeder im Volke Vertrauen haben, und ich denke, auch mein Freund Hecker wird sein Vertrauen einem Ministerium nicht versagen, das in der Gesetzes- und Verfassungstreue seine Richtschnur hat."

Gesetz und Verfassungstreue waren aber nicht mehr die Richtschnur Heckers und seiner Genossen, als sie zu Anfang April von Frankfurt in der Absicht zurückkehrten, die entscheidende revolutionäre Tat vorzubereiten. Während

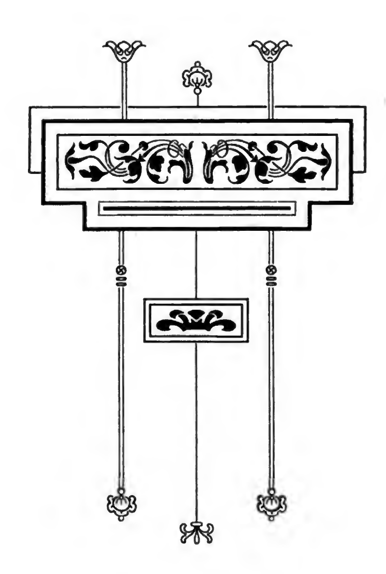
Hecker sich immer noch einbildete, daß er leite und schiebe, kam Fickler vom Oberlande herab. Am 2. April proklamierte er auf einer Volksversammlung in Achern die Republik und begrüßte die Emissäre Herweghs als Freunde, Brüder und Retter. „Ich komme soeben von Achern," schrieb am 3. April ein Parteifreund an Mathy, „der Eindruck, den die dortigen Vorgänge auf mich und andere Patrioten machten, ist der Art, daß uns durchaus nötig und dringend scheint, daß etwas Entscheidendes gegen dieses Treiben geschehen, endlich geschehen muß, wenn nicht das Verderben über uns kommen soll. Fickler hat es mit seinem Redner- und Lügnertalent und mit Hilfe einer Anzahl Schreier, die unterm Balkon standen, dahin gebracht, daß kaum eine andere Stimme als — Republik laut werden konnte . . . Es ist ein großer Fehler, daß Ihr Herren solche Volksversammlungen nicht in die Hand nehmt; wäre ein einziger kräftiger Oppositionsmann dagewesen, die Dummheiten wären nicht gemacht worden." Drei Tage nachher, am 5. April, begaben sich Fickler und Struve in Frankfurt zum Bundestagsgesandten Welcker und unterbreiteten ihm mit dem drohenden Hinweis auf die hinter ihnen stehende Macht allen Ernstes das naive Ultimatum: die Regierung solle in allen Gemeinden abstimmen lassen, ob sie die konstitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten; sie beide wollten den Abstimmungen anwohnen und für die Ordnung sorgen; wenn die Regierung sich verbindlich mache, nach dem Ergebnisse der Abstimmung die Republik einzuführen, so wollten sie ihrerseits, wenn die Mehrheit gegen sie ausfalle, sich für jetzt ebenfalls der Mehrheit unterwerfen und dafür sorgen, daß die Republikaner sich derselben ebenso fügten.

Da — während so die Führer der revolutionären Partei die letzten Verabredungen trafen — kam die sie nicht wenig überraschende Nachricht, daß die Aufstellung des 7. und 8. Bundesarmeekorps an der Südwestgrenze beschlossene Sache sei. Als die Mitglieder der äußersten Linken in der Kammersitzung vom 7. April im Anschlusse an die einlaufenden Sturmpetitionen und Sturmdeputationen diesen schweren Stein des Anstoßes fortzuwälzen suchten, wurde mit allen gegen acht Stimmen — die der Abg. Bleidorn, Christ, Brentano, Hecker, Itzstein, Richter, Scheffelt, Welt — der Antrag des Abg. Bissing angenommen, „die Kammer möge zu Protokoll aussprechen, daß sie die Maßregel der Regierung wegen Aufstellung eines Truppenkorps an der Grenze billige". Bei dieser Gelegenheit erteilte Mathy dem Abg. Hecker die letzte Lektion im badischen Landtag:

„Der Abg. Hecker hat Recht. Offenheit verdient Achtung, Heuchelei Verachtung. Man soll kein Spielwerk treiben mit der Monarchie und ebensowenig die Republik als ein bald und leicht zu erhaschendes Spielwerk zum eigenen Vergnügen betrachten. Der wahre Vaterlandsfreund geht mit der Nation und verzichtet auf seine persönlichen Wünsche, wo sie mit dem Willen der Mehrheit nicht stimmen. Der Abg. Hecker hat ferner Recht, wenn er sagt, das Volk verlange materielle Erleichterungen. Aber es verlangt auch vor allem Schutz gegen Raub und Plünderung und findet keine Linderung in Versuchen, Zwiespalt

und Bürgerkrieg zu erregen. Man hat die Gefahren eines Einfalls von außen abgeleugnet oder als unbedeutend dargestellt. Aber die Beweise des Gegenteils liegen vor, und ich könnte ihnen Briefe aus der Schweiz als authentischer Quelle beifügen. Sie melden, daß die Zuzüge mit vielen Kanonen und mit Unterstützung der schweizerischen Regierungen kommen werden. Letzteres freilich ist unwahr. Die Regierungen unterstützen keine Scharen, welche den Frieden der Nachbarn stören wollen. Der Vorort und mehrere Kantonsbehörden, namentlich die von St. Gallen haben sich darüber deutlich ausgesprochen. Ich kenne sie und glaube ihnen. Der Abg. Hecker bemerkt, die deutsche Legion wolle nicht ungerufen einrücken. Ja, sobald sie merkt, daß sie nicht kann. Wenn aber die Bemühungen gelingen, die Maßregeln zum Schutze der Grenzen zu vereiteln und den guten Freunden da drüben den Weg sauber zu halten, dann würden sie anders sprechen. Wollen unsere deutschen Brüder vom Auslande in ihre Heimat friedlich zurückkehren, so sind sie uns willkommen; wollen sie bewaffnet eindringen, so können wir sie nicht als Freunde ansehen. Man hat von Vorwänden gesprochen, die Truppen zu verstärken, von den Lasten der Einquartierung und von den Kosten der Schutzmaßregeln. Aber man schweigt von den Künsten zur Verführung der Truppen, von den Aufreizungen zur Fahnenflüchtigkeit und zum Meineid, von den weit größeren Lasten und Verlusten, welche ein feindlicher Einfall in das schutzlose Land zur Folge haben werde. Der Abg. Brentano hat sich auf die Abendzeitung und die Volkszeitung berufen, auf Organe, welche mit den fremden Zuzüglern buhlen, die Handarbeiter gegen die Bürger aufhetzen und nichts weniger als die notwendige Einigkeit der Deutschen befördern. Auf dergleichen Erzeugnisse der Presse sollte man in diesem Saale keinen Bezug nehmen. Man hat endlich deutsche Waffenbrüder „fremde Truppen" genannt. Ist das die Verbrüderung aller deutschen Stämme, nach der die Nation begehrt? Hat man je in Frankreich gehört, daß Soldaten aus der Bretagne, an der Garonne oder der Rhone „Fremde" genannt worden wären. Haben die Kantone der Schweiz die Wehrmänner aus anderen Kantonen Fremde gescholten, oder wurden sie nicht vielmehr allenthalben als Eidgenossen begrüßt? Man sollte sich schämen, die große Idee deutscher Einheit noch so wenig begriffen zu haben. Die „fremden Truppen", fürchtet man, könnten uns die Freiheit rauben. O, wie schlecht wäre es bestellt mit unserer Freiheit und unserer Männlichkeit, wenn diese Besorgnis Grund hätte. Ein Volk in Waffen, das sich die Freiheit rauben läßt, verdient nicht, sie zu besitzen. Unsere Waffenbrüder aber sind Söhne der Nachbarländer, die sich die Freiheit ebenfalls errungen und ihre konstitutionellen Verfassungen zur Wahrheit gemacht und sie beschworen haben. Besorgt man vielleicht, die zum Schutze der Grenzen aufgestellten Truppen könnten auch helfen, Unfug im Lande zu verhüten? Dies ist aber für alle Wohlgesinnten kein Grund zur Besorgnis, wir werden vielmehr Dank dafür schuldig sein. Unfug zu verhüten ist in einem freien Lande doppelt nötig, weil er dem Volke sein kostbarstes Gut, die Ehre raubt. Glauben Sie etwa, die Unordnung sei eine republikanische Tugend? Erlauben Sie mir, zum Beweise des Gegenteils Ihnen ein Beispiel aus meiner Erfahrung zu erzählen. Ich habe der Republik Solothurn mehrere Jahre als Bezirkslehrer gedient. Die Gemeinde, in der ich wohnte, besitzt eine große Waldfläche; der Staat hatte ein Obereigentumsrecht. Es sollte eine Auseinandersetzung stattfinden, und zur Besorgung der Vorarbeiten erschien eine Kommission der Staatsbehörde im Orte. Die Bauern waren mißtrauisch, sie glaubten, der Staat wolle sie übervorteilen und jagten die Kommission von dannen. Was geschah? Nach wenigen Stunden erschienen Landjäger, verhafteten die angesehensten Bürger und führten sie in das Gefängnis nach der Hauptstadt ab. Am folgenden Tage kam ich nach Solothurn, besuchte Herrn Landammann Munzinger, meinen Freund, und machte ihm Vorstellungen wegen der übermäßigen Strenge gegen Männer, die sich jeden Augenblick vor Gericht freiwillig gestellt haben würden. „O, wie bedaure ich," war seine

Antwort, „gestern als die Nachricht von dem Frevel kam, nicht zu Hause gewesen zu sein!" „Das glaube ich gern," fuhr ich fort, „Sie würden die harte Maßregel sicher nicht gebilligt haben." „Wie?" rief er aus, „ich hätte auf der Stelle Militär geschickt, um den Ort zu besetzen. Ihr Deutschen mit euern monarchischen Begriffen, ihr könnt hie und da durch die Finger sehen, wenn eine Ungesetzlichkeit begangen wird; ihr habt starke Mittel zur Verfügung der Staatsgewalt und könnt das Übel unterdrücken, wenn es ärger werden sollte. Aber wir Republikaner, wir dürfen nicht die leiseste Verletzung des Gesetzes dulden, das Gesetz ist unser Palladium, das müssen wir rein und unversehrt erhalten, sonst sind wir verloren. (Beifall. Der Redner gegen Hecker gewendet:) Sehen Sie, meine Herren, das ist republikanisch." (Lauter Beifall.)





Achtzehntes Kapitel ✤ Der Aprilaufstand*)

Inzwischen war in den beiden Hauptquartieren der Bewegung die Fahne der Empörung aufgepflanzt worden. Der Bürgermeister Raus von Donaueschingen hatte schon in den ersten Apriltagen die Einberufungsordre der Rekruten und beurlaubten Soldaten zurückgehalten und einer Ministerial-Verfügung gegenüber an den Kreisausschuß in Engen appelliert. Auf die Kunde, daß württembergische Truppen im Anmarsche seien, ließ er am 6. April eine bewaffnete Volksversammlung von 6000 Mann eine ganze Reihe revolutionärer Beschlüsse — darunter auch die Entsetzung der Minister mit Ausnahme des Präsidenten des Finanzministeriums — fassen mit dem geharnischten Zusatze, daß, wenn innerhalb drei mal 24 Stunden diese Beschlüsse nicht vollzogen würden, man bewaffnet und in Masse erscheinen werde; in der Adresse wurde zu allem Überflusse noch weiter hinzugefügt: „Dieser unglückliche Fall würde zunächst Leben und Eigentum der Familie des Fürsten von Fürstenberg gefährden, weil die nahe Verwandtschaft mit dem Markgrafen Wilhelm, den man als indirekten Anstifter halte, Veranlassung dazu gäbe.“ Die mündliche Instruktion der Deputation soll noch weiter gegangen sein und die Niederlegung der Krone und die Einsetzung einer provisorischen Regierung von dem Großherzog verlangt haben. Durch Estafetten wurde diese Kriegserklärung eiligst nach allen Richtungen getragen, und schon am Abend des folgenden Tages hallte sie in einer turbulenten Versammlung in Mannheim wieder. So folgte denn am 7. April Schlag auf Schlag: nach der aufregenden Sitzung über die „fremden“ Truppen machte der Kammerpräsident Mittermaier den Abgeordneten vertrauliche Mitteilungen über die drohende Verschwörung. Welcker

*) Fast alles, was über Badens neuestes Geschick geschrieben wurde, betrifft nur den Verlauf der drei Aufstände. „Wichtiger ist die politische Bewegung im ganzen, woraus die Aufstände entsprungen sind“ — dieses Urteil des Staatsministers a. D. Bekk scheint uns auch heute noch im allgemeinen zutreffend zu sein. Darum haben wir, den leitenden politischen Gesichtspunkt festhaltend, den Verlauf der Aufstände und die militärische Seite der Sache nur in summarischer Weise behandelt. Allüberall aber, wo unsere Darstellung sich nicht in die Einzelheiten verlieren durfte, haben wir durch Anmerkungen unter dem Texte den Leser über die einschlägige Literatur zu unterrichten gesucht.

meldete das in Frankfurt gestellte Ultimatum. Allerlei Nachrichten von höchst bedenklichen militärischen Exzessen schwirrten durch die Luft. Vom Oberlande herab, vom Unterlande herauf klang bereits die Kriegsfanfare. Das Vaterland war in Gefahr: wie früher eine „Handvoll Junker“ und die Kamarilla, so suchte jetzt eine jakobinisch klubistische Macht die Gewalt in die Hände zu bekommen und die deutsche Reform aufs schwerste zu gefährden.

Da brachte der Morgen des 8. April die erste Entladung der mit Elektrizität geladenen Luft: die Verhaftung Ficklers durch Mathy.

Weder die Behörden von Konstanz noch der Oberamtmann von Achern hatten trotz wiederholter Aufforderung vonseiten der Regierung gewagt, Fickler gegenüber ihres Amtes zu walten. Nun sollte ihn das Schicksal in der Hauptstadt des Landes, wo er die Nacht vom 7. auf den 8. April zubrachte, in letzter Stunde ereilen. Als er eben im Begriffe war, mit dem ersten Zuge in Begleitung des preußischen Exleutnants Willich die Weiterreise ins Oberland anzutreten, führte der Zufall plötzlich den Abg. Mathy herbei, der nach Mannheim zu einer Sitzung des Gemeinderats fahren wollte, um eine Erklärung gegen das republikanisch-revolutionäre Votum vom vorhergehenden Tage herbeizuführen. Kaum waren diese tatkräftigsten Agenten der beiden spinnenfeind sich gegenüber stehenden Parteien einander ansichtig geworden, als sich zwischen ihnen folgendes Gespräch entspann:

Mathy: „Halt! wo willst Du hin?“
Fickler: „Das geht Dich nichts an.“
Mathy: „Ich weiß, Du willst dort hinauf.“
Fickler: „Ja, und ich will Dir zeigen, was wir zu tun vermögen.“
Mathy: „Du gehst nicht, Du bleibst hier.“
Fickler: „Du wirst mir's nicht wehren.“

Nach diesem kurzen Wortwechsel begab sich Mathy in das Geschäftszimmer des Bahnvorstandes, um die Abfahrt des Zuges zu verhindern, und forderte nach seiner Rückkehr den anwesenden Polizeikommissär auf, zu der Verhaftung Ficklers zu schreiten. Als dieser kreidenblaß darauf hinwies, daß er weder einen Befehl von der Polizei noch von einer Gerichtsbehörde habe, trat Mathy mit einigen Soldaten, die von der nahen Torwache herbeigeholt worden waren, an den Wagen und handelte auf eigene Verantwortung: „Fickler, ich verhafte Dich!“

Dies ist der einfache Hergang einer Episode, die sich so tief in das Gedächtnis der Mitwelt eingrub, daß noch viele bei ihren Erinnerungen an die Revolutionszeit ihrer in erster Linie zu gedenken pflegen. Während die einen Mathys Tat nicht genug loben und preisen konnten, sprachen die andern von einer fluchwürdigen, satanischen Kainstat. Es ist nicht uninteressant, das

Urteil der „Seeblätter“ vom 17. März 1844 dem vom 11. April 1848 gegenüberzustellen:

1844:

„Stolz erfüllt uns bei dem Gedanken, daß dieser vortreffliche Vaterlandsfreund der Abgeordnete unserer Vaterstadt ist . . . unsere Kammer gewann an ihm eine wahre Zierde; nicht nur sein Wahlort, sondern das Land blickt auf ihn mit Stolz und Freude, und alle gutgesinnten Deutschen erblicken in ihm eine Hoffnung für die Zukunft des Gesamtvaterlandes, denn sein vaterländisches Gefühl überragt weit die Marken des engen badischen Landes . .“

1848:

„K. Mathy, weiland Abgeordneter der Stadt Konstanz, nunmehr entlarvt als verräterischer Gauner erster Klasse . . Der Name Mathy wird durch alle Zeiten ein bespieener Name, ein allgemeines Brandzeichen sein und bleiben für die schimpflichste und niederträchtigste Menschenklasse, noch schlechter als Straßenräuber und Mörder, das Fluchzeichen für feige Menschen und Volksverräter . .“

Mathy, der nach der Verhaftung Ficklers sich todesmutig in das Hauptlager der Anarchie begab und alle gegen seine Person gerichteten Anschläge zu schanden machte, hielt es im allgemeinen nicht für nötig, auf solche und ähnliche Ergüsse zu reagieren, zumal sie meist von seinen geschworenen Feinden ausgingen und von Leuten nachgebetet wurden, die entweder noch in einem halb kindlichen Verhältnis zur Politik standen oder den Wandel der Menschen und Dinge seit 1846 nicht kannten oder für die Beurteilung der politischen Situation am 8. April 1848 nicht das nötige Augenmaß hatten. „Hätte ich,“ rief er von dem Altan des Mannheimer Rathauses der aufgeregten Menge zu, „hätte ich, was ich heute getan, noch einmal vor mir, ich würde es abermals tun, selbst wenn es mein Leben kosten sollte.“ Nur wenn einer in der Nähe den krummen Säbel auf ihn schwang, wallte ihm auch sein Blut und er „hieb durch bis auf den Sattelknopf“, indem er diese Sorte von Demokratie, wie sie sich um Brentano sammelte, mit wahren Republikanern konfrontierte: „Wenn Sie mich tadeln, daß ich als Bürger getan habe, was nur der Polizei zukommt, so reinigen Sie sich durch Ihre Vorwürfe vollständig von dem Verdachte, Republikaner zu sein. Denn wer glaubt, daß nur die Polizei sich um das Wohl und Wehe des Ganzen zu kümmern hat, daß der Bürger sich nicht damit befassen soll, selbst in solchen Augenblicken nicht, wo er allein großes Unheil verhindern kann, wer so denkt, ist gewiß kein Republikaner, sondern nur reif für den Polizeistaat.“

Nicht darin fehlte Mathy, daß er Fickler, der sich selbst über Recht und Gesetz hinweggesetzt und zur offenen Gewalt aufgefordert hatte, verhaftete, sondern sein und seiner Freunde politischer Fehler bestand darin, daß sie in

dieser Zeit, wo das Mißtrauen gegen jedes Regiment bis zur krankhaften Verirrung gesteigert war, sich als Agenten der Regierung anwerben ließen und dadurch ihre Autorität beim Volke auf's Spiel setzten. Den Posten von Vertrauensmännern beim Bunde und bei der Regierung hätten auch die dii minoris gentis der liberalen Partei bekleiden können: das Ehrenamt als Vertrauensmänner beim Volke hätten die Bassermann, Mathy und Welcker in dieser Zeit, wo das politische Drama in Baden mehr auf der Volkstribüne als im Ständesaale spielte, um keinen Preis hingeben dürfen. Wie ganz anders hätte der alte Rotteck an ihrer Stelle gehandelt! Mathy, der im März und April 1848 keineswegs die Vertrauensseligkeit so vieler Liberalen zu den Regierenden teilte, und der im Vorparlamente den Antrag auf allgemeine Volksbewaffnung mit der Bemerkung unterstützte, „er sehe darin die einzig sichere Garantie gegen Reaktion im Innern“, war ein viel zu kluger Politiker, als daß er nicht späterhin zu dieser Einsicht gekommen wäre, und während er sich allezeit zu der Tat vom 8. April bekannte, schrieb er am 11. Februar 1851 über seinen drei Wochen nach dem 8. April erfolgten Eintritt in die Ministerherrlichkeit an seine Konstanzer Wähler: „Eine innere Stimme sagte mir, daß dieser Schritt meine Wirksamkeit lähmen werde, indem er das starke Vorurteil gegen mich aufrufe, daß, wer sich der Regierung anschließe, sich vom Volke trenne. Ein bedauerliches Vorurteil allerdings, ein Zeugnis politischer Unreife, aber damals eine Macht, der ich nicht hätte Trotz bieten sollen.“

Die Verhaftung Ficklers durch Mathy war ein harter Schlag für die revolutionären Bewegungsmänner. Kaum war die Kunde davon am Mittag des 8. April 1848 zu den Ohren Struves gedrungen, als er den heißen Staub Mannheims von den Füßen schüttelte und mit Umgehung der Residenz die weite Fahrt vom Neckar bis zum Bodensee antrat. Auch Hecker eilte am frühen Morgen des anderen Tages auf dem Umwege über die Rheinpfalz, das Elsaß und die Schweiz in das Hauptquartier des Seekreises. „Nun kommt man auch an mich,“ äußerte er im Freundeskreise, „und die Kammer genehmigt meine Verhaftung.“ Und doch trug er sich selbst in diesem Augenblicke noch mit den überschwenglichsten Illusionen: 40—80000 Leute, hoffte er, würden sich auf seinen Ruf „wie ein Mann“ erheben; es werde keines Schwertstreiches und keines Schusses bedürfen; der Zug werde ein wahrer Festzug sein, und ganz Baden und Deutschland dem Beispiele des Seekreises folgen.

Die politischen Freunde in Konstanz waren von dem unerwarteten Besuche Struves und Heckers nichts weniger als erbaut. Diejenigen, die eben noch am lautesten schrieen, wurden ganz kleinlaut. Advokat Würth, der erste republikanische Häuptling am Orte, meldete sich krank. Dringend, flehentlich,

mit Tränen in den Augen, baten die Führer des republikanischen Ausschusses in privaten Unterredungen, doch von der geplanten Schilderhebung abzustehen: Hecker hätte am 19. März losschlagen sollen; damals habe er Fickler die Pistole auf die Brust gesetzt; jetzt sei der Zeitpunkt verpaßt, nichts vorbereitet; jeden Augenblick könnten die württembergischen und bayerischen Truppen einrücken. In ähnlichen Gedankengängen und Ausflüchten bewegte sich die offizielle Komiteeberatung; man begann mit einer Lobrede auf Hecker, pries die Vorzüge der Republik, worauf die „Wenn“ und „Aber“ folgten. Dagegen trug in einer öffentlichen Volksversammlung „des Wortes Allgewalt“ noch einmal einen glänzenden Sieg davon. Als aber am anderen Morgen, dem 13. April, Generalmarsch geschlagen wurde, und die Rufe: „Es lebe die Republik! Wir wollen sie! Hecker soll uns führen!“ in die Tat übersetzt werden sollten, schlossen sich ganze 58 Mann dem Zuge an. Nur ein süßer Trost blieb dem ausziehenden Hecker: die Konstanzer Frauen und Mädchen, meinte er, hätten sich mutiger und begeisterter als die Männer gezeigt, und getrost könne man auf das heranwachsende Geschlecht, das sie geboren hätten, blicken.

Die „Seeblätter“ schwiegen sich anfangs über dieses Intermezzo, das zu den bisherigen Posaunenstößen wenig paßte, sehr beredt aus; fast das einzige Licht, das sie über diese tragikomischen Vorgänge verbreiteten, bestand in einer bewegten Klage darüber, „daß nur der von oben herab so sehr verachtete Pöbel noch einen schlichten Rechtssinn, ein natürliches, unverschraubtes Gewissen in moralischen wie in politischen Dingen besitze, alles andere, was sonst noch im allgemeinen zum Volksbegriff gerechnet werde, mit höchst seltenen Ausnahmen ein in Eigennutz und Selbstsucht versunkenes Pack sei“. Da wendete sich über Nacht das Blatt, und die „Seeblätter“ konnten mit Genugtuung berichten, daß der republikanische Geist aufs neue „mit brausenden Flammenschwingen“ in die Konstanzer gefahren sei. Wie es gekommen?

Schon am 12. April hatte Struve eine Spritztour von Konstanz über Überlingen und Stockach nach Donaueschingen gemacht, „um die Insurrektion zu organisieren“. Aus dieser Richtung drangen nach dem Abzuge Heckers allerlei beunruhigende Gerüchte in die Stadt: viele tausend Bauern seien im Seekreise und auf der Baar aufgestanden; eine nicht minder große Anzahl Republikaner aus Württemberg, Bayern, Hechingen und Sigmaringen sei zu ihnen gestoßen; ganze badische Regimenter seien übergegangen; Wirtshäuser und Bauernstuben seien in Zeughäuser und Waffenmärkte verwandelt; das ganze badische Oberland starre von Musketen, Stutzern, Säbeln, Waidmessern, Sensen, Gabeln, mit Eisennägeln beschlagenen und mit Sichelspitzen besetzten Dreschflegeln. Am 14. April kam dann eine Stafette mit der Meldung, daß der Obmann der provisorischen Regierung Hecker in der Erwägung, „daß die seitherige Seekreisregierung in Konstanz und die Gemeindebehörde daselbst für

die Freiheitsbestrebungen des Volkes nicht allein nichts getan, sondern denselben vielmehr entgegengetreten sei", die Seekreisregierung und alle ihr untergeordneten Staatsstellen aufgehoben und den bisherigen Regierungsdirektor Peter zum Statthalter und den Arzt Vanotti zu dessen Stellvertreter ernannt habe. Da aber Peter und Vanotti die neugebackene Statthalter- und Vizestatthalterwürde nicht ganz „geheuer" fanden, wurde auf der Stelle eine Deputation nach Stockach geschickt, um weitere Verhaltungsbefehle entgegenzunehmen. Als diese am folgenden Tage zurückkehrte, wurden sogleich die Bürger und Einwohner von Konstanz mit Ausnahme der Fremden, Frauen und Kinder zu einer Versammlung in den großen Saal des neuen Stadthauses entboten. Dagegen remonstrierte die Masse und insbesondere das politisierende, über den „Hosenschlotter" der Männerwelt kreischende weibliche Element mit solcher Heftigkeit, daß man unter freiem Himmel tagen und dort den Bericht der nach Stockach entsandten Abgeordneten entgegennehmen mußte: die provisorische Regierung drohe mit Exekution und exemplarischer Bestrafung; die Stimmung auf dem Lande sei äußerst feindlich: von Konstanz — so hätten die Landleute sich geäußert — sei die Freiheitsbewegung ausgegangen und täglich geschürt worden; nun mute man ihnen zu, die Kastanien allein aus dem Feuer zu holen; wenn die Konstanzer nicht augenblicklich Ordre parieren wollten, so werde das bewaffnete Landvolk in Masse kommen, das städtische Kontingent mit Gewalt abholen und die Stadt durch Brandlegung zerstören.

Wirklich kamen auch am 17. April die meisten Bürgermeister der Landorte des Amtsbezirkes Konstanz, welche tags zuvor in Wollmatingen getagt hatten, in Begleitung von je 10 Männern in die Stadt, versammelten die städtischen und staatlichen Behörden im Rathause und führten, gestützt auf eine neue Verfügung der provisorischen Regierung, welche sie „vor dem Volke" für den strengen Vollzug verantwortlich machte, eine Sprache, wie sie weiland ihre Vorfahren in den Bauernkriegen geführt hatten. Lassen wir die „Seeblätter" über das Auftreten der seltsamen Gäste berichten:

„Unter den Vorstehern der Landgemeinden und ihren Begleitern waren schlichte, aber kräftige Redner, die den Stadtleuten in ihrer einfachen biderben Sprache ein solches Schauergemälde von den amtlichen und gesetzlichen Volksmißhandlungen, den zahllosen Bedrückungen und unersättlichen Blutsaugereien entwarfen, wie sie noch niemals gehört oder in gleichem Grade selbst erfahren. Die Herren Diener des alten Tyrannenregimentes waren wie vom Schlage gerührt, und einzelne Einwendungen von dieser Seite gegen die kerngesunde Bauernphilosophie und Bauernpolitik wurden elendiglich zu schanden geschlagen. Oberamtmann Fieser, der es am schmerzlichsten zu empfinden schien, den Bündel zu schnüren und den amtsgewaltigen Polizeistecken aus den Händen zu legen, wurde in seinen Gegenreden mit einem solchen Sturme von Zungen unterbrochen, daß er plötzlich schweigen und abziehen mußte und sogar in Gefahr stand hinausgeworfen zu werden."

Nun soll nach dem Berichte des neuen Organs der provisorischen Regierung der Bürgermeister Hütlin „den hohen Ernst des Augenblicks in seiner ganzen

Größe" erfaßt haben, und Peter — der eben erst erklärt hatte: „Ihr könnt mich an diesem Pfosten hängen, das Statthalteramt aber werde ich nicht annehmen" — auf den Balkon hinausgetreten sein und der harrenden Menge verkündet haben, daß er „aus physischen und moralischen Gründen" die Statthalterstelle annehme. An allen Ecken und Enden prangte am Abend die erste Botschaft der jungen Republik Konstanz; sie lautete: „Die badische Regierung des Seekreises ist mit allen betreffenden Stellen vermittelst Beschlusses vom Volk heute Mittag 12 Uhr abgesetzt worden. Der gewesene Regierungsdirektor Peter wurde als Statthalter ernannt, was er auch angenommen hat. Freude, Brüdervereinigung und Friede unserem Vaterlande! Morgen das Nähere!"

Der Morgen brachte auch wirklich das Nähere: nämlich die Nachricht von dem Einmarsch der Bundestruppen in den Seekreis, die Flucht des Statthalters Peter in die Schweiz, das Ende der Republik Konstanz . . . .

Von dieser Operationsbasis war Struve am 12. April nach Donaueschingen, Hecker am folgenden Tage nach Stockach gegangen. Hier und dort sollten am 14. April große bewaffnete Volksversammlungen abgehalten und der Kern der beiden ersten „Heersäulen" gebildet werden; denn in Stockach war vor einem Monat die Republik proklamiert, in Donaueschingen die Fahne der Revolution aufgepflanzt worden. Allein die Advokaten Welte und Grüninger, die auf der Baar das große republikanische Wort geführt hatten, waren jetzt nicht mehr gewillt, den beiden Mannheimer Kollegen die Wege zu bereiten. Anstelle der vielen Tausende, auf die man zuversichtlich gerechnet hatte, erschienen nur wenige Hunderte und diese tropfenweise mit der Frage: „Wo sind denn die Konstanzer mit ihren Kanonen?" Erst als eine ganz unheimliche Lügenfabrikation einsetzte und hohe obrigkeitliche Erlasse der „provisorischen Regierung" unter Verantwortung „vor dem Volke" das Aufgebot sämtlicher waffenfähigen Bürger vom 18. bis 30. Lebensjahre einschärften, gelang es, auf dem weiten Wege vom See bis zum Wiesentale eine Gesamttruppenmacht von etwa 4000 Musketieren, Schützen, Sensenmännern und vier Kanonen zusammenzubringen.

Nach dem ursprünglichen, im Gasthaus zum badischen Hof in Konstanz entworfenen „Feldzugsplane" beabsichtigte man, in vier Heersäulen vom Oberlande auf Karlsruhe vorzubringen. Die beiden ersten sollten von Konstanz und Donaueschingen ausgehen und durch das Kinzigtal auf Offenburg marschieren. Die dritte sollte in Jestetten zwischen den schweizerischen Kantonen Schaffhausen und Aargau gebildet werden und sich durch den Höllenpaß auf Freiburg werfen, die vierte von Lörrach aus das südliche Rheintal aufrollen. „Willich, du bist Oberkommandant, nicht wahr?" — mit diesen Worten ernannte Hecker den preußischen Exleutnant Willich zum militärischen Oberbefehlshaber.

Dieser Feldzugsplan wurde aber nur zwei Tage alt; denn als Hecker und Willich am 15. April sich Donaueschingen näherten, um die beiden ersten Heersäulen miteinander zu vereinigen, rückten gerade die Württemberger auf der einen Seite in das Städtchen ein und Struves „Heerhaufen" auf der anderen Seite hinaus. Durch die Erfahrung gewitzigt, daß es mit den Kriegsplänen eine ganz eigene Bewandtnis habe, und daß man mit solchen nicht in Wirts- und Rathäusern renommieren solle, führte Hecker seinen Zug in Zickzacklinien bald südwestlich, bald nordwestlich von Donaueschingen über Riedböhringen, Stühlingen, Bonndorf, Lenzkirch, Bernau, Schönau, Zell, Schopfheim, Steinen nach Kandern, wo er am Abend des 19. April, etwa 800 Mann stark, eintraf. Kleinere „Heerscharen" wurden unterdessen von Struve und Weißhaar von Lottstetten im Klettgau, von Müller von Grenzach und Neff von Rümingen in Nollingen südöstlich von Lörrach gesammelt. Mit mehreren Tausenden rückte in dritter Linie der junge, militärisch begabte und persönlich tapfere badische Exleutnant Sigel von Konstanz über Radolfzell, Stühlingen, Thiengen, Waldshut, St. Blasien und Todtnau heran. Herwegh ließ durch seine Frau die Ankunft der „deutschen" Legion in Straßburg anmelden. Da Freiburg als weitere Operationsbasis bestimmt war, wurde schon frühzeitig auch das ganze badische Oberland, insbesondere der Breisgau, durch allerlei sensationelle Nachrichten alarmiert. In solch einer schwachen Stunde ließ sich sogar die städtische Behörde von Freiburg zu einer Neutralitätserklärung bestimmen, und die überaus rührige revolutionäre Partei der Stadt unter der Führung des Turners Langsdorff kündete auf den 22. April eine große bewaffnete Volksversammlung an, um sich den vom Schwarzwalde und oberen Rheintale kommenden Freischaren bei ihrem Marsche nach Karlsruhe anzuschließen.[1])

Unterdessen war die Regierung nicht untätig gewesen. Als am 14. April die ersten zuverlässigeren Nachrichten über die Ereignisse im Seekreise auf großen Umwegen nach Karlsruhe gelangten, trat sie den alles betäubenden falschen Ausstreuungen nach Möglichkeit entgegen, leitete gegen Peter die dienstpolizeiliche Untersuchung ein, ordnete im Einverständnisse mit der Kammer die Verhaftung Heckers an und schärfte allen ihren Agenten energische Pflichterfüllung

[1]) Literatur: Dr. Friedr. Hecker, die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848, Basel 1848. — Sigel, Erlebnisse während der ersten Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848, im Anhange dem Werke Heckers beigegeben. — W. Blos, General Franz Sigels Denkwürdigkeiten, Mannheim 1902. — Theodor Mögling (Lehrer an der landwirtschaftlichen Schule zu Hohenheim, „Generalstabshauptmann" im Stabe Willichs), Erlebnisse während der ersten Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848, dem Werke Heckers im Anhange beigegeben. — Theodor Mögling, Briefe an seine Freunde, Solothurn 1858. — Morel (Literat, Republikaner), der badische Aufstand in seinem inneren Zusammenhange mit der Reformbewegung Deutschlands, St. Gallen 1848. — Schieber (Literat, Konstanzer Freischärler), Konstanzer Freiheitschronik vom Jahre 1848,

ein. Allein alle diese Weisungen, wie auch die gegen die Freiburger Neutralitätserklärung und bewaffnete Volksversammlung gerichteten Anordnungen, standen solange auf dem geduldigen Papier, als keine bewaffnete Macht hinter ihnen stand. Die württembergischen und bayrischen Bundestruppen, die den abziehenden Freischaren auf dem Fuße hätten folgen und das Handwerk legen können, eilten mit Weile. Die vom Norden anmarschierenden Hessen hatten einen weiten Weg auf den Kriegsschauplatz. Auf die badischen Soldaten war — das war schon in diesen Tagen ein öffentliches Geheimnis — kein Verlaß. Dazu kam, daß die höheren badischen Offiziere auf den „Holländer" Friedrich von Gagern, den die Regierung am 14. April nach hartem Kampfe mit aristokratischen Vorurteilen anstelle des Markgrafen Max zum Kommandanten der badischen Division ernannte, schlecht zu sprechen waren.

Die zweite Kammer, deren bisherige Führer schon jetzt ihre ganze Arbeitskraft den „Reichsgeschäften" widmeten, ließ, kurz bevor sie in die Osterferien ging, der Regierung ihre moralische Unterstützung durch eine einstimmige Proklamation zuteil werden:

„Mit tiefem Schmerz hat die Kammer vernommen, daß eine irregeführte Anzahl unserer Mitbürger im Seekreise und in einem Teile des Oberrheinkreises die von ihnen erstrebte Freiheit auf dem Wege des Aufruhrs zu gewinnen sucht. Sie hält sich für verpflichtet, alle badischen Bürger von der Teilnahme an diesem verbrecherischen Unternehmen abzumahnen und sie aufzufordern, demselben, soviel sie vermögen, Widerstand zu leisten. Sie müssen bei einiger Überlegung es einsehen, daß durch jenes Unternehmen alle Errungenschaften der gegenwärtigen großen Bewegung in unserem Vaterlande wieder auf das Spiel gesetzt, der Reaktion die Tore geöffnet und dem Auslande gegenüber unser gesamtes deutsches Vaterland geschwächt und in sich selbst zerrissen preisgegeben wird. Jeder wirkliche Vaterlandsfreund hat jetzt die große Pflicht, den Beschlüssen der in wenigen Wochen zusammenkommenden Nationalversammlung sich zu unterwerfen und seine eigenen Wünsche und Ansichten zum Opfer zu bringen, um nicht durch innere Zwietracht das Vaterland in namen-

---

Konstanz 1848. — Der Freischarenzug des badischen Oberlandes im Frühjahr 1848, Dießenhofen 1848 (anonym, republikanisch). — Das Gefecht bei Kandern und Tod des Generalleutnants von Gagern am 20. April 1848, Karlsruhe 1848 (anonym, unparteiische Zusammenstellung von Aktenstücken, Berichten und Erklärungen der Offiziere, Freischarenführer u. a.). — Hermann Mors (Amtsrevisoratsgehilfe in Ettenheim, als Freischärler beim Kampf um Freiburg beteiligt), Erinnerungen, Mannheim 1866.

G. Struve und K. Heinzen, die Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848, Straßburg 1848. — G. Struve, Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden, Genf 1849. — Amalie Struve, Erinnerungen aus den badischen Freiheitskämpfen, Hamburg 1850.

Emma Herwegh, zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris, Grünberg 1849. — Fr. Lipp (Hauptmann im württembergischen 6. Infanterie-Regiment), Georg Herweghs viertägige Irr- und Wanderfahrt mit der Pariser deutsch-demokratischen Legion in Deutschland und deren Ende durch die Württemberger bei Dossenbach, Stuttgart 1850. — Otto von Corvin (preußischer Exleutnant, Chef des Generalstabes der Legion), Erinnerungen aus meinem Leben, Leipzig 1880. — Marcel Herwegh (Sohn Georg Herweghs), Briefe von und an Georg Herwegh, München 1896.

loses Unglück zu stürzen. Diejenigen unserer Mitbürger aber, welche in trauriger Verblendung die Fahne des Aufruhrs aufgepflanzt haben, mögen erkennen, welche tiefe Wunde sie ihrem Vaterlande zu schlagen im Begriffe stehen, und von ihrem Vorhaben ablassen."

Auch die Abgeordneten der äußersten Linken gaben bei diesem Anlasse ohne Gegenrede ihre Zustimmung. Ihre norddeutschen Parteigenossen verurteilten laut den tollkühnen Streich. Robert Blum schrieb nach Hause: „Hecker hat durch sein wahnsinniges Unternehmen einen Verrat am deutschen Volke begangen." Der vom Vorparlamente eingesetzte Fünfzigerausschuß schickte zwei seiner Mitglieder, darunter Jakob Venedey aus Köln[1]), ins revolutionäre Lager, „um dort alles aufzubieten, eine Tat zu verhindern, welche als Frevel am ganzen deutschen Volke erscheinen müßte". Am 17. April trafen die Abgeordneten bei Hecker in Bernau ein. Die Freischarenführer hatten eben ihre durchnäßten Anzüge — blaue Bluse, zwei Pistolen im Gürtel, einen Säbel umgeschnallt, einen grauen Hut mit der Hahnenfeder auf dem Kopfe — mit der malerischen Hozzenbauerntracht vertauscht. „Wir bedürfen der Amnestie der Fünfziger nicht," höhnte Hecker die Streifleinenen, „wir bieten aber im Namen des deutschen Volkes den 34 Bedrückern Amnestie an für den Fall, daß sie binnen 14 Tagen der unrechtmäßigen Herrschaft entsagen."

Ebensowenig vermochte am folgenden Tage in Schopfheim die treue Gastfreundschaft und der gesunde Mutterwitz Gottschalks den in einer ganz anderen Welt und Zeit lebenden Hecker umzustimmen. „Verfluchen," schrieb bald darauf der Hecker und Mathy mit gleicher Liebe umfassende Freund an den Letzteren, „verfluchen hätte ich alle jene mögen, die diesen überreizten Geist, statt zur rechten Zeit abzuwehren, durch unsinnige Beistimmung wahrscheinlich noch mehr aufregten und sozusagen halb wahnsinnig gemacht haben; denn

---

[1]) Seit dem Jahre 1832 weilte Venedey in der Fremde. „Ich verließ Preußen (Köln) — schrieb er am 20. Februar 1848 an seinen Lehrer Mittermaier, der seine Heimkehr vermittelte — 1832 im Mai, weil man mich bei einer Nachrevision nachträglich auf drei Jahre unters Militär stecken wollte; ich hatte Ursache zu glauben und glaube noch, daß meine politischen Ansichten und selbst mein Schriftchen über das Geschworenengericht Ursache an der Art war, wie man bei dieser Nachrevision sehr kurzen Prozeß mit mir machte. Eine Zeit lang lebte ich dann in Mannheim, war beim Feste zu Hambach und soll, wie der Bundestagsbericht sagt, als Emissär der Hambacher Revolutionärs nach Norddeutschland gereist sein. Wieder nach Mannheim zurückgekehrt, wurde ich auf Requisition eines preußischen Agenten verhaftet und sollte nach einem Monat Gefängnis in Mannheim ausgeliefert werden. Auf dem Transport fand ich in Frankfurt Gelegenheit, aus dem Gefängnis auszubrechen." Als Venedey beim Anbruche der neuen Zeit von Paris nach Hause zurückkehrte, war er der Typus eines ehrlichen, für Deutschlands Einheit, Macht und Größe schwärmerisch begeisterten Republikaners. Er gehörte zu der Minderzahl der Flüchtlinge, die gestählt zum Lebenswerke aus der Schule des Lebens hervorgingen und auch in der Ferne treu die deutsche Eigenart bewahrt hatten. Vgl. J. Venedey, „Hans Lorenz Küchler, ein Lebensbild aus der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts".

es mußte das fühlende Herz bluten, solche Talente und Kenntnisse nicht für edle und gesetzliche Reformen verwenden zu können, und ihn nun für sich und das Vaterland verloren zu sehen." Den letzten Bekehrungsversuch machte kein Geringerer als der General, der Hecker gegenüberstand. Gagern hatte mit den besten Vorsätzen seinen schwierigen Posten angetreten und bald durch sein leutseliges und doch imponierendes Wesen die badischen Stabsoffiziere an seine Person gefesselt. Er wollte durch sein Beispiel die Soldaten vor Pflichtvergessenheit bewahren und um jeden Preis verhindern, daß in diesem Augenblicke, wo die schönsten Hoffnungen auf die Nationalversammlung gerichtet waren, Bürgerblut fließe; denn das war in den Augen der Partei, die ihn in Vorschlag gebracht hatte, eine ausgemachte Sache, daß jede durch Waffengewalt niedergeschlagene Bewegung ein gefährlicher Anreiz zu reaktionären Bestrebungen sei. So faßte er denn — was für den guten Menschen und tapferen Offizier verhängnisvoll werden sollte — die ihm zunächst gestellte Aufgabe mehr vom politischen als militärischen Standpunkt auf. Auf die Nachricht, daß Hecker mit seiner Kolonne in Kandern stehe, rückte Gagern am Morgen des Gründonnerstag, 20. April, mit einem Bataillon Hessen, zwei Bataillonen Badenern, einer Schwadron Reiterei und sechs Geschützen von Schliengen gegen das Städtchen. Wie nun die Freischaren sich auf die Höhe hinter Kandern zurückzogen und die Hessen in die Nähe der feindlichen Nachhut kamen, ließ er Hecker zu einer Unterredung herausfordern. „Sie sind ein gescheiter Mann, aber ein Fanatiker," rief er ihm zu. „Wenn die Hingebung für die Befreiung eines großen Volkes Fanatismus ist," lautete die Antwort des in der parlamentarischen Schlacht überlegenen Hecker, „dann mögen Sie diese Handlung also bezeichnen, dann gibt es aber auch einen Fanatismus auf der anderen Seite, dem Sie dienen."

Nach diesem kurzen Zwiegespräch begaben sich beide Führer zu ihren Truppen zurück. Die Freischaren marschierten eine Stunde bergan und stellten sich auf der Höhe der Scheidegg, von wo der Weg über Schlechterhaus nach Steinen führt, zu beiden Seiten der Straße in einer zwar gut gewählten Position, aber ganz verfehlten Gefechtsordnung auf. Als nun die hessische Vorhut sich der feindlichen Stellung näherte, traten einzelne Freischarenführer vor, streckten die Hände wie zum Gruße aus und riefen: „Brüder, schießt nicht auf uns; wir wollen das Gleiche wie Eure Väter! — General vor!" Da stieg Gagern, der sich mit seinem Stabe unmittelbar hinter dem Vortrupp befand, auf die Meldung des Oberleutnants Heisler: „Herr General, man ruft Sie!" vom Pferde und begab sich gegen alle Regeln der Kriegskunst vor die Front, um den Verführungsversuchen der Freischaren mit Verachtung des eigenen Lebens zu begegnen. „Gesindel seid ihr!" — mit diesen Worten soll er nach dem Zeugnisse des Konstanzer Literaten Kaiser den Ruf „Brüder"

beantwortet haben. Dann folgte ein Moment allgemeiner Spannung, während dessen der General zu seinem Stabe zurückkehrte, sich in den Sattel schwang und, seinem Generalstabschef, Major Kuntz, zugewandt, den Säbel ziehend und das Pferd anspornend, rief: „Also vorwärts!" In diesem Augenblicke krachten auf allen Seiten Schüsse, und Gagern sank von drei Kugeln getroffen zu Boden.

Der Tod Gagerns auf der Höhe von Scheidegg war der Anfang von dem Ende des Heckeraufstandes. Über die Einzelheiten liegen die widersprechendsten Gefechtsberichte vor. Indem wir bemerken, daß sich in diesem ganzen Feldzuge weder die Linientruppen noch die Freischaren mit Ruhm bedeckten, daß den Beispielen seltener Tapferkeit auch Proben besonderer Feigheit gegenüberstehen, und daß für die allgemeine Kriegsgeschichte nur die Art, wie Sigel sein Korps sammelte, organisierte und exerzierte, von Interesse ist, gehen wir sogleich zu einer summarischen Darstellung des Resultates der militärischen Operationen über.

Nachdem Gagern gefallen war, ballte sich alles zu einem wilden Knäuel zusammen. Als derselbe sich wieder löste, folgten die Freischaren in völliger Auflösung ihrem Sensenmännerkorps, das gleich anfangs das Weite gesucht hatte. Auch der Held des Aufstandes machte weder von seinem Säbel noch von seinen Pistolen Gebrauch; lassen wir ihn selbst über den weiteren Sachverlauf berichten:

„Nachdem sich alles in buntem Durcheinander die waldigen Höhen hinaufflüchtete, wurden wir von den hessischen Schützen verfolgt, welche uns Kugeln nachsandten und besonders auf die blauen Blusen hielten. Ungefähr hundertundfünfzig Gänge hinter mir wurde ein Fliehender niedergeschossen und ich selbst, vor Erschöpfung genötigt, mich niederzulassen, entging wie durch einen Zufall den zweimal in meiner Nähe vorübertiraillierenden Schützen, von welchen mich ein noch nicht belaubtes Buschwerk trennte. Unkundig der Gegend, erstieg ich die Anhöhen, ging dann einem Waldwege nach, verirrte und kam endlich totmüde in einem Dorfe an, nachdem ich nichts als Wasser aus Waldbächen genossen hatte. Ich trat in ein Bauernhaus, in welchem nur eine hochbetagte Frau anwesend war, beschäftigt, ihr weißes Haar zu ordnen. Ohne Umstände sagte ich ihr, daß ich einer der bei Kandern Versprengten sei, und wie ich heiße. „Ich will Euch ein Glas Wein holen und Brot auch," war die Antwort, was ich dankbar annahm, und in meinem Leben hat mir nichts so köstlich gemundet als diese Erquickung. Sie äußerte nun Besorgnis, es möchten Soldaten kommen. Nun fragte ich: „Werdet Ihr mich in diesem Falle verraten?" „Jesus Christus! nein," sagte die gute Alte, „Ihr seid ja fürs Volk!"

Sie wollte nun ihren Sohn holen und hieß mich in ein anderes Zimmer gehen und dorten ihre Rückkehr abwarten, schloß dasselbe ab und trippelte fort. Bald kam der Sohn, schüttelte mir treuherzig die Hand, reichte mir, als er den Zustand meines Hemdes sah, ein neues Hemd, und auf mein Ansuchen, mir den Weg gegen Steinen zu zeigen oder einen Führer mitzugeben, entgegnete er mir, ich müsse, bis es düster werde, zuwarten, da die Gegend voll Soldaten stecke.

Mit einbrechendem Abend fuhr ich, in einen dicken Bauernmantel gehüllt und eine geliehene Mütze auf dem Kopfe, im schnellsten Trabe gegen Steinen. In dessen Nähe hieß

mich der Führer vom Wagen steigen und ohne Aufsehen in den Ort gehen, da die Bevölkerung gegen uns eine ungünstige Stellung eingenommen habe, indem von zwei Anführern Drohungen ausgestoßen worden seien. Ich begab mich in das Haus eines Bürgers, woselbst man mir berichtete, daß die Hessen im Anzuge, die Gegend für uns und namentlich für mich, dessen Person allenthalben im Lande gekannt war, höchst unsicher sei, und man alles daransetze, meiner Person habhaft zu werden. Im Orte selbst hielten Patrouillen jedermann an, und ein junger Mann begleitete mich zu Fuß im heftigsten Regen aus dem Orte, indem er mir einschärfte, den uns Anredenden keine Antwort zu geben, damit man mich nicht erkenne, er wolle schon antworten. So wurde es auch gehalten; wir gelangten über die Brücke und Wiesen im heftigsten Regen und zu Fuß nach Hüfingen, woselbst mein Begleiter ein Fuhrwerk mietete. Bis angespannt war, unterhielten sich die patrouillierenden Bürger mit uns über den Ausgang des Gefechts bei Kandern, und mit Rührung erinnere ich mich der Besorgnis und Teilnahme, mit der sie sich bei mir selbst, den sie in der Dunkelheit und der Einhüllung in den Mantel nicht erkannten, um mein Schicksal erkundigten und den Wunsch aussprachen, daß ich gerettet sein möge. Gegen Mitternacht gelangte ich glücklich auf Schweizerboden in Rheinfelden an."

Struve, welcher der militärischen Leitung Willichs noch weniger als der politischen Führung Heckers sich unterordnete, war unterdessen mit den im Klettgau gesammelten Scharen bis nach Steinen gelangt. Hier wurde aber seine 600—700 Mann starke Truppe samt ihrem Generalstab, Obersten, Majoren, Adjutanten, Wagenmeistern ohne einen Schwertstreich auseinandergesprengt, nachdem er eben noch die Forderung des Obersten Hinkeldey, die Waffen niederzulegen, mit den stolzen Worten zurückgewiesen hatte: „Eher werden wir alle sterben!" Das Freikorps, das bei Stollingen zusammengezogen worden war, machte sich schon auf die bloße Kunde von den Treffen bei Kandern und Steinen aus dem Staube. Struve wurde am Abende, als er gerade die Rheinbrücke passieren wollte, verhaftet und in das Säckinger Amtsgefängnis gebracht. Schon am folgenden Tage schenkte ihm aber der Amtmann die Freiheit, da er durch Drohbriefe einiger Flüchtlinge eingeschüchtert worden war, die den Anmarsch von 6000 Republikanern und die gewaltsame Befreiung in Aussicht stellten, „wobei sie natürlich weder für die Freiheit der Personen noch des Eigentums garantieren könnten".

In Freiburg fand am 22. April die angekündigte bewaffnete Volksversammlung statt; ein Teil derselben ging nicht mehr auseinander, setzte sich in den Besitz der vier städtischen Kanonen, verschanzte die Stadt mit Barrikaden und erwartete mit Ungeduld die Ankunft Sigels. In mehreren Zügen näherte sich dieser am Ostersonntag Nachmittag (23. April) von Todtnau über die „Schneckenwinde" und „Bärenhalde" der Stadt. Um den entscheidenden Schlag mit seiner ganzen Macht zu führen, gab er der Vorhut den Befehl, nicht über Güntherstal hinauszugehen, bis er selbst mit den nachfolgenden Bannern zur Stelle sei. Zufälligerweise hatte sich dieser Avantgarde am Morgen auch Struve angeschlossen. Als sie nun durch Abgesandte aus Freiburg, besonders durch den Bruder der in der Stadt weilenden Frau Struve verleitet, sorg-

los — Struve allen voran, ein weißes Taschentuch schwenkend — über die genannte Position hinaus das Tal entlang der Stadt zu marschierten, wurde ihnen von zwei hessischen Geschützen und der Infanterie des Generals Hoffmann so übel mitgespielt, daß sie die Lust zu fraternisieren verloren, eiligst Reißaus nahmen, das nachfolgende Gros mit sich fortrissen und alle wohlangelegten Zirkel Sigels störten. Mit der gewaltsamen Einnahme der Stadt am Ostermontag Morgen war auch die Niederlage der Aufständigen in und um Freiburg besiegelt. „Ich und meine Gemahlin sind in St. Ullrich" — durch dieses Bulletin meldete Struve, daß er sich zwei Stunden südwestlich von Freiburg in Sicherheit befinde. Sigel antwortete, wie ihm gebührte, „er solle mitsamt seiner Frau Gemahlin zum Teufel gehen".

Nicht besser erging es der „deutschen" Legion Herweghs, die in der Nacht vom Ostersonntag auf -Montag, etwa 1000 Mann stark, bei Kembs über den Rhein ging und über Kandern nach Todtnau marschierte. Als sie dort die Niederlage Heckers und Struves, hier die Sigels und der Freiburger Freischaren erfuhr, war das männliche und weibliche Kommando einmütig der Ansicht, daß nur der schleunigste Rückzug in die Schweiz übrig bleibe. Nach überaus anstrengenden Gewaltmärschen stieß sie am Morgen des 27. April bei Dossenbach, kaum eine Stunde vom heißersehnten Ziele entfernt, auf eine württembergische Kompagnie unter dem Kommando des Hauptmanns Lipp und stob nach tapferer Gegenwehr und blutigem Kampfe auseinander. Unter den 370 Gefangenen befand sich eine Menge Abenteurer aus aller Herren Länder: Franzosen (67), Schweizer, Italiener, Ungarn, Polen, Russen.

Gleichzeitig mit dem Heckeraufstand im Oberlande fanden auch kleinere Putsche und Exzesse im Unterlande statt; so am 18. April in Offenburg, am 24. in Sinsheim und Umgebung, am 26. in Mannheim. Überall dasselbe klägliche Bild der staatlichen und städtischen Behörden wie in Konstanz und Freiburg. Nur die Heidelberger machten eine Ausnahme: als nämlich am Ostermontag die Sinsheimer und Elsenztäler bewaffnet in Heidelberg erschienen und die Proklamation der Republik verlangten, trat ihnen Mittermaier auf dem Rathause mit der Erklärung entgegen, daß niemand das Recht habe, der in Bälde zusammentretenden Nationalversammlung vorzugreifen, worauf der Bürgerwehrkommandant Rummel die Republikaner unter solchen Begleiterscheinungen nach Hause schickte, daß der Volkswitz noch lange Stoff zu tragikomischen Betrachtungen hatte. Am hellen Tage, so wird heute noch in Sinsheim erzählt, rannte einer von den Flüchtlingen, ein dürres Schneiderlein, blaß vor Angst über die Steinsfurther Brücke. Er hatte es so eilig, daß er nicht acht hatte auf seine Umgebung. Dort nun riefen ihn lachend einige Bekannte an: „He, he, wohin so eilig?" Ohne aber die Rufenden eines Blickes zu würdigen, schrie der Flüchtling: „Uf Sinse! Uf Sinse!" Er

hatte in der Aufregung nicht wahrgenommen, daß er schon vor einer halben Stunde durch „Sinse" gerannt war."

Die radikale Presse wollte lange nicht glauben, daß die republikanischen Helden besiegt worden seien. „Hecker hat gesiegt!" — so lautete eines der vielen Siegesbulletins — „Auf einer Anhöhe bei Kandern standen Heckers Truppen. Die Dragoner griffen an, wurden aber von Heckers Scharfschützen, worunter viele Schweizer, entsetzlich mitgenommen. Das zweite Bataillon vom Leibregiment wird zum Angriff geführt. Die erste Kugel trifft den Major. Das Bataillon geht über. General Gagern ist gefallen, Willich schwer verwundet. Heute Nacht ist die deutsche Legion mit 1500 Mann zu Hecker gestoßen. Das 4. Regiment, das in Kandern liegt, lechzt nach dem Augenblicke, sich mit Hecker zu vereinigen." Die „Seeblätter", die noch am Tage, bevor die Hiobspost eintraf, geschrieben hatten, „daß Hecker im ganzen zwischen 16 000 und 19 000 zum Äußersten entschlossene Männer und 18 Kanonen mit sich führe", riefen den Unglücksboten zu: „Ihr seid entweder Betrüger oder Betrogene!" und forderten die republikanischen Behörden von Konstanz auf, „sie aufs strengste gesetzlich zu bestrafen". Erst als die bayerischen Truppen einrückten, und die Hegauer Sensenmänner mit dem Geschwindeschritt und dem Lampenfieber des Sinsheimer Schneiderleins zurückkehrten, schickten sie sich ins Unvermeidliche.

Hecker zog sich bitter grollend nach Muttenz im Kanton Baselland zurück. Wie er bei Beginn des Aufstandes der festen Zuversicht gewesen war, daß der Zug ein wahrer Festzug durch ganz Deutschland sein werde, so sah er jetzt überall Spione und Verräter. Der abenteuerliche Zug von Konstanz bis Kandern wirkte nichts weniger als läuternd auf ihn; im Gegenteil, er sank immer mehr auf das Niveau seiner Umgebung herab. In seinem zweimal wöchentlich in Rheinfelden erscheinenden „Volksfreund" verbreitete er sich nicht nur im niedrigsten Tone über den „echten Republikanismus", sondern schmähte und verdächtigte auch, seiner besseren Vergangenheit ganz unwürdig, die politischen Gegner. Fast noch schlimmer behandelte er in seiner Schrift „Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik" die intimen Parteifreunde, die seine Leichtgläubigkeit und Eitelkeit bis zur Tat gehetzt, dann aber zum Rückzug geblasen hatten. Diese „Maulhelden" hätten ihn nicht nur feige im Stiche gelassen, sondern förmlich verraten:

„Von den Leuten, welche zu Struve und mir nach dem Unterlande gekommen waren und zum Losschlagen aufforderten, weil das Volk nicht mehr zu halten sei, haben wir nur äußerst wenige beim Zuge gesehen, und manchmal ist mir jetzt, wenn ich die vielen Intriguen, Verrätereien und das feige Zurücktreten Vieler in dem Momente, da es galt aufzustehen, überblicke, der Gedanke gekommen, daß unsere Sache und wir planmäßig verkauft und verraten worden seien, daß niederträchtige Gesellen unter der Maske der politischen Sympathie an uns Beteuerungen, Versicherungen, Aufforderungen ergehen ließen, um uns zu locken und zu verraten."

Schon nach einer kleinen Weile trat unter den Flüchtlingen zwischen Hecker und seinen Getreuen und Struve und seinem Anhang eine Spaltung ein. Struve setzte den Linksabmarsch noch weiter fort und näherte sich immer mehr dem Kommunisten K. Heinzen, der schon vor dem März 1848 in dem Rufe stand, daß ihm diesseits und jenseits des großen Wassers niemand den Rekord in Schimpfsalven streitig machen könne. Wie diese Kreise über Hecker urteilten, hat ein Jahr später Abt in seiner Revolutionsgeschichte ausgeplaudert:

„Hecker, ein Mann, der das glückliche Talent hat, ohne tiefer in die Natur der Dinge, der Verhältnisse und der Personen einzudringen, über alles geläufig zu sprechen; ein Mann, dem die Redensarten der parlamentarischen Debatte zu Gebote stehen wie keinem; ein Mann, der vermöge seiner Persönlichkeit, seines legeren, jugendlich brausenden Wesens, wie keiner die Gabe hat, den großen Haufen zum Applaus zu bringen; ein Mann, der kein höheres Ideal kennt, als ein Redner zu sein; ein Mann, der in den Rednerbühnen der Demagogie seine Paukplätze erblickt, auf welchen er mit großer Bravour jeden Tag sich herumtummelt, um seine Gegner mit dem leichten Schläger begeisterungsvoller Redensarten, barokker Ausdrücke, gesuchter Witze, gekünstelter Naivetäten zu necken, zu ritzen, leicht zu verwunden, ohne sie aber je mit dem schneidenden Schwert der Satire, der philosophischen Tiefe, der Sachkenntnis, zu vernichten; Hecker, der vollendetste Repräsentant jener oberflächlichen, glänzenden, renommistischen Demagogie, die leicht eine Rolle spielt, weil sie Leuten, die nicht zu denken verstehen, imponiert."

Nachdem Hecker solche Erfahrungen im Exil gesammelt, die blutige Niederwerfung des Juniaufstandes der Pariser Arbeiter erlebt und lange Zeit vergeblich gehofft hatte, durch die in Thiengen auf ihn gefallene Reichstagswahl amnestiert zu werden, überkam ihn eine weltschmerzliche Stimmung. Am 11. Juli schrieb er an Emma Herwegh, es ziehe ihn „heimwärts, nach dem Westen Amerikas"; er könne es nicht länger mitansehen, wie die „privilegierten Volksverräter" in Frankfurt mit dem „reichsverwesenden Hannes" an der Spitze das Lügen- und Komödienspiel von 1813/15 neu aufführten; der deutsche Michel habe zwar seine „feuerspeienden Manifeste und Ansprachen an die deutsche Nation" beklatscht, aber dann die Patschhände in den Schoß sinken lassen; er gebe sich keinen Illusionen mehr hin: denn nur ein sich selbst betrügender Enthusiast oder ein kurzsichtiger Narr sehe nicht, daß Deutschland im besten Zuge sei, statt 34mal 35mal monarchisch zu werden; statt die Kassandra in Hosen zu spielen, lade er Herwegh ein, an seiner Seite „mit den Choctaws, Comanches, Sacs- und Fox-Indianern Büffel zu jagen". So gab er denn im August 1848 der Welt kund und zu wissen, daß er Deutschland seinen Geschicken überlassen und nach Amerika auswandern werde. Auf diese Nachricht hin liefen zwar wiederum wie ein Jahr zuvor bei seiner Algierreise, Adressen aus der Heimat ein, die ihm „Ausdauer" predigten, allein sie machten nicht mehr den gleichen Eindruck auf ihn. Anfangs September verließ er Muttenz, nahm dann in Straßburg noch einmal die Huldigung seiner Parteigänger entgegen und bestieg am 20. September in Southampton den Dampfer „Hermann".

Mit Wehmut sah das Volk sein verzogenes Lieblingskind über den Ozean ziehen; denn mittlerweile war im Lande, von schlauen Demagogen poussiert, ein förmlicher Heckerkultus in Szene gesetzt worden. Auf Straßen und Märkten, in Wirtshäusern und beim Spiele der Kinder erklang nach der Melodie „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ das Lied:

„Hecker! hoch dein Name schalle,
An dem ganzen deutschen Rhein
Deine Treue, ja dein Auge,
Flößt uns all Vertrauen ein.
:,: Hecker! der als deutscher Mann
Für die Freiheit sterben kann. :,:
Wird auch Mancher jetzt nicht achten,
Was dein Mund von Freiheit spricht,
Erst wenn sie in Fesseln schmachten,
Dann erkennen sie dein Licht.
:,: Hecker! der als deutscher Mann
Für die Freiheit sterben kann. :,:
Doch so manche Freunde brachen
Ihren Schwur der Treue feig,
Und zum Staatsmann sich erhoben
Fühlen sie sich mächtig reich.
:,: Doch durch den gerechten Gott
Trifft sie nur des Volkes Spott. :,:
Bist du gleich in fernem Lande,
Ist doch stets bei uns dein Geist,
Brechen müssen bald die Bande,
Wie es uns dein Mund verheißt.
:,: Hecker! großer deutscher Mann
Komm und stoß bald mit uns an. :,:
Ja, wenn einst dein Atem fliehet
Und dein blaues Auge bricht,
Dann liest man auf deinem Grabe:
Hecker starb und wankte nicht.
:,: Hecker! sei als großer Mann
Unsere Losung nur fortan. :,:“

Dieser schlichten, anheimelnden Volksweise konnte Nadlers humoristisch-satirisches „Guckkastenlied vom großen Hecker“ nur in Honoratiorenkreisen die Wage halten; von den 17 Strophen lauteten die beiden ersten besten:

„Seht, da steht der große Hecker,
Eine Feder auf dem Hut,
Seht, da steht der Volkserwecker,
Lechzend nach Tyrannenblut!
Wasserstiefeln, dicke Sohlen,
Säbel trägt er und Pistolen,
Und zum Peter sagte er:
„Peter sei du Statthalter!“

„Peter," sprach er, „du regiere
Konstanz und den Bodensee,
Ich zieh aus und kommandiere
Unsre tapfere Armee;
Mit Polacken und Franzosen
Wird der Herwegh zu mir stoßen,
Und der stirbt lebendig eh'r,
Als daß er ein Hundsfott wär!"

„Wären Rotteck und Sander noch am Leben," urteilten die ehemaligen persönlichen und politischen Freunde, „so würden Hecker und Fickler heute Schulter an Schulter mit uns im deutschen Parlamente kämpfen." Wie dem auch sein mag: hier, im ersten deutschen Reichstag, erstattete der Abgeordnete von Königsberg, Eduard Simson, am 10. August 1848 über die Thienger Wahl den folgenden stimmungsvollen Bericht:

„Wäre hier der Ort, an die Tat, von der wir reden, den Maßstab der Beurteilung des Individuums anzulegen, ein großer Teil der Versammlung würde sich zu der Auffassung bekennen, die „den Menschen wahrnimmt in des Lebens Drang und die größere Hälfte seiner Schuld den unglückseligen Gestirnen beimißt". Es ist dies eine Auffassung, von der ich unverhohlen und auf jede Gefahr hin bekennen will, daß sie auch im gegenwärtigen Falle die meinige ist. Ich kann nicht ohne tiefe Wehmut denken, daß ein Mann, der, wenn nicht alle Berichte über ihn trügen, durch alle Gaben des Geistes und des Herzens vor Vielen berufen war, an den Wiederaufbau des Vaterlandes seine Hand mit anzulegen, in unseliger Verblendung sich selber von dieser edelsten Arbeit ausgeschlossen hat. Aber hier ist keine Stelle für die Beurteilung, wie sie der Religion, der Kirche, der Ästhetik, der Jurisprudenz zusteht. Von der politischen Beurteilung, die hier allein probehaltig ist, bleibt, was man auch dagegen reden mag, stehen, daß Hecker den heiligen Boden unseres Vaterlandes mit Blut getränkt, daß er den Fremden die Tür gewiesen hat nach der deutschen Erde. An die Stelle der ewigen Ordnungen des Rechts, die nach vorübergehender Verdunkelung alle Zeit nur um so heller leuchten, hat er das Banner der Gewalt zu pflanzen versucht. Darum kann er nicht sitzen unter den Männern, denen unser Volk die Gründung der Einheit, die Festigung seiner Freiheit anvertraut hat, in den Wegen „des Rats, der der Mäßigung, der Weisheit, der Geduld". Erst nach langer, ernster Sühne kann für ihn wieder ein Raum werden auf unserer vaterländischen Erde."







Neunzehntes Kapitel ✤ Der Landtag im Sommer 1848



Anarchie und Nahrungslosigkeit, das sind jetzt die mächtigsten Reaktionsmittel, gegen welche jeder, dem das Vaterland lieb und die Freiheit teuer ist, mit allen Kräften wirken sollte" – so schrieb Mathy am 24. April, vier Tage vor seiner Ernennung zum Staatsrate, an den Kammerpräsidenten Mittermaier. Mächtig, immer mächtiger pochte das soziale Problem an die Eingangspforte der neuen Zeit. Was der parlamentarische Kampf eines ganzen Menschenalters nicht vermocht hatte, das sollte der fünftägige Bauernaufstand vom 7. bis 12. März vollbringen. An demselben Tage, an dem die ersten Truppen in den Odenwald abzogen, wurde der zweiten Kammer ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher verfügte, daß alle noch übrigen Feudalrechte auf einmal aufgehoben werden sollten. Auch wurden sogleich auf dem Verordnungswege die früher erlassenen Anordnungen in Betreff der Bürgerannahmen, Bürgermeisterwahlen und Gemeindeumlagen in den Gebieten der ehemaligen Reichsunmittelbaren zurückgenommen. O daß doch Rotteck diese Tage erlebt hätte, an denen selbst die Grundherren und die erste Kammer in seiner Bauernpolitik die einzige Rettung sahen!

Fast schien es, als ob in diesen Märzverbrüderungstagen dem Abg. Trefurt eine Art Gracchusrolle zufallen sollte. Seine lex agraria wollte eine Landeskasse zur Unterstützung der Arbeiter einschließlich der „Ackerleute" gründen und die Mittel dazu aus einer außerordentlichen freiwilligen Einkommensteuer schöpfen. Nach einem beigegebenen Entwurfe sollte die Besteuerung für Unverheiratete bei einem Einkommen von 500 fl., für Verheiratete bei einem solchen von 1000 fl. beginnen und $^1/_{20}$, für ein Einkommen über 2000 fl. $^1/_{10}$ der Jahreseinkünfte betragen. Jeder Landesangehörige sollte sein Jahreseinkommen angeben und den Betrag seiner freiwilligen Steuer bestimmen. Wer sein Einkommen in wesentlich zu niederem Betrage angebe, habe sich auf Anordnung der Steuerkommissäre einer Vermögensuntersuchung zu unterwerfen und werde mittels Veröffentlichung des Resultates der Verachtung seiner Mitbürger überantwortet. Diese Jahressteuer sollte in monatlichen Beiträgen erhoben und im Bedarfsfalle nochmals ausgeschrieben werden. Eine „erkleckliche" Erbschaftssteuer sollte die nachhaltige Dotation der Unterstützungskasse bilden. Die

nächsten Verwendungszwecke sollten sein: Unterstützung unbemittelter Handwerker und Ackerleute mit unverzinslichen Anlehen, Errichtung von Arbeitsanstalten zur Beschäftigung und Ernährung aller arbeitsfähigen Armen, Beiträge an die Gemeinden zur Unterstützung ihrer arbeitsunfähigen Armen, Unterstützung unbemittelter Auswanderer.

Diese Motion ruht noch heute als schätzbares Material in den badischen Landtagsakten; denn wie allen großen Wohltätern der Menschheit erging es auch dem Antragsteller: die Radikalen sahen in dieser Zeit ihrer hochgespanntesten Erwartungen vom hohen Kothurn ihrer alles — also auch Verdienst, Brot und Besitz — spendenden Republik auf solche Abschlagszahlungen herab und, bald gewohnt, nicht mehr zu bitten, sondern zu fordern, zu drohen und zu terrorisieren, steinigten sie ihren Freund Gracchus-Trefurt aus dem badischen Landtage hinaus.

Anders packte Mathy die Sache an, als er am 28. April zum Staatsrat und Mitglied des Staatsministeriums ernannt wurde. Sein Programm gipfelte in dem Leitsatze, den wir an die Spitze dieses Kapitels gestellt haben. In der ersten Unterredung mit dem Großherzog gab er die Erklärung ab, daß er seine Ernennung als ein Zeichen dafür ansehe, daß die Regierung mit allem Nachdrucke zu handeln entschlossen sei. Erst wollte er die Anarchie niederschlagen und dann die Arbeiten für die bürgerliche Freiheit und wirtschaftliche Hebung des Volkes aufnehmen. In diesem Geiste statuierte er zunächst ein Beispiel an seiner Vaterstadt Mannheim, wo nach Heckers und Struves Entfernung die Demagogen dritten und vierten Ranges am hellen Tage ihr freches Spiel getrieben hatten. Die Stadt wurde in Kriegszustand erklärt, mit Truppen umstellt und entwaffnet. Die Rädelsführer wurden in die „pennsylvanische Erziehungsanstalt" nach Bruchsal geschickt und ihren Preßorganen für die Zeit des Belagerungszustandes das Lebenslicht ausgeblasen. Die Wohlfahrts-Ausschüsse in Stadt und Land wurden aufgelöst. Auch arbeitete er ein „Martialgesetz gegen pflichtvergessene Beamte aus und machte mit der Kamarilla und dem Redakteur der „Karlsruher Zeitung" kurzen Prozeß.

Dieses Regierungshandwerk wurde ihm nicht leicht gemacht. „Der Hauptjammer," schrieb er am 1. Mai an L. Häusser, „liegt darin, daß die Beamten meist dem Teufel zu schlecht sind." Er dachte dabei nicht so sehr an die „ekelhaften Besuche von miserablem Schreibervolk", als vielmehr an die Remonstrationen der Vollzugsbeamten, die erst handelten, wenn die Ordre „unverzüglich zu parieren" eingelaufen war. Aber auch die persönlichen und politischen Freunde machten ihm das Leben sauer. Die Frau Staatsrätin suchte den „Tiger" Karl zu bändigen. Der treubesorgte Freund Buhl mahnte, stets zu bedenken, „daß von den besten Bürgern durch die Fehler der Regierung viele zum äußersten getrieben wurden". Als die liberale Kammermajorität

in dieser Zeit der Parlamentswahlen ängstlich um ihre Popularität besorgt, die schärfsten Stacheln aus den Gesetzen über den Kriegszustand und gegen die pflichtvergessenen Beamten zu entfernen suchte, mußte sie sich die Drohung gefallen lassen, daß der gestrenge Staatsrat nicht gewillt sei, „Sagunt zu Grunde gehen zu lassen, während Rom berate", sondern sich mit dem Gedanken trage, die Kammer heimzuschicken und auf eigene Verantwortlichkeit zu handeln. Kein Tag verging, ohne daß nicht irgend ein Mannheimer bei ihm vorstellig wurde: die Stadtbehörde, die bei dem Putsche vom 26. April ein jämmerliches Bild dargeboten hatte, war der Ansicht, daß, nachdem die Stadt ein paar Tage sich ruhig verhalten, alles wieder in Ordnung sei; der Reichstagskandidat von Soiron, zwischen zwei Feuer gestellt, machte Miene, seinen Fünfziger-ausschuß zu Gunsten Mannheims in Bewegung zu setzen; die Philister, die eben noch unter dem unerhörten Terrorismus der revolutionären Partei seufzten, fanden jetzt die Last der Einquartierung ganz unerträglich. Kam er gelegentlich selbst nach Mannheim, um nach dem Rechten zu sehen, so bekam er außer Liedern auf Hecker und Hochs auf Struve die zweite Strophe des „Republikanerliedes" zu hören:

„Ihr, die treulos uns verraten,
Ketten auf den Leib geladen,
Auf die Seelen schwere Pein:
Mathys, denkt der letzten Stunde,
Und dankt Gott, wenn nur 'ne Wunde
Endet Euer schmachvoll Sein!"

Anfangs schien es Mathy, als ob man ihn nicht beschäftigen, sondern nur seinen Namen zu den nötigen Gewaltmaßregeln gebrauchen wolle. Er war aber für eine solche Rolle nicht zu haben und entschlossen, im Sinne seines Freundes, des Mannheimer Realschuldirektors Schröder, zu handeln, der ihm geschrieben hatte: „Ich wünsche von einem Ministerium Mathy sobald als möglich irgend welche Satisfaktion für das Volk." Während der Großherzog 100000 und die Mitglieder der großherzoglichen Familie 25000 Gulden zur Bestreitung der Staatsausgaben beisteuerten, während das Gesamtministerium fortfuhr, in ehrlich konstitutionellem Sinne die Forderungen des Märzprogrammes zu erfüllen, wandten sich Mathy und Bekk mit der ganzen ihnen eigenen Arbeitskraft den volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des Staates zu. Sie arbeiteten die schon damals fast unübersehbare Literatur durch, holten die Gutachten sach- und fachkundiger Autoritäten ein und studierten die vielen Eingaben, welche bei der Kammer und beim Fünfzigerausschuß in Betreff der Verbesserung des Zustandes der handarbeitenden Klassen einliefen. Nach überaus mühevollen Vorbereitungen traten sie am 26. Mai 1848 mit einer Verordnung, „die Wiederbelebung der volkswirtschaftlichen Tätigkeit betreffend", auf den Plan, die wir als den ersten größeren Akt sozialer Gesetzgebung in

Baden betrachten können. Sie wollten sich zunächst „des Beirats der im Volke vorhandenen Einsicht und Sachkenntnis“ versichern und ließen zu diesem Zwecke von den Handelskammern, Industrie-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Vereinen Mitglieder wählen, um mit ihnen über die Einrichtung von Kreditanstalten, wenn nötig mit Bürgschaft des Staates, eine Gewerbeverfassung mit Gewerberäten und Fabrikgerichten, die Förderung von Vereinen zur Unterstützung der Gewerbe, die Kredit-, Preis- und Absatzverhältnisse der Landwirtschaft zu beraten. Von der Einsicht geleitet, daß das einseitige Vorgehen eines Staates auf diesem Gebiete nicht zu dem gewünschten Ziele führe, gedachten sie sodann, mit den Regierungen der anderen Bundesstaaten und mit dem volkswirtschaftlichen Ausschusse der Nationalversammlung sich in Verbindung zu setzen, „um gleichförmige Anordnungen unter Mitwirkung gemeinschaftlicher Versammlungen von Sachverständigen zu erzielen“. Über die Grundsätze, von welchen sie sich bei ihrem Werke leiten ließen, hat sich Bekk in seiner Schrift „Die Bewegung in Baden“ wie folgt ausgesprochen:

„Diese sozialistischen Theorieen und Pläne über Verteilung des Eigentums, über Recht auf Arbeit und genügende Belohnung, über Ausgleichung zwischen Kapital und Arbeit sind größtenteils ganz abenteuerlich oder doch unklar; sie zeugen aber in Verbindung mit den wirklichen Zuständen dennoch von einem tiefen Bedürfnisse und bisher allerdings zugleich von der Hülflosigkeit der menschlichen Natur.

Was indessen von solchen sozialistischen Ideen ohne Rechtsverletzung, wenngleich mit einer nach einem allgemeinen Prinzip zu tragenden Belastung der Besitzenden, irgend durchführbar ist, sollten die Regierungen selbst mit allen Kräften erstreben, insofern dasselbe, ohne die nationale Produktionskraft des Ganzen selbst zu schwächen und ohne den Müßiggang zu nähren oder (wie in der Pariser Nationalwerkstätte) wertlose Arbeit zu fördern, wirklich den Erfolg verspricht, daß die ungeheure Kluft zwischen reich und arm weniger empfindlich und das Los der Vermögenslosen weniger drückend werde. Alle Opfer, die man unter dieser Voraussetzung dem Zwecke bringt, kommen denjenigen, die sie bringen, selbst zu Nutzen. Nicht nur in der Steuergesetzgebung ist hierauf Bedacht zu nehmen, sondern es ist auch staatliche Fürsorge für Unterstützung Arbeitsunfähiger und, soweit tunlich, Eröffnung von Arbeitsgelegenheit für andere nötig, ebenso eine Erleichterung der Ansammlung kleiner Kapitalien durch Sparkassen und Arbeiterpensionsfonds, eine Fürsorge gegen Bedrückung durch Arbeitsherren hinsichtlich der Arbeitszeit oder Behandlung, namentlich mit Rücksicht auf das Alter und die Unterrichtsbedürftigkeit der Arbeiter, gegen drückende Verabredungen der Arbeitsherrn (wie gegen die schädlichen Verbindungen der Arbeiter selbst), Unterstützung der Auswanderung u. dergl. Vielleicht führt die Erfahrung noch zu weiteren praktischen Vorschlägen. Mit der Erklärung, wie man sie häufig hört, daß da und dort das Proletariat an seiner schlimmen Lage selbst Schuld trage, ist die Sache nicht abgetan. Auch wenn und wo dies wahr ist, liegt immerhin das Übel tatsächlich vor, und seine Beseitigung oder tunliche Verminderung ist im Interesse der Besitzenden, sowie in jenem der Gesamtheit, im Interesse der Ordnung und der Zivilisation dringend geboten.“

Für solche Mühewaltung ernteten aber Mathy und Bekk den Undank der Welt. „Du wünschest,“ schrieb der Karlsruher Oberbürgermeister Malsch am 1. Juni an Mathy, „von mir zu erfahren, welchen Eindruck die Ver-

ordnung des Ministers des Innern wegen Belebung der volkswirtschaftlichen Tätigkeit bei uns gemacht habe; es ist sonderbar, man spricht kaum davon und hat bloß Sinn für Nachrichten aus Frankfurt, Wien und Paris; das Volk wird nicht eher eine wohltätige Maßregel beachten, bis es die Wirkung verspürt."

Während das liberale Märzministerium sich in dieser Weise mit Lanze und Kelle der neuerstandenen republikanischen Partei zu erwehren suchte, fielen ihm die alten feudalultramontanen Feinde in den Rücken. Nach dem Landtage von 1846 schien es eine Zeit lang, als ob die kirchliche Bewegung im Sande verlaufen wolle. Seit Struve sich in allerhöchst eigener Person in das deutsch-katholische Lager begeben hatte, brauchten die Gegner für keinen weiteren Sprengstoff zu sorgen. Aber auch die Bäume der aufstrebenden ultramontanen Partei wuchsen nicht bis in den Himmel; denn auf den Papst Gregor XVI. folgte Pius IX., dessen erste Regierungshandlungen ein freisinniges Gepräge trugen und die Felsenmänner jenseits und diesseits der Alpen in nicht geringe Verlegenheiten setzten. Schiffer und Kahn schien vollends die politische Märzbewegung des Jahres 1848 verschlungen zu haben: auf der Eingabe der Heidelberger Professoren vom 1. März, die auf die Erfüllung „langgenährter allgemeiner und gerechter Volkswünsche" drang und „neue und vorteilhafte Bürgschaft der Freiheit, des Rechtes und der Nationalwohlfahrt" verlangte, standen auch die Namen Roßhirt, Zell, Zöpfl. Als die österreichischen Mitglieder des Fünfzigerausschusses durch Heidelberg kamen, wurden sie von Zöpfl als „die Helden des 13. März" gefeiert. Auf der Adresse der Grundherren ob der Murg vom 16. März, welche, den „Zeitverhältnissen volle Rechnung tragend", sich zu allen wünschenswerten Opfern bereit erklärte und der Regierung „einen tatsächlichen Beweis des in sie setzenden großen Vertrauens" geben wollte, prangte selbst der Name des Freiherrn von Andlaw. Auch schlossen sich die „durchlauchtigsten hohen Herrn" aller Schattierungen „aus voller Brust" den „großen Reformgedanken" des anderen hohen Hauses und der Regierung an.

Kaum ging aber der Heckeraufstand zu Ende, als auch die Werkzeuge der Kamarilla, die von dem Wehen des Märzwindes spurlos hinweggefegt worden waren, wieder auf der Bildfläche erschienen und aus Leibeskräften das Lied intonierten, daß die liberale Regierung an allem Übel schuld sei. Nicht alle freilich hatten gleich dem Freiherrn von Andlaw die Taktlosigkeit, schon am 29. April mit einer öffentlichen Anklage hervorzutreten. Wie er zwei Jahre später selbst zugestand, war der Angriff nicht so sehr dem Präsidenten des Ministeriums des Innern Bekk zugedacht, als vielmehr gegen den Geh. Rat Nebenius und den Kammerpräsidenten Mittermaier gerichtet. Dieser war seit Rotteck's Tode der intime Freund Wessenbergs, jener hatte dem Erzbischof die Spitze geboten, als er in der Frage der gemischten Ehen das bedenkliche

Beispiel der Selbsthilfe gab. Bei der Begründung seines Antrages — „die hohe Kammer wolle in einer Adresse Se. Königl. Hoheit den Großherzog ehrerbietigst bitten, eine Untersuchung zu befehlen, ob nicht Mitglieder der obersten Staatsbehörde oder der Regierung nahe stehende Männer tatsächlich die Pläne der Revolutionspartei im Lande fördern und somit entweder des Verrats an ganz Deutschland oder einer höchst strafbaren Vernachlässigung ihrer Pflichten, wo nicht des Eidbruchs schuldig sind. Sollten jedoch nur die Einsicht und die Befähigung dieser Männer den Ansprüchen des Augenblicks nicht genügen, so wolle es im Hinblicke auf die allgemeine Gefahr für das gesamte deutsche Vaterland, Höchstdemselben gefallen, diese Staatsdiener ihrer Dienste zu entlassen" — sagte Andlaw zwar manches Wahre über die Energielosigkeit der Regierung und einzelne Mißgriffe, wie die Ernennung Peters zum Regierungsdirektor des Seekreises, allein davon abgesehen war die unerhörte Anklage des Verrates so wenig substanziiert und auf irgendwelche genauere Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und Schwierigkeiten gebaut, daß es dem Minister Bekk ein leichtes war, den Antragsteller und seine beiden Trabanten, den Freiherrn von Göler und den Grafen von Hennin, aus dem Felde zu schlagen: nichts habe er darüber vernommen, was eigentlich hätte geschehen, wie anders hätte gehandelt werden sollen. Auf Maueranschlägen und in Volksversammlungen sei er ein blutgieriger Volksfeind genannt worden; hier sei ganz ähnliches geschehen, ohne daß der Präsident seines Amtes gewaltet und ihn gegen solche Anschuldigungen geschützt habe; mit Indignation weise er diese Verdächtigungen zurück und nehme für sich das Recht in Anspruch, den Motionsteller für unfähig zu halten, die Lage der Regierung zu beurteilen. Nachdem auch Dusch und Nebenius den schlagfertigen Ausführungen ihres Kollegen zugestimmt und Andlaw seine Anklage mit der Redewendung zu versüßen gesucht hatte, er habe sich ja nur des Wortes „tatsächlich" und nicht „absichtlich" bedient, kam der an diesem Tage erstmals als Regierungskommissär anwesende Staatsrat Mathy über ihn:

„Diejenigen, die seit Jahren den Boden in Deutschland unterminiert haben, mögen es verantworten"; dies sind die Worte eines geehrten Redners. Allein jene Männer befinden sich größtenteils nicht mehr an ihren Stellen. Einige von ihnen sind in England zusammen getroffen, andere haben sich auf ihre Güter zurückgezogen. Diejenigen aber, die seit Jahren bemüht waren, den Rechtsboden in Deutschland zu sichern, sind großmütig gegen jene. Sie haben dieselben nicht weiter zur Verantwortung gezogen, sondern man war zufrieden, daß ihre Tätigkeit ein Ende erreicht hat.

In seiner Richtung fällt daher der Antrag zusammen mit den Beschlüssen der Volksversammlung in Freiburg. Ich hoffe aber, dieser Antrag wird ebensowenig Effekt haben als jene Beschlüsse. Überall in Deutschland herrscht die Meinung, daß reaktionäre Mittel den Aufrührern zu Gebote stehen, und daß man der Reaktion nicht kräftiger begegnen könne, als indem man den Aufruhr unterdrückt. Möge der Antrag des Freiherrn von Andlaw nicht zu den Mitteln gerechnet werden, wodurch die Reaktion ihre Zwecke fördern

will. Es würde dem verehrten Redner sicherlich Unrecht geschehen. Sie haben von dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern vernommen, daß die Fehler, die man der Regierung vorwirft, hauptsächlich darauf hinausgehen, daß ihre Anordnungen nicht vollzogen worden sind. Ich bin für meine Person überzeugt, daß viele Beamte und ebenso, daß manche Bürgerschaften ihre Pflicht nicht getan haben. Nach der einen Richtung hin ist ein Kriegsgesetz erlassen worden, allein auch gegen Beamte, welche ihre Pflicht nicht tun, sollte ein Martialgesetz erlassen werden. Verlangen Sie, durchlauchtigste, hochgeehrteste Herren, Rechenschaft von der Regierung für ihre Handlungen, das ist Ihr Recht; aber sie werden vielleicht als Milderungsgrund die Erwägung gelten lassen, daß die Regierung wenigstens in einem Punkte Kraft entwickelt, indem sie dem starken Antrag auf Beseitigung der ersten Kammer nicht nachgegeben hat."

Mit der Annahme des Antrages Rüdt, „die Regierung wolle auch fernerhin mit aller Kraft dahin wirken, den in einem Teile des Landes noch währenden Aufstand zu unterdrücken, die Ruhe und Ordnung im ganzen Lande herzustellen und die Verbrecher zur Strafe zu ziehen", endete diese Haupt- und Staatsaktion. Dem Freiherrn von Andlaw gebührt aber der Ruhm, in Ministeranklagen den höchsten Rekord in Baden erreicht zu haben; denn in der kurzen Spanne eines Menschenalters hat er nicht weniger als drei Minister — Winter, Bekk und Lamey — auf die Anklagebank gesetzt. Ewig schade, daß man im Kreislaufe der Zeiten es nicht auch einmal mit dem Staatsmanne von Andlaw versuchte. Im Jahre 1848 wäre ein solches Ministerium keine 24 Stunden möglich gewesen. Ob der persönlich tapfere Freiherr und seine weniger tapferen Hintermänner ahnten, wie sehr sie mit solchen nichtswürdigen Angriffen den geschworenen Gegnern der Regierung und Religion in die Hände arbeiteten, die um dieselbe Zeit den Geistlichen den Rat gaben, ein Gewerbe zu erlernen, denn Leute ihres Standes werde man binnen Jahresfrist nicht mehr brauchen, da das Volk erst dann glücklich sein werde, wenn der Glaube an Gott und Unsterblichkeit verschwunden sei?

Dies war die politische Lage, als das Volk im April und Mai aufgerufen wurde, die Wahlen zum ersten deutschen Parlamente vorzunehmen. Das Land wurde zu diesem Behufe in 20 Wahlbezirke eingeteilt. Alle badischen Staatsbürger, welche das 21. Jahr zurückgelegt hatten, waren wahlberechtigt und wählbar. Die Wahlen sollten nach der Wahlordnung für die zweite Kammer stattfinden. Am 18. April erging in der „Karlsruher Zeitung" eine Mahnung an die Urwähler und Wahlmänner, nur solche Männer zu wählen, „die mit Besonnenheit und Achtung vor der beschworenen Verfassung eine entschieden freisinnige Richtung vereinbaren, und welche die ganze unermeßliche Aufgabe begreifen, von welcher jetzt und für Jahrhunderte die neue Gestaltung des Vaterlandes abhängt".

Nach dem ungünstigen Ausgang des Heckeraufstandes trat die radikale Partei sofort in den Wahlkampf ein, froh, durch diesen neuen Agitationsstoff einer ernsteren Gewissenserforschung überhoben zu sein und weitere Propaganda

für die republikanischen Zwecke machen zu können. Um freilich in diesem Kampfe obsiegen zu können, mußte die Leitung der Wahlen einstweilen in die Hände derjenigen gelegt werden, die sich auf das Bekenntnis zurückzogen: „Wir haben zwar republikanische Ansichten, halten aber die Zeit für eine Republik noch nicht reif."

Die halbe Wahlschlacht war gewonnen, als sich der bisherige Generalwahlfeldmeister der Liberalen Itzstein auf diese Seite schlug. Bamberger hat uns in seinen „Erinnerungen" eine köstliche Erzählung von der Erziehung hinterlassen, die er dem Führer der Mainzer Demokraten Zitz angedeihen ließ. Auf ähnliche Weise gelang es, den alten „Vater Itzstein" weiter zu treiben, als er bei seiner diplomatischen Ruhe zu gehen gewillt war. Es dauerte lange, bis er sich in den „tieferen Geist" der Bewegung hineindachte. „Er tritt überall offen und ungebeugt auf," klagte die radikale Presse, „nur wenn er auf den Fürsten kommt, hängt ihm der deutsche Zopf hinten." Dazu kam ein anderer Bundesgenosse in dem weiland „altkonservativen" und später „jungliberalen" Abgeordneten Christ, der jetzt den Anschluß mit der Erklärung suchte und fand, daß es keine allgemein beste Regierungsform gebe, und daß alles von den gegebenen Verhältnissen, der Kulturstufe, den Bedürfnissen, dem Gesamtwillen des Volkes abhänge. Während der Wahlstratege die pseudorepublikanische Fahne aufsteckte und den 20 Wahlbezirken zunächst einmal seinen eigenen Namen präsentierte, fuhren die radikalen Blätter fort, die Urwähler mit Leitartikeln, wie „Europa geht der Republik entgegen", „was ist wohlfeiler: die Republik oder die Monarchie?" zu bearbeiten. Das alte Repertoire wurde durch entsetzliche Schilderungen von der Tyrannei des „blutgierigen" Systems Bekk und des „Gendarmen der Despotie" Mathy ergänzt. Ganz ungeheuerliche und abenteuerliche Angaben über Welckers und Bassermanns Gehälter machten die Runde mit dem Zusatze: „Siehst du es, Volk: so hintergeht man dich durch bestochene Verräter, so vergeudet man die mit deinem Schweiße erkauften Steuern!" Bei der Wahlkleinarbeit wurden — um mit einem Agitator von anno 1848 zu reden — alle Praktiken der „höheren Roßtäuschekunst" in Anwendung gebracht; als z. B. einem solchen Agitator entgegengehalten wurde, der Abgeordnete Christ habe doch unter dem Ministerium Blittersdorff nicht zu den hartgesottenen Republikanern gehört, lautete die nicht verlegene Antwort: „Ja, das ist etwas anderes gewesen, der Minister Blittersdorff hat sich durch großartige Schöpfungen der inneren Verwaltung ausgezeichnet."

Bei solchem Sturmwind und Wogendrange sahen sich die Liberalen, die sich nicht entschließen konnten, den Hippogryphen zum Ritt ins romantische Land der Republik und sozialistischen Utopien zu satteln, vor die Notwendigkeit gestellt, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, um überhaupt den Kampf aufnehmen zu können. Es hätte zwar nicht viele Mühe gekostet, den zwischen

den alten und jungen Freunden hin- und herschwankenden Itzstein zu einem Kompromiß zu bestimmen und einige unsichere Kantonisten unterzubringen. Allein die innere grundsätzliche Entzweiung hätte durch solchen künstlichen Kitt doch nicht geheilt werden können. So mußte man denn in dieser ernsten Schicksalsstunde ganz von vornen anfangen. Der von dem Mannheimer Realschuldirektor Schröder entworfene Aufruf zu einer neuen Organisation der Partei lautete:

„Wir hoffen unerschütterlich fest auf eine große, glückliche und ruhmreiche Zukunft des deutschen Volkes! Eine schöne und herrliche Zukunft wird unserem edlen Volke von nahe an 50 Millionen zusammenwohnenden Angehörigen mit dem Tage angebrochen sein, an welchem neben der deutschen Freiheit auch die deutsche Einheit fest begründet ist. Zur Gründung dieser deutschen Einheit und Freiheit ist der erste nnd wesentlichste Schritt geschehen durch den Zusammentritt der in allen deutschen Gauen vom Volke freigewählten Vertreter zur deutschen Volkskammer in Frankfurt am Main. Um die deutsche Freiheit für immer zu sichern, um die durch den Zusammentritt der deutschen Volkskammer begonnene Vereinigung aller deutschen Volksstämme zu einem mächtigen Reiche zu vollenden, ist fortan nichts weiter nötig, als daß das Volk seiner Kammer Vertrauen und Unterstützung gewähre, daß es den Beschlüssen der Mehrheit seiner Vertreter Nachdruck gebe und für ihre Vollziehung Sorge trage; daß an seinem festen Willen die Hindernisse ohnmächtig scheitern, welche der Vollziehung jener Beschlüsse, sei es von verblendeten Monarchen und ihren Dienern, sei es von irregeleiteten Massen und ihren sie mißbrauchenden Schmeichlern, entgegengesetzt werden mögen. Was die Mehrheit der von Deutschland freigewählten Vertreter im Interesse der deutschen Freiheit und einheitlichen Macht beschließt, ob es den Erwartungen und Wünschen der Einzelnen mehr oder weniger entspreche oder nicht, es ist der ausgesprochene Wille der Mehrheit der Nation, es muß um der deutschen Einheit, um des deutschen Friedens und um der Freiheit willen jedem Einzelnen oberstes Gesetz sein. Nur der Beschluß dieser Mehrheit und seine Vollziehung kann für die Gesamtheit von Heil sein; alles andere kann nur Uneinigkeit, Zwiespalt, Bürgerkrieg und Unglück über das schöne Vaterland bringen. Wer immer den Entschluß mit uns teilt, den Beschlüssen der Mehrheit der deutschen freigewählten Reichsversammlung zur Seite zu stehen, ihre Durchführung in diesem Momente der Wiedergeburt eines einigen, mächtigen und freien deutschen Reiches mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern und zu unterstützen, der ist brüderlich in unserem Bunde aufgenommen. In gleicher Weise glauben wir in unserem engeren badischen Vaterlande nur einen Weg vorgezeichnet, auf welchem eine glückliche und freie Zukunft, auf welchem der Fortschritt in der Gesetzgebung und Verwaltung, die Verbesserung der wichtigsten bürgerlichen Verhältnisse ungefährdet und sicher erzielt werden kann. Es ist das feste und mannhafte Zusammenstehen aller guten und freidenkenden Bürger, um den Beschlüssen der freigewählten badischen Volksvertreter Nachdruck und Gewicht zu verleihen, um die Durchführung und Erfüllung der von der Mehrheit der Abgeordneten ausgesprochenen Wünsche des Landes zu unterstützen. Wir sind gewiß, daß diese Mehrheit keinen auch noch so entfernten Versuch einer Reaktion dulden oder gar unterstützen werde, und sollte er von irgend einer Seite je gemacht werden, so wird er scheitern an dem entschlossenen Widerstande aller guten Bürger des Landes. Man soll uns so wenig in die alten Geleise zurückführen, als man das Wasser wird bergan fließen machen. Möge eine freisinnige Regierung, mögen unsere freisinnigen Abgeordneten wissen, daß sie in dem Widerstande gegen reaktionäre Gelüste stets auf die Bürger des Landes zählen können.

Sie zählen darauf, wir bezweifeln es nicht; vielmehr hoffen und wünschen wir von der Regierung wie von der Kammer, daß die Vollendung aller der Gesetze und Einrichtungen möglichst beschleunigt werde, welche zur Befestigung und Vervollständigung unserer Freiheiten nötig und wünschenswert sind. Zur Förderung des gesetzlichen Fortschritts, zum Schutz der Freiheit, zur Wahrung der für das Gedeihen aller Geschäfte und Gewerbe, zur Sicherung von Arbeit und Erwerb für alle Klassen unserer Mitbürger so unentbehrlichen Ordnung werden wir mannhaft und fest zusammenstehen. Dies wollen wir! Wer mit uns auf diesem Wege eine freie und glückliche Zukunft des Vaterlandes zu sichern wünscht, wer mit uns die frohe Zuversicht teilt, daß wir eine solche Zukunft auf diesem Wege sicher erreichen werde, der schlage brüderlich ein und zähle sich zu unserm Bunde."

Um freilich in dem alle Leidenschaften entfesselnden Wahlkampfe einige Positionen zu erringen, mußte auch gröberes Geschütz aufgefahren werden. Diesem Zwecke diente ein Wahlflugblatt, betitelt „Fünf Fragen und Antworten an die Wahlmänner in Baden", das, wie die Gegner bald herausfühlten, aus der Feder Mathys stammte. Die Antwort auf die Fragen, wer Itzstein vorschlage, warum er vorgeschlagen werde, wer ihn wähle, wer ihm seine Stimme nicht gebe, wer an seiner Stelle zu empfehlen sei, deckte schonungslos das bauernfängerische Wahlmanöver der Radikalen auf und stellte der Liste Itzsteins eine Gegenliste mit den Namen aller bedeutenderen liberalen Abgeordneten gegenüber. Viel konnte freilich mit solch wohlgezieltem Frage- und Antwortspiel nicht ausgerichtet werden; denn das Volk befand sich seit dem ersten März 1848 in einem wahren Fieberzustande; der Wahlkampf nahm immer mehr den gehässigen Charakter eines unheilbaren Familienzwistes an. Schließlich hörte man nur noch die Wahlparole: hie der alte Vater Itzstein, hie der Volksverräter Mathy!

Bei dem Wahlakte gab es die größten Überraschungen. Besonders zugkräftig erwies sich der Trick, welcher in der Meldung bestand, daß der Veteran der Opposition überall unterlegen sei und seine letzte Hoffnung auf die versammelten Wahlmänner baue. In Überlingen hatte der schon in Baden-Baden gewählte Kammerpräsident Mittermaier die größeren Chancen. Da erschien eine halbe Stunde vor der Wahl der vom Heckerzuge her wenig rühmlich bekannte Gegenkandidat Advokat Würth und suchte jene Blamage dadurch wieder gut zu machen, daß er freiwillig zurücktrat und — — — Hecker oder Peter präsentierte.

Das Wahlresultat entsprach diesem Wahlkampfe. Gleich anfangs wurde nur das radikale Triumvirat Itzstein, Brentano und Kapp zu Tage gefördert. Bei den Nachwahlen brachte dann der in acht Bezirken gewählte Itzstein seine Schützlinge — Christ-Bruchsal, Hagen-Heidelberg, Junghanns-Mosbach, Kuenzer-Konstanz, Mez-Freiburg, Ree-Offenburg, Richter-Achern, Sachs-Mannheim, Fehrenbach-Säckingen — unter, die sich aber gleich ihrem Protektor nicht offen zum Republikanismus bekennen wollten. Die eigentliche Wahl-

nachblüte aber bestand darin, daß auch die Namen Peter und Hecker in Überlingen und Thiengen aus der Wahlurne hervorgingen. Von den Liberalen wurden Gottschalk, Helbing, Mittermaier, Soiron, Welcker und Zittel in Baden, die meist gehaßten und gefürchteten Führer Bassermann, Mathy und Gervinus dagegen in Bayern, Württemberg und der preußischen Provinz Sachsen gewählt. Nach der Wahl richteten die Liberalen in der „Deutschen Zeitung“ eine scharfe Absage an Itzstein. Kein geringerer als Ludwig Häusser führte den Hieb:

„Itzsteins Talent war vorzugsweise, ja fast ausschließlich ein Talent der Negation, seine bedeutendste Tätigkeit in den Reihen der Opposition sehr häufig eine diplomatische. Mit diesen Gaben hat er der guten Sache in Baden sehr bedeutende Dienste geleistet; in den Zeiten der Reaktion, in den Tagen, wo jedes bescheidene Verlangen nach Konzessionen mit dem verhängnisvollen ministeriellen „Rien“ abgefertigt ward, war seine unermüdliche Tätigkeit ein Lebenselement unserer politischen Entwickelung; in den Zeiten, wo es galt, mit Vorsicht mehr auf den drohenden Bruch hinzuweisen, als eine Krisis von ungewissem Ausgang zu beschleunigen, war seine diplomatische Ruhe und Fassung ein oft unschätzbares Gegengewicht gegen die ungestüme Leidenschaft, die sich in der Tragweite ihrer Kräfte verrechnete. Es liegt aber in der Natur solcher Talente, daß ein großer Umschwung sie ungerüstet findet; haben sie zwar beim lauen Winde der Reaktion oder politischen Stabilität das Schiff geschickt hindurchlaviert, so ist es wieder eine andere Sache, es durch die hohen Wogen der Revolution fest und ungefährdet weiterzulenken. Sie werden dann unsicher und schwanken; ihre negative Virtuosität reicht nicht mehr aus, wo es gilt, für ein blankes positives Bekenntnis mit ganzer Seele einzustehen; und die diplomatische Kunst will nicht ausreichen, wo es darauf ankommt, die ganze Bestimmtheit des politischen Charakters den Fraktionen gegenüber so unbeugsam zu bewähren, wie im Angesicht reaktionärer Regierungen.

An diesen Klippen ist auch Itzstein gescheitert; und dies muß man um so offener heraussagen, je mehr man zwar bereit ist, seine früheren Verdienste anzuerkennen, je weniger man aber heutzutage Lust hat, eine Autorität über den Grundsatz zu stellen. Es konnte aber Itzsteins Scharfsinn unmöglich entgehen, wohin die Agitation in Baden führen wollte; er mußte so gut wie andere Leute begreifen, daß diese schrankenlose Aufwiegelei mit einem undeutschen Sonderbunde oder einem Bürgerkriege enden würde. Er hatte die Pflicht, mit seinem einflußreichen Wort zu belehren, zu verständigen, statt, wie Antonius in Shakespeares Cäsar, den ungestümen Gang der Dinge sich selbst zu überlassen. Er hatte in dieser großen Krise keine neutrale Stellung einzunehmen; das solonische Gesetz, daß man Partei nehmen müsse, ist in solchen Zeiten ein unabweisbares, und Itzstein mußte entweder im Hecker'schen Lager oder unter den entschiedenen Gegnern einer süddeutschen Winkelrepublik zu finden sein. Er war keines von beiden; er blieb inmitten einer konstitutionellen Kammer, indes doch die provisorische Regierung Badens bereits in Konstanz ihren Sitz aufgeschlagen, er sprach aber gegen die Maßregeln der Verteidigung, die der rebellische Putsch im Oberlande notwendig machte. Er hat sich so freilich, wenigstens scheinbar, nach beiden Seiten „möglich“ gemacht; an seinem Namen hing der Ruhm eines fünfundzwanzigjährigen Kampfes für die konstitutionelle Sache, und doch setzte ihn die republikanische Partei unter ihre Wahlkandidaten, doch pries die anarchische Presse die in seinem Sinne vorgenommenen Wahlen als entschieden republikanische.

Wir beneiden Itzstein um den unbefleckten Ruf eines fünfundzwanzigjährigen Kampfes für gesetzliche Freiheit; aber um diese letzten Lorbeeren beneiden wir ihn nicht. Wer in diesen Tagen schlicht und unzweideutig für eine Sache kämpfte, ist uns lieber als der greise

Feldherr, der es mit zwei Fahnen nicht verderben wollte. Dieser Vorwurf des Wankens und der Unklarheit ist ihm bereits öffentlich gemacht worden; Bassermann hat ihn gewiß nicht ohne peinliche Empfindungen, aber mit aller bürgerlichen Ehrlichkeit und Offenheit in der Kammer direkt an Itzstein selbst gerichtet. Die Verteidigung Itzsteins beschränkte sich auf die Erinnerung, daß er in der Offenburger Volksversammlung „mitten unter einer aufgeregten Volksmenge erklärte, es sei eine Unklugheit, die Republik ausrufen zu wollen". Das ist richtig, wir haben mit eigenen Ohren gehört, wie damals Itzstein vom Balkon eines Rathauses herab vor vielen Tausenden die Gründe ruhiger politischer Überlegung dem betörenden Rufe „Republik! Republik!" entgegensetzte, den man dem Volke als Universalmittel gegen materiellen Druck, als die Erlösung von allen Steuern, den man den Mißvergnügten aller Art als die Entbindung von allen unbequemen Fesseln alles Gesetzes und aller Ordnung entgegenhielt. Aber wir haben auch mit eignen Ohren gehört, wie derselbe Mann wenig Stunden später vom Fenster eines Wirtshauses herab gegen mehrere Hunderte die freudige Hoffnung aussprach, ein solches Volk noch in einer deutschen Republik vereinigt zu sehen. Wir gestehen offen, daß wir die politische Konsequenz dieser beiden Erklärungen nicht ganz begreifen, wohl aber sehen wir darin den charakteristischen Zug für Itzsteins politische Haltung während der ganzen Krisis. Eine solche Gesinnung ist in friedlichen Tagen nicht besonders großen Ruhmes wert; in den Zeiten einer ernsten Krisis, wo man eines oder das andere ganz sein muß, ist es aber für einen einflußreichen und mächtigen politischen Namen ganz unverantwortlich, auf diese Weise à deux mains zu spielen. Noch mehr; als in Karlsruhe ein „demokratisches" Wahlkomitee den Namen Itzsteins mit Gefolge als „republikanische" Kandidatur empfahl, wollten die Vorgeschlagenen nichts davon wissen; sie desavouierten die republikanische Firma, und jetzt, nach vollendeten Wahlen preisen ihre Organe in der Presse deren Erwählung als ein Votum für die Republik! Das heißt doch, die Mutlosigkeit von der einen und die stoische Geduld von der anderen Seite sehr weit getrieben! Wenn doch nur einer der Herren offen seine republikanische Überzeugung bekannt hätte, wenn sie doch, statt zu desavouieren, nur den Mut gezeigt hätten, ihre Farbe ein einziges Mal blank auszuspielen! Die Welt hätte sich zwar dann nicht um eine Linie anders bewegt, allein man hätte doch mit aufrichtigen Gegnern von bestimmten, unzweideutigen Gesinnungen zu tun gehabt. Aber dies Lavieren, dies politische Versteckenspiel hat etwas, das in einem Manne von aufrichtiger und ehrlicher Gesinnung die widrigsten Empfindungen weckt, und wird in einer ruhigen unbefangenen Zeit gewiß eine übereinstimmende Würdigung finden.

Seltsam genug hören wir in den Blättern der äußersten Linken diese politische Diplomatie mit dem Kraftwort „Entschiedenheit" gepriesen; „entschieden" sind die Männer, die auf dem Balkon gegen, im Wirtshaus für die Republik sprechen, die sie im Ständesaale desavouieren und sich dann in den Zeitungen als „Republikaner" preisen lassen. Besonders wählig und delikat in ihren Wahlen sind freilich unsere sogenannten Republikaner nicht; die alten Reaktionäre, Unentschiedenen, Überläufer, alles ist ihnen recht, wenn es sich als bekehrt ankündigt. Wir haben Fälle in der Ferne und in der Nähe gesehen, wo sich harmlose Leute, die am 1. April noch schriftlich und mündlich für ein deutsches Kaisertum samt allen Kurialien schwärmten, am 1. Juni als Republikaner (républicains du lendemain) anpreisen ließen; es liegt die Tatsache vor, daß derselbe Wahlkandidat in dem republikanischen Viertel des Wahlbezirks vor der „Republik", im konstitutionellen vor der Monarchie samt Pairs, und was daran hängt, seine Referenz bezeigte. Oder wir könnten Fälle nennen, wo der Kandidat im Klub ein republikanisches Glaubensbekenntnis unterzeichnete, außerhalb es desavouieren mußte, wo er gleich dem stolzen Römer Fabius, der Krieg und Frieden aus der Toga schüttelte, Republik und Kaiserreich „auf Verlangen" in der Tasche trug. Das

ist freilich eine politische Entschiedenheit, mit der wir auch nicht entfernt wetteifern wollen; wir möchten lieber um unseres konstitutionellen „Fanatismus“ willen verschrieen, als um solcher Konsequenzen willen gepriesen und — gewählt sein.

Wir verdenken es dem Volke nicht, daß es in der höchsten Aufregung des Augenblicks die fünfundzwanzigjährigen Verdienste eines Parteiführers mehr gelten läßt als die ruhige und besonnene Erwägung der Sachlage; wir beneiden, wie gesagt auch die Republikaner um die meisten ihrer Akquisitionen nicht; die Zeit wird vielleicht sehr bald ihr Urteil darüber sprechen, wo am meisten Freisinn, Patriotismus und Charakterfestigkeit vorhanden war. Die schwanken Fahrzeuge, die der Wind von Westen unter die Flaggen der Republik hintrieb, wird vielleicht ein rauher Nordost wieder dorthin führen, wo sie gefällt und gezimmert sind; wir möchten dann die Betörten nicht sein, die sich beirren ließen, und weniger mit denen tauschen, die das politische Gaukelspiel mit arrangieren halfen. Baden hat zu lange mit Ehren im Vordertreffen für deutsche Freiheit gekämpft, als daß wir es nicht beklagen müßten, es im Momente der wichtigsten deutschen Schöpfung seit Jahrhunderten im Schweife einer unfruchtbaren demagogischen Agitationspartei mitgeschleppt zu sehen. Ob Itzsteins politischer Ruhm durch diese letzte Phase viel gewonnen hat, ob solch ein Sieg für ihn viel mehr bedeutet, als der bekannte Sieg des Königs Pyrrhus, darüber, scheint uns, kann unter allen Männern, die auf Grundsatz mehr halten als auf diplomatische Routine, nicht einen Augenblick ein Zweifel bestehen.“

Nur zu bald sollten diese Schlußworte in Erfüllung gehen; denn die Partei, an deren Fahne Itzstein im Mai 1848 den Sieg heftete, besaß nichts weniger als die Tugend, Autoritäten zu achten. Auf das fernere Wirken des alten verdienten Parteiveteranen sollten die Worte des Dichters zutreffen:

„Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter.“

Nach dem Heckeraufstande hatte sich eine Art Ermattung als eine natürliche Folge der hitzigen Krankheit eingestellt; dieser Zustand dauerte jedoch nur eine kleine Weile: denn der Ausfall der Wahlen schwellte die Brust derjenigen, die sich Itzsteins nur als des geeignetsten Werkzeuges für ihre Zwecke bedient hatten. Für diese Elemente bestand kein Zweifel, daß das republikanische Prinzip den Sieg davongetragen habe, und daß das Ziel nicht mehr in allzu weiter Ferne schwebe. Daß sie bei den Wahlen nur mit Hilfe des populären Leiters der altliberalen Wahlgeschäfte und einer bedeutenden Herabstimmung ihres Zukunftsprogrammes durchgedrungen waren, machte sie ebensowenig stutzig, als die niedrigen, auf der untersten Stufe der Demagogie sich bewegenden Mittel, die sie auch fernerhin anwenden mußten, um das „mündige“ Volk vollends reif für die „einzig vernünftige“ Staatsform zu machen.

Die Volkskreise, auf die sie sich stützten, boten in dieser Zeit des Fiebertraumes mehr ein naiv-komisches als revolutionär-furchtbares Bild. Die Grundstimmung „alleweil is Freiheit“ wandelte sich in der radikalen Schule allmählich in den Glauben an die Republik als Staatsform ohne Steuern und Lasten, ohne Opfer und Pflichten. Von der Qualifikation derjenigen, in denen sich dieses Ideal doch in erster Linie hätte verkörpern sollen, hatten die Wenigsten

eine Ahnung. So sehr hatte die Umkehrung aller rechtlichen Begriffe und politischen Grundsätze die Köpfe der Leute verdreht, daß sie die „Republik mit dem Großherzog an der Spitze“ oder die „Republik auf gesetzlichem Wege“ haben wollten.

Völlig versagten in dieser Zeit der Prüfung die vormärzlichen Bureaukraten. In und außer Dienst trugen sie den Bürgerwehr-Tschako mit einer riesigen deutschen Kokarde. Manche hielten sich durch die Kokarde nicht genügend gesichert und trugen noch über der Brust das Band mit den Burschenschaftsfarben. Geradezu erbärmlich war auch während der ganzen Revolutionszeit die Haltung des Philistertums in Stadt und Land. Indolent, mutlos, höchstens um die Sicherheit des Besitzes bekümmert, sah es dem Kampfe zu und ließ sich durch die seichtesten Schwätzer und lautesten Schreihälse terrorisieren.

Mehr als früher kamen bei diesem allgemeinen Schwindel innerhalb der republikanischen Partei Elemente auf, die mit ihrer amtlichen Stellung oder mit ihren persönlichen Verhältnissen unzufrieden waren und bei einem Umsturze im Trüben fischen zu können hofften: Kaufleute, welche durch falsche Spekulation ihr Vermögen eingebüßt hatten, Praktikanten, welche eine schnelle Karriere machen wollten, Advokaten, welche keine Praxis hatten, junge Literaten, welche sich mit der Hoffnung schmeichelten, einst Minister oder Präsident einer deutschen Republik zu werden.

Während Hecker und Struve an der Grenze in der oben angedeuteten Weise hetzten und schürten, geriet das republikanisch-revolutionäre Szepter im Lande in die Hände Brentanos und der „jungen Leute“. Vor dem März, solange noch etwas auf parlamentarischen Anstand gehalten wurde, hatte der Klopffechter Brentano nicht aufkommen können. Als aber dann seine Zeit gekommen war, scheute er sich nicht, die plumpsten Verdächtigungen, die in der Öffentlichkeit ausgestreut wurden, vor das Forum des Landtages zu tragen. Die vielen Prozesse, welche der Aprilaufstand oder die „nachdrückliche Petition“ Heckers, wie Brentano ihn nannte, im Gefolge hatte, machten den zungenfertigen Rabulisten und Sophisten zum kommenden Manne der Partei.

Von wahrer Begeisterung und Leidenschaft, von dem Gemüte und Glauben Heckers besaß er nur den äußeren Anstrich; auch diente er nicht gleich selbstlos der Sache des Volkes; ein Ministerportefeuille — das war im letzten Grunde die Freiheit, die er meinte.

Brentanos rechte Hand war der 24jährige Rechtspraktikant Mördes, wohl der eitelste Geck, den die badische Geschichte aufzuweisen hat. Schon frühzeitig hatte er sich der republikanischen Partei aufgedrängt, allein Struve, der bedenkliche Anzeichen für eine Rechtsentwicklung bei dem jungen Mann entdeckte, ließ ihn bei der ersten besten Gelegenheit in des Wortes verwegenster Bedeutung vor die Türe setzen — was freilich für Mördes kein Hindernis war, sich nach

der Flucht Struves an die Spitze derjenigen zu stellen, die diese argumentatio ad hominem an ihm vollstreckt hatten. Über Bassermann und Mathy war er längst zur Tagesordnung übergegangen, denn sie lebten nach seiner Ansicht nur kümmerlich von den „Zwergengeburten“ der „Professorengelehrsamkeit“ eines Gervinus. Fast noch abfälliger urteilte er über die „konstitutionellen“



Lorenz Brentano.

Demokraten Norddeutschlands und den revolutionären Generalstab, der sich an der Grenze herumtrieb, viel Wesens mit einem schlecht gelungenen Probestückchen machte und ihm ins Handwerk pfuschen wollte. Als er gar am 8. Juli dazu überging, dem „deutschen Zuschauer“ Struves einen „deutschen Zuschauer, neue Folge“, gegenüberzustellen, wollten die Invektiven, die dieses par nobile

fratrum täglich über den Rhein herüber- und hinüberschickte, kein Ende nehmen, bis der Parteiheilige Struve mit seiner Unterschrift aufforderte, dem neuen „Volksgötzen" Mördes, „einem politischen Schwätzer vom Scheitel bis zur Fußsohle", nicht über den Weg zu trauen, da er alle Anlagen zu „einem Verräter und Söldling der Reaktion" besitze.

Wie hätten die Maßnahmen der Regierung und Volksvertretung bei solchen Männern eine gerechte Würdigung finden sollen? Bis zum 15. Mai blieb der Landtag beisammen. Da viele Abgeordnete auch zugleich Reichstags-abgeordnete waren, wurde beschlossen, mit dem Beginne der Nationalversammlung eine Beurlaubung eintreten zu lassen, die gestatte, daß die Kammer auf den Ruf ihres Präsidenten jeden Augenblick wieder zusammentreten könne. Das Budget wurde einstweilen durch eine Gesetzesvorlage über die Steuererhebung in der zweiten Hälfte des Jahres 1848, im übrigen nach dem Finanzgesetz von 1847 geregelt. Da die Kammermajorität die Wurzel des Übels mehr in den sozialen als in den politischen Verhältnissen sah und der Ansicht war, daß, solange der allgemeine Fieberzustand daure, durch Belehrung nichts ausgerichtet werden könne, beschloß sie, neben dem freisinnigen Ausbau der Verfassung besonders Hand an die sozialen Aufgaben des Staates zu legen. Demgemäß betonte sie die Notwendigkeit, bürgerliche Elemente in der Verwaltung und Rechtspflege heranzuziehen und durch Einführung der Einkommen- und Kapitalien-steuer eine billigere Verteilung der Staatslasten herbeizuführen. Auch wurde auf den Antrag des Abgeordneten Zittel eine besondere Kommission nieder-gesetzt, die in Gemeinschaft mit der Regierung Vorschläge — wie z. B. Minderung der Besoldungen und Pensionen nach einer steigenden Skala — beraten sollte, wodurch die Staatsausgaben noch in diesem Jahre wesentlich vermindert werden könnten.

Die Regierung kam allen diesen Wünschen durch Gesetzesvorlagen entgegen. Sobald die Vorbereitung im Schoße der Kommissionen, die auch in der Zwischen-zeit tagten, erledigt war, trat die Ständeversammlung im Juni und Juli auf einige Tage zusammen und gab ihre Zustimmung. Nur bei der Einführung der Einkommensteuer machte die erste Kammer größere Schwierigkeiten, da sie das Prinzip der Progression für ungerecht hielt; als aber die verfassungsmäßige Durchzählung der Stimmen beider Kammern entscheiden sollte, zog sie es vor, noch bei Zeiten sich dem Votum der zweiten Kammer anzuschließen. Wie alle seine Kollegen war auch der Präsident des Finanzministeriums Hoffmann bei diesem Stande der Dinge nicht auf Rosen gebettet. Er sollte die längst ge-wünschten Reformen in einem Augenblicke durchführen, wo der Geschäftsverkehr und Geldumlauf gestört war, wo die Kosten der Putsche die letzten Reserven verschlangen, wo die Nationalversammlung das Amen hinzufügte, indem sie Leistungen für die Reichstagsabgeordneten — die Diäten betrugen 5 fl. —

die deutsche Marine, die Truppensendung nach Schleswig-Holstein, die Approvisionierung der Bundesfestung und die Verdoppelung des Kontingents auf 2% der Bevölkerung in Anspruch nahm. Da ihm kein Kornfeld auf der flachen Hand wuchs, mußte er, abgesehen von den obengenannten Maßnahmen, seine Zuflucht zu außerordentlichen Mitteln nehmen, größere Beträge der Staatsschuldentilgungskasse und dem Betriebsfond der Staatsverwaltung entnehmen, Staatsobligationen verkaufen, Papiergeld in Umlauf setzen usw.

Wären alle Gesetze, die die badische Regierung und Volksvertretung im Sommer und Herbste des Jahres 1848 erstrebten, zur Verabschiedung gelangt, so hätte Baden eine Verfassung gehabt, wie sie etwa Rotteck vorschwebte: eine parlamentarische Regierung, eine aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehende Volksvertretung, freie Presse, freisinnige Gemeindegesetzgebung, volkstümliche Verwaltung und Rechtspflege, nach dem Einkommen bemessenes Steuersystem. Allein wie klein und hohl erscheint dieses junge badische sozialradikale Demokratengeschlecht, gemessen an der hohen sittlichen Persönlichkeit eines Rotteck! Wie man aber auch über Brentano und Mördes urteilen mag: daß solche demagogische Talente auch nur einen Augenblick obenan gelangen konnten, war ein höchst bedenkliches Symptom ungesunder politischer Zustände. Wie, wenn auch die Hoffnungen auf eine bessere Gestaltung der allgemein deutschen Angelegenheiten in nichts zerfließen sollten?





Zwanzigstes Kapitel
Die Nationalversammlung und der Septemberputsch



ie Geschichte der Nationalversammlung gehört nur insoweit in den Rahmen unserer Darstellung, als die allgemeine Stellung der badischen Abgeordneten in Betracht kommt und die Vorgänge in Frankfurt ihre Rückwirkung auch auf Baden geäußert haben. Es ist damals viel bemerkt worden, daß die Mitarbeit der Badener in der Paulskirche nicht ganz dem Rufe entsprochen habe, der ihnen vorausgegangen. So unleugbar diese Tatsache ist, so unschwer ist ihre Erklärung. Ein Liebenstein, ein Rotteck, ein Sander hätte diesen Völkerfrühling erleben sollen. Seit 1815 hatte Baden die Vorhut im nationalen Kampfe gebildet und seine besten Kräfte in diesem dreißigjährigen Vorposten- und Feldwachdienste verloren. Diejenigen, die jetzt im Geiste der gefallenen Führer sprachen und handelten, befanden sich in einer Position, die ihre Kräfte nicht zur vollen Geltung kommen ließ. Was ihnen fehlte, war eine entschiedene und doch vermittelnde Persönlichkeit, die, von Strebertum wie von Popularitätshascherei gleichweit entfernt, das Beste der streitenden Richtungen, soweit es in diesem Augenblicke verwirklicht werden konnte, in sich vereinigt hätte und für das Volk eine weithin sichtbare Autorität gewesen wäre. Itzstein konnte diese Rolle nicht spielen, denn er besaß für die großen Lebensfragen der Nation nicht das nötige Augenmaß. Wie wir Rotteck kennen, hätte er auch im Jahre 1848 den realen Boden seiner wohldurchdachten konstitutionellen und freisinnigen Grundsätze nicht verlassen; er wäre aber auch nicht mit der „Deutschen Zeitung" durch dick und dünn gegangen und hätte den Bürgschaften der Einheit und Freiheit, die sie für ausreichend hielt, von Grund aus mißtraut und dunkel in die Zukunft geblickt. Der Gang der Dinge wäre zwar auch über ihn hinweggeschritten, allein es wäre dem engeren Heimatlande doch das wenig ergötzliche und überaus kostspielige Experiment, von einer „handvoll Demagogen" regiert zu werden, erspart geblieben.

Durch seine republikanischen und pseudorepublikanischen Abgeordneten wurde der parlamentarische Ruhm Badens eher vermindert als erhöht. Ihr greiser Führer Itzstein war weder den aufreibenden Anstrengungen noch den größeren

Aufgaben des Parlaments gewachsen. Brentano zog die leichtere und lohnendere Wühlarbeit zu Hause vor; kam er gelegentlich von Mannheim herüber, so mußte man auf ein Spektakelstück erster Ordnung gefaßt sein; als er z. B. am 7. August bei den Verhandlungen über die Amnestiefrage eine Parallele zwischen dem Prinzen von Preußen und Hecker zog, war die Entrüstung der Majorität und besonders der preußischen Mitglieder so groß, daß die Sitzung wiederholt unterbrochen werden mußte. Nach dem stenographischen Berichte vollzog sich der Anfang dieser tumultuarischen Auftritte wie folgt:

„Nach dem Schlusse der Brentano'schen Rede: Beifall von der Linken und von der Galerie. Von der Rechten und aus dem Zentrum heftiger Ruf: „Zur Ordnung! herunter von der Tribüne!“ Große, anhaltende Unruhe.

Vizepräsident von Soiron: Ruhe! Meine Herren, wenn ich mein Amt üben soll, so muß Ruhe sein! (Fortwährender Lärm!) Meine Herren! Wollen Sie sich setzen; ich muß den Redner fragen, was er eben gesagt hat. (Großer Tumult. Von der Rechten wiederholter vielfacher Ruf: Zur Ordnung! herunter von der Tribüne!) Ich habe es nicht genau verstanden! (Furchtbarer Lärm! Von der Rechten nähern sich mehrere Mitglieder mit leidenschaftlichen Rufen der Rednerbühne, von der Linken sammeln sich gleichfalls viele Abgeordnete neben der Tribüne. Große Aufregung. Der Vorsitzende sucht lange vergeblich durch die Glocke die Ruhe wiederherzustellen.) Lassen Sie mich mein Amt . . . Die Sitzung ist aufgehoben! . . . (Anhaltender Tumult in der Versammlung und namentlich in der Nähe der Rednerbühne, wo sich eine große Menge Abgeordneter drängt. Bravo! und Hoch! von der Galerie. Vizepräsident von Soiron bedeckt sich. Der Tumult steigert sich. Der Vizepräsident verläßt mit dem Bureau den Saal. Fortwährend große Aufregung. Endlich verläßt Brentano die Tribüne, und nach und nach leert sich der Saal.)“

Der Abgeordnete Kapp spielte eine Zeit lang dieselbe Rolle wie im badischen Landtage; als er schon am 30. Juni der an die Abgeordneten der Linken gerichteten Aufforderung des Zentralausschusses der demokratischen Vereine, aus der ins Mittelalter zurückführenden Nationalversammlung auszutreten, Folge leistete, wurde durch seinen Absagebrief die Versammlung zu großer Heiterkeit gestimmt, und die Witzblätter widmeten ihm den Nachruf: ein gefährliches Raubtier — Kapp wurde nämlich ob seiner Rede gegen den Bundestag die „Reichshyäne“ genannt — sei aus der Frankfurter Menagerie ausgebrochen und habe sich nach der Bergstraße gewandt.

Die Männer, die Itzstein in Vorschlag gebracht hatte, gereichten ihrer Partei mehr durch ihre Stimmenzahl als durch ihre Begabung zur Zierde; denn die außerhalb der Paulskirche befindlichen, treibenden Kräfte der Partei hatten ein äußerst wachsames Auge auf diese unsicheren Heerespflichtigen. Unter ihnen befand sich auch der bis dahin gänzlich unbekannte außerordentliche Heidelberger Professor Karl Hagen, der beim Beginne der Märztage einen Entwurf zu einem deutschen Nationalparlamente geliefert hatte, in welchem ein „Kaiser“ als oberste Behörde des deutschen Reiches vorgesehen war. Wie nun Itzstein auf seiner Kandidaten-Inspektionsreise nach Heidelberg

kam, soll sich ihm Hagen mit der Bemerkung empfohlen haben, daß er im Reichstage noch weiter links sitzen werde als Robert Blum. Das Bekenntnis des politischen Neulings gefiel dem alten Beichtvater, und Hagen wurde gewählt. Als am Wahlabend die Wähler ein Fackelständchen dargebracht hatten, und der dankende Professor sich vom Balkon zurückziehen wollte, rief ihm der Buchdrucker Renner nach: „Herr Professor, wir wollen, daß Sie sich in Frankfurt zu den Männern der äußersten Linken setzen; wir werden sorgfältig darüber wachen, ob Sie unserer Willensmeinung entsprechen."

Je weniger diese Abgeordneten in Frankfurt ausrichteten, desto eifriger beteiligten sie sich an der agitatorischen Arbeit im Lande. Am 30. Juli 1848 tagte gar die ganze Linke auf dem Heidelberger Schlosse. Als Robert Blum ausführte, daß frühere Koryphäen des Fortschritts in die Reihen der Gegner getreten seien, ließ sich auch eine Stimme „Mathy hoch" vernehmen. Als dieser „Fürstenknecht" auf gewaltsame Weise entfernt worden war, meinte der Bürger Schlöffel aus Schlesien unter dem Jubel der Versammlung: „Ich wollte nur, es wären so gewisse Vierunddreißig in gleicher Ordnung zu beseitigen."

Von allen badischen Abgeordneten beteiligte sich der Abgeordnete Mittermaier am eifrigsten an den Arbeiten des Parlaments. Wie er schon in den bewegten Märztagen sich nicht hatte entschließen können, die Stelle des Justizministers zu übernehmen, so suchte er auch jetzt furchtlos und beharrlich den altliberalen Standpunkt zu wahren. „Getreu seiner stets bewährten Überzeugung, schloß er sich als eifriger Anhänger der konstitutionellen Monarchie dem linken Zentrum (Württemberger Hof) an, ging weder zu den Republikanern über, noch ließ er sich durch Schmeichelei oder gebotene Vorteile verleiten, der Sache des Volkes untreu zu werden."[1]) Unsäglich litt der wackere Mann unter dem übermächtigen Drucke der widrigen Parteiverhältnisse, die ihren dunkeln Schatten bis tief in das Leben der Gesellschaft und Familie warfen. „Lieber bliebe ich bei Euch," schrieb er schon am 31. Mai nach Hause, „wenn nicht die Pflicht gebieten würde, fest auf dem Platze, auf welchen mich das Schicksal stellt, treu wie eine Schildwache auszuhalten." Die früheren Freunde, die jetzt die „rechte Mitte" der Nationalversammlung einnahmen, schienen vergessen zu haben, daß sie noch vor einer kleinen Weile mit Mittermaier zusammen die „linke Mitte" des badischen Landtages gebildet hatten. Nur Bekk verstand die Kunst, diesen treuen Mann mit seinem reichen Innenleben zu behandeln. Immer und immer wieder suchte er ihn durch die briefliche Blumensprache für das eine Notwendige zu gewinnen:

---

[1]) Vergl. das pietätvolle Werk „Bilder aus dem Leben v. K. J. A. Mittermaier, zur fünfhundertjährigen Jubelfeier der Universität Heidelberg gewidmet von Dr. med. K. Mittermaier und Dr. jur. F. Mittermaier, Heidelberg 1886".

„Es scheint, daß die Mehrheit einen guten Geist hat. Wenn sie nur fest und entschieden bleibt und sich durch die Terroristen zu keinen falschen Vermittlungskonzessionen verleiten läßt. Davor hat man sich am meisten zu hüten, daß man hier übrigens ganz entschieden zu der einen oder zu der andern Partei halten muß, glaube ich wohl. Es ist bei solch großen Versammlungen nicht anders möglich, und nichts ist nachteiliger, als wenn die Politik eines solchen Körpers keinen festen, entschiedenen Gang hat. Dies fehlt ihm aber, und es zeigt sich eine Unsicherheit in der Staatsentwicklung und damit in der ganzen öffentlichen Verwaltung, wenn jeder im einzelnen Falle dem folgt, was ihm rätlich und angenehm scheint, statt mit einer großen Partei gemeinsame Sache zu machen, bis er wegen Meinungsverschiedenheiten ganz von ihr abfällt oder doch in einem einzelnen Falle wegen zu wichtigen Dissenzes im Rechtspunkt oder wegen Befürchtung eines großen öffentlichen Nachteils sie verläßt."

„Wir wollen einen guten Ton unter die Diplomaten bringen" . . . „viele von uns, auch dein weicher Mann, gingen nassen Auges ans Werk" — so schrieb Bassermann nach Hause, als er sein Tagewerk in Frankfurt begann. Um dieselbe Zeit, am 19. Mai 1848, machte aber auch sein Freund Dr. Ladenburg folgenden Eintrag in sein Tagebuch: „Gestern ist die erste deutsche Nationalversammlung, das deutsche Parlament, eröffnet worden. Was mein Freund Bassermann vor drei Monaten (am 12. Februar) in der badischen Kammer beantragte, ist nun verwirklicht; dennoch hat er seitdem traurige Erfahrungen, namentlich hier, gemacht. Statt Dank erntet er nun Anfeindungen. So ist das Los der Menschen: die Besten, die Edelsten werden verkannt, den Schmeichlern wendet sich die Volksgunst zu."

Welcher Wandel der Menschen und Dinge seit dem 12. Februar! Damals wurde der Bassermann'schen Motion, die zunächst nur eine Vertretung der deutschen Ständekammern beim Bunde im Auge hatte, in ganz Deutschland zugejauchzt. Jetzt wurden diejenigen, die ihre politischen Grundsätze nicht über Nacht ändern und den Weg der politischen Reform gehen wollten, zum alten Eisen geworfen. Die Bewegung war zu unvermittelt gekommen und hatte nicht nur politische Rekruten, sondern auch gereifte Männer in ihren Strudel gerissen. Wer in Süddeutschland nicht für die Republik, wer gar für Preußen Stellung nahm, dessen Popularität war dahin. Wer es gar wagte, sich dem Strome entgegenzuwerfen, dem blieb in diesen Tagen der allgemeinen Freiheit — die Vogelfreiheit. Dies war das Los der badischen Reichstagsabgeordneten, die mit der großen Mehrheit der Paulskirche gingen. Da die Linke schon beim Anblick des Vizepräsidenten von Soiron in leidenschaftliche Aufwallung geriet, pflegten die Parlamentskarrikaturen ihn als sturmanzeigenden Laubfrosch darzustellen. Während Mathy den Geschäftsmann spielte und nur selten aus dieser Rolle heraustrat, führte Bassermann auf der Rednerbühne dieselbe Klinge gegen die äußerste Linke, die er weiland gegen Blittersdorff geschlagen hatte. Kein Wunder, wenn er, der beständig mit der Hieb- und

Stichwaffe einzelnen Persönlichkeiten und ganzen Parteien zu Leibe ging, auch den ganzen Haß und Spott der Gegner über sich ergehen lassen mußte. Es waren keineswegs nur eingebildete Gefahren, über die er von Zeit zu Zeit bittere Klage führte. „Was brauchen wir nach Frankfurt zu ziehen? Einen von dieser Majorität haben wir unter uns" — so ließ sich am 18. September 1848 ein Mannheimer Volkshaufen vernehmen, der erfahren hatte, daß der gefürchtete Kämpe in seiner Vaterstadt weile. Als Bassermann wieder einmal die ganze Last und Hitze des Tages in Frankfurt getragen hatte, schrieb er die sein ganzes Wesen bezeichnenden Worte nach Hause:

„Schön ist, auf der Bresche steh'n
Fest und ohne Wanken;
'Mag das Haus in Sturm vergeh'n,
Stützen noch die Schranken.
Schön ist's aller Schlechten Zorn,
Ihren Haß zu tragen,
Und nach eines Lohnes Born
Keinen Menschen fragen."

Gleich bei dem ersten größeren Schritte der Nationalversammlung, der Schöpfung der provisorischen Zentralgewalt, machten die badischen Abgeordneten, die zu gleicher Zeit auch Vertrauensmänner der Regierung beim alten Bunde und neuen Reiche waren, die Erfahrung, wie unendlich schwierig es sei, bei dem allgemeinen Fieberzustande großzügige, praktische Reformpolitik zu treiben. Im Einklange mit der badischen Regierung wollten sie nämlich von den bestehenden verfassungsmäßigen Organen des Bundes retten, was noch zu retten sei, um die Mitwirkung der Regierungen bei dem neuen Einheitswerke zu sichern und nicht alles auf die eine Karte der Volkssouveränetät zu setzen. Bassermann sprach sich in einer großangelegten Rede über den allgemeinen Grundsatz wie folgt aus:

„Mir ist ein festes, starkgezimmertes Haus, in welchem Deutschland Einheit und Kraft findet, lieber als Prinzipienstreite, lieber als Worte, ich halte mich an die Sache und glaube, wir Deutsche sollten endlich anfangen, praktischer zu werden und nicht an den Theorien zu kleben. Der Mathematiker konstruiert ebenfalls seine Sätze nach der reinen Mathematik, tritt er aber hinaus in die Elemente, will er die Gesetze anwenden, kommt der Astronom mit dem Gesetz der Schwere in die Atmosphäre, in die Nähe von anderen Weltkörpern, so muß er den rein theoretischen Boden verlassen, er muß dann wohl in Anschlag bringen, ob dieser oder jener Weltkörper nicht seine Anziehungskraft ausübt, er darf die Dichtigkeit der Atmosphäre, die Reibung usw. nicht außer acht lassen, kurz, er muß die gegebenen Dinge und ihre Wirkung in Rechnung bringen, und ebenso müssen wir berechnen, was wir jetzt tun, nach den gegebenen Verhältnissen, in denen wir leben, und ich sage daher ganz umgekehrt wie der Redner vor mir: wir haben keine tabula rasa in Deutschland, wir haben gegebene Verhältnisse, und es gilt zu reformieren und nicht zu revolutionieren."

Da der Vorschlag, mit dem Eintritt der Zentralgewalt den alten Bundestag abzuschaffen, populär wie keine andere Forderung war, obwohl die

Bundestagsgesandten von einst und jetzt wie Tag und Nacht verschieden waren, trat Mathy lebhaft für die Umwandlung des Bundestages in ein Staatenhaus ein:

„Die Bundesversammlung werde während der Dauer der einstweiligen Reichsgewalt nicht gänzlich zu beseitigen, aber zu einer Staatenkammer zunächst dadurch umzugestalten sein, daß sie ohne besondere Weisungen mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt. Sie bilde dann das Organ der Einzelstaaten im Verkehre mit der Reichsgewalt und sollte auch als bisherige Grundlage der völkerrechtlichen Existenz Deutschlands nicht eher beseitigt werden, bevor eine neue geschaffen und anerkannt sei. Durch ihre allzufrühe völlige Aufhebung gebe man ohne Ersatz ein Element der Einigung zwischen der Gesamtheit der Nation und den Einzelstaaten aus den Händen und breche vor dem Übergang in den neuen Zustand die Brücke ab, welche denselben erleichtere."

Wie bekannt, unterlag die Ansicht der Badener Gagerns „kühnem Griff". Als auch ihr Bemühen, aus den Bevollmächtigten der einzelnen Staaten bei der provisorischen Zentralgewalt eine Vertretung der Einzelstaaten zu bilden, auf kein fruchtbareres Erdreich fiel, stellten sie sich zwar nach wie vor in den Dienst ihrer Partei, hatten aber das richtige Gefühl, daß die große Sache von vornherein auf ein totes Geleise geschoben sei.

Ungleich herbere Erfahrungen machten sie aber, als sie mit dem Hauptteile ihres Programmes vor die Öffentlichkeit traten. Im April hatten Dahlmann und Gervinus, die zu den 17 Männern des öffentlichen Vertrauens gehörten, welche der Bundesversammlung beigegeben worden waren, ein Reichsgrundgesetz entworfen, das ein erbliches Kaisertum mit verantwortlichen Ministern, Ober- und Unterhaus, demokratischen Grund- und Wahlrechten verlangte und die Erhebung des preußischen Königs auf den deutschen Kaiserthron zur Voraussetzung hatte. Als dieser kühnste und glücklichste Wurf der ganzen Revolutionszeit als Beilage zur „Deutschen Zeitung" das Licht der Welt erblickte, antwortete nicht nur die radikale Presse, sondern alles, was im Schlepptau Österreichs dahin segelte oder im Banne des Partikularismus stand, mit einem Hohngeschrei, das auf den schönen Eingang des begleitenden Vorwortes — „aus einem treulich fortgesetzten Bemühen ist uns am Ende eine Arbeit erwachsen, die der besonnenen Pflege und einer zeitigenden Frühlingssonne gar sehr bedarf, wenn aus ihr etwas zum Heile des Vaterlandes erblühen soll" — wie eine Faust auf ein Auge paßte.

In diesem Kugelregen auszuharren, waren die deutschen Zeitungsmänner längst gewohnt; allein wie sollten sie die bitteren Enttäuschungen hinnehmen, die ihnen der preußische König selbst mit seinen mittelalterlichen Anschauungen bereitete. Friedrich Wilhelm IV. stellte dem Albrecht-Gervinus-Dahlmann'schen Projekte folgenden Plan entgegen: Der Kaiser von Österreich müsse ein für allemal als „Ehrenhaupt teutscher Nation" römischer Kaiser werden. Dem König von Preußen solle das Amt eines erblichen Reichserzfeldherrn über die

außerösterreichischen, in sechs „Reichswehrherzogtümer“ geteilten Kontingente zufallen. Unter dem Kaiser von Österreich solle ein auf Lebenszeit gewählter deutscher König stehen, „gekürt wie weiland zu Frankfurt im Konklave des alten Bartholomäusdoms, dort akklamiert durch das Volk, dann gesalbt und gekrönt, wenn katholisch, durch den Erzbischof von Köln, wenn evangelisch, durch einen zu ernennenden Erzbischof als Primas Germaniae“.

Wie aus solchen Verhältnissen herauskommen? Der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, der nach den Berliner Märztagen das einzige Mittel in der Abdankung des Königs zu Gunsten seines Neffen Friedrich gesehen hatte, setzte jetzt seine letzte Karte auf einen populären Krieg; denn eine Zeit lang hatte es den Anschein, als ob Rußland mit Deutschland und Preußen anbinden wolle. Ein solcher Krieg, hoffte er, werde nicht nur einigend auf die Parteien wirken, den üppigen, unruhigen Kräften Gelegenheit geben sich zu erproben, ohne selbstzerstörend gegen das eigene Fleisch und Blut zu wüten, sondern auch Preußen in die Lage setzen, das verlorene Vertrauen in der Nation wiederzugewinnen und seinen unwiderleglichen Anspruch auf die Leitung Deutschlands zu dokumentieren.

In einen ernsteren Konflikt war Gervinus mittlerweile mit der Partei geraten, deren leitendes Organ er redigierte. Er war der Meinung, daß an der Beschleunigung der Verfassung das meiste, ja alles gelegen sei, da die Nationalversammlung, solange sie von der allgemeinen Begeisterung der öffentlichen Meinung getragen werde, ohne besondere Schwierigkeit die Zustimmung der bis in die Grundtiefen erschütterten Regierungen zu allem erlangen könne, was zur Verwirklichung deutscher Einheit und Freiheit ohne Überschreitung der Grenzen weiser Maßhaltung erlangt werden dürfe. Demgemäß forderte er, daß die freisinnige konstitutionelle Partei die Gunst des Augenblickes benütze und Konsequenz und Energie nach oben und unten betätige. Von diesem Standpunkte aus wünschte er, daß die Mehrheit der Nationalversammlung „alles Provisorische“ vermeide und sich zu dem „großen Beschlusse“ erhebe, das Verfassungswerk in 6—8 Wochen unter Dach und Fach zu bringen. Als er aber mit seiner gegen die Bildung einer provisorischen Zentralgewalt gerichteten Stimme nicht durchdringen konnte, mahnte er, „einen Akt des höchsten politischen Verstandes zu geben“, nämlich den mächtigsten deutschen Staat Preußen mit dieser Aufgabe zu betrauen und „den großen zu schaffenden Staatskörper schon vor seiner Verfassung fertig hinzustellen, das Prinzip des Monarchismus felsenfest von vornherein zu begründen und die schwierigste aller Fragen sogleich provisorisch so zu entscheiden, daß sich die Entscheidung nur bewähren dürfte, um die neue Ordnung für immer festzustellen“. Gagerns kühner Griff, die Wahl des österreichischen Erzherzogs Johann zum Reichsverweser und die Zusammensetzung des ersten Reichsministeriums erfüllten ihn

mit bitterem Unmute. In allen diesen Schritten sah er „inkonsequente Politik, schwächliche Hingebung zu der Starkmannsucht der Linken, Feigheit dem großen Ansturm der Volksungunst gegenüber, die Marotte, es komme in allen Dingen darauf an, eine recht große Majorität zu haben". Dagegen lobte er freimütig die Taktik der Linken, die von ihrem Standpunkte operiert habe, wie eine geschickte Partei handeln müsse, indem sie an ihrem Prinzipe unerschütterlich festgehalten und die Hand zu Konzessionen, soweit es immer nur möglich gewesen, zurückgehalten habe. „Wir sagen uns," urteilte er am 3. Juli, „eine Versammlung, die so ohne hinreichenden Grund nach der republikanischen Seite hin so leichte Zugeständnisse machte, wird sie bei anderer Gelegenheit auch einer partikularistischen Reaktion oder einer Politik der Halbheit machen, die unter günstigen Verhältnissen den Umbau unseres Staates wieder aufzuhalten sucht." In Leitartikeln voll staatsmännischer Weisheit schrieb Gervinus dann die Finger wund, um zu verhindern, daß die Beratung der Grundrechte der Beratung der Reichsverfassung vorhergehe und sich auch auf andere als die unbedingt notwendigen allgemeinen Bestimmungen erstrecke; so am 29. Juli 1848:

„Zweierlei Art sind die Gegenstände, worin sich die Forderungen der Einheit und Besonderheit streiten; die einen berühren mehr die Fürsten und Dynastien, die anderen die Volksstämme in Masse; bei der Beratung der Verfassung kommen jene, bei der Besprechung der Grundrechte diese vorzüglich zur Frage; dort stößt man mit den neuen Einrichtungen auf die Gewohnheiten der Höfe, hier auf die des Volks! Fragt man sich, wo zuerst am entschiedensten Hand anzulegen sei, in einer Zeit der Krise, wie diese gegenwärtige ist, so wird man sich ohne Zweifel sagen, bei jenen Gegenständen, die die Verfassung betreffen, nicht bei diesen, die der Verwaltung angehören, und die am tiefsten in die altüberlieferten Gewohnheiten des Volkslebens eingreifen. Konstituierende Versammlungen treten in solchen kritischen Zeiten zuerst ins Leben; die legislativen, vor die die Gegenstände der zweiten Art eigentlich gehören, folgen ihnen erst in anderer Zusammensetzung nach. Die einfache Veränderung ist die leichtere, wenn sie auch die größeren Folgen hat; sie muß daher vorangehen. Wenn Deutschland nur ein Heerwesen und nur eine diplomatische Vertretung haben soll, so fordert dies keinerlei Entwöhnung im Volksleben, keinerlei Mißstimmung in den Massen, nur die Fürsten bringen ein bisheriges Recht und eine Gewöhnung zum Opfer, folgenreich wie keines für die einheitliche Erstarkung des Vaterlandes, und darum wie kein anderes dankenswert und groß. Mit dieser Entäußerung wird allen Klassen, Ständen und Korporationen des Volkes ein Beispiel gegeben sein, das sie mahnt, ähnliche Opfer in alten Gewohnheiten und Rechten mit ähnlicher Bereitwilligkeit zu bringen. Und dies Beispiel wird notwendig sein. Denn die niederen Stände sind zäh und langsam, eine alte Gewöhnung zu lassen; eine Gewöhnung ist auch ganz anders eingewurzelt in ungebildeten Massen, als in wenigen Individuen der gebildeten Stände. Dort ist es billig und nötig, Vorurteile zu schonen und langsam in Veränderungen vorzuschreiten, während man hier allenfalls die Notwendigkeit einer plötzlichen Revolution einsehen kann.

Wir haben aus diesen Gründen in dem Verfassungsentwurf der Siebenzehn, wenn es erlaubt ist, ein so verschmähtes Projekt noch weiter zu loben, einen richtigen Takt darin

gefunden, daß man die Grundrechte nur in einigen allgemeinen Grundsätzen aussprach, die für die Verfassungen der einzelnen Staaten normierend sein sollten, daß man dagegen die einheitliche Verfassung sogleich mit aller Bestimmtheit in den Befugnissen der Reichsgewalt umriß. Man legte den Nachdruck auf das Größeste, das Feste, das Unvermeidliche, man konzentrierte hierhin die Aufmerksamkeit und die Arbeit, man fand es nicht geraten, den zweiten Gegenstand der Grundrechte ebenso auszuarbeiten und ebenso umfassend anzugreifen, das heißt, sich auf zwei Aufgaben zugleich zu werfen, deren jede einzelne von unermeßlichem Umfang ist, jede einzelne nach ganz verschiedenen Seiten anstoßen muß, jede einzelne von Versammlungen verschiedener Wahl gelöst sein sollte. Jede einzelne sollte von verschiedenen Versammlungen gelöst sein: denn die letztere erfordert eigentlich eine zur Seite gehende, förmliche Gesetzgebung, zu der das Staatenhaus schon gebildet sein sollte; sie erfordert Spezialitäten aller Art, die in einer konstituierenden Versammlung so nötig nicht gefunden werden, und es kommt aus dieser ungeeigneten Zusammensetzung z. B. der Mißstand, daß wir in den Beschlüssen des volkswirtschaftlichen Ausschusses so häufig alle praktischen Kenner in einer Minorität abgesondert stehen sehen. Jede einzelne jener Aufgaben, sagten wir ferner, ist von unermeßlichem Umfange: denn man stelle sich nur vor, welche Dauer der konstituierenden Versammlung bevorsteht, wenn sie die Verfassung vollenden und die Grundrechte in der angefangenen Weise durchdebattieren und zuletzt einer zweiten Beratung unterwerfen soll."

Als die Majorität der Nationalversammlung wiederum versagte, glaubte Gervinus, daß seine Aufgabe in der Nationalversammlung und an der Spitze des Parteiorgans „erfüllet" sei. Tief verstimmt legte er Mandat und Redaktion nieder und trat anfangs August eine dreimonatliche Erholungsreise nach dem Süden an. Mit dem Beginne des nächsten Quartals, am 1. Oktober 1848, siedelte auch die „Deutsche Zeitung" nach Frankfurt über, wo sie fortan in dem Verlage der Weidmann'schen Buchhandlung erschien.

Nicht so zartbesaitet waren Welcker, Bassermann und Mathy. Um dieselbe Zeit, als Gervinus die Flucht aus der Öffentlichkeit ergriff, ging Welcker als „Bundeskommissar" nach Lauenburg, um das Land bis zur Herstellung des definitiven Friedens in Administration zu nehmen. Eine einflußreiche Partei hatte es nämlich durchgesetzt, daß das Herzogtum, das seiner ganzen Lage und Natur nach die Stellung von Schleswig-Holstein zu Dänemark teilte, gleichgültig dem Kampfe der stammverwandten Landesnachbaren zuschaute. Nach wenigen Wochen war das „große" Werk glücklich vollbracht, indem eine Administrationskommission als interimistische Regierungsbehörde eingesetzt wurde, welche aus drei ehrenwerten, den Wünschen der Bevölkerung entsprechenden Männern bestand. Auf dieser Reise wurde Welcker von dem jungen Rechtskandidaten Viktor Scheffel begleitet; lassen wir diesen „Bundestagsgesandtschaftssekretär" in Prosa und Poesie über ihre diplomatische Mission berichten:

„In dem Raubstaat Lauenburg haben wir gut gewirtschaftet; der alte Welcker hat sein Möglichstes getan, den Leuten die Schlafmütze vom Kopfe zu ziehen; ich habe überall als Legationssekretär fungiert und bin mit einer wahren Hofratsgrandezza aufgetreten,

z. B. vor den versammelten Landständen, und da ist auch ein Abglanz der Ehren auf mich gefallen. Die Hauptgeschichte war, das Herzogtum aus seiner lumpigen Neutralität herauszureißen, bis zur Herstellung des Friedens allen Verkehr mit Kopenhagen abzubrechen und für Erfüllung der Bundespflichten, besonders Stellung eines Kontingents, Sorge zu tragen Zu dem Zweck hat Welcker eine oberste Landesadministration eingesetzt, was nicht ohne Schwierigkeiten vor sich ging. Unser Hauptquartier war in Ratzeburg, einem wunderschön gelegenen Städtchen an einem großen See .... Nach beendigter Geschichte in Ratzeburg haben wir noch eine Umfahrt im Lande gehalten, nach Mölln, der Vaterstadt Till Eulenspiegels, und Lauenburg. An solennen Frühstücken und Abendessen, Empfang mit Hurra und Musik und mannigfachem Ulk hat's nicht gefehlt. Dann gings nach Hamburg und zur provisorischen Regierung nach Rendsburg, um für die Lauenburger Jäger, die sich zweimal blamiert hatten und von Wrangel dahin zurückgeschickt worden waren, ein Wort einzulegen und sie selbst auf unsere Ansichten zu bringen. Es sind aber harte Schädel, die nicht begreifen, daß sie ihren Eid dem König von Dänemark nur als Herzog von Lauenburg geschworen haben und daß er in dieser letzten Eigenschaft mit sich selbst qua König von Dänemark im Krieg liegt usw."

„Es war ein Kommissary,
Der soff bei Tag und Nacht,
Er hatt' einen Sekretary,
Hat's ebenso gemacht.

Depeschen, Brief' und Akten,
Macht' ihnen wenig Müh',
Sie kneipten und tabakten
Von spät bis morgens früh.

Und lag der Kommissary
Des Morgens noch im Tran,
So fing der Sekretary
Das Saufen wieder an.

Wo war der Kommissary,
Der so viel saufen kunnt?
Wo war sein Sekretary?
Sie war'n beim deutschen Bund."

Mehr der Doktrin der parlamentarischen Regierungsweise und dem Rufe ihrer Partei als dem eigenen Trieb gehorchend, traten um diese Zeit Bassermann und Mathy als Unterstaatssekretäre der Ministerien des Innern und der Finanzen in den Reichsdienst. Außer den politischen Freunden drängten besonders die Mitglieder der badischen Regierung; denn am 17. Juli hatte die preußische Regierung den übrigen deutschen Höfen einen Vorschlag unterbreitet, nach dem ein siebenköpfiger Staatsrat gebildet und Baden dem Königreich Württemberg untergeordnet werden sollte. Dazu kam, daß — gleich als ob das liberale Märzministerium mit den Radikalen und „Ultramontanen" nicht genug zu tun gehabt hätte — der Kommandierende der ins Land gerückten Bundestruppen, Prinz Karl von Bayern, sich in der alten pfälzisch-wittelsbach'schen Residenz Mannheim aufspielte, als wäre er der eigentliche Regent des Landes. So lag denn der badischen Regierung alles daran, in

der Zentralgewalt wenigstens einige zuverlässige Freunde zu besitzen. „Ich freue mich von ganzer Seele," schrieb damals der Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Dusch an Mathy, „den Tag zu erleben, da Deutschland eine großartige, würdige Politik in der Welt vertreten wird; hoffentlich eine würdigere, als bisher alle anderen Nationen sich rühmen vertreten zu haben." Mit Recht bemerkte aber auch der Präsident des Finanzministeriums Hoffmann dem alten Freunde: „Ich gestehe, es berührt mich denn doch unheimlich, daß wir solche Männer aus unseren näheren Verhältnissen verlieren sollen." So wenig wir auch mit dem Eintritte der Abgeordneten Bassermann und Mathy in den Dienst der Landes- und Reichsregierung sympathisieren, indem wir der Meinung sind, daß der höhere Posten in dieser Zeit in der Mitte des Volkes lag, so wenig sind wir imstande, auf ihre opfermütige und dornenvolle Arbeit im Reichsdienste einen Stein zu werfen, denn Unterstaatssekretäre mit der Weltanschauung und Tatkraft eines Bassermann und Mathy haben wir im neuen deutschen Reiche noch nicht an der Arbeit gesehen. Mit dem Troste, „daß der Reichsdienst eine Fessel sei, die jeden Augenblick abgestreift werden könne", gingen sie daran, in ihren Ressorts eine Welt aus nichts zu schaffen.

Bald sollte ihnen, wenn auch nur für zehn Tage, diese Befreiungsstunde schlagen. Am 26. August schloß Preußen mit Dänemark den Waffenstillstand von Malmö, der von der ganzen Nation als eine Schmach empfunden wurde. Das neugebildete Reichsministerium wurde durch diesen Vertrag in die größte Verlegenheit gebracht: verwarf es denselben, so hatte es mit Preußen gebrochen und mußte den Krieg ohne Preußen gegen Dänemark und die mit ihm verbündeten Russen, Schweden, Engländer fortsetzen. Wie sollte zugleich das Werk der nationalen Einigung fortgesetzt werden? Nachdem am 5. September auf den Antrag Dahlmanns die Nationalversammlung mit 238 gegen 221 Stimmen sich für die Sistierung des Vertrages ausgesprochen hatte, reichte das Ministerium seine Entlassung ein, und Dahlmann wurde mit der Bildung eines neuen Kabinettes beauftragt. „Die Hauptschuld," schrieb Mathy nach Hause, „trägt Preußen, welches seine Vollmacht überschritten und die Zentralgewalt rücksichtslos vernachlässigt hat. Gegen Preußen vorzugehen und Rechenschaft zu verlangen, waren wir entschlossen. Aber Europa gegen Deutschland zu hetzen, wollten wir nicht verantworten . . . Es gibt gegenwärtig in der ganzen Paulskirchengesellschaft keine heiterer gestimmten Mitglieder als die des gestürzten Kabinetts. Ein gutes Gewissen, eine tiefe Überzeugung, nur im wahren Interesse des Vaterlandes gehandelt zu haben, das Gefühl der Befreiung von einer schweren Last kann uns nur frohmütig stimmen, weil sich dazu die Hoffnung gesellt, daß sich aus der Krisis etwas gutes entwickeln werde, nämlich die Beschleunigung des Verfassungswerkes. Es wird klar, daß wir aus dem Provisorium heraus müssen, wenn wir nicht zu Grunde gehen

sollen.“ Da Dahlmann kein neues Kabinett zustande brachte, und die Nationalversammlung am 16. September mit 258 gegen 221 Stimmen ihren früheren Beschluß modifizierte, kehrte das alte Reichsministerium wieder auf seinen Posten zurück.

Hatte das Ansehen der Nationalversammlung durch die beginnende Reaktion in Preußen einen tötlichen Stoß erlitten, so holte jetzt auch die revolutionäre Partei Süddeutschlands zu einem neuen Schlage aus. Unmittelbar nach der heftigen Schlußdebatte am 16. September begannen die Tumulte. Nachdem dann am folgenden Tage auf der Pfingstweide vor den Toren Frankfurts eine Volksversammlung den Beschluß gefaßt hatte, der Nationalversammlung durch eine Deputation zu eröffnen, daß sie die Mehrheit der 258 für Verräter des deutschen Volkes halte, kam es am 18. September in den Straßen von Frankfurt zum blutigen Entscheidungskampfe. Das Reichsministerium betätigte an diesem Tage eine energische Haltung. Mathy stand an der Seite des Kriegsministers in der Nähe der Gefahr. Kein Pardon wurde gegeben, als bekannt wurde, daß die Abgeordneten Auerswald und Lichnowsky draußen vor der Stadt ermordet worden seien.

Auch Struve glaubte, diesen Augenblick, wo das beleidigte Nationalgefühl um Rache zum Himmel schrie, zu einer neuen „Schilderhebung“ benutzen zu müssen, und ließ sich durch die blutige Niederwerfung des Frankfurter Putsches in der Verfolgung seiner Pläne nicht beirren. Wie wir am Schlusse des neunten Kapitels erzählt haben, ging die Löwenfreundschaft zwischen Hecker und Struve im Exil bald in Brüche. Es war nicht nur der weitere Linksabmarsch Struves, was die beiden Männer entzweite: Hecker hatte auch manchmal die Empfindung, daß dieser livländische Geist, der stets verneinte, ihn weiter als er ursprünglich gehen wollte, getrieben und in die gegenwärtige unglückliche Lage gebracht habe. Denn tief empfand er, der — man mag sonst über ihn urteilen, wie man will — mit ganzer Seele am deutschen Vaterlande und Volke hing, den Schmerz, in diesem Augenblicke das Brot der Fremde essen zu müssen. Es verdient registriert zu werden, daß gerade der Ausgangspunkt des Streites eine Frage der vaterländischen Denkweise gewesen: während Struve der Ansicht war, daß die deutschen Republikaner Frankreich um Hilfe anrufen könnten, ohne ihre patriotische Ehre und Pflicht zu kompromittieren, weigerte Hecker sich entschieden, die Hand zu einem weiteren Bunde zu bieten, insofern darin nicht ausdrücklich festgesetzt werde, „daß man französische Hilfe unter keiner Bedingung in Anspruch nehmen werde“.

Nach dem Bruche mit Hecker fand Struve einen neuen Bundesbruder in K. Heinzen. Aus der überrheinischen Werkstätte dieser beiden Männer wurde das badische Volk im Laufe des Sommers mit wahrhaft schauderhaften Flugblättern traktiert. In ihrem Schriftchen „Die Schilderhebung der deutschen

Republikaner im Jahre 1848" wurde Baptist Bekk und der Herzog Alba auf eine Stufe gestellt und der Sieg der roten Republik für die nächste Zukunft mit „mathematischer Sicherheit" prophezeit. Das Werkchen „Plan zur Revolutionierung und Republikanisierung Deutschlands" setzte dem Ganzen die Krone auf. Die „humanen oder auf die Überzeugung berechneten Mittel" wurden in dieser Schrift als „lächerliche Torheit und verderbliche Schwäche" hingestellt und ganz offen der Grundsatz gepredigt: „Es gilt nur der Gesichtspunkt der Nützlichkeit für unseren Zweck, der Gesichtspunkt der Sicherung unserer Sache. Alle Mittel, die hiefür nötig sind, sind gerecht."

Nach dieser Theorie wurde — wenn auch nicht in dem Maße, wie die mündliche und schriftliche Überlieferung berichtet — gehandelt, als Struve in Begleitung seiner Frau und 10—12 Genossen am Abend des 21. September von Basel nach Lörrach kam und hier vom Rathause die Republik proklamierte. Die öffentlichen Kassen und Posten wurden mit Beschlag belegt, die Beamten und politischen Gegner, die sich nicht auf die Republik verpflichten lassen und das Wahrzeichen derselben, die rote Binde, tragen wollten, verhaftet.. Da sogleich mit dem Beginne der Revolution der neue Staat begründet werden sollte, wurden Proklamationen mit dem Eingange „deutsche Republik! Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle!" und mit dem Datum „am ersten Tage der deutschen Republik" erlassen. Obgleich die „ganze alte sogenannte Ordnung" zertrümmert werden sollte, wurden doch die Bürgermeisterämter „fürs erste" beibehalten und in einer Dienstanweisung instruiert, den ganzen Tag über stürmen und nachts auf den Bergen Feuer anzünden zu lassen, die Personen der fürstlichen Partei zu verhaften und ihr Vermögen zu konfiszieren, die Bewaffnung und Stellung der waffenfähigen Mannschaften zu betreiben, Quartierbillete für die republikanischen Truppen bereit zu halten, die Erlasse der provisorischen Regierung Deutschlands zu vollziehen. Das Grundgesetz mit der Unterschrift Struves und der Gegenzeichnung Blinds lautete:

„Im Namen des deutschen Volkes verfügt die provisorische Regierung Deutschlands wie folgt: Art. 1. Sämtliche auf dem Grund und Boden haftende mittelalterliche Lasten, sowie sämtliche mittelalterliche persönliche Dienste, Zehnten, Gülten, Fronen, und welchen Namen sie sonst tragen, sind ohne alle Entschädigung sofort abgeschafft. Alle Ablösungsschuldigkeiten für solche Lasten werden ebenfalls getilgt. — Art. 2. Sämtliche bisher an den Staat, die Kirche und die adeligen Grundherren bezahlten Abgaben hören von diesem Tage an auf; eine das Einkommen des Unbemittelten nicht berührende progressive Einkommensteuer tritt an die Stelle sämtlicher bisherigen Abgaben; nur die an den Grenzen Deutschlands erhobenen Zölle bleiben fürs erste bestehen. — Art. 3. Sämtliches Grundeigentum des Staates, der Kirche und der auf Seite der Fürsten kämpfenden Staatsbürger geht provisorisch, unter Vorbehalt späterer Ausgleichung, an die Gemeinden über, in deren Gemarkung es liegt. -- Art. 4. Um alle in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Erleichterungen zu sichern, wird eine allgemeine Erhebung des Volkes angeordnet. Alle waffenfähigen Männer vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten vierzigsten Jahre ergreifen

die Waffen zur Rettung des bedrohten Vaterlandes. Von heute ab herrscht das Kriegsgesetz, bis das deutsche Volk seine Freiheit errungen haben wird."

Während einzelne der Abenteurer, die Struve vom linken Rheinufer mit herübergebracht hatte, im buchstäblichen Sinne dieses Programmes handelten und vor keiner terroristischen Drohung zurückschreckten, alarmierten die schmucken Lörracher Bürgerkavalleristen das Markgräflerland, wo seit alten Zeiten ein kerniger, freiheitsstolzer, etwas eigensinniger Menschenschlag wohnt, der dem „schriwervolk" diesseits des Rheins ein tiefes Mißtrauen entgegenbringt und am liebsten nach dem Vorbilde der benachbarten Schweiz sich selbst regieren möchte. „Entrüstet waren diese graden Seelen ob dem gewaltsam neuen Regiment", wie es ihnen Struve und Konsorten gezeichnet hatten; besonders die beiden ersten Aufgebote der Lörracher Bürgerwehr, die der „Rat der Alten" im Frühjahr auf das Parlament vertröstet hatte, waren entschlossen, nicht länger mit Gewehr bei Fuß zuzusehen. Wohl aus solchen Kreisen erging der Ruf an die Freischarenführer jenseits des Rheins: „Geht 's denn nicht bald los? Wenn ihr nicht kommt, dann schlagen wir allein los!"

Auf solch' eine Märe war Struve über den Rhein gekommen und hatte auch gleich einen „General", den Literaten und deutschen Legionär Löwenfels mitgebracht. Die Generalidee war, zunächst in zwei Kolonnen gegen Freiburg vorzugehen; die eine sollte sich im hinteren Wiesental bilden und von Todtnau aus vordringen, die andere von Lörrach den Weg durch das Rheintal nehmen. Dreimal in drei Tagen änderte „General" Löwenfels seine Spezialideen: aus den Erfahrungen beim Aprilaufstande hatte er die Lehre abstrahiert, daß eine in der Eile zusammengeraffte Volksmasse nicht fähig sei, den Zusammenstoß mit regulären Truppen auszuhalten. Er wollte daher die Volkswehr einer jeden Gemeinde an einen fremden Ort verlegen und 8—14 Tage militärische Übungen vornehmen lassen. Dieser Absicht gemäß ließ er schon in der Nacht vom 21. auf den 22. September Generalmarsch schlagen und die beiden ersten Fähnlein der Lörracher Bürgerwehr nach Kandern abgehen mit dem Auftrage, dort Quartiere zu beziehen, Übungen im Felddienste vorzunehmen und die Umgegend zu revolutionieren. Schon nach 24 Stunden ließ ihm aber die in Kandern stehende Lörracher Wehrmannschaft sagen, daß sie mit den Quartieren unzufrieden und zum Vorrücken oder Umkehren entschlossen sei. Nun wurde der zweite Plan gefaßt, nämlich das Hauptquartier Lörrach sogleich nach Müllheim vorzuschieben, unterwegs die Volksmassen zu sammeln und so schleunig als möglich gegen Freiburg aufzubrechen, um die Stadt mit ihrer kleinen Garnison nächtlicherweile zu überrumpeln. Wiederum schlug es in der Nacht vom 22. auf den 23. September Generalmarsch in Lörrach, und Löwenfels rückte mit dem dritten Banner über Kandern und Schliengen nach Müllheim. Als er aber am Abend den geplanten Überfall von Freiburg

bewerkstelligen wollte, meldete der eine der drei Bürgerwehrkommandanten, daß seine Mannschaft müde sei und nicht abmarschieren wolle. Auch entsprach der Zuzug nicht entfernt den Illusionen und Halluzinationen Struves. Sein neuestes sozialistisch-kommunistisches Evangelium fiel in dieser fruchtbaren Gegend auf steiniges Erdreich; die Lügenfabrikation, die beim Beginne des Aprilaufstandes Wunder gewirkt hatte, leistete diesmal nicht die gleichen Dienste; selbst die Schwindelnachricht, daß Hecker mit 50000 Franzosen am Rheine stehe, vermochte nicht, dem republikanischen Feuer, das „wie ein Flammenmeer" um sich gegriffen haben sollte, neue Nahrung zü geben. Die Gemeinden baten um „weitere Verhaltungsmaßregeln", „etwas Schriftliches", „Exekutionstruppen". „Struve," meinte damals ein biederer Schwabe im revolutionären Hauptquartier, „hat nur gefehlt, daß er die rote Fahne nicht zuerst bei uns daheim in Württemberg aufpflanzte."

Beim dritten Streiche wurden die Zirkel des „Generals" Löwenfels vom General Hoffmann gestört. Die Regierung war auf einen neuen Aufstand nicht gerade gefaßt und vorbereitet. Unter dem Hochdrucke der Klagen über die Militärlast im allgemeinen und die Einquartierungslast im besonderen, die aus allen politischen Kreisen an ihr Ohr und Herz schlugen, hatte sie nach dem Mitte Juli plötzlich und eigenmächtig erfolgten Abzug der Bundestruppen unter dem Prinzen Karl von Bayern ihre eigene Truppenaufstellung anfangs September aufgegeben, einen Teil der Mannschaften beurlaubt und die übrigen in ihre regelmäßigen Garnisonen verlegt. Als nun am 22. September nachmittags die erste Nachricht von dem Einfalle Struves in Karlsruhe eintraf, ging noch am nämlichen Abend der Kriegsminister General Hoffmann mit einigen Bataillonen nach dem Oberlande ab. Auch die Zentralgewalt entwickelte, wie am 18. September, ungewöhnliche Energie und sandte binnen wenigen Stunden einen Reichskommissär und Truppen in die insurgierte Gegend. Noch ehe aber diese auf dem Kriegsschauplatze eingetroffen waren, hatte Hoffmann bereits am Nachmittage des 24. September mit 800 Mann die Volkshaufen in und um Staufen auseinandergesprengt.

Am Morgen des 24. September war nämlich Löwenfels mit den republikanischen Haufen in Müllheim aufgebrochen, um bei Heitersheim die große Heerstraße zu verlassen, bei Staufen in das Gebirge zu ziehen und bei Todtnau die Vereinigung der Rhein- und Wiesentalkolonne zu bewerkstelligen. Um die Mittagszeit rückten die beiden ersten „Bataillone" in Staufen ein, während die Nachhut ohne Verbindung mit dem Gros noch in Heitersheim sich befand. Bei diesem Fähnlein, das mit der schwierigen Aufgabe betraut war, den Rücken und die linke Flanke der Bewegung zu decken, brach eine Meuterei aus, indem die Mannschaften Unzufriedenheit mit ihrem Führer an den Tag legten. Struve mischte sich in den Streit, gab den Meuterern einen eigenen

Führer und befahl, entgegen den Weisungen des Löwenfels, Heitersheim zu verlassen und den übrigen Truppen nachzumarschieren. Als diese Nachhut in Staufen einrückte, verließ der Vortrupp, der aus der Lörracher Elitemannschaft bestand, dem Befehle gemäß das Städtchen und setzte den Marsch ins Gebirge gegen St. Ulrich fort. Struve proklamierte sogleich vom Rathause herab die neue Staatsordnung. Die Menge antwortete mit einem „tausendstimmigen Hoch auf die Republik". Da ertönte plötzlich der Ruf: „Das Militär ist da!" Wie Spreu stob der Volkshaufen nach allen Windrichtungen auseinander. Die Einwohner verschlossen Türen und Fenster. Auch von der etwa 800 Mann starken Volkswehr blieben kaum 150 auf dem Platze. Aber auch dieses Häuflein schmolz immer mehr zusammen, als einmal die Flintenkugeln pfiffen und die an den Eingängen errichteten Barrikaden keinen Schutz mehr boten. Ganze 15 Mann verließen als die letzten den Posten, nachdem Struve schon etwas vorher dem Wunsche seiner Freunde, „sich dem Vaterlande zu erhalten", nachgekommen war. Auf die Kunde von dem unglücklichen Ausgange des Gefechtes bei Staufen lösten auch die übrigen republikanischen Truppenteile sich „spurlos" auf. Der Präsident und die Präsidentin der deutschen Republik packten die Insignien ihrer Würde in einen Sack, wurden aber gleichwohl am anderen Morgen, als Bauer und Bäuerin verkleidet, in Wehr, nur noch eine Stunde vom Rheine entfernt, von Schopfheimer Bürgerwehrmännern erkannt und festgehalten. Als der Säckinger Amtmann, der die Verhaftung verfügte, die Anordnung traf, daß Struve landeinwärts gebracht werden solle, protestierte der Verfasser des Büchleins von der „Revolutionierung und Republikanisierung" feierlich gegen diese Entfernung von der Schweizer Grenze, „weil nach der Verfassung niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfte".

Nachdem die dreitägige deutsche Republik ein so jähes Ende gefunden hatte, entstand an dem frischen Grabe ein widerliches Gezänke innerhalb der republikanischen Partei. Struves intime Jüngerschar wälzte alle Sündenschuld auf die „Heckerlinge", die sich an dem Zuge beteiligt hatten. Mit furchtbaren Drohungen verließ sie den Schauplatz. „Erst wenn die Guillotine — meinte Löwenfels in seiner „übersichtlichen Darstellung des zweiten republikanischen Aufstandes in Baden" — die Verräter geschreckt und die Gleichgültigen aufgerüttelt haben wird, wenn die das höchste aller Güter, das Leben selbst, stündlich umschwebende Gefahr die Sorge um niederen Besitz, den jeder idealen Erhebung feindlichen Krämergeist verscheucht haben wird, dann erst wird, wie nach einem kräftigen, alle bösen Dünste verzehrenden Gewitter, die reine Luft der Demokratie auf Erden wehen können." Und Fr. Neff, wohl das unglücklichste Opfer der Struve'schen Erziehung, schrieb in einem Anhange, betitelt „mein Anteil an der zweiten Schilderhebung des badischen Volkes": „Nur

durch Schrecken und Ströme Blutes kann nach diesen Vorgängen die Republik noch gegründet werden. Wer aber diesen Weg des Schreckens betreten will, der darf sein Leben nicht höher achten als einen Pfifferling und das Leben der Feinde nicht höher als Gras. Er muß sich als eine Kraft betrachten, die, ohne Herz und Gefühl und ohne eigenes Leben, nur zum Wohle von Tausenden einzelne zermalmt, wie ein Mühlstein die Weizenkörner." Der tapfere Schwabe Mögling, der schon den Heckerzug mitgemacht und sich diesmal der Wiesentalkolonne angeschlossen hatte, war nicht geneigt, die unsauberen Machenschaften der Struv'ler ungestraft über sich ergehen zu lassen. „Über den letzten Struve'schen Putsch," erzählt er in einem Briefe an Emma Herwegh, „hat ein gewisser Löwenfels, der bei der Pariser Kolonne war, mit noch zwei andern etwas geschrieben und dabei eine Menge Leute denunziert und verleumdet; unter letzteren befindet sich auch meine Wenigkeit. Ich reiste dem Burschen nach, traf ihn in Mülhausen, wo er durchreiste, um sich nach Paris zu begeben. Ich stieg ihm natürlich auf die Haube und wollte ihm eine Kugel auf den Leib schießen, wozu er jedoch keine Lust bezeugte, sondern nachdem er von mir, Peters, Kurtz, Müller von Lörrach und Müller von Pforzheim genötigt war abzubitten, stellte er eine schriftliche Ehrenerklärung aus, worin er sich als Lügner bekannte. Diese Erklärung ließ ich mit Randglossen verziert in der schweizerischen Nationalzeitung und in den „Seeblättern" wortgetreu abdrucken, so daß dieser Mensch jetzt rein totgeschlagen ist. Ich will es solchen Schuften vertreiben, mich, der ich aus eigenen Mitteln immer Flüchtlinge unterstützt habe und noch unterstütze, zu beschimpfen."[1])

Die politischen Gegner hatten natürlich ihre helle Freude an dieser häuslichen Auseinandersetzung der republikanischen Partei. Die Spaßvögel aller Richtungen machten sich über den für ihre Zwecke wie geschaffenen Stoff her; Frau von Struves Auf- und Anzug, die großen bis auf die Zehen reichenden Schärpen einiger roter Republikaner wurden in Prosa und Poesie behandelt. Der pfälzische Dichter Nadler sang „ein schön neues Lied von dem weltberühmten Strummelputsch" in 24 Strophen, von denen wir die 1., 6., 14. und 16. folgen lassen:

1. „Wälzen möcht ich mich vor Trauer
Und zerraufen meinen Bart,
Weil das Schicksal mir die schauer-
liche Mär noch aufgespart.
Ach! ich kann ja gar nicht weinen,

---

[1]) Literatur. Vergleiche außer den obengenannten Schriften von G. Struve, Amalie Struve, Löwenfels und Neff den neunten Brief Möglings an seine Freunde und insbesondere Andlaw, „Der Aufruhr und Umsturz in Baden", 1850—51, III. S. 31 f., wo die Struve bei Staufen abgenommenen Papiere abgedruckt sind.

Totenbleich muß ich erscheinen,
Meine kalte Stirne schwitzt,
Denn der Herr von Struwwel — sitzt.

6. Horch! was schreit mit schrillem Tone
Dort aus dem Gemeindehaus?
Schau! wer steht auf dem Balkone
Und streckt beide Arme aus?
Einen Säbel in der Rechten,
Tut er durch die Lüfte fechten,
Seine Schärp' ist feuerrot,
„Freiheit!“ schreit er, „oder Tod!“

14. Rumbumbum, die Trommeln gehen,
Und in Staufen zieht man ein.
Züge, kaum zu übersehen,
Zehntausend mögen 's sein!
Um den Hals die goldne Kette,
Vor den Augen die Lorgnette,
Liegt zur angenehmen Schau,
Breit im Wagen Struwwels Frau.

16. General Hoffmann, der „vertierte“,
Der „entmenschte“ General,
Der griff an und kanonierte,
Wie ein wahrer Kannibal.
Struwwel rief: Mein Schatz, aus Staufen
Woll'n wir im Galopp jetzt laufen;
Der könnt so barbarisch sein,
Schöß uns heut noch kurz und klein.“

Auch in Karlsruhe erlebte der Struveputsch noch ein interessantes Nachspiel. Baden besaß bis zum 24. September 1848 kein Gesetz, welches das Standrecht gegen nichtmilitärische Personen geregelt hätte. Die Regierung arbeitete zwar schleunigst am 23. September ein provisorisches Gesetz aus und ließ es am 24. September mit dem ersten Bahnzug abgehen, allein das Treffen von Staufen war bereits einen Tag alt, als General Hoffmann zur Verkündigung des Standrechtes schreiten konnte. Wären Struve und Blind glücklich über die Grenze gekommen, so hätte wohl niemand daran gedacht, wegen dieser verspäteten Standrechtsgesetzgebung Lärm zu schlagen. Als aber das standrechtliche Gericht in Müllheim sich für inkompetent erklärte und die Prozeßführung an den ordentlichen Richter, d. h. nach dem neuen Gesetz vom 16. Mai 1848 an das Hofgericht mit Geschworenen verwies, erfuhr die Regierung scharfe Kritik und bekam selbst ihre besten Freunde auf den Hals. Am 30. September erschien plötzlich der Unterstaatssekretär Mathy im Auftrage des Reichsministeriums und redete eine Sprache, wie man sie früher von dem Abgeordneten Mathy zu hören gewohnt war: Der Führer der

badischen Truppen und die Zentralgewalt habe ihre Schuldigkeit getan; dagegen habe man weniger Ursache, mit den schwächlichen Maßregeln der badischen Regierung zufrieden zu sein:

„Die Folgen dieser Schwächen zeigten sich bereits, indem die Anstifter des räuberischen Einfalls von dem Standrecht nicht erreicht worden sind. Die großen Nachteile eines Verfahrens, welches die von dem Ernste der Zeit gebotene Strenge durch Bedenklichkeiten über Formen hemme, seien unverkennbar. Die Zentralgewalt erscheine schwach, wenn ihre Anordnungen durch die Halbheit der Regierungen und ihrer Organe gelähmt werden. Das Beispiel der badischen Regierung sei geeignet, auch andere Regierungen, welche der Stärkung sehr bedürfen, zu entmutigen. Die Truppen und die Bürger wenden sich mißmutig von einer Regierung ab, welche ihre Anstrengungen vergeblich macht, indem sie unterläßt, dafür zu sorgen, daß die Ruhestörer unschädlich gemacht und ihre Spießgesellen von wiederholten Einfällen abgeschreckt werden. Bereits habe man vernommen, daß der tapfere und umsichtige General Hoffmann seinen Oberbefehl niederlegen wolle. Anstatt sich an Förmlichkeiten zu stoßen, sollte die Regierung sich bei ihrem Verfahren von der politischen Lage Deutschlands und Badens leiten lassen. Es handle sich um die Rettung des Vaterlandes vor Anarchie. Rasches und energisches Handeln sei um so unerläßlicher, da die Schweiz und Frankreich nur dadurch vor Deutschland den Grad von Achtung bekommen könnten, der ihnen Veranlassung gibt, ihre völkerrechtlichen Verbindlichkeiten gegen Deutschland, mit welchen sie bis jetzt noch in Frieden leben, künftig besser als bisher zu erfüllen. Wenn die Regierung nicht die Schwäche in diesem kritischen Augenblicke ablegen und sich nicht entschließen könne, die Kraft zu entfalten, welche zur Rettung Deutschlands und ihrer selbst nötig ist, so bleibe der Zentralgewalt nur die Wahl zwischen zwei Wegen: entweder die Reichshülfe zurückzuziehen und der Regierung zu überlassen, sich mit ihren eigenen Mitteln zu helfen; oder, wenn dieser Weg im Hinblick auf das allgemeine deutsche Interesse nicht eingeschlagen werden dürfe, dafür zu sorgen, daß die Zügel der Regierung Badens in kräftigere Hände gelegt werden."

So heiß, wie Mathy hier kochte, wurde indessen nicht gegessen; denn einmal war die Zahl der badischen Ministerkandidaten niemals so gering als nach dem März 1848; auch konnte Bekk, der Freund des unerbittlichen Rechtsstandpunktes, an den Taten heischenden Unterstaatssekretär die Gegenfrage stellen: warum man denn in Frankfurt das Standrecht erst am 19. September verkündet habe? ob man dort etwa das Standrecht gegen diejenigen, die schon am 18. September ihr Verbrechen begangen hätten, zur Anwendung bringen werde? Mit der Zusage, daß die Regierung zwar nicht von der Bahn der Gerechtigkeit abweichen, aber auf tunlichste Beschleunigung der Untersuchung dringen werde, schied Mathy von seinen „verehrtesten Herren Kollegen".





Einundzwanzigstes Kapitel

Die Parteibewegung im Winter 1848/49

m 9. Oktober 1848 trat der Landtag wiederum zusammen, um nach einer großen Weihnachtspause bis zum 12. Mai 1849 zu tagen. Im Namen der Regierung gab der Staatsrat Bekk die Erklärung ab, daß der Kurs nach wie vor sich im Geleise des Märzprogramms und im „unbedingten“ Anschluß an die Nationalversammlung bewegen werde. „Große, herrliche Erfolge,“ rief der Redner auf der Höhe seines Vortrages aus, „werden die Verhandlungen der Nationalversammlung jedenfalls haben, sowohl für das Gesamtvaterland als Ganzes, als für die einzelnen Staaten und überhaupt die Rechte aller deutschen Bürger. Es sind dies die Früchte des geistigen Aufschwunges der letzten sechs Monate. Beklagenswert ist nur, daß dieser Aufschwung durch Ausschweifungen der Leidenschaften getrübt wurde. In Zeiten dieser Art haben, so wie die edleren Triebe, so auch die niedrigen Leidenschaften ein freieres Feld.“

In treuer Erfüllung dieses Programms legte die Regierung die letzten Vorlagen in Bezug auf die Verwaltungs-Justiz und Steuerreform vor, und als im Dezember endlich die deutschen Grundrechte unter Dach und Fach gebracht worden waren, legte sie sogleich, fast unerschöpflich in Gesetzentwürfen, die Hand an die Ausführung derselben. Dabei machte sie auch nach dem Struve-Putsch keine Miene zu irgend einer Regressivpolitik größeren Stiles. Das Einzige, was sie in dieser Richtung tat, bestand darin, daß sie das provisorische Standrechtsgesetz der zweiten Kammer vorlegte. Steng loyal ging sie in dieser außerordentlichen Zeit den steilen und schmalen Weg der Tugend, die Menschen nicht nehmend, wie sie sind, sondern wie sie sein sollen. Allein, wie hätte sie in den furchtbaren Stürmen des Winters die Kraft finden sollen, bis ans Ende auf dem Posten zu beharren, wenn nicht in dem Bewußtsein der Pflichterfüllung und in dem Glauben an den endlichen Sieg des Rechtes und der Wahrheit? Wie hätte sie im exponiertesten und exaltiertesten Grenzlande den Mut zu Ausnahmemaßregeln finden sollen, wo allerwärts in Deutschland die gerade entgegengesetzte Tendenz der Auflösung herrschte? Wie hätte sie die schwer kranken inneren Verhältnisse in einem Augenblicke heilen sollen,

wo ein Konflikt mit der Schweiz wegen der immerwährenden Flüchtlingsgefahr drohte, wo die „freundnachbarlichen" Staaten Württemberg und Bayern sich mit allerlei geheimen und öffentlichen Annexions- und Mediationsgelüsten trugen, wo die täglich mächtiger werdende Reaktion in den beiden Großstaaten Österreich und Preußen das letzte Bollwerk, das groß angelegte Werk der Nationalversammlung, untergruben?

Die liberale Kammermajorität teilte das Schicksal der Regierung. Die Stärke und Schwäche der Regierung war auch die ihrige, nur mit dem Unterschiede, daß sie, ängstlicher um ihren Ruf besorgt, nicht einmal dazu zu bringen war, dem vorgelegten Standrechtsgesetzentwurf ihre Zustimmung zu geben. Erst um die Wende des Jahres, als die Entscheidung in der deutschen Frage immer näher rückte, als die Oberhauptfrage alles in Atem hielt und zu einem neuen Aufmarsch der Parteien führte, wurden ihre Anhänger im Lande rühriger, schlossen sich zu einem Landesverband von „vaterländischen Vereinen" zusammen und riefen nach Neujahr, was längst hätte geschehen sollen, ein neues Organ, „Die Vaterländischen Blätter für Baden", ins Leben, das ausführlich über die Landtagsverhandlungen Bericht erstattete und die politischen Verhältnisse im Sinne der früheren „Rundschau" besprach.

Die leitenden Männer dieser neuen Organisationsbewegung waren die jungen Landtagsabgeordneten Lamey und Häusser. Der Hofgerichtsassessor Dr. August Lamey, den 27. Juli 1816 zu Karlsruhe geboren, war der erste freisinnige Abgeordnete, den die Residenz in den Landtag schickte. In der ersten Hälfte der vierziger Jahre hatte sich Karlsruhe durch nichts weniger als den Ruf der Freisinnigkeit ausgezeichnet. Als der Fürst Metternich am 29. September 1841 im Gr. Schlosse abstieg, wurde er von der Karlsruher Bürgerschaft wie ein Halbgott angestaunt. In der Blittersdorff'schen Zeit stellte die Residenz den Führer der Regierungstruppe und bot selbst dem Hofhistoriographen Mone ein Mandat an. Wie am Landgraben die Wahlen gemacht wurden, darüber erzählte man im Lande folgende Anekdote: Stand da eines Tages der Kaufmann N. vor seinem Laden, als der Polizeikommissär X. erschien und ihm mit wichtig tuender Miene und gebieterischer Stimme zurief: „Herr Kaufmann, die auf dem Zettel hier werden als Wahlmänner gewählt." „Ei, was tausend," fragte der Jünger Mercurii, „und wer soll denn Landstand werden?" „Wird später angesagt," antwortete der Kommissär. Sprach 's und hinkte gravitätisch zum Nachbar.

„Runner müsse se!" — dieser Ruf wurde erstmals im Herbste des Jahres 1846 gehört, just um dieselbe Zeit, als sich auch der Wind in den oberen Regionen drehte. Unter dieser Parole stürmten nämlich die jüngeren „Fortschrittsmänner" bei den Wahlen zum großen Bürgerausschuß mit solchem Erfolge das Rathaus, daß bei den Erneuerungswahlen des Gemeinderats im

folgenden Jahre die alten Ratsherrn die Flinte freiwillig ins Korn warfen. Damals soll der Oberbürgermeister Füeßlin nach authentischen Mitteilungen bei der Einführung des Gemeinderats Kölle den Seufzer ausgestoßen haben: „Ein Gemeinderat mit einem Schnurrbart und Reiter! Ein Gemeinderat, hoch zu Roß und Schnurrbart! Das ist noch nie dagewesen, so lange die Stadt



August Lamey.

steht!" Als nun im Jahre 1848 auch die konservativen Abgeordneten der Residenz von der Märzkrankheit befallen wurden und ihr Mandat in die Hände der Wähler niederlegten, schickten diese den Gemeinderat Buchdruckereibesitzer Jakob Malsch und den Mannheimer Hofgerichtsassessor August Lamey in den Landtag.

Da die bisherigen Führer der liberalen Partei während der Nationalversammlung nur bei ganz besonderen Anlässen von Frankfurt herüberkamen, fiel dem Abg. Lamey bald nach seinem Eintritte am 1. Mai 1848 eine führende Rolle zu. Er entwickelte eine eifrige Tätigkeit als Berichterstatter auf dem Gebiete der Verwaltungs- und Rechtspflege. In der Debatte zeigte er sich als ein kenntnisreicher und gewandter Redner. Effekthascherei und Phrasendrescherei war nicht seine Sache. Mit einiger Neigung zu gutmütiger Satire sagte er frank und frei heraus, was ihm der Mutterwitz eingab, und was das Bedürfnis der augenblicklichen Lage heischte.

Sorgfältiger als Bassermann, Mathy und Häusser hütete er den Ruf der Freisinnigkeit. Als am 17. Juni die Kammer um die Erlaubnis, den Abg. Peter in Untersuchungshaft zu nehmen, angegangen wurde, stimmte er „im Zweifel zu Gunsten des Angeklagten," einmal weil er sich nicht überzeugen konnte, daß zwischen Hecker und Peter eine vorher abgekartete Komödie gespielt habe [1]), zum zweiten, weil er der Ansicht war, daß die Beamten auch Menschen seien, und daß man in solchen Fällen keinen übertriebenen Mut verlangen solle. Häufig überraschte der junge Abgeordnete durch Theorieen, die ganz im Geiste der neuesten Zeit gehalten waren. Bei der Debatte über den Verfassungseid des Militärs führte er z. B. aus: „Ich bin überhaupt kein Freund von Eiden, ich sehe den politischen Eid nur an als ein Opfer, das man einer vergangenen Zeit bringt; ich glaube auch, das Verlangen nach dem Verfassungseid wäre nicht so groß gewesen, wenn nicht die Wiener Konferenzbeschlüsse das Gegenteil angeordnet hätten. Man sieht, wie ich glaube, nach und nach ein, daß der Eid gar keinen Wert hat, und daß es das Beste wäre, diese Eide ganz abzuschaffen." Echt süddeutsch und gut badisch in seinem ganzen Wesen machte er allabends — was nicht gerade nach dem Geschmacke des hl. Bureaukratismus gewesen sein soll — hohe Politik auf der Bierbank der „Bärengesellschaft". „Die Bureaukratie," führte er am 13. Mai im Landtage aus, „ist vor einem Hauch der Freiheit davon gelaufen. Das ist wahr und warum? Zum großen Teil, weil sie bloß aus Juristen bestanden hat. Diese Juristerei, die nur in den alten Gesetzen bekannt ist und keinen praktischen Gedanken erfassen kann, diese Juristerei ist gestürzt." Als eine charakteristische Probe Lamey'scher Denk- und Diktionsweise sei hier die Rede wiedergegeben, die er am 20. Oktober 1848 hielt, als wieder einmal die soziale Frage angeschnitten wurde:

„Die Diskussion hat ihr ursprüngliches Thema einigermaßen verloren. Man ist auf die Ursachen der Unzufriedenheit gekommen, man hat uns bei dieser Gelegenheit auch das

---

[1]) Auch Wessenberg schrieb am 5. Mai 1848 an Mittermaier: „Peter hat meines Bedünkens durch sein augenblickliches Nachgeben gegen den Sturm der wütenden Vögte nur drohendes Unheil von Konstanz abzuwenden beabsichtigt. Mein Urteil ist um so unbefangener, als ich mit den Umtrieben jeglicher Art außer Berührung blieb."

Benehmen Friedrichs des Großen empfohlen, der die Pasquillen auf ihn niederer hängen ließ. Meine Herren, das haben wir heutzutage nicht mehr nötig, denn es hängen die Anschläge schon so nieder, daß jedermann sie sehen kann. Lassen Sie diese Zeit ruhen, sie hat keinen Wert für uns; es ist nicht möglich, auch nur eine Maxime jener Zeit auf die jetzige Zeit anzuwenden. Wer übrigens glaubt, er könne die Unzufriedenheit heben durch den Fortschritt oder das Nichtbeginnen von Preßprozessen, überhaupt durch irgend eine Regierungsmaßregel, welcher Art sie sei, der ist mit einer ungeheuren politischen Kurzsichtigkeit begabt. Das wird nie möglich werden, daß in Zeiten so großer Weltereignisse, wie wir sie erlebt haben, die Unzufriedenheit durch eine Handlung oder eine rasch aufeinanderfolgende Reihe von Handlungen beseitigt wird. Fragen Sie nach den Quellen der Unzufriedenheit. Sie liegen darin, daß alle Leute etwas wollen, und niemand etwas geben kann; alle finden den Grund ihrer Unzufriedenheit in ihren speziellen Verhältnissen, und niemand ist imstande, die Wünsche der Leute zu befriedigen. Gehen Sie hinauf und hinunter, niemand will etwas geben, alle verlangen etwas, es ist nicht möglich, daß man die Leute unter diesen Umständen befriedigt. Es gibt aber in unserem jetzigen Staatszustande eine Menge Personen, deren Befriedigung in einer kurzen Zeit unmöglich ist. Es muß die Aufgabe des Staates sein, diejenigen Personen, die gegenwärtig ohne alles Interesse an der Staatsordnung sind, das Proletariat, zu heben und ihm ein Interesse zu verleihen, aber das können Sie nicht durch eine einfache Maßregel hervorbringen. So wenig die Ursachen, aus denen das Proletariat entsteht, in einer einzigen Handlung zu finden sind, ebensowenig werden Sie das Heilmittel an einem Tage entdecken, sondern nur durch redlichen Willen, durch lange Versuche und lange Krisen. Man hat daher mit Unrecht alle diese Vorwürfe der Regierung gemacht, daß sie die Ursachen der Unzufriedenheit nicht zu heilen verstehe. Ich rate Ihnen, gehen Sie in diesen Vorwürfen nicht zu weit, sehen Sie, wohin Sie wollen, wo sind Regierungen imstande, diese Ursachen der Unzufriedenheit zu heilen? Sehen Sie hinüber nach Frankreich; die französische Regierung hat den Versuch gemacht, die Arbeiter durch die Staatsform zu befriedigen, sie war es nicht imstande, weil die Ursachen an einem anderen Platze liegen. Lassen Sie uns unsere Aufgabe fest ins Auge fassen, wir wissen nicht, ob wir imstande sind, dem Sturm der Zeit Trotz zu bieten, aber das wissen wir, daß es unsere Pflicht ist, den Versuch zu wagen, in der Weise wie es Ehrenmännern ziemt. Diesen Versuch können wir dadurch machen, daß wir fest auftreten, daß wir unbeugsam sind und unsere Stellung festhalten. Es gilt vor allen Dingen, denen im Lande, die noch ein Interesse an der Staatsgewalt haben, zu zeigen, daß dies unser entschiedener Wille ist. Gewinnen wir diese für uns, so haben wir die Mehrheit, und das ist viel, denn auch diese Mehrheit ist schwankend geworden. Es gibt noch viele Leute, die klar in die Zukunft sehen, die klar sehen, was möglich ist, und wenn diese Leute sehen, daß wir das Mögliche tun, so wird schon viel gewonnen. Es haben in dem letzten halben Jahre so viele Ursachen zusammengewirkt, um auch die Herzen sonst wohlwollender Männer der Regierung zu entfremden, so viele Ursachen, die nunmehr nachgerade wegzufallen die Aussicht uns gewähren. Vor allem dieses kolossale Lügensystem, das denjenigen, die dieses Gewebe zu durchblicken vermochte, zweifeln ließ, ob denn noch ein Verstand unter den Menschen sei, wo man noch weniger darüber erstaunt sein mußte, daß die Lügen ersonnen wurden, als darüber, daß eine solche Masse von Menschen diese großartigen Lügen allem gesunden Menschenverstand zuwider als bare Münze angenommen haben. Ich hoffe, daß die Erfahrungen, die in dieser Beziehung das Volk gemacht hat, keine vergeblichen sein werden, ich hoffe, daß es in Zukunft sich immer ins Gedächtnis zurückrufen wird, daß die Wahrheit nicht da ist, wo die größten Versprechungen sind, daß man im Gegenteil nie mißtrauischer sein muß, als wenn einem goldene Berge versprochen

werden, wenn die Wünschelrute an das Glück des Volkes gelegt werden soll. Die Hauptfrage ist von dem Abg. Kapp am besten dargestellt worden durch dasjenige, was er von der Antwort Montecuculis sagte. Ja, Geld, Geld und nochmals Geld fehlt uns eben."

Das Rotteck-Welcker'sche Staatslexikon, etwas aufgewärmt durch die jeweilige liberale Tagesmeinung, bildete das Arsenal, aus dem Lamey seine



Ludwig Häusser.

Waffen holte. Ungleich tiefer gründete die politische Wissenschaft des Heidelberger Historikers Ludwig Häusser. Häusser wäre wohl schon früher in den badischen Landtag eingetreten, allein die Nornen hatten ihm erst vor 30 Jahren, am 26. Oktober 1818, den Lebensfaden gesponnen. Nach dem frühzeitigen Tode seines Vaters, eines reformierten Geistlichen zu Kleeburg im Elsaß, hatte

er vom zweiten Lebensjahre an seine Jugendzeit in Mannheim, der Heimat seiner Mutter, zugebracht. Nach den Universitätsstudien in Heidelberg und Jena und nach einer kurzen Lehrtätigkeit an den Gymnasien von Wertheim und Heidelberg war er 1840 Privatdozent und 1845 außerordentlicher Professor der Geschichte geworden.

Rezensionen geschichtlicher Werke, die er seit 1841 in der „Allgemeinen Zeitung" niederlegte, ließen den angehenden Publizisten größeren Stiles ahnen. Bei diesen Anzeigen und Besprechungen gab er dem Leser nicht die Quintessenz in bequemen Exzepten, sondern er suchte durch Andeutungen über den Charakter und die Verknüpfungspunkte, die den Stoff dem Interesse der Gegenwart näher rückten, das Publikum zur Lektüre des Werkes selbst zu bestimmen. Tief war er von der hohen Bedeutung der Geschichte für die führenden Geister der Nation durchdrungen. Er sah in ihr „die letzte Brücke nach dem Reiche der Ideen, die unsere merkantilisch knausernde Zeit habe stehen lassen, und die allein uns rein halten könne von dem Miasma der Tagesleidenschaften und Tageslügen". Das Hauptgewicht legte er bei der Beurteilung auf eine lebendige und innerliche Auffassung des historischen Stoffes und die Beziehungen zum augenblicklichen Leben der Nation. Statt der bisherigen „Historiker der Stube und des Salons" verlangte er „Historiker des Lebens". Durch den Stoff sollte nach seiner Ansicht die kernige und scharfgeprägte Persönlichkeit des Historikers hindurchblicken:

„Wenn die Geschichtsschreibung der Nation näher treten soll, als sie es bisher gewesen, so muß es noch anders, ganz anders werden. Wir wiederholen es noch einmal: laßt uns nicht bloß Geschichte forschen, wir wollen sie auch schreiben; und wenn wir sie schreiben, so geschehe es aus dem Leben, nicht bloß aus dem toten Buchstaben des bestaubten Folianten, denn:

Das Pergament, ist das der heil'ge Bronnen,
Woraus ein Trunk den Durst auf ewig stillt?
Erquickung hast Du nicht gewonnen,
Wenn sie Dir nicht aus eigner Seele quillt."

Scharfe Schläge führte er gegen die „Objektiven" und „historischen Diplomaten", die, immer bemüht, das Rechts und das Links in gutem Humor zu halten, mit affektierter Gesinnungslosigkeit sich beim Heiligsten und Höchsten sorgfältig davor hüten, im Innern warm zu werden. „Danken wir's ihm," führte er bei der Rezension von Dahlmanns Geschichte von Dänemark aus, „daß er nicht, wie so manche den trostlosen Versuch gemacht, sich auf den Standpunkt derer zu erheben, die auf dem hohen Thron einer mißverstandenen „Objektivität", sich selbst, ihre Schwäche und Haltlosigkeit den Augen der kurzsichtigen Menge zu entziehen suchen. Die Geschichte will Verfasser, welche die Menschheit lieben; sie will Charaktere, Gesinnungen — und die lassen sich durch alle Grazie des Stils, alle Kunst der Darstellung nicht ersetzen." Seinem

hochverehrten Lehrer Schlosser rühmte er nach, daß er nicht zu jenen gehöre, die das neue junge Leben, das sich außen rege, ignorieren, deren alt und grau gewordene Gelehrsamkeit so oft jüngeren Bestrebungen das Recht der Existenz versagen möchte. Rankes ganze literarische und politische Persönlichkeit war ihm unsympathisch. Vor der Lektüre „preußischer Geschichte aus der Feder eines Preußen" konnte er gelegentlich ein Kreuz schlagen:

„Was Cicero als erste Anforderung an den Historiker stellt, „nichts Falsches zu sagen", darf wohl als ein bescheidenes Verlangen bezeichnet werden, und auch minder ernste und gründliche Geschichtsschreiber als Stenzel haben dieser Pflicht nach Kräften zu genügen gesucht. Größere Schwierigkeiten hat von jeher die zweite Forderung des römischen Staatsmannes, „nichts Wahres zu verschweigen", gefunden, und manch schönes historisches Talent hat sich beim besten Willen durch mißverstandenen Patriotismus, aus falscher Schonung oder angeborener Weichheit des Sinnes, oft auch nur, um die poetische und dramatische Gerechtigkeit nicht zu stören, zu jenem bösen, gefährlichen Schweigen verleiten lassen. Eine feine, sophistisch gewandte Zeit hat Wege genug, um das Bittere zu versüßen oder die rauhe, eckige Wahrheit mit einer mildernden Hülle zu versehen. Der Geist ist stark, aber das Fleisch ist schwach, und beim reinsten Willen übertäubt sich Vorliebe oder Antipathie oft so sehr, daß aus purem Patriotismus und enthusiastischer Hingebung eine historische Todsünde über die andere begangen wird. Wir gestehen, daß wir Besorgnisse dieser Art jedesmal empfinden, so oft wir von einer preußischen Geschichte aus der Hand eines Preußen hören; denn die Borussomanie unserer Tage, deren Quelle wir gern respektieren, hat oft zu so ganz seltsamen Ausbrüchen geführt, daß man es dem historischen Sinn ebensowenig als dem patriotischen Gefühl eines Deutschen wird verargen können, wenn er gegen jede, auch minder unnatürliche und krankhafte Äußerung des Preußentums mißtrauisch wird. Der einfache praktische, oft derbe Sinn süddeutscher Provinzbewohner fand sich von dem Dithyrambenton des modernen Preußentums meist recht unheimlich berührt, und wir schreiben bloß der taktlosen Art, womit exklusiv brandenburgische Enthusiasten sich selbst und ihre Zustände verherrlicht haben, einen großen Teil der Kälte zu, die bisher den Süden vom preußischen Norden Deutschlands trennte und die — wozu es verbergen? — ihn immer trennen wird, so lange jene verzwickte, sich selbst betrügende, alles nationalen Gehaltes entbehrende Richtung den deutschen Kern mit einer preußischen Schale künstlich zu verhüllen strebt."

Unter der Leitung und an der Seite von Gervinus verdiente Häusser die ersten Sporen im politischen Federkrieg, als um die Mitte der vierziger Jahre der große Wendepunkt des nationalen Lebens eintrat. Aber wie ganz anders war doch der jüngere Kampfgenosse geartet! Keine Spur von elegischer Sentimentalität und Sensibilität. Ein echtes Kind der Palatina und das Genius loci von Alt-Heidelberg: temperamentvoll, lebenslustig, feuchtfröhlich! Sein ganzes Naturell wies ihn auf die Außenwelt, den Kampf, die Polemik. Die „Grenzboten" von 1849 hatten Recht, wenn sie in Häusser gleichsam die Ergänzung der Individualität von Gervinus sahen und seine Bedeutung für die „Deutsche Zeitung" wie folgt charakterisierten:

„Verkennen läßt sich keineswegs, daß der nahe tägliche Verkehr mit Gervinus Häusser's rasches, leidenschaftlicheres Wesen eher, als es sich vielleicht sonst im selbständigen Entwick-

lungsgange in die für das staatsmännische Gleichgewicht notwendigen Schranken geleitet hätte, von der Negation zur Position übergeführt, die schöpferische Seite in ihm geweckt hat. Seine Stellung an der „Deutschen Zeitung" ist für ihn eine Aufklärungsperiode seiner historischen Anschauungen gewesen, dem seine jetzige Mitgliedschaft der zweiten badischen Kammer als treffliche praktische Schule nachfolgt. Zu seinem vielseitigen Talente und Wissen wird sich die Erfahrung der täglichen Wirklichkeit gesellen und Deutschland an ihm in seiner Reife einen ganzen Mann finden. Wie hoch eine solche Persönlichkeit für ein Blatt zu schätzen sein mußte, das mit allen nur möglichen Hindernissen, bis zu den jämmerlichsten technischen Schwierigkeiten hinunter, zu kämpfen hatte, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Jene feine, schneidende Malice der „Deutschen Zeitung", ihr scharfer Blick für unangenehme persönliche Blößen aus der Gegenwart und Vergangenheit, ihre stete Schlagfertigkeit ist Häusser's Werk."

Von der gebildeten Jugend Badens gilt seit alten Zeiten das Wort, daß sie das Herz auf dem rechten linken Flecke habe. Auch Häusser schrieb gleich dem jungen Jolly so manche „gepfefferte" Artikel in das von Struve redigierte „Mannheimer Journal". Anfangs nahm er eine zwischen den verschiedenen liberalen Gruppen vermittelnde, aber doch entschiedene Oppositionsstellung ein. Die Deutsch-Katholikenfrage beurteilte er wesentlich nüchterner als die Freunde Gervinus und Mathy. Er konnte sich nicht zu der Meinung derjenigen erheben, die sich die ganze Bewegung idealisierten und ihr eine große Zukunft weissagten; noch weniger freilich verstand er die „bureaukratische Heilkunst" der Regierung, die durch Verbot und Schikane es glücklich fertig brachte, „aus einem Katarrh ein Nervenfieber groß zu ziehen". Dagegen stimmte er in der Beurteilung der „rechten Mitte" und des Radikalismus mit Mathy und Bassermann überein. Solange das alte System nur mildere Saiten aufzog, wollte er keinerlei Pakt mit ihm geschlossen wissen. Die systematische und entschiedene Opposition war ihm aber ein Unding und die Annäherung an die Regierung eine Pflicht, als einmal deutliche Proben eines grundsätzlichen Wandels und eines ehrlich konstitutionellen Regiments vorlagen. Nichts bedauerte er mehr als die Bocksprünge des Radikalismus, zumal durch sie die Aktionskraft des Liberalismus in dem Augenblicke gelähmt wurde, wo er sich anschickte, den Sturm auf die Schanzen zu machen, und wo er den Beweis erbringen mußte, daß er nicht nur zu opponieren, sondern auch zu regieren verstünde. Erklärte Gegnerschaft beobachtete er darum auch seit dem Frühjahr 1848, wo Itzstein bei den Parlamentswahlen den badischen Heerbann in den Dienst des Radikalismus gestellt hatte. In diesem rauhen Kriegshandwerke wurde er noch bestärkt durch Mathy, der ihm nach der obenerwähnten Abrechnung mit dem alten Parteiführer schrieb: „Der Artikel ist mir aus der Seele geschrieben. So muß man einfach und rücksichtslos die Wahrheit sagen und die Leser über die sittliche und patriotische Beschaffenheit unserer pseudorepublikanischen Helden aufklären". Bald war er der gefürchtetste Gegner der radikalen Presse, zumal er manchmal Waffen ins feindliche Lager schoß, welche

denen nicht ganz unähnlich waren, die zu ihm herüberflogen. Als z. B. Hecker von Muttenz aus ein besonderes Flugblatt gegen die „Deutsche Zeitung“ schleuderte, antwortete Häusser unter anderem:

„Dr. Hecker sieht in dem, was die Mehrheit der Nationalversammlung will, nicht den Ausdruck des Volkes — eine Versammlung, die aus allen Gauen Deutschlands nach dem freiesten Wahlrecht, ohne alle Einwirkung von Ministerien und Beamten, gewählt worden ist, repräsentiert in seinen Augen das Volk nicht, er selber und seine Partei sind das eigentliche deutsche Volk. Die moderne demagogische Reaktion trifft also wieder mit der alten ministeriellen Reaktion wunderbar zusammen; das war ja wohl das gewöhnliche Schlagwort, womit unsere heimgegangenen Staatsmänner fünfzehn Jahre lang jedes gerechte Verlangen des Volkes und seiner Vertreter schnöde zurückwiesen. „Ihr seid das Volk nicht“ — herrschte der badische Minister Winter in seiner späteren schlimmen Zeit den Rotteden und Welckern zu, wenn sie das gute Recht des Volkes mit unerschütterlicher Festigkeit verfochten; „Ihr seid das Volk nicht“, rief Blittersdorff in den Zeiten, wo er die bescheidene Forderung einer Bundesreform als einen Aufruf zur Revolution bezeichnete. Die roten Jakobiner von heute wollen hinter den weißen Jakobinern von gestern nicht zurückbleiben; auch sie herrschen einer Versammlung, die zu vier Fünfteln dieselbe politische Meinung vertritt, trotzig zu: Ihr seid das Volk nicht. Und wenn morgen eine neue Wahl stattfände, und das deutsche Volk ganz ohne Zweifel nach freier Wahl dieselbe Majorität in dem nämlichen Sinne nach Frankfurt entsendet, es würde gleichwohl von Muttenz herübertönen: Ihr seid das Volk nicht . . . .“

„Wie ein heulender Polizist, so fährt Dr. Hecker fort, denunziert jene Partei heute die republikanische Presse, die demokratischen Vereins- und Massebestrebungen, morgen den Soldatenungehorsam. Oder wie es an einer Stelle heißt: „Sie bewirft mit Schmutz und Verleumdung die besiegten Republikaner.“ Dr. Hecker konnte noch eins, und zwar etwas sehr wesentliches hinzusetzen: sie erkennt die Märtyrer vom Aprilaufstand und ihren Anhang nicht einmal als Republikaner an, sie bezeichnet sie als das, was sie sind: als Anarchisten. Wir wissen, wie schmerzlich gerade dies letzte ins Fleisch geschnitten; wie ungern die Helden von der Scheideck und von Dossenbach sich beim rechten Namen nennen hörten. Es war freilich unangenehm genug, daß es eine Partei gab, die unseren Pseudorepublikanern aufmerksam in die Karten sah, die schon vor dem Putsch, trotz ihrer gut gespielten moralischen Entrüstung, den Aufstand voraussagte, daß sich jemand die Mühe gab, all die unbewachten Ergüsse, die verstohlenen Hoffnungen, die unzweideutigen Gelüste, den ungeheuren Defekt aller wirklich republikanischen Tugenden mit Pünktlichkeit einzuregistrieren. Es zerstörte das bei vielen früh die Täuschung, ehe es zur kostbaren verspäteten Enttäuschung kam. Es war ein störender Zwischenfall, daß jemand täglich sich die undankbare Mühe nahm, das Netz erlogener Alarmgerüchte zu zerreißen, den Terrorismus und die politische Immoralität der Partei zu zeichnen, oder die Bewegung, die man für republikanisch ausgab, in ihre eigenen und innersten Motive zu zerlegen. Das war — wir geben es zu — höchst ärgerlich; wir müssen dafür den Ausbruch des Ärgers, die „heulenden Polizisten“, den „Schmutz“ und die „Verleumdung“ schon entgegennehmen.

Mit dem gleichen zermalmenden Sarkasmus behandelte Häusser aber auch die rechtsstehenden Gegner, insbesondere Blittersdorff, als er seine „Eröffnungen eines alten Diplomaten“ in die Welt schickte:

„Sollen wir es als ein günstiges oder ungünstiges Zeichen der Zeit ansehen, daß die Diplomaten der alten Schule ihre Mappen öffnen und auch die Uneingeweihten hineinsehen

lassen? Wir wissen es in der Tat nicht zu sagen, und haben uns beim Durchlesen des vorliegenden Schriftchens mehrmals die Frage vorgelegt: warum ist Herr v. Blittersdorff so aufrichtig?, ohne daß wir eine ganz genügende Antwort finden konnten. Will der alte Zögling der Metternich'schen Schule sich wirklich nur rechtfertigen oder ein paar Kollegen von ehedem kompromittieren, oder sich der neuen Restaurationspolitik als Geprüften empfehlen, oder mit völliger Resignation nichts weiter als sein politisches Testament aufzeichnen? Wir wüßten keine dieser Fragen ganz bestimmt zu bejahen oder zu verneinen; nur eins scheint uns ganz klar, daß die Worte der Vorrede: die Veröffentlichung habe den Zweck, „den Verdächtigungen ein Ziel zu setzen", allzu ernst haben gemeint sein können. Denn was die Vorrede als „Verdächtigung" beklagt, das wird nach Durchlesung der Schrift als unleugbare Tatsache dastehen, und mehr als je wird man Herrn v. Blittersdorff, so ungehalten er darüber scheint, „als den verkörperten Ausdruck eines Systems bezeichnen, über das man ohne nähere Prüfung ein allgemeines Verdammnisurteil fällte". Wir fürchten sehr, der diplomatische Verfasser ist gegenüber dem unerbittlichen Geist der öffentlichen Meinung in derselben Lage, in welcher sich Egmont befand, als ihm Alba zurief: „Unvorsichtig entwickelst Du die Falten Deines Herzens und klagst Dich selbst weit strenger an, als ein Widersacher gehässig tun könnte." Herr v. Blittersdorff gehört bekanntlich zu den Staatsmännern, die, wie einmal in einem Frankfurter Blatt bitter geklagt war, im März „ins Wasser gelegt wurden"; nach dem Inhalt der Schrift zu urteilen, gehört er auch zu denen, die gern wieder aufs Trockene kämen. Wenigstens verträgt er seine Entfernung aus dem öffentlichen Leben ohne den Stoizismus der Entsagung; manch bitterer Seitenhieb auf seine ehemaligen Kollegen in Baden beweist, wie unerwünscht ihm das „ins Wasser legen" gekommen ist. Er plaudert bisweilen recht aus der Schule; so wird uns ausdrücklich erwähnt, daß nicht er, sondern sein Nachfolger v. Dusch in Karlsruhe die geheimen Ministerialkonferenzen in Wien hat fabrizieren helfen; seiner ehemaligen Kollegen Böckh und Jolly gedenkt er in ziemlich unfreundlicher Weise, ja, er vergißt sogar nicht zu erwähnen, daß man bei seiner Entlassung ihm keine Geldentschädigung für Miete u. dgl. bezahlte und seine Pension ihm durch Abzüge und Steuern verkürzt habe. Herr v. Blittersdorff weiß vielleicht, daß die Finanzkrisis in Baden auf den ärmeren und gedrückteren Beamten noch viel peinlicher lastet als auf den großen Pensionären; er erfährt vielleicht bald, daß dort alle, die noch imstande sind, eine Last zu erschwingen, von neuem werden in Anspruch genommen werden, um das Defizit zu decken, das wir der Reaktion und Revolution zu danken haben. Und bei aller hohen Meinung, welche Freunde und Verbündete des Verfassers von ihm hegen mögen — so groß waren denn doch die Verdienste des Freiherrn v. Blittersdorff um die badische Monarchie und das badische Staatswohl nicht, daß man gerade bei ihm hätte eine Ausnahme statuieren dürfen! Daß die Kammer im März seine Entlassung forderte, war das geringste, was sie tun konnte; daß nichts weiter geschah, daß nicht einmal in der Presse seiner und seiner Freunde weiter gedacht ward, mag Herr v. Blittersdorff samt seinen Gesinnungsgenossen dem glücklichen Umstande zuschreiben, daß die hereinbrechende Anarchie die Freunde der Freiheit und Ordnung zu einem anderen Kampf aufrief und ihnen die Zeit nicht ließ, mit den Trägern der alten Politik gründlich und pünktlich abzurechnen. Diese stillschweigende Amnestie, die vielen anderen und auch Herrn v. Blittersdorff damals zugute kam, mag ihn für die Besteuerung seiner Pension einigermaßen trösten."

Ende November 1848 trat Ludwig Häusser als Abgeordneter für Durlach in den Landtag ein. Der Gegenkandidat war der Sonnenwirt Thiebauth aus Ettlingen gewesen. Der radikale Wahlapparat konnte es nicht begreifen,

wie „noch im Jahre 1848" die Wahlmänner einem jungen Professor — den niemand kenne, und den die Heidelberger, die ihn gut kennen, mit einer Katzenmusik beehrten" — den Vorzug geben mochten gegenüber einem Thiebauth, „dem langjährigen Freund des Volkes, dem unerschütterlichen Kämpfer für Freiheit und Recht, für Volksglück und Volksbildung, der die Freuden und Leiden des Volkes aus eigener Erfahrung kenne und wisse, wo den Bauern der Schuh drücke". Sogleich nach seinem Eintritt in die zweite Kammer übernahm Häusser die Führung in den allgemein deutschen Angelegenheiten. Da er seinen Gegenstand von höheren Gesichtspunkten beherrschte und nicht nur über ein einziges Steckenpferd verfügte, hatte er nicht nötig, gleich so manchem seiner späteren Nachbeter sich in hurrapatriotischen Phrasen zu ergehen. Er pflegte im Gegenteil mit den einfachsten Mitteln zu wirken: um so sicherer traf der schlichte Grundton seiner Rede, wenn er von des Vaterlandes Ehre und Schande sprach. Der Zufall wollte es, daß auch er gleich bei seinem Eintritte in die zweite Kammer vor das Rätsel der Sphinx gestellt wurde. Am 30. November begründete nämlich der Abgeordnete Mez eine Motion über den Pauperismus, in der er zwar das Hauptübel in der Sünde und das Heilmittel in der allgemeinen Menschenliebe fand, aber doch auch einzelne beachtenswerte praktische Vorschläge machte. Häussers parlamentarische Jungfernrede lautete:

„Meine Herren! Ich will Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen und verspreche, bei der Sache zu bleiben. Es hat mich gefreut, aus der Motion des Abg. Mez zu ersehen, daß wir in dieser Frage einen großen Schritt weiter gekommen sind, daß wir wenigstens Vorschläge vernehmen und nicht bloße Worte. Es sind noch wenige Monate her, so glaubte man, die soziale Frage damit lösen zu können, daß man Worte gab. Die soziale Frage wird ebensowenig durch solche Redensarten gelöst, wenn nicht praktische Vorschläge gemacht werden, wie die Frage über die Ausgleichung von Kapital und Arbeit. Man hat das Volk nach dem alten Sprichworte: „Ihr habt mir statt des Brotes einen Stein gegeben", mit Phrasen zu füttern gesucht. Man hat ihm ein Schlaraffenland versprochen, wo jeder genießt und keiner arbeitet. Man hat ihm eine Menge von Dingen zugesagt, die den Hochmut, den Eigennutz befriedigen, aber das, was notwendig ist, die Selbstverleugnung, das Hinzutreten mit eigenen Opfern, in den Hintergrund geschoben, und das ist groß gezogen worden – es ist die letzte schlimme Frucht der sozialen Theorie. Das wird dem Volke wieder klar machen, daß jeder Opfer bringen muß; das wird alle diese Erinnerungen an eine böse Zeit, diese letzten Reste einer allein selig machenden Beglückungslehre aus dem Gedächtnis verwischen und auf praktische Vorschläge verweisen, und in dieser Hinsicht danken wir dem Abg. Mez, daß er gezeigt hat, daß wir einen großen Schritt weiter gekommen sind. Überhaupt hängt die politische Lage der Zeit mit dieser Lösung noch mehr zusammen, als man glaubt. Eben jenes widerstrebende, widerspenstige, überall Erntenwollen, ohne gesät zu haben, wird auch die Lösung der sozialen Frage erschweren, und von diesem Standpunkte aus teile ich nicht die Ansicht des Abg. Zell, daß die politischen Fragen ganz gleichgültig für die Lösung der sozialen Frage sind. Ich teile sie nicht, weil ich weiß daß die politische Freiheit die Lebensluft ist für eine Ausgleichung der sozialen Probleme; weil ich weiß, daß das alte unglückliche politische System mit seinen tausendfachen Be-

schränkungen und Bevormundungen hauptsächlich das niedergehalten hat, was von Kraft im Volke sich regen konnte. Ein freies Volk hat sich aus einer ähnlichen Krisis herausgearbeitet, und deshalb muß man nicht fast spöttisch von Preßfreiheit und Vertretung des deutschen Volkes reden; sie werden uns freilich kein Brot geben, aber die Lebensluft schaffen, und diese hat uns bisher gefehlt. Viele werden daran arbeiten, die nicht dieses Werk zur Vollendung bringen, aber sagen wir nicht: „Wir haben kein Vertrauen zu dem Bau, weil er nicht im Augenblicke aufgeführt ist!" Eine Arbeit, welche die Sünden von Jahrhunderten zu tilgen hat, läßt sich nicht in drei Tagen machen, und deshalb ist gerade das Benehmen des Abg. Kapp, der die Gelegenheit so gerne benützt, der Nationalversammlung einen Hieb zu versetzen, nicht ritterlich, von einer abwesenden Versammlung, die sich nicht revanchieren kann, so viel zu reden.

Jedenfalls sind diese politischen Veränderungen sowohl der Freiheit als Einheit des deutschen Landes Lebensbedingungen für die Lösung der Frage. Haben wir die Freiheit, so werden wir auch die kleinen Beschränkungen allmählich los werden können, nicht mit einem großen Tilgungsplane, wo wir Güter versprechen, die wir nicht geben können, sondern mit ruhigem, geordnetem Sinne, welcher schafft, nicht bloß einreißt. Und ebenso wird es mit der Einheit des deutschen Volkes werden. Es sind uns bis jetzt unendlich viele Kräfte verloren gegangen, weil wir kein Volk waren. Wir in Baden, Württemberg 2c. können unmöglich das lösen, was zu lösen ist, wenn nicht die einige Kraft des deutschen Volkes mitwirkt, und insofern sind die Verfassungsformen sehr notwendige Lebensbedingungen, wenn wir nicht wie bisher die Kräfte, die aus Deutschland ausscheiden, weil sie keine Lebensluft fanden, untergehen sehen wollen, sondern aus ihnen kostbare Kapitalien schaffen und segensreich in anderen Ländern Kräfte anpflanzen wollen. Dann werden wir vielleicht diejenigen, die das Werk gebaut haben, segnen, und es wird die Rede derer verweht sein, die an dem unvollendeten Werke gemäkelt haben. Von diesem Standpunkte aus erinnere ich Sie, daß die Einigkeit in England und Frankreich ähnliche Krisen hat mitbeendigen helfen. Es war auch dort eine Zeit, wo man verzweifelte, wo man mit Unmut zusah, aber nachdem man nicht mehr imstande war, ein Defizit von einer Million aufzubringen, kamen Zeiten, wo man das Zwanzigfache zu leisten vermochte, weil die inneren Fesseln gefallen waren, und weil das Land nach außen eine große Macht geworden war. Wir können nicht im Innern alle die Fesseln lösen, nicht nach außen uns schützen, solange eines nicht erreicht ist, und dazu bedarf es mehr als die Kräfte, die selbst daran arbeiten, es bedarf auch der Unterstützung derer, die außerhalb stehen, die im eigenen kleinen Kreise den gesetzlichen Sinn pflegen. Das ist unsere Pflicht, daß wir dem Volke nicht fortwährend auf unerfüllbare, nicht erscheinende Termine Aussicht geben, sondern es auf das verweisen, was es mit Händen greifen kann. Insofern, wiederhole ich, ist es nicht gleichgültig, ob Verfassungsformen ohne eine einigende politische, nationale Verbindung zustande kommen oder nicht. Sie sind die Lebensbedingungen für die Lösung der sozialen Frage. Ein Volk wird nicht reich, groß und wohlhabend werden, wenn es nicht ein großes, freies Volk ist. Diese Wahrheit ist alt, aber unsere Zeiten sind so, daß man das Einfachste wiederholen muß, weil durchgehend eine große Begriffsverwirrung herrscht.

Ich wiederhole: verachten wir nicht, was geschieht, was zur Einigung des Volkes vorbereitet. Ohne Freiheit und Einheit, ohne gesetzlichen Sinn und Ordnung wird nie ein reiches Volk entstehen. So konnten die Engländer in Amerika sagen: „Unser Wohlstand ist die Frucht unserer Freiheit."

Während die liberale Kammermajorität unter diesen jüngeren Führern nicht ungeschickt operierte, bot die Linke nichts weniger als das Bild einer

Partei, welche demnächst die regierende Rolle übernehmen sollte. Durch den Austritt der meisten konservativen Mitglieder war ihre Zahl auf etwa 15—20 angewachsen. Unter diesen Abgeordneten befanden sich wackere Männer, die in anderen Zeiten jeder Partei Ehre gemacht hätten, die aber jetzt, wo sie nach der Pfeife der Demagogie tanzen mußten, eine überaus klägliche Rolle spielten. Da Brentano nur bei außerordentlichen Gelegenheiten „kam, Spektakel machte und ging", fiel die Führerschaft meist dem aus der „Frankfurter Menagerie" entwichenen Abgeordneten Kapp zu. War er auch zu einer solchen Aufgabe in keiner Weise befähigt, so stand er doch geistig und sittlich zu hoch, als daß er alle die Zweck heiligenden Mittel, die ein großer Teil seiner Partei in dieser Zeit in Anwendung brachte, gebilligt hätte. Während seine Parteifreunde hauptsächlich über die neue Truppenaufstellung, die der Struveputsch im Gefolge hatte, Klage führten und allgemeine Amnestie für die politischen Gefangenen begehrten, räsonnierte er mehr in dem polternden Tone eines platonischen Republikaners als in dem eines wirklichen Revolutionsmannes über die fortzeugend Böses gebärende Nationalversammlung, die „rote Monarchie", den „Metternichianismus" und Jesuitismus. Unter den vielen Schlacken, die der Redner ans Tageslicht förderte, befand sich doch hin und wieder ein wertvolles Kristall; so sprach er sich z. B. bei der obenerwähnten Motionsbegründung des Abgeordneten Mez wie folgt über das soziale Problem aus:

„Die Frage ist von solchem Gewicht, daß es für sich klar ist, daß sie in diesem Saale nicht mehr zur Entscheidung gelangen wird, auch nicht auf dem Frankfurter Landtag. Allerdings hat auch Helmreich mit Recht bemerkt: die Sozialisten in Paris lösen sie auch nicht. Wer sie lösen wird, ist ganz klar, das kann sich jeder sagen, der einen Blick in die Geschichte hat. Es löst sie nicht ein Dezennium, die Lösung ist die Arbeit ganzer Geschlechter und Völker. Weniger aber wird sie — und das wird mir jeder zugeben — die französische Nation lösen als die deutsche. Auf dem Standpunkte aber, sie zu lösen, sind wir noch lange nicht. Der Arbeit aber ist sie wert, und wie Hesiodus sagt: Wenn du Kleines zum Kleinen legst, wirst du Kleines mehren zum Großen; so ist es auch bei dieser Frage. So wenig wir vermögen, so arm an Geist und Menschenliebe ist dieser Saal doch nicht. daß wir nichts beitragen können zur Lösung dieser Frage, von der alles abhängt; denn darum bewegt sich die Krisis, und nicht bloß um die Frage einer Staatsform."

Kapp und seine Freunde sollten indessen nicht lange „auf gesetzlichem Wege" der Republik zusteuern; die Preß- und Klubdemagogie lenkte es anders und warf, nachdem noch einmal ein letztes Spektakelstück über die parlamentarische Bühne gegangen war, die ausgebrauchten Spielbälle zum alten Plunder. Seitdem nämlich die deutsche Nationalversammlung bei der Beratung der Grundrechte die Abschaffung aller Standesvorrechte beschlossen hatte, kam überall der Gedanke auf, es solle eine konstituierende Versammlung berufen werden, um die nötigen Verfassungsänderungen vorzunehmen. Während die demokratische Partei durch einen Petitionensturm nach dem berüchtigten Muster

von 1846 die sofortige Berufung einer solchen Versammlung verlangte und ohne Mitwirkung der Regierung das neue Verfassungswerk vom Standpunkte der Volkssouveränität schaffen wollte, begründete der Abgeordnete Baum im Namen der konstitutionellen Partei am 30. Oktober einen Antrag auf Vorlage eines Wahlgesetzes zur Berufung einer konstituierenden Versammlung, welche nach Vollendung der Reichsverfassung ins Leben treten und mit der Regierung sich über die künftige Landesverfassung vereinbaren sollte. Dagegen plädierte Bekk, welcher, gewitzigt durch die Nachwahlen zum Parlamente und Landtage, bereits die Gestalten der konstituierenden Versammlung vom Juni 1849 an die Wand malte, für eine Revision der ersten Kammer und Verfassung durch die gegenwärtigen oder nach Aufhebung der Standesvorrechte an ihre Stelle tretenden Organe der regelmäßigen Landesgesetzgebung. Diese Ansicht gewann schließlich auch die Mehrheit der Abgeordneten, als die Reichsversammlung selbst festsetzte, daß Verfassungsänderungen in den deutschen Staaten durch die gegenwärtigen gesetzgebenden Behörden vorgenommen, und daß nur, wenn die Regierung und die Kammern es für notwendig fänden, besondere Landesversammlungen einberufen werden sollten. Der Artikel 8 des Einführungsediktes zu den deutschen Grundrechten räumte schließlich auch die letzten Schwierigkeiten durch die Bestimmung aus dem Wege: „Die durch die Verfassungsurkunden für den Fall der Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Erschwerungen der Beschlußnahme finden keine Anwendung, vielmehr ist in den Formen der gewöhnlichen Gesetzgebung zu verfahren. Wenn in Staaten, wo zwei Kammern bestehen, dieser Weg keine Vereinbarung herbeiführen sollte, so treten diese zusammen, um in einer Versammlung durch einfache Stimmenmehrheit die erforderlichen Beschlüsse zu fassen." Auch die Kommission der zweiten Kammer, in deren Namen der Abgeordnete Häusser Bericht erstattete, stellte sich auf diesen Boden. Nach ihrem Plane sollte die Kammer das große Werk der Umgestaltung des Staatslebens nach den Grundsätzen, welche im März 1848 ihre Anerkennung gefunden, furchtlos und beharrlich zu Ende führen.

Als am 10. Februar 1849 dieser Gegenstand zur Verhandlung kam, erschienen die streitenden Parteien vollzähliger als sonst auf dem Kampfplatz. Auch die Sturmpetenten hatten auf der Galerie Posten gefaßt in der ausgesprochenen Absicht, die Abgeordneten Bassermann, Mathy und Soiron, die von Frankfurt herübergekommen waren, durch eine „Generalprobe" zu empfangen. Und in der Tat führte sich die in Masse aufgebotene Claque während der Sitzung so ungebührlich auf, daß die Verhandlung einmal ganz unterbrochen werden mußte. Der fast zehnstündige Kampf von morgens 9 bis abends 6 Uhr drehte sich mehr um die allgemeinen Gegensätze als um die auf der Tagesordnung stehende Frage. Über zwei Dinge war in der Kammer kein

Zweifel: einmal, daß das Wahlgesetz für die erste Kammer und wahrscheinlich auch für die zweite umzuändern sei, und sodann, daß vor der Zusammenberufung der nächsten Ständeversammlung beide Kammern aufgelöst werden müßten. Die Frage war nur die, ob die jetzigen Kammern die durch die Grundrechte nötig gewordene Revision der Verfassung selbst vornehmen, oder ob sie sich sogleich auflösen und dieses wichtige Geschäft einer neu zu berufenden Versammlung überlassen sollten.

Wie vorauszusehen, waren die Repräsentanten der radikalen Partei den alten und jungen Führern der liberalen Partei, welche den Augenblick zwar gegen sich, die badische Vergangenheit und Zukunft aber für sich hatten, auch nicht entfernt gewachsen. Die konstitutionelle Mehrheit bestand fest auf dem Kommissionsantrag: in beispielloser Weise sei die früher so viel gefeierte badische Volkskammer seit dem 1. März 1848 in den Staub gezogen worden. Angesichts der verhängnisvollen und gefahrdrohenden Lage im Reiche und Lande dürfe sie die Hand nicht dazu bieten, daß die Brandfackel in die gelegte Pulvermine geworfen würde; angesichts der schamlosesten Schmähungen und Drohungen sei das höchste Maß von Selbstverleugnung nötig, um in diesem Kampfe mit ganz ungleichen Waffen standzuhalten; die Pflicht gebiete aber, den schmachvollen Schritt der Desertion vor dem Feinde weit von sich zu weisen und bis ans Ende, das ohne große Divinationsgabe vorausgesagt werden könne, zu beharren. Der Abgeordnete Zittel, welcher den Kampf eröffnete, packte sogleich den Stier bei den Hörnern, indem er das Thema, „an ihren Früchten werdet ihr sie erkennen", variierte:

„Sie werden die Anforderungen, die gestellt werden, nicht befriedigen können, und dann werden Sie nach vier Wochen eben auch für das gelten, wofür wir gelten, für Landesverräter. Und das ist mir die Hauptsache, wohin das führt, die Agitation geht bis auf den Punkt, wo sie sich einmal zurückwirft, die rote Republik ist stets die Vorläuferin der roten Monarchie. Ich habe erst heute eine Nachricht bekommen, ich weiß, daß unter den Unterschriften, die für die Aufhebung der Kammer petitioniert haben, viele sich befinden, die weit von uns ab nach rechts zu stehen. Heute schreibt mir ein solcher: Ich habe es getan, ja, weil ich überzeugt bin, daß man eine Opposition nicht schneller ruinieren kann, als wenn man sie eine kurze Zeit an die Regierung kommen läßt, und das ist auch die Gunst der Schwarzen, die Sie jetzt haben. Erinnern Sie sich, meine Herren, wer in Frankfurt den Schoder'schen Antrag hauptsächlich durchgedrückt hat. Der Abg. Buß mit seinen Kollegen war es, der dafür gesprochen hat, weil jene hauptsächlich eine Kammerauflösung verlangen, weil jene mit ihnen zusammentreten, um das jetzige Regiment zu stürzen, und ich glaube, seine Partei, die reaktionäre und ultramontane, ist von jeher die geschicktere gewesen, diejenige, welche zuwartet und welche immer bereit ist, ihr Netz auszubreiten. Jene Leute wissen recht gut, wohin jede Übertreibung der Revolution führt, sie wissen recht gut, daß jedes Übermaß, wenn es bis zur Ungerechtigkeit sich steigert, sogleich einen Rückschlag bewirkt, und daß sie dann nur die Hände ausstrecken dürfen, um zugreifen zu können. Ihre Erben sind die Schwarzen, meine Herren, und für diesen Erfolg, den wir voraussetzen, sollen wir freiwillig unsere Plätze verlassen? Für diese Aussicht, die wir haben, sollen wir

nun zurücktreten in dem gegenwärtigen so bedenklichen Augenblick, wo man gehofft hat, daß endlich eine Ruhe eintreten könnte, wo dem Unglück, das unter dem Volke ist, endlich einmal abgeholfen werden könnte, unter diesen Umständen sollen wir eine neue Wahlagitation hineinwerfen, welche vielleicht ein Vierteljahr lang das Land in die größte Unruhe und dadurch in das größte Unglück stürzen könnte, wir sollen es tun in dem Augenblicke, wo die Organe der äußersten Linken geradezu mit der Sprache herausrücken, daß sie eine neue Schilderhebung beabsichtigen, wo sie offen sagen, wie ich erst gestern in einem Blatte gelesen habe, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, wo sie durch einen neuen Ruck, durch eine neue Erhebung die Sache zur Entscheidung bringen wollen, in einem Augenblicke, wo man uns mit Gewalt droht, in diesem Augenblicke sollen wir unseren Platz verlassen? Meine Herren! Wer es mit seinen Grundsätzen vereinigen kann, wer dazu feige genug ist, der mag es tun, wir werden es nicht tun."

Der Abgeordnete Soiron erinnerte an die ehrenvolle badische Vergangenheit:

„Die badische Verfassung wird einst in der Geschichte Deutschlands hoch dastehen, man wird sagen, von dieser Verfassung ist die deutsche Freiheit ausgegangen, man wird sagen, diese Verfassung, welche einen Rotteck und andere große Männer in den kleinen Saal nach Karlsruhe berufen hat, diese Verfassung und ihre Verwirklichung durch die Vertreter des badischen Volkes, soweit nur irgend die große Gewalt von anderer Seite her zuließ, sie ist der Grundstein der deutschen Freiheit gewesen, und sie war es hauptsächlich, welche den ersten Keim legte zur Freiheit und Einheit Deutschlands. Wir haben schon im Jahre 1843, als das badische Volk auch schon mündig war, mit großem Enthusiasmus das 25jährige Bestehen unserer Verfassung gefeiert, und alle, die sich jetzt so vornehm über sie hinwegsetzen und glauben, es sei nun die Zeit gekommen, in der die Verfassung nicht mehr bestehen könnte, alle haben sie hochgepriesen und nur das noch hinzuverlangt, was noch nicht verwirklicht sei, was aber jetzt alles verwirklicht ist."

Der Abgeordnete Bassermann kehrte noch einmal die nationale Seite der Sache hervor, die Linke an die Tage der Kampfgenossenschaft erinnernd:

„Mich hat heute ein eigenes Gefühl überkommen, als ich nach langer Pause in den Saal trat, in diesen Saal, wo wir für die Freiheit und Einheit kämpften unter ganz anderen Umständen als jetzt, da galt es allerdings, keine Angst zu haben, und wir hatten keine, und darum hatten wir die Freiheit endlich in diesem Saale errungen, und auch die Einheit ist bereits in dem deutschen Parlament verkörpert und wird in den nächsten Wochen trotz aller Hindernisse errungen werden (Bravo). Und damals, als wir wiederholt die Motionen hörten auf Freigebung der Presse, wie hörte ich damals die besten Männer auf der linken Seite sagen, o möchte ich den Tag erleben, dann würden wir alle hinübergehen auf die rechte Seite, und als in diesem Hause auch über das deutsche Parlament beraten wurde, da erinnere ich mich, wie man mir die Hand schüttelte und sagte, dann mag ich ruhig sterben, wenn ich den Tag erlebe, wo das deutsche Parlament zusammenkommt, und nun habe ich ihn erlebt, es ist beisammen, die Freiheiten sind errungen (Gelächter auf der Galerie), und was hören wir nun? Schmähungen hören wir auf das deutsche Parlament, nichts sei errungen, es müsse weiter und weiter gegangen werden . . . . .

Aber, meine Herren, noch aus einem anderen Gesichtspunkte, glaube ich, sollten wir den Antrag der Mehrheit des Ausschusses annehmen. Ich betrachte nämlich die deutsche Bewegung als aus drei Ursachen entstanden. Nicht bloß die Freiheit wollte man erringen, auch nicht bloß die Einheit, man wollte auch noch ein Drittes, man wollte auch Deutschland mächtig haben gegenüber dem Auslande, es sollte eintreten in den Rang der europäischen Völkerfamilien, es sollte geachtet sein wie das englische, wie das französische Volk . . . . .

Meine Herren! Die Macht eines Staates geht in dem Grade zugrunde, als im Innern diese Duodez-Souveränitäten die Regierung hemmen in der Entfaltung der Kraft nach außen, und warum kann Österreich sich nicht annehmen um die Fürstentümer an der Donau? Weil es im Innern zu tun hat mit den Rebellen. Meine Herren! In wenigen Wochen kann Deutschland dastehen als Einheitsstaat, als Staat, der sich Achtung verschaffen soll nach außen, und wenn bis dahin nicht auf gesetzlichem Boden eine feste Ordnung in Deutschland begründet ist, so werden Sie diesem neuen Deutschland dieselben Schwächen anhängen, die das alte hatte, und zwar aus dem entgegengesetzten Grunde. Das alte war schwach, weil es sich von der Freiheit durchaus getrennt hat, und das neue würde schwach, weil es sich aus Parteiphantasieen seine Macht nach außen vergibt. Ich glaube, daß die badische Kammer ihren Ruhm, den sie hat — Sie können es mir glauben, denn ich habe in Frankfurt Gelegenheit, die Stimmen aus Nord und Süd zu hören — ich glaube, daß die badische Kammer diesen Ruhm wieder betätigen wird. Man sagt uns oft, Ihr habt gekämpft, Euch verdanken wir, daß wir hier sind. Bewirken Sie, daß man der badischen Kammer, daß man der Mehrheit dieses Hauses auch sagt: Ihr habt in Zeiten, wo man auf euch eindringen wollte, euch nicht bange machen lassen, sondern habt dafür gesorgt in der bewegten Zeit, daß, da der Bau vollendet war, er auch im Innern feststehe und aufs neue nicht gerüttelt werde."

Lange bewegte sich der Streit in sachlichem Geleise, denn die radikale Linke wollte aus begreiflichen Gründen nicht mit dem Bekenntnis der Republik herausrücken; weitentfernt, den Sturmpetenten nach dem Munde zu reden oder den Fehdehandschuh des Abgeordneten Zittel aufzunehmen, stellte sie alle Putschgelüste in Abrede und zog sich auf den Antrag des Abgeordneten Christ zurück, „Sr. Königl. Hoheit den Großherzog in einer ehrfurchtsvollen Adresse zu bitten, die gegenwärtige Ständeversammlung nach Festsetzung des Verwaltungsgesetzes und Beratung einer vorzulegenden Wahlordnung, nach geschehener Vereinigung über die Geldmittel, die erforderlich sind, die nötigen Staatsausgaben zu bestreiten, und nach Vereinigung derjenigen Mittel, öffentliche Arbeiten anzuordnen, soweit solche durch die Volksnot geboten sind, aufzulösen und eine neue verfassunggebende Versammlung zu berufen".

Schon wollte der Präsident die Diskussion schließen, schon fürchtete die Claque auf der Galerie, um das angekündigte Spektakelstück zu kommen, als der Abgeordnete Brentano, verärgert durch den Gang der Debatte, sich erhob und gegen den Präsident des Ministeriums des Innern alle die niederträchtigen Pfeile schleuderte, welche die Radaupresse seit Jahr und Tag gegen diesen Ehrenmann an der Spitze der Regierung gerichtet hatte. In seiner blinden Wut ging der Abgeordnete soweit, daß er dem Minister den Vorwurf machte, er habe den Septemberaufstand provoziert, um reaktionäre Maßregeln ergreifen zu können. Niemals in seinem langen parlamentarischen Leben plädierte Bekk glücklicher und glänzender als an diesem Tage; er brauchte ja nur die nackten Tatsachen reden zu lassen, um den hohlen, eitlen Demagogen zu vernichten; kaltblütig wies er Zug für Zug diese Angriffe als ebenso viele Lügen und Verdächtigungen nach, mit sittlicher Entrüstung betonend: „Ich

habe auch um die Gunst des Abgeordneten Brentano nie gebuhlt; er wird dies wahrgenommen haben, seit er in diesem Saale ist. Ich rechne es mir zur Ehre an, wenn er und Männer, die ganz seiner Ansicht und Gesinnung sind, mich verfolgen."

Als der Minister seine Rede geschlossen hatte, bestand in der ganzen Kammer kein Zweifel darüber, daß der Angriff auf den Angreifer zurückgefallen sei. Dusch gab sogleich im Namen des Ministerkollegiums eine Erklärung ab, in welcher er die Anwürfe Brentanos als einen „Kranz von Ehren" für Bekk reklamierte und hinzufügte: „Ich bin keineswegs gemeint, ihm das geringste von dieser besonderen Ehre zu rauben, sie gebührt ihm, denn er hat wie kein anderer die Last und Hitze des Tages in diesen zehn Monaten getragen; aber meinen Teil an der Verantwortlichkeit will ich mir darum doch nicht entziehen lassen. Ich erkläre daher, daß ich vollkommen mit allem, was der Herr Präsident des Ministeriums des Innern seither getan hat, einverstanden war, daß ich die Verantwortlichkeit dafür in vollem Maße übernehme. Ich habe zugleich die Ermächtigung im Namen meiner anderen hier anwesenden Kollegen ein gleiches zu versichern und zu erklären, daß wir mit unserem Kollegen, dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern, stehen und fallen wollen."

Das war ein starkes, unerhörtes Bubenstück inmitten einer Versammlung, die seit einem Jahre alle öffentlichen Geschäfte kontrolliert hatte. Die Grundlosigkeit dieser nichtswürdigen Anklage war auch den Abgeordneten auf der äußersten Linken, soweit sie sich überhaupt an den Arbeiten der Kammer beteiligt hatten, nur zu wohl bekannt. Noch war ihre Wahrheitsliebe und ihr Rechtsgefühl nicht soweit abgestumpft, daß sie sich nicht über diese Leistung ihres Führers geschämt hätten. Hatte sich schon während der Rede der Unwille in Miene und Blick gezeigt, so kam er nach derselben in einer fluchtähnlichen Desertion der radikalen Genossenschaft so deutlich zum Ausdrucke, daß Brentano ins eigene Fleisch schneiden mußte mit der Erklärung, daß er nicht im Namen seiner Freunde in der Kammer gesprochen, sondern nur die Ansichten der „Demokraten im Volke" ausgedrückt habe. Nachdem der Berichterstatter Häusser mit schneidender Ironie noch die Bemerkung hinzugefügt hatte, daß er keine Scheu vor neuen Wahlen habe, auch wenn sie nach dem Wunsche der Gegenpartei ausfielen, da jede politische Partei ihre Zeit habe und einmal ans Ruder kommen müsse, um die schwere Probe ihres positiven Vermögens abzulegen, wurde der Kommissionsantrag mit 44 gegen 3 Stimmen angenommen. Sechs linksstehende Abgeordnete, Itzstein an der Spitze, verließen den Saal; die übrigen stimmten, um keinen Zweifel über ihre Beurteilung der Handlungsweise Brentanos aufkommen zu lassen, für den Kommissionsantrag.

Wer aber nichts von dieser Niederlage der radikalen Partei und ihres Führers erfuhr, das waren die „Demokraten im Volke"; denn die Klubregierung der Volksvereine, die sich mittlerweile in Mannheim unter dem Vorsitze Brentanos konstituiert hatte, ließ die Rede ihres Häuptlings in Tausenden von Abdrücken im Lande verbreiten, ohne die Antwort Bekks hinzuzufügen. Auch richtete sie an die Abgeordneten ihrer Partei die Aufforderung, ihr Mandat in die Hände des Volkes niederzulegen; das Volk hinwiederum „befehligte" sie, bis auf weiteres keine neuen Wahlen vorzunehmen. Als der Abgeordnete Itzstein mit drei Parteifreunden sich weigerte, diesem Spruche des souveränen Klubs sich zu fügen, erhielt er, wie früher von der konstitutionellen Rechten, so jetzt von der republikanischen Linken den Abschied, nur mit dem Unterschiede, daß diese, entsprechend ihren Hausknechtsmanieren, glaubte, die Prozedur mit einem Fußtritte begleiten zu müssen:

„Wieviel, schrieb am 1. Mai 1849 der „Volksführer", hat diese faule Linke verschuldet von der Versammlung zu Offenburg an, wo der sogenannte „Vater" Itzstein nicht bloß die Verkündigung der Republik, sondern auch den Sturz des Ministeriums Bekk verhinderte, bis auf diesen Tag!

Wenn jene vier Herren dem Volkswillen zum Trotze noch länger auf ihren Sitzen bleiben, so wird das erwachte Volk, dem mit dem teueren Kammermüßiggang nicht mehr gedient ist, nicht anstehen, ihnen trotz ihrer früheren Verdienste, die aber ihre verfluchte Schuldigkeit waren, einen Namen zuzurufen, der ihnen sonderbar in ihren liberalen Ohren klingen wird, den Namen „Volksverräter". Das Volk treibt keinen Götzendienst mehr mit seinen Kammerschwätzern, es ist ihrer müde; mögen sie es nicht zur Wut bringen, um von der „Karlsruher Zeitung" gelobt zu werden."







Zweiundzwanzigstes Kapitel ❧ Die revolutionäre Propaganda



Mit den oben erwähnten Beschlüssen der Mannheimer Klubregierung hatte sich die demokratische Partei auf die schiefe Ebene begeben. Einig war sie nur darin, daß die Bewegung bezw. Revolution weiter geführt werden sollte. Die einen wollten nur ein klein wenig weiter, die anderen wollten weit darüber hinaus; dazwischen gab es viele, die weiter als die ersten, aber nicht soweit als die letzten wollten. Nur mit innerem Widerstreben leisteten die meisten Abgeordneten der Partei den Klubdemokraten Folge; denn sie gehörten fast alle dem gemäßigteren Flügel an, der die konstitutionelle Monarchie auf der breitesten demokratischen Grundlage oder die Republik „auf gesetzlichem Wege", d. h. nach dem vom Vorparlament aufgestellten und von der Nationalversammlung adoptierten Grundsatze der Volkssouveränität, haben wollte. Auflösung der Kammer, Neuwahlen, ein Parteiministerium Brentano-Peter-Christ — weiter dachten diese guten Leute, aber schlechten politischen Musikanten nicht. Wie wir von einem einwandfreien Zeugen, dem Demokraten H. von Feder, wissen, gehörte die große Mehrheit der Partei dieser Richtung an. Nichts beklagt aber Feder mehr, als daß die Mehrheit sich von der revolutionären Minderheit ins Schlepptau nehmen und auf den illegalen Boden drängen ließ:

„Der erste, nunmehr schwer zu büßende Mißgriff der Partei des gesetzlichen Fortschritts war ihre äußere Verbindung mit den offenen oder versteckten Revolutionärs. Man nahm in die verschiedenen Vereine, zu welchen sich die Fortschrittspartei konstituiert hatte — die Volks-, Bürger-, Deutsche rc. Vereine —, alle der demokratischen Richtung huldigenden Elemente auf, ohne nähere Prüfung, ob sie auch dem Kardinalsatze der Mehrheit, dem Prinzipe einer nur gesetzlichen Entwickelung, zugetan waren oder nicht, man achtete hierauf ebensowenig bei der Wahl der Vorstände, und da die Rührigsten und Tätigsten in der Regel auch die Entschiedensten sind, so konnte es nicht fehlen, daß aus den Reihen der Letzteren die meisten Vorstände hervorgingen."

Seit dem Beginne des neuen Jahres machte auch die sozialistische und kommunistische Richtung, deren äußerste Rechte da anfing, wo die äußerste Linke im Frankfurter Parlamente und badischen Landtage aufhörte, den Bürgern Brentano und Mördes schwere Konkurrenz. Ihr Führer Stay, ein ehemaliger Schullehrer, besaß kaum das ABC des Lehrgebäudes, welches Karl Marx seit 1843 unter dem Einflusse des französischen und englischen Kommunismus

mit unerbittlicher logischer Konsequenz begründet hatte und seit dem 1. Juni 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" in Köln mit allen Waffen des ketzerrichtenden Dogmenfanatismus in die Praxis zu übersetzen suchte. Längst hatten sich zu den edlen Enthusiasten, humanen Schwärmern und naiven Wirtshauskrakehlern auch die Kinder gesellt, die mit solchen Stürmen kommen und gehen: ehrgeizige Rabulisten, moralisch und wirtschaftlich schiffbrüchige Leute, abenteuernde Fanatiker der schreckenden Tat.

Die große Masse kokettierte bereits mit der Revolution. Die männliche Jugend spielte, mit hölzernen Säbeln und Stangen bewaffnet, „Freischärles und Heckerles". Nur in der Residenz bestand eine größere Anhänglichkeit an die Großh. Familie, die aber nicht immer auf mystisch-religiösem Grunde ruhte, sondern oft sehr materielle Voraussetzungen hatte. Noch am Vorabend der Revolution sah man in allen Buchhandlungen das Bild des Großherzogs mit den Versen:

„Zittert ein Tyrann vor Revolutionen,
Du, Leopold, kannst ruhig thronen,
Dein Volk verläßt Dich nicht!"

Im Lande draußen herrschte eine andere Stimmung. Noch war die Tradition von des Großherzogs Ludwig Zeiten im Volke lebendig, und was davon in Vergessenheit geraten, wurde von den Sturmvögeln der Revolution mit neuen Zutaten aufgefrischt. Die Heckerpoesie hatte unter solchen Umständen längst das jungfräuliche Gewand, das sie anfangs getragen, abgestreift:

„Die Welt ist rund, sie hat sich dreht,
's muß besser werden, 's muß besser gehn,
Die Welt ist rund, sie hat sich dreht,
Wenn der Hecker kommt, wird's besser gehn.
Jungfer Lieschen, schwarzbraunes Maidelein!
Ich kann net zu D'r komme, wenn i will.
In meinem Garten, da kannst Du warten,
Aber weiter, aber weiter, aber weiter darfst Du nicht!" [1])

So sehr der revolutionäre Flügel der demokratischen Partei den Heckerkultus pflegte, um das Putschgelüste in der Masse wach und warm zu halten, so abfällig urteilte er über die Persönlichkeit und das Unternehmen des früheren Häuptlings. Hecker hatte in der französischen Revolution den unvorbereiteten extemporierten Schlag einiger weniger Führer gesehen und darnach gehandelt; die jungen führenden Elemente, meist Klubredner oder Literaten vom aller-

---

[1]) Augusta Bender, die uns dieses Heckerlied in ihren „Oberschefflenzer Volksliedern" übermittelt hat, fügt hinzu: „Wie die erste Strophe, geht das ganze Lied, nur statt des Gartens wird immer etwas anderes eingesetzt, Haustür, Stubentür &c., bis die Grenzen des Anständigen weit überschritten sind."

gewöhnlichsten Schlage, waren inzwischen in der Hochschule der Struve-Heinzen'schen Literatur zu der Überzeugung gelangt, daß nur eine systematische Revolutionierung des Volkes zum Ziele führen könne, und leiteten deshalb die drei hauptsächlichsten Machtmittel der Partei, das Vereins-, Versammlungs- und Preßwesen in einem durchaus revolutionären Sinne.

Das nach dem Heckeraufstand erlassene Verbot der demokratischen Vereine war so gut wie illusorisch angesichts der Tatsache, daß nicht einmal die österreichische und preußische Regierung im Sommer und Herbst des Jahres 1848 über diese Bestrebungen Herr im eigenen Hause werden konnten. In Baden wollte jedoch die Vereinsorganisation, welche am Pfingstmontag 1848 in Frankfurt vom Demokratenkongreß ins Leben gerufen worden war, anfangs nicht recht gedeihen; denn weder die „Heckerlinge" noch auch die „Struwler" trauten dem Rechtspraktikanten Florian Mördes, der im Vororte Mannheim das Präsidium des Ausschusses führte. Als nun der § 30 der Grundrechte die Bestimmung brachte: „Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden; dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden", benutzte Amand Goegg, ein höchst mittelmäßiger Finanzpraktikant, naiver Republikaner, unermüdlicher und geschickter Agitator, die Gunst des Augenblicks, um durch eine neue Vereinsorganisation — Volksvereine, Bezirksausschüsse, Kreisausschüsse, Landesausschuß — Florian Mördes durch Lorenz Brentano zu ersetzen und sich selbst zum zweiten Vorsitzenden des Landesausschusses aufzuschwingen. Gleich nach Neujahr 1849 traten die neuen Vereine ins Leben und handelten getreu ihrem schon in der öffentlichen Geburtsurkunde vom 7. Januar ausgesprochenen ominösen Leitsatze: „Ebenso wurde in Frankreich die Februarrevolution durch die im ganzen Lande bestandenen politischen Klubs und durch die große Verbreitung der politischen, die freie Presse im ganzen Umfange benützenden Tagesblätter vorbereitet, und als kaum der Kampf in Paris zu Ende war, standen auch schon allerorts durch ganz Frankreich die im voraus bezeichneten Männer der republikanischen Partei an der Spitze der Bewegung und führten rasch die Beschlüsse der provisorischen Regierung aus."

Die revolutionäre Tätigkeit der Vereine wurde durch die Wühl- und Hetzarbeit der Presse in der wirksamsten Weise unterstützt. Wir müßten ein Lehrbuch der niedrigsten und schmutzigsten Demagogie in zehn dickleibigen Bänden schreiben, wenn wir alles verzeichnen wollten, was die radikale badische Presse im Sommer, Herbst und Winter 1848/49 leistete, in der ausgesprochenen Absicht, die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft zu untergraben. Wenigstens einige charakteristische Proben dürfen auch in diesem Zusammenhange nicht fehlen.

Man hielt die Gemüter in beständiger Spannung. Die vermöglicheren Leute lockte man durch die Vorstellung einer Republik, in welcher sie sich als

die regierenden Herren betrachten mochten. Die ärmeren, besonders die jungen Arbeiter, erfüllte man mit bitterem Hasse gegen die Besitzenden. Damit sie zu jeder Tat bereit seien und sich vor nichts mehr scheuen möchten, suchte man sie zu bereden, daß es nichts sei mit Gott und mit einer Vergeltung.

Keine Autorität im Himmel und auf Erden, die nicht in den Kot gezogen worden wäre! Am 12. August 1848 baten die „Seeblätter" um „gefällige Mitteilungen geschichtlicher Faktas aus dem überreichen Stoff der Chronique scandaleuse der deutschen Fürstenhöfe älterer und neuerer Zeit oder um Benennung dahin einschlagender Quellen". Die Leser suchten und fanden z. B. folgende Schilderung des Hoflebens, die wohl aus dem 15. Jahrhundert stammen dürfte:

„Ein Hof ist in der Tat nichts anderes, als eine Gemeinschaft von Großhansen, d. i. eine Versammlung adeliger und berühmter Tagdiebe, ein Tummelplatz der schlechtesten Leibdirnen, eine Schule der größten Sittenverderbnis, eine Freistätte der verworfensten Laster, wo Hochmut, Übermut, Aufgeblasenheit, Raubgier, Wollust, Üppigkeit, Mißgunst, Zornsucht, Trunksucht, Gewalttätigkeit, Irreligiosität, Bosheit, Treulosigkeit, Betrug, Bösartigkeit, Grausamkeit, kurz, alle möglichen Laster und die größte Sittenverderbnis wohnen, herrschen, regieren, wo die Hurerei, Verführung, Ehebrüche der Fürsten und Vornehmen zu Hause, wo sogar die Mütter der Fürsten und Vornehmen bisweilen die Kupplerinnen ihrer Söhne sind; da sind die Stürme der Laster, der Schiffbruch aller Tugend, da wird der brave Mann stets unterdrückt, der schlechte Kerl protegiert, der Ehrliche verlacht, die Rechtschaffenheit verfolgt, der Wilde und Unverschämte gehoben. Da machen ihr Glück die Schmeichler, die Ohrenbläser, die Verkleiner, die Zuträger, die Verleumder, die heimlichen Angeber, die Lügenmäuler, die Ränkeschmiede, die Erfinder des Bösen und das übrige Volk des Unheils, dessen Handwerk Schandtaten, dessen Lebenslauf schändlich. Alles, was die abscheulichen Bestien Verkehrtes an sich haben, das scheint ganz und gar in diese Hofbande wie in einen Leib zusammengeschnürt zu sein."

Am 11. September 1848 veröffentlichte die Heidelberger „Republik" folgenden „Aufruf an alle Volksschullehrer und Volksfreunde":

„Die wohlbekannte „Süddeutsche Zeitung" hat wieder einmal ihr Gift über den Stand der Volksschullehrer ausgegossen, wie weiland Buß und Konsorten im Jahre 1846 in der badischen Kammer und genanntem christlichen Blatte. Eine Aufforderung, daß der Verfasser sich nennen soll, wird so erfolglos bleiben, wie damals; eine Klage anhängig zu machen, würde ebenfalls zu nichts führen. Wir haben daher den früheren Plan aufgegriffen und werden eine Sammlung von Tatsachen aus früherer und der neuen Zeit herausgeben, wodurch diejenigen Pfaffen — nicht ehrwürdige Geistliche — welche durch ihre Schmähungen und Verleumdungen in ihrer katholischen Zeitung das Wirken des Lehrers untergraben, eines anderen belehrt werden. Diejenigen Volksschullehrer und Volksfreunde, welchen nun solche Pfaffengeschichten bekannt sind: Wucher, Glockenverkauf, Eingriff in die Heiligenkiste, Unsittlichkeit, Kindermord, Falschmünzerei, Schatzgräberei, Sodomiterei u. s. f., wollen dieselben unter Zusicherung, daß ihr Name verschwiegen bleibt, an die Redaktion der „Republik" in Heidelberg einsenden. Wir hoffen, aus Mauer, Neunkirchen, Schriesheim, Rauenberg, Michelfeld, Malsch, Roth, Neudhart, Bruchsal, Helmsheim usw. schöne Beiträge zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit werden wir die Lebensgeschichte des bekannten

„Bruder Michel“ vollenden. Da diese Sache eifrig betrieben werden muß, bitten wir um baldige Zusendungen.“

Ein ständiges Kapitel war dem Frankfurter Reichsministerium und Parlamente, der badischen Regierung und Volksvertretung gewidmet. Auch hier war die Tendenz auf nichts weniger als auf sachliche Kritik und Opposition gerichtet: man suchte überall die Wurzel der Staatsgewalt und des Parlamentarismus zu treffen. Alles schlechte, was nur irgend einer Kammer nachgesagt werden kann, mußte die zweite Kammer über sich ergehen lassen. Man nannte sie volksfeindlich und volksverräterisch, weil sie nicht mit blindem Gehorsam alles tat, was einige hundert Menschen, die sich allein als das Volk betrachteten, haben wollten. Noch mehr als die Institute wurden die Träger der gegnerischen Politik herabgewürdigt. Gegen Männer wie Bekk, Bassermann, Mathy und Welcker schrieb man sich in eine wahre Tollwut hinein. Kein Schimpf- und Spottname, den man ihnen nicht anhängte, keine üble Nachrede, die man nicht über sie aussprengte! Als bezeichnend für den Wandel der Menschen und Dinge seit 1848 sei die Tatsache erwähnt, daß ein Hauptargument der sozialradikalen Presse gegen die früheren liberalen Koryphäen in der Behauptung bestand, sie seien in Frankfurt die Hauptstützen der Freihandelstheorie. Es waren noch verhältnismäßig unschuldige Manöver, wenn man der Regierung den Vorwurf machte, daß sie den Struveputsch provoziert habe und an dem Tode Robert Blums schuld sei, wenn man der Kammer vorwarf, daß sie nur auf neue Steuern und Militärlasten sinne. Geradezu schamlos wurde über das Schicksal der politischen Gefangenen gefabelt. In einer Erzählung, welche Mitte Februar 1849 unter dem Titel „Badische Kerkerszenen“ die Runde machte, hieß es u. a.: Blind befinde sich in einem Kerkerloch, das von ekelhaften Tieren wimmle; auf dem nackten, naßkalten Boden lägen noch die Bausteine umher. Von den Wänden tropfe die Feuchtigkeit herab, durch die engen Ritze der Türe und Wände dringe mit der Zugluft beständig ein sonniger Staub, die Kleider faulten ihm am Leibe, der Gefangene liege, an Händen und Füßen gefesselt, da, einer aufgetriebenen Blase gleich, durch Wassersucht so entstellt, daß Kopf und Brust ein Stück zu sein schienen. Solche Schilderungen pflegten mit allerlei zweckdienlichen Nutzanwendungen begleitet zu werden wie z. B.: „Welche Schmach für dich, du armes, elendes, gedrücktes, ausgesogenes, geschundenes und geplagtes Volk! Was für eine Antwort wirst du dem Großvezier Bekk geben?“ . . . „Er hat bereits im Halse jenes Gefühl, das ein Strick erregt, der darum geschlungen und stark angezogen wird, während die Beine einen Schuh über dem Boden hängen“ . . . „Das Lumpenministerium in Paris tritt so wenig ab, als unser Baptist Bekk abgetreten ist, obgleich ihn das ganze Land angespieen hat. In neuerer Zeit treten Minister und Regenten nicht mehr ab, sie werden bloß noch geköpft.“

Zu dieser Sorte von Federhelden gehörte auch der Flüchtling Abt, der ein Jahr später die „frappante Tatsache“ konstatierte, „daß unter der Regierung Bekk-Dusch die staatsbürgerliche Freiheit in der ganzen Ausdehnung vorhanden gewesen, welche der Staat in den Verhältnissen des Kontinents ertragen kann“. Lassen wir ihn über die Tätigkeit der republikanisch-revolutionären Presse in Baden berichten:

„Eine gottlose Frechheit hat die Presse in Baden nach der Märzbewegung an den Tag gelegt, eine Frechheit, welche auch gar keine Autorität, gar keine Ehrwürdigkeiten der Gegenpartei anerkannte, welche Königtum, Minister, Beamte, kurz, alles Bestehende in den Kot herabzog, mit einer Leichtfertigkeit, Geringschätzung, mit einer souveränen Verachtung behandelte, welche auch die letzte Faser der Anhänglichkeit an das Haus Baden abschneiden mußte. Namentlich war der arme Minister Bekk, der die ganz klägliche Rolle übernommen, durch Polizei und Gendarmen eine Million Menschen wieder zum politischen Glauben und Gehorsam zu bekehren, Gegenstand täglicher Angriffe. Ernsthaft, spaßhaft, pathetisch, humoristisch waren die Invektiven, die man gegen ihn losließ. Man genierte sich nicht z. B. zu sagen, solange solchen Leuten, wie er, der Kopf noch am Halse festgewachsen, sei an Ruhe nicht zu denken; ja, ein gewisses Blatt hatte sogar einst die Frechheit, Se. Exzellenz den Herrn Staatsrat, den höchsten Staatsbeamten, steckbrieflich mit Anführung des Signalements zu verfolgen.

Dieselben Angriffe auf die Lokalautoritäten, auf Bezirksbeamte, Polizei ꝛc., es war mit einem Wort eine revolutionäre Opposition gegen die herrschende Gewalt. „Wir wollen Revolution machen und werden sie machen,“ sagte einst die „Republik“, „aber nicht mehr blindlings, wir warten den rechten Zeitpunkt ab, einstweilen aber wird gewühlt.“ Erkühnte sich irgend einmal die Karlsruher Zeitung, gegen diese Wühlereien aufzutreten, natürlich da die herrschende Gewalt kein Prinzip ist, sondern nur eine Tatsache, nicht prinzipiell, sondern mit Verdächtigungen, so rief man ihr zu: „Ruhig, oder Kaspar Hauser und Haber — bekanntlich die parties honteuses in der Familiengeschichte des regierenden Hauses — werden erörtert“ [1]).

In diese Ära der revolutionären Propaganda fiel die erste Schwurgerichtssitzung in Baden: der Hochverratsprozeß gegen Struve und Blind. Wenn eine der vielen Klagen gegen die Regierung begründet war, so war es die, daß die politischen Gefangenen allzulange in Untersuchungshaft gehalten würden. Wenn jemals, so hätte in dieser außerordentlichen Zeit die Justiz keinen Schneckengang gehen dürfen. Da es bei dem vorhandenen Beamtenapparat eine physische Unmöglichkeit war, die Tausende — rund etwa 5000 — durch ein ordentliches Gerichtsverfahren zu schleppen, hätte an den schuldigen Rädelsführern ein ebenso gründliches als gerechtes Exempel statuiert werden

[1]) „Durch diese höchst zweckmäßige Frechheit“ — fügt derselbe Autor in einer Anmerkung hinzu — „unterschied sich die badische Presse sehr zu ihrem Vorteil von der lokalen, anständigen, honetten Haltung der württembergischen Journalistik, welche zwar das Prinzip ihrer Gegner bekämpfte, aber die Persönlichkeit derselben stets mit Achtung behandelte, anstatt sie, namentlich durch schonungslose, malitiöse, boshafte Berührung ihrer Blößen und Schwächen, in den Kot herabzuziehen.“

müssen, während man die große Zahl der Verführten ohne besondere Gefahr zu ihren Familien und Geschäften hätte zurückkehren lassen können. Unter dem frischen Eindrucke der Ereignisse wäre auch, wie namentlich unmittelbar nach dem Septemberputsch, das Urteil ganz anders ausgefallen als später, wo das Barometer bereits wieder auf Sturm stand. Durch ein solches Gerichtsverfahren hätte man auch der Preß- und Klubdemagogie, die jetzt den Ton angab, den Teil ihres Handwerks, mit welchem sie ein Jahr lang weitaus die besten Geschäfte machte, legen können. Wie lagen aber damals in Wirklichkeit die Dinge?

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Bekk, der bedeutendste Richter im vormärzlichen Baden, hütete sich fast peinlich, in den Gang der Justiz einzugreifen. Für das verwaiste Präsidium des Justizministeriums fand sich erst im Herbste des Jahres 1848 ein Kandidat, der mit der Würde auch die verantwortungsvolle Bürde übernehmen wollte. Da nach dem Aprilaufstande die Bezirksämter, Hofgerichte und das Oberhofgericht verschiedener Ansicht waren, welche Gerichte zuständig seien, blieb nichts übrig, als eine neue Ordnung auf dem Wege der Gesetzgebung zu treffen. So kam das Gesetz vom 16. Mai 1848 zustande, welches bestimmte, daß das Hofgericht des Oberrheinkreises in Freiburg alle seit dem März begangenen politischen Verbrechen untersuchen und unter Zuziehung von Geschworenen aburteilen solle. Diese Untersuchungsbehörde arbeitete ganz im Stile der früheren, geheimen und schriftlichen Rechtspflege und konnte sich nur mit großer Mühe in die neuen Rechtsformen hineinfinden. Mit Recht schrieb auch Bekk am 5. Juli 1848 an Mathy, der von Frankfurt aus wiederholt auf ein schleunigeres Tempo hinwirkte: „Die Richter, über die wir keine freie Disposition haben, sind zu pedantisch und popularitätssüchtig." Alles, was die Regierung tun konnte, bestand darin, daß sie die Beamten des Untersuchungsgerichtes vermehrte und auf die Fürsprache der Kammer hin die Verführten, wenn sie ein gesetzliches Verhalten versprachen und um Begnadigung baten, amnestierte.

Als im Winter 1848/49 endlich die Untersuchungen geschlossen worden waren, versuchte die radikale Presse sogleich, die Richter und Geschworenen durch Schmeicheleien und Drohungen zugunsten der Angeklagten Struve und Blind, die zuerst abgeurteilt werden sollten, zu beeinflussen. Während jenen zugerufen wurde: „Wir wollen auch den Bibelspruch in eure harten Schädel und harten Herzen eintrichtern: richtet nicht, damit ihr selbst nicht gerichtet werdet", wurden diese belehrt: „ein Geschworener habe nichts darnach zu fragen, ob die Angeklagten gegen das Gesetz gefehlt haben, sondern nur darnach, ob er in seinem Gewissen wünsche, daß die Angeklagten bestraft werden sollen". Am 20. März 1849 begannen die Verhandlungen. Sie glichen in allen ihren Stadien mehr einer öffentlichen Volksversammlung als einer ordent-

lichen Gerichtssitzung. Jeden Augenblick wurde der Prozeß auf das politische Gebiet hinübergespielt und als „Streitfrage zwischen Republik und Monarchie" behandelt. Die Angeklagten wollten von dem „Rechte der abgestorbenen Fürstenpartei" nichts wissen und nach dem „ewigen Volksrecht" gerichtet werden; sie dehnten den Grundsatz der Volkssouveränität soweit aus, daß sie schon auf den Ruf verschiedener Volksversammlungen, die eine Republik haben wollten, zu ihrer Tat berechtigt gewesen seien. Während Struve wenigstens den Ernst des Fanatikers mit äußerem Anstand verband, legte der junge Literat Blind eine cynische Frechheit an den Tag; ganz im Stile der Radau- und Revolverpresse erging er sich in den unflätigsten Beschimpfungen wie z. B.: „In ihrem innersten Kerne — wir wollen das öffentliche Geheimnis aussprechen — ist die Großh. badische Regierung nichts als der zufällige Nachkomme eines alten fabelhaften Raubritters, dessen Sprößlinge da und dort mit dem Schwerte, bald durch Schlauheit, bald durch Heirat Land und Leute erwerben, die sie sich zu eigen machten und aufeinander vererbten, wie man etwa ein Joch Ochsen vergibt. Es waren große Verbrecher, aber sie hatten Glück." An der Spitze der Verteidigung stand Brentano, der gleich beim Beginne des Prozesses eine Probe seiner Kunst ablegte, indem er 19 Erwägungsgründe geltend machte, um die Zuständigkeit des Gerichtshofes zu bestreiten. Diesem dreisten Maulhelden gegenüber zeigten sich der Präsident und die Staatsanwälte linkisch und schwächlich, ließen sich nicht nur die pöbelhafte Beteiligung einer Claque gefallen, sondern auch über ihr politisches Glaubensbekenntnis aushorchen und höhnen: ein jeder von ihnen habe ein verschiedenes politisches System! Wie hätte man angesichts dieser Sachlage einen „Wahrspruch" aus dem Munde der Geschworenen erwarten sollen? Es waren biedere Landleute aus dem Breisgau, die zwar in ihrer Mehrheit nicht zur demokratischen Partei gehörten, die aber zwischen der Stimme ihres Gewissens und dem Hochdrucke des revolutionären Terrorismus einen Ausweg suchten. So kam jener monströse Spruch zustande, der Struves Beteiligung am Aprilaufstande verneinte, — „weil es im Laufe der Revolution geschehen sei" — die Existenz eines Treffens von Staufen leugnete und nur bezüglich des Septemberputsches einige Fragen bejahte, jedoch mit dem Zusatze „ohne Vorbedacht und mit mildernden Umständen". Mit der Verurteilung der Angeklagten zu 8 Jahren Zuchthaus bezw. 5 Jahren 4 Monaten Einzelhaft endete am 30. März der Prozeß.

Durch diese erste Schwurgerichtsverhandlung war das neue Institut bedenklicher als durch alle früheren Angriffe wissenschaftlicher Doktrin und parlamentarischer Gegnerschaft in Frage gestellt worden. Nur wenige dachten in diesem Augenblicke an die tiefe Wunde, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes geschlagen worden, und sahen ahnungsvoll voraus, daß auf solche Schwurgerichte militärische Standgerichte folgen würden. Die meisten glaubten, daß

die Geschworenen angesichts der Neuheit des Verfahrens, der Ungewöhnlichkeit des Falles, der babylonischen Begriffsverwirrung und des revolutionären Terrorismus noch eine Art von Mut bewiesen hätten. Die radikale Presse war natürlich mit dem Urteilsspruche nichts weniger als zufrieden; sie veröffentlichte die Namen der Geschworenen, die für völlige Freisprechung der Angeklagten gestimmt hatten, und nahm unter die Volksversammlungsbeschlüsse der nächsten Zeit den stehenden Artikel auf: die badischen Volksvereine erklären, Struve und Blind sind nicht schuldig. „Die Geschworenen," lautete der wohl beglaubigte Ausspruch eines dieser Parteigänger, „haben aus höherem Rechtsgefühl die Unwahrheit gesagt."

Mit banger Erwartung schauten um dieselbe Zeit, als diese Verwandlung der Justiz in eine Parteiwaffe vor sich ging, die badische Regierung und Volksvertretung nach Frankfurt und Berlin. In loyaler Weise hatten sie sich auf den Boden der Märzbewegung von 1848 gestellt und in freisinnigem Geiste die Verfassung, Verwaltung, Rechtspflege und das Steuersystem ausgebaut. Der Landtagsschluß stand vor der Türe. War nicht alles in Frage gestellt, wenn das deutsche Reformwerk in letzter Stunde kurz vor dem Hafen scheiterte?

Als im Winter 1848/49 die Nationalversammlung endlich an die Lösung der großen Streitpunkte und an die alles beherrschende Oberhauptsfrage herantrat, gab es kaum eine Regierung, die aufrichtiger und treuer mit der Nationalversammlung gegangen wäre, als die badische. Sie tat dies nicht nur von ihrem eigenen Interessenstandpunkte aus, welcher die Herstellung eines freieren Rechtszustandes und einer kraftvolleren Staatsordnung dringend gebot, sondern auch von der tiefen Einsicht geleitet, daß es untunlich sei, den Großstaat Preußen unter eine Zentralgewalt zu bringen, die nicht in ihm selbst ihren Schwerpunkt habe. Zu Anfang des neuen Jahres übergab der badische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt folgende Note vom 8. Januar 1849:

„Se. Königl. Hoheit der Großherzog hat vom ersten Augenblick an, wo die politische Umgestaltung Deutschlands zu einem Bundesstaat sich unaufhaltsam zu entwickeln begann, die Überzeugung in sich getragen, daß nur ein einiges, mächtig geführtes und zusammengehaltenes Deutschland den Bedürfnissen der Nation und den Forderungen der Zeit genügen könne. Er hat im Einklang mit seinen Ständen erklärt, wie es hier wiederholt erklärt wird, daß er bereit sei, jedes gleichmäßig von ihm wie von allen anderen Bundesgenossen zu verlangende Opfer zu bringen, das zur Erreichung des großen Zieles notwendig wäre. In getreuer Festhaltung an dieser Gesinnung wollen Se. Königl. Hoheit der Großherzog auch in dem jetzigen, für die Entscheidung so bedeutenden Zeitpunkte die offene und ausdrückliche Erklärung nicht zurückhalten, daß er keinen Anstand nehmen werde, wenn ein einziges, und selbst ein erbliches Oberhaupt an die Spitze des deutschen Bundesstaates gestellt werden sollte, sich demselben in allen großen, gemeinsam deutschen Angelegenheiten nach den Verfassungsbestimmungen, wie sie endgültig zustande kommen werden, unterzuordnen.

Se. Königl. Hoheit der Großherzog glaubt, mit dieser entgegenkommenden Erklärung nicht bloß als deutscher Fürst im Sinne der Zeit zu handeln, sondern auch gegen sein

eigenes Volk eine der schönsten Pflichten zu erfüllen, indem er sich bemüht, seinerseits darauf mitzuwirken, daß das große Einigungswerk nicht scheitere, und dazu beizutragen, daß sein Volk der Wohltaten eines großen, mächtigen Vaterlandes in vollem Maße teilhaftig werde. Der innern eigentümlichen Entwicklung seiner nächsten geistigen und materiellen Wohlfahrt vorzustehen, wird fortwährend die treue Sorge Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs bleiben, damit das badische Volk stets als ein würdiges Glied im Zusammenhange des großen Ganzen erscheine."

Anfangs Februar 1849 erschien eine halboffiziöse Broschüre, betitelt „Baden und seine Beziehung zur nationalen Erhebung Deutschlands". Zwei Äußerungen aus Württemberg, von denen die eine den badischen Staat einen „hektischen Jüngling" nannte, die andere sich über die hohen Kosten, Baden zu hüten, beschwerte, hatten den Anlaß zu dem Schriftchen gegeben. Der wohlunterrichtete und hochstehende Verfasser suchte diese und andere ähnliche Angriffe durch den Hinweis auf all' das zu parieren, was Baden als Bannerträger der deutschen Freiheits- und Einheitsbestrebungen geleistet und gelitten hatte. Über das „einzige, erbliche Oberhaupt" ließ er sich wie folgt näher aus:

„Baden hat den Beruf, der ihm vom Genius des Vaterlandes zugeteilt war, soweit dies seine bescheidenen Mittel bedingen, redlich und männlich erfüllt. Die moralische Stellung zu Deutschland, die es lange Zeit einnahm, ist an Preußens Volk und Staat übergegangen, seitdem diese faktisch in die Bahn der Neuzeit eingetreten und der großen deutschen Bewegung sich angeschlossen haben. Dort hat sie die entsprechende materielle Unterlage erhalten, sodaß Preußen die bewegende Seele des zu bauenden deutschen Gesamtstaates naturgemäß sein wird und sein muß, welches auch die Form sei, in der dies geschieht. Beide, Preußens Volk und Staat, werden dem schönen Berufe und der hohen Verantwortlichkeit, die darauf ruht, entsprechen, indem sie vor allem deutsch sein, echt deutsch denken und handeln wollen.

Noch gleicht aber unsere Lage der ungetümen Sphinx, die im Vorhof eines Tempels auf hohem Fels Wache hält. Wer ihre Aufgabe nicht löst, den wird sie zerreißen. Wer aber das rechte Wort ausspricht, vor dem wird sie sich in den Abgrund stürzen, und die Pforten des Tempels werden sich öffnen und die Genien des Vaterlandes, Friede und Freiheit, Ordnung und Wohlstand, werden ihm einen immergrünen Eichenkranz reichen. Wer wird die Aufgabe lösen? Wer dem deutschen Lande dieser befreiende Ödipus sein? Ob Fürst? Ob Volk? Gott schütze Deutschland!"

Wie ganz anders war die Haltung der bayerischen und württembergischen Regierung! Um dieselbe Zeit wandten sie sich an Österreich mit der dringenden Bitte, zum Schutze der Mittelstaaten gegen die preußische Hegemonie im Bunde zu bleiben und der Nationalversammlung die Zähne zu zeigen. Zu Anfang März 1849 fiel endlich die reife Frucht vom Baume des deutschen Dualismus und Partikularismus. Österreich gab der Nationalversammlung zu verstehen, daß es nicht daran denke, mit seinen deutschen und nicht-deutschen Staaten aus dem Bunde auszuscheiden. Es wünschte eine Änderung der Reichsverfassung in dem Sinne, daß an die Stelle des Reichstages ein Staatenhaus trete, das, durch kein Volkshaus gelähmt, aus 70 von den Regierungen und

Kammern der Einzelstaaten gewählten Mitgliedern bestehen sollte. Auf je eine Million Einwohner wäre ein Abgeordneter gekommen, also auf Österreich 38, auf das übrige Deutschland 32.

Das war denn doch zu starker Tabak selbst für diejenigen Abgeordneten, die schwärmerische Gefühlspolitiker waren und es bisher fast als Verrat an der deutschen Sache angesehen hatten, daß irgend ein deutsches Land von dem Reiche getrennt werden, daß für Österreich keine Stelle im wahrhaft geeinten deutschen Bundesstaate sein solle. Karl Welcker, der bis jetzt der feurigste Kämpe der Großdeutschen gewesen, stellte am 12. März 1849 den Antrag, die Reichsverfassung, wie sie der Ausschuß zur zweiten Lesung vorbereitet habe, in einer Abstimmung anzunehmen; denn jetzt gelte es, das Vaterland aus der schwersten Gefahr schleunigst zu erretten. Nach heftigen Debatten und opfermütigen Kompromissen folgte Ende März die entscheidende Abstimmung (267 gegen 263) zu Gunsten der erblichen Kaiserwürde und die Wahl des preußischen Königs zum deutschen Kaiser. Dann kam aber der wetterwendische April und brachte Schlag auf Schlag die ablehnende Antwort Friedrich Wilhelms IV., die brüsken Erklärungen der Königshöfe, den definitiven Bruch mit dem deutschen Parlamente.

Angesichts dieses furchtbaren Zusammenbruches aller deutschen Hoffnungen verzweifelten auch die besten Patrioten Süddeutschlands am Vaterlande. Selbst der größte Publizist, den die liberale Partei in dieser Zeit besaß, gab den großen Reformgedanken, dem er die Treue eines ganzen Menschenalters gewidmet hatte, auf und rang sich zu dem Glauben durch, daß Deutschland nur durch eine Revolution zu gesunderen staatlichen Verhältnissen gelangen könne. Anfangs November 1848 war Gervinus aus Italien zurückgekehrt, wo er drei Monate in völliger Unbefangenheit den Gang der Dinge verfolgt hatte. Da die Ereignisse in der Zwischenzeit seinen Befürchtungen Recht gegeben hatten, schien es eine Zeit lang, als ob die konstitutionelle Partei jetzt den wohlgemeinten Rat ihres besten theoretischen Kopfes mit größerer Aufmerksamkeit hören und beherzigen werde. Von dieser Hoffnung getragen, stellte er am 21. November 1848 wieder seine Schaffensfreude und Arbeitskraft in den Dienst der „Deutschen Zeitung". Die Ereignisse in Wien gaben ihm Gelegenheit, einen Kreuzzug gegen das reaktionäre Österreich zu predigen, der wohl den glänzendsten Abschnitt seiner publizistischen Tätigkeit bildet. Da er in einem Kriege mit Österreich die letzte Möglichkeit sah, die teure Sache des Vaterlandes zu einem guten Ende zu führen, drang er mit der letzten ihm innewohnenden Federkraft auf — „eine weihende Feuertaufe", „einen blutigen Würfelwurf". Als aber Preußen und die Mehrheit der Nationalversammlung wiederum den Mut des Handelns nicht fanden und einige führende Parteifreunde in solchen Ratschlägen „Leichtsinn" und „brennende Phantasie" er-

blickten, verzweifelte der große Patriot an der Wiedergeburt des Vaterlandes auf dem Wege der Reform und legte am 22. Dezember 1848 ein inhaltsschweres neues Glaubensbekenntnis in den Spalten der „Deutschen Zeitung" nieder:

„Es ist aus dem neunmonatlichen Verlaufe des embryonischen neuen Staatslebens in Deutschland klar: 1. Wir sind der Selbstregierung, obgleich wir so vollmäulig die Volkssouveränität in Anspruch genommen haben, noch nicht fähig. Die Reichstage in Berlin und Wien haben das unwidersprechlich bewiesen. Man hat den Berliner Landtag, dem heute das Volk zu Füßen lag, morgen mit einem törichten Streiche alle seine Gunst verscherzen sehen, eine gehaßte Regierung konnte mit einer fertigen Verfassung ihn und alle seine Popularität umwerfen in einem Nu; und diese schnell schon müde gewordene Nation ist froh, zum inneren Frieden zu kommen, wenn auch unter dem Spotte der Welt. 2. Wir sind zur Einheit in Deutschland nicht reif. Der Reichstag in Frankfurt hat das unwidersprechlich bewiesen. Man weise nicht die Symptome in Frankfurt zurück als die bloß zufälligen Äußerungen zufälliger Parteien. Diese Parteien. die der Einheit aus politischen, sozialen, konfessionellen Gründen entgegenwirken, sind in der Nation, und jede neue Zusammensetzung des Reichstags würde sie wieder bringen. 3. Wir verstehen von äußerer Politik und ihren ersten Erfordernissen, ohne die eine Nation nie etwas sein wird, nichts. Wir sind daher auch zur Nationalität im politischen Sinne noch nicht reif. Die kosmopolitischen Träumereien, die sich bei uns so breit machten, und das Auseinandergehen der Ansichten in Bezug auf den Schlußstein der Verfassung beweist das unwidersprechlich. Wohin man sieht, nichts als geteilte Ansichten, statt gemeinsame Bedürfnisse und Interessen, auf denen allein eine Nationalität und eine Politik wurzeln kann. 4. Wenn es so mit den Fähigkeiten des Volkes steht, so steht es mit den Fähigkeiten der Regierungen nicht besser. Man wird willig sein, Gesetze und Freiheiten zu geben, man wird vielleicht selbst die Fürstenkongresse nicht mißbrauchen, was die innere Freiheit angeht; aber dem Körper der Nation eine großartige Bewegung zu erhalten, hat man nicht den Mut, noch Kraft, noch Einsicht. Man wird den großen, festen Kern und den tiefen Sinn der gewaltigen Erschütterung dieses Jahres verkennen, der darin liegt, daß dieser einmal in Bewegung gekommene Körper eines großen Volkes der Tätigkeit unter aller Bedingung bedarf, und daß der politische Geist dieses Volkes gelernt hat, Ansprüche zu machen, die geleitet, geläutert und befriedigt sein wollen. 5. Entbehren sie der billigen Befriedigung, so werden sie sich ins Unsinnige steigern; der gesunden Läuterung, so werden sie ins Ungeheuere verwildern; der kräftigen Leitung, so werden sie, sich selbst überlassen, in die Irre gehen. Die Revolution wird ihre furchtbare Fortsetzung finden. Und wer sich in die ganze Natur unserer Lage und inneren Zustände versetzt, wer will doch auch glauben, daß diese Schwäche der politischen Einsicht und Tatkraft, diese Ungewöhnung des Handelns, diese Macht des Individualismus und Partikularismus, dieser Neid und diese Stammeseifersucht, dieses wunderbare Amalgam großer und kleiner Staaten, diese Kleinstaaterei in der Politik und diese Kleingeisterei in den Menschen, die ihre Frucht ist — daß alle diese Dinge und die unendlichen Hemmungen eines politischen Lebens, die darin gelegt sind, überwunden werden könnten ohne eine Aufrüttelung und Durchschütterung der Nation bis in ihre letzten Tiefen, damit ein neues Geschlecht herauskomme, das mit den eisernen Nerven geboren ist, die zu den Werken eines neuen Staates gehören? Ich selber habe das früher geglaubt. Ich hatte geglaubt, es sei möglich, daß die Kraft der geistigen Bildung den Mangel dieser physischen Erziehung zur Politik für den ersten Anlauf ersetzen werde. Ich habe mich darin vollständig geirrt. Ich habe mich wider Willen und mit dem innerlichsten Widerstreben überzeugen müssen, daß uns diese geistige Schule der Kunst und Wissenschaft wenig politische Einsicht gebracht, den

Instinkt des Willens gelähmt und die Kraft des Handelns gebrochen hat. Die altgewordenen Glieder werden dem Medeenkessel der Revolution nicht entgehen können und, wenn sie wirklich verjüngt werden sollen, nicht dürfen."

Die Wirkung der oben genannten Aprilbotschaften war in ganz Süddeutschland niederschmetternd und aufregend. Während in Württemberg der König, der eben noch erklärt hatte: „Einem Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht; ich bin dies meinem Lande, meiner Familie und mir selbst schuldig", zur Annahme der Reichsverfassung und des Reichsoberhauptes gezwungen wurde, bildete man in der Rheinpfalz bereits anfangs Mai eine provisorische Regierung. Auch in Baden setzte auf der Stelle eine bis an die äußersten Grenzen gehende Agitation für die Reichsverfassung ein. Die liberale Partei, die eben noch einen erbitterten Federkrieg gegen die Volksvereine geführt hatte, wandte jetzt ihre ganze Stoßkraft gegen den gemeinsamen Feind. Diejenigen, die im vorigen Frühjahr die ersten schützenden Dämme gegen das hereinbrechende Unwetter errichtet hatten, rührten jetzt keinen Finger, um der Bewegung, die jeden Augenblick über die Ufer treten konnte, entgegenzuarbeiten. Sie begegneten den besseren Elementen der Demokratie in dem Entschlusse, den notwendigen operativen Eingriff in der Form des Bürgerkrieges gegen die verfassungsfeindlichen Fürsten und Stämme vorzunehmen, dagegen keinerlei Ausbrüche des rohen politischen Fanatismus, wie Straßenmetzeleien und Schafottschlächtereien, aufkommen zu lassen. Mathy gab in einem „Entweder die Verfassung oder die Revolution" überschriebenen Artikel der Frankfurter Oberpostamtszeitung den Ton an. Hatten die „Vaterländischen Blätter" früher nur den Fürsten zu bedenken gegeben, „daß, wenn die deutsche Einheit mit ihnen nicht zustande komme, der Versuch nicht ausbleiben werde, sie ohne die Fürsten zustande zu bringen", so schrieben sie jetzt:

„Die niederrheinischen Bauern singen gegenwärtig:

Wi willt'n deutsches Ryk,
Wenn ooch mit Republik,
Dat ist uns Allens, Allens glik.

Und das ist die allgemeine Stimmung in Deutschland."

Die Vaterländischen Vereine, deren Zahl von 5 im Oktober 1848 auf 30 im April 1849 gewachsen war, traten am Ostermontag in Karlsruhe zusammen und richteten drei energische Adressen an den Großherzog, die „hohe deutsche Nationalversammlung" und die „deutschen Bruderstämme". Ein anwesender Gast aus Mainz, Dr. Bernays, wollte den ohnehin schon starken Ausdruck der Adresse an die Nationalversammlung noch durch den Tusch ergänzt wissen, „daß der Fürst, der die von ihr festgesetzte Verfassung nicht anerkenne, aufgehört habe, zu regieren". Eine patriotische Rede Häussers bildete den Glanzpunkt der Versammlung; über deren Wirkung berichtete ein Zuhörer zu Hause: „Wenn jetzt nach vollendeter Rede Häusser zum Fenster hinausgesprungen wäre

mit dem Rufe: „Mir nach!“, keiner wäre zurückgeblieben.“ In dieser Stimmung handelte auch die Karlsruher Bürgerwehr, indem sie am 7. Mai ihre Kameraden in Baden, Württemberg und Hessen aufrief, „die Reichsverfassung gegen jeden verfassungsverletzenden Angriff zu verteidigen“, und die Regierung aufforderte, „bei der Zentralgewalt die nötigen Schritte zum Schutze des Nachbarlandes Rheinbayern, welches sich für die Reichsverfassung ausgesprochen, zu tun“. Die liberale Kammermajorität blieb nicht zurück. Schon am 27. April hatte eine Interpellation des Abg. Lamey dafür Sorge getragen, daß die Regierung, die nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Preußen die Annahme der Reichsverfassung mit einem Vorbehalt begleitet hatte, bei der Stange blieb und das Wort „unbedingt“ nachholte. Noch weiter gehend verlangte am 10. Mai eine Interpellation des Abg. Häusser die Vereidigung der Bürger und des Heeres auf die Reichsverfassung, die Einleitung zu der Vornahme der Wahlen zum künftigen Reichstage und die energische Zurückweisung der neueren Oktroyierungsversuche Preußens. „Meine Herren,“ so schloß in banger Ahnung der Antragsteller, der seine Pappenheimer vom badischen Radikalismus nur zu gut kannte, „wir haben, was an uns ist, redlich gearbeitet, das Werk der Reform friedlich durchzuführen und den Sturm der Revolution zu beschwören. Ich kann aber die Besorgnis nicht unterdrücken, daß wir das Werk der Penelope schaffen; was wir am Tage mühsam weben, zerschneidet eine unerbittliche nächtliche Politik und vereitelt unser Werk. Tun wir auch fernerhin unsere Pflicht, das Vaterland vor den Gefahren zu retten, die seine Existenz kosten können, tun wir, was in unseren bescheidenen Kräften steht.“

Schon trug sich die liberale Kammermajorität mit dem Gedanken, zur Durchführung der Reichsverfassung die bewaffnete Macht des Landes zur Verfügung zu stellen, schon waren die Vaterlandsvereine entschlossen, sich den Volksvereinen zu diesem Zwecke zu nähern, als Ereignisse eintraten, die es der Partei, deren Werk die Reichsverfassung war, unmöglich machten, mit Männern zusammenzugehen, welche durch einen abermaligen Putsch unter höchst bedenklichen Begleiterscheinungen das deutsche Reformwerk so diskreditierten, daß die in Szene gesetzte Agitation, der sich bereits 29 kleinere Regierungen angeschlossen hatten, wie auf ein Kommando verstummen mußte.

Als Ende März das große Werk der Nationalversammlung dem Abschlusse nahe war, hatten auch die badischen Radikalen noch einmal die ganze Schale ihres Hohnes und Spottes namentlich über die Lösung der Oberhauptsfrage ausgegossen. Wie aber der König von Preußen selbst die Kaiserkrone ablehnte, spielten sich die Volksvereine auf einmal als die besten Hüter und Wächter der Verfassung vom 28. März 1849 auf, und ihr Häuptling Brentano gab in Frankfurt die Erklärung ab, das ganze badische Land sei für die Reichsverfassung, wie sie beschlossen worden sei. Woher plötzlich diese Erleuchtung?

Ende April und Anfang Mai 1849 herrschte im demokratischen Hauptquartier in Mannheim dieselbe Stimmung, wie sie Bamberger am 5. Mai in einem Leitartikel „Die demokratischen Prinzipreiter“ mit Bezug auf die Mainzer Verhältnisse zeichnete:

„Es ist ein Jammer, daß wirklich in Deutschland nicht drei Menschen zusammenstehen können. In unserer Politik gibt es Streitigkeiten, von welchen praktische Völker wohl keine Idee haben. Läßt sich was Lächerlicheres denken, als wenn zwei Menschen, die ausgehen, um einen Hasen zu schießen, sich, noch ehe sie das Wild erlegt haben, darüber prügeln, ob es gesotten oder gebraten werden soll? Gleichwohl ist eine solche Prügelei die Hauptbeschäftigung unserer deutschen Demokratie. Während alle Schattierungen der Partei noch unter einer gemeinsamen Knute stehen, während sie insgesamt noch bettelarm sind, haben sie nichts Eifrigeres zu tun, als sich um die Verwendung der Schätze herumzuzanken, welche sie einst als Sieger besitzen werden. Auf allen demokratischen Kongressen, in allen Blättern und Versammlungen spielen diese Zänkereien die erste Rolle, und es ist gewiß schon erlebt worden, daß zwei Demokraten, welche im selben Zuchthause saßen, sich nicht vertragen konnten, weil der eine blutrot, der andere karminrot war. Bei uns will keiner siegen helfen, ehe er weiß, daß genau seine Partei herauskommt. Das nennt sich dann Charakterfestigkeit und hält sich in seiner eisernen Unbeugsamkeit für was sehr Großes . . Ich habe noch selten Menschen mit „eiserner Konsequenz“ gesehen, welche mit scharfem Verstande begabt gewesen wären.“

Die großen Volksbewegungen in Württemberg und im Frankenlande, die Aufstände in Sachsen, den rheinischen Städten und der Rheinpfalz ließen die badischen Radikalen auf ihren Lorbeeren nicht ausruhen, und die extremsten Elemente drängten auf den Kreiskongressen und Volksversammlungen zu einer neuen Schilderhebung. Was aber den Führern, welche das Volk bis zu dieser Stunde unabläßig gehetzt hatten, jetzt schwere Sorge bereitete, war die Wahl des Paniers, unter dem man zum Aufstand schreiten sollte. Während Brentano auf einmal vor den Früchten seiner eigenen Aussaat zurückschauerte und sich an den Strohhalm der Reichsverfassung anklammerte, wollte Stay sogleich das Zeichen der roten Republik aufgepflanzt wissen. Zwischen beiden pendelte der stellvertretende Vorstand der Volksvereine, Goegg, hin und her, der während der Abwesenheit des ersten Vorstandes die Parole ausgegeben hatte, das Volk habe nichts mit der Nationalversammlung und Reichsverfassung zu tun, nach der Rückkehr Brentanos aber wieder Kontredampf geben mußte. Der schlaueste Revolutionsfuchs von allen war aber Mördes, der sowohl den vorsichtig sich zurückhaltenden Ministerkandidaten Brentano als auch den unselbständigen Goegg in der Tasche zu haben glaubte. Selbst an die liberalen Vaterlandsvereine hatte er sich in der letzten Zeit herangemacht und einen Aufsehen erregenden Vortrag über Sozialismus und Kommunismus gehalten, in welchem er zur Abwechslung einmal „die durch und durch unbedeutenden“ Anhänger der „jämmerlichen L. Blanc'schen Nationalwerkstattstheorieen“ vor das Forum seines Größenwahnes lud. Er hielt, wie er in seiner Schrift „Die

deutsche Revolution mit besonderer Rücksicht auf die badische Revolutionsepisode" schreibt, folgende Taktik für die einzig richtige:

„Die Lage der Dinge ließ die nötige Kraft nur unter dem Paniere der Reichsverfassung sammeln, diese repräsentierte das dunkle Gefühl der letzten Begeisterung, der Schmach der Nation; das Banner der Republik versammelte nur wenige Kämpfer und stieß alle übrigen ab, trieb sie in das Lager der Feinde. Jenes war also das einzig mögliche, wie es auch dahin führen konnte, der Unklarheit ein Ende zu machen. Der Kampf gegen die fürstlichen Rebellen mußte bald den Fürsten, dem Fürstentum gelten. Der Gedanke der Einheit und Freiheit mußte bald mit der Idee des verhaßten Fürstentums unvereinbar erscheinen und von selbst mit der Republik das Losungswort der Republik erzeugen. Die Republikaner durften damit erst hervortreten, wenn der Kampf im ganzen Deutschland ein allgemeiner war und den Einwand der Gesetzlichkeit nicht mehr zuließ."

Schon waren indessen diese „Führer" nicht mehr die Herren der Situation. Ohne irgend einen Kriegsplan in der Tasche zu haben, schrieb der Vorstand der Volksvereine eine Sitzung des allgemeinen Landeskongresses der Volksvereine auf Samstag, den 12. Mai, und eine Landes-Volksversammlung auf Sonntag, den 13. Mai, nach Offenburg aus. Als Mördes seinen Freund Gögg fragte, was man denn vorhabe, erfuhr er, daß Vorschläge über eine bessere Organisation der Volksvereine gemacht werden sollten. „Das Übrige werde sich schon geben." Mördes, der mit Recht für seine Taktik fürchtete, falls die folgenschwere Entscheidung in die Hände einer Volksversammlung, wo jeder den anderen an revolutionärer Gesinnungstüchtigkeit übertreffen wolle, gelegt werde, suchte nun in einer geheimen Vorberatung von Abgeordneten aus verschiedenen Landesteilen, die anfangs Mai zu Mannheim in Anwesenheit von einigen Mitgliedern der Frankfurter Linken stattfand, Propaganda für die Reichsverfassung, wie er sie meinte, zu machen. Es gelang ihm auch, für sein Votum eine Mehrheit zu finden, doch zeigte schon jetzt ein angesehenes Vorstandsmitglied seinen Austritt an, da es voraussah, daß am Versammlungstage die Minderheit durchdringen werde. Zu einem klaren Programm für die beiden Offenburger Tage war aber auch diese Vorversammlung nicht zu bringen. Alles, was beschlossen wurde, bestand darin, daß ein provisorischer Wehrausschuß für Baden bestellt wurde, um die mangelhafte Volksbewaffnung zu verbessern, ehe man zur entscheidenden Tat schreite. Nachdem noch die anwesenden Mitglieder des Frankfurter Parlaments eine Proklamation aufgesetzt hatten, die das Volk zu den Waffen gegen die „rebellischen Fürsten" aufrief, ging man auseinander, um sich in Offenburg unter ganz anderen Verhältnissen wiederzusehen.

Vom 9. bis zum 12. Mai ging nämlich in verschiedenen Garnisonsstädten, namentlich aber in der Bundesfestung Rastatt, das grauenerregende Schauspiel einer Militärmeuterei in Szene. Es ist hier nicht der Ort zu erzählen, wie die rohe Soldateska von der Verbrüderung mit der Bürgerwehr zu der Befreiung

der Arrestanten und der Mißhandlung der Offiziere überging. Was uns in diesem Zusammenhange mehr als das Bild von der Bestie in Menschengestalt nteressiert, ist die Frage: wie war es möglich? wie konnte es geschehen?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zunächst einen kleinen Rückblick auf die militärischen Verhältnisse vor 1848 werfen. Bei dem geltenden Stellvertretungsrecht rekrutierte sich das badische Armeekorps fast nur aus den ärmeren Bevölkerungsklassen. Der Soldat bekam einen Sold von täglich zwei Kreuzern, womit er das Putzzeug, die Wäsche und im Winter das Frühstück, im Sommer das Abendessen bezahlen sollte. Der Unteroffizier bis zum Sergeanten, der oft fünfzehn und mehr Jahre gedient hatte, erhielt keine bessere Nahrung und Wohnung als der Soldat. Mäntel und Beinkleider waren ohne Taschen. Die Gamaschen und der „Hosenlatz“ waren wie geschaffen, um den lebhaftesten Unwillen zu erregen. In und außer Dienst wurden die Mannschaften mit ebenso unpraktischen als schablonenhaften und chikanösen Übungen geplagt. Alle Rekruten eines Bataillons waren einem Hauptmanne unterstellt, der jede neue Bewegung, und wäre es auch nur die Übung eines Griffes gewesen, durch den Wirbel eines eigens hiezu befohlenen Tambours einleitete. Die Chargierung wurde in 14 Tempos ausgeführt. Am Eingang zum Exerzierplatz in Karlsruhe war ein besonderer Tambour aufgestellt, der ein bestimmtes Signal geben mußte, wenn der Oberkommandierende Markgraf Wilhelm erschien. An Sonn- und Feiertagen mußte um 4 oder 5 Uhr das ganze Regiment zum sogenannten „Verles“ antreten. Sowohl beim Exerzieren als auch in den Stuben wurde „wacker drauf losgeschlagen“. Dabei setzte es nicht nur „Jagdhiebe“ ab; auch der Putzstock wurde „ganz gewaltig gehandhabt“. Jeder Vorgesetzte, auch die Unteroffiziere und Leutnants hatten Strafbefugnis und konnten innerhalb ihrer Kompetenz strafen, wie sie wollten. Von einer strengen Kontrolle war keine Rede. Beim Strafexerzieren brauchte kein Offizier anwesend zu sein. Fast jeden Tag nahm der Rekrutensergeant zwischen 12 und 2 Uhr besondere Exerzitien vor, bei denen es in mehr als einer Beziehung „heiß herging“. Auf Regimentsbefehl oder gerichtliche Entscheidung verabfolgte der Profos 25—50 Schläge mit dem spanischen Rohr auf den Sitzteil.

Das Erziehungs- und Bildungswesen der Offiziere hatte mehr als einen Haken. Wie uns Oberst Betz in seinen „Erlebnissen und Erinnerungen eines alten Offiziers“ erzählt, hatte ein großer Teil es in der Schule nicht über die untersten Klassen gebracht und dann nach dem Satze „ultima spes miles“ gehandelt. „Hie und da etwas exerzieren, nachmittags im Kaffeehaus sitzen, abends im Wirtshaus kneipen“ — das schien der einzige Lebenszweck des Leutnants zu sein. Was im Punkte des Trinkens geleistet wurde, vermöchte die heutige Generation kaum zu glauben. Aus diesem Dienstbetrieb hat uns

derselbe zuverlässige Gewährsmann folgendes Idyll als „buchstäblich wahr“ überliefert:

„Ein Major, der beim Bataillonsexerzieren stets von einem Gemeinen mit dem Kopfe verfolgt wurde, statt diesen geradeaus zu behalten, bestellte den „Verbrecher“, nachdem er ihn nochmals, aber vergeblich, zur Unterlassung dieses Fehlers ermahnt, auf den nächsten Sonntag zu sich in seine Wohnung. Der Grenadier erscheint, der Major weist ihn in ein Zimmer, in welchem eine große Badewanne mit Wasser steht, und entfernte sich. Nach einigen Minuten erscheint der Herr Major in Adamskostüm wieder, steigt in die Badewanne, vor welcher der Grenadier Schildwache stehen muß, wascht und puddelt sich eine halbe Stunde lang mit großem Behagen, entsteigt dann den „Fluten“, trocknet sich ab und begibt sich wieder in die Nebenstube. Nach weiteren zehn Minuten erscheint der gestrenge Herr in Uniform vor dem Grenadier und richtet an diesen die Frage, ob er ihn nun hinlänglich genug betrachtet habe. Dieser bejaht natürlich die Frage und wird dann in Gnaden entlassen.“

Bei den uns bekannten Preß- und Zensurverhältnissen konnten diese und andere Gebrechen, die nicht nur dem badischen, sondern dem ganzen bundesstaatlichen Militärwesen anhafteten, nicht aufgedeckt, geschweige denn abgestellt werden. Auch die Kritik, die jeweils bei der Beratung des Militäretats in der Kammer geübt wurde, konnte aus den verschiedensten materiellen und formellen Gründen nicht fruchtbar sein. Die lange Friedenszeit hatte das Volk eingeschläfert und ihm die Meinung suggeriert, daß die drückende Militärlast die unnötigste von der Welt sei. Die Landstände bedauerten zwar den Soldaten mit seinen armseligen zwei Kreuzern, aber sie hüteten sich, der großen Mehrausgaben wegen ernstlich für die Verbesserung des Soldes einzutreten. Das zwischen dem Nähr- und Wehrstand bestehende Verhältnis war nicht dazu angetan, die Volksvertretung bewilligungslustiger zu machen. Daß der auf militärischem Gebiete allmächtige Markgraf Wilhelm in seinen alten Tagen immer mehr in die Bahnen des Großherzogs Ludwig einlenke, war im Lande ein öffentliches Geheimnis. Es ist das Verdienst Häussers, angesichts der furchtbaren Anklage gegen die demokratische Partei auch die schwere Mitschuld des alten badischen Regimentes bloß gelegt zu haben; er schreibt darüber mit dem ihm eigenen Freimute:

„In keiner deutschen Armee war der militärische Geist so wenig gepflegt, der falsche Korps- und Kastengeist so genährt worden, wie in der badischen. Die jüngeren Offiziere besaßen eine geringe Bildung und waren nur von der gewöhnlichen Kasteneinbildung durchdrungen. Sie setzten ihren Stolz darein, ihren unreifen, junkerhaften Übermut recht geltend zu machen, und Markgraf Wilhelm, der Leiter des badischen Militärwesens, bestärkte sie in ihren Unarten. Geschichten, wie die berüchtigte Haber'sche Angelegenheit, machten dieses Verhältnis zu einem europäischen Skandal. Daß die Arroganz der Leute in Uniform recht breit tat, dem Bürgertum sich recht feindselig gegenüberstellte, dem gemeinen Soldaten recht roh und wegwerfend begegnete — darin sah die vormärzliche Staatsweisheit eine Bürgschaft der konservativen Politik. Daß eine Zeit des Sturmes, wenn sie den Offizier ohne Vertrauen beim Bürger, ohne Einfluß auf den Soldaten fand, das ganze Institut rasch über den Haufen werfen und aus den Trümmern nur ein revolutionäres Rüstzeug machen

würde: das bedachte man so wenig, als man erwog, daß in solch einem Falle auch die tüchtigeren Elemente unfähig sein müßten, dem allgemeinen Ruin zu widerstehen."

Unter diesen Umständen mußte das, was die radikale Presse und Propaganda als Aufklärung unter dem Soldatenstande verbreitete, auf die militärische Disziplin und Subordination wie kaltes Wasser auf ungelöschten Kalk wirken. Sie knüpfte an die begründeten Beschwerden über grobe Behandlung, Gamaschendienst und pedantischen Drill an und verschrieb allgemeine militärische Mixturen, die selbst Milizsoldaten kaum 8 Tage in größerem Verbande gehalten hätten. Ihre Lehre von den Soldatenfreiheiten und Soldatenrechten, das Exerzieren zu beschränken, die Löhnung und den Urlaub zu bestimmen, die Offiziere zu wählen, fiel auf nur zu empfängliches Erdreich. Nach den Anordnungen der Reichsgewalt wurde — was besonders die Unteroffiziere aufregte — das Einsteherwesen aufgehoben, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, die Dienstzeit verlängert. Das badische Kontingent mußte durch eine außerordentliche Konskription plötzlich auf 2 Prozent der Bevölkerung gebracht, der Dienststand der Kompagnien von 60 auf 200 Mann erhöht werden. Es bestand also die große Masse aus jungen Leuten, die in der Heimat die „Bewegungen" mitgemacht hatten und zu nichts weniger als zu militärischer Disziplin und Subordination aufgelegt waren.

Lassen wir den Lebenslauf der achtundvierziger Rekruten an uns vorüberziehen. Am 1. April kamen sie in die Garnison. Schon nach wenigen Tagen mußten sie ausmarschieren und ihre Exerzierzeit auf dem Lande absolvieren. Welch' auffallende Veränderung in der Behandlungsweise! Die Exerziermeister konnten dieses Jahr so freundlich mit den angehenden Soldaten tun, als wären sie gute Freunde und Bekannte; ja, sie drückten ein Auge zu oder heulten gar mit den Wölfen, wenn die Herren Rekruten allabends im Bierhause den Freischarenführer Hecker hochleben ließen. Vier Wochen dauerte diese Herrlichkeit. Nach der Rückkehr in die Garnison wurden zwar die Zügel etwas straffer angezogen, allein schon nach einem weiteren Vierteljahr erfolgte der Ausmarsch nach Schleswig-Holstein auf Schustersrappen, Eisenbahnen, Dampfschiffen. Doch nicht lange sollte der badische Soldat den Pumpernickel und die Buchweizengrütze der Holsteiner essen. Anfangs Oktober kehrte er in die Heimat zurück, um den Winter von 1848/49 im See- und Oberrheinkreise herumzustreichen. Kaum war er, „rappelköpfiger" als je zuvor, wieder in der Garnison, als die neunundvierziger Rekruten einrückten und in die Praxis übertrugen, was sie in der Schule der revolutionären Propaganda gelernt hatten. Wie in Wallensteins Lager ging es bald in den Soldatenwirtschaften zu, nur mit dem Unterschiede, daß der Wachtmeister fehlte mit der Belehrung, „daß alles Weltregiment von dem Stock hat ausgehen müssen".

Mächtig wirkte das böse Beispiel, das die meuterischen bayerischen Soldaten anfangs Mai in der Rheinpfalz gaben, zumal sich jetzt einzelne Mitglieder der Volksvereine ganz offen mit vertrauten Unteroffizieren in Verbindung setzten, Verbrüderungsfeste zwischen den Mannschaften und Bürgerwehren veranstalteten und bei solchen Gelegenheiten den Aufruf des Landesausschusses vom 6. Mai 1849, Hand in Hand mit dem Volke der drohenden Fürstenverschwörung entgegenzutreten, den Soldaten mundgerecht machten.

Schon damals wurde die Frage viel erörtert, ob die demokratische Partei als solche für die militärische Komplottierung verantwortlich sei, und ob eine planmäßig vorbereitete und geleitete Militärverschwörung vorliege. Bei genauer Nachprüfung scheint uns weder das eine, noch das andere in dem behaupteten Maße der Fall zu sein. Nach dem Zeugnisse Bekks wurde die Regierung noch am 10. Mai von der Freiburger Feldbrigade versichert, daß man sich auf die Truppen verlassen könne; nach dem Berichte von Mördes konnte in der obengenannten Vorversammlung zu Mannheim niemand über die Gesinnungen des Militärs genaueren Aufschluß geben; man habe es zwar im allgemeinen für gut gesinnt gehalten, aber erklärt, daß man sich nicht auf es verlassen könne. Wie dem auch sein mag: immer gilt, was H. von Feder in diesem Betreffe schreibt:

„Der dritte Vorwurf, den man der Partei des gesetzlichen Fortschrittes — so nennt Feder den Flügel der demokratischen Partei, dem er angehörte, im Gegensatze zu der revolutionären Richtung — bezüglich ihres Verhaltens vor der Revolution zu machen hat, liegt in dem Hereinziehen der bewaffneten Macht in die politischen Bestrebungen. Es ist indessen dies, wie ich glaube, nicht sowohl ein Vorwurf für die Partei im allgemeinen, als für einzelne. Wer eine bestehende Staatsgewalt nicht stürzen will — und dies kann die Partei des gesetzlichen Fortschritts ihrem Grundsatze gemäß nicht wollen — darf sie nicht ihrer Hauptstütze berauben; und wer diese Hauptstütze nicht wankend machen will, darf sie nicht zu Forderungen verleiten, die ihr Abhängigkeitsverhältnis zur Staatsgewalt gänzlich vernichten würden. Man hätte dies wohl bedenken sollen. Möglich, daß viele von denjenigen, die sich damit beschäftigen, politische Aufklärung unter dem Soldatenstande zu verbreiten, auch nicht entfernt die später eingetretenen Folgen ihres Beginnens ahnten, die höchstens ein passives Verhalten des Militärs der Volksbewegung gegenüber zu erzielen hofften: aber lag dann nicht die Gefahr so nahe, daß der an den Gebrauch der Waffen gewöhnte, jugendlich ungestüme und aufgeregte Soldat alle Schranken gewaltsam durchbrechen und seine in dem allgemeinen Strudel aufgefaßten Freiheitsideen mit seinem Elemente, den Waffen, realisieren würde? Mehr als alles Raisonnement hat die Erfahrung gezeigt, wie gefährlich es ist, die bewaffnete Macht in eine politische Agitation hereinzuziehen; man wird daraus eine heilsame Lehre für die Zukunft zu entnehmen wissen."



Dreiundzwanzigstes Kapitel ✤ Die Mairevolution

er am 12. Mai auf der Eisenbahn von Heidelberg nach Offenburg fuhr, der konnte darüber nicht mehr im Zweifel sein, daß Baden am Vorabend folgenschwerer Ereignisse stehe. Er traf da nicht nur die Blüte der radikalen Bürgerschaft Mannheims, rabiate Redakteure, gutmütige Bürgermeister und Landleute aus dem Hinter- und Unterland, sondern auch schon die Gestalten, die mit seltenem Instinkte wie die Sturmvögel angeflogen kommen, sobald irgendwo Geschäfte in ihrem Sinne zu machen sind. Fabelhafte Gerüchte tauchten auf. Schon eine Station hinter Karlsruhe hieß es, die Karlsruher Bürgerwehr habe sich gegen das „schmachvolle“ Ministerium Bekk erhoben und die „Rumpf- und Sumpfkammer am Landgraben“ zum Teufel gejagt. Als der Zug in Appenweier einlief, kam die Meldung: „In Paris Louis Napoleon und seine Minister in Anklagezustand versetzt. — Volksaufstand — Ledru Rollin bildet eine provisorische Regierung.“

Am Nachmittage des 12. Mai traten die Vorstände und Delegierten der Volksvereine in Offenburg zu einem Landeskongreß zusammen. Die beiden Hauptmatadoren Brentano und Fickler glänzten durch Abwesenheit und warnten in ihren Entschuldigungsschreiben vor übereilten Schritten wie der Proklamation der Republik. Nachdem der stellvertretende Präsident der Volksvereine Gögg Bericht über die bisherige Tätigkeit des Landesausschusses und der Volksvereine erstattet hatte, suchte das Faktotum von Brentano, Mördes, den Standpunkt festzustellen, von dem die Verhandlungen und Beschlußfassungen sich nicht entfernen durften. Als er die Proklamation der Republik einen „durch und durch verkehrten Schritt“ und eine „im voraus verlorene Sache“ nannte, wurde er von Stay und Konsorten mit Gründen wie „Feigling“, „Reaktionär“, „Verräter“ so bombardiert, daß er trotz seiner allen überlegenen Beredsamkeit unterlegen wäre, wäre ihm nicht der Präsident des Landesausschusses der württembergischen Volksvereine mit der Erklärung zu Hilfe gekommen, „daß das württembergische Volk in diesem Augenblicke nicht für die Republik sei“. Nachdem bei der Abstimmung mit Hilfe der älteren vermöglichen Vertreter des Oberrhein- und Seekreises, die bereits praktische republikanische Erfahrungen gemacht hatten, dieser Pyrrhussieg erfochten worden war, geriet die Versamm-

lung bei der Beratung dessen, was sie eigentlich wollte, so aneinander und auseinander, daß der Vorsitzende die Zügel der Debatte verlor und über den zuletzt gestellten Antrag, eine Redaktionskommission zur Formulierung eines Ultimatums an die Regierung zu wählen, abstimmen ließ. Die große Mehrheit vereinte sich auf diesen Vorschlag, und die gewählte Kommission entwarf sogleich eine Adresse, in welcher sie die Auflösung der Kammern, den Rücktritt des Ministeriums, die Berufung einer konstituierenden Versammlung, die Niederschlagung aller politischen Prozesse, die Entlassung der politischen Militär- und Zivilgefangenen, die Rückberufung der politischen Flüchtlinge verlangte und kategorisch hinzufügte: „Im Falle der Verweigerung einer alsbaldigen Antwort oder der Zurückweisung obiger Forderungen macht der Landesausschuß die Regierung für alle Folgen verantwortlich, welche sich aus der jetzigen gerechten Bewegung des Volkes unausbleiblich ergeben müssen."

Während sich am Abend eine Deputation mit diesem Ultimatum nach Karlsruhe aufmachte, beschäftigten sich einzelne Kommissionen mit den Wahlvorschlägen und „Beschlüssen", die man am andern Tage der Landesvolksversammlung vorlegen wollte. Zu gleicher Zeit konstituierte sich aber auch ein „Komitee zur Opposition gegen den Kongreß", in dem beschlossen wurde, die „gemäßigten" Vorschläge des Landesausschusses durch „entschiedenere" zu ersetzen und die Landesversammlung am anderen Tage in diesem Sinne zu bearbeiten.

Kaum hatte am anderen Morgen die zweite Versammlung der Vertreter der Volksvereine ihren Anfang genommen, als auch dieses Komitee in Aktion trat, planmäßig an den Eingängen der Stadt sich der herbeiströmenden Volksmassen bemächtigte und den Landesausschuß mit Sturmdeputationen bestürmte. In der Furcht, daß der nächste Augenblick ein Großherzogliches Ministerium Brentano-Christ gebären könnte, drang man insbesondere darauf, daß nicht länger auf die Antwort von Karlsruhe gewartet werden solle. Das Spiel war gewonnen, als eine Rastatter Soldatendeputation in die Ausschußsitzung eingeführt und von Stay mit dem Antrage, die „Bürgersoldaten" sogleich zu bewirten, begrüßt wurde. Sie erklärte, daß sie von ihrer Garnison den Auftrag habe, für die Durchführung der Reichsverfassung und Grundrechte zu stimmen. Das im Frühjahr und Herbst 1848 vergossene Bürgerblut sei jetzt gesühnt. „Wir wollen," fügte ein Soldat hinzu, „bei unserer Nachhausekunft ein gutes Gewissen haben, unsere alten Eltern werden ihre Kinder nicht verfluchen, sondern hoffentlich ihnen Verzeihung und Gnade angedeihen lassen." Nun nahm die Sitzung in total tumultuarischer Weise ihren Fortgang. Die republikanische Linke benahm sich in ihrem Siegesrausche wie toll. Alles dirigierte und disputierte durcheinander. Aus diesem Tohu Wabohu ging der

künftige Landesausschuß[1]) mit dem revolutionären Beschlusse hervor, daß er alsbald sich konstituieren, permanent erklären, nach Rastatt übersiedeln und das neue Programm der Versammlung[2]) „mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln" durchführen solle.

Nach dem Schlusse der Vorversammlung begaben sich die anwesenden Mitglieder des neugebildeten Landesausschusses in ein Nebenzimmer, um vor Eröffnung der Volksversammlung unter sich eine Separatberatung abzuhalten. Der Abgeordnete Raveaux, der als Reichskommissär zugegen war, schreibt über diese erste Tagung der künftigen Landesregierung:

„Der Lärm in den Gängen und Nebenlokalen war so groß, daß es den Mitgliedern des Landesausschusses beinahe unmöglich war, sich ruhig besprechen zu können. Auch wurde mehrmals während dieser Beratung, welche in einem kleinen Zimmer, in dem sich ein Bett, ein Tisch und zwei Stühle befanden, stattfand, die Türe durch Deputationen aus dem Seekreis oder aus dem Oberland eingeraunt. Die einen machten zur Bedingung ihres Mitwirkens, daß die Republik nicht proklamiert werden solle, die anderen drückten den entgegengesetzten Wunsch aus, und bei der Leidenschaftlichkeit, Aufregung und dem großen Wirrwarr war es unmöglich, zu einem Beschlusse zu kommen. Stay und Steinmetz gingen in großer Aufregung im Zimmer auf und ab. Ersterer diktierte dem Protokollführer Anträge und Beschlüsse. Als hierauf Werner, ebenfalls ein Mitglied des Landesausschusses, in das Zimmer trat und verlangte, man möge doch wenigstens ihm erlauben, von dem

[1]) Brentano-Mannheim, Fickler-Konstanz, Goegg-Mannheim, Peter-Konstanz, Werner-Oberkirch, Rehmann-Offenburg, Stay-Heidelberg, Willmann-Pforen, Steinmetz-Durlach, Wernwag-Kenzingen, Richter-Achern, Degen-Mannheim, Ritter-Karsau, Stark-Lottstetten. Ersatzmänner: Hoff-Mannheim, Torrent-Freiburg, Rotteck-Freiburg, Happel-Mannheim, Junghanns-Mosbach, Kiefer-Emmendingen, Cordel-Philippsburg, Bannwarth-Bleichheim.

[2]) 1. Unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung, „wie sie nun nach der durch die Ereignisse beseitigten Oberhauptsfrage feststeht", und Durchführung derselben mit der ganzen bewaffneten Macht. 2. Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums und Neubildung desselben durch Brentano und Peter. 3. Auflösung der Ständeversammlung, Berufung einer konstituierenden Versammlung, „welche in sich die ganze Rechts- und Machtvollkommenheit des badischen Volkes vereinigt". 4. Volksbewaffnung auf Staatskosten, Mobilmachung des ersten Aufgebotes. 5. Rückkehr der politischen Flüchtlinge, Entlassung der politischen Militär- und Zivilgefangenen, Niederschlagung der politischen Prozesse. 6. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. 7. Freie Offizierswahl. 8. Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr. 9. Aufhebung sämtlicher Grundlasten. 10. Unbedingte Selbständigkeit der Gemeinden, Neuwahlen der Gemeindevertretung. 11. Annullierung sämtlicher Kammerbeschlüsse seit dem 17. Januar. 12. Geschworenengerichte, keine Entscheidung von Kriminalprozessen durch Staatsrichter. 13. Abschaffung der alten Verwaltungsbureaukratie. 14. Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau, zum Schutze gegen das Übergewicht der großen Kapitalisten. 15. Abschaffung des Steuerwesens, Einführung einer progressiven Einkommensteuer mit Beibehaltung der Zölle. 16. Errichtung eines großen Landespensionsfonds, „aus dem jeder arbeitsunfähig gewordene Bürger unterstützt werden kann", Abschaffung des besonderen Pensionsfonds für die Staatsdiener. 17. Strich der Apanagen. 18. Reduzierung des „großherzoglichen Einkommens" auf 20000 fl. (Die Artikel 17 und 18 wurden bei der letzten Redaktion weggelassen.)

was bereits beantragt und beschlossen sei, Kenntnis zu nehmen, entspann sich zwischen ihm und Stay ein lebhafter Wortwechsel. Stay behauptete, es sei nicht mehr an der Zeit, Worte zu wechseln, man müsse jetzt zu Taten schreiten. Werner hingegen wünschte, wenn er seinen Namen hergeben solle, auch zu wissen, was er unterschreibe."

Unterdessen wogte die ungeheure Menge auf dem Marktplatze vor dem Rathause und in den nächsten Straßen hin und her. Der Frühschoppen, der seit dem frühen Morgen für permanent erklärt war, äußerte seine Wirkung. Schon forderten einzelne weit hergekommene Praktiker des Krawalls auf zur revolutionären Tat. „Meine Herren," ließ sich da ein ehemaliges Mitglied des Reichstages von Kremsier vernehmen, „Sie müssen den Augenblick benutzen. Wenn heute kein Coup geschieht, so ist morgen die Stimmung verraucht. Ich schlage Ihnen vor, daß einige, wenn in der Volksversammlung die Gemüter am erregtesten sind, mit dem Ruf: Zu den Waffen! zur Tat! auf nach Rastatt! einfallen. In demselben Moment muß in einer benachbarten Straße schon Generalmarsch geschlagen werden; das wirkt gut, ich kenne das; da kommen die Leute gar nicht mehr aus der Verwirrung heraus, und wir bringen die gesamten Massen nach Rastatt. Hier in Offenburg muß gleich ein Sicherheitsausschuß eingesetzt werden zur lokalen Leitung der Revolution; dazu sind gewiß einige von den Herren erbötig, und auch ich werde nicht zurückstehen, wenn meine Kräfte hiefür in Anspruch genommen werden." Um 2 Uhr nachmittags drängte die Masse so ungestüm, daß der Landesausschuß die Landesversammlung eröffnen mußte. Der Reichskommissär Raveaux, der die Versammlung innerhalb der Grenzen der Reichsverfassung halten sollte, eilte nach Baden-Baden zu Brentano, damit er die Geister, die er gerufen, beschwören solle. Der Mund des bei der Wahl übergangenen Mördes verstummte. Die Männer der äußersten Linken und fremde Abenteurer, darunter der Delegierte der französischen Demokraten, Savoie, führten das große Wort. Der Lärm und Sturm schwoll vollends zu einem wahren Orkan an, als die Deputation von Karlsruhe zurückkehrte und den ablehnenden Bescheid der Regierung mit der alle Wahrheit strangulierenden Behauptung begleitete, Bekk habe höhnend und drohend von „Bajonetten" gesprochen. Mit dem Rufe „auf nach Rastatt und Karlsruhe!" ging die Versammlung um 3 Uhr auseinander, nachdem der Vorsitzende Högg schon vor und während der Versammlung revolutionäre Maßnahmen getroffen, den Offenburger Bahnhof, die Lokomotiven in Beschlag genommen und Kommissäre mit unumschränkter Vollmacht ernannt hatte.

Die Regierung hatte am 9. Mai militärische Maßnahmen für den Fall verabredet, daß in Offenburg die Fahne der Empörung aufgepflanzt werde. Wie war sie überrascht, als gerade die Truppen der Rastatter Garnison, an deren Verwendung sie gedacht hatte, das Beispiel des treulosen Abfalls gaben und sich der revolutionären Demagogie zur Verfügung stellten! Vergebens

begab sich der Kriegsminister Hoffmann mit eigener Lebensgefahr in das Lager der Rebellen, wo der Ruf ertönte: „Latourisiert muß er werden!"; vergebens sandte die Regierung Eilboten auf Eilboten um Reichshilfe an die in der Auflösung begriffene Frankfurter Zentralgewalt. Durch die übermenschlichen Anstrengungen der letzten Tage war der Minister des Innern, Bekk, so erschöpft, daß die Staatsministerialberatungen in seiner Wohnung abgehalten werden mußten. Hier erschien auch am 13. Mai, früh 6 Uhr, die Offenburger Deputation an seinem Bette. Der Minister, der mit gutem Gewissen von sich sagen konnte, daß er alles, was in seinen Kräften stand, getan habe, um die deutsche Sache zu unterstützen und volkstümliche Institutionen auf der breitesten Grundlage einzuführen, predigte tauben Ohren, wenn er an die Vernunft dieser Leute appellierte. „Die Verblendung ist so groß," sagte er schließlich mit Resignation, „daß ich keine Hoffnung habe, auf Ihre und Ihrer Genossen Überzeugung zu wirken."

Um 8 Uhr fand dann eine Staatsministerialsitzung statt. Die Minister wollten nicht nach dem Satze „après nous le déluge" handeln und stellten die entscheidende Frage sehr richtig also: „Soll die Regierung der Revolution sich unterwerfen, soll sie den wilden Haufen, die sich in Offenburg versammelt haben und sich mit den Meuterern verbanden, durch eine Handlung des Großherzogs eine gesetzliche Sanktion erteilen, oder den Widerstand so lange als möglich fortsetzen, und, wenn keine Rettung mehr bleibe, eher tatsächlich fallen als der Revolution den Mantel der Gesetzlichkeit umhängen?" Diese Frage stellen, hieß sie auch beantworten. Der Bescheid, welchen der Minister v. Dusch der Offenburger Deputation überbrachte, lautete:

„Die Ständeversammlung wird ihre Geschäfte in acht Tagen vollenden, worauf der Landtag geschlossen wird. Dann wird eine Auflösung der Stände erfolgen, und mit der neu zu berufenden Ständeversammlung werden die weiteren infolge der Reichsgesetzgebung oder sonst notwendigen Verfassungsänderungen beraten werden. Was die Amnestie betrifft, so ist sie schon weit ausgedehnt, und es sind bereits Weisungen an die Behörden ergangen, um dieselben noch weiter auszudehnen. Das Ministerium wird hinsichtlich der Frage des Rücktritts von der schweren Last seines Amtes ganz nach konstitutionellen Grundsätzen verfahren."

Im Vertrauen auf die Karlsruher Garnison und Bürgerwehr, die an demselben Sonntag Vormittag den Eid auf die Reichsverfassung leisteten, glaubte sich die Regierung bis zur Ankunft von Reichshilfe halten zu können. Da geschah am Abend das ganz Unerwartete: die Karlsruher Garnison ließ sich durch das böse Beispiel von zwei zur Verstärkung herbeigerufenen Bruchsaler Kompagnieen gleichfalls zur Meuterei verleiten und führte, durch einheimisches und fremdes Gesindel, Freischaren und Soldaten von Offenburg und Rastatt verstärkt, ähnliche Szenen auf, wie sie an den vorhergehenden Tagen in der Bundesfestung gespielt hatten. Alle Versuche, die Meute zur Besinnung zu

bringen und die Ordnung herzustellen, scheiterten. Nur mit knapper Not entging bei einem solchen Wagnis der beliebte Prinz Friedrich der sichtbaren Lebensgefahr. Unter dem Eindrucke dieser Ereignisse beschloß der Großherzog am späten Abend, den Ministern eine außerordentliche Vollmacht zu hinterlassen und sich um die Mitternachtsstunde von dem benachbarten Gottesaue an den Sitz der Zentralgewalt zu begeben. Als aber nach 10 Uhr in der „langen Straße" eine Abteilung Dragoner und am Zeughause die Bürgerwehr zu blutigem Strauße mit den meuterischen Soldaten zusammentraf, begab er sich in extemporierter Flucht, von dem General Hoffmann mit einer Schar Dragoner und einem Artillerietrain bis zum Rheine begleitet, über Rheinsheim und Germersheim nach Lauterburg, wo er am 15. Mai abends eintraf.

Noch vor 11 Uhr schickte der Minister Bekk die außerordentliche Vollmacht zur Unterschrift ins Schloß, erfuhr aber zu seinem größten Erstaunen, daß der Großherzog auf und davon — wohin? wußte niemand anzugeben — sei. Auf diese sensationelle Kunde verließen auch fast alle Offiziere und viele Beamte in kopfloser Flucht die Stadt. In den ersten Morgenstunden des 14. Mai beratschlagten im Rathaus der Gemeinderat, der Bürgerwehrkommandant und die Vorstände des Stadt- und Polizeiamts, was unter diesen Umständen zu tun sei. Da nach dem glücklichen, aber blutigen Kampfe beim Zeughause der Stadt die größten Gefahren drohten, wenn sie durch Gewalt in die Hände der Feinde fiel, und da, wie man sich um 4 Uhr durch eine Deputation beim Minister des Innern überzeugte, von seiten der Regierung keine Unterstützung in Aussicht gestellt werden konnte, wurde beschlossen, mit dem ersten Bahnzuge um 6 Uhr eine Abordnung zum Landesausschusse nach Rastatt zu schicken mit der Erklärung, „daß die Stadt Karlsruhe nicht entgegentreten werde, wenn sie hierherkommen würden in der Voraussetzung, daß sie für den Schutz der Stadt sorgen wollten". Um 8 Uhr traten auch die Mitglieder des Staatsministeriums mit Ausnahme des abwesenden Kriegsministers Hoffmann zu einer Sitzung zusammen. Eine reguläre Truppe war nicht mehr vorhanden; die Bürgerwehr hatte sich dem Landesausschusse unterworfen. Es blieb nur noch die Frage, ob man sich entfernen oder bleiben und sich gefangen nehmen lassen solle. „Wir entschieden uns," schreibt Bekk, der bei der gegen ihn herrschenden Stimmung ohne Zweifel massakriert oder doch mißhandelt worden wäre[1]), „für das Erstere, da wir von dem Letzteren, ganz abgesehen von der persönlichen Gefahr, keinen Zweck für die Sache selbst einsahen."

[1]) Einige Tage vorher hatte die „Republik" einen förmlichen Steckbrief gegen ihn erlassen; auch wurde in der Tat am 14. Mai an mehreren Orten, insbesondere auf dem Karlsruher Friedhofe, auf den Minister Jagd gemacht. Man warf ihm vor, daß er in preußischem Interesse die Katastrophe befördert und die Dynastie verraten habe.

Diese Schritte der Regierung und Stadtverwaltung erfuhren nicht nur bei ihren geschworenen Feinden, sondern auch bei ihren politischen Freunden mannigfache Anfechtung. Ein begründeter Vorwurf scheint uns indessen nur die Offiziere zu treffen, die in dieser Lage mit Todesverachtung die letzten Reste der treugebliebenen Soldaten hätten sammeln müssen. Was den Großherzog angeht, so dürfte schon Häusser das Richtige getroffen haben, wenn er bemerkt:

„Es ist wahr: wer eine Krone trägt, sollte auch die Entschlossenheit besitzen, sie aufs äußerste zu verteidigen, und nicht vergessen, daß Kühnheit und Todesverachtung in solchen Lagen die besten Waffen sind. Allein die Individualität des Großherzogs stimmte zu solchen Anmutungen nicht; unentschlossen von Natur, durch die jüngsten, freilich niederschmetternden Ereignisse außer Fassung gebracht, konnte er aus seinem Wesen umsoweniger heraustreten, als sich alles gegen ihn verschworen zu haben schien und das Leben des eigenen Sohnes bedroht war. Ein begründeter Vorwurf lag einerseits nur darin, daß er Karlsruhe verlassen hatte, in dem Momente, wo sich die Bürgerschaft wacker und mit Erfolg schlug, andererseits daß er den Regierungssitz so plötzlich verließ ohne alle Maßnahmen und Anordnungen, die das Vorhandensein einer gesetzlichen Regierung bekundeten. Sich aus Karlsruhe zu retten, dazu war noch am folgenden Tage genügende Zeit; warum also die Stadt verlassen, die bewiesen hatte, daß ihre Bürgerschaft eine sichere Schutzwehr bot? Es war freilich wenig Hoffnung, daß sich am anderen Tage die Dinge änderten, aber eben darum war dieser letzte Versuch noch zu machen. Wenn sich dann keine günstige Chance mehr bot, konnte der Großherzog seinen Sitz von Karlsruhe wegverlegen, nicht aber mußte er in der Nacht entfliehen, so daß man es mit bitterer Überraschung am Morgen erfuhr. Das konnte und mußte der Großherzog. Durchaus in Karlsruhe bleiben, auch wenn der Aufruhr dort seinen festen Sitz nahm: das konnte ihm nur die blinde Torheit oder die Heuchelei der Faktion zumuten. Die Puppe eines Ministeriums sein, das von Freischärlern und meuterischen Soldaten ihm aufgedrängt worden, wäre für den Großherzog eine viel schmählichere Rolle als jede Art von Flucht gewesen; ganz abgesehen von der Gefahr, die ihn und seine Familie bedrohte, wenn er sich der Großmut eines Haufens überließ, zu dem, wie sich bald zeigte, der Jakobinismus von ganz Europa sein Kontingent gestellt hatte. Waren einmal die Dinge so weit, daß in Karlsruhe mit Ehren nicht mehr zu bleiben war, so mußte, scheint uns, der Landesfürst seine Regierung an irgend eine sichere Stelle des Landes verlegen, und wäre es das letzte Grenzdorf gewesen. Von dort aus übte er eine moralische Macht, die ihm alle Vernünftigen des Landes samt den Unentschlossenen zuwandte. Die Stärke der neuen revolutionären Regierung bestand darin, daß im Lande keine andere Regierung vorhanden war; denn eine Regierung außer Landes ist in solchen Lagen so gut wie keine.“

Nach dem Schlusse der Offenburger Versammlung hatte der Landesausschuß sich sofort aufgemacht, um die Nacht in der Mitte der Rastatter Garnison zuzubringen und am anderen Tage nach Karlsruhe zu ziehen. Wie war er aber erstaunt, als ihm bei seiner Ankunft vor dem Rastatter-Karlsruher Tor der Einlaß verweigert wurde! Während ein Teil nach heftigem Wortwechsel mit der Wache in die Festung gelangte und die nach dem ersten Rausche erschlafften revolutionären Geister aufs neue anblies, flutete der andere mit den nach-

strömenden Menschenmassen in die umliegenden Ortschaften und setzte sich mit seinem in Baden-Baden „krank" darniederliegenden Haupte in Verbindung.

Brentano hatte wohl diesen Ort zwischen Karlsruhe und Offenburg gewählt, um gleich zur Stelle zu sein, wenn der Großherzog, wie er rechnete, auf die Sturmpetition der Offenburger hin ihn und seine Partei ans Ruder der Regierung berufen würde. Nun war eine Revolution zum Vorschein gekommen, und er, der eben noch alle Minen des persönlichen Hasses gegen den Minister Bekk hatte springen lassen, mußte, ob er wollte oder nicht, von revolutionswegen das Steuerruder des Staates führen. Schon am Nachmittage des 13. Mai war sein Parteifreund Raveaux mit der Bitte zu ihm gekommen, doch nach Offenburg zu gehen und seinen Einfluß geltend zu machen: er habe schon viele Volksversammlungen besucht und selbst dabei agitiert; ein solches Treiben und Rasen wie in Offenburg sei ihm aber noch bei keiner Versammlung vorgekommen. So oft jemand Gründe der Vorsicht oder gar der Mäßigung vorgebracht habe, sei Stay ganz barsch mit den Worten dazwischen gefahren: „Es ist jetzt nicht die Zeit zum Deliberieren, sondern zum Handeln." Ihm selbst habe er förmlich die Tür gewiesen.

„Da die jungen Tollköpfe jetzt in Offenburg das große Wort führen, so vermag ich doch nichts auszurichten" — antwortete Brentano am Nachmittage des 13. Mai und zog am Nachmittage des 14. Mai mit diesen „Tollköpfen", die in seiner Schule groß geworden waren, begleitet von Freischaren und Soldaten der Garnison Rastatt, in die Landeshauptstadt ein. Mit allen Mitteln, die ihm seine demagogische Kunst an die Hand gab, suchte er dem revolutionären Regierungshandwerk einen möglichst gesetzlichen Anstrich zu geben, die Beamten zu gewinnen und die Bürgerschaft zu beruhigen: der Gemeinderat in Karlsruhe habe ihn ersucht, die Leitung der Geschäfte in die Hand zu nehmen, um nach der feigen Flucht der Minister die Stadt und das Land vor Anarchie zu bewahren. Das Heer habe sich mit dem Volke „zur Durchführung der Reichsverfassung" verbunden. Der Landesausschuß werde die Freiheit der Person wahren, das Eigentum schützen und die Staatsmaschine in Gang erhalten, bis das Volk in seiner konstituierenden Versammlung selbst über die Regierung entschieden habe. Indem er geflissentlich die Lüge, Bekk habe die Offenburger Deputation mit Hohn und Drohungen entlassen und dem Großherzog den verräterischen Plan zur Flucht gegeben, weiter verbreitete, gab er vertrauliche Zusicherungen, welche die Rückkehr des Großherzogs in nahe Aussicht stellten; auch ließ er das bisherige Räderwerk der Ministerialkollegien ruhig weiter laufen und gestattete den Beamteneid in folgender Formel: „Ich verpflichte mich auf Ehre und Gewissen, unbedingt und ohne Rückhalt die Durchführung der Reichsverfassung mit allen meinen Kräften zu unterstützen und den Anordnungen des Landesausschusses für Baden,

unbeschadet meiner auf die Landesverfassung geschehenen Verpflichtung, Folge zu leisten, so wahr mir Gott helfe und meine Ehre mir heilig ist." Es verdient registriert zu werden, daß, wie im März 1848 die zweite Kammer ein sturmfest' Dach in schweren Zeiten gewesen, so im Mai 1849 der höchste Gerichtshof die Ehre des Landes durch furchtlose und beharrliche Verweigerung des Eides am treuesten wahrte.

Zu einem ordentlichen Regimente fehlte dem 24köpfigen „regierenden" Landesausschuß so gut wie alles. Von den älteren Führern verfügte nur Fickler über praktisches Verwaltungs- und Organisationstalent. Er gehörte auch zu den Wenigen, die in der Schule der Jahre 1848/49 etwas gelernt hatten. Von seinen winkelrepublikanischen Gedanken war er gründlich geheilt. Wie er im Schoße des Landesausschusses die extravaganten Putschgelüste der „jungen Leute" energisch niederhielt, so nahm er auch keinen Anstand, laut und öffentlich zu erklären, daß jede Bewegung, welche die Reichsverfassung nicht zum Ziele habe, erfolglos sein werde, daß jeder, der es ehrlich mit dem Vaterlande und mit der Freiheit meine, seine republikanischen Hoffnungen und Wünsche dem Erreichbaren unterordnen müsse. War das nicht die Lehre, die ihm Mathy im vorigen Frühjahr gepredigt hatte?

Das Gros des Landesausschusses wurde durch mittelmäßige Advokaten, einige brave Familienväter und Geschäftsleute aus dem Bürgerstande, simple Soldaten, blasierte Literaten und Schullehrer gebildet. Die Tagesphrase und Zungenfertigkeit, wie man sie in Volksvereinen und Volksversammlungen braucht — über mehr verfügte diese oberste Behörde nicht. Von dem „neuen" Offenburger Programme war fast gar nicht mehr die Rede. Nur ganz ausnahmsweise wurde es als Paradestück verlesen und mit dem Kommentar begleitet, daß man natürlich erst nach dem siegreichen Zuge der Revolution durch ganz Deutschland an seine Realisierung denken könne. Geradezu ängstlich hütete der Landesausschuß sich, über die künftige Staatsform sich auszusprechen. Da gab es, von den vermittelnden Tendenzen ganz abgesehen, eine Richtung, welche die sofortige Zurückberufung des Großherzogs wünschte, eine andere, welche die Durchführung der Reichsverfassung als Übergangsstadium zu einer künftigen Republik erstrebte, eine dritte, welche die bürgerliche Republik, eine vierte, welche die soziale Republik haben wollte. Während in den geheimen Sitzungen die Anhänger Brentanos und Struves sich aufs leidenschaftlichste befehdeten und der an praktischem Geschick allen überlegene Fickler nur mit Mühe und Not die „brüderliche" Eintracht herzustellen vermochte, erging ein Edikt des Inhalts: „Böswillige haben das Gerücht verbreitet, die Mitglieder des Landesausschusses befänden sich in Zwiespalt. Wir erklären dieses Gerücht für unwahr und fordern alle Freunde des Vaterlandes auf, ihm keinen Glauben zu schenken." Groß war dieser Landesausschuß nur in Proklamationen im

Volksversammlungsstile, wie z. B.: „Die politischen Flüchtlinge sind zurückzuberufen, der Bürger Hecker ist speziell zurückzurufen und eingeladen, in den Landesausschuß einzutreten."

Der Landesausschuß bestellte eine Exekutivkommission, bestehend aus den Mitgliedern Brentano für das Innere und Auswärtige, Peter für die Justiz, Gögg für die Finanzen und Eichfeld für den Krieg. Sie trübten kein Wässerchen des früheren Regierungsapparates und behielten sogar die „Karlsruher Zeitung" als offiziöses Organ bei, sodaß, wie ein Flüchtling treffend schreibt, „die ganze alte Elitekorporation den Grundstock des Staatsorganismus nach wie vor bildete und die Revolution nur eine kurze Zeit darum herumsummste". Brentano und Peter legten, alte Schlaumeier, wie sie waren, eine heilige Scheu vor dem „casus similis" an den Tag. Dagegen blamierten sich Gögg und Eichfeld so gut sie konnten. Die Verwaltung Göggs lieferte den Beweis, daß man ein guter Agitator und gesinnungstüchtiger Republikaner und doch ein schlechter Administrator sein kann. Er trat sein Amt mit einer bombastischen Proklamation an, in welcher er nicht nur die „Hebung des Kredits", sondern auch die „Blüte aller Geschäfte" versprach. Der Anfang seiner Finanzkunst bestand darin, daß er eine „öffentliche Aufforderung zu freiwilligen patriotischen Beiträgen" erließ. Der Erfolg blieb aber hinter jeder Erwartung zurück; auch als die Komitees den Leuten „auf die Bude" rückten, wollte diese Finanzquelle nicht reichlicher fließen. In Offenburg war unter dem Vorsitze des jetzigen Finanzministers die Aufhebung aller Steuern beschlossen worden; jetzt mußte ein offizieller Artikel geschmiedet werden, der diese „Gesetzgebungstätigkeit" für ein Mißverständnis erklärte, womit man in Zeiten gewaltiger Aufregung gewisse Rechtsverhältnisse falsch beurteilte. Das Ende vom Anfang bestand in einem Zwangsanlehen und Gehaltsabzuge bei den „Bürgerbeamten". Als er dann in seinem Rechenschaftsberichte naiv ausrief: „Noch mehr mußte aber die Furcht — daß die Staatsmaschine ins Stocken gerate — erhöht werden, als das Land erfuhr, daß meine Person an die Spitze des Finanzwesens kam", brach selbst die ganze „Constituante" einschließlich der Gögg befreundeten „Montagne" in ein homerisches Gelächter aus. „Es ist nicht möglich," schreibt Raveaux, „mehr von sich selbst und seinen Fähigkeiten eingenommen zu sein, als unser ehrlicher Gögg es war, und zu gleicher Zeit mehr von seinen Unterbeamten an der Nase herumgeführt zu werden, als dieses ihm widerfahren ist." Totale Unfähigkeit und Verwirrung herrschte auf dem Bureau der Kriegsverwaltung, wo der Oberleutnant Eichfel dals Präsident des Kriegsministeriums und Struve als Präsident des Kriegssenates walteten. Eichfeld besaß kein anderes Verdienst, als daß er von dem vormärzlichen Regiment chikaniert worden war. Stundenlang hörte er aufmerksam einen alten Mann an, der eine furchtbare Schußwaffe erfunden haben wollte; dagegen vergaß er, die

Truppen, welche dem Feinde am nächsten an der hessischen Grenze standen, mit Munition zu versehen. Eine Soldzulage von vier Kreuzern — darin bestand sein ganzes Latein; nachdem er aber die Soldaten, die nach Hause gegangen waren, zu den Fahnen zurückberufen und „an jene Kriegszucht, die den Sieg verbürgt", erinnert hatte, trat seine Kenntnis- und Energielosigkeit beim ersten Handeln so kraß zutage, daß ihm schon nach zehn Tagen in aller Form die Generalsepauletten abgesprochen und dem „Major" Sigel zuerkannt werden mußten.

Wirkliche Konfusionsräte hätten den Geschäftsgang der obersten Landesbehörde nicht konfuser machen können. Der Landesausschuß bildete ein Plenum, einen engeren Senat und mehrere Sektionen, die untereinander uneinig waren und über die Köpfe der Exekutivkommission hinweg ihre Anordnungen trafen. Struve ließ sich selbst durch die Mehrheitsbeschlüsse des Plenums wenig imponieren; so hatte z. B. der Landesausschuß im Plenum den „Oberkommissär des Unterrheinkreises" Mördes zum Bevollmächtigten der badischen Regierung bei der provisorischen Regierung der Pfalz ernannt und aufgefordert, sich sofort an seinen Bestimmungsort zu begeben; zwei Tage nachher setzte aber Struves Kriegssektion im engeren Senate durch, daß der „fähigere" Fröbel in die Pfalz geschickt werden solle.

Ein Bild heilloser Willkür bot die Verwaltung in den Kreisen, Bezirken und Gemeinden. Hier herrschten die sogenannten Kriegs- und Zivilkommissäre mit diktatorischer Gewalt. Eine jede der im Landesausschuß vertretenen Richtungen stellte Vollmachten aus und suchte ihre Werkzeuge unterzubringen. Wer immer einmal polizeilich verfolgt worden war, kam mit der Prätension eines Rechtstitels und forderte Amt und Besoldung. Ein jeder Bezirk hatte seine eigenen Erlebnisse. Harmlose Leute, aber auch freche und liederliche Subjekte spielten die großen Herren, verschleuderten die Staatsgelder, fuhren in Extrazügen, sandten Einquartierung, betrieben Requisitionen und Kontributionen, schickten die Volkswehren auf Streifzüge, setzten Gemeinde- und Staatsbeamte ein und ab, machten Jagd auf „reaktionäre" Zeitungsartikel und Spione, nahmen Verhaftungen vor, drohten mit Erschießen und Verbrennen. Diese Paschawirtschaft der Kommissäre wurde schließlich so toll betrieben, daß selbst der Landesausschuß einschreiten und an dem Sohne eines verdienten Parteigenossen ein Exempel statuieren mußte. Sollen wir vollends die Gestalten der Reisläufer zeichnen, die von allen Barrikaden Deutschlands und Europas ins Land kamen? Selbst der Flüchtling Abt, der zu den revolutionären Terroristen erster Sorte gehörte, schreibt über diese fremden Condottieri:

„Es war ein trauriger Anblick, das Schicksal von Baden in den Händen dieser fremden Condottieri zu sehen, welche in Masse aus aller Herren Länder herbeigeströmt waren, angeblich, um für die Freiheit zu kämpfen, tatsächlich aber, um ihren Finanzen wieder auf-

zuhelfen. Eine Revolution muß untergehen, wenn sie von Leuten getragen werden soll, deren Interessen nicht an das Land geknüpft sind, für welches sie kämpfen, und welche den Bündel schnüren, sobald das Glück ihnen den Rücken wendet. Seit ich diese Polen in der Nähe beobachtet, ist mir die Möglichkeit der russischen Herrschaft in ihrem Vaterlande erklärlich, denn ich glaube nicht, daß die polnischen Bauern unter der russischen Knute ärger geplagt sind, als unter der Herrschaft dieser kleinen Despoten."

Hatte schon vor der Offenburger Versammlung eine fast ängstliche Spannung in allen Volkskreisen geherrscht, so zog erst recht eine gedrückte Stimmung durch das ganze Land, als die Emissäre der Volksvereine die Nachrichten von den Blutszenen in Rastatt, Karlsruhe und Lörrach bis in den hintersten Winkel trugen. Mit Bangen blickte man jetzt in den gemäßigteren Kreisen der demokratischen Partei auf den zurückgelegten Weg: nicht durch materielle, zwingende Gründe, sondern durch den selbstsüchtigen Parteigeist einer handvoll Demagogen war man auf der schiefen Ebene immer weiter fortgerissen worden; ohne leitende Idee, ohne republikanischen Geist, ohne revolutionären Enthusiasmus stand man jetzt vor dem Abgrund der Auflösung aller staatlichen Ordnung; mit Entsetzen bebte man vor dem blutigen Ende zurück und klammerte sich an die letzte Rettungsplanke, die eine friedliche und gütliche Lösung des Konfliktes versprach: die Anwesenheit der Reichskommissäre.

Auf die Nachricht von den Ereignissen in Offenburg und Karlsruhe waren in Frankfurt badische Reichstagsabgeordnete zusammengetreten und hatten das Reichsministerium um Sendung von Reichskommissären nach Baden gebeten. Der Reichsverweser sandte die Abgeordneten Zell, Advokat in Trier, und Christ, Hofgerichtsdirektor in Bruchsal, „um im Interesse des Landes, des Reichs und der Reichsverfassung alle nötigen Maßregeln zu ergreifen, um den verfassungsmäßigen Bestand des Landes herzustellen und den Reichsfrieden zu sichern". Im Lande angekommen, spielten aber die beiden Reichskommissäre, vor allem Christ, der von Bekk seinerzeit aus dem Ministerium des Innern entfernt worden war, und dessen Name seit dem Frühjahr 1848 neben Brentano auf der demokratischen Ministerkandidatenliste stand, eine höchst zweideutige Rolle. Statt von ihren umfassenden Vollmachten und Weisungen an alle Zivil- und Militärbehörden Gebrauch zu machen und der Ausbreitung der Revolution nach Möglichkeit entgegenzutreten, gaben sie durch ihr Verhalten dem Landesausschusse den Schein der Rechtmäßigkeit und beschränkten ihre Tätigkeit — abgesehen von dem Schutze, den sie einigen verhafteten Offizieren angedeihen ließen — auf die Erteilung guter Ratschläge und die Vermittlung zwischen Brentano und dem Großherzog. Der Geschäftsbericht, den sie nach ihrer Abberufung am 1. Juni dem Reichsministerium vorlegten, eröffnet einen interessanten Einblick in das, was in Karlsruhe vom 15. bis 30. Mai hinter den Kulissen vorging.

Die Reichskommissäre, die, wie gesagt, den handelnden Matadoren in persönlicher und politischer Beziehung nahe standen, schoben fast alle Sündenschuld auf das Ministerium Bekk, das allzu hart und unbeugsam den Anträgen der demokratischen Partei auf Amnestie der politischen Gefangenen und Berufung einer konstituierenden Versammlung entgegengetreten sei und „angeblich" der Offenburger Deputation eine drohende und beleidigende Abfertigung habe zuteil werden lassen. Dagegen konnten sie die Wirksamkeit Brentanos „in Betracht der Erhaltung eines geordneten materiellen Zustandes, der Aufrechterhaltung der Sicherheit von Personen und Eigentum" nicht genug loben. Auch glaubten sie, ihm ein gutes Zeugnis für politisches Wohlverhalten ausstellen zu müssen:

„Erwiesen liegt vor, daß einflußreiche frühere Führer der republikanischen Partei im Lande, wie Brentano, Fickler u. a. offen erklärten, ihre Parteibestrebungen in den Hintergrund zu stellen und ihre Kräfte lediglich mit den anderen Parteien dahin vereinen zu wollen, die frühere Verwaltung zu ändern und der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung zur Geltung zu verhelfen.

Es kann hier nicht übergangen werden, daß nach zuverlässigen, in Offenburg selbst bei den dortigen Beamten und vielen Bürgern gemachten Erhebungen, die Versammlung der Vereinsabgeordneten am 12. beschlossen und auch in der Hauptversammlung am 13. durchgeführt hat, daß jede republikanische Bewegung beiseite gesetzt werden müsse.

Nach der Ansicht der Reichskommissäre hätte der Großherzog diesen braven Untertanen ruhig sein Haupt in den Schoß legen dürfen:

„Die Reichskommissäre können diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne ihre Wahrnehmungen über die Stimmung gegen die Person des Großherzogs anzuführen. Dieser genießt überall im Lande einen hohen Grad von Achtung und Anhänglichkeit, nirgends zeigte sich eine feindselige Stimmung gegen seine Person; man spricht sich allgemein offen dahin aus, daß das mißliebige Regiment der letzten Zeit nicht seinen Gesinnungen, sondern den Einflüssen seines Ministeriums und seiner Hofumgebung beizumessen sei."

Freilich habe der Landesausschuß auf die in einer offiziellen Konferenz an ihn gerichtete Frage, „welche staatsrechtliche Stellung er gegenwärtig einzunehmen meine", ausweichend mit dem Hinweis auf die künftige konstituierende Versammlung geantwortet:

„Die weitere Frage, ob der Landesausschuß für die Rückkehr des Großherzogs tätig sein wolle, und welche Zusicherungen von seiten des Großherzogs man für eine solche Tätigkeit verlangen würde, erklärte der Landesausschuß nach besonderer Beratung hierüber, nicht zu beantworten, sondern lediglich der am 10. Juni zusammentretenden konstituierenden Versammlung zu überlassen."

Was die künftige Entwicklung der Dinge anlange, so hätten die Reichskommissäre aus Privatunterredungen mit Brentano und Fickler die Überzeugung gewonnen, „daß es bei der Verschiedenartigkeit der Elemente und dem durch Zufall zusammengewürfelten Landesausschusse und bei dem Zusammenströmen

einer Menge von weitergehenden Parteigängern in Baden bald zu einer Krisis im Landesausschusse kommen werde, welche dann bei ihrer Rückwirkung auf das Land die Gelegenheit zur Feststellung einer besseren Ordnung und Eingrenzung der Bewegung in die Schranken der Landesverfassung bieten müsse". Die Reichskommissäre hätten Brentano ihre tatkräftige Unterstützung angeboten für den Fall, daß er mit Rücksicht „auf den sich täglich mehr herausstellenden Geist der Bevölkerung und des Militärs" durch eine entschlossene Handlung wie die „Einsetzung einer aus wenigen Personen bestehenden provisorischen Regierung, welche sich in Abwesenheit des Großherzogs lediglich auf die Ausübung von dessen verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten beschränke", dem verderblichen Gange der Dinge Einhalt tun und Baden vor großem Unglücke bewahren wolle. Allein alle diese Vorschläge seien bei der augenblicklichen Lage der Dinge, wo der Landesausschuß von Tag zu Tag weiter getrieben werde, von sehr problematischer Natur:

„Es zeigte sich nämlich, daß in den letzten Tagen die weitergehende Bewegungspartei stark um sich gegriffen hatte, und daß auch die gemäßigteren Elemente im Landesausschuß, namentlich Herr Brentano, nicht mehr imstande zu sein schienen, solchen Anforderungen zu widerstehen. Zur Verwunderung der Reichskommissäre gewann die anfänglich kaum glaubhafte Idee, „daß Baden und die mit ihm in den letzten Tagen militärisch uniierte bayrische Pfalz aus der Defensive in die Offensive übergehen müßten", immer mehr Boden, und es stand zu befürchten, daß der Landesausschuß nachgeben werde."

Zu solcher Vermittlungstätigkeit, wie die Reichskommissäre sie übten, waren die Liberalen seit dem Beginne der Mairevolution nicht mehr aufgelegt. Ein kleines Häuflein Abgesandter der „vaterländischen Vereine" hatte zwar am 12. Mai in Offenburg einen letzten Versuch gemacht, auf die Radikalen in mäßigendem Sinne einzuwirken. Allein sie standen bald unter dem Eindruck, daß die Einladung der Volksvereine, auf der Volksversammlung des 13. Mai aufzutreten, so ziemlich identisch sei mit der Aufforderung, sich gratis eine Portion Schimpfwörter und Prügel zu verschaffen, wenn nicht gar volkspolizeilich beseitigt d. h. hinausgeworfen zu werden. „Was haben wir jetzt von euren sogenannten Volksmännern, von dem Welcker und Bassermann, um von dem Pfui-Mathy gar nicht zu reden?" sagte da einer der volksvereinlichen Tischgenossen. „Verräter sind sie geworden, elende Verräter, und ich ärgere mich nur darüber, daß ich ihre Bilder so lange in goldenen Rahmen zu Hause hatte. Hätte ich mir nur für das Geld ein Gewehr angeschafft, das wäre jetzt gegen diese Kerle gut zu brauchen." Bei dieser Sachlage beschränkten sich die vaterländischen Vereinsdeputierten darauf, ein Aktenstück an den Kongreß der Volksvereine zu hinterlassen, des Inhalts: daß nach ihrer Ansicht jetzt jeder innere Parteizwist, wie die Frage des Rücktritts des Ministeriums, ruhen, daß dagegen die ganze ungeteilte Volkskraft aufgeboten

werden solle, um bewaffnet den preußischen Oktroyierungsgelüsten entgegenzutreten und die Nationalversammlung zu unterstützen.

Gegen den Führer dieser „Reaktionäre", Gervinus, spielte die Heidelberger Demagogie schon in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai ihre letzten Trümpfe aus. In einem der besuchtesten Biergärten wurde das Gerücht ausgesprengt, Gervinus beziehe durch Vermittlung seines preußischen Hausherrn Fallenstein Geld von der preußischen Regierung. Es präsentierte sich sogar ein Dunkelmann, welcher behauptete, er habe das Fäßchen mit den preußischen Talern über die Brücke rollen sehen. Alsbald brach eine Rotte auf, um ihr Mütchen an dem verhaßten Manne zu kühlen. Schon trafen die steinernen Geschosse die Betten der Fallenstein'schen Kinder, welche in dem unteren Stockwerk schliefen. Der Vater, ein alter Lützower, trat vor die Türe und drohte, jeden niederzuschießen, der noch einen Stein werfe. In diesem Augenblick nahte ein Freund des Hauses und trieb mit einer Turnerschar die Tumultuanten auseinander. Tags darauf schüttelten Gervinus und Fallenstein den Staub Alt-Heidelbergs von den Füßen und gingen mit ihren Familien nach dem hessischen Grenzorte Auerbach an der Bergstraße.

Um nicht ähnliche Ausbrüche bübischer Roheit über sich ergehen lassen zu müssen, begab sich Häusser sogleich beim Ausbruch der Revolution nach Frankfurt, wo er sich von der trostlosen Lage des Parlamentes überzeugte. Auch eine Besprechung der badischen Reichstagsabgeordneten, der er anwohnte, war nicht dazu angetan, die erloschene Hoffnung auf's neue anzufachen. Die radikale Mehrheit schien nicht glauben zu wollen, daß es sich in Baden um etwas anderes als die Reichsverfassung handle, und erwartete von den Reichskommissären eine Autorität, wie sie der Römer Popilius Laenas besaß, als er dem Ägypterkönig mit dem Stabe in der Hand Friede gebot. Mit dem Gefühle, daß der Einzelne bei dieser Lage der Dinge weder Gutes wirken noch Schlimmes abwehren könne, schloß sich dann auch Häusser der Emigrantenkolonie an, welche in der Sommerfrische zu Auerbach den Gang der Ereignisse verfolgte.

Alle, die nicht unter der provisorischen Regierung dienen wollten, sei es, daß sie bisher eine exponierte politische Stellung gegen die neuen Gewalthaber eingenommen hatten, sei es, daß sie als junge Leute dem Kriegsspiele ausweichen wollten, pflegten in den ersten Wochen des Aufstandes über die schweizerische, elsässische, hessische und württembergische Grenze zu gehen und in den Nachbarländern die Rückkehr in die Heimat zu erwarten. So fanden sich nach und nach in Auerbach auch andere Flüchtlinge ein, darunter Lamey, Jolly, Scheffel. Während ein Teil dieser Emigranten einen trinkfrohen Humor entwickelte, konnte der andere nicht so leichten Herzens sich über die Kümmernisse der Zeiten hinwegsetzen. Von dieser Seite lief Mitte Juni bei der

„Allgemeinen Zeitung" ein Bericht über „die Dinge in Baden" ein, der so recht geeignet ist, in die politische Stimmung dieser Kreise zu versetzen:

„Die blasierte Selbstgenügsamkeit, womit jüngst ein badischer Berichterstatter den Zustand dort als erträglich schilderte, weil er in der warmen Maiennacht, von bösen Buben ungestört, bei offenen Fenstern schlummern konnte, ist nicht jedermann gegeben; namentlich dem nicht, der mit ganzer Seele an seiner Heimat hängt, und dem der sittliche Auflösungsprozeß eines teuern Landes die bittersten Schmerzen bereitet. Ein anderes ist es, den unbeteiligten Zuschauer spielen und seine Anschauungen durch die neugierige Betrachtung eines Revolutionsdramas bereichern, um sie allenfalls zu Feuilletonsartikeln zu vernützen; ein anderes, mit allen feinen Sympathien an den Boden des Dramas gefesselt sein und mit jedem neuen Akt eine andere patriotische Hoffnung zertrümmert sehen. In dieser Lage befinden wir uns: die Dinge in Baden können uns auch nach keiner Seite das amüsante Interesse bereiten, das der fremde Tourist allenfalls dabei empfinden kann; wir sehen nur den politischen und sittlichen Bankerott eines Landes, dem wir angehören, und seine letzten geordneten Verhältnisse vor Augen. Die Gewissenlosigkeit in der Anstiftung und Führung des badischen Aufstandes, der tief verächtliche Jesuitismus, womit man die den Leitern ganz gleichgültige Reichsverfassung zum Aushängeschild wählte, die innere Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft und des Heeres, die Gefährdung unserer Grenzfesten und daneben die schamlose Koketterie mit dem lüsternen Nachbarn im Westen, die Diktatur von Buben und Abenteurern, auf welche die neue Gewalt sich stützt, die finanzielle Vergeudung der Hilfsquellen des Landes — das alles sind keine Zustände, die uns in den warmen Mainächten behaglich schlummern lassen. Die Knechtung der Presse, die Terrorisierung jeder freien, unabhängigen Meinung, die jedes Beispiels entbehrende Wahlfälschung zu der allerdings totgeborenen Konstituante, die polizeilich-bureaukratische Willkür, worin die radikalen Zöglinge es den absolutistischen Mustern redlich zuvortun, das zügellose Prätorianer-Regiment, das Hereinziehen aller unsaubern Krankheitsstoffe aus aller Herren Ländern, die Mißachtung nicht nur der deutschen Grundrechte, sondern aller göttlichen und menschlichen Rechte überhaupt — sind Dinge, die uns nicht so ruhig lassen können, auch wenn wir jetzt persönlich nicht davon getroffen sind. Sind in diesem Chaos einzelne Elemente, die für eine bessere Sache zu streiten meinen, so können wir ihren Wahn nur beklagen; denn der Kampf für diese bessere Sache, für die deutsche Reichsverfassung hat mit dem Tage, wo die Emeute ihren Schild erhob, alle Hoffnung des Gelingens verloren. Es konnte der Politik, gegen die sich alle Patrioten vereinigt hatten, kein erwünschterer Schlag kommen, als der Soldatenaufstand in Baden und der Sturz einer Regierung, die dem Verfassungswerk redlich anhing; es konnten der Oktroyierung und der bewaffneten Reaktion die Wege nicht günstiger geebnet werden, als durch eine Konspiration, die in sich selbst ohne äußeres Zutun absterben mußte, aber ein totmüdes und durch und durch unterwühltes, ruhesehnendes Volk als Vermächtnis zurücklassen wird. Es konnte für die gesetzliche Entwicklung der badischen Zustände selbst keine schmerzlichere Katastrophe eintreten als die Herausforderung der bewaffneten Restauration, deren Ziel und Tragweite noch keine menschliche Staatsweisheit je gemessen und beherrscht hat. Schon schlimm genug für alle wahren Freunde der Freiheit, daß sie zwischen die Gewalt rechts und die Gewalt links gestellt sind, daß sie dort wie hier nur Despotismus vor Augen haben und es noch ihrem guten Schicksal danken müssen, wenn in diesem ehernen Widerstreit nicht alle volkstümlichen und sozialen Errungenschaften, nicht alle Fundamente einer politischen Gesellschaft zu Grunde gehen.

Daß die Dinge auf diese äußerste Spitze getrieben sind, haben wir zwar nicht nur den Sünden von heute und gestern zu danken; das „Intra muros peccatur et

extra" und das „quidquid delirant reges" haben die Schuld seit lange gehäuft. Aber die badische Emeute hat das letzte getan, um den Knoten zur gewaltsamen Lösung zu schürzen. Es war Sache jedes Einzelnen, in diesem Konflikt zu tun, was er für das beste hielt; wer aber im Sinne der herrschenden Partei nicht handeln und unter dem Joche der Partei nicht leiden wollte, dem blieb kein anderer Ausweg, als zu gehen, wohin ihn die Füße trugen. Das Beispiel einer gesinnungslosen Bureaukratie nachahmen und auf dem Posten bleiben, damit die „Unordnung nicht größer würde" (als wenn der Zustand, wie er ist, überhaupt noch mit Ordnung eine entfernte Ähnlichkeit hätte!), stand unabhängig gesinnten Männern ebensowenig an als das lächerliche Wichtigtun mit Geschäften und Arbeiten, wo der Druck und Jammer der Zeit nur sklavischen und mechanischen Naturen die Freude und Kraft zur gewohnten Arbeit übrig ließ.

Mit welchen Empfindungen wir der Katastrophe in Baden zusehen, mag sich ein jeder vorstellen, der die Dinge mit ernster Gesinnung, nicht mit dem Maßstab der Frivolität bemißt. In die peinliche Alternative zwischen einer gewaltsamen Zerrüttung und einer gewaltsamen Restauration gestellt, verbergen wir uns alle nicht, daß die Frage von der Lebensfähigkeit dieses Staatskörpers eine sehr zweifelhafte geworden ist. Dem Exzeß von der einen wird die Überschreitung von der anderen Seite folgen; oder wo sind die weisen patriotischen Reformer unter unseren Staatsmännern, die den kranken Staat gründlich und auf die Dauer zu heilen wüßten? Man muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß eine verfehlte Restauration den Keim neuer Kämpfe in sich trägt, und es darum vielleicht besser wäre, gleich jetzt zu tun, was später doch unvermeidlich werden kann. Einer freudigen oder nur erträglichen Zukunft gehen wir nicht entgegen, auch wenn den chaotischen Zuständen geordnetere gefolgt sind. Darum ist es weniger die Sehnsucht nach der Rückkehr, die uns beschäftigt, als die drückende Sorge, was dann weiter werden soll. Bei manchem steht der schwere Entschluß fest, noch einmal, aber zum letztenmal den Fuß in die Heimat zu setzen und dann sich ein neues Vaterland zu suchen. Es ist hart, von einem Lande zu scheiden, dem man mit all seiner Erinnerung, seiner Tätigkeit und seiner Sorge angehört hat; aber auch hier heißt es: lieber ein Ende mit Schmerz, als Schmerz ohne Ende."

Unter dem Hochdrucke der revolutionären Abenteurer und Flüchtlinge aus aller Herren Länder erfuhr das Brentano-Christ'sche Programm, das durch Vermittlung des Reichsministeriums eine Aussöhnung zwischen der rechtmäßigen und revolutionären Gewalt herbeizuführen und den drohenden Bürgerkrieg abwenden wollte, gegen Ende des Monats Mai eine bedeutsame Korrektur. Die Ansicht, daß Baden, das am 17. Mai eine militärische Union mit der Rheinpfalz geschlossen hatte, die revolutionäre Propaganda in die Nachbarländer Hessen und Württemberg tragen und aus der badisch-pfälzischen Bewegung eine allgemeine deutsche machen müsse, trug im Landesausschusse den Sieg davon. Gleich der erste Vorstoß ins Hessenland scheiterte aber trotz der Vorschußlorbeeren, welche die radikale Presse ausgeteilt hatte, am 30. Mai bei Heppenheim so kläglich, daß, wer Augen hatte, um zu sehen, über das Ende aller militärischen Operationen nicht mehr im Zweifel sein konnte. Als zu dieser Niederlage am 31. Mai eine gefährliche Militärverschwörung hinzukam, beschloß der Landesausschuß mit Majorität, den nötigen Aderlaß an sich selbst zu vollziehen, und bestellte am 1. Juni eine provisorische Regierung, welche

die gesamte Staatsgewalt in sich vereinigen sollte. Wie seinerzeit der Landesausschuß und die Exekutivkommission, so trat jetzt auch diese provisorische Regierung, bestehend aus Brentano, Fickler, Peter, Gögg und Sigel, mit den hochtrabendsten Proklamationen ihr Amt an. „Wir werden beweisen," hieß es da, „daß wir uns die tatsächliche Durchführung der Reichsverfassung und des Volkswillens nicht nur in Baden, sondern in allen deutschen Ländern zum Ziele gesetzt, und daß wir dem Kampfe um Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes ein siegreiches Panier voranzutragen bestrebt sind." Schon am folgenden Tage wurde aber Fickler, der die schwäbischen Versprechungen zu hoch taxiert hatte, bei dem Versuche, die badische Bewegung nach Württemberg hinüberzuspielen, in Stuttgart verhaftet und auf den hohen Asperg gebracht. Vergebens richtete die provisorische Regierung die „energische" Ansprache an das württembergische Volk, sich „wie ein Mann" zu erheben, vergebens schickte sie Raveaux zu der württembergischen Regierung mit der Erklärung, daß sie die Verhaftung Ficklers für eine Kriegserklärung ansehe und darnach handeln werde, vergebens prophezeiten die Federhelden der radikalen Presse einen „großen Schwabenstreich" und nahmen schließlich, als das Schwabenland die „schönsten Hoffnungen und heiligsten Versprechungen" nicht erfüllte, zu Hohn und Spott ihre Zuflucht:

„Wo steckt der Manneszorn, das Gut und Blut,
Das „eingesetzte" von den Männern allen,
Zu Tausenden bereit, die Schwerter umzuschnallen?
War alles denn ein leerer Zungenmut?
O! mach dich nicht zum Spottlied für die Welt,
Du Volk, das riesig droht und zwergig fällt!"

Mittlerweile hatte auch der innere Scheideprozeß seinen Anfang genommen. Die radikale Kritik machte die Entdeckung, daß Brentano und seine Leute die badische Staatsmaschine wie einen Leierkasten bedienten und weder Talent noch Mut besäßen. Sie nahm insbesondere daran Anstoß, daß man den Ausländern, welche außerordentliches zu leisten vermöchten, den Rat gegeben habe, in ihre Heimat zu gehen und dort Revolution anzufangen. Mit Vorliebe nahm sie auch die „Finanzgebahrung" Göggs auf's Korn. Mit solcher „Almosen- und Bettelwirtschaft" hebe man nicht ein ganzes Volk auf die Höhe der Revolution. Diese „Knickerei" sei auch daran schuld, daß man noch kein Kultusministerium habe, das die revolutionäre Erziehung leite und die Sehnsucht des deutschen Volkes nach einer republikanischen Hochschule befriedige.

Die Entrüstung kannte keine Grenzen mehr, als Brentano die lästigen Elemente, die ihm in Offenburg vom „Komitee zur Opposition" aufoktroyiert worden waren, bei wichtigen Sitzungen des Landesausschusses als Emissäre in die Kreisstädte schickte. Als das Haupt der provisorischen Regierung endlich

dazu überging, diese Mitregenten samt und sonders hinauszuspedieren, wurde ihm kein Pardon mehr gegeben. Eine eigenartige Rolle spielte bei diesen häuslichen Auseinandersetzungen der Mann, den Brentano vor den Freiburger Assisen als seinen besten Freund, patriotischen Held und Märtyrer gefeiert hatte. Unter dem Einflusse Fiklers hatte auch Struve die rote Binde mit der dreifarbigen Schärpe vertauscht und ob dieses Tausches die ätzende Kritik seiner früheren Gesellen erfahren. Gleich dem römischen Haruspex suche er in den Gehirnlappen des Schädels die Politik der Zukunft. Die „Heiligkeit des Eigentums" sei nicht einmal das einzig Heilige in seinem idealen Staatsgebäude. Seine Politik verhalte sich zur Politik der Revolution wie der tote Schädel zum lebendigen Menschen. Und doch könnte er, wenn er nur ins volle Leben hineingreifen und seine Popularität gegen Brentano ausspielen wolle, der Chef der süddeutschen Revolution werden.

Solche Locktöne verfehlten ihre Wirkung nicht mehr, seitdem er am 1. Juni 1849 bei der Wahl der provisorischen Regierung übergangen worden war. „Ich werde," sagte er, „diesen Herren zeigen, daß, wenn sie mich nicht verwenden wollen, ich nach eignem Kopf und Willen handle. Ich bin es der Sache schuldig, daß ich meine Kräfte verwende." Tags darauf erschien er mit der Forderung, ihn zum Minister des Auswärtigen zu ernennen und 60000 Gulden zur Verfügung zu stellen. Brentano war aber nicht gewillt, sich von seinem „besten Freund" überwachen und den Wind aus den Segeln nehmen zu lassen. Auf der Stelle trug Struve das Kriegsbeil, das er bis jetzt nur in den geheimen Sitzungen des Landesausschusses geschwungen hatte, auch in die Öffentlichkeit und ließ durch seine Preßbeamten dem „Ministerium Brentano-Peter" die gleiche Behandlung angedeihen wie früher dem Ministerium Bekk-Mathy. Der zu jeder praktischen Wirksamkeit total unfähige Fanatiker, der dem Genusse des Fleisches entsagte, weil die Tötung der Tiere eine unsittliche Handlung sei, spielte jetzt wieder mit Guillotine und Füsilade. Der deutsche Gesichtspunkt lag hinter ihm: vom Standpunkte des europäischen Völkerkampfes blickte er auf die Taten und Meinungen seines ehemaligen Busenfreundes Brentano herab und fand, daß er der „Abgott der Bourgoisie" geworden sei und die „Verräterrolle des Guerazzi" spiele. Nach der neuesten Heilslehre sollten sämtliche Institutionen, Mittel und Werkzeuge der bisherigen Regierung zertrümmert, die Gesetze und Verordnungen für ungültig erklärt, die einheimischen Beamten und Offiziere abgesetzt und unschädlich gemacht, Zölle, Zünfte und Steuern aufgehoben werden; durch Veräußerung der Staatsdomänen und Kirchengüter, durch Zwangsanlehen und andere ähnliche Kreditoperationen sollte das Geld beschafft werden, um durch Emissäre und Truppen den Feuerbrand in alle Welt hinauszutragen, Krieg den Palästen und Friede den Hütten zu bringen.

Schon am 5. Juni traten Struve und seine Genossen, mit wenigen Ausnahmen fremde Reisläufer der Revolution, im großen Rathaussaale zu Karlsruhe zur Gründung eines „Klubs des entschiedenen Fortschritts" zusammen. Anfangs sollte das neugeborene Kind „Revolutionärer Klub" getauft werden, allein die mit den badischen Verhältnissen bekannten Mitglieder machten geltend, daß das Land noch nicht reif für diesen Namen sei. Man richtete sogleich in der konstituierenden Sitzung, im Vertrauen auf die etwa 600 Mann starke schweizerische Flüchtlingslegion, an die provisorische Regierung eine Eingabe, in welcher verlangt wurde: Entwicklung erhöhter revolutionärer Tatkraft, Ersatz des verhafteten Fickler und des abwesenden Sigel durch „zwei andere Männer, und zwar von entschiedener Farbe", Beseitigung der reaktionären Beamten und Offiziere, Verkündigung des Martialgesetzes und Durchführung durch „radikale" Zivilkommissäre und „gesinnungstüchtige" Exekutionstruppen, Verbesserung der Organisation des Kriegsministeriums, Beschaffung der erforderlichen Geldmittel durch die „energischsten" Maßregeln, Berufung des „berühmten" Feldherrn Mieroslawski, Befreiung des Bürgers Fickler, politische Vereinigung Badens und der Pfalz, Behandlung aller politischen Anordnungen „vom Standpunkte des europäischen Völkerkampfes".

Als diese Liste Brentano mit dem Bemerken präsentiert wurde, „die Versammlung bleibe permanent, bis sie eine Antwort erhalten", konnte er darüber nicht im Zweifel sein, daß hier „Vogel friß oder stirb Politik" getrieben wurde. Er lehnte die Antwort bis zum nächsten Tage ab, ließ in der Nacht zuverlässige Volkswehren aus der Nachbarschaft, am anderen Tage Linientruppen von Rastatt kommen und heizte inzwischen der Karlsruher Bürgerwehr gehörig durch das Gerücht ein, die Anarchistenpartei wolle die Republik proklamieren und einen Handstreich auf das Schloß und die Stadt machen. Nachdem schon am Vormittage des 6. Juni die bewaffnete Macht beider Parteien sich drohend auf dem Schloßplatze gegenübergestanden und der Aufmarsch der Schweizer von den herbeigerufenen Machthabern für ein Mißverständnis erklärt worden war, kam es im Laufe des Nachmittags zu neuen, höchst dramatischen Auftritten im Karlsruher Rathause. Von den beiden feindlichen Brüdern tagte Struve mit den Seinen im großen Rathaussaale, während Brentano bald in dem Geschäftszimmer des Oberbürgermeisters, bald im kleinen Rathaussaale sein Quartier aufschlug. Auf die Meldung, daß die Schweizer, weit entfernt, demgegebenen Befehle, sich unverzüglich auf den Kriegsschauplatz am Neckar zu begeben, Folge zu leisten, sich in ihrer Kaserne verbarrikadiert hätten, ließ Brentano den Freischarenführer Becker „angesichts dieses" zu sich aufs Rathaus kommen und nach einem erregten Wortwechsel in den Gefängnisturm werfen. Becker berichtet selbst den Hergang wie folgt:

„Brentano, totenblaß, mit krankhaft verzerrten Mienen, fuhr Becker an: „Warum sind Sie noch nicht abgereist?" Becker erwiderte: „Ich habe dazu noch keinen förmlichen

Befehl bekommen und mein Bureau und Kasse noch nicht regelmäßig übergeben." Brentano fragte: „Hat Ihnen Reininger keinen Befehl überbracht?" Becker antwortete: „Reininger hat mir einen Wisch gegeben." Hier unterbrach ihn Brentano mit den Worten: „Im Namen der provisorischen Regierung sind Sie verhaftet." Becker erwiderte: „Sie übereilen sich. Sie beurteilen mich und meine Wirksamkeit falsch Sie sind irregeleitet und mystifiziert." Brentano meinte, das würde sich finden. „Sie gehen," befahl er, „jetzt ins Gefängnis. Sie haben mir früher oft gesagt, ich habe keine Energie, ich will Ihnen jetzt zeigen, daß ich Energie habe".

Unterdessen war der „Klub" mit der Antwort beschäftigt, welche die provisorische Regierung auf das gestellte Ultimatum gegeben hatte. Dieselbe wich bald vorsichtig aus, deutete bald einige Zugeständnisse an, klang stellenweise aber auch wie offenbarer Hohn, z. B. die Bemerkung, daß man schon gestern die Bürger Thibaut und Raveaux, zwei Intime Brentanos, zu Mitgliedern der provisorischen Regierung anstelle Ficklers und Sigels ernannt und dem Wunsche, in den Kampf geführt zu werden, Rechnung tragend, „die bereitesten hiesigen Streitkräfte" an die hessische Grenze geschickt habe. Wie nun aber die Kunde von der Verhaftung Beckers in die Klubsitzung drang, eilten die Schreckensmänner voll Schrecken aus dem Saale, und der zitternde Struve mußte als „Geisel" auf dem Rathause bleiben, bis am Abend die Schweizer mit ihrem freigelassenen Führer abgezogen waren. Am anderen Tage verschwanden Struve und Heinzen aus Karlsruhe. Joh. Phil. Becker wurde das Generalkommando der badischen Volkswehren abgenommen, der Redakteur Oppenheim, der die „Karlsruher Zeitung" im Sinne der Klubmänner geleitet hatte, von seinem Posten entfernt, der Reichstagsabgeordnete Martiny, der Schriftführer des Klubs, zum Generalauditor des Heeres ernannt und angewiesen, sein Amt sofort anzutreten. Diese und andere „Versetzungen und Ernennungen" wühlten in beiden Parteilagern alle Leidenschaften auf. Was die einen den anderen zutrauten, geht daraus hervor, daß zwei junge Männer, Struves Schwager Petro Dusar und Wilhelm Liebknecht, in die Kasematten nach Rastatt gebracht wurden unter dem Vorwande, daß sie am Morgen des 6. Juni, den Dolch im Gewande, sich nach dem Haupte der provisorischen Regierung erkundigt hätten. Außerdem berichtete die Klubpresse, Brentano habe Blind als Gesandtschaftssekretär nach Paris beseitigt, Bornstedt wegen Geisteskrankheit auf die Festung bringen lassen, Fickler durch einen „Spitzel" der württembergischen Regierung denunzieren lassen.

In den bürgerlichen Kreisen Karlsruhes atmete man einen Augenblick erleichtert auf. Es fand die Kunde weite Verbreitung, Brentano stehe durch die Reichskommissäre in Unterhandlung mit dem Prinzen Friedrich und versuche alles, um dem Lande die Fortsetzung des Bürgerkrieges und eine feindliche Besetzung zu ersparen. Wie die Akten des Frankfurter Reichsministeriums beweisen, war das Gerücht nicht gegenstandslos. Nach dem Protokolle vom

12. Juni wurde an diesem Tage ein Ettlinger Fabrikant M . . . von dem Hofgerichtsdirektor Christ dem Reichsministerium vorgestellt; derselbe berichtete: am 8. Juni sei ein großer Teil des Karlsruher Gemeinderats und Bürgerausschusses mit mehreren Fabrikbesitzern zusammengetreten, um über die Mittel und Wege zu beraten, wie durch die Vermittlung der Zentralgewalt eine möglichst unblutige Lösung der badischen Zustände herbeigeführt werden könne. Die Versammlung habe sich über folgende Punkte geeinigt: die Ordnung der Verhältnisse sollte nur durch die Intervention der Zentralgewalt stattfinden. Man möge für die vielen, die zum Gehorsam unter die rechtmäßige Gewalt zurückzukehren wünschen, eine Form finden, die dies schnell ermögliche. Sowohl beim badischen Militär als auch beim Volke finde sich eine große Anhänglichkeit an den Prinzen Friedrich. Durch das Einrücken der Preußen, „die nun einmal ebenso gehaßt als gefürchtet seien", werde unberechenbares Unglück hervorgebracht; eine Restauration der Dynastie durch preußische Bajonette werde ein bleibendes Odium für die Dynastie erzeugen. Auch Brentano habe mündlich seine Zustimmung gegeben:

„Diese etwa aus 15 Personen bestehende Versammlung habe den M . . . . . aus Karlsruhe und ihn beauftragt, sich morgens vor 7 Uhr zu Brentano in dessen Schlafzimmer zu begeben, um dort mit demselben insgeheim über die Notwendigkeit eines darauf zielenden Schrittes zu reden. Brentano sei auch ganz auf ihre Ansichten eingegangen und habe sich besonders für eine durch den Prinzen Friedrich anzubahnende Vermittlung günstig erklärt; er erkannte vollkommen die Notwendigkeit eines solchen Schrittes, lehnte es jetzt ab, irgend etwas Schriftliches zu geben, da es, wenn dies herauskomme, leicht seinen Kopf kosten könne.

Je näher das Kriegsungewitter rückte, desto unheimlicher wurden die Verhältnisse. Das naive Gros der demokratischen Partei hoffte immer noch, daß die Reichskommissäre[1]) und die konstituierende Versammlung Mittel und Wege finden würden, um den zerfahrenen Staatskarren wieder in Ordnung zu bringen. Eitle Hoffnung!

Die Berufung einer konstituierenden Versammlung war seit Jahr und Tag das Hauptstück in dem Repertoire der Partei gewesen. Nun wollte es das Schicksal, daß diejenigen, die in Volksversammlungen und in der radikalen Presse das hohe Lied von diesem Talisman gesungen hatten, die Probe auf das Exempel machen mußten. Am 17. Mai wurde die Auflösung beider Kammern und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung nach einem neuen Wahlgesetze verfügt. Jeder badische Staatsbürger, der das 21. Lebensjahr erreicht hatte, sollte wahlfähig und wählbar sein. Die zwanzig Wahl-

[1]) Nach Frankfurt zurückgekehrt, fanden die Reichskommissäre den interimistischen Reichsminister Grävell ohne Rat und Tat. Der Kriegsminister Peuker mutete ihnen zu, die Württemberger unter General Miller nötigenfalls mit Gewalt in die Festung Rastatt zu führen — da bekam Christ das Podagra, und Zell suchte einen Badeort auf.

bezirke für die Nationalversammlung wurden beibehalten. Jeder hatte vier Abgeordnete zu wählen. Die Wahlen sollten Sonntag, 3. Juni, stattfinden. Die Wahlbewegung war im Verhältnis zu früheren Zeiten eine laue, da sich die Konstitutionellen grundsätzlich an dem ungesetzlichen Akte nicht beteiligten. Nur demokratische Emissäre bereisten in Wahlangelegenheiten das Land. Die regierende Parteiführung tat, als ob sie von der Existenz und Wirksamkeit derselben keine Ahnung hätte. Die Leitung durch die Zivilkommissäre stieß auf keinerlei Hindernisse. Wo man „reaktionäre" Wahlumtriebe vermutete, zog man am Wahltage die Volkswehren und Freischaren der Umgegend zusammen und ließ sie, gleichviel ob Einheimische oder Fremde, an der Wahl teilnehmen.

Am 10. Juni fand mit einem Gepränge und Zeremoniell, das sich nur wenig von dem früher üblichen Festprogramm unterschied, die Eröffnung der konstituierenden Versammlung statt. Eine Deputation holte die Mitglieder der provisorischen Regierung von dem Rathause ab und geleitete sie durch das von Bürgerwehren gebildete Spalier nach dem Ständehause. Nach dem Extrablatt der „Karlsruher Zeitung" sollen sie „unterwegs durch den unablässigen Zuruf der versammelten Mengen begrüßt" worden sein, nach einer anderen Lesart zogen sie „verlegen und mit gesenkten Häuptern die finsteren und lautlosen Spaliere der Karlsruher Bürgerwehr" hindurch. Von der Rednerbühne der zweiten Kammer hielt Brentano die Eröffnungsrede. Er ging von dem Werke der Nationalversammlung aus und meinte — ohne freilich ein Sterbenswörtchen über die „Mitarbeit" seiner Partei und Person zu sagen — daß an diesem Werke festgehalten werden müsse, wenn man überhaupt von einem Deutschland solle sprechen können. Dann erzählte er den Verlauf der revolutionären Bewegung, indem er Parteimärchen an Parteimärchen reihte und noch einmal billige Rache an dem Manne nahm, der ihm Auge in Auge an derselben Stätte gerade vor vier Monaten, am 10. Februar, gegenübergestanden. Mit gewohnter Advokatendialektik täuschte er schließlich über die blamable Tätigkeit des Landesausschusses hinweg. „Möge jedem freien deutschen Manne," schloß er mit Worten, die er schon am 29. Juni durch feige Flucht Lügen strafte, „das Los beschieden sein, mit den Waffen in der Hand unterzugehen, ehe es den Feinden der Freiheit gelingt, über uns die blutige Geißel und die Knute zu schwingen."

Mit den Geistern, die er gerufen, sollte aber Brentano böse Erfahrungen machen, denn sie waren mit wenigen Ausnahmen aus demselben demagogischen Holze geschnitzt wie er. Welcher Wandel im Laufe eines Menschenalters von 1819—1849! Auf der Volksvertreterbank, wo einst ein Rotteck „mit Würde und parlamentarischem Anstande" des badischen und deutschen Volkes Rechte und Freiheiten gewahrt hatte, führte jetzt der rohe, gröhlende Wirts-

hausschreier Stay das große Wort. In der konstituierenden Versammlung fand sich keine einzige Persönlichkeit von hervorragendem Talente, kein einziger Mann, der das agitatorisch-demagogische Niveau überragt und die Lage des Landes von einer höheren Warte überschaut hätte. Ebenso unfähig, wie man sich in der Behandlung öffentlicher Geschäfte zeigte, ebenso unwürdig war der Ton, der unten im Saale angeschlagen wurde, dessen Echo auf den mit Blusenmännern besetzten Galerieen widerhallte. Keine andere Versammlung tagte je, die ihre öffentlichen Sitzungen so oft in geheime verwandelt hätte, um wenigstens die schmutzigste Parteiwäsche hinter verschlossenen Türen zu waschen. Da seit der Rastatter Militärmeuterei und dem Offenburger Parteitage die gemäßigteren Elemente nicht mehr mitmachten, meist den Sitzungen fernblieben und nur zu entscheidenden Abstimmungen sich zusammentrommeln ließen, bestand das agierende Gros aus jenem Troß, der seit Jahr und Tag keine andere geistige Nahrung als die Kost der radikalen Presse zu sich genommen hatte. Kein Wunder, wenn der Wirklichkeitssinn förmlich erstickt worden war, wenn die Überschätzung der eigenen Kräfte und die Unterschätzung der gegenüberstehenden Mächte so kraß zutage trat, daß die meisten bis zur letzten Stunde an einen Sieg der revolutionären Sache glaubten. Die Männer waren an den Fingern zu zählen, die sich die Frage, auf die in diesem Momente alles ankam, vorlegten: sollen wir den Frieden mit allen Folgen der freiwilligen Rückkehr wählen, oder aber den Krieg mit einem undisziplinierten Heere, kampfunfähigen Haufen und vertrauenslosen Führern aufnehmen? Allein sie fanden nicht den Mut, offen die richtige Antwort auf diese Frage zu geben: denn auch sie gehörten zu jenen, die „treulich am Feuer mitgefacht" und nun, wo das Land von Revolutionselementen überfüllt war, wo es kein Zurück mehr gab, das Wort „Volksverräter" aus dem Munde von Stay und Konsorten fürchteten. „Parlamentarische Stümper," so urteilte selbst Raveaux, „führten eine Komödie auf, welche der badischen Revolution mehr schadete als eine verlorene Schlacht."

Bei diesem Gesamtcharakter der konstituierenden Versammlung können wir uns füglich auf die Darstellung der prinzipiellen Hauptfragen beschränken. Gleich am Abend des Eröffnungstages platzten die erhitzten Köpfe in einer Privatbesprechung aufeinander. Auch hier sprach sich die Mehrheit der anwesenden Deputierten gegen die Proklamation der Republik aus; sie war aber ebensowenig klar über das, was sie wollte, daß man sich auf die unklare und prinziplose Stellung des Landesausschusses zurückzog, nämlich die Constituante keine definitive Entscheidung über die Frage der Staatsform treffen zu lassen.

Hatte Brentano gehofft, mit dieser Versammlung regieren zu können, so sollte ihn schon der erste Tag eines anderen belehren. Der sogenannte „Berg", den Stay, der Redakteur des „Volksführers", des schmutzigsten Blattes, das

je in Baden gedruckt wurde, in einer Parteibesprechung am vorhergehenden Tage gebildet hatte, griff nämlich in einer geheimen Sitzung die bisherige revolutionäre Verwaltung so hanebüchen an, daß der Präsident der provisorischen Regierung nur durch das Hintertürchen, „nicht die Regierung, sondern die Herren im Hauptquartier hätten die Zügel in den Händen", entschlüpfen konnte und sich mit ernsten Rücktrittsgedanken trug, wenn dies nur mit einigen Ehren möglich gewesen wäre.

Auch die Verhandlung über die Bestellung einer neuen Regierung brachte ein Mißtrauensvotum für den „Bürger-Präsidenten". Durch sein Faktotum Mördes ließ er den Antrag einbringen: „Die Constituante setzt eine Exekutive nieder, bestehend in einem Chef des Ministeriums und den weiteren Vorständen der einzelnen Ministerien; die letzteren sollen durch den von der Constituante zu wählenden Chef oder Präsidenten gewählt werden." Da der „Berg" Brentano nicht über den Weg traute, aber wohl wußte, daß die Mehrheit an ihm festhalte, da ein gewisser Instinkt ihr sage, daß er von allen der pfiffigste sei, so suchte er durch Stellung von zwei Anträgen, „Erneuerung von Ministerien durch die Versammlung", und „Schaffung eines Diktatoriums von drei Männern" die Versammlung in Verwirrung zu bringen und das zunächst mögliche Ziel, nämlich die Überwachung Brentanos durch zwei Männer ihrer Farbe, zu erreichen. Wie richtig der „Berg" die Majorität eingeschätzt hatte, zeigte sich, als bei der Abstimmung der Antrag mit 39 gegen 16 Stimmen angenommen wurde: „Es soll eine provisorische Regierung aus drei Männern mit diktatorischer Gewalt erwählt werden; die konstituierende Versammlung kann diese Gewalt zu jeder Zeit zurücknehmen; die provisorische Regierung ist nach niedergelegter Gewalt der konstituierenden Versammlung Rechenschaft abzulegen schuldig." Als ein Bergmitglied den „Volksführer" Stay nach der Abstimmung der Inkonsequenz zieh, erklärte er, „er habe nur deshalb dazugewirkt, daß ein Diktatorium geschaffen würde, damit das Volk auch diese Staatsform durchmache und sich überzeuge, daß sie nichts tauge." Und doch hatte der „Berg" seinen Antrag mit der Behauptung begründet, „das Vaterland sei in Gefahr". Sollen wir erzählen, wie man in „bergigen" Kreisen über die „Nullen" Goegg und Werner urteilte, welche der „Berg" selbst zur Rettung des Vaterlandes Brentano als Mitdiktatoren an die Seite stellte? Ein „Häufigkeits-Wörterbuch", das uns auch den mündlichen Wortschatz überliefert hätte, würde wohl die drei Tiernamen „Esel", „Kamel", „Rhinoceros" als die gangbarste Münze im vertraulichen Verkehre aufgeführt haben.

Nächst der Frage über die Staatsform war das Verhältnis der provisorischen Regierung zur Reichsregierung der schwerste Stein des Anstoßes für die konstituierende Versammlung; denn dem Volke und Heere hatte man die Meinung suggeriert, daß es nur für die Durchführung der Reichsverfassung

zum Kampfe aufgerufen werde. Als nun das Rumpfparlament in Stuttgart aus sechs Abgeordneten der äußersten Linken eine Reichsregentschaft bestellte, und diese an die provisorische Regierung die Aufforderung richtete, die badischen Truppen zur Disposition der neugebildeten Reichsregierung zu stellen, beschloß die Versammlung wie immer, wenn sie nicht „wo aus wo ein" wußte, „in Erwägung der Verhältnisse des Landes die Sache in die Hand der provisorischen Regierung zu legen". Bei dieser Gelegenheit glaubte der „Berg", nicht länger aus seinem Herzen eine Mördergrube machen zu dürfen. Wir geben diese charakteristische Verhandlung vom 18. Juni nach dem Berichte der „Karlsruher Zeitung" und bemerken, daß die Darstellung des offiziösen Organes der provisorischen Regierung durch den neugebackenen „Minister des Innern" Mördes die nötige Zensur sich gefallen lassen mußte:

Stay: Mir entspricht der Kommissionsbericht nicht. Wir müssen uns klar werden, in welchem Verhältnis wir zur Reichsregentschaft stehen. Die Erfahrungen des verflossenen Jahres erfordern, daß wir andere Konsequenzen ziehen aus unserer am 13. Mai begonnenen Revolution, und daß wir nur ein Ziel vor Augen haben können, nämlich die sozialdemokratische Republik. Die Reichsverfassung kann nicht unser Ziel sein, denn die Reichsverfassung ist eine konstitutionelle, und nur die Republik begründet den Wohlstand des Volkes. Die revolutionäre Bewegung in Baden kann nicht bloß den Zweck haben, die Reichsverfassung durchzuführen, die Bewegung ist aus dem Bewußtsein des Volkes entsprossen. Der Drang nach Freiheit war es, und nicht das papierene Machwerk aus der Paulskirche, warum wir uns erhoben. Wir stehen dem Absolutismus entgegen, und der Löwe der Revolution muß ihn verschlingen. Gehen Sie also über die Reichsverfassung zur Tagesordnung über und steuern Sie nach dem Ziele, der deutschen Republik, los. Wenn die Reichsverfassung in ganz Deutschland durchgeführt wird, so hat der Absolutismus gesiegt! Darum müssen wir über die Reichsverfassung hinausgehen. Was nun die Verfügung der Reichsregentschaft über unser Heer betrifft, so muß ich vor allem nach dem Zweck fragen; wenn wir unsere Bajonette, wenn wir die Armee des badischen Volkes der Reichsregentschaft bloß zur Durchführung der Reichsverfassung zur Verfügung stellen sollen, so kann ich mich nicht dafür erklären. Hätte die Reichsregentschaft es ausgesprochen, daß sie die Reichsverfassung für suspendiert erklärt, dann würde ich sogleich meine Zustimmung dazu geben. Bürger! Ich frage Sie: repräsentiert denn die Reichsregentschaft in Stuttgart die Revolution? Ich glaube dies nicht. Bürger! Es wäre schlimm genug, wenn die Revolution keinen besseren Stützpunkt hätte als die Reichsregentschaft in Stuttgart. Der Stützpunkt der Revolution ist hier in Karlsruhe, unsere provisorische Regierung ist die Trägerin der Revolution; denn wir bleiben nicht bei der Reichsverfassung stehen, wir gehen weiter, weil wir das wahre Glück des Volkes wollen. Wenn die Reichsregentschaft sich in den Schoß des badischen Volkes begibt und sich an die Spitze der deutschen Revolution stellt und verspricht, daß ihr Ziel die demokratisch-soziale Republik ist, dann stelle ich alles, was ich habe, zur Verfügung.

Ich stelle folgende Anträge:

1. Die konstituierende Versammlung geht über das Schreiben der Reichsregentschaft an die provisorische Regierung, die Aufstellung eines Reichsheeres betreffend, zur Tagesordnung über.
2. Die Reichsregentschaft möge sich zu uns begeben, um die Zügel der Revolution in die Hand zu nehmen.

Reich ist vollkommen mit Stay einverstanden. Die Reichsverfassung sei ein System; für den Kommissionsantrag ist er nicht. Er schließt sich dem ersten Antrag von Stay an, nicht aber dem zweiten, will auch, daß die Stuttgarter Herren in Stuttgart bleiben, damit sie nicht hier verderben, was wir gut gemacht haben.

Peter bemerkt dem Abgeordneten Glaser, daß Republik und Reichsverfassung keine Gegensätze seien; die Reichsverfassung hindere uns nicht, die Republik durchzuführen; er ist für den Kommissionsantrag, da er es für gefährlich hält, sich nicht der Regentschaft des Reiches zu unterziehen.

Mördes (als Minister des Innern auf der Regierungsbank): Wenn der Bürger Stay ein Ziel festgesetzt hat über der Reichsverfassung, so bin ich vollkommen mit ihm einverstanden. Ich bin auch der Ansicht, daß die Fürsten vernichtet werden müssen, aber ich muß dem Abgeordneten Stay erwidern, daß auch der Zweck der Revolution nicht der war, daß wir allein handeln wollten; allein können wir nicht zum Siege gelangen, die übrigen Stämme müssen mit uns gehen, und wenn auch die anderen vor der Hand nicht weiter gehen wollen, als bis zur Durchführung der Reichsverfassung, so müssen wir uns dennoch fest an sie anklammern. Ich bin auch darin nicht damit einverstanden, daß die Reichsregentschaft nicht die Trägerin der Revolution sei; sie hat den rebellischen Fürsten den Krieg dadurch erklärt, daß sie verlangte die Durchführung der Reichsverfassung. Wenn wir die Reichsverfassung fallen lassen, dann sind wir verloren; wir müssen ein gesetzliches Fundament haben, der Deutsche ist gewohnt, auf einem gesetzlichen Boden zu stehen, darum führen wir ihn in den Kampf für die Reichsverfassung; ein neues Parlament wird das Weitere beraten. Ich will, daß die Versammlung erklärt: wir stellen das badische Heer zur Verfügung der Reichsregentschaft. Wenn der Abgeordnete Stay sagt, er erkenne die Reichsregentschaft nicht an, dann hätte er auch konsequenter Weise in seinem zweiten Antrage sie nicht einladen dürfen zu uns zu kommen.

Lehlbach: Wenn man den Kommissionsbericht genau liest, dann kommt man zu dem, was der Abgeordnete Stay beantragt hat. Wir bahnen durch die Annahme des Kommissionsantrages einen Weg zur Vereinigung mit der Nationalversammlung, die alsdann auftreten und sich an die Spitze stellen wird, nur das durchzuführen, was wir wollen.

Hummel stimmt für den Antrag von Stay. Er will durchaus nicht der Reichsregentschaft die Truppen zur Verfügung gestellt wissen. Gegen Mördes bemerkt er, das Volk sei nicht so begeistert für die Reichsverfassung wie Mördes sich ausgesprochen.

Stay: Wenn er einen Fehler gemacht habe, so bekenne er es gerne; er nehme nun den zweiten Antrag zurück. Er bemerkt ferner gegen Mördes, daß er nicht auf dem Boden der Theorie wie er stehe, sondern auf dem des Dreinschlagens. Wenn Mördes anführe, wir stünden allein, wenn wir die Republik proklamierten, so sei dies eben wieder die alte abgedroschene Phrase. Wenn das Volk gehörig aufgeklärt wird, was Republik ist, dann wird es gewiß nicht länger dagegen sein.

Mördes freut sich, daß der Abgeordnete Stay konsequent geworden ist. Wenn Stay die rote Farbe als Praxis ausgibt, so hätte ich von ihm erwartet, daß er verlangt, man möge einen Kommissär an die Reichsregentschaft abschicken. Der Abgeordnete Stay wirft alle Mittel, die uns die anderen Stämme an die Hand geben, beiseite; ich behaupte, daß man Tatsachen nicht hinweg theoretisieren kann, das Volk will eben einmal die Reichsverfassung und spricht sich überall für dieselbe aus; wir wollen ruhig weiter arbeiten, um zum Siege zu gelangen; ich möchte keinen Zwischendamm zwischen einer jetzigen Niederlage und einem späteren Siege.

Heunisch als Berichterstatter ist selbst Anhänger der demokratisch-sozialen Republik, aber er glaubt, daß das gemeine Volk noch davor zurückbebe, weil es darunter ein Schreck-

bild verstehe. Die große Masse und das Militär überall haben laut erklärt, daß sie nur für die Durchführung der Reichsverfassung kämpfen, und es dürfte hier am Platze sein, der Stimmung den Volkes Rechnung zu tragen.

Zu Tausenden von Exemplaren ließ der „Berg" die Rede Stays unter das Volk werfen, denn mit der Proklamation der „roten Republik" durfte nicht mehr länger gezögert werden, waren doch an den vorhergehenden Tagen Depeschen auf Depeschen eingelaufen mit der Meldung: „Sieg der Unsrigen an allen Orten!" Ehe wir erzählen, was es mit diesen Siegen für eine Bewandtnis hatte, müssen wir die Geschichte des Bürgerkrieges in ihren allgemeinen Zügen aufrollen.[1])

[1]) Literatur. Für die militärische Seite kommen in Betracht auf seiten der Revolution die früher genannten Schriften von Abt (Preßtrabant Struves), Corvin (Oberst der Bürgerwehr in Mannheim, Chef des Generalstabes in Rastatt), Mögling (Offizier im Generalstabe, bei Waghäusel schwer verwundet), Mördes, Morz (Sekretär im Stabe des Volkswehroberkommandos), Sigel, Amalie und Gustav Struve, ferner: Bamberger (rheinhessischer „Korpsführer"), Erlebnisse aus der pfälzischen Erhebung im Mai und Juni 1849, Frankfurt 1849. — Becker (anfangs Oberkommandant der Volkswehren, später Führer eines „fliegenden Korps"), Geschichte der süddeutschen Mairevolution des Jahres 1849, Genf 1849. — Braß (Offizier im badischen Volksheer), der Freiheitskampf in Baden und in der Pfalz, St. Gallen 1849. — Daul (Aktuar im Willich'schen Freikorps), Tagebuch eines politischen Flüchtlings während des Freiheitskampfes in der Rheinpfalz und Baden, St. Gallen 1849. — Fenner von Fenneberg (Chef der rheinpfälzischen Armee), zur Geschichte der rheinpfälzischen Revolution und des badischen Aufstandes, Zürich 1849. — Berichte des Generals Mieroslawsky über den Feldzug in Baden, Bern 1849. — Wiesner (Kapitän im Generalstabe der badischen Volkswehr), militärisches Tagebuch aus Baden, Zürich 1849. — Zurkowsky (Generalstabskapitän), kurze Darstellung des Feldzuges in Baden, Bern 1849. — Engels (Adjutant im Stabe Willichs), die deutsche Reichsverfassungskampagne, 1850 in der „neuen rheinischen Revue" veröffentlicht und wieder abgedruckt in Franz Mehrings „gesammelten Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels" III. 289. — Raveaux (Zivilkommissär beim Oberkommando der badischen Truppen), Mitteilungen über die badische Revolution, Frankfurt 1850. — Cloßmann (Oberleutnant im 4. badischen Infanterie-Regiment), Kritik der badischen Revolution 1849 vom militärischen Standpunkte aus, Baden 1851. — Der badisch-pfälzische Krieg vom Jahre 1849, im 5. Bande der „Gegenwart" (von einem Militär, welcher die Ereignisse im revolutionären Lager miterlebte). — Loose, der deutsche Reichsverfassungskampf, Reutlingen 1852) auf dem Hohenasberg auf Grund von eigenen Erinnerungen und der von 1849–51 erschienenen Schriften bearbeitet). — Von 1846—1853, Erinnerungen aus Verlauf und Folgen einer akademischen und politischen Revolution von einem weiland Gießener Studenten und badischen Freischärler (Rudolf Fendt, Sekretär beim Oberkommando der badischen Volkswehren), Darmstadt 1875. — Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849, Zürich 1876 (anonym, Verfasser A. Goegg).

Auf seiten der Gegner der Revolution die Schriften von Andlaw, Bekk, Häusser, ferner: Beitrag zur Beantwortung der Frage: welches sind die Ursachen der plötzlichen Auflösung aller Disziplin in dem badischen Armeekorps? Karlsruhe 1849 (anonym). — Die Militärmeuterei in Baden, aus authentischen Quellen zusammengetragen von einem badischen Offizier (Oberstleutnant von Schilling?), Karlsruhe 1849. — Beitrag zur Aufklärung der Ereignisse in Baden im Mai 1849, als Manuskript gedruckt (General Hoffmann?).

Von Lauterburg hatten sich der Großherzog und die Minister über Hagenau und Saarbrücken nach Ehrenbreitstein und Frankfurt begeben. Sie suchten zunächst, die Zentralgewalt zu einem energischen Handstreiche gegen die Neckarlinie zu bewegen, um von dieser Operationsbasis aus die Kontrerevolution zu beginnen; allein die militärischen Autoritäten, darunter auch der Oberkommandant der Reichstruppen, rieten von jedem derartigen Unternehmen ab, da noch keine Klarheit darüber herrsche, wie weit die Revolution in Süddeutschland fortgeschritten sei, und da beim geringsten Unfall die Sache der Ordnung in ganz Deutschland gefährdet sei. Über Truppenmassen, die zum voraus den Sieg verbürgten, verfügte in diesem Augenblicke nur Preußen. Während die badischen Minister sich Ende Mai durch die Vermittlung des Reichsministeriums an die preußische Regierung wandten, schickte der Großherzog seinen Sohn Friedrich zu dem preußischen König. Die erbetene Hilfe wurde unter der Bedingung zugesagt, daß Baden nicht nur die Kosten zu tragen habe, sondern auch aus der Reihe der Staaten, welche die Reichsverfassung vom 28. März anerkannt hatten, ausscheide und dem Dreikönigsbündnisse vom 28. Mai 1849 beitrete. Damit hatte auch die letzte Stunde des Ministeriums Bekk geschlagen, und die Minister waren am 4. Juni gerade mit einer Rückzugserklärung beschäftigt, als von Ehrenbreitstein die Botschaft eintraf, daß der Großherzog den Geh. Rat Klüber zum Chef des Ministeriums ernannt und mit der Führung der badisch-preußischen Verhandlungen beauftragt habe. Diese Unterhandlungen, die in Frankfurt durch den preußischen Geh. Rat von Savigny und den badischen Geh. Rat von Stengel geführt wurden, hatten nicht nur die Frage der militärischen Intervention, sondern auch die Begründung eines dauerhaften Zustandes nach Unterdrückung der Revolution durch die preußische Okkupationsarmee zum Gegenstande. So marschierten denn in der ersten Hälfte des Juni neben der buntscheckigen, aus acht verschiedenen Kontingenten bestehenden, 18000 Mann starken Reichsarmee unter dem General v. Peucker zwei preußische Armeekorps, 20000 Mann unter General v. Hirschfeld und 15000 Mann unter General Gröben, an der badisch-pfälzischen

— Operationen und Gefechtsberichte aus den Feldzügen in der Rheinpfalz und im Großherzogtum Baden im Jahre 1849, Beihefte zum Militärwochenblatt vom Oktober 1849 bis Juni 1851. — Der Feldzug gegen die badisch-pfälzische Insurrektion im Jahre 1849 mit besonderer Beziehung auf das Neckarkorps, namentlich die Großh. hessische Armeedivision, nach authentischen Quellen von einem ehemaligen Offizier als Augenzeugen, Darmstadt 1850. — Lüdicke, der badische Feldzug, Halle 1850. — Staroste (Oberstleutnant a. D.), Tagebuch über die Ereignisse in der Pfalz und Baden im Jahre 1849, Potsdam 1852. — Busch (Oberst a. D.), Geschichtliches vom Frankfurter Bundeskontingentbataillon während den Feldzügen nach Schleswig-Holstein und Baden in den Jahren 1848/1849, Frankfurt 1858. (Von neueren Werken vergl. insbesondere Wilhelm von Voß „Der Feldzug in der Pfalz und in Baden“, Berlin 1903.)

Grenze auf. Den Oberbefehl über das Ganze führte der Prinz von Preußen, welcher die Kriegsführer am 12. Juni zu einem Kriegsrat nach Mainz berief. Da die feindlichen Streitkräfte die untere Neckarlinie besetzt hatten, wurde beschlossen, sie zunächst dort durch Gröben zu beschäftigen; inzwischen solle Peucker den Neckar hinaufziehen, den Fluß bei Zwingenberg überschreiten und dann im Rücken der Aufständischen bei Sinsheim an der Elsenz Stellung nehmen. Das Korps Hirschfelds, dem sich der Prinz von Preußen anschließen wollte, sollte die Pfalz nehmen, bei Germersheim über den Rhein gehen und von dort über Wiesloch die Verbindung mit Peucker herstellen. Man hoffte, am 21. Juni die Einschließung der revolutionären Armee zu vollenden und damit den ganzen Krieg zum Abschlusse zu bringen.

So programmgemäß sollte der militärische Spaziergang nicht verlaufen. Beim Beginne der revolutionären Bewegung hatte sich das badische Heer teils aufgelöst, teils dem regierenden Landesausschuß zur Verfügung gestellt. Das kleine Häuflein, das General Hoffmann in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai aus Karlsruhe weggeführt hatte, war nach viertägiger Irrfahrt in den württembergischen Grenzorten Bonnfeld und Fürfeld bei Heilbronn überwältigt worden.[1]) Nur eine Eskadron, die nach Landau abkommandiert war, und ein Bataillon, das in Schleswig-Holstein überwintert und am 6. April bei Ulderup mit Auszeichnung gegen die Dänen gefochten hatte, entgingen dem Schicksal, von einer revolutionären Regierung in Dienst und Pflicht genommen zu werden.[2])

Diese Truppen waren jedoch für die provisorische Regierung eine sehr zweideutige Stütze. Nach dem Rausche der Meuterei stellten sich die Folgen, Scham und Reue, um so eher ein, als von den vielen Versprechungen nur die wenigsten erfüllt werden konnten, und bald auch diese wieder zurückgenommen werden mußten. Wer geglaubt hatte, zu Hause auf der Bärenhaut liegen oder in der Garnison die Soldzulage in Muße genießen zu können, sah sich gründlich getäuscht. Die Gemeinden erhielten den Befehl, „mit allen ihnen zustehenden Mitteln" die Ausreißer wieder zu den Fahnen zurückzubringen. Es dauerte nicht lange, so wandten die Schüler die Lehren gegen die Lehrer selbst an und drohten ihnen mit den gleichen Waffen, mit denen diese die rechtmäßige Regierung gestürzt hatten. Es verging kaum ein Tag, an dem nicht irgend eine Revolte beschwichtigt werden mußte. Wiederholt zitterten die neuen Machthaber in Karlsruhe vor solchen Kontrerevolutionen;

[1]) Vergl. Meldung des Generals Hoffmann an das Reichskriegsministerium im Anhange des „Beitrages zur Aufklärung der Ereignisse in Baden im Mai 1849" von dem Kriegsminister Hoffmann.

[2]) Blätter aus dem Tagebuch eines hannover'schen Offizieres aus den Jahren 1848 und 1849, Hannover 1876. — Betz, Oberst a. D., aus den Erlebnissen und Erinnerungen eines alten Offiziers, Karlsruhe 1894. — Kußmaul, Jugenderinnerungen eines alten Arztes, Stuttgart 1899.

einmal mußte der Diktator Brentano selbst bis zum gemeinen Manne herabsteigen, um die Dinge wieder ins Geleise zu bringen.

„Da kriegst du die Provisorische" — an diese westfälische Redewendung aus der Franzosenzeit wurde das badische Volk in dieser Zeit erinnert; es wurde eine allgemeine Volksbewaffnung angeordnet und die Mobilmachung des ersten Aufgebotes, bestehend aus allen waffenfähigen Bürgern von 18 bis 30 Jahren, durchgeführt. Wie früher schon die Gegenden, durch welche der Hecker- und Struvezug ging, so wurde jetzt das ganze badische Hinterland, das bei der Versammlung aller verfügbaren Truppenkräfte am unteren Neckar die Hauptkriegslast zu tragen hatte, von revolutionären Gelüsten geheilt. Der Bauer, der seine Früchte nicht veräußern konnte, mußte plötzlich Waffen kaufen, seine arbeitsfähigen Söhne in den Krieg schicken, Einquartierung tragen und alles mögliche Kriegsmaterial liefern. Die Rekrutierungs-, Kriegs- und Zivilkommissäre mit ihren ordentlichen und außerordentlichen Vollmachten entgingen oft kaum der Wut des Volkes.

Dies war die Grundstimmung des Heeres und des Volkes im Ober- und Unterlande, als die konstituierende Versammlung zusammentrat und sich in einer geheimen Sitzung auch mit den Zuständen im Heerwesen beschäftigte. Mördes schreibt darüber:

„Es ward die Unordnung im Heere, der Mangel an allem Nötigen, die schlechte Wirtschaft mit den Geldern des Staates, die Willkür der Kommissäre bei den Requisitionen für das Heer geschildert; es ward der Zustand Rastatts als ein solcher geschildert, daß die Festung sich kaum 14 Tage halten könne. Zur Konstatierung dieses Tatbestandes ward sofort eine Kommission in das Hauptquartier gesendet und derselben geeignete Vollmacht übergeben. Die Kommission bestätigte nach ihrer Rückkehr den geschilderten Sachverhalt und brachte eine Reihe von Forderungen, deren sofortige Erledigung unumgänglich nötig sei, während eine andere ebenso große Masse von Forderungen in zweiter Linie als dringlich bezeichnet ward. Diese Forderungen zeigten, daß entweder das Kriegsministerium unverantwortlich verwaltet oder im Hauptquartier auf die schauderhafteste Weise gehaust wurde."

Alle Experimente, die seit dem Beginne der Mairevolution auf dem Kriegstheater gemacht wurden, scheiterten an den „so" beschaffenen Verhältnissen und Personen. Am 19. Mai hatte der Landesausschuß einem Vorschlage Sigels, so schnell wie möglich alle Kräfte gegen Württemberg in Bereitschaft zu setzen, zugestimmt, als der Reichstagsabgeordnete Raveaux auf dem Plane erschien und den „Kriegsrat" für eine Angriffsbewegung gegen Darmstadt und Frankfurt animierte; von da aus, meinte er, würde es ein Leichtes sein, „bis in das Herz Preußens und Sachsens vorzudringen". Der Kriegsminister Eichfeld begab sich sofort zur Armee, traf die nötigen Vorbereitungen und gab am 23. Mai gegen Mitternacht alle Befehle, „durch deren Ausführung es möglich war, den Odenwald und Franken für uns zu gewinnen, die hessische oder die Reichsarmee von allen Seiten zu umringen, Darmstadt und Frankfurt

gleichzeitig anzugreifen und das Freiheitsheer durch die bewaffneten Demokraten in Hanau, Höchst, Bockenheim, Offenbach, Bornheim und ganz Franken und Nassau zu verstärken". Kaum war aber sein Assistent Raveaux eingeschlafen und hatte im Traume fünf bis sechs Kolonnen die Grenze überschreiten und die Operationen beginnen sehen, als er durch eine seltsame Kunde vom Kriegsschauplatze aus dem Schlafe gerüttelt wurde:

„Ich mochte einige Stunden geschlafen haben, als es heftig an meine Zimmertüre pochte; Eichfeld und der Kommandant Pfeiffer von Mannheim, den ich schon im Gefechte wähnte, traten in mein Zimmer. Eichfeld sah sehr niedergeschlagen aus; ich vermutete eine Niederlage der Unsrigen, hörte aber zu meinem größten Erstaunen aus seinem Munde, der Kommandant Pfeiffer sei von Mannheim gekommen, um zu hören, ob der Befehl zum Vorrücken ernstlich gemeint sei oder nicht. Ich drehte mich unwillig in meinem Bette herum und ließ beide ohne Antwort stehen. Es trat darauf eine Pause ein, welche mir ungefähr 10 Minuten Zeit ließ, über die Erbärmlichkeit des Kriegsministers und Oberkommandanten Eichfeld, welcher von Struve zu diesem Posten vorgeschlagen war, meine Betrachtungen anzustellen. Da stand er vor mir, der große, stolze Mann von gestern, mit seinen neuen Generalsepauletten, mit seiner dreifarbigen breiten Schärpe, kurz, ganz so, wie er gestern war, aber unschlüssigen Blickes und gebeugten Hauptes; er sprach kein Wort, auch Pfeiffer schwieg, bis ich endlich die Frage an Eichfeld richtete: „Sind Sie der Oberkommandant oder der Major Pfeiffer?" Er antwortete: „Nein, ich bin allerdings der Oberkommandant, aber die Offiziere nehmen Anstand, über die Grenze zu marschieren, und ich sehe jetzt auch ein, daß es besser wäre, noch einige Tage zu warten, um uns besser zu organisieren; ich habe auch nicht die Kraft und die Kenntnisse, um den Oberbefehl länger führen zu können; es wäre mir lieber, wenn ich als Oberst an der Spitze eines Regimentes für die Freiheit kämpfen könnte; dazu fühle ich mich fähig." Ich erwiderte ihm, daß er diese Mitteilung vor seinem Abmarsch aus Karlsruhe hätte machen müssen, und fragte ihn, was nun aus den einzelnen Korps werden sollte, welche seine Befehle vollzogen hätten, während der ganze Kriegsplan durch Unfolgsamkeit einiger Oberoffiziere zerrissen sei. Und nun erfuhr ich, daß Eichfeld bereits nach allen Seiten hin Kontreordre geschickt habe und somit die Grenze noch nirgendwo überschritten sei."

Nun wurde Sigel Oberkommandant und mit der Ausführung des Raveauxschen Kriegsplanes betraut. Er kam am 26. Mai zur Neckararmee, hielt am 27. eine große Parade zwischen Käferthal und Mannheim ab, veranstaltete am 28. ein solennes Verbrüderungsfest zwischen Bürgern und Soldaten, erließ am 29. einen fulminanten Tagesbefehl und setzte am 30. die Angriffskolonnen gegen das Land der Chatten in Bewegung. An der Grenze angekommen, „parlamentierte" der Kriegskommissär Werner mit dem Führer eines Chevauxlegerstrupps; der Offizier, der die Infanteriespitze führte, erklärte, „er wolle sich wohl verteidigen, aber nicht über die Grenze gehen und angreifen"; der General Sigel dagegen brannte so vor Kampfbegierde, daß er seine Stellung als Oberkommandant mit der eines schneidigen Zugführers verwechselte, sich an die Spitze einer Dragonerpatrouille setzte und die hessischen Chevauxlegers in die Flucht jagte. Wie er aber, durch den augenblicklichen Erfolg geblendet,

seine Patrouille durch den Rest der Schwadron verstärkte und zu einer Attacke gegen die feindliche Artillerie ausholte, eröffnete plötzlich die verdeckt aufgestellte hessische Infanterie das Feuer. Die Dragoner machten Kehrt und rissen auch die hinteren Truppenabteilungen in solcher Flucht mit sich fort, daß Sigel trotz der größten Bravour die „Schlachtordnung" nicht wieder herzustellen vermochte und sich auf die Leitung des Rückzugsgefechtes beschränken mußte.

Nach dem unglücklichen Gefechte bei Heppenheim wurde die Angriffstaktik aufgegeben. Die provisorische Regierung rang sich immer mehr zu der Erkenntnis durch, daß man va banque spielen müsse. Sie sah sich zwar nach Freunden in der Not um, aber mit Ausnahme der Rheinpfalz, die sich in noch größeren Nöten befand, wollte niemand sich auf ein Schutz- und Trutzbündnis mit ihr einlassen, mochte die radikale Presse auch bald himmelhoch jauchzend, bald zum Tode betrübt von den „verbündeten" Völkern im Frankenlande, Württemberg, Hessen, Rheinpreußen sprechen. In solcher Stimmung entschloß man sich, auch den Polen Mieroslawsky an die Spitze der badisch-pfälzischen Truppen zu berufen. Mieroslawsky verlangte anfangs 140000 fl. zur Equipierung für sich und seinen Generalstab, ließ aber mit sich handeln und gab sich schließlich mit 30000 fl. zufrieden. Das Urteil über seine Feldherrngabe war ein sehr geteiltes. In der geheimen Sitzung der konstituierenden Versammlung herrschte sogar die Ansicht, daß er „nur durch seine Niederlagen bekannt" geworden sei, und daß die „Anstellung eines solchen Pechvogels ein schlimmes Omen" sei. Wie dem aber auch sein mag: jedenfalls besaß der Pole weit mehr Kenntnisse und Fähigkeiten, als die renommistischen Säbelschlepper, die in und außerhalb der Constituante in dieser Weise über ihn aburteilten. Es gelang ihm und seinem Generaladjutanten Sigel, in verhältnismäßig kurzer Zeit die taktische Ordnung herzustellen und einiges Vertrauen auf die Führung zu erwecken, sodaß die Badener jetzt wenigstens ihre Waffenehre retten konnten.

Am 15. und 16. Juni begannen die militärischen Operationen an der Bergstraße mit den Gefechten bei Käferthal und Ladenburg, Leutershausen und Großsachsen. Die badischen Truppen — man schätzte die Totalstärke der Neckararmee auf 12—15000 Mann reguläre Truppen und 6000 Mann Volkswehren — hielten dem Peucker'schen Korps gegenüber tapfer stand; ihre gut bediente Artillerie zeigte sich sogar dem Feinde mehrfach überlegen. Nur die eilig zusammengepreßten, schlecht bewaffneten Volkswehren rissen schon auf den Ruf: „die Preußen kommen" aus. Eine wahrhafte Elitetruppe waren dagegen die Hanauer Turner. Unter den übrigen Kriegsfreiwilligen zeichneten sich besonders die vielen Studenten aus, die, ganz von der Idee deutscher Einheit, Freiheit, Macht und Größe erfüllt, sich der Bewegung angeschlossen hatten, ohne freilich eine Ahnung von dem Verhältnisse zu haben, in dem die Offenburger Beschlüsse und ihre Urheber zu der deutschen Sache standen.

Tief bewegt reichte der alte Mittermaier seinem ins Feld ziehenden Sohne Karl die Hand zum Abschiede: „Ich bin nicht für gewaltsame Mittel im menschlichen und politischen Leben. Wenn es aber deine Überzeugung ist, so folge ihr; denn eines Mannes Überzeugung geht mir über alles. Ich hoffe dich gesund wiederzusehen."

Nach dem preußischen Kriegsplane vom 12. Juni sollten die ersten Gefechte nur den Zweck haben, den Gegner an der unteren Neckarlinie festzuhalten und zu beschäftigen. Diesen Zusammenhang der Dinge ahnte der Oberbefehlshaber Mieroslawsky kaum, als er am 16. Juni die Proklamation erließ: „Die Operationen unserer in stetem Vorrücken begriffenen Kolonnen sind von glänzendstem Erfolge gekrönt . . . Die feindlichen Truppen hielten nirgends stand; es ist nur schade, daß wir nicht genug Reiterei zur Verfolgung des Feindes haben . . . Die Stadt Heidelberg wird heute Nacht zur Feier der Siege unserer heldenmütigen Kämpfer beleuchtet . . . Dabei haben die Lichter an allen Fenstern die ganze Nacht zu brennen; alle Wirtshäuser sind bis Mitternacht offen zu halten." Der Siegestaumel der radikalen Presse kannte keine Grenze mehr, zumal zu der Meldung von den „glorreichen" Neckarschlachten auch die gefälschte Kunde kam, daß die Revolution in Frankreich am 13. Juni über ihre Feinde triumphiert, Elsaß-Lothringen sich dem Aufstande angeschlossen und die Nationalgarde in Straßburg sich der Zitadelle bemächtigt habe. Als vollends Struve mit Frau im Hauptquartier erschien, die Preßleitung und das „Departement der auswärtigen Angelegenheiten des Freiheitsheeres" übernahm, machten die Siegesbulletins mit ihren hohen Gefangenenzahlen und Greuelgeschichten von scheußlicher Behandlung der Verwundeten den Eindruck einer systematischen Lügenfabrikation. Einmal wurde sogar der Übergang der preußischen Landwehr und die Gefangennahme des Prinzen von Preußen ausposaunt.

Die Preußen kamen indessen wirklich, bewährten ihre alte Kriegstüchtigkeit und waren auch sonst besser als der Ruf, der ihnen vorhergegangen. Am 20. Juni rückte Gröbens Korps in die Position am unteren Neckar ein, während Peucker mit den Reichstruppen den Weg durch den Odenwald nach dem oberen Neckar einschlug, um den Fluß bei Zwingenberg zu überschreiten und dem Feinde bei Sinsheim an der Elsenz in den Rücken zu kommen. Am 20. Juni vollzog auch Hirschfelds Korps den Rheinübergang bei Germersheim, nachdem es die Pfälzer wie Hasen vor sich hergejagt hatte. Der folgende Tag, der 21. Juni, brachte das entscheidende Treffen des ganzen Feldzuges. Hirschfeld hatte am Morgen den General Hanneken mit 5000 Mann bei Waghäusel zurückgelassen, während er selbst mit dem Hauptkorps südostwärts auf Bruchsal marschierte. Mieroslawsky, der am 20. Juni in Heidelberg die Meldung erhalten hatte, preußische Truppen seien über den Rhein gegangen, warf nun

am Vormittage des 21. Juni seine ganze disponible Macht auf Hanneckens Truppen, um den preußischen Vortrab, wie er meinte, über oder in den Strom zurückzuwerfen. Schon mußte der preußische General sich vor dem an Zahl überlegenen Gegner auf Philippsburg zurückziehen, als plötzlich am südlichen Ende der badischen Aufstellung bei Wiesenthal neuer Kanonendonner erscholl, und der General Brunn mit 3000 Mann von dem preußischen Hauptkorps dem bedrängten Kameraden zu Hilfe kam. Panischer Schrecken ergriff Mieroslawskys Heerscharen, als sie von preußischen Gefangenen erfuhren, daß der Prinz von Preußen mit der ganzen Armee bei Bruchsal stehe und im Anzuge sei. In wilder Flucht wälzten sie sich durch Heidelberg, das Neckar- und Elsenztal hinauf, um glücklich bei Sinsheim dem Peucker'schen Korps zu entrinnen. Vergebens suchten sie an der Pfinz- und Murglinie zu retten, was nicht mehr zu retten war. Nachdem Mieroslawsky in Offenburg seinen Abschied genommen hatte, wurde der Oberbefehl wieder Sigel übertragen. Er zog sich nach Freiburg und von da durch das Höllental auf die Baar zurück in der Absicht, „von Donaueschingen aus sich auf das isolierte Korps von Peucker zu werfen, Württemberg, durch dessen Gebiet er marschierte, in den Kampf hineinzuziehen und dadurch möglicherweise Rastatt zu befreien". Eitler Wahn! Die Truppenteile, mit welchen er diesen Kampf aufnehmen wollte, ließen sich nicht mehr gegen den Feind, sondern nur noch in die Schweiz führen. Am 11. Juli rückte Hirschfeld in Lörrach, Peucker in Konstanz ein. An demselben Tage überschritten auch die letzten Trümmer des Insurgentenheeres bei Konstanz unter Goegg und bei Eglisau unter Sigel die Schweizer Grenze, nachdem einzelne Banden und Freischarenführer während der letzten Phase des Krieges durch Plünderung von Privateigentum und sogenannten „politischen Diebstahl" in den großherzoglichen und fürstenbergischen Schlössern dem Namen „Freiheitskämpfer" wenig Ehre gemacht hatten. Durch das Treffen bei Waghäusel hatte der Aufstand seinen Todesstoß erhalten; jedoch erst die Übergabe von Rastatt am 23. Juli besiegelte das Schicksal der badischen Revolution, ebenso tragisch und traurig, wie der Anfang an dieser Stätte gewesen.[1])

Ein noch unrühmlicheres Ende fand die politische Bewegung. In der letzten Sitzung, welche die konstituierende Versammlung am 23. Juni in Karlsruhe abhielt, ging es so stürmisch her, daß niemand mehr sich Gehör verschaffen konnte. Händeringend bat der Präsident, doch an die Würde der Versammlung zu denken und nicht bei Nacht und Nebel davonzulaufen. Nur der Befehl, daß keine Lokomotive ohne spezielle Weisung der Regierung den Bahn-

[1]) Vergl. außer den Schriften Corvins, Hoffmanns, von Schillings-Fickler (Professor am Gymnasium in Rastatt), In Rastatt 1849, Mannheim 1853. — Förderer (Gymnasiast in Rastatt), Erinnerungen aus Rastatt 1849, Lahr 1884.

hof verlassen dürfe, hielt schließlich noch etliche zwanzig „Gesetzgeber“ zurück. In den nächsten Tagen siedelte dieses konstituierende Rumpfparlament nach Offenburg und Freiburg über, wo sich auch die in Stuttgart auseinandergesprengten Reichsregenten und Reichstagsabgeordneten einfanden, mit dem Vorsatze, „sich nicht in die inneren Angelegenheiten Badens zu mischen“.

Gleichwie wenn eine Sprengbombe in dieses regierende und gesetzgebende Häuflein gefallen wäre, wirkte die Ankunft Struves, der in einer Nachwahl zu Engen endlich ein Mandat für die Constituante erlangt hatte. Seine Jüngerschar glaubte immer noch an den Sieg der revolutionären Sache, denn Struve verkündete jedem, der es hören wollte, daß eben wieder neue Siegesdepeschen vom Kriegsschauplatze eingetroffen seien. Dagegen besaßen die Parteigänger Brentanos nach den Erlebnissen der letzten Tage nicht mehr den Glauben, der Berge versetzt, und der Diktator äußerte im vertrauten Kreise, daß man durch Unterhandlungen dem Oberlande den Bürgerkrieg und der aufgelösten Armee, wenigstens den Soldaten und Volkswehren, das harte Los des Exils ersparen solle.

Kaum hatten die beiden Rivalen Brentano und Struve einander gesehen, als sie wie zwei Kampfhähne aufeinander stürzten. Schon am Bahnhofe in Offenburg ließ Brentano die drei Preßadjutanten Struves, Petro Dusar, Wilhelm Liebknecht und Iwan Rosenblum entwaffnen. Weniger fürchtete er die blanken Waffen ihres Herrn, seitdem er ihn am 6. Juni in Angst und Bangen um sein Leben gesehen hatte. Er stellte sogar den „Schreckensmann“ Struve auf eine neue Probe. In Kandern und Umgegend war nämlich eine Kontrerevolution ausgebrochen und ein Freischarenführer bei einem blutigen Zusammenstoß ums Leben gekommen. Die Terroristen schnaubten Rache, als die Anführer gefangen und vor das Standgericht gestellt wurden. Da wurde Struve mit dem Amte des öffentlichen Anklägers betraut. Jedermann war auf ein Todesurteil gefaßt. Der neue Staatsanwalt entdeckte aber einen Formfehler in der Voruntersuchung und stellte nicht einmal einen Strafantrag.

Um den verhaßten Gegner, der solchen Spott mit ihm trieb, zu Falle zu bringen, stellte Struve am 27. Juni nach einem „siegessprühenden“ Berichte Goeggs den Antrag, die Diktatur in eine provisorische Regierung von fünf Departementschefs zu verwandeln. Als dieser Antrag durchfiel, da die Mehrheit von einer Änderung der Regierungsform sich in diesem Stadium der „vier letzten Dinge“ keine goldenen Berge mehr versprach, ließ er in der nächsten Sitzung am 28. Juni den weiteren „dringlichen“ Antrag folgen: „Der Krieg gegen die Feinde der deutschen Einheit und Freiheit wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortgesetzt, und jeder Versuch einer Unterhandlung mit dem Feinde als Verrat am Vaterlande betrachtet und bestraft.“ Die Annahme dieses Mißtrauensvotums gab Brentano den längst ersehnten Anlaß, seine

Demission als Mitglied der Diktatur und der konstituierenden Versammlung zu übergeben. Als er vollends am Abend hörte, daß der „Berg" die Einführung des Schreckensregiments plane und mit dem Diktator a. D. den Anfang machen wolle, war er nicht mehr im Zweifel, wie viel die Uhr geschlagen habe, und floh mit zwei Getreuen in der Nacht durch den Schwarzwald nach Schaffhausen. Die konstituierende Versammlung, die in den nächsten Tagen ebenfalls nach allen Richtungen der Windrose auseinanderschneite, ließ ihm am folgenden Tage eine von Struve verfaßte öffentliche Achterklärung folgen, in der es hieß:

„Die konstituierende Landesversammlung muß diese Flucht des Bürgers Brentano als einen Verrat am Vaterlande betrachten und kann in dem Vorgeben desselben, er ziehe sich zurück, weil er ein Mißtrauensvotum erhalten habe, nur den Versuch erkennen, sein Verbrechen zu beschönigen. Sie setzte daher sofort eine Untersuchungskommission nieder, welche den Auftrag hat, gegen den Bürger Brentano und seine Begleiter einzuschreiten, um sie zur wohlverdienten Strafe zu ziehen. Über die Resultate dieser Untersuchung werden wir dem Volke Badens sobald als möglich ausführliche Mitteilung machen."

Also lautete das Verdikt der konstituierenden Versammlung über den Mann, der beim Beginne der Bewegung am 1. März 1848 den Abgeordneten Mathy einen „Volksverräter" genannt hatte. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher.

Kaum war Brentano aus den Augen, als im revolutionären Lager die letzte häusliche Auseinandersetzung stattfand. Die Diktatoren Goegg und Werner glaubten nämlich, daß Struve ihnen zwar nicht nach dem Leben, aber doch nach dem Amte strebe, zumal dieser, in der Hoffnung, Nachfolger Brentanos zu werden, getäuscht, unumwunden erklärte, daß eine mehrköpfige Diktatur eigentlich ein Unsinn sei. Da aber der Oberbefehlshaber Sigel Partei für die beiden Diktatoren ergriff und für eine Realisierung solcher Staatsstreichsgedanken nicht zu haben war, stellte Struve unter dem Vorwande, daß er durch die niederschlagenden neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatze eines anderen belehrt worden sei, am 2. Juli den Antrag, „mit dem ganzen Heere, mit Waffen, Vorräten, Kassen und allem beweglichen Staatsvermögen auf schweizerisches Gebiet in guter Ordnung zurückzugehen". Dieser Vorschlag klang in dem Munde des Mannes gar seltsam, der eben noch jedes derartige Ansinnen als Verrat am Vaterlande mit dem Tode bestraft wissen wollte, und Sigel wies ihn mit der Bemerkung zurück, „er würde der erste sein, welcher revoltierte, falls derselbe angenommen werde". Unter solchen Umständen gaben die Diktatoren Struve noch ihren Segen mit auf den Weg, als er die konstituierende Versammlung als „vertagt" angesehen wissen und in der Schweiz die Wiederberufung abwarten wollte. Nur die öffentliche Erklärung, in welcher er diesen Schritt rechtfertigte, wurde ihm abgenommen, mit der Bedeutung, daß er augenblicklich verhaftet werde, falls er sich unter-

stehe, etwas derartiges dem Drucke zu übergeben. Inzwischen hatte nämlich am 1. Juli von Feuerthalen bei Schaffhausen Brentano eine Antwort auf die Achtserklärung gegeben, welche die allgemeine Aufmerksamkeit mehr beschäftigte als alle weiteren Edikte und Armeebefehle der Diktatoren Goegg und Werner. Für die Liberalen war diese Erklärung eine Genugtuung, wie sie kaum eine solche von dieser Seite erwartet hatten. Häusser nennt sie „sein erstes aufrichtiges und wahrhaftiges Manifest in seinem ganzen öffentlichen Leben". Einige Auszüge aus dieser letzten politischen Kundgebung Brentanos, die wie kein anderes Zeugnis für ihren Autor und einen Teil seiner Partei charakteristisch ist, dürfen in keiner Darstellung der Revolution fehlen, die es ernst mit dem engeren Vaterlande meint:

„Mitbürger! Als ich in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni mit zweien erprobten Freunden die Stadt Freiburg und das badische Land verließ, habe ich dem Präsidenten der konstituierenden Versammlung angezeigt, daß ich mir vorbehalte, meine Handlungsweise gegenüber dem Volke, nicht aber gegenüber jener Versammlung, die mich so schmählich behandelt hatte, zu rechtfertigen. Wenn ich dieses nicht sogleich tat, als ich die Grenzen des Landes überschritten, für welches ich nach bestem Wissen und Gewissen gewirkt, und aus welchem eine herrschsüchtige, eigennützige Partei durch ihren Terrorismus mich vertrieben, so unterblieb dies bloß deswegen, weil ich die Schritte abwarten wollte, welche diese Partei gegen den Abwesenden einleiten werde. Heute ist mir das Machwerk der konstituierenden Versammlung zu Gesichte gekommen, und ich zögere nicht, Euch, Mitbürger! hiermit meine Rechtfertigung vorzulegen, damit Ihr in den Stand gesetzt werdet, zu beurteilen, ob ich verdient habe, daß man mich einen Verräter schilt, oder ob die Sache des Volkes, die Sache der Freiheit, für welche Eure Söhne, Eure Brüder bluten, jetzt in den Händen solcher Menschen liegt, welche durch Grausamkeiten ihre persönliche Feigheit, durch Lügen ihre geistige Unfähigkeit, und durch Heuchelei ihren niederträchtigen Eigennutz zu verdecken suchen . . .

Das aber sage ich Euch: Ihr werdet staunen, wenn Ihr seiner Zeit die Rechnungen seht, wie man mit Eurem Gelde gehaust, wie es nur wenige waren, welche ohne Eigennutz der Sache des Volkes sich geopfert, und wie die große Mehrzahl keinen Schritt getan, für welchen sie sich nicht aus den Kassen des Staates hätte bezahlen lassen. — Sogleich im Anfange unserer Revolution zogen sich Hunderte von Abenteurern in unser Land; sie pochten darauf, daß sie für die Freiheit gelitten, sie wollten aus Euern Kassen den baren, klingenden Lohn erhalten; vor uniformierten, Schleppsäbel tragenden Schreiern konnte man kaum mehr über die Straßen der Stadt Karlsruhe gehen, von Eurem Gelde schwelgten diese Müßiggänger, während Eure Söhne, welche für Freiheit des Vaterlandes ihre Brust den feindlichen Kugeln aussetzten, darben mußten; und wer diesem Treiben entgegentrat, der mußte sich einen engherzigen Spießbürger, wer nicht jeden seiner entgegengesetzten politischen Meinung wegen à la Windischgrätz verfolgen wollte, einen Reaktionär oder Verräter schelten lassen. — An der Spitze dieser Partei stand Struve, dem ich vor dem Freiburger Geschworenengerichte nicht als Advokat, sondern als Freund zur Seite stand, dessen unsinnige Pläne, den Ministern 6000 Gulden Besoldung zu geben und Gesandte nach Rom und Venedig, Agenten nach Petersburg und Ungarn zu schicken, ich verworfen hatte, dessen Bestreben, alle Stellen mit schwerem Gelde an nichtbadische Abenteurer zu vergeben, an meinem Widerstande gescheitert war, den das Heer wegen seiner persönlichen Feigheit, die er in Staufen bewiesen, verachtet, dessen Entfernung aus dem Landesausschusse

die Armee unbedingt verlangt hatte. Statt die eingesetzte provisorische Regierung zu unterstützen und zu kräftigen, wie er es versprochen, versuchte dieser Mann, dessen Ehrgeiz unter meiner Regierung freilich keine Nahrung fand, mit Hilfe der Fremden mich zu stürzen, und verlegte sich aufs Leugnen, als ich ihm die Macht zeigte, welche seine Pläne zu vernichten bereit stand. Damals hatte er nicht den Mut, vom Rathause in seinen Gasthof zu gehen, und ich, den er eben stürzen wollte, ich habe ihn großmütig und verachtend mit meinem Leibe gedeckt und nach Hause geführt. — Das Volk hat entschieden zwischen ihm und mir; denn bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung fiel er durch, und nur bei der Ersatzwahl im zweiten Bezirk, welcher zuerst mich mit 7000 Stimmen erwählt hatte, gelang es ihm, eine Stimmenzahl von etwa 3000 zu erhalten. — Meine Hoffnung hatte ich auf die konstituierende Versammlung gesetzt; ich glaubte, die aus den freiesten Wahlen hervorgegangenen Vertreter des Volkes würden mein redliches Bestreben unterstützen und kräftigen; ich habe mich getäuscht; eine Versammlung, deren Mehrheit aus ganz unfähigen, gewöhnlichen Schreiern besteht, bot das kläglichste Bild einer Volksvertretung, welche je getagt, und welche ihren gänzlichen Mangel an Einsicht und Kenntnissen hinter sogenannten revolutionären Anträgen verbergen wollte, die heute zum Beschluß erhoben, morgen als unausführbar wieder umgestoßen werden mußten . . . Ich solle Rechenschaft ablegen! Meine Handlungen liegen offen zutage. Geld habe ich keines verwaltet; dies geschah durch Beamte, welche seit Jahren beim Kassenwesen angestellt sind; mein Gehalt als Vorstand der Diktatur bestand in einer Tagesgebühr von drei Gulden; alle Reisen habe ich auf eigene Kosten gemacht. Aber wenn diejenigen einmal Rechenschaft ablegen sollen, welche die Staatsgelder vergeudet haben, und die meine Feinde geworden, weil ich nicht immer einwilligte, dann, badisches Volk! werden Dir die Augen übergehen! Dann, Ihr wackeren Krieger! werdet Ihr erfahren, daß, während Ihr darben mußtet, andere schwelgten!"





Vierundzwanzigstes Kapitel — Der Anfang der Reaktion



Auf die Revolution folgte in plötzlichem Übergange die Reaktion. Gestern noch alle Zustände einer zügellosen Volksherrschaft mit den unsinnigsten Proben von revolutionärer Gesinnungstüchtigkeit, heute der Belagerungszustand und das Standrecht mit einem förmlichen Wettlaufe, wer die stärksten Beweise von reaktionärer Gesinnung geben könne. Dasselbe politische Philistertum, das unter dem volksfreundlichen, liberalen Regiment Bekks in die laute Klage über unerhörte Despotie einstimmte, das unter der Diktatur Brentanos sich die elendeste Willkürherrschaft gefallen ließ und sich tröstete, daß es nicht noch bunter herging, zeigte sich nun im Delirium des souveränen Schreckens begierig nach Ausnahmegesetzen und moralischer Strenge.

Ein — allerdings verhältnismäßig kleiner — Teil der Bevölkerung konnte sogar den Tag nicht erwarten, an dem Baden in eine preußische Provinz verwandelt würde. Das Großherzogtum, meinten diese Kreise, habe durch die Revolution sein selbständiges Leben verwirkt. Es sei überhaupt durch nichts berechtigt, einen eigenen Staat zu bilden. Es habe keine historische Vergangenheit, sei nicht von dem gleichen Stamme bewohnt, gehöre nicht derselben kirchlichen Richtung an. Die exponierte langgestreckte Grenze gegen Frankreich und die Schweiz müsse in sichere Hände gelegt werden. Sobald die preußische Besatzung abziehe, breche ein neuer Aufstand aus. Der Großherzog, ein gutmütiger Mann, der die Blumenzucht und einsame Spaziergänge liebe, werde viel glücklicher sein als jetzt, wo man ihn mit Regierungssachen, von denen er nichts verstehe, quäle und mit arglistigen Intriguen aller Art zu umgarnen suche.

Nicht so preußisch dachten die Preußen. Nach der Niederwerfung des Aufstandes hatte das preußische Oberkommando die doppelte Aufgabe zu lösen: einmal die Gelüste der Nachbarstaaten nach einer Zerstückelung und Aufteilung des badischen Staates zurückzuweisen, sodann die gesetzliche Autorität und Ordnung im Lande wiederherzustellen. Während es den ersten Teil dieser Aufgabe — der freilich auch die Macht und Interessensphäre von Preußen tief berührte — in beständigen Reibungen mit Österreich und den süddeutschen Nachbarstaaten auf eine Weise löste, die ihm allezeit den Dank

des badischen Landes sichern werden, konnte und kann die Art und Weise, wie es den zweiten Teil seiner Mission erfüllte, nicht gerade in allen Stücken eine glückliche genannt werden.

Unter den preußischen Siegern herrschte die Ansicht — und der Prinz von Preußen sprach sie bei mehreren Gelegenheiten offen aus — daß die lebende Generation Badens unverbesserlich sei, daß man sie durch Furcht und Strenge bändigen und zu gleicher Zeit solche Maßregeln treffen müsse, die das Heil des nächsten Geschlechtes gewährleisteten. Die orthodoxe evangelische Geistlichkeit, welche in diesen Kreisen lieb Kind war, eiferte gegen den Unglauben als die Quelle des „Revolutionsgeistes". Schon am 29. Juli 1849 kündete ein Hirtenbrief des Erzbischofs Hermann von Vikari an, daß nur die katholische Kirche die Macht habe, alle Schäden der Zeit zu heilen, falls man ihr volle Freiheit lasse, ihre erhabene Mission zu erfüllen. Zu Anfang des Jahres 1850 kamen die Jesuiten und nahmen das Land von Säckingen bis Mannheim in Behandlung. Als das Missionswerk im Gange war, konnte eine fromme Feder die „anerkennende und wohlwollende Teilnahme" der evangelischen Geistlichkeit, den „gerechten und erleuchteten Sinn" der preußischen Kriegsbehörden nicht genug rühmen.

Nach solchen Maximen wurde die Bestrafung des Aufstandes betrieben. Gleich nach den ersten Gefechten wurden „Ausscheidungs- und Untersuchungskommissionen" gebildet, welche die verschiedenen Kategorieen von Gefangenen sichten, die vorläufige Untersuchung gegen die in Haft behaltenen Personen führen und sie dann, je nach der Lage des Falles, den ordentlichen Landesbehörden oder den eigentlichen Kriegsgerichten überweisen sollten. Es dauerte lange, bis der Instanzengang und das gerichtliche Verfahren geregelt war; denn zwischen dem preußischen Oberkommando und dem preußischen Kriegsministerium bestanden tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Bestellung der Kriegsgerichte. Während jenes wiederholt auf ein „möglichst rasches, durchgreifendes und strenges Verfahren" drang und die Aburteilung aller Gefangenen ohne Rücksicht auf ihre Staatszugehörigkeit den preußischen Kriegsgerichten überlassen wollte, war dieses der Meinung, daß man diesen Ausweg, der das ganze Odium der Verurteilungen auf Preußen zu werfen geeignet sei, nicht betreten dürfe, sondern der badischen Regierung die bestimmte Erwartung aussprechen müsse, daß sie gegen ihre Staatsangehörigen durch eigene Kriegsgerichte „schleunigst und energisch" vorgehe. Schon führte ein Teil der öffentlichen Meinung — darunter auch solche, die seiner Zeit die provisorische Standgerichtsgesetzgebung des Ministers Bekk nicht genug tadeln konnten — lebhafte Klage darüber, daß noch nicht eine einzige Verurteilung erfolgt sei, als Mitte Juli eine Vereinbarung in dem Sinne stattfand, daß Preußen das

aus je sieben Offizieren bestehende militärische Richterpersonal, Baden den öffentlichen Ankläger, Untersuchungsbeamten und Verteidiger stellte.

Wochenlang brachte die „Karlsruher Zeitung" in großen Beiblättern Fahndungen und Steckbriefe gegen Personen, die gerichtlich verfolgt werden sollten. Die Gefängnisse waren überfüllt. In Rastatt befanden sich allein 5600 Gefangene. Sie waren in den Kasematten, oft 150 in einem Raume untergebracht, schlecht gekleidet und genährt, so daß der Stand der Kranken die Zahl 1000 überstieg. Am 27. Oktober stellten die Standgerichte ihre Tätigkeit ein, nachdem im ganzen 94 Urteile gefällt und von 29 Todesurteilen 27 vollstreckt worden waren. Welche Jammerbilder! Ergreifende Abschiedsszenen! Furchtbare Anklagen und Verwünschungen der zwischen Leben und Tod schwebenden Unglücklichen, die noch am Grabe die Hoffnung aufpflanzten.[1])

Auch nachdem die Standgerichte ihre Tätigkeit eingestellt hatten, dauerte der Kriegszustand und das Standrecht fort, sodaß die ganze Milderung in der Substituierung der außerordentlichen Standgerichte durch ordentliche bestand. Dazu kamen die anderen Konsequenzen des Belagerungszustandes, insbesondere die Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechtes und die Knebelung der Presse. Die Prozesse in solchen Angelegenheiten wurden unter vorläufiger Aufhebung der Geschworenengerichte an die Hofgerichte mit dem Rechte des Rekurses an das Oberhofgericht verwiesen. Die Blätter, die unter dem Blittersdorff'schen Regimente die Stützen des verkappten Absolutismus gewesen, lebten wieder auf. Fremde Zeitungen und Zeitschriften, die den Zuständen des Großherzogtums eine unfreundliche Aufmerksamkeit widmeten, wurden einfach verboten. Der Wertheimer Professor Platz, den Mathy vor dem März mit der ganzen Lauge seines Spottes überschüttet hatte, wurde als Hofrat und Oberoffiziosus an die „erledigte Ratsstelle im Generallandesarchiv" berufen.

Mitgegangen, Mitgefangen, Mitgehangen — dies war das Los der verführten Opfer, während die eigentlichen Verführer und intellektuellen Urheber des Unglücks dem Arme der irdischen Gerechtigkeit entgangen waren. „Einmal von ihrem Grundprinzipe abgewichen," schreibt H. von Feder, „riß sie ihre

[1]) Vergl. außer den Schriften von Förderer, Corvin (am 15. September zum Tode verurteilt, zu 10 Jahren Zuchthaus begnadigt), Mögling (am 19. Oktober zum Tode verurteilt, zu 10 Jahren Zuchthaus begnadigt), Mors (13 Monate in den Kasematten und im Gefängnis): Rastatter Kasematten-Erzählungen eines Freigewordenen, Meisenheim 1850. — Schlatter (Alterspräsident der konstituierenden Versammlung, nach neunmonatlicher Untersuchungshaft zu 7jähriger Einzelhaft verurteilt), das System der Einzelhaft, Mannheim 1856. — Lebensgeschichte eines badischen Soldaten aus der Zeit des Aufstandes 1849, von ihm selbst geschrieben im Zellengefängnis zu Bruchsal, herausgegeben von K. Röder, Professor der Rechtswissenschaft, Heidelberg 1862.

unglückselige Verbindung mit den Revolutionärs in den Strudel der Umwälzung, aus dem sie sich loszumachen weder die Kraft noch den Mut besaßen. Tausende, die dem Gesetze anhingen, die ihrem Stande, ihrem Erwerbszweige, ihren Familienverhältnissen nach nichts weniger als Freunde eines gewaltsamen Umsturzes waren, sie alle sind in das unglückselige Verhängnis mitverflochten; man stellt sie auf gleiche Stufe mit dem Fremdling, der, als die Lärmtrompete erscholl, die Flinte in der Hand, in unser Land gezogen kam, um aus eigener Lust und eigenem Antrieb den revolutionären Kampf zu beginnen! Ja, während der letztere, den keine Bande als das eigene Selbst an das Leben fesseln, getrost den Tag erwartet, an welchem sich die Türe seines ihn ernährenden Kerkers öffnet, wird der Angehörige des Landes aus seinem Familienkreise gerissen, in seinem Geschäfte ruiniert, er selbst mit den Seinigen den bittersten Nahrungssorgen, tausendfältigen Qualen überantwortet." Mit alleiniger Ausnahme der „Kreuzzeitung" äußerten Blätter aller Parteirichtungen ihre Teilnahme; selbst diejenigen, die auf dem Boden des Gottesurteiles standen, daß, wer das Schwert nehme, auch durch das Schwert umkommen solle, konnten sich der allgemeinen Rührung nicht erwehren:

„Ich begleitete," schreibt W. Beyschlag, „die preußischen Waffen auf diesem Siegeszuge mit meinen besten Wünschen, konnte mich indes gewisser schmerzlicher Eindrücke dabei nicht entschlagen. Gerade vom christlichen Standpunkt aus, der an entscheidender Stelle in Berlin so sehr betont ward, vermißte man an den kriegsgerichtlichen Urteilen, mit denen das badische Trauerspiel abschloß, mitunter die Milde, ja die Gerechtigkeit. Es sind edle jugendliche Schwärmer standrechtlich erschossen worden, denen die Geistes- und Rechtsverwirrung der Zeit hätte zugute gerechnet werden müssen. Es sind, wie man mir hernach in Baden glaubwürdig erzählt hat, auch badische Unteroffiziere erschossen worden, welche in dem Wirrsal der Verhältnisse geglaubt hatten, für ihren geflüchteten Großherzog zu fechten. Der siegreiche König schien den Tag bereits vergessen zu haben, an dem er, die Trikolore auf der Brust, friedesuchend durch das empörte Berlin geritten war, und schien ebensowenig daran zu denken, wieviel Mitschuld seine eigene Schwäche an diesem tragischen Ausgang der ganzen deutschen Einheitsbewegung trug."

Nachdem die ärgsten Tage der Ausnahmegesetzgebung vorüber waren, kehrte der Großherzog am 18. August 1849 nach Karlsruhe zurück. Die Hauptstadt prangte im Festesschmucke wie zum Empfange eines siegreich heimkehrenden Kriegsherrn, war sich doch eine Anzahl von Bewohnern der stattlichsten Häuser in dem „geschmackvollen" Einfall begegnet, auf reich dekoriertem Balkon die Gipsbüste des Großherzogs mit einem Lorbeerkranze auszustellen. Dagegen sah man — auch ein charakteristisches Zeichen der Zeit! — die deutschen Fahnen und Farben nur drei- oder viermal. Das neue Juniministerium (Geh. Rat Klüber für das Äußere, Oberst von Roggenbach für den Krieg, Staatsrat von Marschall für das Innere, Staatsrat Regenauer für die Finanzen, Vizekanzler des Oberhofgerichtes Stabel für die Justiz) bestand aus streng konservativen Elementen der vormärzlichen Zeit. War auch die Aufgabe dieses

Restaurationsministeriums in Anbetracht der peinlichen Verhältnisse, unter denen es ins Land gekommen, und der materiellen, geistigen und sittlichen Verwilderung, welche die Revolution als Erbschaft hinterlassen, eine überaus schwierige, so war sie doch eine ungleich leichtere als diejenige, die das liberale Ministerium Bekk hatte lösen sollen: war dieses unter den Erinnerungen der Blittersdorff'schen Periode eingetreten, so war das neue Ministerium unter dem Eindrucke einer Demagogenwirtschaft zur Welt gekommen; hatte das Märzministerium mit einem tief eingewurzelten Mißtrauen und der immerwährenden Furcht vor Reaktion zu kämpfen, so fand das Juniministerium einen Fanatismus der Ruhe und Ordnung vor, mit dem es kaum gleichen Schritt halten konnte.

Da war vor allem der Kostenzettel der Revolution zu begleichen. Derselbe lautete nach der im Jahre 1855 erschienenen „Denkschrift des Großh. Finanzministeriums über die dermalige Lage des badischen Staatshaushaltes und deren Verbesserung" folgendermaßen:

„Der Umsturz der Staatsordnung im Jahre 1849 und deren Wiederherstellung hat an Ausgaben wegen der Revolution nach den Rechnungen von 1849/51 . 1 398 427 fl. 14 kr.
an Ausgaben für die Mobilmachung der zur Bekämpfung des Aufstandes herbeigerufenen preußischen Hilfstruppen . . . . 2 625 000 fl. — kr.
für Verpflegung dieser Truppen im Großherzogtum, soweit sie von der badischen Staatskasse selbst getragen ward . . . . 1 926 200 fl. 05 kr.
für Ergänzung oder Neuanschaffung der während des Aufstandes verdorbenen oder verschleppten militärischen Ausrüstungen aller Art, dann an Mehraufwand für Verpflegung der in Preußen gestandenen badischen Truppen . . . . 1 126 414 fl. 31 kr.
an Zuschuß zur Ausgleichung des durch den Aufstand veranlaßten, nach Gesetz vom 30. März 1850 und Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 30. November 1853 (Regierungsblatt 1854 Seite 1) auf die Gemeinden reparierten Aufwands für die militärische Hilfe 265 520 fl. 46 kr.
an Kosten für Untersuchung und Bestrafung der Teilnehmer des Aufstandes . . . . 154 032 fl. 46 kr.
an Kosten für Wiederherstellung der während des Aufstandes stattgehabten Zerstörung der Mannheimer Rheinbrücke, sowie für Vergütung einiger besonderen, durch den Aufstand verursachten und mit ständischer Zusicherung auf die Staatskasse übernommenen Verluste von . . . . 68 471 fl. 44 kr.
zusammen einen Aufwand von . . . . 7 564 067 fl. 06 kr.
zur Folge gehabt, dem jedoch in den Rechnungen von 1849 bis 1853 eine Einnahme von . . . . 842 153 fl. 20 kr.
als Schadenersatz aus der Revolution gegenübersteht."

Nächst der Ordnung des zerrütteten Staatshaushaltes bildete die Reorganisation des Heeres und des Beamtenapparates die Hauptsorge des Restaurationsministeriums. Der Kriegsminister von Roggenbach wollte bei allen Waffengattungen kleine, aus den ganz zuverlässigen Leuten bestehende Stämme bilden

und diese Stämme durch Einstellung der jüngsten konskriptionspflichtigen Altersklasse von 1849 auffüllen. Diese Vorschläge fanden aber nicht die Billigung des Prinzen von Preußen, welcher der Frage der Reorganisation seine besondere Aufmerksamkeit zuwandte. Er verlangte die Auflösung der gesamten badischen Armee, die Einführung der preußischen Armeeverfassung, die Neubildung außerhalb des Großherzogtums unter Mitwirkung preußischer Offiziere. Als sich auch das preußische Kriegsministerium in diesem Sinne ausgesprochen hatte, wurden alle Truppenverbände mit Ausnahme des Holsteiner Bataillons und der Landauer Eskadron aufgelöst. Die aktiven und pensionierten Offiziere, welche Verbindlichkeiten irgend einer Art gegen die revolutionäre Regierung eingegangen hatten, fielen entweder dem Kriegsgerichte anheim, oder sie wurden vor ein je zur Hälfte aus preußischen und badischen Offizieren und Kriegsbeamten gebildetes Ehrengericht gestellt. Die jungen Rekruten wurden in preußische Uniformen gesteckt und nach dem preußischen Reglement ausgebildet. Ein Aufenthalt in Pommern sollte den Schlußstein dieses Erziehungskurses bilden.

Mit demselben Geiste, wenn auch nicht mit derselben Massenwirkung, wurde die Reinigung der Staats- und Kirchendienerschaft in Angriff genommen. Nur diejenigen Beamten, meinte die „Karlsruher Zeitung“, könnten im Amte bleiben, welche, um ihr politisches Gewissen rein zu halten, das Land verlassen hätten. Die Mitglieder der Staatsministerien, an deren Adresse diese Angriffe natürlich in erster Linie gerichtet waren, antworteten mit einer Verteidigungsschrift, welche als leitenden Grundsatz für jeden Staatsbeamten die Regel aufstellte, „in jeder äußersten Lage das zu tun, was auf der einen Seite der beschworenen Pflicht nicht zuwider und auf der anderen dem Besten des Vaterlandes nach seiner redlichen Überzeugung zuträglich ist“. Bitter beklagte sich der Ministerialrat von Jagemann in einem Briefe vom 7. Juli 1849 über diese Behandlungsweise:

„Was sagen Sie zu dem reaktionären Anfang des neuen Ministeriums? Darüber werden alle Redlichen und Einsichtsvollen einig sein, daß über alle Rädelsführer der eigentlichen Revolutionspartei strenges Gericht gehalten werden muß: daß man aber vielmehr damit beginnt, diejenigen zu verfolgen, welche der Herrschaft des Landesausschusses als einem Gebot der Notwendigkeit sich fügten, um von den Rechten des Landesherrn, den gesetzlichen Landeseinrichtungen zu retten, was zu retten möglich war, kurz diejenigen, welche den bekannten Eid mit Vorbehalt der Verpflichtungen, welche die schon beschworene Landesverfassung enthält, also die treu ausharrenden Staatsdiener: dies geht doch über alle Vorstellung. Ich gehöre mit Stolz zu den letztgenannten, und durch mein Verbleiben im Dienst ist 11 gefangenen Offizieren das Leben gerettet und die Militärwitwenkasse vor Plünderung bewahrt geblieben.

Mir scheint diese falsche Beurteilung meines Betragens auf dem in den höheren Regionen immer noch vorherrschenden Grundirrtum zu beruhen: daß die Staatsdiener lediglich dem Landesherrn dienen, und daß sie daher im vorliegenden Falle, nachdem letzterer sich außer Landes begeben hatte, entweder ihm folgen oder ihre Stelle niederlegen mußten.

Ein konstitutioneller Mann antwortet aber darauf: Wir sind nicht bloß dem Fürsten, sondern auch, und zwar ebenso wesentlich dem Lande Treue und Aufopferung schuldig und hätten daher unsere Pflichten versäumt, wenn wir aus dem einzigen Grunde, weil der flüchtige Großherzog keine Fürsorge für die einstweilige Landesverwaltung getroffen hatte, alle Dienstverrichtungen eingestellt und das Land dem sicheren Untergang überlassen hätten."

Bei dieser Reinigung kam allerlei Giftstoff zum Vorschein. Ein unheimliches Denunziationsgeschäft blühte auf. Voll Überhebung sahen diejenigen, die gleich beim Ausbruche der Revolution geflüchtet waren, auf die zurückgebliebenen Kollegen herab. Nicht selten stießen in der Absicht, geheime Sünden zu vertuschen oder sich nach oben zu empfehlen, gerade solche den lautesten Entrüstungsschrei aus, die in der Stunde der Gefahr ein nichts weniger als ein mustergültiges Betragen an den Tag gelegt hatten. Ja, es kam vor, daß Geistliche, die während der Revolution das vorgeschriebene Gebet für den Großherzog unterlassen hatten, sich jetzt dadurch als die besten Stützen der Reaktion zu erweisen suchten, daß sie ihre Konfratres solcher Unterlassungssünden beschuldigten. Nachdem dieses Gift insgeheim und offen seine Schuldigkeit getan hatte, fand man endlich ein ebenso wirksames Gegengift: man forderte nämlich alle, die sich mit Gewinn an diesem Geschäfte beteiligen wollten, auf, vor allem die Hand auf das eigene Herz zu legen und offene, kontrollierbare Auskunft über ihr eigenes Verhalten in der Stunde der Gefahr zu geben.

Wohl am meisten umstritten war nach dem Ausgange der Revolution die Frage, wie die neue Regierung sich zu der Landesverfassung stellen werde. Die Ständeversammlung, die am 14. Mai 1849 ihre Sitzungen unfreiwillig hatte abbrechen müssen, war in der Zwischenzeit weder beurlaubt, noch vertagt oder aufgelöst worden. Wie sich früher der stürmische Andrang der revolutionären Demagogie gegen die zweite Kammer gerichtet hatte, so wandte sich nun der lange Zeit verhaltene Haß der vormärzlichen Restaurationsmänner gegen dieselbe Institution und bezeichnete sie als „der öffentlichen Meinung längst verfallen".

Die Regierung zögerte lange, ehe sie einen Entschluß faßte. Die Proklamation, die der Großherzog bei seiner Rückkehr erlassen hatte, enthielt nur die Stelle: „Außerordentlich sind die Heilmittel, deren es in dieser Lage bedarf. Teilweise schon in Anwendung gekommen, werden sie auch fernerhin nach Meinen verfassungsmäßigen Befugnissen in Anwendung treten. Daß es zum Besten des Landes geschehen, das werden — Ich zweifle nicht daran — seine Vertreter anerkennen." Da, als selbst die Karlsruher Zeitung Schmähungen auf die zweite Kammer häufte und den Vorschlag, ein neues Wahlgesetz zu oktroyieren, brachte, erstand in Ludwig Häusser ein defensor constitutionis, der sich nicht so leicht aus dem Felde schlagen ließ:[1])

[1]) Beilage No. 287 der „Allg. Zeitung" vom 14. Oktober 1849.

„Die badische Regierung ist bei jeder Berufung der Stände in einer ganz absonderlichen Lage. Noch ist eine Ständeversammlung vorhanden, die bis jetzt weder aufgelöst noch vertagt, noch förmlich beurlaubt ist, die nur seit dem 14. Mai ihre Sitzungen unfreiwillig hat unterbrechen müssen, die aber jeden Augenblick durch ihren Präsidenten zusammenberufen werden kann. Daß es bis jetzt nicht geschehen ist, wird durch die Verhältnisse, wie sie sind, vollkommen gerechtfertigt. Es ist dies dieselbe Kammer, gegen die sich der stürmische Andrang der revolutionären Partei mit wahrer Berserkerwut richtete, die man durch Mißtrauensvoten, Schmähungen, Verdächtigungen hat von ihrem Platze zu verdrängen, durch den Austritt der äußersten Linken hat beschlußunfähig zu machen gesucht — dieselbe Kammer, die sich des ehrenvollen Hasses der Roten in einem kaum zu beschreibenden Maße erfreute, und gegen die jetzt der ebenso erklärliche, aber lange Zeit verhaltene Haß der vormärzlichen Restaurationsmänner allmählich anfängt sich Luft zu machen, dieselbe Kammer, die jüngst selbst ein sehr konservativer Korrespondent dieser Blätter — der seinen Ingrimm gegen die Wühler sonst kaum bändigen konnte, sondern einige fast namentlich der Acht und Aberacht preisgab — als „eine der öffentlichen Meinung längst verfallene“ bezeichnet — ein Beweis, daß auch die ganz vormärzlichen Politiker es unter Umständen genehm finden, sich auf die Stimmen der Volksvereine als auf die „öffentliche Meinung“ zu berufen.

Noch mehr: in dem Organ der Regierung, der „Karlsruher Zeitung“, wurde ihr jüngst der unbeschreiblich naive Vorwurf gemacht, sie habe am 14. Mai ihren Platz verlassen, statt die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Im Moment, wo die revolutionäre Partei, die nicht leicht eine Person oder eine Körperschaft bitterer haßte als diese Kammer, an der Spitze trunkener und zügelloser Soldaten in die Hauptstadt einzog, wo Hof, Regierung und Offiziere entflohen waren, die höchsten Beamten den verächtlichen Haufen, die sich als provisorische Regierung gerierten, Gehorsam schworen, das Heer in Auflösung begriffen, die Masse der „Gutgesinnten“ ganz eingeschüchtert und willenlos war — in diesem Moment hätte ohne Zweifel ein Versuch jener Versammlung, das Staatsruder zu ergreifen, einen ganz außerordentlichen Erfolg gehabt! In der Tat ein wohlbegründeter Vorwurf! Und wie fein ist in dem eigenen Organ der Regierung damit dem Großherzog, dem Hof und den Offizieren der viel schwerere Vorwurf ihrer Flucht vorgehalten! Wie zart und doch wie bitter ist damit angedeutet, welch schwere Verantwortung sie durch ihre Desertion auf sich nahmen! Und da die Kammer, weil sie ihren Posten preisgab, nachdem alles bereits desertiert war, fortan unbrauchbar sein soll, wie nahe ist die Folgerung gelegt, daß auch alles andere, was damals zur Flucht das Beispiel gab, fortan unhaltbar und unbrauchbar sei! Fürwahr, wir haben allen Grund, den Takt und den taciteischen Freimut des Hof- und Regierungsorgans in gleich hohem Maße zu bewundern!“

„Die Kammer von 1848 und 1849 suchte unter den Umständen, wie sie waren, noch zu leisten, was zu leisten war. Von dem souveränen Unverstand, der in unseren kleinen deutschen Kammern fast allerwärts als bezeichnendes Symptom des Krankheitszustandes hervortrat, war sie frei, auch wenn sie in Konzessionen an die demokratische Zeittendenz sehr weit ging. Aber sie hielt an Lebenspunkten mit einer Zähigkeit und Hartnäckigkeit fest, die wir der konstitutionellen und konservativen Partei hätten überall wünschen mögen. Sie ließ sich in Zeiten, wo viele jetzt wieder beredt gewordene Leute ganz stumm waren, oder wo die kurzsichtige Beschränktheit des politischen Philistertums sich von dem Lärm der Volksvereine einschüchtern ließ, durch alle die Mittel des demagogischen Terrorismus, die damals angewandt wurden, nicht bewegen, vor dem Feind den feigen Rückzug anzutreten. Selten ist wohl eine Körperschaft mehr wider Willen an ihrem Platz geblieben als die letzte badische Kammer, sie sehnte sich nach dem Tag ihrer Auflösung, aber sie wollte sich die Beschleunigung dieses Termins von demagogischer Frechheit nicht abtrotzen

lassen. Vergeblich waren die Adressen- und Proteststürme der Volksvereine, vergeblich der Austritt der Linken und die Renitenz ihrer Wahlbezirke — die Kammer ließ sich in der Lösung ihrer Aufgabe nicht irre machen, und sie hatte höchstens noch eine Woche zu tagen, als die Rastatter und Offenburger Austritte ihr den Lebensfaden zerschnitten. Ein wesentliches war indessen erreicht: statt daß man den Aufruhr in eine legale Form kleidete, und, wie es Brentanos Absicht war, mit Hilfe einer „konstituierenden Versammlung" das erreichte, was nachher um viel höheren und gefährlicheren Preis zu Rastatt und Offenburg erlangt ward, war die revolutionäre Partei gezwungen, die Maske abzunehmen und, statt der legalen Heuchelei, es mit dem offenen Aufruhr zu versuchen. Dies war ein Glück für Baden; denn so schlimm die Dinge geworden sind, es gab noch ein schlimmeres; wenn sich der Krankheitsstoff, statt mit einem Male zu dem notwendigen Ausbruch zu gelangen, noch eine Zeitlang im Körper festsetzte und vollends alle gesunden Teile angriff. Dies geschah, wenn die demagogische Intrigue der gewissenlosen Anführer gelang, wenn man unter der Form einer legal berufenen Versammlung und eines aufgedrungenen Ministeriums das Regiment der Volksvereine und Volksausschüsse auf den Thron setzte, die Demagogen schrankenlos und mit dem Freibrief angeblich gesetzlicher Zustände schalten und walten ließ und so das Land materiell und sittlich bis ins innerste Mark vergiftete und verdarb. Der Ausgang, eine militärisch gewaltsame Reaktion, blieb immer derselbe; aber der Preis war dann noch höher und unberechenbarer als der, den Baden jetzt entrichtet hat. Durch die Renitenz der Kammer wurde die Advokatentaktik durchkreuzt; man hatte Minister werden wollen und mußte sich nun in Gottes Namen zur trübseligen und gefährlichen Rolle eines revolutionären Diktators bequemen — und das war ein arger Rechnungsfehler."

Hat die letzte Kammer durch ihre Renitenz gegen die Revolution sich den ehrenhaften Haß der Roten in einem sehr bemerkenswerten Grade erworben, so fehlt es auch nicht an hinreichenden Gründen, ihr die tiefe Abneigung ganz entgegengesetzter Meinungen zu verdienen. Haben wir vor dem Mai allen Schmutz und alle Gemeinheit der anarchischen Presse auf die Kammer häufen sehen, so gibt sich jetzt die vormärzliche Restaurationsweisheit alle Mühe, ihre souveräne Mißachtung an den Tag zu legen. Vor dem 14. Mai schwieg diese Partei; denn damals war die Kammer noch eine Schranke gegen das Andrängen der Rebellion, und es waren damals noch nicht die dreißigtausend Pickelhauben im Lande, unter deren deckendem Schirme man jetzt viel aufrichtiger mit seiner innersten Herzensmeinung hervorrücken kann. Vor dem Mai mußte man noch sehr an sich halten; man stimmte zu allem, was die im tiefsten Innern sehr verhaßte Kammer beschließen mochte, wie man denn auch die friedliche Agitation für die ebenso verhaßte Reichsverfassung vom 28. März damals mitzumachen sich bequemen mußte. Wozu sich aber jetzt noch Zwang antun, nachdem mit Hilfe der preußischen Bajonette sich die Aussicht bietet, alles wieder in vormärzliche Restaurationsphasen zurückzuführen?

Wie gesagt, der Haß, den diese Partei gegen die jüngste Landesrepräsentation hegt, ist ganz wohl motiviert. Die Kammer war zwar nichts weniger als rot, aber die ganze Gesetzgebung, die sie mit dem Ministerium Bekk vereinbart hat, ist von dem freisinnigsten Geiste diktiert. Noch kein Landtag, seit dem Bestehen der Verfassung, hat so viele liberale Gesetze zustande gebracht — nur schade, daß inzwischen schon die Kraft verloren gegangen war, diese Gesetze zu handhaben. Es sind darunter auch einzelne legislative Werke, die sehr kenntliche Mängel haben, aber im allgemeinen sind die „Märzerrungenschaften" und die „Grundrechte" kaum in irgend einem deutschen Staate vollständiger mit der Landesgesetzgebung in Einklang gebracht worden als auf dem letzten badischen Landtage. Eine Reihe von Gesetzeswerken, die von ebenda ausgegangen sind, atmen eine tiefe Abneigung gegen alle Bureaukratie, andere wieder gehen auf der Bahn demokratischer Selbstregierung

sehr weit vor, weiter wohl, als es Baden und seine Bevölkerung vertragen kann. Auch war die Kammer entschieden bundesstaatlich und erbkaiserlich gesinnt — ein neues Verbrechen in den Augen der nicht einflußlosen Partei, der zwar jetzt die Preußen als Ordnungsstifter in Baden sehr willkommen sind, die sich aber durch Sympathie und politische Ansicht entschieden mehr zu den Epigonen Metternichs und der ihnen vorschwebenden Restauration des Bundestags hingezogen fühlt. Kein Wunder, daß jetzt, wo der Tadel der Roten verstummt ist, die Vormärzlichen ihrem konservativen Abscheu gegen eine Versammlung Luft machen, die in ihren Augen im Grunde ebenso jakobinisch angesäuert war wie die berüchtigte „prostituierende" Brentanos. Sie machen ihrem Groll um so ungestümer Luft, je länger ihnen die Pein auferlegt war zu schweigen und gutzuheißen, was von dort ausging. Sie nehmen als ausgemachte Sache an, daß, wenn man in dieser wie in jeder anderen Beziehung wo möglich die vormärzlichen Erinnerungen zurückführe, die Reorganisation Badens gesichert sei. Gelernt haben sie nichts, aber von den Erfahrungen, welche die jüngste Zeit in blutigen Zügen unserer Erinnerung eingrub, das meiste schon wieder vergessen. Wenn die halboffizielle Presse versichert, das Land sei ruhig und belehrt, die Bureaukratie ihre vormärzlichen Künste, die noch vor kurzem dem revolutionären Zivilkommissär zu Diensten gewesen, nun auf die Weisung preußischer Majors und Obersten recht con amore repetiert, die wichtige Funktion des Zeremonienmeisters mit größerer Skrupulosität als je geübt wird, in allem übrigen alles bleibt, wie es weiland war, so ist jene Partei beruhigt über die Zukunft Badens — wenigstens so lange die preußische Besatzung bleibt. Dieser Partei ist auch das gegenwärtige Ministerium bei weitem nicht vormärzlich genug; sie zittert wahrhaft vor Ungeduld nach Staatsstreichen und oktroyierten Verfassungsverletzungen. Ihre politische Tatenlust, die achtzehn Monate brachliegen mußte, scheint sich in der unfreiwilligen Pause wieder recht gestählt zu haben; wie sie vor dem März von oben den Demagogen das Beispiel der Rechtsverletzungen gab, so möchte sie auch nach dem Mai wieder den Revolutionärs einer ferneren Zukunft Vorläufer und Exempel werden. Sie erwartet von der Wiedereinführung der Stockprügel wahre Wunder der moralischen Wiedergeburt und hat sich gegen bestehende Gesetze und Gerichte bereits mit so frivolem Übermut ausgelassen, daß ernstlich davon die Rede sein konnte, ein Staatsanwalt werde gegen das Organ der Regierung Klage erheben wegen Herabwürdigung der gesetzlich bestehenden Gerichte. Diese Partei erwartet, bei der Frage, ob und wie man mit der Landesvertretung verfahren solle, alles Heil von einem Staatsstreich."

Es scheint, daß das Restaurationsministerium bei den obwaltenden Stimmungen in den hohen und höchsten Kreisen einen schweren Kampf in seinem Schoße kämpfte. Der springende Punkt war aber folgender: soll nun auch das einzige Bollwerk, das sich in den Stürmen der Jahre 1848 und 1849 bewährte, zu Grunde gerichtet werden? War nicht gerade diese verhaßte liberale Kammermehrheit, die vor dem März die Freiheit nach oben, nach dem März die Ordnung und das Gesetz nach unten verteidigt hatte, auch zugleich der Träger des Gedankens der deutschen Einheit mit preußischer Spitze? Daß die Rechtskontinuität zwischen dem Zeitabschnitt vor der Revolution und dem nach der Revolution gewahrt wurde — diesen größten Dienst sollte das badische Land seiner freiesten Institution verdanken; denn das Ministerium Klüber glaubte bei dieser Sachlage und Fragestellung mit der Herstellung der Verfassung beginnen und die neuen Einrichtungen auf verfassungsmäßigem

Wege einleiten zu müssen. Am 1. Dezember 1849 brachte das Regierungsblatt eine allerhöchste Entschließung, die den Landtag für die Periode 1848/49 für geschlossen erklärte und die Vornahme der nötigen Ergänzungs- und Ersatzwahlen für die Landtagsperiode von 1850/51 nach dem Gesetze vom 5. August 1841, die teilweise Erneuerung der beiden Kammern der Ständeversammlung betreffend, anordnete.

Als aber im Herbste des nächsten Jahres die Blätter von den Bäumen fielen, da fiel auch der Minister Klüber, dem dieser Sieg der Freiheit über die Beschränkung, des Gesetzes über die Willkürherrschaft in erster Linie zu verdanken war. Wie es geschehen? Als der Großherzog seinen Einzug in der Landeshauptstadt hielt, glänzten nicht nur die deutschen Farben, sondern auch der militärisch-diplomatische Vertreter Österreichs durch Abwesenheit. Die leitenden Staatsmänner des Donaustaates waren nämlich über die raschen Triumphe, die Preußen in Baden erntete, tief verstimmt, und ihre Diplomaten mußten in derselben Zeit, in der sie die Russen um Hilfe gegen die Ungarn anflehten, das Thema variieren, „was alles hätte geschehen können, wenn unser — wohlgerüstetes und kampfgeübtes Armeekorps noch am 3. ds. Mts. — Juli — in das Großherzogtum gerückt wäre, die Schweizergrenze besetzt und dem Feinde den Rückzug abgeschnitten hätte". In solcher Stimmung schrieb der Leiter der österreichischen Politik Fürst Schwarzenberg unterm 23. Juli 1849: „Der Großherzog ist nicht nur schwach, sondern steht noch überdies völlig unter dem Einflusse Preußens."

Baden blieb aber trotz aller Machinationen und Lockungen von dieser Seite dem Bundesstaate, der sich als Freund in der Not bewährt hatte, treu, und in der obengenannten Proklamation ließ Klüber, der zähe und unbeugsame Vertreter dieser Politik, den Großherzog sagen: er habe kein Opfer gescheut, eine die deutsche Einheit und Freiheit fördernde Gesamtverfassung zu erzielen; dieser Weg sei ungangbar geworden, aber ein anderer sei eröffnet, und mächtigen Bundesgenossen sich anschließend, habe er ihn betreten mit der Aussicht, daß er zu allem Heil führen werde.

Der neue Weg des Dreikönigsbündnisses vom 26. Mai 1849 führte aber ebensowenig als der alte „zu allem Heil". Der preußische Einigungsversuch scheiterte noch kläglicher als der des Frankfurter Parlaments. Der Prinz von Preußen, der während des Feldzuges in Baden das österreichische Anerbieten, ein vorarlbergisches Korps zu Hilfe zu schicken, mit vornehmer Entschiedenheit abgelehnt hatte, wurde von seiner Regierung desavouiert, und sein Bruder, der König Friedrich Wilhelm IV. wich auch in der vom Erfurter Parlamente sanktionierten Verfassungsfrage „mutig" einen Schritt um den anderen zurück. Im Spätherbste des Jahres 1850 waren die Dinge bereits so weit gediehen, daß der Großherzog von Baden seinen Thronfolger Friedrich nach Bregenz

zu dem jungen Kaiser Franz Josef schicken mußte, um den Anschluß an Österreich und die süddeutschen Königreiche zu suchen. „Er fand aber," schreibt Lorenz in seinem Charakterbild des Großherzogs Friedrich, „bei dem jungen, energisch denkenden Kaiser nicht eben die beste Aufnahme wegen der Stellung, welche Baden zu Preußen eingenommen hatte. Der Kaiser schien durch seine Räte sehr einseitig über die preußische Intervention und Besetzung Badens unterrichtet worden zu sein und stellte demgemäß eine Menge Fragen, die nur kund geben sollten, daß die Beziehungen Badens zu Preußen durchaus auf das durch den deutschen Bund bestimmte Rechtsverhältnis zurückgeführt werden müßten. Der Kaiser tat so, als ob er dafür zu sorgen hätte, daß Baden seine verlorene Selbständigkeit wieder bekommen müßte."

Vierzehn Tage nach diesem „frostigen Willkommen" am 26. Oktober 1850 wurde Klüber seines Dienstes enthoben und sein Portefeuille einem vormärzlichen Diplomaten, dem Geh. Legationsrate Freiherrn Rüdt von Collenberg anvertraut. Im nächsten Monat proklamierte die „Karlsruher Zeitung" eine „Vereinigung aller konservativen Elemente zu unausgesetztem, wachsamem Kampfe gegen die Feinde der Gesellschaft, der Ordnung, der Zivilisation". Wer in den politischen Gestirnen zu lesen verstand, sah im Hintergrunde schon die lachenden Erben der Revolution, die Herren von Meysenbug und Uria, Männer, welche es nicht begreifen konnten, „daß nun auch Preußen eine Verfassung erhalten habe, nachdem die Tatsachen bis zur Evidenz die Unhaltbarkeit dieser undeutschen deutschen Verfassungstheorieen bewiesen und drei Jahrzehnte genügend dargetan hätten, daß mit solchen Verfassungen kein Souverän auf die Länge im wahren Interesse seines Volkes regieren, kein Volk zu ruhiger, naturgemäßer Entwickelung seiner Zustände gelangen könne". Als am 1. September 1852 endlich die Zeit des Kriegszustandes zu Ende ging, war das badische Staatsschifflein, das im Drange der höchsten Not ins Schlepptau Preußens geraten war, glücklich wieder in den alten österreichisch-bundestäglichen Hafen eingelaufen.





Fünfundzwanzigstes Kapitel
Die Begründung der politischen Wiedergeburt



as Hauptthema, das alle Kreise in der beginnenden Reaktionszeit beschäftigte, war die Frage, wer die schwere Schuld an dem großen Unglücke des engeren Vaterlandes trage. Nachdem jetzt der Sturm vorüber war, erstand in den verschiedenen Parteilagern, in der Presse und in den Wirtshäusern eine Legion Wetterpropheten, welche schon vor dem März 1848 das kommende Unwetter vorausgesehen haben wollten. Diese Staatskünstler suchten und fanden die Wurzel alles Übels in dem liberalen Ministerium Bekk, vergaßen aber, sich über ihre eigene Aufführung während der entscheidenden Märztage zu legitimieren und auszuführen, wie sie es unter den obwaltenden Verhältnissen anders und besser gemacht hätten. Unter dem Schutz und Schirm der preußischen Bajonette war es ja sehr billig, über das Ministerium Bekk den Stab zu brechen, mit dem Säbel zu rasseln und die Nachfolger im Amte scharf zu machen.

Bekk antwortete auf diese Angriffe mit einer Schrift, die ganz einzig in unserer großen Revolutionsliteratur dasteht. Wahrhaft klassische Ruhe schwebt über dem Ganzen. Wer es nicht weiß, ahnt nicht, daß der Schreiber dieser Zeilen die ganze Perfidie der Demagogie auf der Rechten und Linken gekostet hatte, als er den Griffel in die Hand nahm. Weder von den Bajonetten der Preußen, noch von den Bußpredigten der Jesuiten erwartet er das Heil seines engeren Vaterlandes. Wie ein hochragender Fels mitten in brandender und schäumender Woge — so steht der Konsul der Jahre 1848 und 1849 fest und unerschütterlich da in seinem Glauben an sein freisinniges Glaubensbekenntnis und die historische Gerechtigkeit.

Über dem Grabe des Märzministeriums verstummte so manche Leidenschaft, um anderen Anklagen Platz zu machen. Bei den Wahlen zum Landtage von 1850 stritten sich die Bezirke förmlich um Bekk. Die Rede, mit der er am 11. März 1850 den Präsidentenstuhl der zweiten Kammer bestieg, bekundete, wie wenig er nach den bittersten Erfahrungen und dem schwärzesten Undanke an dem Vaterlande verzweifelte:

„Das große Unheil, das der zerstörende Geist, das Selbstsucht und Verblendung über unser schönes Land brachten, soll nun eine Warnungssäule sein für die Zukunft! Wir sind

dadurch, wenn auch mit großen, schweren Opfern, in dem politischen Läuterungsprozesse immerhin um einen starken Schritt weitergekommen, und jeder, wenn auch auf verschiedenen Standpunkten, möge sich aus den gemachten Erfahrungen eine Lehre ziehen.

In den Bewegungen der Jahre 1848 und 1849 im allgemeinen liegt für alle, auch für den Mächtigen ein neuer Fingerzeig, daß die Macht der Ideen nicht mißachtet werden dürfe, und daß die Befriedigungen zu rechter Zeit, wo man das freie Maß und die nötige Fürsorge gegen Auswüchse noch in der Hand hat, erfolgen müssen, ehe der Sturm ihre schrankenlose Gewährung plötzlich abnötigt. Diejenigen aber, die sich namentlich in unserem sonst so glücklichen Lande zu einer Überstürzung und selbst zu offener Gewalt verleiten ließen, können, da sie unseren oft wiederholten Warnungen nicht glaubten, nun endlich durch die Tatsache belehrt sein, daß die Überstürzung, Verwilderung und Gewalttat nicht zum Guten, sondern zum Unheile und zum Gegenteile von dem führt, was damit erstrebt wird, und daß es überhaupt ohne gesetzliche Ordnung keine Freiheit gibt.

Ferner können auch die Gleichgültigen ersehen, wohin es führt, wenn sie dem Geschreie des Tages weichend nur den kühn hervortretenden Feinden der Ordnung das öffentliche Feld allein überlassen, um sich selbst keinen Anfeindungen und keinen Unannehmlichkeiten auszusetzen.

Endlich werden alle, die es mit dem Lande ehrlich meinen, ob auch sonst von verschiedenen Ansichten mehr die Überzeugung gewinnen, wie es nötig sei, die Leidenschaften zu zähmen, und sich gegenseitiger Verdächtigungen, sowie überhaupt aller Mittel zu enthalten, welche die Grundlagen der staatlichen Ordnung, die Sittlichkeit und den Rechtssinn des Volkes zu untergraben geeignet sind.

Ein offener redlicher Kampf, ein freier, wenn auch warmer Austausch der Meinungen mit gegenseitiger Achtung und mit Achtung der verfassungsmäßigen Autoritäten sei der Weg, auf dem die Verbesserungen erstrebt, Ansichten und Interessen verteidigt werden."

In demselben Tempo, in dem das alte feudalhochkirchliche Regiment ins Land kam, stellten sich auch die alten Parteien wieder ein. Die konservative und ultramontane — oder, wie diese jetzt vielfach auch genannt wurde, großdeutsch-österreichische — Richtung witterte Morgenluft. Darin stimmten alle beide Parteien überein, daß die liberale Landesgesetzgebung, insbesondere das allgemeine Wahlrecht, die Preßfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Revolution gezeitigt habe, allein im übrigen gingen sie doch sowohl im Tone als auch im Maße ihrer Forderungen weit auseinander. Während die erstere durch ihren Führer Trefurt wenigstens den Anfang einer beherzten, unbefangenen Selbstkritik machte und reumütig eingestand, daß ihr ganzes politisches Verdienst während des Unwetters in Ruhe, Zurückgezogenheit und Pflichtvergessenheit bestanden habe und jetzt in der „Kunst des Schimpfens" bestehe, stellte die letztere sich auf den Standpunkt: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie dieser Zöllner da." Während jene sich schließlich mit einer Revision der liberalen Landesgesetzgebung in konservativem Geiste zufrieden gab, richtete diese fanatische Angriffe gegen die Verfassung und moderne Staatsordnung überhaupt. Bekks Schrift war für diese Parteirichtung ein willkommener Anlaß, ihren Wortführer Andlaw mit einer Gegenschrift „Der Aufruhr und Umsturz in Baden als eine natürliche Folge der Landesgesetzgebung"

ins Feld zu schicken. Viele urkundliche Aktenstücke aus dem Archiv des Reichsministeriums deuteten an, daß der Verfasser sich einer bis in die höchsten österreichischen Kreise reichenden Mitarbeiterschaft erfreut habe. Wie schon der Titel sagte, erkannten Andlaw und seine Hintermänner die Wurzel alles Übels in den liberalen Grundsätzen und deren Anwendung in der Landesgesetzgebung. Die geplante volkstümliche Kreisverwaltung war ihnen — gesetzlicher Umsturz, die bestehende Gemeindeordnung und zweite Kammer — — republikanische Einrichtungen, der Satz „salus patriae suprema lex esto" — — — ein heidnischer Gedanke. Wie nur der christ-katholische Glaube eine befriedigende Lösung aller Fragen höherer Ordnung enthalte, so könne auch nur das göttliche Gebot und die volle Freiheit der Kirche den Staat gegen die Wiederkehr ähnlicher Zustände sichern. Die Antwort auf die Frage, wer allein die Revolution besiegen und heilen könne, laute: „Die Revolution ist eine geistige Krankheit, die man nur mit geistlichen Mitteln heilt, und welche gründlich nur solche heilen können, die über die geistigen Schätze gebieten und ihre Sendung dazu von oben haben."

Die handgreiflichen Spitzen dieses Pamphlets richteten sich nicht nur gegen Bekk und seine Kollegen, als seien sie grundsätzlich mit dem Umsturze einverstanden gewesen und hätten sich als nützliche Werkzeuge desselben hervorgetan, sondern besonders auch gegen den Träger des Übergangsministeriums, welcher mehr zu Preußen als zu Österreich neigte: die Erfahrungen der vergangenen Jahre hätten die deutschen Großmächte immer noch nicht belehrt, der schlimmen Entwicklung der Dinge in Baden die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Die letzten Gründe des sittlichen Verfalls dauerten bis zur Stunde fort und bedrohten unaufhörlich ganz Deutschland. Das arme Volk in Baden werde nur für die Sünden seiner früheren und gegenwärtigen Regierung gestraft. Man müsse das Mitleid von ganz Deutschland auf es herabflehen und ihm Männer der „rettenden Tat" wie die Freiherren von Schwarzenberg und Manteuffel wünschen.

Liest man heute mit kritischem Blicke dieses über 1000 Seiten zählende Lieferungswerk Andlaws und seiner Genossen, so kann man nur mit einem fortgesetzten Schütteln des Kopfes an die Geister und Gemüter denken, für die solche Kost berechnet war, zumal der sonst edle und charaktervolle Autor — dem man gerne mildernde Umstände zubilligen möchte, da er in heiliger Begeisterung für ein Prinzip erglühte, an das er ohne Prüfung glaubte, weil er es im Herzen trug — sich nicht scheute, diese Kost mit fadenscheinigen Übertreibungen, inneren Widersprüchen, falschen Tatsachen, ungerechten Beschuldigungen, grundlosen Verdächtigungen dem Publikum vorzusetzen. Es war für den Minister Bekk außerordentlich leicht, in einem „Nachtrag" zu seiner obengenannten Schrift an der Hand des historischen Materials das ganze

gegen ihn gerichtete Machwerk auf seinen wahren Wert zurückzuführen und dem Verfasser desselben eine wohlverdiente, in der Sache zwar scharfe, in der Form aber milde, vornehme Abfertigung angedeihen zu lassen. Als Andlaw darauf sein „Wort der Erwiderung“ folgen ließ, auf dessen Titelblatt die stolzen Worte „si tacuisses“ prangten, in dessen Inhalt aber nicht viel mehr als das lächerliche Mäuschen geboren wurde, daß Bekk nur die oberflächlichsten Kenntnisse von der Wissenschaft des Heiles habe, war das kampfrichtende Publikum darin einer Meinung, daß der Minister, in dem schönen Bewußtsein gut gehandelt zu haben, dem andächtigen Schwärmer in die Höhe dieser Wissenschaft nicht weiter folgen werde, und daß kaum jemals in der badischen Pamphletliteratur ein kläglicherer Rückzug angetreten wurde.

Während Andlaw sich an die oberen Regionen wandte, bearbeitete Buß in Flugschriften und Flugblättern das katholische Volk. In Frankfurt hatte er während der Mairevolution seinen ganzen Einfluß aufgeboten, um die Wiederherstellung der Ordnung in Baden durch den Erzherzog Johann und das „liebe und durch Gott und die Natur mit uns verbundene Österreich“ herbeizuführen. Was er bei dieser Gelegenheit über Preußen und seine Tendenzen in Süddeutschland sprach und schrieb, übertraf fast noch die Sprache der radikalen Presse. Dem Ministerium Bekk-Dusch sagte er nach, daß es den Großherzog geflissentlich aus dem Lande geführt habe, um ihn unter dem Schatten preußischer Bajonette wieder heimzuführen. Das Ministerium Klüber-Marschall war ihm nur die Brücke zu einem Ministerium Mathy-Bassermann, das Baden vollends an Preußen verschachern werde. Waren auch die giftigsten Geschosse gegen die „feilen und feigen“ Liberalen gerichtet, so bekamen doch auch die Demokraten ihren Teil. Ein „Aufruf an das badische Volk vom Reichstagsabgeordneten Dr. Buß“ nannte ihre drei „Schilderhebungen“ „republikanische Schweinereien“, die Mitglieder des Landesausschusses, der provisorischen Regierung und der konstituierenden Versammlung „Leute, im Lande berüchtigt, von allen Rechtlichen verachtet oder doch nicht geachtet, eidbrüchige Beamte, gewissenlose Advokaten, Mäusefraß des Landes, verdorbene Buchhändler, Krämer, Apotheker, liederliche Schulmeister, fahnentreubrüchige Soldaten, ausgebrochene Sträflinge, erstickte Studenten, fortgejagte Schreiber, kundenlose Ärzte, verlumpte Schriftverfasser, rongische Prediger, hinter den Ohren noch nicht trockene Landpfleger“.

Es ist hier nicht der Ort, auf die übrigen Erzeugnisse dieser Parteirichtung in der Tagespresse, besonders im „Mainzer Journal“ und in der „Deutschen Volkshalle“, einzugehen, allein der Wiedergabe des wenn auch noch so ekeln Gesamteindruckes darf sich der historische Publizist nicht entschlagen: der pharisäische Hochmut, die maßlose Selbstberäucherung, die lieblose Unduldsamkeit, die skrupellose Wahl der Mittel, mit der sie die Revolution

für ihre geheimen und offenen Zwecke ausbeutete, spottet jeder Beschreibung. Wer die Stellung des Liberalismus zu den kirchlichen Streitfragen in den folgenden Jahrzehnten begreifen will, der wird zu den Quellen dieser Zeit hinabsteigen müssen.

In einer ganz anderen Stimmung befand sich die Demokratie. Die beiden Hauptzweige derselben teilten das gleiche Los miteinander: Konfiskation, Gefängnis, Exil, Tod. Aus dem engeren Vaterland war der revolutionäre Flügel durch den eisernen Besen der Tatsachen so gründlich hinausgekehrt worden, daß er für den Wiederaufbau in keiner Weise in Betracht kommen konnte. Die Flüchtlinge begaben sich zunächst in die beiden Nachbarrepubliken. Bald zeigten jedoch auch diese den uneingeladenen Gästen die rauhe Seite. Man „instratierte" sie nach den Seehäfen, von wo sie „kontinentmüde" nach England und „europamüde" nach Amerika auswanderten. Struve trommelte in Genf die Emigranten aller Nationen zusammen, um ein Journal in drei Sprachen herauszugeben. „Er weiß in Einer nichts zu sagen — schrieb Herwegh am 14. August 1849 an seine Frau — und nun gar in Dreien! Das muß ein hübsches Babel werden. Im Interesse der Mehrzahl der Flüchtlinge wünsche und hoffe ich, daß aus der Geschichte nichts werden möge. Die Probenummer wird aber hinreichen, um eine Hetzjagd gegen die Flüchtlinge in der Schweiz hervorzurufen, und daran denken diese rücksichtslosen Narren nicht." Als Struve sich dem Ausweisungsbefehle nicht fügen und in der Schweiz eine ähnliche Rolle wie in Baden spielen wollte, machte die Genfer Polizei kurzen Prozeß mit ihm. „Da erlaubte sich," schreibt Amalie Struve in ihren „Erinnerungen", „der Präsident des Justiz- und Polizeidepartements, Herr James Fazy, eine Behandlung gegen Struve, wie sie weder im Kriege noch im Frieden jemals von dem brutalsten deutschen Bureaukraten erfahren hatten. Er brüllte so wütend und drang, immer die Hände drohenderweise gegen Struve bewegend, so nahe auf denselben ein, daß ich, die ich in dem Nebenzimmer gewaltsam zurückgehalten worden war, in der Besorgnis, Struve würde körperlich angefallen, in das Kabinett des Polizeipräsidenten eindrang. Vergebens war Struves ebenso ruhige als gelassene Haltung, vergebens seine Bemerkung, daß dieses kein einer Magistratsperson würdiges Benehmen sei. Herr James Fazy häufte die unwürdigsten Schmähungen auf Struve, und als dieser verlangte, daß dieselben zu Protokoll genommen werden sollten, wies er dieses Ansinnen mit Hohn zurück." Nicht liebenswürdiger wurde das Ehepaar in Frankreich behandelt, und als es, „verfolgt und gehetzt von den Polizeiknechten zweier Republiken", in England landete, vermißte es auch hier die deutsche Gemütlichkeit und konstatierte, daß Geld und wieder Geld der große Hebel sei, der hier alles in Bewegung setze. In London trat ein Flüchtlingskomitee zusammen, das den Kommunistenbund rekonstruierte und durch die von Karl

Marx redigierte „Neue Rheinische Revue" die revolutionäre Propaganda aufs neue nach Deutschland zu tragen suchte. Schon nach Jahresfrist spaltete sich der Kommunistenbund wieder, und das Organ desselben ging ein, nachdem es noch kurz vorher den großen Kladderadatsch für die nächste Zukunft in Aussicht gestellt hatte.

Es gibt nicht leicht eine unerquicklichere Lektüre als die Flüchtlingsliteratur, welche die Revolution im Gefolge hatte. Viele dieser Exrevolutionäre, die nicht einmal sich selbst regieren konnten, überboten sich förmlich in dem Streben, Schimpf und Schande auf die Männer zu häufen, an deren Seite sie eben noch die Welt und das Jahrhundert in die Schranken gefordert hatten. Sie führten den „politischen Bankerott der Demokratie" hauptsächlich auf die politischen und militärischen Führer zurück, die, bei Lichte betrachtet, nur „Dummköpfe" und „Stellenjäger" gewesen seien, denen Phrasen zu Gebote gestanden. Sollen wir die „schmückenden" Beiwörter aufzeichnen, mit denen sie den „deutschen Michel" beehrten, den sie vor Jahr und Tag die souveränen Beschlüsse mit dem ewig wiederkehrenden Refrain „das Volk will" fassen ließen? Im übrigen bewegte sich ihre Kritik in grauenhaften Schilderungen des Belagerungszustandes und der preußischen Herrschaft in Baden, ohne dabei auf die eigene Brust zu klopfen und „mea maxima culpa" zu sagen. Zu der hochmütigen Darstellung der jüngsten Vergangenheit gesellte sich eine nicht minder hochfahrende Beurteilung der nächsten Zukunft und der armselige Trost, daß es recht schlecht kommen müsse, um besser zu werden: bald werde in Frankreich die allgemeine Rachestunde schlagen; das Blut, das bisher geflossen, bilde nur ein kleines Bächlein im Verhältnis zu den Strömen, die nachher fließen müßten; in riesenhafter Progression werde die Zahl der aus jedem Tropfen Blutes erstehenden Freiheitskämpfer wachsen, und aus dieser Saat hervorgehen — — — das Paradies auf Erden.

Häusliche Auseinandersetzungen waren jetzt, wo die Flüchtlinge hart im Raume zusammenstießen, an der Tagesordnung. Die Kommunisten, die für die „eine unteilbare Republik" schwärmten und die „vollständige Herrschaft des Proletariats" ankündigten, machten kein Hehl, daß sie den Föderativrepublikanern dieselbe Guillotine-Behandlung wie den Liberalen zugedacht hätten. Sie gingen in der Herabwürdigung ihrer demokratischen Kampfgenossen sogar soweit, daß sie Männer wie Sigel der Feigheit und des Verrates ziehen; ja, sie nahmen keinen Anstand, selbst die ehemaligen Parteifreunde zu denunzieren, die in der Heimat vor den Kriegsgerichten standen und im Kampfe ums Dasein an die Gnade des Siegers appellierten. Während preußische Regierungsorgane dem General von Hirschfeld das Wort in den Mund legten, wenn ein „Kinkel" der Todesstrafe entgehe, könne er es ferner nicht mit seinem Gewissen vereinigen, noch ein Todesurteil zu unterzeichnen,

meinte der Herausgeber der „Neuen Rheinischen Revue“: „Unsere Aufgabe ist die rücksichtslose Kritik weit mehr gegen die angeblichen Freunde als gegen die offenen Feinde, und begleitete die Verteidigungsrede, die der Bonner Professor am 4. August 1849 vor dem Rastatter Kriegsgerichte hielt, mit einem Kommentar, der dem Urteile des Zuschauers der „Kreuzzeitung“ wie ein Ei dem anderen glich. Die Stelle, auf die es hauptsächlich abgesehen war, sei auch unseren Lesern denunziert:

„Wie oft habe ich das Wort hören müssen, ich sei ein schlechter Preuße, das Wort hat mich verletzt . . . Nun wohlan! meine Partei hat gegenwärtig im Vaterlande das Spiel verloren. Wenn die Krone Preußen jetzt endlich eine kühne und starke Politik verfolgt, wenn es der königlichen Hoheit unseres Thronfolgers, des Prinzen von Preußen, gelingt, mit dem Schwerte — denn anders wird's nicht — Deutschland in Eins zu schmieden, und groß und geachtet bei unseren Nachbarn hinzustellen und der inneren Freiheit wirklich und dauernd zu versichern, Handel und Wandel wieder zu heben, die Militärlast, die jetzt schwer auf Preußen drückt, gleichmäßig auf das ganze Deutschland zu verteilen, und vor allem den Armen in meinem Volke, als deren Vertreter ich mich fühle, Brot zu schaffen — gelingt das Ihrer Partei, nun bei meinem Eid! die Ehre und Größe meines Vaterlandes sind mir teurer als meine Staatsideale.“ [1])

Auf solche perfide Angriffe gab der Flüchtling A. Cloßmann in seiner „Kritik der badischen Revolution vom militärischen Standpunkt aus“ noch eine verhältnismäßig glimpfliche Antwort:

„Wenn eine Partei Marx in London mit beißendem Spotte die Reichsverfassungskampagne kritisiert, so möchten wir sie billig fragen, was diese Partei denn eigentlich im entscheidenden Augenblicke getan? Wir möchten diese Partei, welche so schonungslos das Nachrichteramt an dem niedergedrückten Volke übt, fragen, warum sie nicht den Mut hatte, sich zu beteiligen und ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß sie auch ihre Revolution geworden wäre. Herr Engels, der Verfasser jener Schilderung, hatte freilich mitgekämpft; allein wir haben seinem Urteile nicht angemerkt, daß er im stande gewesen wäre, mit seinem „hellen“ Geiste die Sache besser zu machen. Freilich Marx und Konsorten fanden nicht, daß es „ihre Revolution“ war und beteiligten sich nicht daran, das ist wenigstens aufrichtig, läßt sich auch leicht übersetzen. Hätte jeder Streiter so gedacht, so wäre die Revolution nicht nötig gewesen, und es hätte niemand nötig gehabt, sich für das Volk in Gefahr zu begeben.“

Eine rühmliche Ausnahme von dieser Regel, eine wahre Oase in der Wüste dieser Flüchtlingsliteratur bilden die im Juli 1849 niedergeschriebenen „Erlebnisse aus der Pfälzer Erhebung“ von Ludwig Bamberger. Mit köstlichem Humor geißelt dieser Autor die Blößen der eigenen Partei, denn er kann das Opfer des Intellekts nicht bringen, welches verlangt, von der tatsächlichen Niederlage der Demokratie auf genügende Leistungen zu schließen. Die Erfahrung hat ihn gelehrt, daß das Revolutionieren die schwierigste aller Unternehmungen sei und nicht dadurch gelöst werde, daß man sich und seine

[1]) Vergl. Johanna Kinkel, Erinnerungsblätter, Ende 1849 niedergeschrieben und 1894 im 19. Jahrgang der „Deutschen Revue“ veröffentlicht.

Genossen über die Schwierigkeiten hinwegtäusche und zu blindem und tollem Wagen animiere. Er ist weit davon entfernt, den Glauben an den künftigen Sieg der Demokratie zu einem Kirchenglauben zu erheben. Auch ist er demütig genug aus der Revolution herausgekommen, als daß er in das hochmütige und herzlose Urteil der Marx und Genossen einstimmen könnte:

„Die Deutschen haben ihren Ruf der praktischen Untauglichkeit diesmal in einem schrecklichen Grade bewahrheitet, und obgleich namentlich die Niederlage der badischen Sache von der allgemeinen Stimme mehr der prinzipiellen Schwäche der Brentano'schen Partei in die Schuhe geschoben wird, so kann ich mich doch nicht von dem Gedanken losmachen, daß das Gelingen vielmehr an das Auftreten praktischer Talente geknüpft war. Es heißt Brentano viel zu sehr als eine staatsmännische Größe hinstellen, wenn man behauptet, er habe die Kraft, welche retten konnte, nicht aufkommen lassen. Wer die unordentliche und gehaltlose Herrschaft Brentanos nicht stürzen konnte, der konnte noch weniger den europäischen Absolutismus stürzen, und die Partei Struve hätte wohl gesiegt, wenn in ihr selber und im Volk ebensoviel Glaube an die Tüchtigkeit ihrer individuellen Kräfte, wie an die Richtigkeit ihrer allgemeinen Grundsätze gewesen wäre. In der Pfalz waren gar die Sachen so, daß ich lachen müßte über denjenigen, welcher behaupten wollte, er hätte es viel besser gemacht, wenn er ans Ruder gekommen wäre. Die Pfälzer Regierung ließ sich selber nicht nur gerne von jedem regieren, sondern hätte sich, glaube ich, auch mit Freuden von jedem revolutionären Usurpator stürzen lassen. Weil ich mir dies nicht verhehle, nehme ich mir auch die Erlaubnis unverhohlen zu tadeln, oder wo mich die Lust anwandelt — zu persiflieren."

Von den führenden Kammerveteranen, die sich im Jahre 1848 auf die Seite der Demokratie geschlagen hatten, war nur noch der alte Itzstein übrig geblieben. Er hatte sich noch zu der letzten Kammersitzung am 14. Mai 1849 eingefunden und nach der Flucht des Großherzogs beim Karlsruher Stadtrat angeklopft, ob er nicht eine andere provisorische Regierung einsetzen wolle als die der „jungen Leute" in Offenburg. Obwohl er sich an der revolutionären Bewegung von 1849 in keiner Weise beteiligt hatte, hielt es doch die Kammer von 1850, entgegen dem Votum Mathys und seiner Freunde, für angezeigt, ihn aus ihrer Mitte auszustoßen und seines badischen Staatsbürgerrechtes für verlustig zu erklären. Es war dieser Schritt um so deplazierter, als sich infolge der Aufregungen in den letzten Jahren bei dem greisen Manne bereits die Spuren einer Gehirnerweichung eingestellt hatten, die es ihm ohnehin unmöglich gemacht hätten, die Pflichten seines Mandates zu erfüllen. Achtzig Jahre alt beschloß er sein Leben am 14. September 1855. Sein Grabstein auf dem Dorfkirchhofe von Hallgarten trägt die Inschrift: „Müde von den Jugendkämpfen deutscher Freiheit ruhet hier ein mutig Herz." Mit dem alten Vater Itzstein schied der letzten einer von dem älteren liberalen Geschlechte aus dem Leben. „Es ist bei der Welt kein Dank zu verdienen" — dieses Wort Luthers gilt auch von der politischen Arbeit. Solange in der liberalen Parteigeschichte das, was man durch eigene Kraft geworden, höher gewertet wird als das,

was man der Gunst anderer zu verdanken hat, so lange wird die Geschichte des dreißigjährigen Krieges von 1818—1848 in hohen Ehren gehalten werden, und mit Gustav Freytag wird man den Heimgegangenen die Grabschrift widmen: „Sie haben verkündet und sind vergangen, damit wir leben; das darf auch den Gefallenen die Nation nicht vergessen."

Von den Jungen lenkte im September 1849 Heinrich von Feder durch ein Schriftchen, betitelt „Die Revolution und die Partei des gesetzlichen Fortschrittes in Baden, ein Selbstbekenntnis", die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Im Jahre 1822 als Sohn eines fürstlich Löwenstein'schen Beamten geboren, hatte der junge, zu den schönsten Hoffnungen berechtigende Feder das juristische Staatsexamen ebenso bald als gut bestanden und sich 1848 als Hofgerichtsadvokat in Bruchsal niedergelassen. Mit republikanischer Gesinnung war er in das öffentliche Leben eingetreten; er traute den bestehenden Gewalten den redlichen Willen zu einer durchgreifenden Reform nicht zu und hielt sie für so von Grund aus erschüttert, daß es nur eines energischen Vorstoßes der jungen demokratischen Partei bedürfe, um durch eine verfassunggebende Versammlung in gesetzlicher Form zur Republik zu gelangen. Seine jugendliche, keineswegs schwärmerische und extravagante Begeisterung ließ ihn aber nur so lange aktiven Anteil an den Bestrebungen der Partei nehmen, als er an einen unblutigen Sieg der neuen Ordnung durch parlamentarische Kämpfe glaubte; in dem Augenblicke, als seine politischen Freunde zu gewaltsamen Schritten ihre Zuflucht nahmen und, was er ganz besonders mißbilligte, den Wehrstand mit den Mitteln der Demagogie zur Pflichtverletzung verführten, versagte er ihnen die weitere Heeresfolge und lehnte alle ihm von Brentano angebotenen Ämter ab. Nach der Revolution wurde auch er zur Rechenschaft gezogen, aber nach sechswöchentlicher preußischer Kriegsgefangenschaft wieder entlassen, da kein Grund zur Einleitung einer Untersuchung gegen ihn vorliege. Wie er schon vor dem Mai 1849 kein blindes Werkzeug der Partei gewesen war, so trat er jetzt, nachdem er Freud und Leid mit derselben geteilt hatte, in der Überzeugung, daß „die Erkenntnis der eigenen Schuld der Anfang des Besserwerdens" sei, mit dem oben genannten „Selbstbekenntnis" auf den offenen Plan. Er gehörte nicht zu jenen, die da meinten, daß die demokratischen Grundsätze der neuen Freiheitsapostel Hecker, Struve und Brentano Worte des ewigen Lebens seien, sondern er nahm für sich das Recht und die Pflicht in Anspruch, aus den gewaltigen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit lernen, an der Hand der Erfahrungen die eigene Meinung korrigieren und das Beste behalten zu dürfen:

„Dem großen Haufen muß es überlassen bleiben, seine Meinung und seine Ansichten je nach den augenblicklichen Erfolgen leichthin anders zu gestalten. Männern von Überzeugung und von Vaterlandsliebe ziemt es dagegen, vor dem Ernst der Tatsachen stille

zu stehen, diesen gegenüber ihre Grundsätze zu prüfen, das Wahre zu behalten und das Falsche auszuscheiden."

Von diesem Standpunkte ausgehend widmete Feder dem revolutionären Flügel nur die wenigen Worte: „Von der Partei des gewaltsamen Fortschritts ist überall keine Rede. Sie ist durch die Gewalt der Tatsachen vernichtet und muß für Baden vernichtet bleiben." Dagegen ging er der Frage gründlich zu Leibe, wie es gekommen, daß die Parteirichtung, welcher er selbst angehörte, sich bis zu „dem Unsinn" verstieg, die Republik auf gesetzlichem Wege zu wollen. Nachdem er den tieferen Grund dieser Erscheinung in der allgemeinen Verwirrung der Zeit, die schließlich nicht mehr gewußt habe, was Rechtens sei, gefunden hatte, erörterte er, mehr die anklagenden als die mildernden Momente hervorkehrend, die schweren Fehler, die seine Partei vor der Revolution durch Verbindung mit verkappten und offenen Revolutionärs, Verrückung des gesetzlichen Fundaments und Hereinziehung der bewaffneten Macht in die politische Bewegung, während der Revolution durch tadelnswerte Untätigkeit und verderbliche Täuschung begangen habe. Wenn anders seine Partei im politischen Leben Badens fernerhin etwas bedeuten wolle, müsse sie sich zu folgenden Schlußfolgerungen und Leitsätzen bekennen: „Die Sache der Revolution und folgeweise die der Republik ist für Baden eine verlorene; jeder Fortschritt ist nur möglich innerhalb der bestehenden Verfassung; alle, wenn auch nur äußere Verbindung mit der Revolutionspartei ist aufzugeben; revolutionären Tendenzen ist nicht nur kein Vorschub zu leisten, sondern entschieden entgegenzutreten; revolutionäre Demonstrationen sind zu unterlassen und zu verhüten; Achtung dem bestehenden Gesetze, Achtung der bestehenden Staatsgewalt!" So unerbittlich der 29jährige, ernste Politiker der öffentlichen Krankheitserscheinung bis auf den Grund folgte, und so erbarmungslos er die Konsequenzen zog, so tief war er von der Notwendigkeit und Berechtigung einer dem badischen Volkscharakter entsprechenden Fortschrittspartei überzeugt, und noch mehr als die persönlichen Opfer beklagte er die Verfolgung, welche die fortschrittliche Sache durch die schwere Mitschuld seiner Partei erfahre, indem nicht nur die sogenannten Märzerrungenschaften, sondern auch die Früchte des ganzen konstitutionellen Lebens in Frage gestellt seien:

„Sind wir ja durch unser Verschulden soweit gekommen, daß man selbst die Wünsche nach Garantieen der bürgerlichen Freiheit, wie sie alle zivilisierten Völker besitzen, bei uns als Ausgeburten des revolutionären Geistes betrachtet, und daß man es für nötig erachtet, das Maß der bürgerlichen Freiheit, das wir vor dem Mai laufenden Jahres genossen, zu beschränken, um den Geist der Revolution zu bannen! Ist es nicht sogar zu fürchten, daß selbst jeder friedliche, gesetzliche, naturgemäße Fortschritt als ein Deckmantel der Revolution betrachtet und verhindert werde? In der Tat, dies wäre das furchtbarste Übel, das uns treffen könnte, ein Übel, das um jeden Preis vermieden werden muß, wenn wir da, wo wir sonst die ersten waren unter den deutschen Bruderstämmen, nicht die letzten sein wollen in Frische, Lebendigkeit, Kultur des staatlichen Lebens.

Das Staatsleben gleicht dem Leben des einzelnen Menschen. Das Stillstehen in der körperlichen und geistigen Entwicklung ist der Anfang des Rückgangs zu dem körperlichen und geistigen Tode des Individuums. Die Staatsgesellschaft besteht aus vielen Einzelnen. Die Form ihres Zusammen- und Nebeneinanderlebens, ihrer wechselseitigen Beziehungen zu einander und zu der Staatsgewalt wird durch die Summe ihrer sittlichen und geistigen Bedürfnisse, durch ihren ganzen Kulturstand bestimmt. Die sittliche und geistige Kultur der Völker ist in fortschreitender Entwicklung, der Höhepunkt der einen Generation bildet den Ausgangspunkt der folgenden; die Ideen, welche die Geister des einen Geschlechts vielleicht mit Widerstreben desselben anregten, sie werden angenommen von dem zweiten, als Baustoff verarbeitet von dem dritten Geschlecht!"

So war denn beim Beginne der Reaktion die radikale Partei in völliger Desorganisation begriffen. Das Klubregiment und die Wohlfahrtsausschüsse weilten in der „neuen Welt". Das Häuflein der „Unentwegten", die im Lande mit Zuversicht einem neuen „Krache" entgegenharrten, schmolz immer mehr zusammen. Die große Zahl derer, die aus Angst oder Schwäche mitgemacht hatten, war froh, wenn man sie stillschweigend amnestierte. Allmählich dämmerte auch in den härteren Köpfen die Einsicht, daß man sich ungleich toller als die schwäbische und norddeutsche Demokratie aufgeführt habe. O daß wir doch einen Führer wie Karl von Rotteck gehabt hätten — mit diesem Stoßseufzer kehrten viele wieder zu ihrer früheren Liebe zurück. Schon Bekk antwortete ihnen: „Ein wahrer Koryphäe deutscher Freiheit, von Rotteck, haßte die Ochlokratie und die Anarchie, und wenn er die Jahre 1848 und 1849 noch erlebt hätte, so würde er nach seinen festen und durchdachten Grundsätzen mit seiner großen geistigen Kraft dem zügellosen Treiben, das die errungene Freiheit gefährden mußte, entgegengewirkt haben, aber eben deshalb bald auch als Reaktionär verschrieen worden sein." Der Abgeordnete Zittel erzählte im Jahre 1848 seinen ehemaligen Parteifreunden zu Nutz und Frommen die folgende Geschichte aus dem Jahre 1832: „Als die junge Preßfreiheit in Baden zertrümmert wurde, und die Erbitterung in allen, die es mit dem Vaterlande wohl meinten, auch in mir den höchsten Grad erreicht hatte, kam ich zu Karl von Rotteck — ich war damals Diakonus in Lörrach — und fragte ihn, ob es denn nicht an der Zeit sei, der unerträglichen Gewalt wieder Gewalt entgegenzusetzen? Darauf sagte er mir — ich könnte noch die Stelle zeigen, wo er saß, so unvergeßlich ist mir der Augenblick geblieben —: „Unter keiner Bedingung einen gewaltsamen Umsturz! Er führt immer dahin, daß die Schlechten obenan kommen, und die Freiheit und das Recht nicht gewonnen werden, sondern zu Grunde gehen." Wie wenig aber der badische Flügel der Demokratie damals gewillt war, die Lehren der Vergangenheit zu beherzigen, bewies die Antwort der radikalen Presse, die von Rotteck als einem „Zwerge" auf der Volksvertreterbank sprach und im übrigen meinte: „Wir leben in einer großen, schwunghaften Zeit. Das zeigen alle Zeichen. Insbesondere erkennen wir das an der schnellen Veraltung der Personen, der

Entschlüsse, der Ereignisse. Wer vor wenigen Wochen noch hochgefeiert wurde, wird vergessen, wo nicht gehaßt; was man vor wenigen Tagen als das Ziel gehalten, das zeigt sich heute bloß als der erste Meilenstein."

Je weniger zerknirschter, aber doch auch in ziemlich resignierender Stimmung befanden sich die beiden Flügel der liberalen Partei. Die Männer des „linken Zentrums" zogen sich verstimmt und verbittert auf den Beruf, die Familie, den engeren Freundeskreis zurück. Was hatten sie doch alles während des letzten Jahres, nicht nur von der äußersten Rechten und Linken, sondern auch von dem nachbarlichen „rechten Zentrum" über sich ergehen lassen müssen! Parteiisch gefärbt und persönlich gehässig waren insbesondere alle Urteile über Mittermaier, der zwar in letzter Stunde für die Erblichkeit der deutschen Kaiserwürde und die Übertragung derselben auf den preußischen König gestimmt hatte, der aber einer der tapfersten Vorkämpfer für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gewesen war. Während des badischen Aufstandes harrte er trotz persönlicher Bedrohung in Heidelberg aus. Der Einladung nach Gotha leistete er, die altliberale Liebe treu im Herzen tragend, keine Folge. Gleich Gervinus konnte auch er nicht begreifen, wie eine große Anzahl sonst ehrenwerter Männer, die in Frankfurt durch Unterschrift sich verpflichtet hatten, an der beschlossenen Reichsverfassung festzuhalten, sich für „die oktroyierte Verfassung und das schlechteste aller Wahlgesetze" aussprechen konnten. „Nach Gotha ging ich nicht," schrieb er am 26. Juni 1849 an seinen Sohn Franz, „ich kann von dort nichts Gutes erwarten, weil man von irrigen Voraussetzungen ausgeht. Nach den neuesten Nachrichten sind in den letzten Gefechten wieder viele geblieben. Mein Herz möchte brechen, wenn ich sehe, daß so viele tüchtige Männer im Kampfe für eine Sache fallen, auf der von vornherein kein Segen Gottes ruhen konnte." Von den vielen Zuschriften, welche um diese Zeit bei ihm einliefen, seien nur folgende Stimmungsbilder aus den Briefen der Freunde Gottschalk, Helbing, Hirscher und Wessenberg wiedergegeben:

„Ich begreife ganz wohl, wie es denen sein muß, die nicht wie geplagte Fabrikanten angebunden sind und das Land nicht verlassen können, wozu ich auch längere Zeit merkliche Lust fühlte. Allein wohin? frug ich mich vergeblich. Für die Schweizer Alpen und die klingenden harmlosen Herden könnte ich noch Neigung verspüren; allein das Höhere, die guten treuen Freunde müßten wir aus Deutschland mitnehmen, um längere Zeit dort zu leben. Eine Wanderreise durch dieses interessante Land kann nicht wohl zum Maßstab dienen, da man meist nur mit fremden und geldgierigen Spekulanten zusammentrifft, welch letztere so lange recht freundlich sind, solange sie die Fremden gleich ihren besten Kühen recht ausmelken können." (Gottschalk.)

„Die Untersuchung scheint eine strenge zu werden. Wird sie wohl deinen Doktor auch treffen? Die Erfahrungen, die er gemacht hat, wären Strafe genug für ihn. Das

schöne Ideal eines einigen großen und freien Deutschlands muß bei ihm zerstört sein[1]), seitdem er gesehen hat, welche rohen und schlechten Individuen sich als ihre Verteidiger hingestellt haben, und welches schlechte Spiel man mit den heiligsten Gütern der Nation getrieben hat. Die ewige Wahrheit, daß da nichts Gutes gedeihen kann, wo Wahrheit und Treue fehlen, und der nicht minder richtige Satz, daß nicht der höchst mögliche Grad politischer Freiheit das Glück unseres Volkes bei seinem gegenwärtigen Bildungsgrade begründen kann, haben sich zur Genüge geltend gemacht. Leider muß der Gebildete, der für die Freiheit reif ist, das Joch tragen helfen, das ihm Roheit, Unverstand und Schlechtigkeit in den Beschränkungen, die nicht vermieden werden können, auferlegen werden. Von unendlichem Segen würden jetzt populär gehaltene, wohlfeile Tageblätter sein, wo Männer von Beruf und Talent die traurige Geschichte unserer badischen Revolution dem Volke als Spiegel vorhielten, um es für eine vernünftige Freiheit reif zu machen und seinen politischen Verstand zu bilden. Der Weg, den die Karlsruher Zeitung einschlägt, scheint mir nicht der rechte zu sein." (Helbing.)

„Ich bin der Meinung, alle Laien, welche ein Interesse für Religion und Kultus haben, müssen, statt gleichgültig oder mit der Faust im Sacke zuzusehen, ihre Stimmen vereinen und vereint erheben, um die Kirchenoberen zu überzeugen, daß es Forderungen und Erwartungen gebe, die nicht etwa bloß da und dort von einem schnell totgeschlagenen Skribenten ausgesprochen, sondern von der großen Majorität der Laien, die in diesen Dingen eine Stimme haben, vertreten sein. Ohne Mitwirkung der Laien, ohne Anstoß von diesen wird nichts geschehen, was den Gang zurück zum Mittelalter und die Folgen dieses Ganges hemmt." (Hirscher, Professor der Theologie.)

„Welche weite Zeitstrecke liegt zwischen unseren letzten Briefen! Wie viel und mancherlei ist inzwischen erstrebt worden! Und wie wenig oder nichts ist das Ergebnis davon! Das Chaos scheint sich von Tag zu Tag zu erweitern und zu vertiefen. Welche Hoffnungen und Aussichten haben Sie aus allem dem gerettet? Welchen Anteil wollen und werden Sie ferner von unserer Wiedergeburt Deutschlands nehmen?

Verzagtheit und feige Wohldienerei könnten uns jetzt nun vollends zu Grunde richten. Baden ist fürwahr bei weitem nicht so tief gefallen, als Preußen nach der Niederlage von Jena. Das sollte man wohl beherzigen. Können Sie und Ihre Freunde in oder außer dem Kreis der Landstände solchen Ansichten und Grundsätzen Geltung verschaffen, so versäumen Sie ja nichts, um es zu tun.

Aus den beiliegenden Denkblättern mögen Sie ersehen, wie mich der Schmerz über diesen Zustand des deutschen Vaterlandes überall hinbegleitet hat, wo ich im Laufe dieses Jahres verweilte, um Stärkung für Geist und Körper zu holen. Ach, eine solche anhaltende, sich immer steigernde Ungewißheit wird zuletzt zur Folterpein; zumal für einen Greisen, der sich darnach sehnt, noch vor seinem Scheiden durch einen heiteren Einblick in die Zukunft seines lieben Vaterlandes erquickt zu werden." (Wessenberg.)

Während die „linke Mitte" der liberalen Partei schon im Sommer 1849 die Flinte ins Korn warf, blieb die „rechte Mitte" noch eine Zeit lang auf dem Posten. So lange die politische Öde dauerte, vom Juli bis zum Dezember 1849 nahm sie eine abwartende, vorsichtige Reservestellung ein. Wie es das Allgemeininteresse, das freilich auch ihr Parteiinteresse war, gebot,

[1]) Dieses Ideal konnte — wie wir uns in einer persönlichen Unterredung mit dem alten Achtundvierziger überzeugt haben — nicht zerstört werden.

befürwortete sie bei der ungewöhnlichen Lage der Dinge, der herrschenden Abspannung, der gebieterischen Notwendigkeit, alle Agitation zu vermeiden und der Unwahrscheinlichkeit, daß im Augenblicke irgend ein gesunder und vernünftiger Ausdruck der Volksmeinung aus allgemeinen Wahlen zu erzielen sei, unbedingte Verfassungstreue und Erneuerung des Landtages durch Ergänzungswahlen. Als trotz aller Gegenvorstellungen die Würfel zu Gunsten dieser Auffassung der politischen Lage gefallen waren, traten im Dezember 1849 22 altliberale Abgeordnete — Bassermann, Baum, Bissing, Blankenhorn-Krafft, Dennig, Häusser, Helmreich, Hildebrandt, Huber, Lamey, Malsch, Mathy, Mayer, Oster, Prestinari, Rießerer, Schmitt, Soiron, Stößer, Welcker, Weller und Zittel — mit einer Ansprache vor die Wähler, in der sie gelobten, die Verfassung hochzuhalten, keinen Rückfall in die alte Willkür von unten oder oben zu dulden, für die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse mit allen Kräften einzutreten. Selbständigkeit der Bürger tue vor allem not: sie selbst müßten Hand an das Werk legen, um Zucht und Ordnung, den Sinn für Gesetz und Recht zu pflegen, wenn sie nicht haben wollten, daß andere es gewaltsam für sie tun. Nur so könne die Rückkehr der verfassungsmäßigen Zustände angebahnt, die früher errungenen Freiheiten wiederhergestellt und durch die Bürgschaften des Gesetzes befestigt werden. Eine sichere Grundlage werde nur die Gestaltung der deutschen Verhältnisse bieten. Die letzte Möglichkeit, diese zum Wohle der Nation zu gestalten, biete der neue Verfassungsreichstag zu Erfurt. Niemand möge den Gefühlen des Schmerzes, der Verbitterung, der Ermüdung untätig und unmännlich nachhängen. „Denn die Freiheit," schloß die Ansprache, „und Glückseligkeit ziehen nur dem Mute und der Tätigkeit nach; darum wollt Ihr sie auf festere Grundlagen neu befestigt sehen, die freie, glückliche und zufriedene Zeit, so sucht sie in Euch selber herzustellen, tretet einig zusammen, legt die Hände an zum unverdrossenen Anbau, und die lohnenden Erfolge, der dankbare Segen der Nachkommen werden Euch nicht fehlen."

Der Wahlkampf spielte fast allein zwischen den Altkonservativen und den Altliberalen; die Demokraten enthielten sich fast überall der Wahl oder beteiligten sich in schwacher Minorität. Die republikanischen Bezirke wählten dieses Mal Minister, Regierungsdirektoren, Ministerialräte. Der Beamtenstand erhielt eine ungewöhnlich starke Vertretung. Die Reihen der Liberalen wurden stark gelichtet durch die Zahl derjenigen, die in den allgemeinen Ruf nach konservativen Garantieen und Kautelen einstimmten. Ohnmächtig mußten die wenigen, die auch unter dem Hochdrucke des Belagerungszustandes im Geiste der altliberalen Opposition handelten, zusehen, wie die beiden jetzt dominierenden Parteien, die Polizei und Justiz, sich bald in den Armen, bald in den Haaren lagen. So konnte es nicht fehlen, daß die Regierung, die

mit den Fanatikern der Ruhe und Ordnung kaum gleichen Schritt halten konnte, auf dem Landtage von 1850 alle ihre Programmpunkte, Genehmigung des Budgets, Annahme der provisorischen Gesetze, Revision der Gemeinde-, Preß-, Vereins-, Versammlungs- und Beamtengesetzgebung unter Dach und Fach brachte.

Noch herbere Erfahrungen machten die Liberalen mit den preußischen Unionsbestrebungen. Sie trugen ihnen den Namen „die Gothaer" ein. Seit ihrem Austritte in der Paulskirche am 20. Mai 1849 hatten sie nämlich, ihr eigenes großes Werk verleugnend und bis an die Grenze der Selbstachtung zurückweichend, auf einer Parteiversammlung zu Gotha Ende Juni ihre Zustimmung zu dem preußischen Dreikönigsbündnis vom 26. Mai 1849 gegeben. Als sie aber auf dem Erfurter Reichstage am 20. März 1850 mit den preußischen Junkern zusammentraten, fanden sie, daß eine ganze Welt zwischen ihnen und diesen liege, und gingen mit dem Eindrucke von dannen, daß, wie die Menschen und Dinge in Preußen beschaffen seien, auch dieser Einigungsversuch der Nation ein totgeborenes Kind sei. Was bald folgte: die Kapitulation Manteuffels vor Schwarzenberg, die Demütigung Preußens durch Österreich zu Olmütz Ende November 1850, war nur geeignet, die Stimmung der Resignation in die der Verzweiflung am Vaterlande zu verwandeln.

Mit dem Herrn von Rüdt hielt die Reaktion ihren definitiven Einzug. Die Liberalen hatten ihre Schuldigkeit getan, sie konnten gehen. „Die Gothaer," so hieß es jetzt auch am badischen Hofe, „haben recht eigentlich überall in Deutschland die Revolution von 1848 vorbereitet; über Bord geworfen leider nicht von der Energie der Regierungen, sondern von der roten Demokratie, setzen sie nun ihren Unmut über den Verlust einer geträumten Macht, das alte Treiben nur extremer fort." Nachdem einmal der Bannfluch von oben über die „verkappten Demokraten, Parlamentsdemokraten, Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln" geschleudert worden war, schwand das Häuflein der Treuen immer mehr zusammen. Nur ein liberales Eiland gab es noch im Lande: Alt-Heidelberg, wo die Professoren Gervinus, Welcker, Mittermaier, Häusser, Mohl, Jolly wohnten, wo Männer wie Gagern, Dusch, Beseler einen Teil ihres Lebensabends zubrachten, wo vom benachbarten Mannheim Bassermann, Mathy und Soiron aus- und eingingen. So ohnmächtig diese Professoren, Minister, Unterstaatssekretäre und Präsidenten a. D. auch dem Anschein nach sein mochten, so mächtig waren sie in Wirklichkeit durch ihre überlegene geistige Potenz, durch ihre persönliche Verbindungen, durch ihre Federkraft, durch ihren Einfluß auf die heranwachsende studierende Jugend. Kein Wunder, wenn das Auge der reaktionären Regierungen den genius loci Alt-Heidelbergs und den von ihm angezogenen Generalstab der „Gothaer" mit wachsender Sorge

betrachtete. Unterm 6. April 1851 schrieb der preußische Gesandte am badischen Hofe von Savigny an den Freiherrn von Manteuffel:

„Allem Anschein nach bildet sich in Heidelberg ein Komitee der Gothaer Partei aus den Herren Mathy, Bassermann, Gervinus, Häusser und dem Herrn Exminister Dusch.

Aus der sichersten Quelle wurde mir nun unlängst mitgeteilt, daß dieses Heidelberger Komitee seit einiger Zeit einerseits mit dem ganzen badischen Lande und mit Württemberg, andrerseits mit einem in Berlin aus Camphausen, Beckerath, Arnim usw. bestehenden in lebhafter Verbindung ist, und daß die Korrespondenz in Heidelberg durch Mathy, in Berlin durch Arnim geführt werde. Auch Herr von Rüdt sprach mir gestern zum ersten Male nicht ohne Besorgnis von dieser Tatsache. Seine Nachrichten stimmen mit jenen überein, oder sind auf selben basiert."

Mit dem Überwachungsdienste gab sich das Regiment derer von Rüdt, von Wechmar, von Meysenbug nicht zufrieden. Erst versuchte man es mit einer Politik der feinen Nadelstiche und gab den liberalen Professoren bei Berufung an andere Universitäten zu verstehen, „daß man nicht die Hoffnung hege, sie längere Zeit zu besitzen". Dann wurde der verbissenste aller ultramontanen Fanatiker, der Baron von Uria, nachdem er in Freiburg durch die Entfernung der Büste Rottecks eine neue Probe seiner schwarzen Kunst abgelegt hatte, als Stadtdirektor nach Heidelberg berufen, um durch Hochverratsprozesse diesen „Gebilden der Revolution" den Aufenthalt zu verleiden.

Wohl die größte Aufmerksamkeit schenkte Uria dem ehemaligen ersten Redakteur der „Deutschen Zeitung", zumal dieser seit dem großen Zusammenbruch der deutschen Hoffnungen die Sichel der Reform mit der Sense der Revolution vertauschte. Abgesehen von dem Nachhutgefecht für die Sache Schleswig-Holsteins nahm Gervinus keinen unmittelbaren Anteil mehr an der Politik; insbesondere versagte er den „Gothaern" seine Dienste, da er an der Befähigung des Bürgertums zur politischen Herrschaft zweifelte und in der preußischen Verfassung, namentlich in der Zusammensetzung des Abgeordneten- und Herrenhauses nicht die geeigneten Grundlagen des modernen deutschen Staates erblicken konnte. Obwohl er pessimistisch in und um sich blickte, wehmütig sich auf sein Ich und die historische Wissenschaft zurückzog, war der Rest doch nicht, wie er gelobt hatte, gänzliches Schweigen. So drückte ihm die Bekehrung seines alten Widerpartes von Radowitz zum Konstitutionalismus im Jahre 1851 erstmals wieder die Feder zu den Aufsätzen „Herr von Radowitz als Kassandra" und „Die neuen Gespräche des Herrn von Radowitz" in die Hand, durch welche als leitendes Grundmotiv ein schmerzlich bewegtes „zu spät" hindurchklingt:

„Herr von Radowitz hat im Laufe dieses Jahres die erbauliche Erfahrung gemacht, daß die konstitutionelle Partei aus Männern besteht, die voll Rechtlichkeit und Redlichkeit sind; wir anderen, die wir sie von dieser Seite längst kannten, haben die niederschlagende Erfahrung gemacht, daß sie ohne alle Energie sind. Diese Eigenschaft hat Bonaparte dem Mittelstande, dem diese Partei meistenteils angehört, abgesprochen und mit ihr trotz aller

Einsicht, Besitz und Geschäftskenntnis dieser Klassen die Fähigkeit zur Politik; auch hat der Mittelstand in der neueren Staatenwelt in England nur in Gesellschaft mit der Aristokratie, in Amerika und Frankreich nur in Gesellschaft mit dem niederen Volk eine politische Macht ausüben können; und so wird es in Deutschland kommen. Diese selbe Eigenschaft der Energie hat die gemeine Volksstimme unserer Tage dem Stande der Gebildeten insbesondere abgesprochen, indem sie vor aller Professoren- und Beamtenpolitik warnte, und die Erfahrungen haben uns wohl belehrt, wie viele Weisheit in diesem Urteil gelegen war. Wir müssen in den eigenen Busen greifen, uns dies Zeugnis geben gegen uns selbst, wenn es je in Deutschland besser werden soll; wir müssen abtreten von dem politischen Schauplatz und ihn robusteren Kräften überlassen, welchen jene Energie eigen ist, die auf der Studierstube nicht erworben wird; denn eben sie ist, wo es sich um politische Dinge handelt, die alleinige Tugend, die den Namen verdient, wie sie allein Erfolge erringt, um die es in der politischen Welt allein und einzig zu tun ist." [1])

Energische Professorenpolitik machte Ludwig Häusser. Nach dem kläglichen Ende der badischen Revolution nahm er die politische Arbeit seines Freundes Gervinus da auf, wo der Meister im ersten Anflug von pessimistischer Stimmung an dem großen Grundgedanken seines politischen Lebenswerkes verzweifelte. Die Anregung kam von anderer Seite. Bekks Schriften „die Bewegung in Baden" und „Nachtrag" waren zu objektiv und vornehm, als daß sie die nichtswürdige Anklage Andlaws und seiner Genossen hätten paralysieren, das Getriebe der Parteien und die Masse des Publikums in nachhaltiger Weise hätten beeinflussen können. Auch hatte der Exminister seine Vorgänger im Amte und die Erbschaft, die ihm aus der badischen und deutschen Vergangenheit überkommen, aus naheliegenden Gründen mit der größten Schonung behandelt. Das waren nicht die Waffen, mit denen man Gegner vom Schlage der Meysenbug, Mone, Andlaw, Buß und Uria aus dem Felde schlagen konnte. Hier setzte L. Häusser mit seinen historisch-kritischen Arbeiten ein, von

[1]) Da unsere Zunfthistoriographie von Gervinus als dem „größten aller Doktrinäre im Zeitalter der Professorenpolitik" [2]) und einem „seit einiger Zeit der verdienten Vergessenheit anheimgefallenen Geschichtsschreiber" [3]) zu sprechen pflegt, und da infolge davon die gegenwärtige Generation ganz und gar vergessen hat, was die Mathy, Häusser, Jolly einem Gervinus verdankten, haben wir gerne die Dankespflicht geübt, das Verdienst dieses Mannes wieder in die gebührende Beleuchtung zu rücken. Wie man auch über Gervinus' spätere politische Stellung denken mag, wie auch die Epigonen auf den Lehrstühlen von Freiburg und Graz über die „Professorenpolitik der Rotteck, Welcker, Duttlinger, Mittermaier, Schlosser, Gervinus, Häusser urteilen mögen: gelten wird einmal von diesem „Größten aller Doktrinäre", was er in seiner Selbstbiographie schreibt: „Wenn einmal in deutscher Kulturgeschichte die Rede sein wird von dem Ringen der Zeit, in der das deutsche Volk den schweren Übergang vom geistigen zum praktischen Leben suchte, so wird mein Name nicht ungenannt bleiben. Denn schwerlich hat sich dieser Kampf der Nation in einem anderen Einzelwesen stärker und treuer abgespielt."

[2]) Alfred Dove, Großherzog Friedrich von Baden, 1902.

[3]) H. von Zwiedineck-Südenhorst, Geschichte des deutschen Bundes und des Frankfurter Parlaments, 1903

denen wir nur die bedeutendsten, teils im zweiten und dritten Bande der „Gegenwart" (1849 und 1850), teils im ersten Jahrgange der „Germania" (1851), teils in Buchform 1851 erschienenen Aufsätze nennen: „Baden vor den Ereignissen von 1848", „Baden im Frühjahr 1848", „Die Revolution in Baden seit dem Septemberaufstand 1848 bis zum Ende der Katastrophe von 1849", „Das Ministerium Bekk in Baden", „Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution".

Die Quellen, aus denen L. Häusser schöpfte, waren eigene Erlebnisse, Mitteilungen von Männern aus allen Parteilagern, revolutionäre Dokumente, die Schriften der Pamphletisten, die Akten der badischen Ministerien der Justiz und des Krieges: also ein Quellenmaterial, das uns heute — auch ein Denkmal von unserer Zeiten Schande — nicht mehr in allen Teilen zugänglich ist. Über der Darstellung ruht der Schatten und das Licht, welche mit der Behandlung eines Stoffes aus der Gegenwart verbunden zu sein pflegen. Die schwächsten, allerdings von dem Verfasser auch nur höchst summarisch behandelten Partieen betreffen die Zeit von 1815—1840. Hier urteilte er weder aus eigener Anschauung noch aus genauer Kenntnis des Quellenmaterials, sondern mehr auf dem schwankenden Grunde der mündlichen Überlieferung und liberalen Parteitradition. Unmöglich hätte er sonst an der imposanten Gestalt eines Liebenstein spurlos vorübergehen und sein staatsmännisches Ideal in Winter suchen können, in demselben Ludwig Winter, welcher mit Blittersdorff bis in seine letzten Lebenstage zusammenarbeitete und — was ja gerade Häusser der badischen Opposition als höchsten Ehrentitel anrechnet — die Protestationen gegen die Metternich'sche Reaktion als „papierene Schanzen und Seifenblasen" charakterisierte. Auch von Rotteck hätte die junge Generation durch die Schriften Häussers nicht viel mehr als den Namen erfahren, wäre sie nicht bei der liberalen Gesetzgebung der sechziger Jahre genötigt gewesen, bei jedem Schritte die Annalen des Landtages von 1831 nachzuschlagen.

Anfechtbar erscheint uns auch Häussers einseitige Verteidigung des Ministeriums Bekk, wenigstens insoweit, als die vormärzliche Tätigkeit in Betracht kommt. Die Denkwürdigkeiten des Freiherrn von Radowitz haben uns einen dankenswerten Blick hinter die Kulissen eröffnet und in der Überzeugung bestärkt, daß die Begründung des konstitutionellen Rechtsstaates in Baden ohne die französische Revolution nicht gelungen wäre. Im übrigen muß man freilich sagen, daß das Ministerium Bekk kaum einen besseren Sänger hätte finden können; denn Häussers Darstellung erfüllt alle Forderungen, die er einst selbst an eine ordentliche ministerielle Presse stellte, nämlich „einen scharfen und allezeit schlagfertigen Kampf gegen die Gegner durchzuführen, bald angriffs-, bald verteidigungsweise ein bestimmtes System der Regierung mit allen seinen

Konsequenzen aufrecht zu erhalten und über dem Lokalen und Persönlichen die leitende staatsmännische Idee nie aus dem Auge zu verlieren" . . .

Auf die Beurteilung der demokratischen Partei trifft wohl zu, was Häusser selbst im Vorworte zu seinen „Denkwürdigkeiten" schreibt: „Es kann nicht fehlen, daß bei einem so naheliegenden und brennendem Stoffe die persönliche politische Anschauung überall durchscheint, und ich bin weit entfernt von dem Anspruche, ohne Parteimeinung und Parteiirrtum die Dinge beurteilt zu haben. Aber sie ohne Parteilichkeit erzählt zu haben, war wenigstens mein ehrliches Bestreben." So sehr wir das Gesamtbild als richtig gezeichnet anerkennen müssen, so wenig sind wir imstande gewesen, ihm in den Einzelheiten zu folgen. Es will uns scheinen, als ob der historische Publizist allzu ausgedehnten Gebrauch von der Manier gemacht habe, die Lessing für die Darstellung des Häßlichen und die Erregung gewisser gemischter Empfindungen empfiehlt; allein was sich für die Tage des Kampfes schickte, und was Häusser auch in den „Vaterländischen Blättern" mit großer Virtuosität übte, nämlich den politischen Gegner lächerlich zu machen und zu töten, diese Methode durfte nach dem Sturm nur in soweit beibehalten werden, als sie sich mit der historischen Wahrheit vertrug und als Gefahr bestand, daß der am Boden liegende kampfunfähige Gegner sich wieder erheben möchte. So schildert Häusser z. B. den Hergang der Dinge bei der Gründung der Republik Konstanz, als ob nur eine komödiantenhafte Farce zwischen Hecker und Peter gespielt habe, eine Annahme, gegen die nicht nur eine öffentliche Erklärung Heckers, sondern auch andere gewichtige Gründe sprechen. Allzu grell ist die Farbengebung bei der Schilderung des Struveputsches ausgefallen. Der Kritiker erschöpft förmlich seinen reichen Wortschatz, um diese „Freischärlerrazzia", im Vergleich zu welcher der Heckeraufstand ein „heroisches Unternehmen" gewesen sei, zu brandmarken. Es soll nicht geleugnet werden, daß einzelne Heinzenmännchen, die Struve vom linken Rheinufer mitbrachte, „so roh, gemein und gewalttätig wie immer nur möglich" handelten, allein die Bevölkerung von Lörrach und Umgebung hatte nichts mit solchen Taten gemein. Wie hier nicht scharf genug zwischen den Ausschreitungen einzelner Flüchtlinge und den Extravaganzen der einheimischen Bevölkerung unterschieden wurde, so leidet auch die Darstellung der Mairevolution daran, daß die beiden Hauptrichtungen der Demokratie in einen Topf geworfen und gebraten werden. Das Parteimanöver, das während der Stürme seine Wirkung nicht verfehlte, nämlich alle Elemente unter dem Namen „Anarchisten", „Kommunisten" zusammenzufassen, durfte nicht in eine Darstellung übergehen, die auch dem politischen Gegner gerecht zu werden versuchen soll.[1])

[1]) Schon die Zeit- und Gesinnungsgenossen Ludwig Häussers fanden, daß die politische Totenschau, die er über das Demokratengeschlecht von 1848/49 abgehalten, allzu strenge

Es wäre zur Kritik der Häusser'schen Darstellung der badischen Revolution noch manches zu sagen — z. B. über seine einseitige und unbillige Beurteilung der Volksschullehrer und Beamten[2]) — allein wir haben hier nicht die Rezension eines gewöhnlichen Buches zu schreiben, sondern das großangelegte Lebenswerk eines verdienten Mannes in den gehörigen Zusammenhang und die gebührende Beleuchtung zu rücken. Als Häusser den Griffel in die Hand nahm, war das früher bewunderte Musterland der politischen Bildung als eine Höhle aller Laster und Verirrungen verschrieen. Der alte Stammeshaß hatte durch die letzten Wirren neue Nahrung erhalten. Die Werklust der Besten im Volke war versiegt. Es hatte den Anschein, als ob die Politiker der „rettenden Taten" mit fliegenden Fahnen wieder ins alte vormärzliche Lager zurückkehren wollten. Eine Partei stand im Hintergrunde, die kein Hehl daraus machte, daß ihr die ganze moderne Weltanschauung nicht passe,

ausgefallen sei. Sie konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er ein scharfes Nachhutgefecht mit einem Gegner geführt habe, der allmählich aus der Schußweite gekommen. August Lamey urteilte wesentlich milder. „Als Verteidiger stand er — so erzählt sein Biograph Lewald — in manchem Hochverratsprozeß den Angeklagten zur Seite; so scharf er einst das Demagogentum verurteilt hatte, und so entschieden er als Abgeordneter den Wortführern des Umsturzes entgegengetreten war, so wenig billigte er die rigorose Verfolgung, mit der die Reaktion gegen die einzelnen mißleiteten Teilnehmer der Aufstandsbewegung vorging; für die Erschütterung von 1848 und 1849 waren nach Lameys Meinung die öffentlichen Zustände verantwortlich zu machen, aus denen sie hervorgegangen waren, und nicht in gehässigen Ausnahmemaßregeln, sondern in der schleunigen Rückkehr zu geordneten Verhältnissen sah er das Mittel, den erkrankten Staatskörper wieder gesunden zu lassen." — Ähnlich urteilte Karl Zittel, der während der Revolution trotz des Verbotes der provisorischen Regierung und der Drohung, ihn von der Kanzel herabzuschießen, für den Großherzog gebetet hatte. Er sah in dem badischen Aufstande „den wilden Rausch eines durch wenige Agitatoren verhetzten und durch eine langjährige Mißregierung irregeleiteten Volkes". — Soweit die ultraradikale Richtung im Auslande sich über die Häusser'schen „Denkwürdigkeiten" hören ließ, erging sie sich in Anwürfen, wie „unter dem Schutze der Reaktionsbajonette gegen uns erhobene Schmähungen", „Versuch, einem unterlegenen politischen Gegner die Ehre zu stehlen" usw. Sie hätte der historischen Kritik einen unweit wichtigeren Dienst geleistet, wenn sie statt solcher allgemeiner Tiraden sich die Zurückweisung bestimmter Angriffe hätte angelegen sein lassen. So haben z. B. Struve und Blind mit ganz plausiblen Gründen die Angabe bestritten, daß sie nach dem Gefecht bei Staufen mit „16 700 Gulden" hätten in die Schweiz entweichen wollen.

Häussers kritisch-polemische Aufsätze dienten später den Historikern, die in die Fußstapfen der „Gothaer" traten, als Quelle, die sie ohne ein Wort der Kritik nachschrieben. Die historische Kritik, welche von seiten der demokratischen Geschichtschreibung geübt wurde, ist nicht minder einseitig gewesen. Wenn man ihre Darstellungen liest, glaubt man noch heute, die Kontroversen der Flüchtlingsliteratur von 1849/50 oder die Scheide- und Schmähbriefe zu hören, womit die beiden Flügel der Demokratie einander heimsuchten, als sie vor die vollendete Tatsache des Jahres 1866 gestellt wurden.

[2]) Vergl. das gerechte Urteil, welches Jolly in seiner Schrift „Der Reichstag und die Parteien" S. 100 ff. über die deutsche Beamtenwelt fällte.

und daß eine gründliche Restauration damit beginnen müsse, die verhaßten liberalen Gesetze über den Haufen zu werfen und die Gesinnungsinquisition in ein besseres System zu bringen. Da gehörte mehr als gewöhnlicher Mut dazu, als Häusser das Probestück der vormärzlichen Staatsweisheit unter seine historisch-kritische Lupe nahm und die Diagnose also stellte:

„Der Jakobinismus in den Massen ist von dem Jakobinismus oben gezeugt und großgezogen worden. Klagen wir die revolutionären Verschwörer von 1848 und 1849 an, aber vergessen wir die Verschwörungen nicht, die dreißig Jahre früher auf Kongressen und Ministerkonferenzen angesponnen worden sind. Verdammen wir die gewissenlose Willkür, womit Fraktionen und ihre Führer das bestehende Recht umzustürzen suchten, aber gedenken wir auch der Gewalten, die oben mit grellen Rechtsverletzungen vorangingen oder sie sanktionierten. Fordern wir Treue, Wahrheit, Pietät und Rechtsgefühl vom Volke, aber übersehen wir auch nicht, daß unsere öffentlichen Zustände in Deutschland für das Volk keine Schule waren, worin es diese Tugenden hätte erlernen können. Wundern wir uns nicht, daß das Gefühl dieses Unrechts eine ganze Generation mit Unzufriedenheit und Verbitterung erfüllt hat, es wäre fürwahr viel schlimmer mit uns bestellt, wenn dem nicht so wäre, wenn die Eindrücke der Ereignisse seit 1819 in dem sittlichen und rechtlichen Bewußtsein der Nation keine Spur hinterlassen hätten."

Der neuesten Politik des Herrn von Manteuffel schrieb er folgendes ins Stammbuch:

„Das knappe, trockene, mathematische Wesen des Preußentums sagt unserem Volksschlag nicht zu, aber die Bildung und Sitte des Heeres hat dem preußischen Namen während eines 16monatlichen Aufenthaltes bei allen Parteien nur Achtung erworben. Eine deutsche und ehrliche Politik, welche die hundertmal feierlich wiederholten Verheißungen bewährte, die Deutschen in den Herzogtümern schirmte, die Hessen vor den Dragonaden schützte, war das Bindemittel, das Baden wie den ganzen deutschen Süden mit Preußen verknüpfte. Die Politik, die seit November die Maske abgeworfen hat, kann keine Sympathie erwecken; ihr fehlen ja die notdürftigsten Ansprüche auf sittliche Achtung. Je ungebärdiger deren Träger gegen die eigene Vergangenheit Krieg führen und mit allem brechen, was der Erinnerung der Nation wert und teuer ist, desto mehr verraten sie das böse Gewissen und erfüllen Camphausens Wort: „Das ist eben das traurige Merkmal der Revolution, in die wir getreten sind, daß das Unrecht alle Scham verloren hat."

Anders als Bekk faßte er die Ultrapartei an: sie, die sich jetzt am lautesten vordränge, andere Personen und Parteien anklage, müßte, wenn man sie aufs Gewissen fragte, was sie in den Tagen der Not getan habe, mit Sieyès antworten: „Ich habe gelebt!" Ein Teil habe sich mäuschenstill in seinen Bau verkrochen, ein anderer sich gar an die Rötesten der Roten herangepürscht. Wehe, wenn diese Partei der lachende Erbe der Demagogie sein sollte:

„Was uns die Geschicke Deutschlands weiter bringen mögen, liegt im Dunkeln, möglich immerhin wäre es, daß den Vollblutsrestauratoren unserer Tage das Restaurationsministerium in Baden, um seiner Mäßigung und Gesetzlichkeit willen, nicht entschieden genug „mit der Revolution gebrochen hat" und das kaum genesende Land neuen Experimenten aufgespart wird. Es mögen die Gerüchte, die von bevorstehenden Veränderungen flüstern, oft mehr fromme Wünsche oder Besorgnisse sein; Tatsache ist es, daß der Partei, die das Märzministerium der Mitschuld an der Revolution bezichtigte, auch die gegenwärtige Verwaltung

nicht genügt. Der frevelhafte Leichtsinn unserer hohen Politiker versucht soviel heutzutage, daß wir es auch ertragen müßten, wenn der kleinste Bruchteil unter allen Parteien im Lande es unternehmen wollte, das Staatsruder zu ergreifen. Man halte sich freilich dann auch nur die Warnung vor Augen, die in der Geschichte der letzten Dezennien mit flammenden Zügen aufgezeichnet ist: daß solche Versuche der Anfang vom Ende wären. Einmal hat ein solches Experiment das Land in eine Krisis versetzt, aus der es kaum seine Existenz gerettet; ein wiederholter Versuch würde noch verhängnisvollere Folgen haben."

So polemisch Häusser die sozialradikale, konservative und ultramontane Partei anfaßte, so kritisch stand er der eigenen Partei gegenüber: die abstrakte, doktrinäre und kosmopolitische Richtung erkläre sich aus der Geschichte ihrer Entstehung, aus der literarischen Bewegung des 18. Jahrhunderts. Die rein oppositionelle und negative Tätigkeit sei ihr durch die widrigen Zeitverhältnisse aufgezwungen worden; das nichtswürdige System der Ministerialkonferenzen und Ausnahmebeschlüsse habe nicht nur die besten Kräfte in eine scharfe Oppositionsstellung gedrängt, sondern auch die unheilvolle Verbrüderung des Liberalismus mit dem Radikalismus herbeigeführt:

„Wir wollen nicht im entferntesten, wie jetzt häufig von den Kurzsichtigen geschieht, dem vormärzlichen Liberalismus die Schuld der gegenwärtigen Auflösung aufbürden; wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß der vormärzliche falsche Konservatismus weitaus die größte Verantwortung trägt; aber in Einem trifft die Führer der badischen Opposition unzweifelhaft ein gerechter Vorwurf — eben in ihrem Verhältnis zur radikalen Partei. Wir dürfen dies, ohne den Einwand, daß unsere Weisheit post festum komme, hier wiederholen, da wir lange vor den Märztagen, auch in diesen Blättern, mit allem Eifer gegen die Verschwisterung des badischen Liberalismus und Radikalismus das Wort genommen haben. Denn mit dem ehrenwerten und patriotischen Streben nach einem tüchtigen und festen Rechtszustand durfte das anarchische Gelüst nicht Hand in Hand gehen; mit einer vielleicht verbitterten, aber gleichwohl aufrichtigen monarchischen Gesinnung durfte der Haß gegen alle politische und sittliche Weltordnung, der unfruchtbare Nihilismus des Zerstörens und Verneinens nimmermehr einen auch nur vorübergehenden Pakt schließen. Hatte die Annäherung und stillschweigende Vereinigung des konstitutionellen Liberalismus mit dieser Partei ihre sittlichen Bedenken, so war doch die politische Seite noch gefährlicher. Man konnte zwar nicht hindern, daß der Radikalismus ebenfalls Opposition machte, aber man mußte hindern, daß man sie mit ihm auf gleiche Weise machte. Die radikale Frechheit und Impietät in Sold zu nehmen, war ein gefährliches Mittel; denn in den Zeiten gewaltsamer Erschütterung alles Bestehenden blieb ihr unzweifelhaft die Oberhand. Das planlose und unsinnige Raisonnement gegen jede Ordnung und Gewalt, der sittliche und religiöse Nihilismus, das abenteuernde Putschgelüst wäre nie in den Massen so groß gezogen worden, wenn der oppositionelle Liberalismus nicht zuviele Konnivenz dabei geübt hätte. Er versäumte es, sich eine solide, kernfeste Partei zu schaffen, indessen der Radikalismus in den Massen jenen souveränen Unverstand, jene babylonische Begriffsverwirrung und jene Auflockerung aller Grundlagen ausbildete, die wir heute vor Augen haben."

So sei die Opposition gegen dieses Regierungssystem in eine antigouvernementale verwandelt worden, welche die Regierung als solche angegriffen und die Mittel des Regierens geschwächt habe. Aber auch während der Revolution habe die liberale Partei schwere Fehler begangen: allzusehr habe sie sich auf

die Defensive beschränkt, allzu gern Schutz in äußeren Verhältnissen gesucht, allzu blind sich auf die Regierung und ihre Kraft verlassen, statt dem unermüdlichen Radikalismus ebenso unermüdlich entgegenzutreten, statt, wie es politischen Parteien gezieme, nur auf die eigene Tätigkeit und die eigenen Hilfskräfte zu bauen, statt die Regierung, seitdem die liberale Richtung ans Ruder gekommen, durch die Energie und Stärke der Partei moralisch stark zu machen.

Diesen Kampf mit den leitenden Staatsmännern und herrschenden Parteien konnte nur ein Mann aufnehmen, der seine und seiner Zeit Aufgabe von einem höheren Gesichtswinkel übersah und selbst ein großes positives Programm besaß. Ganz anders als die übrigen Kritiker der badischen Revolution stellte Häusser das Problem. Der gründliche Kenner aller Revolutionen sah das auffallendste Symptom der republikanischen Bewegung nicht in den Erscheinungen, wie sie im Gefolge jeder großen Welterschütterung auftreten, nicht darin, daß die ungeheure Bewegung der Zeit die Hefe an die Oberfläche trieb, daß die plötzlich entstehende republikanische Partei allen materiellen und moralischen Bankerott einer stagnierenden Gesellschaft als Schweif hinter sich dulden mußte, daß das kleine auf zwei Seiten von Republiken begrenzte Land in dem ersten berauschenden Eindrucke mehr mit der Phantasie als mit dem Verstande die Politik machte. Was ihn befremdete, war der rasche Umschlag gegen alles Konstitutionelle in einem Lande von dem guten konstitutionellen Rufe wie Baden, die Abneigung gegen alle Regierung, die Lähmung aller derer, die für die besten Stützen der Gewalt gegolten hatten. All' dies wies ihn auf einen ungesunden Zustand hin, den der scheinbar erträgliche Gang der Entwicklung nur verdeckt, nicht geheilt hatte. Er folgte dem Übel bis auf den Grund und fand, daß nichts geschehen war, das konstitutionelle Leben für die Zeiten der Gefahr zu befestigen, daß aber sehr viel getan worden war, es bis in seine innersten Grundfesten zu erschüttern. Jahrzehntelang habe man von oben die konstitutionelle Monarchie korrumpiert, und nun wundere man sich, daß sie am Tage der Krisis den bedenklichsten Erschütterungen von unten preisgegeben gewesen sei!

Auf dem Grunde dieser Diagnose erstand der positive Teil des Häusser'schen Programmes. Es wurzelte in dem felsenfesten Glauben an die sieghafte Kraft des Liberalismus. Es war schmerzlich für ihn, selbst aus dem Munde von alten Liberalen den Vorwurf zu hören, daß man dem badischen Volke mit freien Institutionen zuviel zugemutet habe. Er, der nicht so leicht irre werden konnte an seinem politischen Glaubensbekenntnis, antwortete: ziehet in minder bewegten Zeiten das Volk für solche Institutionen groß! Baden hat in seiner Verfassung treffliche Grundlagen der politischen Freiheit, aber es fehlt der Ausbau. Die freie Presse ist unterdrückt; die Verantwortlichkeit der Minister

ist ein unerfülltes Versprechen. Die noch aus der Rheinbundszeit stammende Verwaltung ist bureaukratisch, nicht volkstümlich. Die Ausbildung der freisinnigen Gemeindegesetzgebung von 1831 im Geiste und in der Wahrheit gehört noch zu den frommen Wünschen. Fort mit dieser Halbheit und Unaufrichtigkeit! Pfleget die materiellen Interessen des Volkes, gebet ihm den unverkürzten Genuß seiner konstitutionellen Freiheiten und Rechte in den Zeiten der Ruhe, und ihr werdet in stürmischen Tagen mit ihm und mit den Organen der Staats- und Gemeindeverwaltung ganz andere Erfahrungen machen!

Wie schon Bekk vor ihm getan hatte, so befürwortete auch Häusser die ehrlich konstitutionelle parlamentarische Regierungsweise. Die Krone dürfe keine Prärogative kennen, die mit dem ausgesprochenen Willen der Mehrheit des Volkes in Widerspruch geraten könnte. Die konstitutionelle Monarchie sei in Frankreich gestürzt und in Deutschland erschüttert worden durch die Lüge, die mit Minoritäten regiert und die alten absolutistischen Gelüste hinter einem leeren parlamentarischen Schattenspiel versteckt habe. Im Jahre 1842 hätte man zu einem liberalen Regimente übergehen müssen:

„Das Volk hatte in den Wahlen von 1842 über das System seine unzweideutige Erklärung abgegeben. Ungeachtet der enormen Anstrengungen vonseiten der Regierung war keine willfährige Kammer zustande gekommen, die 31 Oppositionsmänner, die man geschmäht, verdächtigt, ja zum Teil verfolgt hatte, kehrten eher verstärkt als vermindert, in das Ständehaus zurück. Es konnte nicht zweifelhaft sein, was jetzt die wahre Pflicht des Ministeriums war. Es durfte keinen Tag länger am Ruder bleiben, es mußte einem Ministerium der Majorität weichen. Damals ein Ministerium von Bekk, Hoffmann, Mathy, Sander gebildet, hätte die Monarchie in Baden vor jeder Krisis gerettet; man berief aber die genannten Männer erst, als das Staatsschiff in der Brandung zu zerschellen drohte und die unfähigen Steuerleute ihre Ohnmacht eingestehen mußten. Man mußte im Sinne der Majorität regieren, wenn zum konstitutionellen Wesen das Vertrauen sich weiter befestigen, die Kluft zwischen Regierung und Volk sich ausgleichen sollte. Aber freilich, das hieß die Krone vor der Kammer beugen, das hieß die monarchische Prärogative erniedrigen und wie die Stichworte alle heißen, womit der kurzsichtige Ehrgeiz bureaukratischer Schmarotzer die klare Einsicht des Fürsten zu verirren weiß. Die Prärogative der Krone hat nie mehr Not gelitten als damals und in den folgenden Jahren, wo das System der Lüge und Korruption im Stillen fortwucherte, das Vertrauen zwischen Regierung und Volk sich allmählich ganz löste, und jene Krisis der inneren Anarchie sich vorbereitete, die zuletzt kein anderes Regiment mehr möglich macht als das der brutalen Gewalt."

Häussers badisches Programm kann aber nicht ohne sein deutsches verstanden werden. Auch hier knüpfte er an die Arbeit der vergangenen Generation an, nur darin von seinem Lehrer Gervinus abweichend, daß er sich von der Katastrophe des Parlaments und dem Intermezzo des Bürgerkrieges den Blick nicht trüben ließ, daß er den Glauben an eine friedliche Lösung der großen Zeitprobleme nicht aufgab, daß er mit unverwüstlichem Optimismus das deutsche Reformwerk da aufgenommen wissen wollte, wo Baden im Frühjahr 1848 den ersten Impuls zu den großen nationalen

Bestrebungen gegeben hatte. Die Gründung eines deutschen Staates war ihm die große Lebensfrage für die Nation wie für die Einzelstaaten, für das Volk wie für die Regierungen. Diese Frage, meinte er, sei uns gerade durch die jüngsten Ereignisse so unabweisbar vor die Augen gerückt, daß sie ihre Lösung auf dem einen oder anderen Wege finden werde und müsse; er gebe die Hoffnung nicht auf, daß Preußen doch endlich seinen deutschen Beruf erkennen und demgemäß handeln werde:

„Preußen — so führte er am 18. April 1850 im Erfurter Volkshause aus — hat die Mission empfangen, die Wunde zu heilen, die das Mittelalter, die das Reichsfürstentum Deutschland geschlagen hatte. Ich finde darin eine gerechte Nemesis der Dinge, und ich würde es für ein Verbrechen an der Nation halten, wenn wir Preußen an diesem großen Berufe hindern wollten. Es ist noch kein Staat gegründet worden, wo nicht sich Eifersucht und andere Interessen dagegen geregt hätten, aber meine Zuversicht ist, daß, was auch eine undeutsche, hemmende und lähmende Politik unternehmen möge, unser Werk zu hindern, das Ziel nicht verrückt werden wird; meine Zuversicht auf unseren endlichen Sieg steht unzweifelhaft fest. Es liegt noch in der Hand derer, die das Ruder führen, daß diese Form eine Frieden und Segen bringende, eine den deutschen Individualitäten entsprechende sei. Sorgen wir dafür, daß die Vollführung dieser Aufgabe nicht anderen Händen, die nicht so sorglich damit umgehen werden, anheimfallen möge. Wie an der Wiege der antiken Heroen die Schlangen sich regten, so wollen wir dem Beispiel des jungen Herkules folgen, der die Schlangen an der Wiege zerdrückt hat."

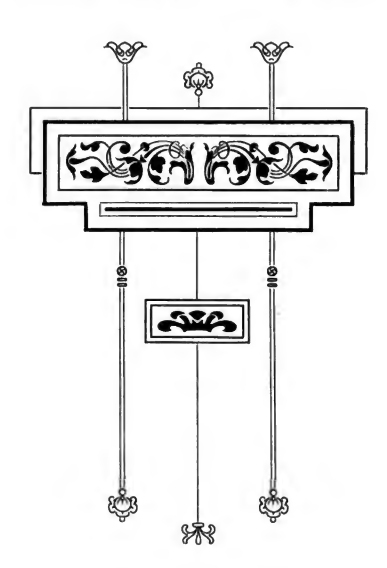
So legte denn L. Häusser in einem Augenblicke, wo die letzten Ratten das sinkende Schiff des Liberalismus verließen, Hand ans Werk. Er suchte die zerstreuten liberalen Cadres der engeren Heimat wieder zu sammeln und mit einem Geiste zu erfüllen, der nicht nur einzureißen, sondern auch aufzubauen, nicht nur zu opponieren, sondern auch zu regieren verstünde. Die bitteren Anfeindungen von oben und unten, von rechts und links konnten den tapferen Mann nicht erschüttern. Er wußte nur zu wohl, daß sie von Kreisen ausgingen, die nichts vergessen und nichts lernen wollten. Die verbissene und verbitterte Generation der fünfziger Jahre war nicht reif für seine Gedankenwelt. So wandte er sich, selbst noch jung, an die Jugend; er wählte die „Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes" für seine Darstellung; denn die Zeit der Freiheitskriege, in der dem preußischen Volke ein Freiherr von Stein, dem badischen Volke ein Freiherr von Liebenstein erstand, schien ihm wie keine andere geeignet, die Nation nach dem Schiffbruche der Revolutionsjahre wieder aufzurichten, die jüngere Generation zu größerem politischen Schaffen anzuregen und anzueifern:

„Wie enthusiastisch, wie jungfräulich, von welch großer sittlicher und religiöser Begeisterung getragen war das Geschlecht von 1813 und 1814 gewesen; wie hatte der Druck der Zeiten in dem frommen und biederen Volke den Patriotismus zur Tat und Aufopferung herangezogen, wie waren da alle sittlichen und religiösen Momente der deutschen Art wieder zu einem natürlichen Leben geweckt worden — und wie war das jetzige Geschlecht geworden? Wer wollte in dem verbissenen, höhnischen Groll der Gegenwart den flammenden

patriotischen Zorn der Befreiungszeit wiedererkennen oder in der öden, verdüsterten und fanatisierten Stimmung unserer heutigen Generation den freudigen und mutigen Geist jener Tage, oder wie weit liegt unser heutiger Nihilismus von dem glaubensvollen Ernste jener Tage ab, und unsere sittliche Blasiertheit von dem tatkräftigen, heldenmütigen Drange einer Zeit, die man heutzutage glaubt verspotten zu dürfen, weil man unfähig ist sie zu begreifen!"

Unter solchen Wandelungen überschritt das badische Volk die Mitte des 19. Jahrhunderts. Ob auch die alten Gewalten und Parteien wieder einmal nach außen triumphierten: der Liberalismus besaß die sieghafte innere Kraft. Bekks Glaube, Feders Selbstbekenntnis, Häussers Lehre wiesen ihm die Bahn in die Zukunft:

„Die bringet mildere Weisheit, Bürgerglück
Wird dann versöhnt mit Fürstengröße wandeln."




Digitized by Google

